

universos mercatores de hansa Theutonicorum

Ergänzungsseite II b zu Seekriege und Seegefechte der Hanse

Titelregister zu:

- [*Ergänzungsseite I a zu Seekriege und Seegefechte der Hanse*](#)
- [*Ergänzungsseite I b zu Seekriege und Seegefechte der Hanse*](#)
- [*Ergänzungsseite I c zu Seekriege und Seegefechte der Hanse*](#)
- [*Ergänzungsseite II a zu Seekriege und Seegefechte der Hanse*](#)
- [*Ergänzungsseite II b zu Seekriege und Seegefechte der Hanse*](#)
- [*Ergänzungsseite II c zu Seekriege und Seegefechte der Hanse*](#)
- [*Ergänzungsseite II d zu Seekriege und Seegefechte der Hanse*](#)
- [*Ergänzungsseite II e zu Seekriege und Seegefechte der Hanse*](#)
- [*Ergänzungsseite II f zu Seekriege und Seegefechte der Hanse*](#)

Titelregister zu:

- [*Ergänzungsseite III zu Seekriege und Seegefechte der Hanse*](#)

Friede von Stralsund

Der Friede von Stralsund wurde am 24. Mai 1370 zwischen dem dänischen König Waldemar IV. und dem Bündnis der Hansestädte in der deutschen Hansestadt Stralsund geschlossen.

Er beendete den Zweiten Hanse-Dänemark-Krieg zwischen den beiden Parteien und damit einen Konflikt, der mit dem Ersten Hanse-Dänemark-Krieg nach der dänischen Eroberung der

Hansestadt Visby auf der Insel Gotland im August 1361 begonnen hatte und nur durch eine kurze Friedensphase von 1365 bis 1367 unterbrochen wurde.

Vorgeschichte

Der dänische König Waldemar IV. hatte sein Land von der Fremdherrschaft durch Holstein, Mecklenburg und Schweden befreit und damit auch den Handel auf der Ostsee wieder sicherer gemacht. Mit der Eroberung Schonens und der Brandschatzung Visbys (Gotland) und der Wegnahme bedeutender Privilegien waren die Hansestädte in ihrem Handel stark eingeschränkt. Sie erklärten in Verhandlungen in Greifswald unter Leitung des Lübecker Bürgermeisters Johann Wittenborg, an denen auch der Deutsche Ritterorden sowie Gesandte Schwedens und Norwegens teilnahmen, den Dänen im September 1361 den Krieg.

Zur Vorbereitung erhoben die beteiligten Städte einen Pfundzoll zur Finanzierung des Krieges. Die Hansen und die Könige sollten jeweils Schiffe und 2000 bewaffnete Männer stellen. Vertraglich fixiert waren auch die Ziele der Kampfhandlungen: Schonen und Gotland sollten an Schweden fallen, die hansischen Privilegien wiederhergestellt und den Städten Pfandbesitz in den eroberten Gebieten geboten werden. Johann Wittenborg führte die Flotte von 48 Schiffen (darunter 27 Koggen) mit 2240 Bewaffneten im April 1362 vor dem Hiddenseer Dornbusch zusammen. 600 Bewaffnete stellte Lübeck, jeweils 400 Stralsund und Rostock, je 200 Wismar, Greifswald und Stettin, 100 Kolberg, je 50 Stargard und Anklam und 40 Kiel. Weitere 300 kamen jeweils aus Bremen und Hamburg. Zwölf Wochen lang belagerte Johann Wittenborg Helsingborg, ohne dass die versprochene Hilfe aus Schweden oder Norwegen kam. Dann wurde er durch einen Ausfall Waldemars geschlagen. Ein Waffenstillstand wurde vereinbart und im November 1362 in Rostock bis zum 6. Januar 1364 verlängert, wobei sich die Bedingungen für die Hansestädte verbesserten. Der 1365 geschlossene Frieden von Vordingborg blieb wertlos, da die Dänen weiterhin den Handel der Hanse stark behinderten.

Konflikt

Auf dem Hansetag am 19. November 1367 in Köln fand sich ein Bündnis zusammen, die Kölner Konföderation, die aus bis zu 57 Hansestädten bestand. Am 2. Februar 1368 schlossen sie in Lübeck ein Kriegsbündnis mit König Albrecht von Schweden und norddeutschen und dänischen Adligen. Parallel zu einer Kriegserklärung an Dänemark versandte die Hanse Schreiben an 27 norddeutsche Herrscher, die Könige von England und Polen sowie an den Kaiser und den Papst, in denen sie ihr Handeln erklärten.

Im April 1368 fuhr die hansische Flotte mit 37 Schiffen und 2000 Bewaffneten nach Dänemark und nahm am 2. Mai 1368 Kopenhagen ein und zerstörte es. Schwedische und hansische Truppen nahmen im Juli des Jahres Schonen ein, Südjütland und Norwegen wurden schnell besiegt. König Waldemar floh. Allein Helsingborg hielt noch den Angriffen der Hansen stand, so dass die bewaffneten Belagerer unter Führung Brun Warendorps hier überwintern mussten. Im Frühjahr 1369 griffen sie erneut an, konnten allerdings erst am 8. September 1369 die Stadt einnehmen. Ende November 1369 schlossen Dänemark und die Hansen einen Waffenstillstand.

Friedensschluss

Am 1. Mai 1370 trafen in Stralsund die Vertreter von 23 Städten mit dem dänischen Gesandten unter Leitung Hennings von Putbus, des Erzbischofs von Lund sowie der Bischöfe von Roskilde und Odense. Der dänische König hatte nach der Niederlage sein Reich verlassen. Die Vertreter der Hansestädte Lübeck, Stralsund, Greifswald, Stettin, Kolberg, Stargard, Kulm, Thorn, Elbing, Danzig, Riga, Reval, Dorpat, Kampen, Zuidersee, Briel, Harderwijk, Zutphen, Elburg, Stavoren, Deventer, Dordrecht und Amsterdam waren Bürgermeister oder Ratsherren ihrer Stadt.

Stralsunds Rolle im Wendischen Quartier der Hanse war zu dieser Zeit zweifellos gleich hinter Lübeck anzusetzen. Die beiden herausragenden außenpolitischen Führungspersonlichkeiten der Hanse in dieser Zeit waren der Lübecker Bürgermeister Jakob Pleskow und der Stralsunder Bertram Wulflam. In beiden Kriegen gegen Dänemark hatte Stralsund eine bedeutende Rolle gespielt und auch große finanzielle und materielle Beiträge geleistet. Auch politisch war Stralsunds Rolle offenbar stark: Zwischen 1358 und 1370 wurden 20 Hansetage hier abgehalten, dagegen 18 in Lübeck, 14 in Rostock und je sechs in Wismar und Greifswald. Diese politische Rolle fand ihren Ausdruck daher zu Recht in der Wahl Stralsunds für die Besiegelung der Ergebnisse der Verhandlungen mit dem dänischen Rat.

Da den Hansestädten im Gegensatz zu ihrem Kriegsverbündeten nicht der Sinn nach Herrschaftsgebieten, sondern hauptsächlich nach Vorteilen für den Handel stand, konnten sie dem ohnehin nachgiebigen Gegner Dänemark die eroberten Gebiete in Schonen überlassen und sicherten sich ihre früheren Privilegien wieder. Sie erhielten die Festungen Helsingborg,

Malmö, Skanør und Falsterbo für 15 Jahre, auszulösen gegen 12.000 Mark reinen Silbers. Damit kam der Zoll am Øresund von Dänemark in die Kasse der Hanse. Außerdem durfte der dänische Reichsrat künftig keinen König ohne vorherige Zustimmung der Hanse wählen. Der Friede wurde ohne den Herzog Albrecht II. von Mecklenburg geschlossen, so dass dieser sich übergangen fühlte und einen eigenen Separatfrieden schloss, in dem er festlegte, dass sein Enkel Albrecht IV. von Mecklenburg König werden sollte.

Am 24. Mai 1370 besiegelten der Vertreter des Reichsrates des Königreichs Dänemark unter Henning Podebusk und die in der Kölner Konföderation vereinigten Städte den Stralsunder Frieden, welcher für lange Zeit die starke Rolle der Städte festschrieb. Im Vertrag wurde die Freiheit Visbys wiederhergestellt, außerdem hatte Dänemark der Hanse den freien Handel auf der Ostsee, auch gegen die Umlandfahrer zu garantieren. Die Hanse konnte sich daraufhin das Monopol im ökonomisch überaus bedeutenden Heringshandel auf der Schonischen Messe in Falsterbo sichern.

Der Friede von Stralsund markiert den Höhepunkt der Macht des hansischen Städtebunds im Ostseeraum. Außerdem erreichte er, dass Waldemars Nachfolger nur mit vorheriger Zustimmung der Hanse gewählt werden durfte.

Literatur

- Nils Jörn u.a. (Hrsg.): Der Stralsunder Frieden von 1370. Prosopographische Studien (= Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte, N.F. 46), Köln/Weimar/Wien 1998. ISBN 3-412-07798-4.
- Karl Pagel: Die Hanse. Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg 1942; 3. Aufl. Braunschweig 1963
- Philippe Dollinger: Die Hanse, Kröner, Stuttgart 1989, S. 96-102 ISBN 3520371049
- Jürgen Petersohn: Europäisches Mittelalter. In: Der Große Ploetz. Die Daten-Enzyklopädie der Weltgeschichte. Düsseldorf 2000. ISBN 3-8155-9484-7

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u-m-d-h-t: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Greifswald

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald (plattdeutsch: Griepswoold; nach ihrem Wappentier, dem pommerschen Greifen, auch Gryps genannt) ist eine kreisfreie Stadt in Vorpommern im Nordosten Deutschlands. Zusammen mit Stralsund bildet die Stadt eines der vier Oberzentren des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Die Stadt hat etwa 54.000 Einwohner. An der Universität Greifswald studieren gut 12.000 Studenten und sind etwa 5.000 Universitätsangehörige beschäftigt.

Geografie

Geografische Lage

Die Stadt Greifswald liegt zwischen den Inseln Rügen und Usedom an der Mündung des Flusses Ryck in die Dänische Wiek, eine Bucht des Greifswalder Boddens. Die Stadt Greifswald befindet sich in etwa gleichem Abstand zu den größten Metropolen in Deutschland: Berlin (240 km südlich) und Hamburg (260 km westlich).

Das Gebiet um Greifswald ist flach; das Gelände erreicht kaum 20 m ü. NN. Die höchsten Erhebungen befinden sich im Süden des Stadtgebietes; höchste Erhebung ist der im Naturschutzgebiet Eldena gelegene Ebertberg mit einer Höhe von 29,5 m ü. NN, gefolgt von Studentenberg (27,2 m ü. NN), Martensberg (24,7 m ü. NN) und Helmshäger Berg (24,3 m ü. NN). Die höchsten Erhebungen nördlich des Ryck sind – neben den 10 bis 11 m hohen Hügeln der ehemaligen Mülldeponie – der Dornberg (4,4 m ü. NN) und der Silberberg (4,3 m ü. NN). Innerhalb des bebauten Stadtgebietes sind der Gorzberg (9,4 m ü. NN) und der Epistelberg (8,4 m ü. NN) die höchsten Erhebungen.

Zu Greifswald gehören auch die außerhalb des geschlossenen Stadtgebietes gelegenen vorgelagerten Inseln Koos und Riems sowie als kommunale Exklave ein Teil des Riems gegenüberliegenden Festlandes.

Stadtgliederung

Kommunalrechtlich gibt es nach § 21 der Hauptsatzung vom 30. Juni 2008 acht Ortsteile,[2] in denen zum Teil mehrere der historisch gewachsenen Ortsteile zusammengefasst werden. In diesen kommunalrechtlichen Ortsteilen werden je eine Ortsteilvertretung mit je neun Mitgliedern gewählt.

Stadtteil (kommunalrechtlich)	Stadtteil (historisch)	Eingemeindung	Fläche (ha)	Einwohner
„Innenstadt“	Innenstadt		87,0	3.883
	Steinbeckervorstadt		349,6	163
	Fleischervorstadt		52,7	2.911
	Nördliche Mühlenvorstadt		173,8	4.097
	Südliche Mühlenvorstadt, Obstbausiedlung		108,1	4.650
	Fettenvorstadt, Stadtrandsiedlung		657,3	2.853
	Industriegebiet		634,7	583
	„Schönwalde I und Südstadt“	Schönwalde I, Südstadt		132,1
„Schönwalde II“			88,0	9.994
„Ostseevierviertel“	Groß Schönwalde inkl. Koitenhagen	1974	580,8	749
	Ostseevierviertel		219,7	8.577
„Wieck“	Ladebow	1939	544,4	499
	Wieck	1939	44,2	395
„Eldena“	Eldena	1939	675,5	1.994
„Friedrichshagen“	Friedrichshagen	1960	436,5	196
„Riems“	Riems, Insel Koos		233,6	814

Nachbargemeinden

Im Uhrzeigersinn (von Norden beginnend): Mesekehagen, Neuenkirchen, Loissin, Kemnitz, Diedrichshagen, Weitenhagen, Hinrichshagen, Levenhagen und Wackerow (alle Gemeinden im Landkreis Ostvorpommern).

Geschichte

Name

Der ursprüngliche Name der Siedlung, die sich dann zur eigenständigen Stadt Greifswald entwickelte, ist nicht überliefert.[4] Eine Bestätigungsurkunde Wartislaw III. von 1248, in der dem Kloster Eldena das oppidum Gripheswald cum omnibus pertinentiis suis bestätigt wurde,[4] ist die erste urkundliche Erwähnung des heutigen Namens. In der Lehenurkunde Wartislaw III. vom Juni 1249 findet sich der ausdrückliche Hinweis, dass das oppidum Gripheswald in deutscher Sprache Gripeswald genannt wird, was vermuten lässt, dass die Siedlung ursprünglich einen anderen slawischen, dänischen oder deutschen Namen besaß.[4] Für die Theorie, dass der ursprüngliche Name ein dänischer war, der sich an Gripscogh, den Namen eines Waldes bei Esrom in Dänemark, dem Mutterkloster des Klosters Eldena, anlehnt, gibt es keine Belege.[5] Aus den Folgejahren und -jahrhunderten sind auch die schriftlichen Bezeichnungen Gripeswald (1249), Grifeswolde (1250), Gripesuuolde (1280), Gripesuualde (1280), Gripswalt (1285), Gripeswald (1383), Gripeswolde (1383), Gripswald (1491), Gripeswolde (1577), Greißwalde (1601), Gripheswalde (1602), Gripheswaldt (1602), Greypffswald (1604) und bereits Greifswald (1621) überliefert.[6]

Das mittelniederdeutsche grip steht dabei für den Greif und ist wahrscheinlich als Bezug auf das Wappentier der pommerschen Herzöge zu verstehen,[7] welche später auch als Greifen bezeichnet wurden; das wolt/wold steht für Wald. Greif und Wald finden sich auch im Wappen Greifswalds wieder.

Mittelalter

Greifswalds Gründung in Pommern geht auf das Kloster Eldena zurück, zu dessen Gut es anfangs gehörte.[8] Die Siedlung lag gegenüber den auf der anderen Ryckseite gelegenen Salzpflanzen, die nachweislich seit spätestens 1193 bestanden; sie entstand wahrscheinlich im zweiten Viertel des 13. Jahrhunderts als Siedlung der Arbeiter der Greifswalder Saline.[8] Für die Siedlung, an der sich zwei alte Handelswege kreuzten, erhielt das Kloster 1241 sowohl vom rügenschon Fürst Wizlaw I. als auch vom Pommernherzog Wartislaw III. urkundlich das Marktrecht verliehen.[9] Im Juni 1249 konnte Wartislaw III. das Kloster dazu bringen, ihm die Marktsiedlung Greifswald zu Lehen zu geben,[10] und am 14. Mai 1250 verlieh er ihr das Lübische Stadtrecht,[8] wodurch Greifswald fortan auch gegenüber den pommernschen Herzögen sehr viel unabhängiger war.[11] 1254 ernannte Wartislaw die Ryckmündung zum Freihafen und versprach den Kaufleuten Ersatz für durch Seeräuber erlittene Verluste. Am 17. Mai 1264 erlaubte er der Stadt dann, sich selbst zu verteidigen und eine Schutzmauer zu errichten, woraufhin die Befestigungsanlagen entstanden. Neben der Altstadt entwickelte sich westlich die Neustadt mit dem heutigen Rubenow-Platzes als Marktplatz und der St.-Jacobi-Kirche als kirchlichem Mittelpunkt;[5] eine Verfügung Wartislaw III. von 1264, wonach es nur einen Markt, einen Vogt und ein Recht geben sollte verhinderte jedoch, dass die Neustadt gegenüber der Altstadt Eigenständigkeit entwickelte.[4] 1278 wurde Greifswald erstmals in einer Urkunde als Mitglied der Hanse genannt. Die Stadt gehörte zum einflussreichen »Wendischen Quartier«. Bereits 1361 fand einer der ersten Hansetage in Greifswald statt. Allerdings genügte der Greifswalder Hafen schon im 14. und dann im 15. Jahrhundert den Anforderungen des Schiffsverkehrs nicht mehr, da er – anders als die Häfen in Stralsund, Wismar oder Rostock – versandete. Hierdurch fiel Greifswald gegenüber den anderen Hansestädten immer weiter zurück.[12]

1296 befreite Herzog Bogislaw IV. Greifswald von der Heeresfolge und sicherte zu, keinen Hof der Stadt zu halten und zur Peene hin keine Befestigungsanlagen zu errichten. 1289 hatte er bereits eine jüdische Niederlassung in der Stadt gestattet, vermutlich um den Handel zu beleben. Das Privileg wurde jedoch nicht genutzt.

1412 geriet Greifswald mit dem Pommernherzog Wartislaw VIII. aneinander, als seine Bürger dessen Vasallen angriffen. Der Streit zog sich bis 1415 hin, ehe es durch die Vermittlung der Stände zu einer Aussöhnung kam. Die Stadt erhielt außerdem die Fischereirechte im Greifswalder Bodden. Als 1326 Herzog Wartislaw IV. starb und um seine noch unmündigen Kinder der Erste Rügische Erbfolgekrieg mit Mecklenburg um die Herrschaftsfrage entbrannte, schloss sich Greifswald mit seinen Nachbarstädten Stralsund, Anklam und Demmin zu einem Landfriedensbündnis zusammen, um den pommerschen Herzögen die Macht zu erhalten. Mit Hilfe des dänischen Königs konnten die Mecklenburger abgewiesen werden. Das

gleiche Städtebündnis wurde erneut geschlossen, als es galt, sich am Ende des 14. Jahrhunderts vor Seeräubern und Raubrittern zu schützen. Als es um 1390 zwischen Pommern und dem Deutschen Orden zu Streitigkeiten kam, der auch die Beziehungen zu Polen beeinträchtigte, räumte Greifswald den polnischen Kaufleuten Verkehrsprivilegien ein, um den Handel mit ihnen aufrecht zu erhalten. Mit der Verleihung der „Goldenen Privilegien“ durch den Pommernherzog Wartislaw IX. im Jahre 1452 erhielt Greifswald weitreichende Handelsrechte, die der Stadt zu wirtschaftlicher Macht und Wohlstand verhalfen.

1456 folgte Herzog Wartislaw IX. der Initiative des Bürgermeisters Heinrich Rubenow und gründete die Universität als pommersche Landesuniversität. Die Universitätsgründung wirkte sich positiv bis in die Gegenwart aus.

16. bis 18. Jahrhundert

Die Reformation hielt im Jahre 1531 in Greifswald Einzug. Auf Veranlassung der Bürger kam der Stralsunder lutherische Geistliche Johannes Knipstro in die Stadt und konnte dort ohne große Gegenwehr Luthers Lehre einführen. Eine neue evangelische gelehrte Stadtschule wurde 1561 im aufgegebenen Franziskanerkloster gegründet. Unter dem Rektor Lucas Tacke gewann sie um 1600 viele Schüler.

Mit dem Dreißigjährigen Krieg kamen Not und Elend in die Stadt. Noch am 19. Mai 1626 befahl Landesherr Bogislaw XIV. den Greifswaldern, dass die teilweise baufällig gewordenen Befestigungsanlagen so gut wie möglich zu verbessern seien,[13] doch schon am 10. November 1627 überließ der schwerkranke Herzog Pommern durch Kapitulation den kaiserlichen Truppen. Diese zogen unter Wallenstein am 20. November 1627 in Greifswald ein und errichteten ein Schreckensregime, bei dem die Bevölkerung aufs Schlimmste ausgeplündert wurde. Zur Abwehr der schwedischen Truppen ließ Wallenstein die Befestigungsanlagen verstärken und zog dazu die Bevölkerung zur Zwangsarbeit heran. Durch eine Pestepidemie wurden die Einwohner soweit dezimiert, dass zum Kriegsende nur noch die Hälfte der Häuser bewohnt war. Im Juni 1631 standen die Truppen König Gustav Adolf II. vor der Stadt und nahmen sie nach kurzem Kampf ein.

Der nachfolgende Zeitabschnitt, die so genannte Schwedenzeit, dauerte 184 Jahre. Die Schweden waren bis zum Wiener Kongress 1815 Herren über Vorpommern und damit auch für die Geschehnisse Greifswalds verantwortlich. Allerdings ließen sie die pommerschen Städte recht selbständig gewähren. Greifswald wurde insofern aufgewertet, als es Sitz der obersten Gerichts- und Kirchenbehörden für Schwedisch-Pommern wurde. Mit der Verlegung des Obertribunals im Jahr 1803 erhielt Greifswald zusätzlich zu dem bestehenden Appellationsgericht auch ein Oberappellationsgericht und wurde damit Standort von drei Gerichtsinstanzen. Mehrfach versuchte Brandenburg, das verlorene Gebiet zurückzuerobern, und 1678 gelang es, Greifswald für ein Jahr lang zu besetzen. Bei den vorausgegangenen Gefechten wurde die Innenstadt samt Marienkirche schwer beschädigt. Im Gemäuer der Kirche stecken heute noch etliche Kanonenkugeln der Brandenburger. Die Kriege des 18. Jahrhunderts belasteten die Stadt stark. Während des Großen Nordischen Krieges mussten in den Jahren 1712 und 1713 die durchziehenden dänischen, sächsischen und russischen Truppen versorgt werden, und im Siebenjährigen Krieg explodierte 1758 ein in der Stadt von den Preußen angelegtes Pulvermagazin, wodurch große Teile der Stadt zerstört wurden. Zuvor hatten schon 1713 und 1736 Großbrände Teile der Innenstadt eingeäschert. In guter Erinnerung sind die Bemühungen der Schweden um die Greifswalder Universität geblieben. Nach deren Niedergang zum Ende des Dreißigjährigen Krieges kurbelten sie den Lehrbetrieb wieder an und ließen 1747 das heute noch bestehende Universitätshauptgebäude errichten.

19. Jahrhundert

Nach dem Staatsstreich des schwedischen Königs Gustav IV. Adolf und der staatsrechtlichen Ausgliederung Schwedisch-Pommerns aus dem Heiligen Römischen Reich wurde am 26. Juni 1806 die schwedische Verfassung eingeführt und am 4. Juli die Leibeigenschaft aufgehoben.[14] Der Greifswalder Landtag im August 1806 diente vor allem der Repräsentation der neuen Verhältnisse.

In den Napoleonischen Kriegen besetzten Truppen Frankreichs und seiner Verbündeten 1807 bis 1810 sowie 1812/13 die Stadt. Im Zuge des Friedens von Kiel im Januar 1814 sollte Greifswald mit Schwedisch-Pommern an Dänemark fallen, kam aber während des Wiener Kongresses durch Abtretung des damals preußischen Herzogtums Lauenburg an Dänemark zu Preußen. Die Übergabe an Preußen erfolgte am 23. Oktober 1815. Im Zuge der preußischen Verwaltungsreform wurde Greifswald 1818 Verwaltungssitz des gleichnamigen Landkreises. Mit dem Anschluss an die Fernstraße Berlin–Stralsund 1836 und dem Anschluss an das Eisenbahnnetz 1863[15] wurden Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich in der vormaligen Ackerbürgerstadt eine – wenn auch bescheidene – Industrie entwickeln konnte. 1848 waren in Greifswald 53 Handelsschiffe beheimatet.[16] Neben mehreren Maschinenbaubetrieben und Gießereien war die 1863 errichtete Eisenbahn-Hauptwerkstatt ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Sie zählte über viele Jahrzehnte zu den größten Arbeitgebern in der Stadt. Größte

Bedeutung hatte aber nach wie vor die Universität. Bereits 1856 war mit dem Bau des Klinikviertels im Nordwesten der Stadt begonnen worden.

1871 – sehr spät im Vergleich zu anderen Städten – entstand eine unabhängige jüdische Gemeinde mit etwa 100 Mitgliedern, die von der Stralsunder Gemeinde abgetrennt wurde. Ein jüdischer Friedhof auf eigenem Grundstück bestand seit 1860 an der Straße nach Gützkow-Jarmen. Durch Wegzug schwand die Gemeinde, bis sie in der NS-Zeit bereits vor 1938 auf nur noch wenige Personen geschrumpft war.[17] Eine Gedenktafel am Ort des ehemaligen Betsaals im Marktostquartier erinnert heute an die Gemeinde.

Neueste Geschichte

Zur Jahrhundertwende entstanden großzügig bebaute neue Straßen, in denen sich die zunehmende wohlhabende Bürgerschaft niederließ. 1912 erhielt Greifswald den Status einer kreisfreien Stadt. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges waren 1.500 Studenten an der Universität immatrikuliert. 1915 wurde ein Theaterneubau eröffnet. Eine Landschenkung der Stadt an die Universität im Jahre 1925 ermöglichte der Universität ein Wachstum über die Grenzen der Altstadt hinaus. 1929 wurde auf dem neuen Universitätsgelände im Osten der Stadt eine moderne Hautklinik eröffnet.[18] 1934 wurde dort mit der Anlage des Arboretums begonnen; 1935 folgte die Eröffnung der Klinik für Hals-, Nasen- und Ohrenerkrankungen.

Die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre machte sich durch die Schließung der Eisenbahnwerkstatt und große Arbeitslosigkeit bemerkbar. Anlässlich der 1939 durchgeführten Gebietsreform wurden die Orte Wieck und Eldena eingemeindet. Damit stieg die Einwohnerzahl auf über 37.000. Von 1940 bis 1945 bestand an der heutigen Franz-Mehring-Straße das große Kriegsgefangenenlager Stammlager IIC, in dem viele Kriegsgefangene aus zahlreichen von Deutschland besetzten Ländern interniert und in Nebenlagern zu Zwangsarbeit eingesetzt wurden. Den Zweiten Weltkrieg überstand die Stadt, die eine große Garnison der Wehrmacht beherbergte, ohne Zerstörungen. Am 30. April 1945 wurde sie auf Veranlassung des Stadtkommandanten Rudolf Petershagen kampflos der Roten Armee übergeben. Beteiligt an den entsprechenden Verhandlungen waren der damalige Rektor der Universität Carl Engel, der stellvertretende Stadtkommandant Max Otto Wurmbach sowie Gerhardt Katsch als Leiter der Universitätskliniken und dienstältester Sanitätsoffizier in der Stadt.

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren wurden Funktionen für den bei Deutschland verbliebenen Teil Pommerns von Stettin nach Greifswald verlegt, u. a. die Leitung der pommerschen Landeskirche, das Landesarchiv und die Reichsbahndirektion.

Die Schädigungen und Verluste wichtiger Teile der Bausubstanz der historisch wertvollen Altstadt sind auf Abriss sowie unterlassene Restaurierungen und Instandhaltungen in der DDR zurückzuführen. Durch Abrisse, zum Beispiel des klassizistischen Steinbecker Tores (auch Brandenburger Tor genannt) von Carl August Peter Menzel im Jahr 1951, und historisierenden (Platten-)Neubau im Norden der Altstadt ging zwischen 1945 bis 1990 etwa die Hälfte der historischen Bausubstanz verloren. Stattdessen wurden von etwa 1965 bis 1988 die großen Wohngebiete Schönwalde I/Südstadt (1496 Wohnungen-WE), Schönwalde II (5.250 WE), Altes Ostseeviertel (731 WE), Ostseeviertel/Parkseite (2202 WE) und Ostseeviertel/Ryckseite (804 WE) im Süden und Osten in Plattenbauweise errichtet. Ende der 1960er Jahre begann die Umgestaltung eines innerstädtischen Teilgebietes zwischen Brüggstraße und Bachstraße, Altem Hafen und Markt im Rahmen eines Forschungsprojektes der Bauakademie der DDR in angepasster Plattenbauweise. Dabei wurden denkmalgeschützte Objekte restauriert, darunter die Stadtbibliothek, das Kapitänshaus, das heutige Bestattungsinstitut und die Gebäude an der Nordseite des Marktes. Nach Abschluss des Projekts Ende der 1970er Jahre wurden weitere Teile der nördlichen Altstadt nach diesem Muster umgestaltet.

Die seit 1991 erfolgten Sanierungen des historischen Stadtkerns im Rahmen der Städtebauförderung haben mittlerweile die noch erhaltenen Teile der Altstadt wieder sehenswert gemacht. Insbesondere der Marktplatz mit seinem freistehenden Rathaus gilt als einer der schönsten in Norddeutschland. Seit 1993 erfolgte zunächst die Umgestaltung und Aufwertung und ab 2000 auch der Rückbau in den Plattenbausiedlungen (Stadtumbau).

Greifswald ist Sitz des Landesverfassungs-, des Oberverwaltungs- und des Finanzgerichts Mecklenburg-Vorpommern. Ferner haben auch das für den gesamten östlichen Teil Mecklenburg-Vorpommerns zuständige Verwaltungsgericht und das für den Greifswalder Umkreis zuständige Amtsgericht ihren Sitz in Greifswald.

Im Zuge der Kreisreform Mecklenburg-Vorpommern 2011 soll Greifswald seine Kreisfreiheit verlieren und Teil des neu zu bildenden Landkreises Südvorpommern werden. Die Stadt versucht deshalb den Status als kreisfreie Stadt besonderer Art zu erhalten. Zusammen mit einigen Nachbargemeinden, die aber allesamt selbstständig bleiben, möchte die Hansestadt einen eigenen Stadtkreis bilden.[19]

Wappen und Flagge

Blasonierung: „In Silber ein aufrechter roter Greif mit goldener Bewehrung, mit der linken Hinterpranke auf einem gespaltenen, zweiästigen und vierblättrigen Eichenbaumstumpf in natürlichen Farben stehend.“ Die Symbole des Wappens, der rote Greif Pommerns, sowie der Baum als Zeichen für den Wald, erscheinen bereits auf dem ältesten bekannten Stadtsiegel aus dem Jahr 1255. Lediglich einige spätere, kleinere Siegel zeigen nur den Greifen. Ältere Wappen zeigen den roten Greifen aufrecht mit dem linken Hinterbein auf dem Waldboden vor dem daraus wachsenden rechtsgeneigten blattlosen Baumstumpf mit Aststümpfen im Schildfuß stehend, das rechte auf dem Stumpfunterstamm ruhend und mit der linken Vorderkrallen den Stumpf im oberen Teil haltend.

Die Flagge der Hansestadt Greifswald ist längsgestreift von Rot, Weiß, Rot, Weiß, Rot, Weiß und Rot. Die roten und weißen Streifen an der Ober- und Unterkante nehmen je drei Achtzigstel, die beiden anderen roten Streifen je ein Achtel und der weiße Mittelstreifen nimmt drei Fünftel der Höhe des Flaggentuchs ein. In der Mitte des weißen Mittelstreifens liegen die Figuren des Stadtwappens: ein aufgerichteter, gold bewehrter roter Greif, mit der linken Hinterpranke auf einem gespaltenen, aber noch grünenden natürlichen Baumstumpf stehend, die zusammen drei Achtel der Höhe des Flaggentuchs einnehmen. Die Höhe des Flaggentuchs verhält sich zur Länge wie 4:7.

Religionen

Seit 1947 ist Greifswald Sitz der Kirchenleitung und des Bischofs der Pommerschen Evangelischen Kirche. Die PEK hat hier neben den drei historischen Kirchen St. Jacobi, St. Marien und dem Dom St. Nikolai in der Innenstadt vier weitere Kirchen in den Stadtteilen Nördliche Mühlenvorstadt (Johanneskirche), Schönwalde II (Christuskirche), Stadtrandsiedlung und Wieck.[20] Auch die Theologische Fakultät der Universität Greifswald ist eine evangelische Fakultät; sie steht mit der PEK in Verbindung.

Die katholische Propsteigemeinde St. Joseph in der Innenstadt gehört zum Dekanat Vorpommern im Erzbistum Berlin.

In Greifswald sind zudem eine Reihe evangelischer Freikirchen wie die Adventistengemeinde[21], eine Brüdergemeinde[22], eine Pfingstgemeinde[23], eine Mennonitische Brüdergemeinde und eine Baptistengemeinde ansässig.[24] Weiterhin gibt es eine Gemeinde der altkonfessionellen Selbständigen Evangelisch-Lutherische Kirche. Eine neuapostolische Gemeinde gibt es seit 1916. Ihre ersten Greifswalder Mitglieder wurden 1910 aufgenommen. Da es damals noch keine Gemeinde in Greifswald gab, reisten diese zunächst nach Stralsund und nach Pasewalk.

Eine jüdische Gemeinde gibt es in Greifswald nicht; die nächsten jüdischen Gemeinden befinden sich in Rostock und Schwerin[25] bzw. in Berlin.

Einwohnerentwicklung

Im Jahre 1989 erreichte die Bevölkerungszahl der Stadt Greifswald mit über 68.000 ihren historischen Höchststand. Danach ist die Einwohnerzahl wieder gesunken. Seit der Wende in der DDR hat die Stadt durch Geburtenrückgang, Wegzug auf Grund hoher Arbeitslosigkeit und durch Umzug in umliegende Gemeinden bis 2005 etwa 15.000 Einwohner weniger. Die Anzahl der Studenten an der Universität nahm kontinuierlich zu, derzeit (2008) gibt es mehr als 12.000[26] Studenten in Greifswald. Nach einer Studie aus dem Jahr 2008 ist Greifswald die „jüngste“[27] Stadt Deutschlands, sie hat den höchsten Anteil von Haushalten mit Menschen unter 30 Jahren.[28]

Die folgende Übersicht zeigt die Einwohnerzahlen nach dem jeweiligen Gebietsstand. Bis 1833 handelt es sich meist um Schätzungen, danach um Volkszählungsergebnisse (¹) oder amtliche Fortschreibungen der jeweiligen Statistischen Ämter beziehungsweise der Stadtverwaltung selbst. Die Angaben beziehen sich ab 1843 auf die „Ortsanwesende Bevölkerung“, ab 1925 auf die Wohnbevölkerung und seit 1966 auf die „Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung“. Vor 1843 wurde die Einwohnerzahl nach uneinheitlichen Erhebungsverfahren ermittelt.

Jahr	Einwohner
1618	6.100
1648	2.700

1767	4.611
1780	4.987
1800	5.740
1820	7.891
1831	8.967
3. Dezember 1852 ¹	13.232
3. Dezember 1861 ¹	15.100
3. Dezember 1864 ¹	17.500
3. Dezember 1867 ¹	17.400
1. Dezember 1871 ¹	17.700
1. Dezember 1875 ¹	18.022
1. Dezember 1880 ¹	19.924
1. Dezember 1885 ¹	20.345
1. Dezember 1890 ¹	21.624
2. Dezember 1895 ¹	22.800
1. Dezember 1900 ¹	23.000
1. Dezember 1905 ¹	23.750
1. Dezember 1910 ¹	24.679
1. Dezember 1916 ¹	23.122
5. Dezember 1917 ¹	23.333
8. Oktober 1919 ¹	34.374
16. Juni 1925 ¹	26.383
16. Juni 1933 ¹	29.488
17. Mai 1939 ¹	37.104
1. Dezember 1945 ¹	42.107
29. Oktober 1946 ¹	43.590
31. August 1950 ¹	44.468
31. Dezember 1955	45.827
31. Dezember 1960	46.728
31. Dezember 1964 ¹	47.421
1. Januar 1971 ¹	47.017
31. Dezember 1975	55.513
31. Dezember 1981 ¹	61.388
31. Dezember 1985	65.275
31. Dezember 1988	68.597

31. Dezember 1990	66.251
31. Dezember 1995	60.772
31. Dezember 2000	54.236
31. Dezember 2001	53.533
31. Dezember 2002	52.994
31. Dezember 2003	52.869
31. Dezember 2004	52.669
31. Dezember 2005	53.281
31. Dezember 2006	53.434
31. Dezember 2007	53.845
31. Dezember 2008	54.131
Dezember 2009	54.362

¹ Volkszählungsergebnis

Städtepartnerschaften

- Kotka (seit 1959)
- Osnabrück (seit 1988)
- Lund (seit 1990)
- Hamar (seit 1997)
- Newport News (seit 2007)
- Stettin (seit 2010)

Des weiteren bestehen zu folgenden Städten freundschaftliche Beziehungen:

- Gollnow (seit 1986)
- Angers (seit 1994)
- College Station (seit 1995)
- Kristianstad (seit 1998)

Wirtschaft und Infrastruktur

Obwohl keine Großstadt, hat Greifswald einen weiträumigen Einzugsbereich in der ansonsten dünn besiedelten, bis an die polnische Grenze reichenden Region. Greifswald ist neben Stralsund die größte Stadt im Landesteil Vorpommern und bildet gemeinsam mit Stralsund eines der vier Oberzentren Mecklenburg-Vorpommerns.

Wirtschaft

Universität und Wirtschaft

Durch die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald und diverse weitere Forschungseinrichtungen hat Greifswald als Forschungsstandort einen Ruf, der weit über die Landesgrenzen hinausgeht. Heute ist die Universität, zusammen mit ihren angegliederten Forschungseinrichtungen und dem Universitätsklinikum Greifswald, der größte Arbeitgeber der Stadt. Nicht zu vernachlässigen ist die für eine Stadt der Größe Greifswalds bedeutsame Kaufkraft von circa 12.000 Studenten. Im Jahre 1991 betrug deren Zahl lediglich 3.000. Da Greifswald in der Vergangenheit nie ein starker Industriestandort war, ist die Ansiedelung zusätzlicher Arbeitsplätze von der Verzahnung mit Wissenschaft und Forschung abhängig. Im Umfeld der Universität haben sich zahlreiche kleinere Forschungsunternehmen gebildet. Die Riemser Arzneimittel AG ist ein internationales Pharmaunternehmen mit Sitz auf der Insel Riems.

Energie

Im 20 km von Greifswald entfernten Lubmin befindet sich das Gelände des inzwischen stillgelegten und teilweise zurückgebauten Kernkraftwerk Greifswald, das etwa 10 % des Strombedarfes der DDR deckte und mehr als 10.000 überwiegend in Greifswald wohnende Menschen beschäftigte. Hier soll auch die Ostseepipeline Nord Stream enden (nähere Einzelheiten unter Energiestandort Lubmin).

Die Solon SE aus Berlin stellt in Greifswald Photovoltaikmodule für Solarstromerzeugung her.

Weitere Zweige

Greifswald ist u.a. Sitz des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern

Die maritime Wirtschaft spielt für Greifswald eine wichtige Rolle. Die Werft Hanse Yachts ist der weltweit drittgrößte Serienhersteller von Segelyachten.[30]

Aus einem Teil des früheren Geschäftsbereiches Communications der Siemens AG entstand im Rahmen einer Ausgliederung im Jahr 2002 mit der ml&s manufacturing, logistics and services GmbH und Co. KG ein mittelständischer Hersteller von Elektronik-Komponenten. Die am Standort verbliebenen Bereiche der Festnetzsparte der Siemens AG wurden im Jahr 2007 in das Gemeinschaftsunternehmen Nokia Siemens Networks überführt, das in Greifswald weiterhin mit der Entwicklung von Netzzugangstechnologien vertreten ist. Im Bereich der Erbringung von Dienstleistungen im gesundheitlichen und sozialen Bereich ist seit 1990 die in Greifswald und anderen Städten vertretene Medigreif Unternehmensgruppe tätig.

Die Stadt ist Sitz der Sparkasse Vorpommern und einiger Landeseinrichtungen wie dem Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald hat, anders als sonstige Städte dieser Größenordnung und obwohl nicht gesetzlich vorgesehen, eine Berufsfeuerwehr, die zudem eine der ältesten Berufsfeuerwehren Deutschlands ist.

Greifswald profitiert zudem im Tourismus davon, dass die nahe gelegenen Inseln Usedom und Rügen zu den beliebtesten Ferienregionen Deutschlands gehören. Zudem sind drei der 14 deutschen Nationalparks innerhalb einer Stunde von Greifswald aus erreichbar. In der Stadt selbst gibt es Hotels, Pensionen und Jugendherbergen und mit der Stadthalle Greifswald ein mittelgroßes Veranstaltungs- und Kongresszentrum.

Wasserversorgung

Der Trinkwasserbedarf Greifswalds wird durch die Brunnenanlagen der Wasserwerke Groß Schönwalde und Hohenmühl bei Hinrichshagen (und früher zudem aus Levenhagen) gedeckt; für die ebenfalls zu Greifswald gehörende Insel Riems kommt das Trinkwasser aus Tremt.[31] Die Versorgung Greifswalds erfolgt zu 100 % durch die Wasserwerke Greifswald GmbH, ein Tochterunternehmen der Stadtwerke Greifswald GmbH. Sie fördert pro Jahr rund 3,4 Millionen m³ Trinkwasser.[32]

Noch Anfang des 18. Jahrhunderts wurde der Wasserbedarf hauptsächlich durch Wasser aus oberirdischen Gewässer gedeckt: In einem Plan von 1704 über die Wasserversorgung sind 51 öffentliche Brunnen eingezeichnet, die ihr Wasser zumeist mit Pumpen ungefiltert aus dem Ryck und aus dem Stadtgraben bezogen. Nur sechs Brunnen speisten sich allein aus Grundwasser.[33] Letztere hatten jedoch den Nachteil, dass bei hohem Wasserstand des Ryck auch ihr Wasser brackig schmeckte.[34] Von der Möglichkeit, sich mit gutem Wasser aus einer 4 km südöstlich Greifswalds gelegenen Quelle in Koitenhagen zu versorgen, konnten nur Begüterte Gebrauch machen.[34]

Das erste städtische Wasserwerk zur Versorgung Greifswalds entstand 1887/88 in Diedrichshagen. 1906 wurde eine weitere Wasserfassung im Koitenhäger Gelände fertiggestellt. Um 1914 entstand dann das Wasserwerk Groß-Schönwalde, dessen Gebäude heute unter Denkmalschutz steht. Anfangs nur zur Versorgung der Kasernen entstand in den 1930er Jahren das Wasserwerk Hohenmühl. Das Wasserwerk in Levenhagen schließlich wurde in den 1970er Jahren gebaut.[35]

Verkehr

Wird die Nutzung des Fahrrads für Alltagswege als Beurteilungsmaßstab zugrunde gelegt, so ist Greifswald noch vor Münster die Fahrradhauptstadt Deutschlands, da 44 Prozent der Bevölkerung das Fahrrad für ihre Alltagswege benutzen.[36]

Greifswald hat einen Hauptbahnhof und einen Südbahnhof, welche beide an die Strecke Stralsund-Berlin angeschlossen sind. Daher gibt es Zugverbindungen in die Ballungsräume Hamburg (über Stralsund, Rostock und Schwerin) sowie Berlin. Seit Dezember 2008 gibt es unter der Woche eine tägliche IC-Verbindung über Hamburg und das Ruhrgebiet nach Stuttgart.[37] Die Usedomer Bäderbahn (UBB) verbindet Greifswald mit den Seebädern auf der Insel Usedom. Seit 20. September 2008 fährt die Usedomer Bäderbahn grenzüberschreitend bis in die auf der Insel Usedom gelegene polnische Stadt Swinemünde (Świnoujście). Die Insel Rügen ist ebenfalls per Zug von Greifswald aus (über Stralsund) erreichbar. Bis 1999 existierte zudem eine Verbindung nach Lubmin, die bis zur Wende vor allem von Angestellten des Kernkraftwerks genutzt wurde. Diese Bahnstrecke wird heute noch bedarfsweise für den Güterverkehr benützt. Seit 1897 besaß der Ort auch einen Eisenbahnanschluss der Greifswald-Jarmen-Kleinbahn (GJK). Die Strecke wurde 1945 stillgelegt und die Gleisanlagen als Reparationsleistungen demontiert.

Südwestlich von Greifswald verläuft die A 20 mit der Anschlussstelle Greifswald, durch die Greifswald ebenfalls per Auto gut an Hamburg und Berlin angeschlossen ist. Durch die Stadt führen die Bundesstraßen 105 und 109. Von Greifswald aus kommt man mit dem Auto in etwa 25 Minuten zu der Insel Usedom und in einer halben Stunde zur Insel Rügen. Greifswald ist während der Sommersaison auch durch eine Fernbuslinie zu erreichen.

Greifswald liegt an der schiffbaren Mündung des Flusses Ryck in die Ostsee und besitzt einen Seehafen. Das zwischen den größten deutschen Inseln Rügen und Usedom gelegene Segelrevier im und um den Greifswalder Bodden ist eines der beliebtesten und schönsten Segelreviere Deutschlands, wodurch auch der Segelstandort Greifswald gestärkt wird. Somit gibt es neben dem Seehafen auch verschiedene Yachthäfen und Bootsanlegeplätze entlang des Rycks. In dem in der Innenstadt gelegenen Museumshafen Greifswald liegen etwa 40 Traditionsschiffe, neben einer Reihe von Segel- und Arbeitsschiffen auch ein heute als Restaurant genutzter ehemaliger Eisbrecher.

Dynamik

Wie viele Städte in den neuen Bundesländern hat Greifswald seit der Wiedervereinigung mit erhöhter Arbeitslosigkeit zu kämpfen, die sich jedoch in den letzten Jahren signifikant auf 11,3 % (Juni 2010[38]) reduziert hat. Der Bevölkerungsrückgang durch die Abwanderung von Arbeitskräften konnte durch den Zuzug von Studenten in den letzten zehn Jahren ausgeglichen werden, die Bevölkerungszahl stieg sogar leicht an.

Laut einer Erhebung des Schweizer Unternehmens „Prognos“[39] habe sich Greifswald im Zeitraum von 2004 bis 2007 unter allen deutschen Städten am positivsten entwickelt und sei damit 2007 die dynamischste Stadt Deutschlands gewesen. Berücksichtigt wurden Wachstum, Abbau der Arbeitslosigkeit, Innovationskraft und demografische Entwicklung. Damit läge die Hansestadt auf Platz 101 der Statistik und habe in drei Jahren 224 Plätze gutgemacht. Kritiker bemängeln jedoch die Aussagekraft der Prognos-Studie. So lebten zum Zeitpunkt des Erscheinens der Prognos-Studie laut einer Studie des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e. V. (BIAJ) genau 2131 Kinder unter 15 Jahren in Greifswald von Hartz-IV-Leistungen. Das sind 40,4 % aller Kinder in Greifswald unter 15 Jahren. Greifswald belegt damit unter den 439 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland den achtletzten Platz.

Medien

Die amtliche Bekanntmachungen der Stadt Greifswald werden im wöchentlich erscheinenden Greifswalder Stadtblatt bekanntgegeben. Neben der Printausgabe ist das Stadtblatt seit 2007 auch auf der offiziellen Internetseite der Stadt Greifswald abrufbar.[40] Weiterhin ist in Greifswald die Rostocker Ostsee-Zeitung GmbH & Co. KG mit einem Verlagshaus ansässig.[41]

Bildung und Forschung

Die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald wurde 1456 gegründet und ist damit eine der ältesten Universitäten der Welt. Zu ihr gehören unter anderem das Universitätsklinikum Greifswald und die Universitätsbibliothek Greifswald. Um die traditionsreiche Universität Greifswald herum haben sich zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen gruppiert:

- Alfred-Krupp-Wissenschaftskolleg Greifswald
- Friedrich-Loeffler-Institut (Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit), Insel Riems (zu Greifswald gehörig)
- Max-Planck-Institut für Plasmaphysik mit dem im Bau befindlichen Kernfusions-Forschungsreaktor Wendelstein 7-X
- Leibniz-Institut für Plasmaforschung und Technologie
- Technologiezentrum Vorpommern
- Biotechnikum Greifswald
- Institut für Diabetes „Gerhardt Katsch“ e. V. (ehemals Zentralinstitut für Diabetes „Gerhardt Katsch“), Karlsburg (bei Greifswald)
- Sternwarte Greifswald

In der Universität sowie den mit ihr kooperierenden Einrichtungen finden regelmäßig öffentliche Veranstaltungen statt, wie z.B. Vortragsreihen und Vorlesungen.

Schulen

Im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern dauert die Grundschule vier Jahre. Anschließend folgt die schulartunabhängige Orientierungsstufe. Ab der 7. Klasse gibt es zum einen klassische Gymnasien und zum anderen die Schulformen „Regionale Schule“ und Förderschule.

Die Gymnasien der Stadt sind das Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium (gegründet 1561 als schola senatoria, eine der ältesten deutschen Schulen), das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium sowie das Abendgymnasium „Wolfgang Koeppen“. Weiterhin besteht ein Fachgymnasium sowie Schulen in freier Trägerschaft, die gymnasiale Bildung anbieten: das Ostseegymnasium Greifswald, die Waldorfschule Greifswald und das Evangelische Schulzentrum Martinschule.

Über die Stadt verteilt gibt es verschiedene weitere kommunale Schulen, u.a. fünf Grundschulen, zwei Regionalschulen, eine Integrierte Gesamtschule, eine Förderschule und mehrere Berufsschulen[42].

Die Stadt Greifswald betreibt ebenfalls eine Volkshochschule, eine Musikschule sowie Kunstwerkstätten.

Kultur und Sehenswürdigkeiten

Kulturelle Einrichtungen

Gemessen an seiner Größe hält Greifswald ein reichhaltiges Kulturangebot für Bürger und Gäste bereit. Die größten Kultureinrichtungen in der Stadt sind das Theater Vorpommern und das Pommersche Landesmuseum, welches u. a. Bilder des in Greifswald geborenen Malers Caspar David Friedrich ausstellt.

Ein eigenes Caspar-David-Friedrich-Museum wurde von der Bürgerschaft am 12. April 2010 beschlossen. Das rund zehn Millionen Euro teure Haus soll bis 2015 in unmittelbarer Nachbarschaft zum Pommerschen Landesmuseum entstehen. Es soll Leben und Werk des Romantikers mit seinem künstlerischen Umfeld wie den in der Nachbarstadt Wolgast geborenen Philipp Otto Runge, seinen Lehrer Johann Gottfried Quistorp sowie seinen Freund Carl Gustav Carus dokumentieren. Finanziert wird das Projekt aus Mitteln von Stadt, dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Bund.

Die 1915 fertiggestellte und 1989 stillgelegte Stadthalle Greifswald wurde aufwendig restauriert und ist zusammen mit dem nebenstehenden Theaterhaus der zentrale Veranstaltungs- und Konferenzkomplex der Stadt Greifswald. Die Stadthalle hat unter anderem einen 500 Plätze umfassenden Kaisersaal sowie den 150 Plätze umfassenden Rubenow-Saal.

Das Caspar-David-Friedrich-Zentrum widmet sich dem Leben und Werk des in Greifswald geborenen Malers der Romantik. Im Museumshafen Greifswald, direkt am Ryck in der Innenstadt gelegen, werden historische Schiffe restauriert, gepflegt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das „Sozio-kulturelle Zentrum St. Spiritus“, das „Literaturzentrum Vorpommern“ (auch Koeppenhaus) nach Wolfgang Koeppen) und das „IKuWo“ (Internationales Kultur- und Wohnprojekt) sind u.a. regelmäßig Orte kultureller Veranstaltungen. Mit radio98eins besteht ein freier Hörfunksender für Greifswald und Umgebung. Auch in einigen öffentlichen Einrichtungen werden Kunstobjekte ausgestellt, u.a. in der Galerie „KunstimGericht“.

Veranstaltungen

In der Klosterruine Eldena finden im Sommer Open-Air-Aufführungen statt.

Durch aktives universitäres und bürgerschaftliches Engagement haben sich in der Stadt Greifswald zahlreiche internationale Festivals und jährliche Veranstaltungen etabliert. Das Kulturfestival „Nordischer Klang“ ist das größte Festival für die Kultur der nordischen Länder außerhalb der nordischen Länder. Ein weiteres Kulturfestival ist der jährliche deutsch-polnische "polenmARkT". Die Greifswalder Bachwoche ist ein Musikfestival mit zahlreichen musikalischen Aufführungen in und um Greifswald. Auch die „Greifswalder Musiknacht“ und die „Eldenaer Jazzevenings“ eine weit überregionaler Reichweite. Zudem ist Greifswald einer der Spielorte der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern und der Ostseefestspiele. Jährlich finden in Greifswald Sommerfeste wie das Fischerfest „Gaffelrigg“ und das Greifswald International Students Festival (GrIStuF) statt.

Über das Jahr hinweg finden an der Universität Greifswald sowie im Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald zahlreiche wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Veranstaltungen statt, die nicht selten auch der Allgemeinheit offen stehen.

Seit 1998 verleiht die Hansestadt Greifswald zum Gedächtnis des Sohnes der Stadt den Wolfgang-Koeppen-Preis.

Veranstaltungen sportlicher Art sind beispielsweise verschiedene Segel- und Ruderwettbewerbe, Wohltätigkeits- und Wettbewerbsläufe, das Boddenschwimmen, das Greifswalder Drachenbootfest und der Sparda-Bank-Cup.[43]

Natur

Auf dem Gebiet Greifswalds liegen die Naturschutzgebiete Eldena, Ladebower Moor und Insel Koos. Am Ryck liegt zudem das Ladebower Loch, das seit 1994 Geschützter Landschaftsbestandteil ist. Ferner gibt es fünf Flächennaturdenkmale und 14 Einzelbäume als Naturdenkmale.

Bauwerke

- Die drei großen gotischen Backsteinkirchen sind die markantesten Bauwerke im Greifswalder Stadtbild. Es sind
 - Der Dom St. Nikolai (um 1263) - Wahrzeichen der Stadt - liegt im westlichen Zentrum. Er ist die Haupt- bzw. Bischofskirche der Pommerschen Evangelischen Kirche.
 - Die St. Marien - im Volksmund Dicke Marie genannt - ist die älteste (um 1260) der drei großen Stadtkirchen.
 - Die St. Jakobi (1280) liegt am westlichen Rand des Stadtkerns und ist die kleinste der drei gotischen Hauptkirchen.

Darüber hinaus sind besonders sehenswert:

- Das barocke Hauptgebäude der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald von 1747 nach Plänen von Andreas Mayer.
- Das Pommersche Landesmuseum.
- Das gotisch-barocke Rathaus.
- Die beiden Bürgerhäuser Markt 11 und 15 im Stil der Backsteingotik.
- Das Caspar-David-Friedrich-Haus als Sitz des Fremdenverkehrsverbandes Vorpommern
- Das ehemalige Kloster Eldena ist ein Motiv des romantischen Malers Caspar David Friedrich. Es befindet sich östlich vom Stadtzentrum.
- Die historische Bockwindmühle in Eldena
- Die historische Wiecker Holzklappbrücke befindet ebenfalls östlich von der Stadt.
- Das Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald beim Dom
- Das Wohnprojekt „Wohnen in der Mauer“ von 1998 nach Plänen von Gottfried Böhm am westlichen Stadtkern (Hirtenstraße).

Folgende weitere sehenswerte Gebäude gibt es vornehmlich im Stadtzentrum und in der Fleischervorstadt:

- Als ehemalige Speicherbauten: unter anderem der Pferdespeicher in der Baderstraße 25, in der Hunnenstraße, Kuhstraße 25; ferner der alte Speicher am Hafen (Hafenstraße/Ecke Marienstraße) mit dem Greifswalder Wappentier auf der Westfront
- Die Universitätsgebäude des 19. Jahrhunderts, wie z. B. die alte Universitätsbibliothek von 1882 nach Plänen von Martin Gropius, das Auditoriengebäude mit Karzer von 1886, die Augenklinik von 1887, das Physiologische Institut von 1888, das Physikalische Institut mit Sternwarte von 1891
- Wohnhäuser wie das Jugendhaus „Pariser“, Wohnhäuser Bahnhofstraße 2/3, 31/32, 52, 54 und 55, Fleischerstraße 3, Gützkower Straße, Lange Straße 8, 52, 54, 60, 68, 75 und 77, Steinbecker Straße 28
- Geschäftshäuser wie das ehemalige Textilkaufhaus Albert Erdmann am Markt von 1902 sowie am Markt die Häuser Nr. 6, 20/21 und 30
- unter Denkmalschutz steht zudem das Gebäude des um 1914 errichteten Wasserwerks Groß Schönwalde, das bis heute in Betrieb ist

Denkmale

- Das Rubenow-Denkmal auf dem Platz vor der Theologischen Fakultät
- Der Fischerbrunnen auf dem Fischmarkt
- Die Bismarcksäule in der Wolgaster Straße auf dem Epistelberg gegenüber dem Volksstadion
- VdN-Ehrenhain von 1970 auf dem Neuen Friedhof für die Opfer des Faschismus, dazu seit 1974 eine Gedenktafel für 172 Todesopfer des KZ Peenemünde
- Zwei Gemeinschaftsgrabanlagen auf dem Neuen Friedhof für 641 vorwiegend sowjetische Kriegsgefangene als Opfer der Zwangsarbeit, sowie 65 deutsche Wehrmachtsdeserteure, die bei Kriegsende ermordet wurden
- Steinstele aus den 1950er Jahren am Bahnhofplatz zum Andenken an antifaschistische Widerstandskämpfer
- Die Bronzetür des Rathauses, die 1966 von dem Bildhauer Joachim Jastram geschaffen wurde zur Ehrung der schonenden Übergabe der Stadt an die Rote Armee durch den Stadtkommandanten Oberst Rudolf Petershagen im April 1945
- Gedenktafel von 1958 an der Bahnhofstraße/Ecke Erich-Böhmke-Straße zur Erinnerung an den kommunistischen Stadtverordneten Erich Böhmke, der 1939 im KZ Sachsenhausen ermordet wurde
- Gedenktafel an der Pfarrer Wachsmann-/Ecke Bahnhofstraße zur Erinnerung an den antifaschistischen katholischen Seelsorger Dr. Alfons Maria Wachsmann, der 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden ermordet wurde. Seit 1985 gibt es an der Rubenow-Brücke auch eine Porträtbüste von Wachsmann, die auf Anregung des CDU-Vorsitzenden Gerald Götting in Auftrag gegeben und von dem Bildhauer Klaus Freytag geschaffen wurde
- Gedenkstein von 1954 für den sozialdemokratischen Lehrer Karl Krull vor der nach ihm benannten Schule in der Bleichstraße. Er wurde 1932 von einem wegen eines Hitler-Besuchs aufgeputschten Polizeitrupp erschossen
- Gedenktafel von 1960 im damaligen Eingang C des Hauptpostamtes für die antifaschistische Kommunistin Auguste Bollnow, die 1942 im Frauengefängnis Leipzig an den erlittenen Misshandlungen starb. Die Platte wurde 1993 von dem Postamtsleiter entfernt, weil ihr Inhalt angeblich „nicht mehr die uneingeschränkte Zustimmung aller Beschäftigten und Postkunden“ finde
- Gedenktafel von 1992 in der Goethestraße 5 an den jüdischen Mathematikprofessor Felix Hausdorff, der kurz vor der Deportation in ein Konzentrationslager mit seiner Frau in den Freitod ging.
- die seit 1975 unter Denkmalschutz stehenden Greifswalder Befestigungsanlagen mit Wallanlage, Stadtmauer und Fangenturm

Sport

In Greifswald gibt es eine sehr lange und überregional bekannte Fußballtradition, jedoch haben die Vereinsnamen im Laufe der Zeit häufig gewechselt. Bekannte Vereine sind der Greifswalder SV 04, HFC Greifswald 92 (ehemals Greifswalder Hengste), Greifswalder SV Puls, Blau-Weiß Greifswald, Fichte Greifswald und GRC Hilda Greifswald. Nicht mehr existierende beziehungsweise im Greifswalder SV 04 aufgegangene Vereine sind der Greifswalder SC, ESV/Empor Greifswald, Einheit Greifswald und die BSG KKW Greifswald.

Wegen der Lage an der Ostsee wurde in Greifswald schon früh gesegelt, zumeist mit Booten der Fischer auf dem Bodden. Jedoch entstanden erst spät eigene Segelvereine. 1902 wurde

der erste Segelclub gegründet, nachdem es zu mehreren Unglücken gekommen war. Seit 1908 existiert der Akademische Seglerverein zu Greifswald, welcher damit der erste Akademische Seglerverein an einer Universität war. Der Greifswalder Jacht Klub (GJK) wurde 1926 gegründet, da der ASV Bürgern der Stadt, die zwar segeln wollten, jedoch keine Akademiker waren, die Aufnahme verweigerte. Nach 1945 wurden die Seglervereine wie alle anderen Vereine aufgelöst. Viele ASVer gingen in die Sektion Segeln der Hochschulsportgemeinschaft (HSG) Uni Greifswald, Mitglieder des Greifswalder Jacht Klubs gingen in die BSG Einheit, Sektion Segeln. In den 1960er Jahren wurde die BSG KKW Sektion Segeln neu gegründet. Nach der friedlichen Revolution in der DDR wurden 1990 die alten Namen wieder aktiviert. Die Sektion Segeln trennte sich von der HSG Uni Greifswald und nannte sich wieder ASV zu Greifswald. Dies führte zu langjährigen Auseinandersetzungen mit dem ASV Greifswald zu Lübeck, da diese als Wiederbegründung das alleinige Recht für sich beanspruchten, den Namen zu führen. Mittlerweile ist der Konflikt beigelegt und es werden gegenseitige Besuche durchgeführt. Für einige Jahre wurde vom ASV der Greifswalder Jollencup veranstaltet. Dieser wurde zuerst in Nordic Jollencup umbenannt und dann zum Jahre 2009 in kleinerer Form wieder neu begründet. Der Greifswalder Yachtclub (GYC) entstand wieder aus der BSG Einheit und änderte dabei die Schreibweise seines Namens. Die BSG Kernkraftwerk Sektion Segeln benannte sich in Yacht Club Wieck um. Diese drei Vereine betreiben eine gemeinsame Jugendausbildung mit dem Riemser Segel Verein, deren Mitglieder in den letzten Jahren mehrfach in verschiedenen Bootsklassen Deutsche Meistertitel gewinnen konnten.

Am 22. Juni 1892 gründete der Greifswalder Kaufmann Cohn den Kaufmännischen Ruderclub Hilda. Dieser heute noch existierende Verein konnte in den 70er Jahren mehrere Olympiasieger und Weltmeister vorweisen. Der Verein besitzt ein eigenes Vereinsheim direkt gegenüber der Altstadt am alten Greifswalder Hafen gelegen.

In Greifswald gibt es seit 1998 ein Freizeitbad mit Sport- und Freizeitbecken und ein großes Strandbad mit sehr breitem Sandstrand. Dieser war 2006 Austragungsort der Deutschen Meisterschaften im Beachvolleyball, Veranstalter war der ESV Turbine Greifswald.

Greifswald beherbergt das »Landesleistungszentrum Mecklenburg-Vorpommern -Sport mit Handicap« und ist damit bundesweit einer der Vorreiter im Behindertensport vor allem im Schwimmen, Tischtennis und Rollstuhlrugby. Greifswalder Paralympicsteilnehmer wie der Rollstuhlsportler Karl-Christian Bahls (Goldmedaille im Bogenschießen - Barcelona 1992) und die blinde Schwimmerin Natalie Ball (3 Silber, 1 Bronze - Athen 2004) sind Vorbilder für behinderte Aktive. Im Hanse-Schwimmclub Greifswald trainierten außerdem der Nationalschwimmer Sven Lodziewski und die Weltmeisterin im Rettungsschwimmen Alexandra Berlin.

Rudern und Kanusport auf dem Ryck und daran anschließenden Gewässern, Badminton, Tennis, Kiten, Surfen und Segeln auf dem Greifswalder Bodden und der Ostsee sind, neben dem Fußball und dem Sportschießen, weitere beliebte Greifswalder Sportarten.

Deutsche Meister, Vizemeister etc. kann auch der Seesportclub Greifswald aufweisen.

Seit 1921 gibt es das Dauerschwimmen der Querung der Dänische Wieck über 2600 m, das heute als „Boddenschwimmen“ bekannt ist.

Persönlichkeiten

Persönlichkeiten, die am Ort gewirkt haben

- Ernst Moritz Arndt (1769–1860), Dichter, Historiker
- Rudolf Bahro (1935–1997), Philosoph, DDR-Bürgerrechtler
- Gertrud Berger (1876–1949), Landschaftsmalerin
- Rudolf Biederstedt (1920–1996), Leiter des Stadtarchivs
- Johannes Bugenhagen (1485–1558), Reformator
- Wolfgang Joecks (* 1953), Rechtswissenschaftler und Verfassungsrichter
- Helmut Maletzke (* 1920), Maler, Grafiker und Schriftsteller
- Andreas Mayer (1716–1782), Mathematiker und Baumeister
- Rudolf Petershagen (1901–1969), Offizier
- Johannes Rehmke (1848–1930), Philosoph

- Johannes Stark (1874–1957), Physiker, Nobelpreisträger
- Manfred Stolpe (* 1936), Politiker, ging in Greifswald zur Schule
- Thomas Thorild (1759–1808), schwedischer Dichter
- Alwine Wuthenow (1820-1908), niederdeutsche Lyrikerin

Literatur

- Otto Fock: Rügensch-Pommersche Geschichten aus sieben Jahrhunderten. II: Stralsund und Greifswald im Jahrhundert der Gründung. Leipzig 1862, 214 Seiten, online.
- Gustav Kratz: Die Städte der Provinz Pommern - Abriß ihrer Geschichte, zumeist nach Urkunden. Sändig Reprint Verlag, Vaduz 1996 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1865), ISBN 3-253-02734-1, S. 434-502, online.
- Franz Scherer, Hans-Georg Wenghöfer: Vom Festungswall zur Promenade. In: Rat der Stadt Greifswald (Greifswald-Information, Hrsg.), Greifswald 1989, 53 Seiten.
- Horst Wernicke (Hrsg.): Greifswald; Geschichte einer Stadt. Thomas Helms-Verlag, Schwerin 2000, ISBN 3-931185-56-7.
- Horst Wernicke: Greifswald - so wie es war, Droste, Düsseldorf 1995, ISBN 3-7700-1015-9, 104 Seiten.

Einzelnachweise

1. ↑ Mecklenburg-Vorpommern Statistisches Amt - Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden 2009 (PDF; 522 KB) (Hilfe dazu)
2. ↑ Hauptsatzung der Stadt Greifswald
3. ↑ Geoklima 2.1
4. ↑ a b c d Günter Mangelsdorf: Zur Ur- und Frühgeschichte des Greifswalder Gebietes, zu den Anfängen des Klosters Eldena und der Stadt Greifswald im 12./13. Jahrhundert, in: Horst Wernicke (Hrsg.): Greifswald. Geschichte einer Stadt, Schwerin 2000, S. 27.
5. ↑ a b Teodolius Witkowski: Die Ortsnamen des Kreises Greifswald, Weimar 1978, S. 65.
6. ↑ Teodolius Witkowski: Die Ortsnamen des Kreises Greifswald, Weimar 1978, S. 64.
7. ↑ Günter Mangelsdorf: Zur Ur- und Frühgeschichte des Greifswalder Gebietes, zu den Anfängen des Klosters Eldena und der Stadt Greifswald im 12./13. Jahrhundert, in: Horst Wernicke (Hrsg.): Greifswald. Geschichte einer Stadt, Schwerin 2000, S. 27; Teodolius Witkowski: Die Ortsnamen des Kreises Greifswald, Weimar 1978, S. 65; ferner Dietrich Rahn: Die Orts- und Flurnamen des Stadt- und Landkreises Greifswald. Ihre Entstehung und ihre Bedeutung für die Pommersche Heimatkunde, zugleich Dissertation, Universität Greifswald 1923, S. 22 f.
8. ↑ a b c Franz Scherer, in: Rat der Stadt Greifswald – Greifswald-Information (Hrsg.), Vom Festungswall zur Promenade, Greifswald 1989, S. 5.
9. ↑ Horst Wernicke: Greifswald - so wie es war, Droste 1995, S. 5; Günter Mangelsdorf: Zur Ur- und Frühgeschichte des Greifswalder Gebietes, zu den Anfängen des Klosters Eldena und der Stadt Greifswald im 12./13. Jahrhundert, in: Horst Wernicke (Hrsg.): Greifswald. Geschichte einer Stadt, Schwerin 2000, S. 26.
10. ↑ Norbert Buske: Hinweise auf die Kirchengeschichte Greifswalds von der Gründung der Stadt bis in die Zeit der beiden Weltkriege, in: Horst Wernicke (Hrsg.): Greifswald. Geschichte der Stadt, Schwerin 2000, S. 164.
11. ↑ Detlef Kattinger: Die Stadtentwicklung vom Ende des 13. Jahrhunderts bis 1500, in: Horst Wernicke (Hrsg.): Greifswald. Geschichte einer Stadt, Schwerin 2000, S. 51.
12. ↑ Detlef Kattinger: Die Stadtentwicklung vom Ende des 13. Jahrhunderts bis 1500, in: Horst Wernicke (Hrsg.): Greifswald. Geschichte der Stadt, Schwerin 2000, S. 37 f.; Thomas Brück: Die Greifswalder Schifffahrt im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit (1250 bis 1774), in: Horst Wernicke (Hrsg.): Greifswald. Geschichte der Stadt, Schwerin 2000, S. 235 und 241.
13. ↑ Franz Scherer, in: Rat der Stadt Greifswald – Greifswald-Information (Hrsg.), Vom Festungswall zur Promenade, Greifswald 1989, S. 15.
14. ↑ Norbert Buske: Pommern - Territorialstaat und Landesteil von Preußen : ein Überblick über die politische Entwicklung. Thomas Helms, Schwerin 1997, ISBN 3-931185-07-9, S. 55f.

- 15.↑ Horst Wernicke: Greifswald - so wie es war, Droste 1995, S. 19 f.
- 16.↑ Übersicht der Preußischen Handelsmarine E. Wendt & Co., Hrsg.), Stettin 1848, S. 10
- 17.↑ Julia Männchen: Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Greifswald, in: Zeitgeschichte regional 5/1 (2001), S. 8-12.
- 18.↑ Erik Riebe: Soziale und medizinhistorische Aspekte der Moulagen an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald unter besonderer Berücksichtigung des Faches Haut- und Geschlechtskrankheiten. Inaugural-Dissertation, Universität Greifswald, 2005, S. 10 (Digitalisat).
- 19.↑ <http://www.xxx>
- 20.↑ PEK, Übersicht Kirchenkreis Greifswald
- 21.↑ Adventgemeinde Greifswald
- 22.↑ Freikirchliche Evangelische Gemeinde Greifswald
- 23.↑ Glaubenszentrum Elim Greifswald
- 24.↑ Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Greifswald
- 25.↑ Landesportal MV: Kirchen und Konfessionen
- 26.↑ Studentenzahl 10/2008
- 27.↑ GfK-Studie
- 28.↑ Zeige Studie: Greifswald ist Deutschlands 'jüngste Stadt'
- 29.↑ Liste Greifswalder Partnerstädte
- 30.↑ Hamburger Abendblatt vom 9. Mai 2009
- 31.↑ Greifswald-Netz.de; Greifswald.de; siehe ferner Festschrift zum 10jährigen Bestehen der Stadtwerke Greifswald, S. 12.
- 32.↑ Stadtwerke Greifswald
- 33.↑ Der Plan mit Kommentar ist abgedruckt in: Horst Wernicke: Greifswald - so wie es war, Droste 1995, S. 14.
- 34.↑ a b Rudolf Biederstedt: Von der Reformation bis zum Verlust der Selbständigkeit, in: Horst Wernicke (Hrsg.): Greifswald. Geschichte der Stadt, Schwerin 2000, S. 68.
- 35.↑ Zu alledem Festschrift zum 10jährigen Bestehen der Stadtwerke Greifswald, S. 12.
- 36.↑ Greifswald ist Fahrradhauptstadt Deutschlands. Pressemitteilung auf der Website der Stadt Greifswald vom 20. Oktober 2009
- 37.↑ Ostsee-Zeitung vom 2. August 2008.
- 38.↑ [1]
- 39.↑ Tobias Koch: Prognos Zukunftsatlas 2007. Sonderauswertung der Ergebnisse für die Universitäts-und Hansestadt Greifswald. Wirtschaftsfördergesellschaft Vorpommern 2007 (Digitalisat)
- 40.↑ Greifswalder Stadtblatt online
- 41.↑ Ostsee-Zeitung, Verlagshaus Greifswald
- 42.↑ www.xxx
- 43.↑ Drachenbootsport, Greifen-Drachen

xxx – Entsprechend unserer Statuten werden uns unbekannte Webadressen nicht veröffentlicht. Für eine weiterführende Recherche gehen Sie bitte auf die entsprechende Wikipediaseite. Mehr Informationen lesen Sie auf unserer Impressumseite. Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u-m-d-h-T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (auch: Alma Mater Gryphiswaldensis, Universitas Gryphiswaldensis oder Academia Gryphica) ist eine Universität mit Sitz in der Hansestadt Greifswald, etwa 200 km nördlich von Berlin.

Die Ernst-Moritz-Arndt-Universität wurde im Jahr 1456 gegründet und ist damit eine der ältesten Universitäten Mitteleuropas. Als viertälteste durchgängig existierende Universität auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und zweitälteste im Ostseeraum war sie zeitweilig durch die territoriale Zugehörigkeit auch die älteste Hochschule Schwedens (1648–1815) und Preußens (1815–1947).

Etwa zwei Drittel der 12.000 Studenten kommen von außerhalb des Bundeslandes zum Studium nach Greifswald. Als historische und kleine Studentenstadt wird Greifswald oft als „Universität mit einer Stadt drumherum“ beschrieben. Nach zwei Studien aus dem Jahr 2008 ist Greifswald die „dynamischste“^[4] und die „jüngste“^[5] Stadt Deutschlands.

Geschichte

1456–1600: Gründung

In Greifswald fand bereits seit 1436 akademische Lehre statt.^[6] Die Universität Greifswald wurde offiziell am 17. Oktober 1456 als Academia Gryphica gegründet. Die Gründung erfolgte unter großem Engagement des Bürgermeisters (und ersten Rektors) Heinrich Rubenow mit kaiserlicher und päpstlicher Genehmigung unter dem Schutz des pommerschen Herzogs Wartislaw IX.. Die Gründungsfeier fand unter dem Camminer Bischof Henning Iven im Greifswalder Dom St. Nikolai statt, in dem auch heute noch Veranstaltungen der Universität wie etwa die jährliche Immatrikulationsfeier stattfinden. Die Gründung im Dom spiegelte den zur damaligen Zeit stark römisch-katholischen Charakter der Universität wider, durch den beispielsweise der Humanismus zunächst Schwierigkeiten hatte, im Lehrbetrieb Eingang zu finden. Zunächst wurden die vier klassischen Fakultäten: Theologie, Philosophie, Medizin und Jura eingerichtet.

Die Ernst-Moritz-Arndt-Universität wurde nach Rostock (1419) und vor Uppsala (1477) und Kopenhagen (1479) die zweite Universität im Ostseeraum. In heutigen Deutschland gibt es nur drei ältere Universitäten (nach Zahl der Existenzjahre): die Universität Heidelberg (1386), die Universität Leipzig (1409) und die Universität Rostock (1419). Die pommersche Universität Greifswald war zeitweilig die älteste Universität Preußens (1815–1945) und zuvor die älteste Universität im schwedischen Machtbereich (1648–1818) zur Zeit Schwedisch-Pommerns.

Ihre Gründung hat die Universität in Greifswald der vorausgegangenen Reichsacht gegen Rostock zu verdanken: Wegen Unruhen durfte an der Rostocker Universität nicht gelehrt werden. Große Teile der Professoren- und Studentenschaft zogen vorübergehend von Rostock nach Greifswald, und Rubenow bewirkte ihr Bleiben.

Begünstigt durch ihre Lage und den Einfluss der Hanse entwickelten sich schon in der Frühzeit der Universität intensive Beziehungen zu den nördlichen Nachbarn in Skandinavien und im Baltikum. Von 1456 bis zur Reformation (1526) studierten hier 476 Skandinavier; 22 Nordeuropäer finden sich unter den Hochschullehrern und sechs unter den Rektoren dieser Zeit. Ein - an damaligen Studentenzahlen gemessen - beachtlicher Anteil.

Von 1527 bis 1539 blieb die Universität geschlossen. Erst die Reformation brachte eine neue Entwicklung der Universität. 1539 wurde die Universität durch den Landesherrn, Herzog Philipp I. von Pommern, als protestantische Landesuniversität wieder eröffnet. Da durch die Reformation zahlreiche der bisherigen Pfründen zur Versorgung der Hochschule fortgefallen waren, benötigte sie eine materielle und finanzielle Neuausstattung. In der Stadt bekam sie vom Herzog das säkularisierte Dominikanerkloster, auch Schwarzes Kloster genannt. Die Professuren der Theologischen Fakultät wurden personell mit den Pastoraten an den drei Greifswalder Pfarrkirchen verknüpft, wobei der Inhaber der 1. Theologischen Professur als Pastor von St. Nikolai zugleich Generalsuperintendent von Pommern-Wolgast war. Die Verbindung zwischen Universität und frühmodernem Staat setzte sich auch in den anderen Fakultäten fort. Die Juristen waren zugleich am Hofgericht beschäftigt, die Mediziner als herzogliche Leibärzte und die Artisten als Prinzenzieher. Neben den Herzögen betätigten sich auch die Landstände als Förderer der Universität, was in der Stiftung von Stipendien und Freitischen für Studenten zum Ausdruck kam.

Bereits unter Herzog Philipp I. wurden Einnahmen des aus dem säkularisierten Kloster Eldena hervorgegangenen Amtes Eldena der Universität zur Versorgung überwiesen. Der Nachfolger Ernst Ludwig initiierte den Bau eines nach ihm benannten Kollegiengebäudes, das aber erst nach seinem Tod fertiggestellt wurde und auf dessen Grundmauern das heutige Hauptgebäude steht. Der letzte Herzog von Pommern-Wolgast, Philipp Julius, schenkte der Universität einen kostbaren Radmantel, der bis in die jüngste Vergangenheit von den Rektoren bei feierlichen Anlässen getragen wurde.

1600–1815: Schweden

1604 wurde mit der Universitätsbibliothek Greifswald die erste zentralisierte Universitätsbibliothek Deutschlands eingerichtet. Über mehrere Jahrzehnte bestand ein Ankaufvertrag über 2.000 Gulden mit einem Wittenberger Buchdrucker. Der Vertrag endete erst zum Ende des 17. Jahrhunderts. Zum Buchbestand gehören Handschriften und frühe Drucke so renommierter Schriftsteller und Drucker wie Johannes Gutenberg, Thomas Thorild u. v. a.

Zur Begleichung der ausstehenden Professorengälter vermachte im Jahr 1634 der Herzog von Pommern, Bogislaw XIV., der Universität das Amt Eldena vor den Toren der Stadt mit 14.000 Hektar, wodurch sie zur größten Grundbesitzerin unter den Universitäten wurde.

Im Westfälischen Frieden von 1648 fiel Greifswald mit Vorpommern an Schweden und war 1715 bis 1720 vorübergehend dänisch. Ohne den Charakter einer deutschen Hochschule zu verlieren, wurde die Universität nun bis 1815 von schwedischer Wissenschaftspolitik geprägt. Besonders im ausklingenden 18. Jahrhundert erlangte sie als Kulturbrücke zwischen Schweden und Deutschland neue Bedeutung: mehr als 1500 Schweden studierten oder wirkten hier als Wissenschaftler, z.B. der schwedische Philosoph Thomas Thorild (1795–1808).

Das repräsentative Hauptgebäude in der Domstraße wurde 1747 bis 1750 vom Greifswalder Mathematiker Andreas Mayer im Stil des norddeutschen Spätbarock errichtet. Die heutige Aula, früher als Bibliothek genutzt, gilt als ein besonderes »Kleinod« dieses Baustils.

1815–1945: Preußen

1815 ging Schwedisch-Pommern samt der Universität Greifswald in preußischen Besitz über, womit sie die älteste Hochschule Preußens wurde. Man sah sie als die pommersche Landesuniversität an.

1856 wurde zum 400-jährigen Bestehen der Universität Greifswald das Rubenow-Denkmal im Beisein Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen eingeweiht. Dieses Denkmal für Heinrich Rubenow befindet sich nach wie vor an seinem Platz und wurde 2006 zum 550-jährigen Jubeljahr der Alma Mater aufwendig restauriert.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Universität zu einer modernen universitas litterarum. Neben der Medizin mit eigenem Klinikviertel erblühten besonders die Juristische Fakultät, die Theologische Fakultät, die Altertumswissenschaften und die Philologien. Die Juristische Fakultät wurde 1905 durch Angliederung einer Ökonomischen Abteilung (heute Abteilung Betriebswirtschaftslehre) zur Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät erweitert. 1912 wurde die deutsche Paläontologische Gesellschaft in Greifswald auf Initiative des Greifswalder Paläontologen Otto Jaekel gegründet. Während der Weimarer Republik wurde das Spektrum der Universität noch einmal breiter (Nordisches Institut, Gustaf-Dalman-Institut für Palästinawissenschaften, Victor-Schultze-Institut mit christlich-archäologischer Sammlung, Biologische Forschungsanstalt auf der Insel Hiddensee).

1933 wurde die Universität auf eigene Initiative hin durch den damaligen preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring nach Ernst Moritz Arndt benannt. Arndt, 1791 Theologiestudent der Universität, lehrte hier mit Unterbrechungen von 1800 bis 1811 als Historiker. Von hier aus veröffentlichte er seine sozialkritische Schrift „Versuch einer

Geschichte der Leibenschaft in Pommern und Rügen“, sein Werk „Germanien und Europa“ sowie den ersten Teil von „Geist der Zeit“. Bis in die heutige Zeit gibt es immer wieder Diskussionen über den nicht unumstrittenen Namenspatron; eine Änderung des Universitätsnamens wurde von den Universitätsgremien bisher stets abgelehnt, zuletzt 2010 in einer Urabstimmung der Studierenden (Wahlbeteiligung 23%, 43,4 Prozent für eine Namensablegung, 49,9 Prozent für eine Beibehaltung[7]) sowie eine Abstimmung im Akademischen Senat der Universität (36 Stimmen, davon 14 für die Ablegung, 22 für die Beibehaltung[8]).

1945–1990: SBZ und DDR - (SBZ = sowjetisch besetzte Zone)

Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Universität geschlossen, jedoch am 15. Februar 1946 wieder eröffnet. Auf Befehl der sowjetischen Militäradministration blieb die Ökonomische Abteilung zunächst geschlossen. Nach Gründung der DDR gab es mehrere organisatorische Umformungen, Schließungen und Neuausrichtungen:

- Die Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät wurde weitestgehend geschlossen.
- Eine Landwirtschaftliche Fakultät war 1946 aus der ehemaligen, 1835 gegründeten Landwirtschaftlichen Akademie Greifswald-Eldena geschaffen worden, 1950 aber an die Universität Rostock verlegt und später als Institut erneut in der Universität Greifswald eingegliedert worden.
- Von 1946 bis 1955 bestand eine Pädagogische Fakultät.
- Die ebenfalls nach Kriegsende errichtete Arbeiter- und Bauern-Fakultät „Martin Andersen Nexö“ wurde 1962 geschlossen.
- Für die seit 1951 obligatorische marxistisch-leninistische Ausbildung der Studenten aller Fachrichtungen, später auch der wissenschaftlichen Mitarbeiter einschließlich Dozenten und Professoren, gab es ein "Gesellschaftswissenschaftliches Institut", das 1960 in Institut für Marxismus-Leninismus umbenannt und 1969 (bis 1990) zur "Sektion Marxismus-Leninismus" umstrukturiert wurde.
- Eine von der DDR-Führung beabsichtigte Umwandlung der Medizinischen Fakultät in eine Militärmedizinische Akademie konnte 1955 durch einen Studentenstreik abgewendet werden. Die Universität musste jedoch die Einrichtung einer Militärmedizinischen Sektion hinnehmen, die als Dienststelle der Nationalen Volksarmee (NVA) an der Universität bestand. Sie wurde 1989 aufgelöst.
- 1968/69 wurden die Fakultäten auf der Basis der Dritten Hochschulreform der DDR in ihrer klassischen Form aufgelöst und in 16 „Sektionen“ und den „Bereich“ Medizin aufgeteilt.

1990-heute: vereinigtes Deutschland

Diese teils drastischen Einschnitte in das Greifswalder Hochschulgefüge sind zum großen Teil nach 1990 rückgängig gemacht worden. Die Autonomie der Universität, deren akademische Selbstverwaltung und die Freiheit von Wissenschaft und Kunst, von Lehre und Studium sind wiederhergestellt worden. Schon im Dezember 1989 wurde die Sektion Theologie wieder zu einer Theologischen Fakultät aufgewertet. Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät folgte zum Sommersemester 1991 mit Jura und nach einem vergeblichen Versuch 1992 zum Wintersemester 1993/94 mit Betriebswirtschaftslehre.

Die Idee der „Universitas“ verwirklicht wieder ein Fächerkanon in Forschung und Lehre aus der Theologie, den Rechts- und Staatswissenschaften, den Geisteswissenschaften, der Mathematik, der Medizin und den Naturwissenschaften, die in den folgenden fünf Fakultäten organisiert sind: Theologische, Rechts- und Staatswissenschaftliche, Medizinische, Philosophische und Mathematisch-Naturwissenschaftliche. Heute prägen neben den verschiedenen Philologien besonders die Forschungen in Medizin, Physik und Biochemie die Universität.

Die Universität Greifswald stellt bereits seit 1999 als eine der ersten in Deutschland im Rahmen des Bologna-Prozesses ihr Studienangebot auf konsekutive Studiengänge um. Dem inzwischen so genannten Greifswalder Modell gestufter Studiengänge an der Philosophischen Fakultät[9] folgten inzwischen auch viele Studienfächer der anderen Fakultäten, z. B. Physik und Geographie. Ferner hat die Universität Greifswald zum Wintersemester 2000/2001 als erste Universität in Deutschland einen modularisierten juristischen Studiengang mit dem Abschluss Bachelor of Laws eingeführt.[10]

Das Alfred-Krupp-Wissenschaftskolleg Greifswald kooperiert mit der Universität auf vielfältigste Weise und fördert Lehre und Forschung unter anderem durch Stipendien, Graduiertenkollegs und die Finanzierung internationaler Tagungen hohen Profils.

Im Jahre 2006 feierte die Universität das 550-jährige Jubiläum ihrer Gründung 1456. Höhepunkt der zahlreichen Veranstaltungen zum Universitätsjubiläum war die Neueröffnung der restaurierten Aula im barocken Universitätshauptgebäude durch Bundespräsident Horst Köhler und Königin Silvia von Schweden.

Auch baulich hat sich das Bild der Universität Greifswald seit dem Ende der DDR sehr stark verändert. In die Restaurierung historischer Bauten und in den Neubau zahlreicher Gebäude sind in den Jahren 1991 bis 2007 insgesamt rund 417 Millionen Euro geflossen.[11] Im Jahr 2008 wurde die aufwändig betriebene Instandsetzung des historischen Audimax aus dem 19. Jahrhundert erfolgreich beendet und im Beisein von Berthold Beitz, der über die Krupp-Stiftung die Hälfte der Restaurierungskosten von 2 Millionen Euro bestritt, feierlich eingeweiht[12][13] und z.B. der Bau einer universitätseigenen, zentralen Werkstatt begonnen und im Sommer 2009 fertiggestellt. Weiterhin wird als einer von 17 genehmigten der bundesweit 52 beantragten Hochschulbauten von „nationaler Bedeutung“ ein Forschungsneubau für die Pharmakologie vom Bund gefördert.[14]

Gliederung

Leitung & Gremien

Der Rektor leitet die Universität mithilfe seiner Richtlinienkompetenz und vertritt die altherwürdige Alma Mater nach außen, etwa gegenüber dem Ministerium, Wissenschaftsgesellschaften oder Sponsoren. Der Rektor wird vom Senat gewählt und wird unterstützt durch zwei Prorektoren. Derzeitiger Rektor ist seit 2003 der Psychologe Prof. Dr. rer. nat. Rainer Westermann, dessen Amtszeit im Jahr 2013 endet. Prorektoren sind der Theologe Prof. Dr. Michael Herbst und der Historiker Prof. Dr. phil. Michael North.

Der Universitätskanzler leitet die Verwaltung der Universität nach innen. Der Kanzler wird auf eine Zeit von 8 Jahren vom Senat gewählt. Derzeitiger Kanzler ist Dr. Wolfgang Flieger.

Der akademische Senat setzt sich aus Professoren, akademischen Mitarbeitern, Studierenden und weiteren Mitarbeitern im Verhältnis 12:4:4:2 („engerer Senat“) oder 12:6:12:6 („erweiterter Senat“) zusammen.

Außerdem gibt es einen „Universitätsrat“, bestehend aus sechs vom Senat gewählten Persönlichkeiten, welcher die Universität berät. Derzeitige Mitglieder des Universitätsrats:

- Vorsitzender: Jürgen Hahn, Sparkasse Vorpommern
- Stellv. Vorsitzender Johan Almqvist
- Prof. Mathias Husmann, Generalmusikdirektor am Theater Vorpommern
- Prof. Dr. Jutta Limbach, ehem. Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und ehem. Leiterin des Goethe-Instituts
- Prof. Dr. Armin Grunwald
- Prof. Dr. Peeter Tulviste, Mitglied des Estnischen Parlaments (Isamaa ja Res Publica Liit) und Mitglied der Estnischen Akademie der Wissenschaften [2]

Eine besondere Ehrung stellt die Bestellung als „Ehrensator“ der Alma Mater Gryphiswaldensis dar. Diese Ehre kam bisher vier Personen zuteil:

- 1991: Prof. Dr. Berthold Beitz, Kuratoriumsvorsitzender der Alfried-Krupp-von-Bohlen-und-Halbach-Stiftung
- 1993: Dr. Reinhard Glöcker, Oberbürgermeister der Hansestadt Greifswald a.D.
- 1998: Dr. Norbert Kleinheyer, Geschäftsführer Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
- 2000: Dr. Michael Otto, Aufsichtsratsvorsitzender und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Otto-Gruppe

Die Studentische Selbstverwaltung ist aufgeteilt in das Studierendenparlament (StuPa) und den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA). Jeder Studierende der Universität hat passives und aktives Wahlrecht für das StuPa. Das StuPa wiederum wählt den AStA.

Fakultäten

Die Ernst-Moritz-Arndt-Universität besteht aus fünf Fakultäten, die ihrerseits wieder in Institute oder Kliniken aufgeteilt sind. An der Spitze der Fakultäten steht jeweils ein Dekan sowie ein Prodekan und ein Studiendekan. An der Philosophischen und Medizinischen Fakultät wird der Dekan durch einen zweiten Prodekan unterstützt. Darüber hinaus gibt es die

Fakultätsräte, die sich aus Hochschullehrern, wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studenten und sonstigen Mitarbeitern zusammensetzen.

Theologische Fakultät

Die Theologische Fakultät ist die kleinste Greifswalder Fakultät und bietet das Spektrum der evangelischen Theologie an. Eine Besonderheit des Greifswalder Theologiestudiums ist das Institut zur Erforschung von Evangelisation und Gemeindeentwicklung, welches in Zusammenarbeit mit der Pommerschen Evangelischen Kirche und der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste der EKD betrieben wird und sich Fragen der Mission und der praktischen Verkündigung des Evangeliums widmet.

Möglich ist das Studium der evangelischen Theologie (Abschlüsse: Kirchliches Examen, Diplom), Evangelische Religion (Lehramt Gymnasium / Haupt- und Realschule) und Evangelische Religionspädagogik (Aufbaustudiengang).

Das Gustaf-Dalman-Institut beherbergt nach eigenen Aussagen „eine international einmalige Sammlung von höchstem wissenschaftlichen Interesse und Niveau“.[15] Das Victor-Schultze-Institut besitzt eine Sammlung spätantiker und mittelalterlicher Originale.

Philosophische Fakultät

An der Philosophische Fakultät sind die meisten Studenten eingeschrieben. Der Forschungsschwerpunkt ist geografisch auf die nord- und osteuropäischen Staaten gelegt. Die Fakultät gliedert sich organisatorisch in neun Bereiche:

- Bildungswissenschaften
- Caspar-David-Friedrich-Institut
- Deutsche Philologie
- Fremdsprachige Philologien
- Historisches Institut
- Kirchenmusik und Musikwissenschaft
- Philosophie
- Politik- und Kommunikationswissenschaft
- Psychologie

Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät

In verschiedenen Rankings nehmen die Wirtschaftswissenschaften an der Universität Greifswald weit überdurchschnittliche Spitzenplätze ein.[16] Praktisch als einzige Fakultät in Deutschland wird die RSF den Studiengang Betriebswirtschaftslehre mit dem Abschluss Diplom-Kaufmann nicht zugunsten eines entsprechenden Bachelor-Abschlusses abschaffen, sondern ihn auf Dauer erhalten.[17]

Aufgrund einer Reform der Landesregierung wird die Ausbildung von Juristen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zukünftig ausschließlich in Greifswald stattfinden. Die entsprechende Juristische Fakultät in Rostock wird auf ein Minimum reduziert werden.

An der RSF werden die Fächer Rechtswissenschaft (Abschlüsse Staatsexamen, LL.B., LL.M.) und Betriebswirtschaft (Abschluss Diplom-Kauffrau/-mann) angeboten. Im Rahmen des eigentlich an der Philosophischen Fakultät angesiedelten B.A.-Studiengangs kann man die Teilfächer Öffentliches Recht, Privatrecht und Wirtschaft studieren. Zusätzlich wird als Aufbaustudiengang ein Master in „Health Care Management“ angeboten.

Medizinische Fakultät

Die medizinische Ausbildung in Greifswald ist eine der gefragtesten in Deutschland. Im Jahr 2007 war Greifswald nach Berlin bei der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen

(ZVS) der unter 34 Studienorten in Deutschland am zweitmeisten genannte Studienwunsch für angehende Mediziner.[18] Die medizinische Fakultät der Universität Greifswald ist eine der selektivsten weltweit. In Deutschland werden Studienplätze der Medizin und Zahnmedizin für gewöhnlich durch die ZVS vergeben, die Universität Greifswald jedoch sucht sich einen Teil ihrer Studenten jedes Jahr selbst in einem eigenen Bewerbungsverfahren aus. Im Jahr 2008 kamen hierbei auf 95 Humanmedizin-Studienplätze etwa 2.100 Bewerber (Zulassungsquote 4,5 Prozent) und auf 29 Zahnmedizin-Studienplätze kamen etwa 400 Bewerber (Zulassungsquote 7,25 Prozent).[19]

Angeborene Studiengänge sind Humanmedizin und Zahnmedizin. Lehr- und Ausbildungs Krankenhaus der Medizinischen Fakultät ist das Universitätsklinikum Greifswald, welches sich im Neubau befindet und bis 2009 eines der modernsten Krankenhäuser Deutschlands wird.

Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

Die Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät wurde am 28. Juli 1951 gegründet und ging aus der Philosophischen Fakultät hervor. Die derzeit rund 60 Professoren teilen sich auf folgende Institute auf:

- Fach Biologie (Institut für Botanik und Landschaftsökologie, Institut für Mikrobiologie und Genetik, Zoologisches Institut und Museum)
- Institut für Biochemie
- Institut für Geographie und Geologie
- Institut für Mathematik und Informatik
- Institut für Pharmazie
- Institut für Physik

Seit 2007 entwickelt das Institut für Physik gemeinsam mit weiteren deutschen Instituten sowie Instituten in der Schweiz, Japan, Australien und Tschechien das Weltraumwetter-Teleskop MuSTAnG[20] (Muon Spaceweather Telescope for Anisotropies at Greifswald), das Teil eines weltweiten Netzwerkes von Teleskopen werden soll. Mit Hilfe dieses Netzwerkes soll die genauere Vorhersage von Sonnenaktivitäten ermöglicht werden. Das Projekt wurde von der European Space Agency (ESA) und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt mitinitiiert.

Darüber hinaus existiert die Sternwarte Greifswald. Ferner gibt es zahlreiche Überschneidungen und Kooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik und dem Friedrich-Loeffler-Institut.

Die Biologische Station Hiddensee ging ebenso wie die Vogelwarte Hiddensee aus der „Biologischen Forschungsanstalt Hiddensee“ hervor, die 1930 als eine der ersten ökologischen Forschungseinrichtungen Deutschlands gegründet worden war. Sie gehören noch heute zur Universität.

Weitere Einrichtungen

Im Fremdsprachen- und Medienzentrum kann man Fremdsprachen (z. B. Schwedisch, Spanisch, Französisch, Englisch, Russisch) studiumsbegleitend erlernen sowie den Umgang mit modernen Medien lernen. Der Hochschulsport bietet Studierenden und Mitarbeitern der Universität verschiedene Sportkurse an.

Das Universitätsrechenzentrum (URZ) ist zuständig für das universitätsinterne Netzwerk sowie dessen Anbindung an das Internet. Über das Universitätsnetzwerk sind neben den Fakultäten und Instituten auch die Studentenwohnheime an das Internet angebunden. Außerdem verfügt das Netzwerk über mehrere W-LAN-Spots. Weiterhin stellt das URZ auch Rechner, Drucker und nach besonderer Erlaubnis auch das Medienlabor zur Benutzung vor Ort bereit.

Die zentrale Universitätsbibliothek Greifswald und die 19 Fachbereichsbibliotheken sind für Studenten und Wissenschaftler da.

Das Universitätsklinikum Greifswald und die Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde sind Lehr- und Ausbildungs Krankenhäuser der Universität. Das Universitätsklinikum Greifswald ist eins der modernsten Krankenhäuser Deutschlands.

Standorte und Architektur

Die Universität Greifswald hat im wesentlichen zwei zentrale Standorte.

Der Altstadtcampus umfasst vor allem die „Buchwissenschaften“, d.h. die Theologische, die Philosophische und die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät. Die Institute und Einrichtungen der Philosophischen Fakultät sind auf mehrere größtenteils historisch bedeutsame Gebäude in der Altstadt Greifswalds verteilt. Diese sollen gemeinsam mit den Einrichtungen der RSF im Anschluss an die Fertigstellung des neuen Uniklinikums am Beitzplatz in die dann freigezogenen historischen Backsteinbauten der alten Unikliniken am Ryck ziehen. In der Altstadt befinden sich ebenfalls das Universitätshauptgebäude und verschiedene Gebäude der Universitätsverwaltung, u.a. das Studierendensekretariat, die Zentrale Studienberatung, das Zentrale Prüfungsamt und das Akademische Auslandsamt. Die derzeitige Hauptmensa der Universität liegt auf der Ostseite der Altstadt.

An und um den Campus am Beitzplatz gruppieren sich größtenteils die aus neuerer Bebauung bestehenden Standorte der Medizinischen Fakultät und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Dort befindet sich ebenso die Zentrale Universitätsbibliothek, eine Werkstatt sowie das Universitätsklinikum Greifswald. In der Nähe der Universitätsbibliothek befindet sich das Arboretum der Universität. Die derzeit vorhandene kleine Mensa soll durch einen Neubau ersetzt werden.

Forschung und Lehre

Schwerpunkte

Die Schwerpunkte der Lehre und Forschung an der Universität Greifswald liegen in den Bereichen:

- Physik (speziell Plasmaphysik; siehe auch Wendelstein 7-X), Geowissenschaften, Landschaftsökologie
- Lebenswissenschaften: Biochemie, Medizin, Pharmakologie
- Staat und Wirtschaft
- Kulturwissenschaften mit Schwerpunkt Nord- und Osteuropa
- das Mittelalter.

Sonderforschungsbereiche

Darüber hinaus gibt es mehrere Sonderforschungsbereiche (SFB), zum Beispiel

- SFB Komplexe Plasmen (Greifswald und Kiel)
- SFB Inflammatorische Kardiomyopathie (Greifswald, Berlin und Tübingen)
- SFB Pathophysiologie von Staphylokokken in der Post-Genom-Ära (Greifswald, Tübingen und Würzburg)

Graduiertenkollegs

Die Ernst-Moritz-Arndt-Universität hat fünf Graduiertenkollegs:

- Baltic Borderlands: Shifting Boundaries of Mind and Culture in the Borderlands of the Baltic Sea Region
- Kontaktzone Mare Balticum: Fremdheit und Integration im Ostseeraum
- Wechselwirkungen zwischen Erreger und Wirt bei generalisierten bakteriellen Infektionen
- Alfred-Krupp-Graduiertenkolleg zur Tumorbilogie
- International Max Planck Research School on Bounded Plasmas

Zusammenarbeit

Forschungspartner

- Alfred-Krupp-Wissenschaftskolleg Greifswald
- Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, Leibniz-Institut für Plasmaforschung und Technologie sowie der Kernfusions-Forschungsreaktor Wendelstein 7-X
- Kliniken, u.a. das Universitätsklinikum Greifswald, die BDH-Klinik Greifswald und das Klinikum Karlsburg
- Friedrich-Loeffler-Institut (Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit), Insel Riems
- Technologiezentrum Vorpommern, Biotechnikum Greifswald und Technologiepark
- Siemens, Bereich Öffentliche Netze
- Forschungsinstitut für Diabetes, Karlsburg bei Greifswald

Internationale Kooperation

Die Universität Greifswald unterhält vielfältige Kontakte zu renommierten Hochschulen in Europa und der Welt. Diese Kontakte werden zum einen auf Universitätsebene über Partnerschaftsverträge mit Partneruniversitäten geregelt, zum anderen auf der Fakultäts- und Institutebene durch Kooperationen der Lehrstühle sowie durch das ERASMUS-Programm. Der von der Universität beschlossene regionale Schwerpunkt der europäischen Kooperation liegt in Nordeuropa und Osteuropa.

Europa

Die Universität hat Partnerschaftsverträge mit u.a. folgenden Einrichtungen in Europa abgeschlossen (Auswahl):

- Universität Aarhus, Dänemark
- Universität Tartu, Estland
- Universität Ostfinnland, Finnland
- Universität Lettlands (Riga), Lettland
- Universität Vilnius, Litauen
- Universität Padua, Italien
- Adam-Mickiewicz-Universität Posen, Polen
- University of Aberdeen, Schottland / Vereinigtes Königreich
- Universität Lund, Schweden
- Immanuel-Kant-Universität Kaliningrad, Russland
- Staatliche Universität Sankt Petersburg, Russland
- Masaryk-Universität, Tschechien

Australien, Amerika und Asien

Die Universität hat Partnerschaftsverträge mit u.a. folgenden Einrichtungen in Australien, Amerika und Asien abgeschlossen (Auswahl):

- University of Newcastle, Australien
- University of South Australia, Australien
- Universidade Regional de Blumenau, Brasilien

- University of Manitoba, Kanada
- University of Saskatchewan, Kanada
- Kyoto Sangyo University, Japan
- National University of Singapore, Singapur (Geisteswissenschaften)
- University of California at Berkeley, Kalifornien, USA (Geisteswissenschaften)
- University of Illinois at Urbana-Champaign, Illinois, USA

Sonstiger Austausch

Die verschiedenen Lehrstühle, Institute und Fakultäten unterhalten zahlreiche weitere, über die offiziellen Partneruniversitäten hinausgehende Kontakte, die dem wissenschaftlichen Austausch und/oder dem Studentenaustausch im Rahmen des ERASMUS-Programms dienen. Es bestehen unter anderem Kontakte zu den Universitäten Barcelona, Bergen, Göteborg, Graz, Helsinki, Kopenhagen, Lancaster, Lund, Luzern, Stockholm, Southampton, Uppsala und Utrecht.

Sammlungen und sonstiges Eigentum

Verschiedene Sammlungen und Besitztümer der Universität stehen sowohl Forschern als auch der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Bis 1945 war die Universität Greifswald diejenige mit dem größten Grundeigentum (mehr als 14000 ha) in Deutschland. Das Grundeigentum stammt aus der Übertragung säkularisierter Kloostergüter an die Universität als Ersatz für ausstehende Patronatszahlungen des pommerschen Herzogs. Dadurch war sie eine der wohlhabendsten Universitäten Deutschlands und finanziell bis weit ins 19. Jahrhundert hinein unabhängig. Von dem Reichtum zeugen noch einige Kunstschatze, wie zum Beispiel der Croy-Teppich (eine große Bildwirkerei mit einer bildlichen Darstellung zur Reformation aus dem Jahre 1554) oder eine originale 36-zeilige Gutenberg-Bibel (1458), die die Universität im 19. Jahrhundert von der Wolgaster St.-Petri-Gemeinde erwarb, sowie diverse weitere jahrhundertealte wertvolle Bücher. Der Reichtum der Universität an Bodeneigentum endete mit der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone. Einige während der Bodenreform enteignete Grundstücke erhielt die Universität mittlerweile zurück. Sie werfen aber kaum mehr Geld ab, als sie zum Unterhalt benötigen und sind oft mit Altlasten versehen. Die Universität fordert in einem laufenden Verfahren vor Gericht noch weitere Grundstücksrückgaben vom Land Mecklenburg-Vorpommern. Die Universität Greifswald ist auch Eigentümerin eines eigenen Universitätswaldes, der forstwirtschaftlich durch einen eigenen „Universitätsförster“ bewirtschaftet wird. Zudem gehört zur Alma Mater eine Forschungsstation auf der Insel Hiddensee.

Als eine der ältesten Universitäten Deutschlands konnten über die Jahrhunderte zahlreiche Exponate in den Sammlungen der Universität akkumuliert werden. Diese können in folgenden Einrichtungen besichtigt werden:

- Anatomische Sammlung
- Archäologische Studiensammlung
- Botanischer Garten
- Christlich-archäologische Sammlung
- Geburtshilflich-gynäkologische Sammlung
- Geologische Landessammlung
- Graphische Sammlung
- Gustav-Dalman-Sammlung (Theologie)
- Herbarium
- Historische Kartensammlung
- Medizinhistorische Sammlung
- Münzsammlung

- Pathologische Sammlung
- Physikalische Gerätesammlung
- Rechentechnische Sammlung
- Sammlung vorgeschichtlicher Altertümer
- Zoologisches Museum

Mitgliedschaften

Die Universität ist unter anderem Mitglied folgender Organisationen:

- Conference of Baltic University Rectors (CBUR)
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
- European University Association (EUA)
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK)
- Landesrektorenkonferenz Mecklenburg-Vorpommerns
- Verbund Norddeutscher Universitäten

Studentenleben

Sport

Studenten können die Angebote des universitätseigenen Hochschulsports nutzen, der eine Vielfalt sportlicher Entfaltungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt, beispielsweise Aerobic, American Football, Drachenboot, Fußball, Fechten, Handball, Judo, Karate, Kanu, Lacrosse, Rugby, Windsurfen, Taekwondo, Tauchen, Tennis, Tischtennis, Volleyball, Golf oder auch Yoga.[21] Neben allgemeinen Sportanlagen betreiben der Hochschulsport und der ASV Greifswald ebenfalls Ruder-, Kanu- und Segelsporthäuser am Fluss Ryck bzw. in Greifswald-Wieck.

In Greifswald-Ladebow findet sich der von Studenten geführte Studentische Regatta Verein, der sich dem Segeln mit Jollen widmet und bundesweit zu Regatten antritt.

Daneben gibt es zahlreiche von Studenten frequentierte Sportvereine, z. B. den Akademischen Seglerverein zu Greifswald, die HSG (Hochschulsportgemeinschaft), den Hanseatischen Golfclub Greifswald oder allgemein die lokalen Sportvereine wie den Greifswalder SV 04.

Ein sehr beliebter Ort für Wassersport, insbesondere Rudern, ist der Fluss Ryck der die Stadt durchzieht. Die Ostsee, insbesondere die Strandbäder auf den nahegelegenen Inseln Usedom und Rügen – einer der beliebtesten Urlaubsregionen Deutschlands – sind beliebte Orte für Sommersportarten wie Beachvolleyball, Frisbee oder Schwimmen.

Beim jährlichen „Greifswalder Citylauf“ über 10km[22], der von der Hochschulsportgemeinschaft Uni Greifswald e.V. (HSG) organisiert wird, starten auch viele studentische Einzel-, Gruppen- und Staffelläufer. Beim „Boddenschwimmen“ wird einmal die Dänische Wiek des Greifswalder Boddens überquert.

Gruppen

Vor Ort gibt es Gruppen aller Art, etwa politische (z. B. Jusos, LHG oder RCDS), religiöse (z. B. die beiden kirchlichen Gruppen ESG und KSG sowie die überkonfessionelle Hochschul-SMD) oder sonstwie gebundene Interessengruppen (z. B. Umweltschutz). Es besteht die Möglichkeit, sich im AStA, einem Fachschaftratsrat oder im Studentenparlament (StuPa) aktiv zu beteiligen und sich damit für Studenten und Universität als ganzes zu engagieren.

In Greifswald finden mehrere international bekannte Veranstaltungen statt an denen man sich als Student beteiligen kann. Das Festival Nordischer Klang führt die deutsche Öffentlichkeit

in die Kulturen Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens ein. Das sogenannte Greifswald International Students Festival (GrIStuF) bringt Studenten aus verschiedensten Ländern jeden Sommer nach Greifswald und wird weitgehend durch Studenten organisiert.

Medien

An der Uni Greifswald engagieren sich Studenten in mehreren journalistischen Projekten.

Zu den Moritz-Medien gehören eine Fernseh-, eine Print- und eine Onlineredaktion, deren Finanzierung durch die Greifswalder Studentenschaft gewährleistet wird.

radio 98eins sendet an Werktagen jeweils vier Stunden Programm und ist rechtlich eine Außenstelle des Neubrandenburger Offenen Kanals NB Radiotreff. Finanzielle Unterstützung erfährt der Lokalsender durch die Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern.

Ausgehen

Eine Besonderheit des Greifswalder Nachtlebens sind die von Studenten für Studenten geführten Studentenclubs Mensclub, Geographenkeller, Geologenkeller, Club 9 und Kiste. Diese werden zumeist als Vereine geführt und zielen nicht auf maximale Gewinne, sondern auf Spaß für Studenten ab.

Neben den direkt von Studenten betriebenen Örtlichkeiten gibt es eine diverse, für eine kleine Studentenstadt typische Kneipenszene sowie private Diskos. Es gibt auch viele Filmclubs direkt an der Universität, welche Filme auf Deutsch, Englisch oder z. B. den skandinavischen Sprachen zeigen.[23]

Studentenverbindungen

Wie in allen alten Universitätsstädten in Deutschland und Österreich gibt es auch in Greifswald eine lange Tradition von Studentenverbindungen. Heute aktive Studentenverbindungen sind:

- Corps Borussia Greifswald
- Corps Guestfalia Greifswald
- Corps Marchia
- Corps Pomerania Greifswald
- Greifswalder Burschenschaft Rugia
- Burschenschaft Markomania Aachen Greifswald
- Turnerschaft Cimbria
- Alte Greifswalder Turnerschaft Markomanno-Teutonia
- K.D.St.V. Alemannia Greifswald und Münster
- ATV Greifswald
- VDSt Greifswald
- AV Borussia-Bavaria
- Damenverbindungen: Akademische Damenverbindung Gratia Aurora und Philologische Schwesternschaft Athena

Alumninetzwerk & Uni-Fördergesellschaft

Die Gesellschaft von Freunden und Förderern der Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald e.V. wurde 1918 gegründet. 1945 nahm der Verein seine Tätigkeit zunächst nicht wieder auf. Erst im Dezember 1990 begann nach der Wiederbelebung der alten Tradition die erneute Arbeit. Der Verein verfolgt den Zweck, durch enge Zusammenarbeit mit der Universität die wissenschaftliche Forschung und Lehre zu fördern. So werden etwa jährliche Preise für die besten Dissertationen verliehen, die Wiederbelebung von Traditionen (z.B. Alumni-Fest)

unterstützt und wissenschaftliche, künstlerische und sportliche Veranstaltungen und Projekte unterstützt. Auch die Pflege des Netzwerkes der Ehemaligen - Studierende sowie Mitarbeiter der Universität - gehört zu den Tätigkeiten der Fördergesellschaft. Wer sich mit der alma mater gryphswaldensis und der Region verbunden fühlt, kann durch die Mitgliedschaft im Verein Kontakte aufrechterhalten, aktuelle Informationen der Universität erhalten oder an den regelmäßigen Veranstaltungen teilnehmen.

Zahlen, Daten, Fakten

Studierende

Die Universität Greifswald hat derzeit 12.300 (WS 2009/10) Studenten[24], davon sind etwa 59,2 % weiblich und 40,8 % männlich.

Der Anteil der Studenten von außerhalb des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern betrug bei den Neuimmatrikulationen zum Wintersemester 2009/2010 etwa 64 %, d. h. nahezu zwei Drittel der neuen Studenten kamen aus anderen Bundesländern nach Greifswald. Über die gesamte Studierendenschaft betrachtet kamen 57% aus einem anderen Bundesland, und damit deutlich mehr als an der zweiten Universität im Land, der Universität Rostock (38,4%[25]).

Aktuell (12/2009) sind 617 ausländische Studenten in Greifswald immatrikuliert, was einem Anteil von 5,0 % entspricht. Die größten Gruppen ausländischer Studenten kommen aus Polen (75) und Russland (45).

Rankings

Laut Hochschulranking der Zeit schneidet die Universität Greifswald in verschiedenen Studienfächern in der jeweiligen Spitzengruppe unter den deutschen Hochschulen ab, so beispielsweise Biologie (2009[26]), Medizin (2009[27]), Geographie, Jura (2008[28]) Pharmazie, Psychologie, Zahnmedizin (2009[29]), and Betriebswirtschaftslehre (2008[30]).

Im Bereich Medizin war die Universität Greifswald der im Jahr 2010 unter Studienbewerbern am drittmeisten nachgefragteste Studienort[31] nach der Berliner Charité (1. Platz) und der LMU München (2.) sowie vor der Universität Heidelberg (4.) und der Universität Hamburg (5.).

Im Bereich der Zufriedenheit der Studenten mit ihrer Alma Mater kam die Universität Greifswald in zahlreichen CHE-Rankings ihrer Fächer unter die Spitzenreiter, was immer wieder auf den guten Kontakt zu den Lehrenden[32], die allgemein guten Studienbedingungen und die gute Lebensqualität in Greifswald zurückgeführt wird.[33]

Bekannte Personen

Die Universität Greifswald ist mit Generationen namhafter Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft verbunden, die zum Teil zu ihren ehemaligen Studenten, zum Teil zu ihren ehemaligen Lehrkräften gehören.

Dazu gehören beispielsweise die zwei Nobelpreis-Träger Johannes Stark (Nobelpreis für Physik 1919) und Gerhard Domagk (Nobelpreis für Medizin 1939) sowie der Träger des Alternativen Nobelpreises Michael Succow (Alternativer Nobelpreis 1997). Otto von Bismarck (Reichskanzler 1871–1890) hat einen Teil seiner Studienzeit in Greifswald verbracht, ebenso wie einer seiner Nachfolger: Bernhard von Bülow (Kanzler 1900–1909).

Der ehemalige Greifswalder Student Johannes Bugenhagen verbreitete die Reformation in weiten Teilen Norddeutschlands und Skandinaviens und Thomas Thorild, ein schwedischer Dichter, studierte ebenfalls hier. Ende des 19. Jahrhunderts lehrten in Greifswald der bekannte klassische Philologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, der Althistoriker Otto Seeck sowie der Theologe Julius Wellhausen. Alfred Gomolka (Mitglied des Europäischen Parlaments) war in Greifswald Hochschullehrer, ebenso wie Bernhard Windscheid (einer der Väter des BGB). Ferdinand Sauerbruch, Theodor Billroth und Friedrich Loeffler verhalfen der Medizin zu neuem Wissen. Der Dichter Hermann Löns hatte ebenso eine Verbindung zu Greifswald wie Carl Schmitt, einer der einflussreichsten politischen Theoretiker. Aus den Naturwissenschaften fallen unter vielen anderen besonders die Namen Gustav Mie, Werner Rothmaler und Felix Hausdorff auf. Der Maler Caspar David Friedrich, einer der bedeutendsten Vertreter der Romantik und Namensgeber des heutigen Caspar-David-Friedrich-Instituts, erhielt von Universitätsbau- und Zeichenmeister Johann Gottfried Quistorp seinen ersten Kunstunterricht. Ein weiterer Schüler Quistorps war der Maler Wilhelm Titel. Verschiedene Landespolitiker haben in Greifswald studiert, beispielsweise Finanzministerin Heike Polzin (SPD), Sebastian Ratjen (FDP), Beate Schlupp (CDU) oder Peter Ritter (Die Linke).

Zu den Ehrendoktoren der Universität Greifswald gehören unter anderem Jacques Delors (ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission) ebenso wie Hannelore Kohl, die mittlerweile verstorbene Frau des früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl.

Literatur

Ältere Darstellungen

- Johann G. L. Kosegarten: Geschichte der Universität Greifswald nebst urkundlichen Beilagen. Greifswald 1856. Teil 1: Geschichtserzählung, Teil 2: Urkundliche Beilagen, Teil 2 online.
- Matthias Schneider: Der Geist der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Greifswald 1933.
- Festschrift zur 500-Jahr-Feier der Universität Greifswald am 17. Oktober 1956, 3 Bde, Magdeburg 1956–1961.
- Friedrich Schubel: Universität Greifswald. Frankfurt am Main 1960.
- Wolfgang Wilhelmus: Universität Greifswald – 525 Jahre. Berlin 1982.

Neuere Darstellungen

- Dirk Alvermann, Nils Jörn & Jens Olesen (Hrsg.): Die Universität Greifswald in der Bildungslandschaft des Ostseeraums. LIT, Berlin 2007.
- Dirk Alvermann & Karl-Heinz Spieß (Hrsg.): Universität und Gesellschaft: Festschrift zur 550-Jahrfeier der Universität Greifswald 1456–2006. 2 Bände. Hinstorff, Rostock 2006.
- Dirk Alvermann / Birgit Dahlenburg (Hgg.): Greifswalder Köpfe. Gelehrtenporträts und Lebensbilder des 16. bis 18. Jahrhunderts aus der pommerschen Landesuniversität, Hinstorff, Rostock 2006, ISBN 978-3-356-01139-5. (Rezension)
- Werner Buchholz: Lexikon Greifswalder Hochschullehrer 1775 bis 2006. Bad Honnef: Bock, 2004.
- Eckhard Oberdörfer, Peter Binder: Die Universität Greifswald. Eine Festgabe zur 550-Jahr-Feier. Sardellus-Verlag, Greifswald 2005, ISBN 978-3-9810686-0-3.
- Dirk Schleinert: Die pommersche Landesuniversität Greifswald. Ein Abriß ihrer Geschichte. In: POMMERN. Zeitschrift für Kultur und Geschichte, Bd. 44 (2006), Heft 1, S. 3–21.

Einzelnachweise

1. ↑ Zahlen, Daten, Fakten der EMAU Greifswald
2. ↑ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Personal an Hochschulen in MV 2008 (PDF)
3. ↑ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Personal an Hochschulen in MV 2008, Seite 14 (PDF)
4. ↑ Siehe Handelsblatt: <http://www.xxx>
5. ↑ GfK-Studie
6. ↑ Catholic Encyclopedia (1913) article
7. ↑ NDR Online, 15. Januar 2010, Greifswalder Studenten stimmen für Ernst Moritz Arndt
8. ↑ NDR Online, 17. März 2010, Universität Greifswald behält ihren Vornamen
9. ↑ Vgl. <http://www.xxx> sowie <http://www.xxx>
10. ↑ Vgl. Wieder einmal die Nase vorn: erster deutscher Jura-Bachelor-(LL.B.)-Studiengang in Greifswald
11. ↑ Gebäuderestaurierung und -neubau 1991-2008
12. ↑ Feierliche Übergabe des Auditorium Maximum, 2008

- 13.↑ Historische Informationen zum Audimax
- 14.↑ Pressemitteilung: GWK besiegelt neues Forschungszentrum für Greifswald – Pharma-Institut wurde als Neubau von nationaler Bedeutung eingestuft
- 15.↑ Gustaf-Dalman-Institut, 24. Mai 2007 EKD, 2005, ([1])
- 16.↑ Siehe <http://www.xxx>
- 17.↑ Vgl. die Internetpräsenz der RSF
- 18.↑ Siehe Pressemitteilung: Greifswald zweitbeliebtester Studienort für angehende Mediziner in Deutschland (2007)
- 19.↑ Zulassungsquote für Medizin und Zahnmedizin (2008)
- 20.↑ MuSTAnG telescope website
- 21.↑ Hochschulsport website
- 22.↑ www.xxx
- 23.↑ Hochschulinformationsportal Mecklenburg-Vorpommern
- 24.↑ Siehe uni-greifswald.de: Zahlen. Stand: WS 2009/10
- 25.↑ Zahlen und Fakten der Uni Rostock (2009)
- 26.↑ CHE Ranking 2009, Biologie
- 27.↑ CHE Ranking 2009, Medizin
- 28.↑ CHE Ranking 2008 Jura
- 29.↑ CHE ranking 2009, Zahnmedizin
- 30.↑ Die Zeit ranking 2008, BWL
- 31.↑ Studies Online: Steigende Bewerberzahlen (vom 13. August 2010)
- 32.↑ Karriere.de „Greifswald - Die Uni als Familie“ (05/2008)
- 33.↑ Deutschlandfunk „Aufbruchgeist in Greifswald“, Oktober 2008

xxx – Entsprechend unserer Statuten werden uns unbekannte Webadressen nicht veröffentlicht. Für eine weiterführende Recherche gehen Sie bitte auf die entsprechende Wikipediaseite. Mehr Informationen lesen Sie auf unserer Impressumseite. Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Philosophische Fakultät der Universität Greifswald

Die Philosophische Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald besteht seit 1456 (damals Artistenfakultät) und ist damit eine der ältesten Einrichtungen ihrer Art.

Der Forschungsschwerpunkt der Philosophischen Fakultät liegt im Bereich Nordeuropa und Osteuropa, hier besonders die Sprachen und Kulturen des Ostseeraums. Dieser Forschungsschwerpunkt drückt sich auch in der Lehre aus, so werden einige der Fächer wie Fennistik, Slawistik, Baltistik oder Skandinavistik außer in Greifswald nur an wenigen anderen Universitäten angeboten.

Institute

Deutsch

Das Institut für Deutsche Philologie wurde 1876 als Germanistisches Seminar gegründet und umfasst folgende Arbeitsbereiche:

- Germanistische Sprachwissenschaft (u.a. Jürgen Schiewe)
- Ältere deutsche Sprache und Literatur
- Neuere deutsche Literaturwissenschaft (u.a. Herbert Jaumann)
- Deutsch als Fremdsprache
- Didaktik der deutschen Sprache und Literatur
- Wolfgang-Koeppen-Archiv
- Pommersches Wörterbuch

Fremdsprachen

1777 wurde der erste Kurs in Englisch an einer deutschen Universität in Greifswald gegeben. 1853 wurde eine Abteilung für moderne Sprachen gegründet aus dem im Jahre 1881 das Seminar für Moderne Philologie hervorging. Heute ist der Name der Einrichtung Institut für Fremdsprachliche Philologien und umfasst folgende Arbeitsbereiche:

- Anglistik/Amerikanistik (u.a. Jürgen Klein)
- Baltistik
- Fennistik
- Gräzistik und Latinistik
- Nordische Abteilung (u.a. Christer Lindqvist, Walter Baumgartner)
- Romanistik
- Slawistik (u.a. Alexander Wöll)

Die Nordische Abteilung ist mit drei Lehrstühlen und Kursen in allen nordischen Sprachen (dänisch, färöisch, isländisch, norwegisch, schwedisch, finnisch, estnisch) eine der größten ihrer Art außerhalb der nordischen Länder[1]. Sie ist am internationalen Festival Nordischer Klang beteiligt. Die Universitätsbibliothek Greifswald ist deutschlandweite Sammelbibliothek für Bücher zu den baltischen Staaten und koordinierende Teilnehmerin am DFG-Projekt Vifanord (Virtuelle Fachbibliothek Nordeuropa und Ostseeraum).

Geschichte

Das Historische Institut wurde 1863 als erstes in Preußen und als viertes in Deutschland gegründet. Folgende Lehr- und Forschungsgebiete gibt es:

- Ur- und Frühgeschichte (Schließung des eigenständigen Instituts für Ur- und Frühgeschichte im Jahre 1996. Der Lehrstuhl wird seit dem 1. Dezember 2004 durch die Universitätsleitung unbesetzt gelassen.)[2]
- Alte Geschichte
- Geschichte des Mittelalters, darunter auch zur Hansegeschichte (u.a. Horst Wernicke, Karl-Heinz Spieß)

- Geschichte der Frühen Neuzeit (u.a. Michael North)
- Geschichte der Neuesten Zeit einschließlich der Zeitgeschichte (u.a. Thomas Stamm-Kuhlmann)
- Pommersche Geschichte (u.a. Werner Buchholz)
- Nordische Geschichte (u.a. Jens Olesen)
- Osteuropäische Geschichte

Auf Betreiben von Professor Jens Olesen fand mit den „Schwedischen Historikertagen“ (Schwedisch: De Svenska Historiedagarna) die Jahrestagung schwedischer Historiker 2008 in Greifswald, und damit außerhalb Schwedens, statt.[3] Das Thema der Jahrestagung mit etwa 400 vornehmlich schwedischen Teilnehmern lautete „Deutschland und Schweden in der Geschichte“ (Schwedisch: Tyskland och Sverige genom historien).[4]

Philosophie

Kunst und Musik

An dem nach dem in Greifswald geborenen Maler Caspar David Friedrich benannten Caspar-David-Friedrich-Institut wird zur Kunstgeschichte geforscht und Bildende Kunst unterrichtet. Das CDFI hatte seine Anfänge in einem „akademischen Zeichensaal“ aus dem 18. Jahrhundert, in welchem auch der Namensgeber des heutigen Instituts seinen ersten Zeichenunterricht erhielt. In Deutschland einzigartig ist die Ausbildung in Kunstgeschichte und Bildende Kunst an einem Ort.

Die musikalische ebenso wie musikwissenschaftliche Ausbildung in Greifswald findet am Institut für Kirchenmusik und Musikwissenschaft statt. Ein eigener „Universitätsmusikdirektor“ ist ebenfalls mit dem Institut verbunden.

Bildungswissenschaften

Politik- und Kommunikationswissenschaft

Am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft ist an der sozialwissenschaftlichen Ausbildung von zwei Bachelor-, zwei Master- und den auslaufenden Magisterstudiengängen beteiligt. Ab 2011 soll ein zweites kommunikationswissenschaftliches Master-Programm (Organisationskommunikation) aufgelegt werden. Daneben finden Nebenfachausbildungen für Psychologen, Geografie- und Lehramtsstudenten statt.

Zur Zeit besteht das gemeinsame Institut aus sechs Lehrstühlen. Davon ist eine als Juniorprofessur ausgeschrieben. Die Lehrstuhlinhaber im Fachbereich Politikwissenschaft sind Hubertus Buchstein (Politische Theorie und Ideengeschichte), Detlef Jahn (Vergleichende Regierungslehre), Margit Bussmann (Internationale Beziehungen) und Philipp Harfst (Juniorprofessur Politische System der BRD und Methoden der Politikwissenschaft). Im Fachbereich Kommunikationswissenschaft ist Patrick Donges Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft. Die dem Fachbereich zugehörige Professur (Organisationskommunikation) befindet sich im Berufungsverfahren.

Insgesamt sind im Wintersemester 2009/10 680 Studierende im Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft eingeschrieben. Aufgeteilt auf die beiden Bereiche studieren 485 Menschen Politikwissenschaft und 195 das Fach Kommunikationswissenschaft.

Psychologisches Institut

Eine weitere der Philosophischen Fakultät angegliederte Einrichtung ist das Institut für Psychologie.

Sonstige Einrichtungen

In den Jahren 2000 bis 2009 war an der Fakultät das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Graduiertenkolleg 619 „Kontaktzone Mare Balticum: Fremdheit und Integration im Ostseeraum“[5]. angesiedelt. Ab 2009 befindet sich mit dem Internationalen DFG-Graduiertenkolleg 1540/1 namens „Grenzräume in der Ostseeregion: Der Wandel

kultureller und mentaler Grenzen im Ostseeraum“ der Universität Greifswald mit der Universität Lund (Schweden) und der Universität Tartu (Estland) das erste internationale Graduiertenkolleg in MV sowie das erste in Kooperation mit einer baltischen Universität in Deutschland an der Universität Greifswald. Sprecher des Kollegs ist Michael North.

Weitere Einrichtungen der Fakultät sind das Fremdsprachen- und Medienzentrum (FMZ)[6] der Universität Greifswald (Sprachkurse, Computerkurse) sowie das interdisziplinäre Mittelalterzentrum[7] und das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien (IZFG)[8].

Das Pommersche Wörterbuch wird am Institut für Deutsche Philologie betreut, ebenso wie das Wolfgang-Koeppen-Archiv.

Ebenfalls an der Philosophischen Fakultät angesiedelt ist der Hochschulsport, welcher für alle Studierenden und Mitarbeiter der Universität diverse Sportkurse anbietet und mehrere Sportstätten betreibt.

Studium

Die Philosophische Fakultät der Universität Greifswald hat seit 1999 als eine der ersten in Deutschland mit der Umstellung auf konsekutive Studiengänge begonnen und diese inzwischen auch vollzogen. Es werden die Studiengänge B.A. (sechs Semester) und M.A. (vier Semester) angeboten. Daneben besteht die Möglichkeit das Lehramt für Gymnasien oder Haupt- und Realschule sowie einzelne Studiengänge mit Studienabschluss Diplom zu studieren.

Lehramtsstudiengänge

An der Philosophischen Fakultät werden derzeit in den Hauptfächern Deutsch, Englisch, Geschichte, Kunst und Gestaltung, Latein, Philosophie, Russisch angehende Lehrer ausgebildet. Zudem können als Drittfächer auch Dänisch, Norwegisch, Polnisch, Schwedisch studiert werden.

Bachelor of Arts

Im Bachelor-Studium belegen die Studenten zwei der folgenden Fächer[9]:

- Anglistik/Amerikanistik
- Baltistik
- Bildende Kunst
- Deutsch als Fremdsprache
- Fennistik
- Germanistik Geschichte
- Kommunikationswissenschaft
- Kunstgeschichte
- Musik oder Musikwissenschaft
- Öffentliches Recht
- Philosophie Politikwissenschaft
- Privatrecht
- Skandinavistik
- Slawistik
- Wirtschaft

Die B.A.-Studiengänge Öffentliches Recht, Privatrecht und Wirtschaft werden in Zusammenarbeit mit der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät angeboten.

Master of Arts

Master-Studiengänge sind Ein-Fach-Studiengänge: [10]

- British and North American Studies
- Politikwissenschaftliche Demokratiestudien. Demokratie und Globalisierung
- Deutsch als Fremdsprache
- Fennistik
- Fine Arts Germanistische Literaturwissenschaft
- Geschichtswissenschaft
- Intercultural Linguistics
- Kunstgeschichte Philosophie
- Skandinavistik
- Slawische Philologie
- Sprache und Kommunikation

Personen

Zu den derzeitigen Lehrenden gehören unter anderem Walter Baumgartner, Werner Buchholz, Hubertus Buchstein, Herbert Jaumann, Jürgen Klein, Christer Lindqvist, Michael North, Jens Olesen, Jürgen Schiewe, Matthias Schneider, Werner Stegmaier, Horst Wernicke, Rainer Westermann (351. Rektor) und Alexander Wöll.

Zu den ehemaligen Lehrenden zählen unter anderen Franz Dornseiff, Wilhelm Friese, Renate Herrmann-Winter, Gottlieb Mohnike, Andreas Urs Sommer, Thomas Thorild oder auch der Schriftsteller Ehm Welk.

Zu den ehemaligen Studenten zählen unter anderem der Maler Caspar David Friedrich der hier bei Johann Gottfried Quistorp seinen ersten Zeichenunterricht erhielt.

Einzelnachweise

1. ↑ Nordische Abteilung
2. ↑ Günter Mangelsdorf: 20 Jahre Ur- und Frühgeschichte an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald – eine Bilanz. In: Baltische Studien. Band 91 N.F., 2005, ISSN 0067-3099, S. 139–158.
3. ↑ Pressemitteilung der Uni Greifswald, 2008
4. ↑ „Schwedischen Historikertagen“ (De Svenska Historiedagarna)
5. ↑ Siehe <http://www.xxx>
6. ↑ Fremdsprachen- und Medienzentrum (FMZ)
7. ↑ Mittelalterzentrum Greifswald
8. ↑ IZFG Greifswald
9. ↑ B.A.-Studiengänge in Greifswald
10. ↑ M.A.-Studiengänge in Greifswald

xxx – Entsprechend unserer Statuten werden uns unbekannte Webadressen nicht veröffentlicht. Für eine weiterführende Recherche gehen Sie bitte auf die entsprechende Wikipediaseite. Mehr Informationen lesen Sie auf unserer Impressumseite. Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge

unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

England

England ist der größte und am dichtesten besiedelte Landesteil im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland.

Oft wird England fälschlicherweise auch als Synonym für den Staat des Vereinigten Königreichs oder für die gesamte Insel Großbritannien gebraucht. Der Name England stammt vom westgermanischen Volk der Angeln (altengl. Englas) ab.

Geografie

England umfasst den größten Teil des südlichen Abschnitts der Insel Großbritannien, grenzt im Norden an Schottland und im Westen an Wales und die Irische See. Im Osten grenzt England an die Nordsee, im Süden liegt England am Ärmelkanal und der Südwesten Englands liegt am Atlantik.

Politik

Die Regierung des Königreichs hat, ebenso die königliche Familie, ihren Sitz in der britischen Hauptstadt London. England hat - im Gegensatz zu Schottland, Wales oder Nordirland - weder ein Landesparlament noch eine Landesregierung. Deren Aufgaben werden vom Parlament und der Regierung des Vereinigten Königreiches wahrgenommen. Jedoch ist in Planung, England in verschiedene administrative Regionen mit eigener Verwaltung aufzuteilen. Das Vereinigte Königreich ist der einzige Staat in Europa ohne niedergeschriebene Verfassung – daher ist die Frage, ob England „nur“ ein Landesteil oder ein eigenständiger Staat ist, nicht eindeutig zu beantworten.

Sport

Verwaltungsgliederung

Die 39 historischen Grafschaften

Diese 39 historischen Grafschaften (engl. county, counties) bestehen seit dem hohen Mittelalter. In ihrer Funktion als Verwaltungsbezirke sind sie seit Mitte des 20. Jahrhunderts mehrmals neu gegliedert worden, jedoch bestehen die historischen Grafschaften im Bewusstsein der Bevölkerung weithin fort. Größere Städte galten als Teil der Grafschaften, wurden jedoch als Boroughs eigenständig verwaltet.

Die gegenwärtige Verwaltungsgliederung

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde die Verwaltungsgliederung teilweise den neu entstandenen Ballungsgebieten angepasst. Dadurch veränderten sich auch die Grenzen der oben

genannten 39 historischen Countys. So wurde zum Beispiel 1965 die Verwaltungseinheit Greater London eingerichtet. 1974 entstanden sechs metropolitan counties und die so genannten non-metropolitan counties, darunter auch einige kleinere neue Grafschaften wie Avon, Humberside und Cleveland, die jedoch in den 1990er Jahren zum Teil wieder aufgelöst wurden. Die Countys untergliedern sich in Bezirke (Metropolitan Districts bzw. Distrikte), die aufgrund ihrer Aufgabenstellung etwa den Stadtverwaltungen Deutschlands entsprechen. Diese Distrikte bestehen meist aus einer Vielzahl von Städten und kleineren Siedlungen, die jedoch keine eigene Verwaltung haben. Man spricht von einer „zweistufigen Verwaltung“ (1. Stufe Grafschaften; 2. Stufe Distrikte) 1986 wurden die Grafschaftsräte bzw. -verwaltungen der Metropolitan Counties aufgelöst. Ihre Aufgaben wurden an die untergliederten Metropolitan Districts delegiert, so dass diese alle Aufgaben der Grafschaften und der Distrikte erledigen („einstufige Verwaltung“). In ihrer Funktion können die Metropolitan Districts seither als „unitary authorities“ bezeichnet werden. Dennoch wurden die Bezeichnungen der sechs Metropolitan Counties beibehalten und ist seither aber nur noch für die Beschreibung der geographischen Lage bzw. für statistische Zwecke von Bedeutung. Zahlreiche Non-Metropolitan Districts wurden Mitte der 1990er Jahre als Unitary Authorities aus den Grafschaften ausgegliedert. Sie erledigen seither die Verwaltungseinheiten der Grafschaften mit und sind somit den Metropolitan Districts vergleichbar.

Die Grafschaften und unitary authorities Englands sind heute zu neun Regionen zusammen gefasst. Zur Untergliederung der Regionen und Grafschaften siehe Verwaltungsgliederung Englands und Verwaltungsgraftchaften Englands.

Großstädte

In der englischen Sprache wird zwischen city und town unterschieden. Das Recht, als „city“ bezeichnet zu werden, besiegelt eine königliche Ernennungsurkunde, die so genannte Royal Charter. Meist orientierte man sich dabei daran, ob die betreffende Ansiedlung eine Kathedrale besitzt. Während beispielsweise das kleine St Davids in Wales mit weniger als 2.000 Einwohnern eine „City“ darstellt, ist Stockport mit seinen 135.600 Einwohnern nur „Town“. Die Unterscheidung ist damit ähnlich der Unterscheidung zwischen Stadt und Gemeinde in Deutschland.

Die folgende Liste der „Großstädte“ Englands beinhaltet auch die so genannten Metropolitan Boroughs. Manche dieser einzelnen Verwaltungsbezirke bestehen aus mehreren Städten („Town“ oder „City“). So besteht der Metropolitan Borough Salford aus der City of Salford und anderen Städten, die man als „Town“ bezeichnet, während der Metropolitan Borough Manchester lediglich aus der City of Manchester besteht. Diese Metropolitan Boroughs sind einstufige Verwaltungseinheiten, die man mit den deutschen kreisfreien Städten vergleichen kann.

Metropolitan Boroughs fasst man in England zu Metropolitan Countys zusammen, die allerdings als Gebietskörperschaften keine Rolle mehr spielen. (Mehr dazu siehe: Verwaltungsgliederung Englands).

Die zehn größten städtischen Verwaltungsbezirke in England mit mehr als 200.000 Einwohnern (gemäß dem UK Census 2001) sind:

- London (7.172.000)
- Birmingham (1.001.200)
- Sheffield (520.732)
- Manchester (486.000)
- Bradford (485.000)
- Leeds (457.875)
- Liverpool (447.500)
- Kirklees (Huddersfield) (394.600)
- Bristol (393.900)
- Wakefield (315.000)

Nationale Symbole

Die englische Flagge, bekannt als St.-Georgs-Kreuz, ist ein rotes Kreuz auf einem weißen Hintergrund und wird seit dem 13. Jhdt verwendet.

Ein anderes nationales Symbol ist die Tudor-Rose, die seit den Rosenkriegen verwendet wird und ein Symbol des Friedens sein soll.[1] Die Rose wird z.B. von der Englischen Rugby-Union-Nationalmannschaft als Wappen verwendet.

Die Three Lions (dt. „Drei Löwen“) gehen auf Richard Löwenherz zurück und bilden das Wappen Englands.

England selbst hat keine offizielle Nationalhymne. Bei sportlichen Veranstaltungen, bei denen England als eigenständige Mannschaft auftritt, wird zumeist die britische Nationalhymne God Save the Queen verwendet, seltener auch Jerusalem, z.B. bei Test Cricket.[2]

Einzelnachweise

- ↑ national flowers, The National Archives, eingesehen am 29. Juli 2010
- ↑ Sing Jerusalem for England!, BBC vom 6. September 2005

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Geschichte Englands

Die Geschichte Englands ist die historische Betrachtung des größten und bevölkerungsreichsten Teils des Vereinigten Königreichs. Die Bezeichnung „England“ stammt aus der Zeit nach der Einwanderung der Angelsachsen. Nachdem zunächst Wales mit England vereinigt wurde, aber vor allem nach der Besteigung des englischen Throns durch Jakob VI. von Schottland im Jahr 1603, wird es immer schwieriger, zwischen englischer und britischer Geschichte zu unterscheiden.

Vor-Römisches England

Die Geschichte Englands beginnt im Grunde mit der Entstehung der Insel. In der Mesolithischen Periode, etwa um 8500 v. Chr., stieg der Meeresspiegel während der letzten Eisschmelze an und machte Britannien ca. 7000 v. Chr. zur Insel. In der Jungsteinzeit, die auf der Insel erst um 4000 v. Chr. begann, begannen Ackerbau und Viehzucht. Ob dies auf Einwanderung vom Kontinent oder die Akkulturation einheimischer Jäger und Sammler zurückgeht, ist in der Forschung umstritten. Während der ab 2150 v. Chr. beginnenden Bronzezeit wurde nahe dem viel älteren Steinkreis von Avebury das bekannte Stonehenge fertiggestellt (Megalithstruktur zwischen 2500 v. Chr. und 2000 v. Chr.). Die Eisenzeit beginnt ab 800 v. Chr. Im Süden Englands gibt es viele Überreste von Hügelforts aus dieser Zeit, die als System von konzentrischen Erdhügeln und -wällen überdauert haben: vom großen Maiden Castle in Dorset bis hinunter zu den viel kleineren wie Grimsbury Castle in Berkshire.

Römische Zeit

Die Römer landeten unter der Führung Caesars erstmals 55 und 54 v. Chr. in England, zunächst jedoch nicht als Eroberer. Erst ein knappes Jahrhundert später, 43 n. Chr., wurde England unter Kaiser Claudius von den Römern besetzt und zu einer Provinz gemacht; der bedeutendste Aufstand der keltischen Bevölkerung ereignete sich schließlich 61 unter der Führung von Boudicca. Um sich vor den Plünderungen der Pikten, den Einwohnern Schottlands zu dieser Zeit, zu schützen, wurde unter Kaiser Hadrian in der Höhe des Solway Firth ein Schutzwall von Osten nach Westen errichtet, der Hadrianswall.

Im klassischen römischen Stil bauten die Römer eine hocheffiziente Infrastruktur auf, um ihre militärischen Eroberungen zu festigen, und erschlossen so Britannien, wobei der Grad der Romanisierung sehr unterschiedlich ausgeprägt war: Am stärksten war der römische Einfluss im Süden und Osten, wo auch die Urbanisierung stärker ausgeprägt war. Ab dem 2. Jahrhundert machte in diesen Regionen auch das Christentum die meisten Fortschritte.

Ab dem 4. Jahrhundert wurde Britannien von Usurpationen heimgesucht: Flavius Theodosius stellte in den 360er Jahren noch einmal die Ordnung auf der Insel her, doch wurden nur wenige Jahrzehnte später die meisten Truppen abgezogen: Sie wurden auf dem Festland dringender gebraucht, wo 406/407 die Rheingrenze kollabiert war. Bald darauf erlosch auch die römische Präsenz auf der Insel; die Civitates mussten sich nun so gut wie eben möglich selber schützen, wozu auch germanische Söldner eingesetzt wurden.

Die Sächsische Eroberung

In das entstehende Machtvakuum drangen immer wieder piktische Gruppen nach Süden vor. Da die romano-britische Bevölkerung keine Hilfe vom römischen Imperium erwarten konnte, warben sie sächsische Truppen zu ihrer Verteidigung an. Diese Söldner siedelten sich mit ihren Familien an. Aber nun strömten größere Gruppen von Angeln, Jüten und Sachsen ins Land, um dem Bevölkerungsdruck auf dem Festland auszuweichen.

Die Ankömmlinge siedelten in Ostanglien, den Midlands, dem östlichen Yorkshire und in Lincolnshire und vertrieben dabei teilweise die einheimische keltische (britische) Bevölkerung. Südlich der Themse organisierten die Städte unter Führung einheimischer Magnaten eine entschlossene Verteidigung und nahmen dazu nach römischem Vorbild meist sächsische Föderaten in Dienst. Die Historia Brittonum berichtet, dass ab 430 so auch jütische Gruppen ins Land kamen und sich in Kent niederließen. Unter diesen Föderaten kam es 442/443 zu einer Revolte; nach langwierigen Kämpfen wurde die britische Bevölkerung nach Westen abgedrängt und musste Sussex (Südsachsen), Middlesex (Mittelsachsen) und Essex (Ostsachsen) – die späteren sächsischen Siedlungsgebiete – aufgeben. Ende des 7. Jahrhunderts hatten die Angelsachsen die Insel von Cornwall bis zum Firth of Forth unterworfen. Ausnahmen bildeten die westlichsten Gebiete von Dumnonia und Wales sowie das nördliche Gebiet von Cumbria, und natürlich konnte Schottland seine Unabhängigkeit behaupten.

Die Kleinkönigreiche

Die neuen Siedlungsgebiete waren zunächst gemäß der Stammes- und Gruppenstruktur der kontinentalen Gebiete organisiert. Mit dem Ende des 6. Jahrhunderts begann dann die Entwicklung der Königsherrschaft, und es sind sieben, miteinander konkurrierende angelsächsische Kleinkönigreiche nachweisbar:

- Nordhumbrien, (aus dem Zusammenschluss von Deira und Bernicia), Ostanglien und Mercien als Gründungen der Angeln
- Sussex, Wessex und Essex als Gründungen der Sachsen
- Kent als Gründung der Jüten gilt als das erste konsolidierte Reich, da die Einwanderer die noch intakte römische Verwaltung und die städtische Kultur nutzten. Früher als in anderen Regionen ging man zum Christentum über. Bereits nach 650 findet eine intensive Schreib- und Gesetzgebungstätigkeit statt.

Die politische Vorrangstellung der einzelnen Königreiche dokumentierte sich in der Person eines Oberherrschers, der erst im 9. Jahrhundert als Bretwalda bezeichnet wurde. Er übte jedoch keine Herrschaft über ganz England aus, sondern eher eine besondere Machtposition im Kreis der übrigen Könige. Im 7. Jahrhundert dominierte Northumbria, im 8. Jahrhundert Mercia und schließlich errang Wessex eine politische Vormachtstellung. Ab etwa 750 bestanden nur noch diese drei Königreiche, denn die anderen waren in ihnen aufgegangen.

Die Besiedelung durch die Angelsachsen stellte einen deutlichen Bruch gegenüber der römischen Herrschaft dar. Die Kultur der Eroberer unterschied sich grundlegend von der städtischen Lebensweise der Römer. Die Angelsachsen lebten in ländlichen Haufendörfern und waren in Sippen sowie in Familiengemeinschaften mit Gesinde um einen Hausvater (Lord) organisiert. Das Anwachsen dieser Hausgemeinschaften führte zur Bildung des angelsächsischen Adelsystems mit Gefolgschaften als unmittelbaren Machtzentren eines Adligen. Darüber hinaus bildete sich ein Heerkönigtum, das auf der Wahl des Anführers durch die mächtigsten Mitglieder des Heeres beruhte. Dem wirkte die Bestrebung der Heerkönige entgegen, dieses Amt in der jeweiligen Familie erblich zu machen.

Christianisierung

Die angelsächsischen Völker brachten bei ihrer Eroberung ihre eigene germanische Religion (siehe auch Angelsächsische Religion) mit und drängten die romano-britische Bevölkerung mit dem christlichen Glauben in die walisischen Grenzgebiete.[1]

Vom Kloster auf Iona, das der irische Mönch Columban, irisch Columcille, von Iona 563 gegründet hatte, nahm die iro-schottische Missionierung der Angelsachsen von Norden her ihren Anfang. Dort trat Oswald von Northumbria zum Christentum über und berief als König von Northumbria den Mönch Aidan zum Bischof und Missionar.

Im Süden landete 597 der Benediktiner Augustinus auf der Insel und begann auf Bitten des König Ethelbert von Kent, dessen Frau christlichen Glaubens war, mit der Missionierung der Angelsachsen.

Zwischen den beiden christlichen Strömungen entstanden Differenzen, die vor allem auf den unterschiedlichen Organisationsstrukturen beruhten. Während die iro-schottischen Missionare sich auf Klöster stützten und nur flache Hierarchien kannten, beruhte die römische Mission auf der Bischofshierarchie mit ihren Machtzentren in den städtischen Bischofssitzen. Darüber hinaus führte die unterschiedliche Berechnung des Osterfestes im Alltag der Menschen zu Verwirrung. Auf der Synode von Whitby setzten sich die Vertreter des römischen Ritus durch und die Bindungen an die kontinentale römische Kirche wurden enger.[2]

Das Christentum wurde allgemein zuerst von den Herrscherfamilien angenommen und von dort auf die Untertanen übertragen. Den Adligen bot der neue Glaube die Möglichkeit, Eigenkirchen zu gründen und damit sakrale Macht auszuüben. Mit den gebildeten Klerikern und Mönchen standen ihnen außerdem fähige Helfer bei der Verwaltung ihrer Territorien zur Verfügung. Den Heerkönigen schließlich bot die Salbung eine Möglichkeit, ihre Macht zusätzlich zur Wahl durch das Gefolge zu rechtfertigen, damit ihre Abhängigkeit von dieser zu verringern und der Erblichkeit der Herrschaft einen Schritt näher zu kommen.

Das christliche Zeitalter brachte Meisterwerke der Kunst hervor wie das Book of Lindisfarne und das Book of Kells. Es war geprägt von so bedeutenden Lehrern wie Beda Venerabilis. Etwa zu Beginn des 9. Jahrhunderts war die Christianisierung Englands abgeschlossen, wenn auch starke heidnische Elemente im Volksglauben weiter wirkten.

Die Wikingerzeit

Erste Angriffe und Entstehung des dänischen Siedlungsgebiets

Beginnend 789 und zum ersten Mal historisch bedeutsam mit dem Raubzug von 793 gegen das Kloster Lindisfarne landeten die dänischen Wikinger in England, dem Beginn der Wikingerzeit. Zunächst führten sie nur blitzartige Raubzüge aus, nach denen sie sich auf das Meer zurückzogen. Dort waren sie sicher, da die englischen Könige kaum über Schiffe verfügten, die in größerer Entfernung von der Küste operieren konnten. Kurz darauf überwinterten jedoch einzelne Wikingergruppen auf der Insel und legten dazu zumindest periodische Siedlungen an. 865 landete ein größeres Wikingerheer in East Anglia mit der offenbaren Absicht, sich dort länger einzurichten. Die Dänen forderten Tributzahlungen von umliegenden angelsächsischen Siedlungen und errichteten eigene Dörfer. Ein Jahr darauf eroberten sie York und setzten dort einen angelsächsischen König ein, der ihnen untergeben war. Sofort begannen die Überfälle auf Mercien auszugreifen, 869 erreichten erste dänische Truppen die Themse, den Grenzfluss zu Wessex, dem dominierenden angelsächsischen Reich.

Entstehung des Königreiches England

Alfred der Große, König von Wessex, trat der dänischen Bedrohung entgegen. Der ständige Kampf gegen die Wikinger, in dem Alfred zunächst keinen durchschlagenden Erfolg erzielte, wirkte als Katalysator zur weitgehenden Einigung Englands unter dem König von Wessex. Er zwang ihn außerdem zur Reorganisation des Heeres, zum Bau einer schlagkräftigen Flotte, zum Errichten zahlreicher Burgen und zum Anlegen des auf Grafschaften (Shires) beruhenden Systems, das England erstmals seit der römischen Zeit eine mehr oder minder einheitliche Verwaltung gab. 878 schlug Alfred ein großes dänisches Heer bei Eddington. Daraufhin ließ sich der dänische König Guthrum, der bereits zuvor in Kontakt mit dem Christentum gekommen war, mit 30 seiner Männer taufen. Anschließend zogen sie sich in ihr Kerngebiet in East Anglia (Danelag) zurück. Dieser Erfolg führte zur Anerkennung Alfreds als Herrscher auch in Mercien. 886 eroberte er schließlich London und gab dem Reich damit ein Zentrum. In den folgenden Jahren erkannten ihn auch die übrigen angelsächsischen Territorien, auch solche unter dänischer Herrschaft, als ihren Herrscher an (vgl. Entstehung Englands).

Alfreds Nachfolger bauten das von ihm angelegte Verwaltungssystem aus, in dem als Kronbeamte Sheriffs an der Spitze eines Shires standen. Die Shires wurden vor allem für das Gerichtswesen und das Heeresaufgebot wichtig. Zudem entwickelte sich eine frühe Form eines englischen „Nationalbewusstseins“. Alfreds Sohn Eduard fügte den Dänen 910 in der Schlacht von Tettenhall eine weitere schwere Niederlage zu und war danach vor allem in Auseinandersetzungen mit den südlichen dänischen Reichen erfolgreich. 918 erkannten die Könige dieser Reiche ihn als Herren an, später auch die Herrscher Schottlands.

Unterdessen veränderten sich auch die dänischen Gebiete im Osten Englands, die als Danelag bezeichnet wurden. Die einstigen Wikinger gingen immer mehr zu einer bäuerlichen Lebensweise über, bauten Burgen und Ansiedlungen und nahmen das Christentum an.

König Æthelstan vertrieb 936 die Cornish aus Exeter und sicherte den Fluss Tamar als Grenze von Wessex. Er nannte sich Rex totius Britanniae, konnte Wales und Schottland aber nur unter eine lockere Oberhoheit bringen. Dagegen eroberte er Northumbria dauerhaft. Seine Urkunden nach 930 wurden von einer einzigen Kanzlei in Winchester hergestellt, was auf eine Art Hauptstadt seines Königreiches schließen lässt. Auf Æthelstan folgte bis ins späte 10. Jahrhundert eine Phase mit vergleichsweise wenigen kriegerischen Auseinandersetzungen, dafür aber mit politischer und kirchlicher Konsolidierung des Reiches vor allem unter König Edgar.

Um 980 begann eine neue Welle Wikingerangriffe von See aus. Größere Kämpfe blieben jedoch weitgehend aus, da die angelsächsischen Herrscher Tribute zahlten und die Wikinger wieder abzogen. Um diese Tribute aufzubringen, führte König Aethelred auf Anraten des Erzbischofs Sigeric von Canterbury und seiner „Großen“ als erster mittelalterlicher Herrscher eine allgemeine Grundsteuer ein, das Danegeld. Dennoch setzten die Wikinger Ihre Bestrebungen fort, die angelsächsischen Gebiete zu erobern. Nach der verlorenen Schlacht von Maldon 991 zahlte Aethelred 10.000 Pfund (3.732 kg) Silber Tribut, um den Abzug der Wikinger zu erkaufen. Diese Summen steigerten sich mit der Zeit. 994 mussten 7250 kg Silber für den Abzug Olaf Tryggvasons aufgebracht werden, 1012 sogar 22 Tonnen Silber.

1002 heiratete Aethelred die normannische Herzogstochter Emma in Erwartung normannischer Unterstützung gegen die Wikinger. Damit legte er einen Grundstein für die spätere normannische Eroberung Englands. Im gleichen Jahr ließ er sämtliche Dänen in seinem Herrschaftsbereich ermorden, worauf die Dänen mit verstärkten Angriffen reagierten. Aethelred floh 1013 vor Sven Gabelbart in die Normandie und starb 1016.

England im dänischen Großreich

Auf die Flucht des Königs folgten einige Jahre der Kämpfe zwischen Angelsachsen, eingesessenen und seefahrenden Dänen. Neuer König wurde der Däne Knut der Große, der England und Dänemark in Personalunion regierte sowie weite Teile Nordeuropas beherrschte. England war damit Teil eines durch Seefahrt zusammengehaltenen Großreiches. Knut heiratete Emma, die Witwe Aethelreds, und konvertierte zum Christentum. Die Christianisierung in Dänemark und im 1028 von Knut eroberten Norwegen begann mit angelsächsischen Priestern. Neben der Einbeziehung der Kirche in seine Herrschaftsstrukturen bemühte Knut sich um die Integration sowohl der Angelsachsen als auch der sesshaft gewordenen Dänen in seinem Reich. Die Bevölkerungsgruppen wurden vom König weitgehend gleich behandelt, unterschieden sich aber durch die verschiedenen, jeweils für sie geltenden Rechtsordnungen, denen allerdings die Basis des germanischen Stammesrechts gemeinsam war. Wichtigstes rechtliches Werkzeug des Königs war der Königsfriede, mit dem Ansiedlungen, Gutshöfe, Einrichtungen (beispielsweise Kirchen, Straßen oder Brücken) und Personengruppen (etwa die Juden) in den persönlichen Haushalt des Königs übernommen und damit geschützt wurden. Als zusätzliche Verwaltungsebene über den Shires richtete der selten in England anwesende König vier Earldoms (Wessex, Mercia, East Anglia und Northumbria) ein, die jeweils von einem Herzog verwaltet wurden. Bei politischen Entscheidungen holte er in der Regel den Rat der Großen des Landes ein.

Die letzten angelsächsischen Könige

Unter Knuts Söhnen zerbrach das Reich wieder. Mit Eduard dem Bekenner übernahm 1042 wieder ein Angelsachse den englischen Thron. Er war ein Nachkomme Alfreds des Großen, hatte jedoch bis zu seinem 38. Lebensjahr in der Normandie gelebt. Unter ihm kam es zu zwei Entwicklungen, die schnell Konflikte hervorriefen: Einerseits wuchs der Einfluss sowohl des alten angelsächsischen als auch des dänischen Hochadels, insbesondere der Earls der Herzogtümer, andererseits bevorzugte Eduard normannische Adlige an seinem Hof. Dies führte zu einem Konflikt zwischen dem eingesessenen Adel und den Normannen. Eduards Schwiegervater Godwin, Earl of Wessex stellte sich an die Spitze der Oppositionsbewegung gegen die Normannen. Zunächst besiegte Eduard Godwin und schickte ihn in die Verbannung. Nach wenigen Jahren kam Godwin jedoch zurück und setzt sich schnell wieder als mächtigster Adliger des Landes durch. Eduard hatte bis zu diesem Zeitpunkt die neue Herrschaftsorganisation eingeführt, die die normannischen Könige später durchsetzen sollten, insbesondere mit der direkten königlichen Einsetzung von Klerikern auf Verwaltungsposten und Bischofsstühle nach dem Vorbild des ottonischen Reichskirchensystems. Als Godwin nach England zurückkehrte, begann Eduard sich zunehmend aus seinen Regierungsgeschäften zurückzuziehen und sich nur noch um den Bau der Kathedrale von Westminster und seine persönlichen Glaubensübungen zu kümmern.

Harold Godwinson, der Sohn Godwins, erreichte, dass der kinderlose Eduard ihn zu seinem Nachfolger bestimmte. Damit war die Nachfolgefrage jedoch keineswegs geklärt. Harold war zwar die mächtigste politische Figur Englands und besaß nach eigenen Angaben die Zusage Eduards, dass er dessen Nachfolger werden sollte, doch war umstritten, ob diese Zusage

wirklich erfolgt und ob sie rechtlich bindend war. Darüber hinaus war Harold nicht mit dem Königshaus verwandt. Auf verwandtschaftliche Legitimation konnten sich ein noch minderjähriger Urenkel Aethelreds, der in Ungarn lebte, und der Norwegerkönig Harald III. als Enkel Knuts des Großen berufen. Wilhelm, Herzog der Normandie war über seine Großtante Emma zumindest entfernt mit dem angelsächsischen Königshaus verwandt. Zudem berief er sich auf einen umstrittenen Eid Harold Godwinsons, den dieser ihm geleistet habe, als er auf einer Reise in normannische Gefangenschaft geraten sei und der Wilhelm die Thronfolge in England zugesichert habe.

Nach dem Tod Eduards 1066 wurde zunächst Harold Godwinson von den Großen des Reiches als neuer König anerkannt. Harald von Norwegen und Wilhelm von der Normandie begannen sofort nach der Wahl mit Vorbereitungen für Feldzüge nach England. Harald erreichte als erster die Insel und landete mit 300 Langschiffen in Yorkshire. Bei der Schlacht von Stamford Bridge am 25. September 1066 schlug Harold diese Invasionsarmee zurück. Am Morgen des 28. September landeten die Normannen im Südwesten bei Pevensey. Harold musste sein von der Schlacht geschwächtes Heer in Eilmärschen dem neuen Angreifer entgegen führen. Am 14. Oktober 1066 unterlagen die englischen Truppen in der Schlacht von Hastings, bei der Harold und seine Brüder fielen. Danach stieß Wilhelm kaum noch auf Widerstand. Am Weihnachtstag 1066 wurde er in Westminster zum englischen König gekrönt.

England im Hochmittelalter

Aufbau der normannischen Herrschaft

Der Sieg Wilhelms führte zur Einführung des effektiven Lehnssystems der Normannen. Eine kleine normannische Oberschicht ersetzte den eingessenen Adel fast vollständig. Wilhelm befahl die Erstellung des Domesday-Buches, welches Steuern der gesamten Bevölkerung, ihrer Ländereien und Besitztümer erfasste. Anders als in vielen anderen europäischen Ländern setzte sich mit Wilhelm das englische Königtum als alleiniges Zentrum des Feudalsystems durch. Letztlich befand sich der gesamte Grundbesitz auf der Insel in der Hand des Königs, der ihn an seine Lehnsnehmer weitergab, die wiederum ihnen untergeordnete Lehnsnehmer hatten. Grundherrschaft aus eigener Macht der Fürsten wie etwa im Heiligen Römischen Reich gab es nicht. Auch die Verwaltung Englands wurde von Wilhelm neu geregelt: Mit wenigen Ausnahmen wurden die Counties als neue, kleinere Gebiete eingeführt. An ihrer Spitze standen Earls oder Counts als königliche Lehnsnehmer. Darunter entstand aber eine weitere Schicht von Sheriffs als direkt dem König verantwortliche Beamte. Auch kirchliche Ämter wurden zunehmend von Normannen besetzt. Insgesamt führte die normannische Dominanz in der englischen Führungsschicht dazu, dass Altfranzösisch und Latein zu den dominierenden Sprachen wurden. Angelsächsisch wurde nur noch im einfachen Volk gesprochen. Im Rechtssystem machte sich der normannische Einfluss vor allem durch das neue Element der Geschworenengerichte bemerkbar sowie durch die klare Trennung der weltlichen und geistlichen Gerichtsbarkeit.

Unter Wilhelms I. Söhnen kam es zu Auseinandersetzungen um das Erbe, aus denen schließlich Heinrich I. als Sieger und als Herrscher sowohl über England als auch über die Normandie hervorging. Diese Thronauseinandersetzungen zogen unter anderem Zugeständnisse an den Adel nach sich, die Heinrich zur Absicherung seiner Herrschaft machen musste. Unter ihm wurde außerdem der Investiturstreit zwischen der englischen Krone und der katholischen Kirche ausgefochten, der mit der Regelung endete, dass die Kirche die Bischöfe mit geistlichen Vollmachten ausstatten durfte, sie aber zuvor zu Vasallen des Königs werden mussten. Bis zum Ende seiner Herrschaft richtete Heinrich mit dem Schatzamt (Exchequer), einem Verwaltungsgerichtshof und den Reiserichtern weitere Elemente einer zentralen Königsherrschaft ein. Der Verlust seines Sohnes William 1120 beim Untergang des „weißen Schiffs“ leitete Auseinandersetzungen über die Nachfolge ein, die rund 20 Jahre andauern sollten.

Bürgerkrieg und Dynastie Plantagenet

Die Herrschaft von Stephan I. (1135-1154), einem Neffen Heinrichs, war von zunehmenden Unruhen und dem Verfall der Königsherrschaft zu Gunsten des Adels geprägt. Heinrichs I. Tochter, Matilda, hatte zunächst den deutschen Kaiser Heinrich V. geheiratet und dann Gottfried von Anjou. Zusammen mit ihm und ihrem Halbbruder Robert, Graf von Gloucester, sowie einem Invasionsheer kehrte sie im Herbst 1139 auf die Insel zurück. Stephan wurde 1141 gefangen genommen. Matilda erklärte sich zur Königin, stieß aber schnell auf Ablehnung in der Bevölkerung und wurde aus London vertrieben. Aufstände und Bürgerkrieg dauerten an, bis Matilda 1148 nach Frankreich zurückkehrte. Stephan regierte bis zu seinem Tod 1154 weiter, weil er 1153 unter dem Druck einer drohenden Invasion eine Übereinkunft mit Heinrich von Anjou, dem Sohn Matildas und Gottfrieds und späteren Heinrich II. von England, getroffen hatte, die diesem die Nachfolge zusicherte.

Heinrich II. aus dem Haus Anjou-Plantagenet begründete mit seinem Herrschaftsantritt und der Heirat mit Eleonore von Aquitanien das Angevinische Reich, das neben England auch Teile Frankreichs und der Iberischen Halbinsel umfasste. Zugleich stand Heinrich dadurch aber als mächtigster Fürst Frankreichs im direkten Konflikt mit der französischen Krone, in

den auch England hineingezogen wurde.

Unter seiner Herrschaft erstarkte das Königtum wieder, was sich vor allem im Ausbau der Rechtsordnung ausdrückte. Alle Freien erhielten das Recht, sich bei juristischen Streitfällen direkt an den König zu wenden, Selbsthilferechte des Adels wurden eingeschränkt. Um diese Neuerungen durchzusetzen, wurden verstärkt Reiserichter und Geschworenengerichte eingesetzt. Durch Burgenbau und das Aufstellen eines Söldnerheeres machte sich der König von seinen Rittern weitgehend unabhängig. Im Verhältnis zur Kirche setzte Heinrich sich nur teilweise durch: Die Konstitutionen von Clarendon wurden 1164 von ihm erlassen. Sie sollten die königliche Gerichtsbarkeit auch auf Kleriker ausdehnen, die Kirchenggerichtsbarkeit einschränken und die Appellation englischer Priester an den Papst verbieten. Dies führte zum Widerstand des Kanzlers Thomas Becket, Erzbischof von Canterbury. 1170 wurde Becket (vermutlich auf „Anraten“ Heinrichs) ermordet. Die sofort einsetzende Märtyrer-Verehrung richtete sich auch gegen den König, der sich darauf öffentlich demütigen und das Appellationsverbot aufheben musste. 1169 rief ein irischer König englische Söldner zur Unterstützung bei internen Kämpfen ins Land und nahm Kontakt zu Heinrich auf. Nachdem die englischen Ritter schnell weite Teile der Nachbarinsel erobert hatten, begab sich Heinrich II. 1171 selbst nach Irland, um zu vermeiden, dass die Ritter dort zu eigenständig wurden. Auf der Synode von Cashel ließ sich Heinrich huldigen, wodurch Irland aus englischer Sicht zu einer der Krone unterworfenen Lordschaft wurde. Unterstützend gewährte die päpstliche Bulle "Laudabiliter" Heinrich das Recht, die Unterwerfung der irischen Kirche unter die römische Oberhoheit durchzusetzen.

Heinrich II. war es allerdings nicht gelungen, eine belastbare Erbregelung für sein Reich aufzustellen. Sein ältester Sohn Richard Löwenherz war bei Heinrichs Tod 1189 mit Feldzügen in Frankreich und dem Dritten Kreuzzug beschäftigt. Bei seiner Rückkehr aus dem Heiligen Land geriet er in die Gefangenschaft Kaiser Heinrichs VI. Insgesamt verbrachte er in zehn Jahren Herrschaft nur wenige Monate in England. Nachdem für Richards Freilassung 1194 ein hohes Lösegeld gezahlt worden und er in sein Reich zurückgekehrt war, kämpfte er erfolgreich gegen Philipp II. August von Frankreich, doch gelang es ihm nicht, alle Gebiete zurückzuerobern, die in der Zeit seiner Abwesenheit verloren gegangen waren. So begann ein Schrumpfungsprozess des Angevinischen Reiches. In den folgenden Jahren konzentrierte Richard sich auf die Auseinandersetzung mit dem aufständischen Adel in Aquitanien. Bei der Belagerung der Burg Chalus wurde er von einem Armbrustbolzen getroffen. Er starb am 6. April 1199.

Die Herrschaft übernahm sein Bruder Johann. Als dieser in der Schlacht von Bouvines (1214) einen noch weit größeren Teil seiner Festlandsbesitzungen verlor und sich auch in Auseinandersetzungen mit der Kirche nicht durchsetzen konnte, trotzte ihm der Adel eine Reihe von Zugeständnissen ab, die in der Magna Carta von 1215 festgelegt sind. Auf die Regierungspraxis wirkte sich diese Carta freilich erst unter Heinrich III. stärker aus, weil dieser nach der Eroberung Londons durch die Franzosen entscheidende Unterstützung durch den Adel erhalten hatte und diesen daher stärker in seine Regierungsentscheidungen einbezog.

Entstehung des englischen Parlamentarismus

Unter den schwachen Königen nach Heinrich II. zeigte sich die Stabilität des durch ihn geschaffenen Systems. Die Institutionen und der Adel hielten das Königreich England trotz der Abwesenheit des Herrschers und der häufigen Opposition gegen ihn aufrecht. England begann sich schon früh vom Personenverbandsstaat zu einem vergleichsweise modernen Gebilde zu entwickeln. Unter Heinrich III. wuchs die Macht des Adels weiter: Zunächst führte ein Regentschaftsrat mit Vertretern der wichtigsten Adelshäuser die Regierungsgeschäfte für den unmündigen König. Nachdem Heinrich selbst die Herrschaft angetreten hatte, überspannte er schnell seine Kräfte durch Engagements in Sizilien, im Reich und durch den ebenso erfolglosen Versuch, die französischen Gebiete zurückzuerobern. Zudem stieß der wachsende Einfluss französischer Hofadliger auf den Widerwillen des englischen Adels. 1257 berief Heinrich III. eine Versammlung seines Großen Rates, auch Parlament genannt, ein, um finanzielle Unterstützung von den Großen (im englischen Zusammenhang meist Magnaten genannt) seines Reiches zu erhalten. Solche Versammlungen hatte es bereits zuvor gegeben. Neu war aber die Tatsache, dass die Magnaten beanspruchten, dass der König in Zukunft die Zusammensetzung und Einberufung des Parlaments sowie den Aufbau seines ständigen Beraterkreises nicht mehr selbst bestimmen sollte. In den Provisions of Oxford und in den Provisions of Westminster wurde 1258 und 1259 unter anderem festgelegt, dass ein Magnaten-Ausschuss mit 15 Mitgliedern in Zukunft alle Regierungsgeschäfte überwachen sollte und der König verpflichtet war, dreimal im Jahr ein Parlament einzuberufen. 1264 lehnte sich Heinrich III. gegen diese Vereinbarung auf, wurde aber von einem Adelsheer unter seinem Schwager Simon V. de Montfort bei Lewes geschlagen, worauf er die Provisions endgültig anerkennen musste. Simon wurde in den folgenden Jahren zum Anführer der Parlamentsbewegung, in die er auch Vertreter der Städte und des niederen Adels aufnahm. Dies wiederum rief den Widerstand des Hochadels hervor, mit dessen Unterstützung Kronprinz Eduard Simon in der Schlacht von Evesham 1265 schlug.

Eduard wurde bereits vor seinem Herrschaftsantritt 1274 zum wichtigsten Träger der königlichen Herrschaft in England. Er stärkte das Königtum, beließ aber sowohl die Magna Carta als auch die Provisionen von Westminster in Kraft. In Zusammenarbeit mit Parlament und Magnaten setzte er darüber hinaus eine umfassende Rechtsreform durch, die vor allem eine

Abkehr vom germanischen Gewohnheitsrecht hin zu kodifizierten und verbindlichen Gesetzen bedeutete. Unter Eduard wurde außerdem Wales, dessen Fürsten sich bereits mehrheitlich in einem Lehnverhältnis zur englischen Krone befanden, endgültig in das Reich eingegliedert.

Ausdehnung in die benachbarten Territorien

1277 unterwarf Eduard den mächtigsten walisischen Fürsten Llewelyn II. Anschließend leitete er durch Siedlungsgründungen und Burgenbau eine gezielte Anglisierung des Landes ein. Der darauf folgende Widerstand der Waliser wurde 1282/83 militärisch gebrochen. Darauf folgte eine weitere Eingliederungsphase, in der Wales in Grafschaften mit englischen Grafen aufgeteilt und komplett dem englischen Rechtssystem unterworfen wurde. Weitere Aufstände bis zum Ende des 13. Jahrhunderts schlug die englische Krone schnell nieder. In Schottland wurde Eduard zunächst als Schiedsrichter in einem Thronfolgestreit aktiv und versuchte den dortigen Adel über seinen Kandidaten in ein Vasallenverhältnis zur englischen Krone zu drängen. 1296 griff er direkt militärisch im nördlichen Nachbarreich ein, setzte den König ab und beanspruchte selbst die schottische Krone. Es kam zu schottischem Widerstand und bis 1314 folgten mehrere wechselseitige Feldzüge, in denen sich keine Seite durchsetzte. 1314 gelang den Schotten in der Schlacht von Bannockburn ein entscheidender Sieg, worauf Schottland bis 1603 unabhängig blieb. In Irland hatte sich seit dem Ende des 12. Jahrhunderts eine dünne englische Adelsschicht als Herrscher über nahezu das gesamte Territorium ausgebreitet. Die herrschaftlichen Institutionen Englands sowie das fortschrittlichere Wirtschaftssystem waren weitgehend übernommen worden. Allerdings setzte bereits im Hochmittelalter ein gegenläufiger Prozess ein: Die englische Herrscherschicht nahm langsam die gälische Kultur an und vermischte sich mit der verbleibenden einheimischen Adelsschicht. Teilweise wurden niedere Adlige englischer Herkunft und englische Siedlungen sogar gälischen Herren gegenüber tributpflichtig. In den Strukturen des englischen Staatsrechts setzte sich das gälische Zivil- und Strafrecht zunehmend wieder durch. Bis zum Spätmittelalter kann man von einer tatsächlichen englischen Herrschaft nur noch in der Region unmittelbar um Dublin sprechen.

Wirtschaft und Gesellschaft im Hochmittelalter

In der Zeit von der Mitte des 10. bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts kam es schätzungsweise zu einer Verdreifachung der englischen Bevölkerung, vermutlich auf bis zu sechs Millionen Menschen. Diese Entwicklung hatte eine Reihe wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Folgen: Der Ackerbau wurde mit der Einführung der Dreifelderwirtschaft und der Urbarmachung weiter Flächen intensiviert. Die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln gelang jedoch nur in klimatisch günstigen und politisch stabilen Zeiten. Häufig wurde Getreide importiert, ebenso in größeren Mengen Wein und Holz. Wichtigste Exportartikel waren Wolle, Eisen und Zinn. Der Fernhandel lag mehrheitlich in der Hand kontinentaleuropäischer und jüdischer Kaufleute. Es gab kaum englische Handelsschiffe.

Die normannische Eroberung zog eine Veränderung der Dorfstrukturen nach sich, indem sich ländliche Siedlungen zunehmend um die Herrenhäuser des Adels gruppierten und nicht mehr in genossenschaftlich aufgebauten Dörfern nach angelsächsischer Tradition. Vor allem auf wikingsche Impulse ging das Wachstum von Städten zurück. Schnell bildeten sich jedoch auch außerhalb des Danelag große Siedlungen, die bald vom König den Status von Boroughs mit Selbstverwaltung und eigener Gerichtsbarkeit erhielten. Mit Ausnahme von London, das im Hochmittelalter rund 50.000 Einwohner hatte, blieben die englischen meist deutlich kleiner als kontinentale Städte. Der Hochadel wird für das Hochmittelalter auf rund 170 Familien geschätzt. Ihnen waren rund 5000 bis 6000 Ritter nachgeordnet, die wiederum die unfreien Bauern als Vasallen hatten. Freie Bauern waren direkte Untertanen des Königs und genossen den Unfreien gegenüber rechtliche Privilegien. Da die Ritter im Verlauf des Mittelalters ihre Vasallendienste zunehmend durch Geldzahlungen ablösten, blieb ihnen zunehmend Zeit zur eigenen Bewirtschaftung eines Teils ihrer Güter, die dann nicht durch die Belehnung unfreier Bauern, sondern durch Landarbeiter auf den Rittergütern erfolgte. Eine Veränderung erlebte die Sozialstruktur, als 1290 alle Juden aus England ausgewiesen wurden.

Geistesleben im Hochmittelalter

Nach der normannischen Eroberung orientierten sich Wissenschaft und Kunst in England an der Entwicklung in Frankreich mit ihren Zentren in Paris und an den nordfranzösischen Kathedralenschulen. Auch in England wurden Schulen zunächst in den Bischofsstädten gegründet, um die Kirche mit Nachwuchs an gebildeten Klerikern zu versorgen. Universitäten begannen kurz vor 1200 in Oxford und ab 1209 in Cambridge zu entstehen, zunächst als lose Zusammenschlüsse von Gelehrten und Studenten, kurz darauf gezielt von König und Kirche gefördert und kontrolliert und ab der Mitte des 13. Jahrhunderts auch mit festen Universitätsgebäuden. Die Universitäten waren um 1220 auch die ersten Zentren des Wirkens der neuen Bettelorden, der Dominikaner und Franziskaner, in England.

Sprachlich hatte die normannische Eroberung zu einer Zweiteilung geführt: Während die Oberschicht Französisch sprach, blieb Englisch die Sprache der Mehrheit. Nachdem die französischen Teile des Angevinischen Reiches verloren gegangen waren, setzten sich zunächst beim Landadel verschiedene mittellenglische Dialekte durch. Später dominierte der Dialekt der Region um London und wurde zum Ursprung der modernen englischen Sprache.

England im Spätmittelalter

Der Hundertjährige Krieg

Das Erstarken des französischen Königtums führte dazu, dass Philipp VI. 1337 die Gascogne konfiszierte, weil der englische König Eduard III. seine Vasallenpflicht ihm gegenüber verletzt hatte. Eduard wollte eine weitere Beschneidung der festländischen Gebiete nicht hinnehmen. Darüber hinaus war die Gascogne für den englischen Wollhandel nach Flandern von großer Bedeutung und hätte Frankreich den direkten Zugriff auf den Ärmelkanal ermöglicht. Eine Rolle spielte auch die Tatsache, dass sich der geflohene schottische König am französischen Hof aufhielt. Im Gegenzug zur Konfiskation erhob Eduard III. Anspruch auf den französischen Thron, was den Hundertjährigen Krieg auslöste. Nach einem Seesieg bei Sluys (1340) landete Eduard mit vier auf breiter Front operierenden Heeren auf dem französischen Festland. Nach dem Sieg in der Schlacht von Crécy-en-Ponthieu (1346) und der Eroberung von Calais durch die Engländer musste der französische König einen Waffenstillstand eingehen. Der neue Beginn der Kämpfe 1355 und ein weiterer englischer Sieg unter der Führung des „Schwarzen Prinzen“ 1356 bei Maupertuis zogen eine tiefe Krise Frankreichs nach sich. Im Frieden von Brétigny sicherte sich Eduard III. 1360 große Gebietsgewinne in Frankreich.

Danach setzte eine Phase militärischer Misserfolge für die Engländer ein. Zudem belastete die gesamte Kriegsführung die Staatskasse immer mehr und auch die katastrophalen Folgen der ersten Pestwelle von 1348 erschütterten die englische Wirtschaft schwer. Die schwierige militärische Lage bei gleichzeitiger Wirtschaftskrise und Kämpfermangel stürzte die Krone in erhebliche Finanzschwierigkeiten. Der Geldmangel konnte nur mit neuen Steuern beseitigt werden, die die Parlamente dem König auch gewährten. Als Gegenleistung erhielten sie ein Bewilligungsrecht für alle zukünftigen Steuererhebungen. Damit bekamen die Parlamente ihr über Jahrhunderte hinweg entscheidendes Machtmittel dem König gegenüber in die Hand. Darüber hinaus setzten sie die Abschaffung der Reiserichter und damit einer Kontrollinstanz durch, die durch die stationären Friedensrichter ersetzt wurden. 1376 setzte das „Gute Parlament“ erstmals in Zusammenarbeit von Commons und Lords eine Umgestaltung des königlichen Beraterkreises durch. 1383 scheiterte ein Feldzug Richards II. nach Flandern. Darauf folgte bis 1415 eine Phase fortgesetzter Waffenstillstände, in denen der Hundertjährige Krieg weitgehend ruhte.

Richard II. hatte in der Spätphase seiner Herrschaft mit Aufständen zu kämpfen. Als er sich auf einem Feldzug gegen den aufständischen späteren Heinrich IV. in Irland befand, formierte sich in Nordengland unter der Führung des Erzbischofs von Canterbury eine bewaffnete Opposition. Nach seiner Rückkehr wurde Richard 1399 in England von Heinrich gefangen gesetzt, im Londoner Tower eingekerkert und zur Abdankung gezwungen. Das Parlament sanktionierte dieses Vorgehen und sprach Heinrich die Krone zu. Damit hatte es eine bis dahin einmalige Machtfülle erreicht.

1415 nutzte der Sohn Heinrichs IV., Heinrich V., Thronfolgeunruhen in Frankreich, um erneut militärisch auf dem Kontinent aktiv zu werden. In der Schlacht von Azincourt erzielte er einen überragenden Sieg, eroberte bis 1419 die gesamte Normandie und schloss ein Bündnis mit Burgund. Nach dem Tod Heinrichs V. 1422 flammte der Krieg erst 1428 wieder auf. Johanna von Orleans entwickelte sich auf französischer Seite zur charismatischen Führungsfigur, zudem zerbrach das englisch-burgundische Bündnis. Es folgte eine Reihe französischer Erfolge, die von der Eroberung Bordeaux' 1453 gekrönt wurden. England hatte bis auf Calais seine festländischen Besitzungen verloren. Damit war der Hundertjährige Krieg praktisch beendet.

In der Kirchenpolitik lässt sich in der Zeit des Krieges mit Frankreich eine zunehmende Distanzierung der englischen Kirche von dem durch das Schisma geschwächten Papsttum ausmachen. In mehreren Statuten aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts errang die Krone die Kontrolle über das Pfründewesen und schränkte die Möglichkeiten zur Appellation nach Rom ein. Schließlich wurden die Kleriker dem König steuerpflichtig. Dennoch verschwand der päpstliche Einfluss nicht ganz. Eine geistliche Herausforderung entstand mit der vorreformatorischen Lollarden-Bewegung des John Wycliff, die ein mystisches Christentum mit allgemeinem Priestertum propagierte. Ab 1380 gewann Wycliff Unterstützer in Parlaments- und Adelskreisen. Darüber hinaus entwickelten sich im Umfeld der Lollarden 1381, 1414 und 1431 Bauernaufstände.

Die Rosenkriege

Die Absetzung Richards II. durch den späteren Heinrich IV. und die Misserfolge im Hundertjährigen Krieg waren die Gründe für den Ausbruch der Rosenkriege. Bei ihnen handelte es sich um einen Machtkampf um die englische Krone, der zwischen dem Haus von Lancaster, dessen Wappen eine rote Rose enthielt, und dem Haus von York, welches eine weiße Rose im Wappen führte, ausgetragen wurde. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Gründe waren das Vorhandensein großer Armeen nach dem Hundertjährigen Krieg, die keine Betätigungsfelder außerhalb Englands mehr hatten, sowie die Folgen der Pest.

Die Usurpation Heinrichs IV. hatte beträchtliche Unsicherheit über die Erbfolge des englischen Throns hinterlassen. Unter Heinrich VI. schwächten Regentschaftsperioden wegen Minderjährigkeit und folgender geistiger Krankheiten die Königsherrschaft weiter. In dieser Lage beanspruchten York und Lancaster, beide mit den Plantagenets verwandt, die Herrschaft. Nach wechselvollen Kämpfen ließ sich Eduard von York 1461 als Eduard IV. krönen. Bis 1471 hatte er sich auch militärisch durchgesetzt, worauf er Heinrich VI. ermorden ließ. Ein erfolgreicher Feldzug nach Frankreich sicherte 1475 Eduards Herrschaft auch finanziell. Die Rosenkriege flammten 1483 noch einmal auf, als Eduards Bruder Richard III. seine Neffen, die Thronerben, gefangen setzte und vermutlich auch ermorden ließ und sich selbst zum König erklärte. Darauf kam es zu Aufständen in England, die sich der nach Frankreich geflohene letzte Lancaster-Erbe Heinrich Tudor zu Nutze machte. In der Schlacht von Bosworth Field 1485, wurde Richard III. erschlagen. Heinrich Tudor wurde als Heinrich VII. zum neuen König, heiratete 1486 Elisabeth von York, die Tochter des toten Eduard des IV. und vereinte dadurch die beiden verfeindeten Häuser. Damit leitete er eine Phase der Stabilität der englischen Krone ein.

Die letzte Erhebung der Waliser

Zuvor wurde die endgültige Niederlage der walisischen Aufständischen unter der Führung des Prinzen Owen Glendower 1412 von Prinz Henry (dem späteren Heinrich V.) besiegelt. Dieser Versuch, die englische Herrschaft abzuschütteln, war die letzte größere Erhebung der Waliser. 1497 führte Michael An Gof Rebellen aus Cornwall in einem Marsch auf London. In einem Kampf am Fluss Ravensbourne in der Schlacht von Deptford Bridge, kämpften An Gof und seine Männer am 17. Juni 1497 für die Unabhängigkeit von Cornwall, wurden aber besiegt. Dieser Kampf war die letzte größere Rebellion bis zum Bürgerkrieg.

Wirtschaft und Gesellschaft im Spätmittelalter

Nach der Wachstumsphase des Früh- und Hochmittelalters prägte im Spätmittelalter die Pest die Entwicklung in England. Nach zwei schweren Pestschüben 1348 und 1361/62 kam es zu mehreren kleinen Ausbrüchen der Seuche, die die Bevölkerung in etwa halbierten. Diese Entwicklung zog einen verbreiteten Arbeitskräftemangel nach sich, von dem nach einer anfänglichen schweren Wirtschaftskrise vor allem die überlebende Landbevölkerung profitierte: Landarbeiter erhielten höhere Löhne, freie Bauern kauften das frei gewordene Land und stiegen teilweise zu Großbauern (Yeomen) auf. Die Konkurrenz durch selbst bewirtschaftete Güter der Adligen ging zurück, da diese sich angesichts der steigenden Löhne aus der Landwirtschaft zurückzogen und sich vom Ackerbau ab- und der Schafzucht zuwendeten. Zwar gerieten auch einige kleinere freie Bauern neu in die Abhängigkeit, doch erhielt die Mehrheit der Unfreien von ihren Herren weitergehende Rechte, die zunehmend auch schriftlich fixiert und damit gerichtlich einklagbar wurden. Bis zum Ende des Mittelalters war die Leibeigenschaft dadurch weitgehend verschwunden. Insgesamt wuchs das Standesbewusstsein der Landbevölkerung, was sich am deutlichsten im Bauernaufstand von 1381 um Wat Tyler ausdrückte. Auf den Adel hatte insbesondere die erste, erfolgreiche Phase des Hundertjährigen Krieges grundlegende Auswirkungen. Das klassische Vasallenverhältnis wandelte sich zu Vertragsbeziehungen, bei denen die Krone oder Hochadlige sich mit lebenslangen Unterhaltszahlungen die militärischen Dienste des Landadels erkaufte. Dies steigerte einerseits die Fähigkeit der Krone zu lang anhaltenden Kriegszügen, stellte aber andererseits den Magnaten schlagkräftige Privatarmeen zur Verfügung.

Nachdem die großen Pestzüge vorbei waren, beschleunigte sich die Entwicklung der Städte, allen voran London. Erstmals entstand eine größere Schicht einheimischer Fernkaufleute. London profitierte vor allem von seiner ab dem 13. Jahrhundert feststehenden Funktion als Königssitz. Zur Versorgung des Hofes erhielten Händler- und Handwerker gilden Privilegien. Der Geldbedarf des Königs legte den Grundstein für das Londoner Bankenwesen. Die Eroberungen in der Frühphase des Hundertjährigen Krieges steigerten die in England im Umlauf befindliche Geldmenge, so dass sich die Geldwirtschaft in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts endgültig durchsetzte.

Parallel zum Ausbau der Schafzucht und des Fernhandels wurde die Rohwolle verstärkt im Land zu Tuch weiterverarbeitet, was eine größere Wertschöpfung und gut bezahlte Arbeitsplätze für die Landbewohner nach sich zog.

Die Tudor-Epoche

Konsolidierung der Tudor-Herrschaft

Spätestens mit der Geburt seines Sohnes Arthur am 19. September 1486 war die Position Heinrichs VII. als König weitgehend stabil. In den folgenden Jahren bemühte er sich vor allem, das Aufstandspotenzial unter den verbliebenen Anhängern des Hauses York zu bekämpfen und die königlichen Finanzen zu stabilisieren. Dazu schuf er eine Reihe von Ämtern, deren Inhaber Gebühren abzutreten hatten. Besondere Steuern, die ein Parlament hätte bewilligen müssen, nahm er nur selten in Anspruch, um die Abhängigkeit von der Versammlung klein zu halten. Den Einfluss der großen Adelhäuser drängte Heinrich in der Endphase seiner Herrschaft durch die Einrichtung des Council of the North und des Council of Wales zurück. Diese beiden Versammlungen bezogen jeweils unter dem Vorsitz eines Bischofs nicht nur die Magnaten, sondern auch den niederen Landadel in die politischen Entscheidungen über die jeweilige Region ein. Darüber hinaus richtete Heinrich VII. weitere Beratergremien ein, in denen nicht mehr die Magnaten dominierten, sondern zum Teil auch Mitglieder des Bürgertums einflussreich wurden.

Erste Regierungsjahre Heinrichs VIII.

Sein Sohn, König Heinrich VIII., versuchte noch einmal, die Festlandsgebiete zurückzuerobern. Die Feldzüge in Frankreich brachten jedoch keine dauerhaften Erfolge. Lediglich 1513 gelang mit einem überproportionalen militärischen Aufwand die Eroberung von Théroouanne und Tournai. Diesen Feldzug nutzte Jakob IV. von Schottland, um in Nordengland einzufallen. Sein zahlenmäßig überlegenes Heer wurde von den englischen Verteidigern in der Schlacht von Flodden Field geschlagen, bei der auch der König fiel. Sein Sohn Jakob V. war minderjährig und so übernahm seine Mutter Margaret Tudor, eine Schwester Heinrichs VIII., die Regentschaft, was dem englischen König großen Einfluss in Schottland sicherte. Abgesehen von seinen Feldzügen kümmerte sich Heinrich VIII. allerdings wenig um Politik. Dieses Feld überließ er weitgehend seinem Berater Thomas Wolsey. Der Mann von einfacher bürgerlicher Herkunft wurde zu einem der mächtigsten Männer Englands, stürzte aber 1529 über seine gescheiterten Versuche, bei den Auseinandersetzungen zwischen dem Habsburgerreich und Frankreich als Schiedsrichter aufzutreten sowie eine Scheidung der königlichen Ehe zu erreichen.

Im Verlauf der ersten Herrschaftsjahre Heinrichs VIII. rückte die Frage nach der Thronfolge und damit nach der Ehe des Königs in das Zentrum der Politik. Mit Katharina von Aragon, die zuvor mit Heinrichs verstorbenem Bruder verheiratet gewesen war, hatte er nur die 1516 geborene Maria als Kind. Mehrere Fehlgeburten folgten. Ein fehlender Thronerbe hätte aber katastrophale Folgen für das Fortbestehen der Tudor-Dynastie gehabt. In dieser Lage lernte Heinrich Anne Boleyn kennen, die sich aber nicht mit der Position der Mätresse bescheiden wollte, sondern verlangte, dass sie Königin würde. Verhandlungen mit dem Papst über eine Scheidung Heinrichs von Katharina begannen. Sie blieben jedoch weitgehend erfolglos, vor allem auf Betreiben von Kaiser Karl V., einem Neffen Katharinas. Über diesen Misserfolg stürzte Wolsey endgültig. Sein Nachfolger als Kanzler wurde Thomas More, der sich aber weigerte, die Scheidungsverhandlungen weiterzuführen.

Der Bruch mit Rom

Zugleich wurde in dieser Zeit in der Bevölkerung die Unzufriedenheit mit der katholischen Kirche immer größer. Vor allem die Einnahmen der Kleriker aus Pfründen und die oft mangelhafte Seelsorge in den Gemeinden lösten wachsende Empörung aus. Im Herbst 1529 formulierten in einem Parlament vor allem Londoner Kaufleute und Juristen die Kritik an der Kirche in einer bis dahin unbekanntenen Schärfe. 1530 erhob der König Anklage gegen den gesamten englischen Klerus wegen angeblicher Verstöße gegen das Kirchenrecht. Im Januar 1531 zwang Heinrich VIII. die englische Bischofsversammlung, die Hoheit des Königs über das Kirchenrecht zu akzeptieren. Darüber hinaus forderte der König die Abschaffung des Rechts zur Appellation an den Papst, was ihm nicht nur freie Hand bei seiner Scheidung verschaffte, sondern die englische Kirche weitgehend dem Zugriff Roms entzogen hätte. Außerdem sollte der Erzbischof von Canterbury als höchster Kleriker in England anerkannt werden, eine Stellung, die er zuvor gemeinsam mit dem Erzbischof von York innehatte. Den theoretischen Unterbau für diese Ansprüche bildete der in der Forschung so genannte Caesaropapismus, der dem weltlichen Herrscher auch die Hoheit über die Kirche in seinem Territorium zusprach. Diese Machtposition wollte Heinrich VIII. erreichen. Unterstützung bekam er vom Erzbischof von Canterbury, Thomas Cranmer. Im Januar 1533 erklärte Anne Boleyn, dass sie von Heinrich VIII. schwanger sei. Cranmer traute die beiden daraufhin sofort. Im Mai erklärte ein von ihm dominiertes Gericht die Ehe zwischen Heinrich und



Katharina für ungültig, was bedeutete, dass die Tochter Maria unehelich und damit nicht erbberechtigt sei. Der Papst annullierte das Urteil und exkommunizierte Cranmer und den König. In dieser Lage kam am 7. September 1533 Elisabeth, die Tochter Heinrichs und Anne Boleyns, zur Welt.

Mit der Suprematsakte legten König und Parlament 1534 endgültig die Unabhängigkeit der englischen Kirche von Rom und die Stellung des Königs als ihr Oberhaupt fest. Darüber hinaus wurden zahlreiche, vor allem juristische, Sonderrechte des Klerus abgeschafft. Dies war die Geburtsstunde der Anglikanischen Kirche. In den folgenden Jahren wurden, vor allem auf Betreiben des Generalvikars Thomas Cromwell, zahlreiche Verordnungen erlassen, die auch in Liturgie und Kirchenlehre eingriffen. Das Vorgehen des Königs löste erheblichen Widerstand aus. So lehnten die Mönchsorden die Lösung von Rom und die Scheidung des Königs ab. Heinrich VIII. ließ darauf bis 1540 sämtliche Ordensniederlassungen auflösen. Die Ländereien der Orden sowie ein Großteil des Landbesitzes der Weltkirche ging in den folgenden Jahren an die Krone und den Adel. Zahlreiche hochrangige Kleriker weigerten sich, die Suprematsakte per Eid anzuerkennen, unter ihnen auch Kanzler Thomas More, der dafür 1535 hingerichtet wurde. 1536 formierte sich in Nordengland die Pilgrimage of Grace, ein bewaffneter Pilgerzug mit schätzungsweise 35.000 Mitgliedern. Heinrich sagte zu, dass er über die Forderungen der Pilger verhandeln werde, die weit über den Protest gegen die königliche Kirchenpolitik hinausgingen. Auf diese Versprechen hin löste sich der Zug auf, worauf der König den Anführern den Prozess machen ließ.

Mit dem kirchenpolitischen Machtgewinn war das drängendste Problem Heinrichs VIII. nicht gelöst: das Fehlen eines männlichen Erbes. Im Mai 1536 ließ er Anne Boleyn hinrichten, offiziell wegen mehrfachen Ehebruchs. Wenige Tage darauf heiratete der König die Hofdame Jane Seymour. Sie brachte am 12. Oktober 1537 den Thronfolger Eduard zur Welt und starb im Kindbett. Bei der Suche nach einer neuen Frau für den König spielte die gesamteuropäische Religionspolitik eine zentrale Rolle. Thomas Cromwell machte sich für ein Bündnis mit den protestantischen Kräften im Reich stark und vermittelte eine Ehe Heinrichs mit Anna von Kleve. Als die Braut in England ankam, war der König angesichts ihrer reizlosen Erscheinung entsetzt, ging aber aus Bündnisgründen die Ehe ein. Allerdings fiel Cromwell dadurch in Ungnade und wurde am 28. Juli 1540 wegen Verrats und Ketzerei hingerichtet. Eine Hofpartei hatte sich bereits zuvor gegen Cromwell für ein Bündnis mit Frankreich eingesetzt. Sie brachte nun entsprechende Verhandlungen auf den Weg und führte Heinrich die attraktive Catherine Howard zu. Die Ehe mit Anna von Kleve wurde umgehend geschieden, und Heinrich heiratete am Tag der Hinrichtung Cromwells Catherine.

Gleichzeitig ging Heinrich VIII. militärisch gegen das mit Frankreich verbündete Schottland vor. Bei Solway Moss schlug 1542 ein englisches Heer die schottischen Truppen vernichtend. Vermutlich aus Schrecken über diese Nachricht starb der schottische König Jakob V. 1543 startete Heinrich von Calais aus einen Feldzug gegen Frankreich, der mit einem großen militärischen Aufgebot lediglich die Eroberung Boulognes zur Folge hatte und damit eine strategische Niederlage war. Am 28. Januar 1547 starb Heinrich VIII.

Die Krise der Tudors

Die Regierungsgeschäfte für den noch unmündigen Eduard VI. übernahm der 16-köpfige Privy Council, in dem sich schnell der Protektor Edward Seymour, der Bruder von Eduards Mutter, eine dominierende Stellung einnahm. Seymour musste sich mit mehreren Problemen auseinandersetzen: Im Krieg gegen Frankreich und Schottland verlangte die öffentliche Meinung von ihm Erfolge, gleichzeitig belasteten die Feldzüge die Staatskasse schwer. Außerdem war der kirchenpolitische Kurs unter den Mitgliedern des Councils und den Magnaten umstritten. Während einige einen Anschluss an die Reformation verlangten, gab es auch zahlreiche Stimmen für eine weitgehende Beibehaltung alter Glaubenspraktiken trotz der Lösung von Rom. Edward Seymour hob angesichts dieser Frage zahlreiche Zensur- und Häresiegesetze auf, so dass sich eine breite Debatte entfaltete und ihn der Notwendigkeit zentraler Regelungen enthob. Mit mehreren Detailgesetzen vor allem zur Liturgie begünstigte der Lord Protector allerdings den Protestantismus. Das Wichtigste war das Uniformitätsgesetz von 1549, das das erste Book of Common Prayer als verbindliche Gottesdienstordnung festschrieb.

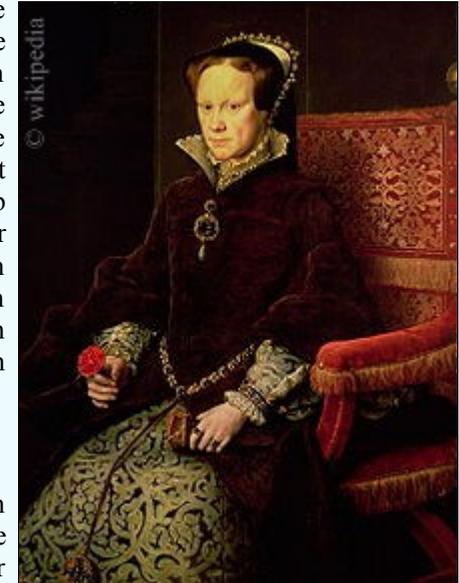
Gleichzeitig spitzte sich die soziale Lage zu. Grund dafür waren die hohen Abgaben zur Finanzierung des Krieges, das Bevölkerungswachstum sowie Missernten und die Inflation. Diese Spannungen entluden sich 1549 in Devon und Cornwall in der Western Rebellion. Anlass für die Erhebungen war allerdings die Kirchengesetzgebung. Kleriker, die sich gegen die Beschneidung der kirchlichen Macht und für eine Beibehaltung alter Gottesdienstformen einsetzten, wurden zu Anführern der Rebellion. 1552 folgte ein zweites Book of Common Prayers, mit dem die Anglikanische Kirche sich endgültig dem Protestantismus anschloss.

Ab 1551 verlor Edward Seymour seine Macht zunehmend an John Dudley, 1. Herzog von Northumberland, den Vorsitzenden des Privy Council. Dieser bemühte sich, den Krieg zu beenden und die Massenarmut zu bekämpfen. In dieser Situation erkrankte der wenig robuste Eduard VI. 1553 an Tuberkulose. Da sein Tod absehbar war, rückte eine alternative Thronfolge in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Offiziell war Maria I. weiterhin erbberechtigt. Als bekennende Katholikin hätte ihre Regierung erhebliche Umwälzungen und wohl auch die Absetzung und Bestrafung des Protestanten Dudley bedeutet. Dieser versuchte darauf entgegen der Thronfolgeregelung Jane Grey, eine Großnichte Heinrichs VIII., zur neuen Königin aufzubauen. Als Eduard VI. im Juli 1553 starb, beanspruchte Dudley den Königstitel für Grey, während Maria sich gleichzeitig selbst zur Königin

ausrief. Ein Versuch Dudleys, Maria gefangen zu nehmen, scheiterte, da seine Truppen desertierten, weil sie, wie die Mehrheit der Bevölkerung, Maria unabhängig von ihrer Konfession als legitime Königin ansahen. Bald unterstützte auch der Council Maria. Dudley wurde hingerichtet.

Die Herrschaft Marias I.

Am Anfang ihrer Herrschaft setzte Maria auf eine integrative Politik. Sie ließ einen Großteil des alten Privy Councils in seiner Machtposition und ergänzte das Gremium durch persönliche, meist katholische Vertraute. Zunächst machte sich ihre Rekatholisierungspolitik vor allem durch die Absetzung weniger, ausgesprochen protestantischer Bischöfe und die Einsetzung entschiedener Katholiken bemerkbar. 1553 wurde die alte, katholische Liturgie weitgehend wiederhergestellt und die religiöse Zensur wieder verschärft. Jedoch führte erst Marias Heiratspolitik zu einer Verschärfung der konfessionellen Auseinandersetzungen. Durch ihre Heirat mit Philipp II. von Spanien 1554 stellte sie eine Verbindung zur führenden katholischen Macht dar, die von den Magnaten und großen Teilen der englischen Bevölkerung abgelehnt wurde. Zwar machte sie zahlreiche Zugeständnisse, die eine spanische Einflussnahme auf die englische Politik verhindern sollte, dennoch wuchs die Unzufriedenheit mit ihrer Herrschaft. Ebenfalls 1554 wurde die anglikanische Kirche wieder Rom unterstellt. Vorerst erklärten sich die Magnaten und der Hochadel damit einverstanden, weil sie ihre Erwerbungen aus Kirchengut behalten durften. Die im gleichen Jahr wiederhergestellten Ketzergesetze bildeten jedoch die Grundlage für die Verfolgung der Protestanten ab dem folgenden Jahr, in deren Verlauf knapp 300 Menschen auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurden. Ein durchschlagender Erfolg der Rekatholisierung blieb jedoch aus, vor allem weil Maria bereits 1558 starb, ohne einen Thronerben geboren zu haben. Lediglich außenpolitisch kam es zu einer Annäherung an Spanien, indem England sich ihm 1557 im Krieg gegen Frankreich anschloss, ein Unternehmen, das sich jedoch zu einem Desaster entwickelte, als am 7. Januar 1558 Englands letzter Brückenkopf auf dem Kontinent, die Hafenstadt Calais, von Frankreich erobert wurde. Abgesehen davon gelang es Maria jedoch, die Krone durch eine Reihe von Reformen auf eine stabile finanzielle Basis zu stellen und ein Flottenbauprogramm in die Wege zu leiten, das für England in den folgenden Jahrhunderten eine bedeutsame Rolle spielen würde.



Geistesleben im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit

Die Sprache des Londoner Umlandes setzte sich zunehmend als gesamtenglische Hochsprache durch, wobei sie zahlreiche Lehnwörter aus dem Französischen übernahm. Nachdem die Literatur im Hochmittelalter fast ausschließlich einen kirchlichen Zusammenhang hatte, traten zum Ende des Mittelalters hin vermehrt Laien als Autoren auf. Das sich herausbildende englische Nationalbewusstsein schlug sich zunehmend auch in der in Landessprache verfassten Literatur nieder. Die Fähigkeit zum Lesen und Schreiben verbreitete sich zunehmend unter den städtischen Handwerkern und Händlern. 1525 erschien die erste englische Ausgabe des Neuen Testaments, die direkt aus der Vulgata übersetzt worden war. Allerdings machte sich beginnend mit der Renaissance im 15. Jahrhundert eine Rückbesinnung auf die Antike im Zeichen des Humanismus bemerkbar. Ebenfalls in diesem Jahrhundert ist eine Welle von kirchen-unabhängigen Schulgründungen feststellbar. In den Lehrplänen der Universitäten von Oxford und Cambridge wurden im Rahmen der Reformation unter Heinrich VIII. die religiösen Fächer aus ihren dominierenden Stellungen befreit. Ab 1500 stiegen die Zahlen der Studierenden deutlich an. Zunehmend nutzten adlige Söhne die Universitäten, da der Adel insgesamt höheren Wert auf Bildung legte. Ebenfalls als Folge der Reformation löste Englisch Latein als Messsprache ab. Bildende Kunst und Architektur erlebten als Folge der religiösen Umbrüche und der damit verbundenen Kirchenplünderungen im 16. Jahrhundert eine Phase, in der kaum neue Werke entstanden.

Das Elisabethanische Zeitalter

Der Thronfolgeregelung Heinrichs VIII. zufolge und auch nach den Zusicherungen, die Maria I. bei ihrer Heirat den Magnaten gemacht hatte, bestieg Elisabeth I. 1558 den Thron. Die neue, protestantische Königin wurde vom Volk begeistert aufgenommen. Vom Beginn ihrer Herrschaft an war eine mögliche Heirat der Königin das bestimmende Thema. Mehrfach forderten Parlamente sie dazu auf, mit dem Ziel, einen männlichen Thronfolger zu erhalten.

Durchsetzung der Reformation

Zunächst wurde Elisabeth aber religionspolitisch für den Protestantismus aktiv. Noch im Jahr ihrer Thronbesteigung hob sie die römische Hoheit über die englische Kirche wieder auf. 1559 ließ sie sämtliche Beamte, darunter alle Geistlichen, einen Eid auf sich als Oberhaupt der Kirche schwören. 17 Bischöfe, die von Maria eingesetzt worden waren, verweigerten diesen Eid und wurden ihrer Ämter enthoben. Die religiöse Konformität der einfachen Bevölkerung wurde im gleichen Jahr mit einer Pflicht zum Gottesdienstbesuch festgeschrieben. Theologisch wurde die Anglikanische Kirche 1563 mit den vom Klerus erstellten 39 Articles endgültig auf den Protestantismus ausgerichtet, die 1571 Gesetzeskraft erhielten. Entschiedene Protestanten, denen dies nicht weit genug ging, sammelten sich in der Bewegung der Puritaner, von denen ein Teil sich ab 1570 unter der Bezeichnung Presbyterianer weiter radikalisierte. Elisabeth ließ gegen diese Strömungen scharf vorgehen, so dass es in der Anglikanischen Kirche ab 1590 praktisch keinen Widerstand gegen die königliche Kirchenpolitik mehr gab. Rom reagierte auf die Hinwendung zum Protestantismus 1570 mit der Exkommunikation Elisabeths und einer gezielten Gegenreformation. Ab 1574 sickerten katholische Geistliche, bald auch Jesuiten, nach England ein. Insgesamt sollen während der Regierungszeit Elisabeths 650 katholische Priester in England gewirkt haben. Sie wurden vor allem verdeckt in den Haushalten von Adel und Gentry aktiv, im einfachen Volk fand der Katholizismus keine Anhänger mehr. Elisabeth reagierte mit scharfen antikatholischen Gesetzen. Ab 1585 wurde die Todesstrafe gegen entdeckte katholische Priester verhängt. Insgesamt ließ Elisabeth 133 Priester und 63 katholische Laien hinrichten.



Wachsender Einfluss auf Schottland

Elisabeths erste außenpolitische Aktivitäten konzentrierten sich auf Schottland. Dort hatte Marie de Guise, die Witwe Jakobs V., sich den massiven Unmut des Adels zugezogen, weil sie mit Hilfe zahlreicher französischer Berater und Soldaten regierte. Elisabeth unterstützte einen 1559 ausbrechenden Aufstand protestantischer schottischer Adliger. Nach dem Tod Marias 1560 wurde der Vertrag von Edinburgh geschlossen, der den englischen Einfluss auf Schottland steigern und den französischen vermindern sollte. Kurz darauf kam jedoch Maria Stuart, die Witwe Franz' II. von Frankreich, nach Schottland und machte ihre Ansprüche auf den Thron geltend. Da sie erbrechtlich die legitime Thronfolgerin war, akzeptierten auch die protestantischen Adligen zunächst die katholische Königin. Nachdem Maria jedoch 1567 ihren schottischen Gatten töten ließ, brach ein allgemeiner Aufstand gegen sie los, der sie dazu zwang, zu Gunsten ihres einjährigen Sohnes Jakob auf die Krone zu verzichten und einen protestantischen Regenten anzuerkennen. Im Mai 1568 floh Maria Stuart nach England und begab sich unter den Schutz Elisabeths. Diese befand sich damit in einer politischen Zwickmühle: Maria war eindeutig die legitime, durch einen Aufstand vertriebene Königin Schottlands. Hätte Elisabeth diesen Anspruch aber unterstützt, wäre im Nachbarland wieder eine katholische Herrscherin auf den Thron gekommen. Obwohl die Parlamente wiederholt auf die Hinrichtung Maria Stuarts drängten, erfolgte diese erst am 8. Februar 1587.

Konflikt mit Spanien

Unterdessen hatte sich das Verhältnis zwischen England und Spanien verschlechtert. Während Spanien den Katholizismus in England unterstützte, griffen englische Freibeuter mit Billigung Elisabeths spanische Schiffe im Ärmelkanal an und unterstützte England die protestantischen Niederlande bei ihrem Aufstand gegen die spanische Herrschaft. Darauf reagierte Spanien mit Angriffen auf die englisch-niederländischen Handelslinien. 1569 brach im Norden Englands ein von Spanien unterstützter Aufstand los, den Elisabeth nur mit massiver Gewaltanwendung und dank der Unterstützung durch die protestantischen Kräfte Schottlands niederschlagen konnte. Elisabeth intensivierte darauf ihre Unterstützung für die inzwischen organisierten Aufständischen in den Niederlanden um Wilhelm von Oranien. 1574 entspannte sich die Lage vorübergehend, als Philipp II. und Elisabeth I. ein Abkommen schlossen, das ihnen gegenseitig die Unterstützung von Rebellen untersagte und den Handel zwischen beiden Reichen wieder anlaufen ließ. Dennoch wuchsen in England und Spanien jeweils die inneren Ressentiments gegen den anderen Staat. Schließlich beschloss Philipp 1585 eine groß angelegte Invasion Englands, bei der er vom Vatikan finanziell massiv unterstützt wurde.

1588 besiegte die technisch überlegene englische Flotte die Armada in einer Reihe von Seeschlachten im Kanal. Stürme vernichteten die fliehende spanische Flotte endgültig. Damit begann Englands Aufstieg zur See- und Kolonialmacht. Zwar hatte es bereits um 1500 erste englische Expeditionen nach Nordamerika gegeben, doch war zunächst keine gezielte Eroberungspolitik betrieben worden. Überseehandel im größeren Umfang fand erst ab 1550 statt und beruhte vor allem auf den Initiativen einzelner englischer Händler. Im Verlauf der Auseinandersetzung mit den Spaniern unterstützte die Krone zunehmend den Handel und die Freibeuterei im Einflussbereich Spaniens. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Seefahrtnation England mit der Weltumsegelung Francis Drakes 1577 bis 1580. In der englischen Öffentlichkeit propagierten mehrere Kampagnen die Kolonisierung und den Überseehandel.

Ab 1600 kam es in Irland, das noch über einen großen katholischen Bevölkerungsanteil verfügte, zu einem von Spanien mit Truppen unterstützten Aufstand gegen die englische Herrschaft. Bis 1607 schlugen die englischen Truppen die Bewegung aber nieder. Nach dieser Entscheidung begann die englische Kolonisierung, die zuvor nur in kleinen Schritten vorangegangen war, die ganze Insel zu umfassen.

Letzte Herrschaftsjahre Elisabeths

Ab 1590 begann der Rückhalt für Elisabeth I. zu schwinden. Wichtigster Grund dafür war die wachsende Steuerlast. Bis zum Sieg gegen die Spanier hatte sie die Bevölkerung nur gering finanziell belastet. So musste sie in den 45 Jahren ihrer Herrschaft die Parlamente, deren Hauptaufgabe die Bewilligung neuer Steuern waren, nur 13 Mal einberufen. Da aber auf die Vernichtung der Armada fortgesetzte Kämpfe mit Spanien folgten, wuchs der Geldbedarf des Staates rasch. Zudem hatte Elisabeth ein System aus Ämtern am Hof, im Justizsystem und der Kirche sowie wirtschaftliche Privilegien geschaffen, mit der sie wichtige Magnaten belohnte. Dieses System verschlang in den Jahren vor ihrem Tod 1603 immer größere Summen und belastete den Haushalt zusätzlich.

Wirtschaft und Gesellschaft im 16. Jahrhundert

Um 1550 war die englische Bevölkerung nach der Pest wieder auf rund drei Millionen angewachsen. Die Landbevölkerung stellte bei weitem die Mehrheit. Allerdings verfügte London um 1500 bereits über 60.000 Einwohner und wuchs bis zum Ende des Jahrhunderts auf rund 215.000 Menschen an. Die um 1500 nächstgrößeren Städte waren deutlich kleiner: Norwich mit 12.000 und Bristol mit 10.000 Einwohnern. In London bildete sich auch eine einflussreiche Fernhändlerschicht, die vor allem die Route London-Antwerpen bediente und sich mit der Gilde der Merchant Adventurers um 1500 erstmals einen institutionellen Rahmen gab. Nicht zuletzt diese von den Königen mit vielen Privilegien versehene Gilde führte zum Aufstieg Londons und zugleich zum Verkümmern des Fernhandels in den übrigen Hafenstädten Englands.

Das starke Bevölkerungswachstum und die endgültige Durchsetzung der Geldwirtschaft in allen Lebensbereichen führte zu einem erheblich wachsenden Bedarf an Münzgeld, der wiederum eine deutliche Verschlechterung des Münzmetalls und eine Inflation nach sich zog. Diese Entwicklung führte zur Verelendung weiter Kreise der Arbeiterschaft, die auf die in Geld ausgezahlten Löhne angewiesen war. Gewinne machten dagegen sowohl adlige als auch bäuerliche Grundbesitzer sowie Lebensmittelhändler und teilweise auch Pächter mit langfristigen Pachtverträgen. Insgesamt stieg die Bedeutung der Lebensmittelproduktion für den Verkauf und nicht mehr nur für den eigenen Unterhalt stark an, insbesondere zur Versorgung der stark wachsenden Metropole London. Dies zog auch technische Neuerungen nach sich, so die Ergänzung der Dreifelderwirtschaft durch bodenverbessernde Futterpflanzen, gezielte Düngung und die zeitweise Beweidung von Ackerland, die die bisherige Brache weitgehend verdrängten. Als weitere Erwerbsquelle in der Winterzeit bildete sich für die Landbevölkerung das Verlagssystem, vor allem in der Textilherstellung, heraus.

Die englische Bauernschaft der frühen Neuzeit teilte sich in drei Gruppen. Am schlechtesten gestellt waren die Leaseholders (um 1500 rund ein Neuntel der Bauern). Sie verfügten über Pachtverträge mit begrenzter Laufzeit, die immer wieder neu ausgehandelt wurden. Sie wurden dadurch von der Inflation am härtesten getroffen. Die Copyholders stellten mehr als die Hälfte der Bauernschaft. Ihre Erbpachtverträge waren praktisch unkündbar und sahen auf sehr lange Frist festgelegte Zahlungen vor. Die Freeholders (etwa ein Fünftel) waren zwar nominell dem Grundherren abgabepflichtig, traten im Prinzip aber als freie Bauern auf.

Durch das gesamte 16. Jahrhundert hindurch gab es immer wieder Auseinandersetzungen um die Privatisierung der Allmenden um die Bauerndörfer herum. Während die Grundbesitzer versuchten, dieses Land in Privatbesitz umzuwandeln (Enclosure), um die ertragreiche Lebensmittelproduktion zu steigern, waren die landlosen Arbeiter angesichts der Inflation zunehmend auf die Nutzung des Gemeinschaftseigentums angewiesen, um sich selbst versorgen zu können. Auch die Regierung erkannte diese Zusammenhänge und versuchte die Privatisierung der Allmende mit Gesetzen zu verhindern, setzte sich damit aber nur teilweise gegen die Interessen der Grundbesitzer durch.

Im 16. Jahrhundert begannen in England, weitaus früher als im übrigen Europa, die gesellschaftlichen Schranken zwischen niederem Adel (Gentry) und Bürgertum zu verschwinden. Einflussreiche, vermögende und gebildete Bürgerliche konnten im Ansehen auf eine Ebene mit dem Adel gelangen. Umgekehrt war es für nicht erberechtigte jüngere Söhne aus adligen Familien spätestens am Ende des 16. Jahrhunderts nicht ehrenrührig, eine Karriere als Händler zu machen, obwohl bei weitem die Mehrheit sich für eine klerikale oder militärische Laufbahn entschied.

Geistesleben im 16. Jahrhundert

Eng mit der Reformation verbunden und eine Bedingung für den Wirtschaftsaufschwung in dieser Epoche war eine gewandelte Einstellung zu Erwerbsarbeit und Reichtum. In kaum einem anderen Land setzte sich die protestantische Arbeitsethik dermaßen konsequent durch wie in England. Erwerbsarbeit wurde als göttlich aufgegebene Pflicht des Menschen verstanden und der daraus erworbene Reichtum als Gradmesser für die göttliche Gnade. Neben dem wirtschaftlichen Aufschwung zog diese Mentalitätsveränderung eine restriktive Armengesetzgebung nach sich, die öffentliche Unterstützung nur noch den Bedürftigen zukommen ließ, die als nicht arbeitsfähig angesehen wurden. Zum Unterhalt dieser Armen in den jeweiligen kommunalen Gemeinschaften wurden die besitzenden Bürger ab 1563 gesetzlich unter der Androhung von Haftstrafen gezwungen. Auf der anderen Seite wurden arbeitsfähige Arme spätestens ab 1576 auch mit Zwangsmaßnahmen zur Arbeit verpflichtet. Daraus entwickelten sich die Arbeitshäuser, bei denen es sich de facto meist um Zwangsarbeitslager handelte, in die Arme eingewiesen wurden, auch ohne eine Straftat begangen zu haben.

Im 16. Jahrhundert, insbesondere in seiner zweiten Hälfte, kam es zu einer deutlichen Nationalisierung der englischen Kultur. Der Nationalcharakter und die Überlegenheit des eigenen Landes wurde in der Literatur hervorgehoben, insbesondere in historischen und heimatgeografischen Werken. Als Projektionsfläche dieses Verständnisses diente häufig auch Elisabeth, was sich insbesondere im Aufschwung der Festkultur in Verbindung mit politischen Ereignissen (Thronjubiläen, Geburtstage, Sieg über die Armada) zeigte.

Geradezu ein „goldenes Zeitalter“ erlebte das Theater, insbesondere mit William Shakespeare an der Wende zum 17. Jahrhundert. Im Schauspiel schlug sich die Renaissance in England am deutlichsten nieder, nicht nur durch die Orientierung an antiken Vorbildern, sondern auch dadurch, dass in dieser Literaturform der selbstbestimmte und handelnde Einzelmensch in den Blickpunkt rückte. In dieser Entwicklung drückten sich mentalitätsgeschichtliche Prozesse der Auflösung des mittelalterlichen Menschenbildes aus. Ab 1570 wurden große, öffentliche Theaterhäuser errichtet, wodurch die neuen Dramen eine große Breitenwirkung entfalteten. Als weitere bedeutende Literaturform kam das Sonett auf.

Darüber hinaus war das elisabethanische Zeitalter auch musikalisch äußerst aktiv. Sowohl am Königshof als auch an den Höfen mächtiger Adliger und in den großen Städten bildeten sich Instrumental- und Chorensembles, in bürgerlichen Haushalten wurde ebenfalls musiziert. Besonders beliebt waren Lauten und frühe Tasteninstrumente. Bei den Kompositionen mischten sich italienische Einflüsse mit volkstümlicher englischer Musik, insbesondere in Tänzen und Madrigalen.

Die Stuart-Epoche

Jakob I. – Der erfolglose Reformier

Elisabeths Nachfolge trat Jakob I. an, der Sohn Maria Stuarts. Der 37-Jährige hatte bereits Herrschaftserfahrung als König von Schottland gesammelt und vertrat eine für seine Zeit ungewöhnlich liberale Haltung in religiösen Fragen, aber ein bereits absolutistisches Herrschaftsverständnis auf der Grundlage des Gottesgnadentums des Herrschers. Beim Parlament, das sich ohnehin in seiner Zeit zunehmend von der Krone emanzipierte, stieß er damit auf Ablehnung. Ab 1621 setzte das Parlament ein neues Mittel im Machtkampf ein: das Impeachment. Dabei handelte es sich um ein gelegentlich schon im Mittelalter verwendetes Anklageinstrument, mit dem beide Parlamentskammern in Kooperation einen außergerichtlichen Prozess gegen königliche Beamte führen konnten. Im gleichen Jahr versuchte das Parlament auch, ein grundsätzliches Recht zu Beratungen über alle Staat und Kirche betreffenden Themen durchzusetzen, konnte sich damit jedoch nicht gegen den König behaupten. Einstweilen blieb die Versammlung von der Vorgabe von Themen durch den König abhängig. Zusätzliche Macht wuchs dem Parlament zu, weil sich verschiedene Hofparteien je nach momentaner Interessenlage mit ihm verbündeten.

In der Bevölkerung war Jakob als „Schotte“ ebenfalls wenig beliebt. Dass er im Gegensatz zu Elisabeth eine aufwändige und teure Hofhaltung pflegte und sich mit Katholiken und Spaniern umgab, machte ihn noch unpopulärer. Verschiedene Projekte, wie die Vereinigung Englands und Schottlands, scheiterten am massiven Widerstand in beiden Ländern.

Ähnlich gering war sein Erfolg in der Religionspolitik. Auf der Hampton Court Conference 1604 kam es zu keiner grundlegenden Einigung mit der puritanischen Bewegung. Jakob trat aber erfolgreich Forderungen nach einer erneuten Katholikenverfolgung nach dem Gunpowder Plot von 1605 entgegen. Einzelne Vertreter des aufkommenden Arminianismus förderte Jakob, ebenso verfuhr er mit kooperationsbereiten Puritanern. Die Schulden, die Elisabeth hinterlassen hatte, wuchsen durch Jakobs prunkvolle Hofhaltung, die Inflation und zunehmende Steuerhinterziehung



deutlich an. Bemühungen Jakobs um eine Reform des Steuerwesens und damit eine Verstärkung der Einnahmen scheiterten am Parlament. Die Finanzkrise konnte er nur dadurch mildern, dass er verstärkt Adelstitel verkaufte.

Gestaltungsspielraum eröffnete sich in Irland. 1607, nach dem Ende des von Spanien unterstützten Aufstands, waren mehrere gälische Adlige ins Exil geflohen, darunter auch mehrere Grafen. Im gleichen Jahr zog Jakob I. sechs der neun Grafschaften Ulsters ein und begann das Land an Auswanderer aus England und Schottland neu zu verteilen. Flankiert wurde diese Bevölkerungsverchiebung mit dem Ausbau von Wirtschaft, Kirchenstruktur und eines protestantischen Schulsystems. Dennoch kam es häufig auch zur Übernahme gälischer Lebensweise durch die Siedler. Auch das irische Parlament wurde neu gegliedert und erwies sich im Gegensatz zum englischen in den folgenden Jahrzehnten meist als Unterstützer der Stuart-Könige. Allerdings begann unter Jakob bereits der Entfremdungsprozess zwischen der Stuart-Dynastie und ihrem Ursprungsland Schottland. Die Abwesenheit des in Westminster residierenden Königs führte dazu, dass sich sowohl die Versammlung der Clanführer als auch das gerade erst gebildete schottische Parlament verselbstständigten. Zudem konnte der König über die presbyterianische und damit „von unten“, also von der Gemeindeebene, organisierte schottische Kirche kaum Einfluss auf das Land ausüben.

Unmittelbar nach seinem Herrschaftsantritt beendete Jakob den Krieg gegen Spanien. Anschließend versuchte er durch Heiratsverhandlungen über seine Tochter Elisabeth auch auf dem europäischen Kontinent mäßigend in die Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen einzugreifen. Nachdem Elisabeth aber mit Friedrich V. von der Pfalz verheiratet worden war, drohte Jakob nach der umstrittenen Königswahl seines Schwiegersohns selbst in den ausbrechenden Dreißigjährigen Krieg hineingezogen zu werden. Letztendlich beschränkte er sich aber auf diplomatische Bemühungen um eine Beilegung des Konflikts. Ebenfalls ab 1604 führte Jakob Heiratsverhandlungen für den Thronfolger Karl. Nachdem Elisabeth mit einem Protestanten verheiratet war, konzentrierten sich die Heiratsverhandlungen für Karl schnell auf die katholische Hegemonialmacht Spanien, die auch wegen ihres Reichtums für England interessant war. Jedoch lehnte das Parlament eine Bindung an Spanien ab, weil es eine Stärkung des Katholizismus' in England fürchtete. Die Verhandlungen zogen sich über Jahre hin. Nach einer Reise Karls nach Spanien 1622 wurden die Verhandlungen offiziell beendet und der Thronfolger trat für einen erneuten Krieg gegen Spanien ein. Jakob willigte schließlich in einen Feldzug gegen die von Spanien besetzte Pfalz ein. In dieser außenpolitisch schwierigen Lage, die durch einen Heiratsvertrag mit Frankreich weiter verkompliziert wurde, starb Jakob I. 1625.

Karl I. – Ringen mit den Parlamenten

Karl I. ähnelte in mancher Hinsicht seinem Vater: Auch er war an Kunst und Wissenschaft interessiert und betrieb eine prunkvolle Hofhaltung. Unmittelbar nach seiner Thronbesteigung begann das von ihm zuvor propagierte Eingreifen in den Dreißigjährigen Krieg auf protestantischer Seite, die jedoch mit einer verheerenden Niederlage der Expedition in die Pfalz schnell scheiterte. Ebenfalls noch 1625 wurde die Ehe mit der französischen Prinzessin Henrietta Maria, der Tochter Heinrichs IV., geschlossen.

Der militärische Misserfolg in der Pfalz hatte erhebliche Kosten verursacht, die Karl mit Steuern zu decken versuchte, die das Parlament, das ja ebenfalls den Kriegseintritt gefordert hatte, bewilligen sollte. Die Versammlung verweigerte dies jedoch und schränkte sogar die königliche Verfügung über die Zolleinnahmen weiter ein. Darüber hinaus leitete es 1626 ein Impeachment gegen George Villiers ein. Der Günstling des Königs war als Kommandeur einer Flotte bei einem Angriff auf Cádiz gescheitert. Karl löste darauf das Parlament auf, musste es aber 1628 wieder einberufen, weil alternative Versuche der Staatsfinanzierung durch Zwangsanleihen kaum Ertrag gebracht hatten. Das Parlament gewährte dem König zwar letztendlich die Steuern, ließ sich jedoch mit einem beträchtlichen Ausbau seiner Macht vergelten: Mit der Petition of Right setzte es erstmals ein Initiativrecht für Gesetze durch; zuvor hatte es lediglich königlichen Gesetzen zugestimmt oder sie abgelehnt. Die Petition selbst enthielt eine Reihe von Anschuldigungen gegen den König, dass er seine Befugnisse gegenüber hergebrachtem englischen Gewohnheitsrecht und der Magna Carta überschritten habe. Karl sagte mit seiner Zustimmung zur Petition zu, dass er ein solches Vorgehen in Zukunft unterlassen werde. Im folgenden Jahr gab es Auseinandersetzungen um die Interpretation des Gesetzes, in deren Verlauf der König das Parlament für elf Jahre auflöste. Dies änderte jedoch nichts am Machtgewinn des Parlaments auf Kosten der Krone.

Ohne ein Parlament und damit ohne bewilligte Steuern war nicht nur der finanzielle Spielraum Karls I. beschränkt, sondern auch seine Möglichkeiten zum außenpolitischen Agieren. Deshalb schloss Karl schnell Frieden mit Frankreich und Spanien. In den folgenden Jahren verschärfen sich die innenpolitischen Spannungen weiter. Der König erschien vielen Untertanen wie sein Vater als absolutistischer Herrscher. In den Augen der Bevölkerung war die Legitimität der königlichen Herrschaft ohne das Parlament fraglich. Vor allem die in vielen Fällen tatsächlich willkürliche Erhebung von zusätzlichen Abgaben, die Karl zum Regieren ohne Steuern dringend benötigte, führte zu wachsendem Widerstand, ebenso



Verwaltungsreformen und die Begünstigung der Arminianer durch den König. Darüber hinaus entstand auf Grund des Ehevertrags mit Henrietta Maria erneut eine starke katholische Partei am Hof. Positiv aus Sicht des Königs entwickelte sich vor allem Irland. Unter der harten Regentschaft von Thomas Wentworth gedieh das Land wirtschaftlich. 1641 flammte allerdings der gälische Widerstand wieder auf und entglitt schnell der Kontrolle seiner Anführer, rund 12.000 protestantische Siedler kamen in ihrem Verlauf um. In Schottland hatte Karl I. bereits bei seinem Regierungsantritt Unmut unter den Adligen ausgelöst, als er zahlreiche Privilegien aufzuheben versuchte. Versuche der Einflussnahme auf die schottische Kirche riefen ab 1637 eine breite Protestbewegung hervor, die den König zur Einberufung einer großen Kirchenversammlung zwang. Diese erklärte sämtliche Bischöfe für abgesetzt und stellte ein eigenes Heer auf, das 1640 sogar in Nordengland einfiel.

Mit dem Krieg gegen die Schotten begann eine schwere Krise der englischen Monarchie. Um den Kampf im Norden finanzieren zu können, musste Karl I. wieder ein Parlament einberufen. Dessen Mitglieder waren aber wegen ihrer vorangegangenen elfjährigen Ausschaltung zu keinen Zugeständnissen bereit. Nach nur einem Monat löste Karl das Parlament im Mai 1640 wieder auf. Im Sommer konnte der König die schottische Invasion nur beenden, indem er einer Zahlung von 850 Pfund täglich bis zu einem endgültigen Frieden zustimmte. Damit brachen die Staatsfinanzen endgültig zusammen. Am 3. November 1640 trat das Long Parliament zusammen, das bis 1660 bestehen sollte. Unter dem Wortführer John Pym setzte das Parlament die Absetzung und teilweise Hinrichtung königlicher Berater durch. Zahlreiche königliche Privilegien wurden abgeschafft. Vor allem aber erkämpfte sich das Parlament das Recht, nicht mehr ohne die eigene Zustimmung aufgelöst werden zu dürfen. Bald kam es aber über allzu radikale Forderungen zur Spaltung des Parlaments. Eine royalistische Gruppe bildete sich heraus, die grundsätzlich Karl I. gegenüber verhandlungsbereit war. Zudem spielte die öffentliche Meinung, vor allem die der Londoner Stadtbevölkerung, eine immer größere Rolle in der Auseinandersetzung zwischen König und Parlament. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, nach denen Karl im Januar 1642 London verließ.

Der Bürgerkrieg

In dieser Bürgerkriegsstimmung riss das Parlament die Aushebung von Milizen an sich, was Karl wiederum damit beantwortete, dass er über ein altes königliches Recht seinerseits Truppen aufstellen ließ. Ende August 1642 brach der Bürgerkrieg offen aus. Neben der Auseinandersetzung zwischen Monarchie und aufkeimendem Parlamentarismus lassen sich die Fronten auch anhand religiöser, wirtschaftlicher und Generationsunterschiede ausmachen. Unter harten Kämpfen stieß die königliche Armee im Herbst 1642 bis auf London vor. Auf eine Belagerung oder einen Sturm verzichtete Karl, sondern strebte Verhandlungen an und unterbrach im Winter lediglich die Kohlezufuhr. Als die Verhandlungen keine Ergebnisse erbrachten, erließ das Parlament unter Pym weitgehende Zwangsmaßnahmen zur Kriegsfinanzierung. Dennoch brachte das Jahr 1643 weitere Siege der königlichen Truppen. Auch in dieser Lage blieben Verhandlungen ergebnislos. 1644 wendete sich das Blatt: Schottische Truppen unterstützten das Parlament und vertrieben die königlichen Einheiten aus Nordengland. Gleichzeitig zerschlugen Parlamentstruppen unter Oliver Cromwell ein aus Irland übergesetztes königliches Heer. Dann folgten Auseinandersetzungen innerhalb des parlamentarischen Lagers, zunächst über die zukünftige Struktur der Kirche Englands, dann über die Heeresorganisation (New Model Army). Am 14. Juni 1645 wurde Karl I. bei Naseby vernichtend geschlagen und begab sich in die Gefangenschaft der Parlamentstruppen. In dieser Situation tat sich eine neue Spaltung auf: Die Parlamentsarmee begann über gewählte Sprecher als eigenständiges politisches Gebilde mit eigener, auf dem Puritanismus aufbauender Ideologie zu agieren und sich dem Parlament zu widersetzen. Schließlich marschierte die New Model Army 1647 auf London. Es gab mehrere Verfassungsvorschläge, in denen König, Parlament und Armee jeweils verschiedene Rollen spielen sollte. Eine Einigung gab es nicht. Im November 1647 floh Karl I. auf die Isle of Wight. 1648 kam es zunächst zu einem royalistischen Aufstand gegen das Parlament und dann zu einem erneuten Einfall schottischer Truppen, diesmal allerdings mit dem Ziel, den König wieder einzusetzen. Bis zum Jahresende gelang es den Parlamentstruppen unter Oliver Cromwell allerdings, den royalistischen Widerstand endgültig zu brechen. Am 8. Dezember 1648 übernahm die Armee endgültig die Macht: Sie ließ nur einen Teil der Parlamentsmitglieder an Sitzungen teilnehmen. Dieses Rumpfparlament löste entsprechend puritanischer Vorstellungen die Kirchenorganisation oberhalb der Gemeindeebene auf und leitete einen Prozess gegen Karl I. wegen Tyrannei ein. Am 30. Januar 1649 wurde der König in Whitehall hingerichtet.

Commonwealth of England

Nach der Hinrichtung des Königs gab das Rumpfparlament England eine neue Staatsordnung. Das Commonwealth and Free State, wie das Land nun hieß, besaß das Parlament als Legislative und den Staatsrat mit seinem Vorsitzenden Oliver Cromwell als Exekutive. Die



versprochenen Wahlen schob das Parlament immer weiter hinaus, um den Royalisten keine Gelegenheit zum Erstarben zu geben. Cromwell wurde nach Irland geschickt, um den dortigen Aufstand niederzuschlagen, was er bis 1650 in einem blutigen, religiös begründeten Feldzug tat. Unterdessen hatten die Schotten Karl II., Sohn von Karl I., zum König gewählt, der mit dem Sammeln von Truppen zur Rückeroberung des englischen Throns begann. Nachdem Cromwell das Heer Karls bei Dunbar besiegt, Edinburgh besetzt und den nach Nordengland einfallenden König bei Worcester endgültig geschlagen hatte, brach der Widerstand in Schottland schnell zusammen. Karl II. floh nach Frankreich. Unterdessen waren einige der 1648 ausgeschlossenen Parlamentarier wieder in das Rumpfparlament zurückgekehrt. Eine Regelung der religiösen Fragen blieb aber aus. Zwar wurden einige puritanisch beeinflusste Verordnungen erlassen, doch setzten letztendlich die einzelnen Gemeinden ihre eigenen Regeln fest. Mit der Navigationsakte bekundete das Parlament 1651 den Seemachtsanspruch Englands und löste den Ersten Englisch-Niederländischen Seekrieg aus. 1653 brachen die Konflikte zwischen dem Rumpfparlament und der aus Irland zurückgekehrten Armee wieder aus. Am 20. April löste Oliver Cromwell schließlich das Parlament auf. Darauf bildete er das Parliament of Saints, das vor allem aus Kirchenvertretern mit puritanischer Ausrichtung und Vertretern der radikalen Levellers-Bewegung bestand. Über Fragen des Kirchenzehnten spaltete sich das Parlament und es kam zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Cromwell im Dezember 1653 das Parlamentsgebäude gewaltsam räumen ließ.

Nach diesem Misserfolg entwarf Oliver Cromwell eine Verfassung, die das unruhige Land stabilisieren sollte. Neben einem Parlament mit verbrieften Rechten und erstmals mit Abgeordneten aus England, Irland und Schottland war das neu geschaffene Amt des Lordprotektors, das Cromwell selbst übernahm, das Machtzentrum dieser Verfassung. Die fortgesetzten religiösen Auseinandersetzungen versuchte Cromwell durch das weitgehende Abschaffen einer weisungsbefugten staatlichen Kirche zu beenden, was de facto sogar eine Art Religionsfreiheit für Katholiken und Juden zur Folge hatte. Doch auch das neue Parlament geriet rasch in Konflikt mit der Armee und wurde bald wieder aufgelöst. Als 1655 ein erneuter Krieg mit Spanien ausbrach, musste Cromwell zur Steuerbewilligung wieder ein Parlament einberufen, das eine Einschränkung der religiösen Toleranz forderte, zugleich Cromwell aber die Königskrone anbot. Dieser lehnte zwar ab, in der folgenden Zeit entstanden aber durch die bessere Zusammenarbeit zwischen Oliver Cromwell und dem Parlament aber eine Reihe von Gesetzen, die dem Land wieder feste politische Strukturen gaben.

Als Oliver Cromwell am 3. September 1658 starb, wurde sein Sohn Richard Cromwell sein Nachfolger, den die Armee jedoch schnell wieder absetzte. Anschließend beriefen die dominierenden Generäle das Rumpfparlament wieder ein, lösten es dann aber nach erneuten Spannungen zwischen Parlament und Armee wieder auf. Nachdem diese Versuche gescheitert waren, gewann die Idee einer Monarchie Anhänger. Die Generäle George Monck und Thomas Fairfax übernahmen mit ihren loyalen Truppen die militärische Kontrolle über das Land. Monck zog 1660 im Triumphzug in London ein. Dort trat das Rumpfparlament erneut zusammen und nahm alle 1640 ausgeschlossenen Mitglieder wieder auf. Dieses Parlament schrieb für März 1660 Wahlen zu einer Übergangsversammlung aus, die dadurch neu legitimiert wurde. Parallel wurden Verhandlungen mit Karl II. geführt. Nachdem dieser eine Straffreiheit für alle während des Commonwealth begangenen Verbrechen sowie die Religionsfreiheit verkündete, wurde er mit Jubel als neuer König empfangen.

Wiederherstellung und neue Krise der Monarchie

Karl II. betrieb mit Hilfe des Parlaments und der Anglikanischen Kirche eine Restaurationspolitik. Mit mehreren Gesetzen wurden in Karls ersten Herrschaftsjahren die meisten presbyterianischen Geistlichen aus ihren Ämtern vertrieben. Nach der relativen religiösen Liberalität des Commonwealth setzte wieder eine Phase der rigiden Kirchenpolitik ein. Grundsätzlich wurden alle Gesetze widerrufen, denen Karl I. nicht mehr zugestimmt hatte. Insbesondere wurde das Parlamentswahlrecht wieder auf den Stand vor dem Commonwealth zurückversetzt und an den Besitz gebunden. Die Macht des Königs wurde noch über dieses Maß hinaus gesteigert, indem er die Einnahmen aus verschiedenen Steuern fest zugesprochen erhielt, also ohne Notwendigkeit der wiederholten Bewilligung durch das Parlament. Irland und Schottland erhielten wieder eigene Parlamente, wobei das schottische kaum noch einberufen wurde und Irland insgesamt nahezu auf den Status einer Kolonie herabsank.

Ab 1665 verschlechterte sich die Stimmung in England zusehends. Die Große Pest (1665), der Große Brand von London (1666) und der erfolglose Krieg gegen die Niederlande (1665–1667) führte zu steigender Unzufriedenheit mit dem König. Auch dass Karl im Devolutionskrieg die Seiten wechselte und nach einer engen außenpolitischen Bindung an Frankreich die Haltung gegenüber den englischen Katholiken lockerte, löste Ablehnung im Parlament aus. Im Rahmen einer allgemeinen Katholikenfurcht erließ das Parlament mehrere Gesetze gegen diese Glaubensgruppe, worauf Karl II. 1678 das Parlament auflöste. Die drei danach in kurzer Folge neu gewählten Parlamente waren allerdings noch deutlich stärker oppositionell zum König eingestellt. Schließlich berief der König überhaupt kein Parlament mehr ein. In der Auseinandersetzung



um einen geforderten Ausschluss von Karls katholischem Bruder Jakob II. von der Thronfolge bildeten sich in dieser Zeit die politischen Gruppen der Whigs und Tories, die sich massiv bekämpften und England bis 1680 an den Rand eines Bürgerkriegs brachten.

Unterdessen war Karl II. zunehmend senil geworden und Jakob II. spielte eine immer größere Rolle in der englischen Politik. Karl II. starb am 6. Februar 1685. Auf dem Sterbebett war er gemäß einem Geheimvertrag mit Ludwig XIV. zum Katholizismus übergetreten.

„Glorreiche Revolution“

Die Glorreiche Revolution führte zur Abschaffung des königlichen Absolutismus und der Gründung des modernen parlamentarischen Regierungssystems auf der Grundlage der Bill of Rights. Seit dieser Revolution ist das englische Parlament Träger der Staatssouveränität. Nach dem Sturz des katholischen Monarchen Jakob II., bestiegen seine protestantische Tochter Maria II. und ihr Ehemann Wilhelm von Oranien gemeinsam den englischen Thron.

Die Vorgeschichte

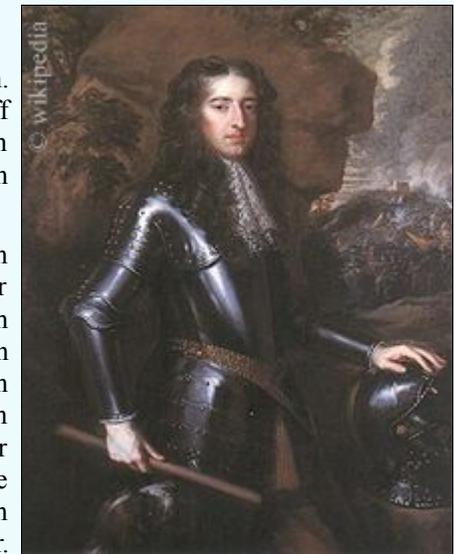
Jakob II. berief wieder ein Parlament ein, geriet aber mit ihm und der Anglikanischen Kirche bald in scharfen Konflikt, weil er seine katholischen Glaubensbrüder in staatlichen und kirchlichen Ämtern förderte. Zudem erließ er 1687 mit der Declaration of Indulgence eine fast unbegrenzte Religionsfreiheit und löste im Herbst des Jahres das protestierende Parlament auf. Es folgte eine Säuberungswelle, die zahlreiche Katholiken und Dissenters in öffentliche Ämter brachte. Unmut löste auch die Tatsache aus, dass England schon seit Karl II. praktisch keine eigene Außenpolitik mehr betrieb, sondern sich absolut an Frankreich anlehnte. Als 1688 ein Thronfolger geboren wurde, drohte der Beginn einer katholischen Dynastie auf dem englischen Thron.

In dieser Lage forderte eine Gruppe englischer Lords Wilhelm von Oranien, den Ehemann von Maria II., Jakobs Tochter aus erster (protestantischer) Ehe, zu einer Invasion Englands auf. Jakob unterschätzte die Bedrohung und zögerte einen Kampf hinaus, nachdem sein Schwiegersohn am 5. November 1688 im Südwesten Englands gelandet war. Wilhelm gewann schnell die Sympathie der Bevölkerung, in Jakobs zunächst weit überlegenen Heer kam es zu Desertionen, worauf Jakob panisch die Flucht nach Frankreich ergriff. Mitte Dezember zog Wilhelm kampflos und umjubelt in London ein.

Die Revolution

Wilhelm von Oranien wurde, nachdem er die Bill of Rights unterschrieben hatte, vom Parlament legitimiert, die Regierungsgeschäfte zu führen. Der König war also nicht mehr wie in anderen europäischen Staaten von Gottes Gnaden legitimiert, sondern direkt vom „Volk“. Der Begriff „Glorreiche Revolution“ rührt daher, dass der vorherige Systemwechsel durch Cromwell (Enthauptung Karls I. 1649) blutig gewesen war. In den folgenden Jahren wurden weitere Gesetze erlassen, die die Stellung des Parlaments stärkten, Neuwahlen spätestens alle drei Jahre vorschrieben und die Richter weitgehend unabhängig vom König werden ließen.

Wilhelm von Oranien konzentrierte sich in den ersten Herrschaftsjahren vor allem auf den Krieg gegen Frankreich, das den geflohenen katholischen König unterstützte. 1690 besiegte er Jakob II., der in Irland einmarschiert und dort auf breite Unterstützung gestoßen war, in der Schlacht am Boyne. Die mit dem Krieg verbundene Aufrüstung brachte den Staatshaushalt schnell in Bedrängnis. Deshalb und weil Wilhelm immer mehr Ämter verlieh, an die ein Parlamentssitz gebunden war, kam es schon ab 1690 zu neuen Konflikten mit dem Parlament. Dessen eingessene Mitglieder befürchteten, dass der König über die ihm loyalen Neumitglieder Einfluss auf die Versammlung nehmen wolle. Nach dem Frieden von Rijswijk drängte das Parlament massiv auf eine Reduzierung der Armee und gewährte dem König im Gegenzug einen festen Betrag zur Finanzierung seines Hofes, der nicht immer wieder bewilligt werden musste. Auf religionspolitischer Ebene kam es wieder zu einer Liberalisierung. 1689 wurde die Pflicht zum sonntäglichen Gottesdienstbesuch aufgehoben und den Dissenters gestattet, eigene Gottesdienste abzuhalten, was zu einem Aufblühen dieser protestantischen Strömungen führte. In der Anglikanischen Kirche folgte auf die neuen Rahmenbedingungen eine umfassende Reform vor allem der Gemeindegliederung, die bis dahin noch weitgehend mittelalterlich gewesen war. Zahlreiche neue Gemeinden, vor allem in den Großstädten, wurden gegründet. Auf Katholiken und Unitarier erstreckte sich diese Toleranz



allerdings nicht. 1695 wurde schließlich die Pressezensur aufgehoben.

Wilhelm III. starb 1702 mitten in den Vorbereitungen eines neuen Krieges gegen Frankreich. Die Herrschaft übernahm seine Schwägerin Anne. Sie erklärte sofort den unter Wilhelm vorbereiteten Krieg gegen Frankreich und Spanien. Unter John Churchill, 1. Duke of Marlborough, gelangen den englischen Truppen entscheidende Siege, was unter anderem zur Übernahme Gibraltars führte. 1712 wurde Ludwig XIV. schließlich gezwungen, von seiner Unterstützung der Nachkommen Jakobs II. abzurücken und eine vom englischen Parlament vorgelegte Thronfolgeregelung für England und Schottland zu akzeptieren. Darüber hinaus erhielt England einige koloniale Gebiete und Handelsprivilegien zugesprochen, was es endgültig zu einer der stärksten Kolonialmächte machte. Die Religionspolitik blieb unterdessen das entscheidende innenpolitische Thema. In der Anglikanischen Kirche bildete sich die Unterscheidung zwischen der High Church, die den royalistischen Tories nahe stand, und der Low Church auf Seiten der dem Landadel nahestehenden Whigs heraus. Die Auseinandersetzungen zwischen den sich immer mehr in Richtung moderner politischer Parteien entwickelnden Whigs und Tories bestimmten ab 1700 die politische Landschaft in England.

Ab 1706 drängte das englische Parlament Schottland massiv zu einer vollständigen politischen Union mit England. Die Angst vor schlechteren, vor allem ökonomischen, Bedingungen im Fall der Weigerung führte zur Annahme des Angebots durch das schottische Parlament. England und Schottland wurden schließlich gemäß dem Act of Union 1707 zum Königreich Großbritannien vereinigt. Anne wurde erste „britische“ Königin, das Haus Hannover als gemeinsame Herrscherdynastie festgeschrieben, das Parlament Englands wurde in das Parlament Großbritanniens umgewandelt. Das Unterhaus wurde um 45 schottische Abgeordnete erweitert, das Oberhaus um 16. An der Grenze zwischen den beiden Staaten wurden keine Zölle mehr erhoben. Allerdings wurde das englische Recht nicht auf Schottland übertragen und einige schottische Institutionen nicht mit ihrem englischen Gegenstück fusioniert; dazu zählen die Bank of Scotland und die Church of Scotland.

Wirtschaft und Gesellschaft im 17. Jahrhundert

Bis 1650 setzte sich das stetige Wachstum der englischen Bevölkerung fort. Von 4,1 Millionen Menschen 1600 wuchs sie auf 5,2 im Jahr 1650, anschließend ging sie vor allem durch Pest, Typhus und Pocken leicht zurück und erreichte erst 1714 wieder die Marke von 5,2 Millionen. Darüber hinaus gab es starke Wanderungsbewegungen, wobei sich die Auswanderung (vor allem nach Irland) und die Zuwanderung vom europäischen Kontinent in der Summe ausglich. Ein wichtiger Grund für das Bevölkerungswachstum war die ungewöhnliche Tatsache, dass es zwischen 1597 und 1646 ungewöhnlich lange keine Missernte gab. Zusammen mit dem Anstieg der Bevölkerung setzte sich auch die starke Teuerung bei Nahrungsmitteln aus dem 16. Jahrhundert fort. Durch das Überangebot an Arbeitskräften sanken zugleich die Löhne, was die Verelendung breiter Schichten zur Folge hatte. Erst ab etwa 1650 sanken die Preise für Getreide langsam. Gleichzeitig stiegen durch den Arbeitskräftemangel wegen der sinkenden Bevölkerung die Löhne deutlich. Betrachtet man einzelne Städte, so machte in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts nur London das rasante Wachstum mit und verdoppelte bis 1650 seine Einwohnerzahl auf rund 400.000, was eine stärkere Bebauung der zentralen Stadtviertel und das Entstehen großer Elendssiedlungen im Osten der Stadt zur Folge hatte.

Die Landwirtschaft blieb weiterhin der wichtigste Wirtschaftszweig. Ihre Modernisierung wurde vor allem von Glaubensflüchtlingen aus den Niederlanden vorangetrieben. Sie brachten Techniken wie den Anbau lukrativer Ölfrüchte, die Gründüngung und das Trockenlegen von Anbaugeländen mit. In Nordengland begann ab 1600 der Aufstieg des Kohleabbaus. Die bereits im Mittelalter stark dezimierten Wälder konnten den mit der Bevölkerung stark steigenden Bedarf an Brennmaterial zum Heizen und für die Wirtschaft nicht mehr decken. In dieser Situation zeigte sich der Vorteil der englischen Verkehrsinfrastruktur: Über die Küstengewässer und die Flüsse konnten die Städte bequem mit Kohle und anderen Rohstoffen beliefert sowie Fertigprodukte abtransportiert werden.

Der Einbruch der Wollpreise ab 1650 versetzt der bis dahin den Export dominierenden Tuchindustrie einen schweren Schlag. Sie verschwand aus der Fläche des Landes und konzentrierte sich in einigen Regionen. An ihre Stelle trat der Getreideexport. England belieferte nicht nur das von Krisen geschüttelte Kontinentaleuropa, sondern zunehmend auch die überseeischen Kolonien. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts löste der Überseehandel den Kanalhandel als wichtigsten Exportweg ab. Insgesamt verdoppelte sich das Handelsvolumen in der Zeit von 1660 bis 1714. In dieser Zeit entstand auch der Dreieckshandel mit englischen Fertigprodukten nach Afrika, Sklaven von dort nach Amerika und exotischen Rohstoffen zurück nach England. Als Finanzgeber für dieses rapide ansteigende Handelsvolumen stieg die Londoner City spätestens mit der Gründung der Bank of England 1694 zum bedeutendsten Bankenstandort der Welt auf. Zudem entwickelten sich die ab 1620 von englischen Religionsflüchtlingen gegründeten Siedlungskolonien in Nordamerika wirtschaftlich äußerst erfolgreich und trugen ab etwa 1650 spürbar zum Handel mit der Neuen Welt bei. Die 1664 gegründete Kapkolonie war in Afrika ähnlich erfolgreich. Oliver Cromwell erließ 1651 den Navigation Act, ein Amerika-Handelsmonopol für englische Schiffe, das die Seefahrt und den Schiffbau beträchtlich förderte.

Die Entwicklung zur wissenschaftlichen Rationalität nach der Glorreichen Revolution wirkte sich auch auf das Wirtschaftsleben aus. Man begann Produktionsprozesse und Warenströme wissenschaftlich zu analysieren und zu verbessern.

Geistesleben im 17. Jahrhundert

Unter Jakob I. begann sich eine eigene höfische Kultur zu entwickeln. Nachdem Elisabeth in ihrem Umfeld eine Kultur gefördert hatte, die weitgehend der der städtischen Oberschichten Londons entsprach, schirmte Jakob den Hof entschieden ab. Die volkstümlichen Belustigungen spielten eine immer geringere Rolle, eine verfeinerte höfische Kultur, die sich vor allem in Maskenspielen ausdrückte, eine immer größere. Auch hatten in seinem Umfeld Gebildete eine wichtigere Stellung als Kriegshelden oder erfolgreiche Seefahrer, mit denen Elisabeth sich umgeben hatte. Die Zunahme an höfischem Prunk wurde bald sowohl von den Mitgliedern des höheren als auch des niederen Adels kopiert. Besonders deutlich zeigte sich diese Entwicklung in der veränderten Architektur der Herrenhäuser. Sie entwickelten sich von burgenähnlichen Wehrbauten zu repräsentativen Landsitzen. Prägend war der königliche Architekt Inigo Jones, der den Architekturstil des Palladianismus anstieß. Auch die Malerei, insbesondere die Porträtmalerei, erhielt nach der bilderfeindlichen Zeit des beginnenden Protestantismus einen Aufschwung, an dem zahlreiche ausländische Maler beteiligt waren. Die englische Literatur verdankt der Stuart-Epoche vor allem eine rege poetische Produktion, zunächst auf kirchlichem Feld, später vor allem mit höfischer Dichtung.

Im Commonwealth erfuhr die höfische Kultur und mit ihr Musik sowie bildende Künste einen jähen Rückschlag. Insgesamt führte der um sich greifende Puritanismus zu einem Rückgang der künstlerischen Produktion. Dafür kam es zu einem Anschub der Naturwissenschaften durch die neuen, bürgerlichen und niederadligen Eliten unter der Herrschaft Cromwells. 1660 wurde in London die Royal Society gegründet. Insgesamt kam es in der Bürgerkriegszeit zu zahlreichen Schulgründungen mit teilweise experimentellen pädagogischen Ansätzen. In der englischen Literatur dieser Zeit fallen zahlreiche Tagebücher und Autobiographien auf. Mit dem Abklingen der religiösen Auseinandersetzungen nach der Glorreichen Revolution erfuhren Rationalität und Wissenschaften einen Aufschwung. Man versuchte natur- und gesellschaftswissenschaftliche sowie wirtschaftliche Phänomene nicht mehr durch das Wirken Gottes zu erklären, sondern suchte rational nach weltlichen Gründen.

Nach dem Ende des Commonwealth erlebten unterhaltende Kunstformen wie die Komödie geradezu einen Boom. Die Wiederbelebung der Musik ging nur zögernd voran und drückte sich vor allem in der Entdeckung der neuen Form der Oper aus, vorangetrieben insbesondere durch Henry Purcell. In der Architektur begann sich der neue Rationalismus durchzusetzen, indem pragmatische Lösungen für technische und gestalterische Probleme gesucht wurden. Bedeutendstes Bauwerk der Epoche ist die Saint Paul's Cathedral. Die religiösen Auseinandersetzungen, die Parteibildung um Whigs und Tories sowie der Licensing Act von 1695 ließen ein aktives Zeitungswesen entstehen.

Fußnoten

1. ↑ Kluxen, Geschichte, S.13
2. ↑ Kluxen, England, S.14 - in den Klöstern hielt sich die irische Tradition.
3. Nach der Vereinigung der Königreiche von England, Wales und Schottland 1707 wird die historische Betrachtung unter der Geschichte des Königreiches Großbritannien fortgesetzt.

Literatur (in Auswahl)

- The Oxford History of England, hrsg. von George Clark, 15 Bände, Oxford 1934–1966.
- The New History of England, hrsg. A. G. Dickens, Norman Gash, London 1977 ff.
- The New Oxford History of England, hrsg. von J. N. Roberts, Oxford 1989 ff.
- Davies, Norman: The Isles, Oxford University Press 1999, ISBN 0-19-513442-7
- Hoppit, Julian: A land of liberty? : England 1689–1727, Oxford u. a.: Clarendon Press 2000, 580 S., (=The new Oxford history of England), ISBN 0-19-822842-2
- Kluxen, Kurt: Geschichte Englands. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1976 ISBN 3-520-37402-1
- Krieger, Karl Friedrich: Geschichte Englands, Bd. I und II.; München 1990.

- Maurer, Michael: Kleine Geschichte Englands, Stuttgart, 2002, ISBN 3-15-009616-2

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u-m-d-h-T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Großbritannien in prähistorischer Zeit

Dieser Artikel behandelt die Geschichte Britanniens von der ersten Besiedlung in prähistorischer Zeit bis zur Invasion der Römer im Jahre 43 n. Chr.

Einleitung

Großbritannien wurde vor etwa zehntausend Jahren dauerhaft von Menschen besiedelt. In vorrömischer Zeit wurde keine Schrift entwickelt, so dass Kultur und Lebensweise der Bewohner durch archäologische Funde rekonstruiert werden.

Da Großbritannien am Rande Europas lag, wurden neue Technologien und kulturelle Errungenschaften später als auf dem Kontinent eingeführt, insbesondere nachdem vor etwa 7000 Jahren die bis dahin bestehende Landverbindung durch den nacheiszeitlichen Meeresspiegelanstieg unterbrochen wurde. Die Geschichte Großbritanniens wurde früher als eine Abfolge von Einwanderungswellen betrachtet. Neuere archäologische Theorien hinterfragen diese Interpretation und gehen von einer komplexeren Beziehung zwischen der Insel und dem Kontinent aus. Viele Veränderungen in der Gesellschaft gelten als Übernahme der Technologien durch die Einheimischen. Früher ging man davon aus, dass neue Technologien von Invasoren aufgedrängt worden seien.[1] Die erste schriftliche Erwähnung von Großbritannien und dessen Bewohner erfolgte durch den griechischen Seefahrer Pytheas, der um 325 v. Chr. die Küsten Großbritanniens erkundete. Handels- und kulturelle Beziehungen mit Europa bestanden jedoch bereits seit der Jungsteinzeit, vor allem das reichlich vorhandene Zinn wurde exportiert.

Altsteinzeit

Die Altsteinzeit umfasst die Periode zwischen 750.000 bis 10.000 Jahren vor unserer Zeit. Während dieser langen Zeitspanne geschahen viele Veränderungen der Umwelt, darunter mehrere Eis- und Warmzeiten, die das Leben der Menschen beeinflussten. Genaue Daten aus diesem Zeitalter zu finden, gestaltet sich als schwierig. Die Menschen jener Zeit waren Jäger und Sammler, die stets den Herden wilder Tiere folgten.

Mit Funden von Knochen und Werkzeugen aus Feuerstein, die bei Happisburgh in Norfolk gefunden wurden, geht hervor, dass Homo erectus vor 700.000 Jahren in Großbritannien lebte. Zu dieser Zeit bestand eine Landbrücke zum europäischen Festland, die ungehinderte Wanderungen ermöglichte. Der Ärmelkanal war zu jener Zeit ein breiter Fluss. Aus dessen Nebenflüssen sollten sich später die Themse und die Seine bilden. Großbritannien war damals also eine vorgelagerte Halbinsel.

Verschiedene Funde, z. B. bei Boxgrove in Sussex beweisen die Einwanderung des Homo heidelbergensis vor 500.000 Jahren. Diese Angehörigen der Acheuléen-Kultur stellten Werkzeug aus Sandstein (Quarzit) her und jagten die damals einheimischen Säugetiere. Sie trieben Elefanten, Nilpferde und Nashörner über Klippen oder in Moore, um sie einfacher erlegen zu können.

Die extreme Kälte der nachfolgenden Elstereiszeit trieb sämtliche Bewohner Großbritanniens in wärmere Gebiete. Erst in der nachfolgenden Warmzeit kehrten die Menschen wieder zurück. Diese Periode war vor 420.000 bis 360.000 Jahren. Bei Barnfield Hill in Kent wurden Werkzeuge aus dieser Zeit gefunden.

Während der Saaleeiszeit, die vor 240.000 bis 180.000 Jahren stattfand, wurden verbesserte Sandsteinwerkzeuge der Levallois-Kultur eingeführt, wahrscheinlich von Einwanderern aus Afrika. Diese neuen Werkzeuge ermöglichten effizienteres Jagen und erlaubten auch während der Eiszeit eine Besiedlung. Aus der nächsten Warmzeit (vor 180.000 bis 70.000 Jahren)

sind allerdings nur wenige Spuren gefunden worden. Zum ersten Mal war Großbritannien vom Kontinent getrennt, was eine Erklärung für die fehlende Besiedlungsaktivität sein dürfte.

Vor rund 60.000 Jahren besiedelten die Neandertaler den südlichen, unvergletscherten Teil von Großbritannien. Funde lassen darauf schließen, dass sich diese Gruppe selbständig entwickelt hatte und nicht eingewandert war. Die bedeutendsten Funde dieser Epoche wurden bei Oldbury in Kent und bei Kents Cavern in Devon gemacht.

Die Zeit der Neandertaler endete vor rund 30.000 Jahren mit der Einwanderung des modernen Homo sapiens. Der besterhaltene Fund aus dieser Zeit ist die Red Lady of Paviland aus Wales, ein mit rotem Ocker bemaltes Skelett. Die Würmeiszeit vertrieb die Menschen erneut und Großbritannien war vor 18.000 bis 13.000 Jahren unbewohnt. Die Landschaft während der letzten Eiszeit war eine baumlose Tundra. Vor rund 10.000 Jahren kehrten die Menschen über eine Landbrücke wieder zurück.

Mittelsteinzeit

Das zunehmend wärmere Klima begünstigte das Wachstum von Kiefern-, Birken- und Erlenwäldern. Die großen Rentier- und Pferdeherden wurden durch Elche, Hirsche und Auerochsen verdrängt. Die Bewohner Großbritanniens mussten ihre Jagdmethoden ändern und neue Werkzeuge entwickeln. Gleichzeitig wurden erstmals Widerhaken beim Fischfang verwendet. Die Menschen wanderten in dieser Zeitepoche bis in den Norden Schottlands. Früher dachte man, die Bewohner Großbritanniens während der späten Altsteinzeit seien Nomaden gewesen. Heute geht man davon aus, dass sie sich saisonal niederließen oder sogar ständige Behausungen errichteten, wenn die Bedingungen günstig waren. Aus dieser Zeit stammen Funde u. a. aus Star Carr in Yorkshire und die Muschelhaufen von Oronsay (Hebriden). In Howick in Northumberland wurden 9600 Jahre alte Überreste eines runden Gebäudes von 6m Durchmesser gefunden. Die Ausgräber gehen von einer massiven Holzkonstruktion aus.

Die vermehrte Jagd (Overkill-These) oder die Veränderung der Umwelt führte zum Aussterben zahlreicher Tierarten. Bei Poulton-le-Fylde in Lancashire wurde in einem Moor ein altsteinzeitlicher Elch gefunden, der von Jägern verwundet wurde und entkommen war. Die Landwirtschaft und die Nutztierzucht hielten um das Jahr 4700 v. Chr. Einzug, weil neue Menschen auf die Insel kamen. Etwa zur selben Zeit wurden wegen des erneut wärmeren Klimas die Kiefernwälder durch Laubwälder ersetzt.

Jungsteinzeit

Der Übergang zur Jungsteinzeit fand um 3900 v. Chr. statt, ob durch Einwanderung oder Übernahme von Kulturelementen vom Festland ist umstritten.

1997 wurde am Skelett eines mittelsteinzeitlichen Mannes, das in der Cheddar Gorge von Somerset gefunden worden war, eine DNA-Analyse durchgeführt. Als man die Resultate mit der DNA der Einheimischen verglich, fand man heraus, dass einer der Einwohner von Cheddar Grove ein direkter Nachkomme des 9000 Jahre alten Mannes war. Diese Erkenntnis erschütterte die traditionelle Ansicht, dass nacheinander mehrere Masseneinwanderungen stattgefunden hatten, die die jeweils ansässigen Völker auslöschte.

In der Jungsteinzeit begannen die Menschen, Erdwerke anzulegen. Befestigte Wege sind in Irland bereits seit dem Mesolithikum bekannt. In Großbritannien stammen die ersten aus dem Neolithikum. Ein hölzerner Steg über ein Moor in Somerset (Sweet track, Somerset Levels) datiert aus dem Jahre 3807 v. Chr. Um Platz für Landwirtschaft und Viehhaltung zu schaffen, wurden vermehrt Wälder gerodet.

Das gesicherte Nahrungsmittelaufkommen führte zu weiterem Bevölkerungswachstum. Es gab genug Arbeitskräfte, um Monumente (z. B. Silbury Hill) und Grabhügel (West Kennet Long Barrow) zu errichten. Es wurden Langhäuser aus Holz errichtet (Claish, Balbridie), in Bergwerken wie Cissbury, Blackpatch und Harrow Hill in West Sussex, später auch in Grimes Graves in Norfolk wurde Feuerstein abgebaut.

Bronzezeit

Um etwa 2500 v. Chr. hielt die so genannte Glockenbecherkultur, die erste metallverarbeitende Kultur der Insel, in Großbritannien Einzug. Zuerst stellten sie Werkzeuge aus Kupfer her, doch um ca. 2150 v. Chr. ging man zur Herstellung von Bronze über. Durch die Beigabe von etwas Zinn wurde das Kupfer viel härter. So begann die Bronzezeit in Großbritannien. Im Laufe der nächsten tausend Jahre wurden die Steinwerkzeuge und Waffen nach und nach durch solche aus Bronze ersetzt.

Großbritannien hatte reiche Zinnvorkommen, vor allem in Cornwall und Devon wurde das Zinn in den Minen ausgebeutet. Um 1600 v. Chr. war britisches Zinn durch Handel in ganz Europa

verbreitet. Die Glockenbecherleute (engl. "Beaker") waren auch geschickte Goldschmiede. Goldschmuck wurde auch in Gräbern der Wessex-Kultur in Südengland entdeckt.

Die Briten der frühen Bronzezeit bestatteten ihre Toten in Grabhügeln, oft mit Grabbeigaben der Glockenbecherkultur. Später ging man dazu über, die Toten zu kremieren und die Asche in Urnen aufzubewahren. Die Menschen jener Zeit errichteten berühmte Bauwerke wie Stonehenge.

Es wurde nachgewiesen, dass im 12. Jahrhundert v. Chr. eine Invasion oder eine Masseneinwanderung in Südengland stattgefunden haben muss. Die Auswirkungen waren weit über Großbritannien hinaus zu spüren. Das Ausbleiben des britischen Zinns führte sogar im Nahen Osten zum Zusammenbruch mehrerer Reiche.

Eisenzeit

Um 750 v. Chr. erreichte die Eisenverarbeitung von Südeuropa aus Großbritannien. Eisen war stärker und häufiger vorhanden als Bronze und dessen Einführung bildet den Beginn der Eisenzeit. Die Eisenverarbeitung revolutionierte zahlreiche Lebensbereiche, am meisten wohl in der Landwirtschaft. Pflüge aus Eisen konnten das Land viel besser umgraben als solche aus Holz oder Bronze, und Eisenäxte konnten Bäume viel effizienter fällen.

Um 900 v. Chr. begann die Einwanderung keltischer Stämme. Bis 500 v. Chr. hatten sie sich über die gesamten Britischen Inseln verbreitet. Die Kelten waren geschickte Handwerker und Schmiede. Sie fertigten kunstvoll verzierten Goldschmuck sowie Waffen aus Bronze und Eisen. Die Kelten lebten in organisierten Stämmen, die von einem Häuptling angeführt wurden.

Als die Bevölkerung immer mehr zunahm, fingen die Stämme an, sich gegenseitig zu bekämpfen. Dies führte zum Bau von Hügelbefestigungen. Große Bauernhöfe produzierten Nahrungsmittel in schon fast industriellem Ausmaß. Römische Quellen berichten, dass die Kelten Jagdhunde, Tierhäute und Sklaven exportierten. Um 175 v. Chr. zogen viele Menschen aus Gallien und Belgien (Belgae) nach Großbritannien und ließen sich in Kent, Hertfordshire und Essex nieder. Deren Töpferkünste waren weiter fortgeschritten als alles, was die Bewohner Großbritanniens bisher kannten.

Um 100 v. Chr. wurden Eisenbarren als Währung verwendet, der Handel mit Europa florierte (vor allem dank des Exports von Metallen). Bald darauf wurden die ersten Münzen geprägt. Diese basierten auf jenen vom Kontinent, trugen aber die Namen lokaler Herrscher. Als das Römische Reich sich nach Norden ausdehnte, begannen sich die Römer für Großbritannien zu interessieren. Vor allem die reichen Metallvorkommen versprachen reiche Beute.

Eisenzeitliche Stämme auf den Britischen Inseln

Vor der Eroberung von England und Wales durch die Römer lebten folgende Stämme in Großbritannien und Irland:

- Airgialla in Irland
- Ailech in Irland
- Ancalites (Hampshire und Wiltshire, England)
- Atecotti (Schottland oder Irland)
- Atrebates (Hampshire und Berkshire, England)
- Autini (Irland)
- Belgae (Wiltshire und Hampshire)
- Bibroci (Berkshire, England)
- Briganten in Nordengland/Irland?
- Caereni (Sutherland?)
- Caledonii (Invernesshire?)
- Cantiaci (Kent)
- Carnonacae (Western Highlands Schottland)
- Carvetii (Cumberland)

- Cassi (England)
- die Catuvellaunen (Hertfordshire) waren ein Nachbarstamm der Iceni und schlossen sich dem Boudicca-Aufstand an
- Cauci (Irland)
- Corieltauvi (Leicestershire)
- Coriondi (Irland)
- Corionototae (Northumberland)
- Cornovii (Caithness) (Cheshire) (Cornwall)
- Creones (Argyllshire)
- Damnonii (Strathclyde)
- Darini (Irland)
- Deceangli (Flintshire)
- Decantae (Easter Ross?)
- Demetae (Dyfed)
- die Dobunni in den Cotswolds-Hügeln und am Fluss Severn (Gloucestershire)
- die Dumnonii in Devon, Cornwall und Somerset
- Durotriges (Dorset)
- Eblani (Irland)
- Epidii (Kintyre)
- Gangani (Irland) (Lleyn Peninsula)
- Herpeditani (Irland)
- Ibernii (Irland)
- die Iceni in East Anglia, die sich später unter Boudicca gegen die römische Herrschaft erheben sollten
- Lugi (Eastern Sutherland?)
- Magnate (Irland)
- Manapii (Irland)
- Novantae (Galloway)
- die Ordovices in Nordwales (Gwynedd)
- Parisii (East Riding)
- die Pikten und Skoten in Schottland
- Regini (Sussex)
- Robogdii (Irland)
- Segontiaci (England)
- Selgovae (upper Tweed basin)
- Setantii (Lancashire)
- die Silurer in Südwales (Gwent)
- Smertae (Southern Sutherland?)
- Taxali (Aberdeenshire)
- die Trinovanten (Essex) waren ein Nachbarstamm der Iceni und schlossen sich dem Aufstand an

- die Ulidia in Irland
- Vacomagi (Banffshire?)
- Velabri (Irland)
- Venicones (Strathmore?)
- Vennicnii (Irland)
- Vodie (Irland)
- Votadini (Lothian)

Literatur

- Rodney Castleden, The Stonehenge people: an exploration of life in neolithic Britain, 4700-2000 B.C. London: Routledge & Kegan Paul 1987. ISBN 0-415-04065-5.
- Nicola Barber, Andy Langley, British history encyclopedia: from early man to present day. Parragon, Bath 1999. ISBN 0-7525-3222-7

Einzelthemen

Clive Waddington, Geoff Bailey, Ian Boomer, Nicky Milner, Kristian Pederson, Robert Shiel und Tony Stevenson, A Mesolithic Settlement at Howick, Northumberland. *Antiquity* 295, 2003.

Einzelnachweise

1. ↑ Julian Thomas: Current debates on the Mesolithic-Neolithic transition in Britain and Ireland.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Großbritannien in römischer Zeit

Großbritannien, in der Antike als Britannien bekannt (das heißt die Gebiete des heutigen England bis zum Hadrianswall und Wales), stand von 43 bis ca. 440 n. Chr. unter römischer Herrschaft.

Vorrömisches Britannien

Bereits vor den Kelten gab es in Britannien Megalith-Kulturen, die unter anderem imposante Steinmonumente errichteten, wie zum Beispiel in Wiltshire. Über die Zeit des vorrömischen keltischen Britanniens ist ansonsten nur wenig bekannt. Römische Geschichtsschreiber berichten, dass vor Caesars (mehr oder weniger gescheiterten) Feldzügen nach Britannien angeblich nur einige Kaufleute regelmäßig die Überfahrt von Gallien nach Britannien über den Ärmelkanal wagten. In Tacitus' Werk *Agricola* werden die römischen Feldzüge in

Britannien von ihm zum Teil scharf kritisiert.

Erster Feldzug Caesars 55 v. Chr.

Während des Feldzugs in Gallien (Gallischer Krieg) war offensichtlich geworden, dass die Gallier im Kampf gegen die Römer auch Unterstützung von verwandten Stämmen aus Britannien erhielten. Caesar musste sich daher mehr und zuverlässigere Informationen über die Verhältnisse auf der Insel beschaffen, zumal die Gallier und auch die Händler in dieser Hinsicht wenig hilfreich waren. Zuerst sandte er einen Offizier namens Gaius Volusenus mit einem Kriegsschiff voraus, um die britische Kanalküste zu erkunden, während er in der Zwischenzeit eine Flotte zusammenstellte und nebenbei noch einen Aufstand der gallischen Moriner unterdrücken musste. Daraufhin wurden britische Gesandte bei ihm vorstellig, die versprachen, Geiseln zu stellen und die Römer zu unterstützen. Er empfing sie wohlwollend und sandte sie schließlich mit dem Atrebaten Commius, von dem er annahm, dass dieser einen gewissen Einfluss bei den Briten hatte, wieder zurück.

Im Jahr 55 v. Chr. stach Julius Caesar mit mehreren Legionen in See. Caesars Flotte bestand aus rund 80 Truppentransportern, 18 Transportschiffen für die Kavallerie und einigen Kriegsschiffen. Die Flotte überquerte den Ärmelkanal, konnte aber zunächst die Truppen nicht anlanden, da britische Stammesaufgebote von den Hügeln an der Küste aus die Strände überwachten und sich auch die Ankunft der römischen Kavallerie weiter verzögerte und diese schließlich wegen eines Sturms wieder nach Gallien zurückkehren musste. Nachdem die Römer einige Stunden vor Anker gewartet hatten, segelten sie schließlich einige Meilen weiter, um einen sichereren Anlegeplatz zu finden.

Die Briten unter der Führung von Cassivelaunus waren indes mit Reitern und Streitwagen Caesars Flotte entlang der Küste gefolgt und griffen die Römer noch während ihrer Landung an. Zusätzlich dazu waren viele von Caesars Schiffen bei der Landung beschädigt worden. Trotz dieser anfänglich prekären Situation gelang es den Legionären bald, die Briten mit Hilfe von Brandgeschossen, die von den Kriegsschiffen aus abgefeuert wurden, von der Küste zurückzudrängen. Danach richteten sie ihr Feldlager ein. Caesar empfing erneut Gesandte, von denen er die Überstellung von Geiseln forderte. Bald traf auch Commius ein, der nach seiner Ankunft in Britannien sofort gefangenengenommen worden war.

Die Briten überraschten daraufhin mit einer Reiterattacke Legionäre bei dem Versuch, sich in der Nähe des Lagers Nahrungsmittel zu beschaffen. Die Soldaten konnten jedoch von den übrigen römischen Kräften entsetzt werden, die die Briten wieder vertrieben. Nach einigen Tagen Kampfpause (aufgrund eines Sturms) erhielten die Briten Verstärkung und sammelten sich erneut, wurden aber beim Angriff auf die gut gedrillten Römer ein weiteres Mal zurückgeschlagen und verloren auf ihrem Rückzug eine große Zahl ihrer Krieger. Erneut schickten die Briten Parlamentäre zu Caesar. Dieser verdoppelte die Zahl der geforderten Geiseln, die mit nach Gallien genommen werden sollten, worauf aber nur zwei Stämme eingingen. Kurz vor der Tagundnachtgleiche schifften sich die Römer wieder ein und kehrten nach Gallien zurück.

Zweiter Feldzug Caesars 54 v. Chr.

Im Jahr 54 v. Chr. kehrte Caesar mit einer größeren Armee nach Britannien zurück. Diese Kampagne war auch erfolgreicher als der vorangegangene Feldzug. Aber dieser Feldzug war eher als Bestrafung und nicht als Eroberungsfeldzug gedacht und mit Ende des Sommers zog sich die Armee, nach Zahlung von Tributen und der Stellung von Geiseln, wieder auf den Kontinent zurück – zumal Caesar sich jetzt auf den sich abzeichnenden Konflikt innerhalb des Ersten Triumvirats konzentrieren und zuvor auch die endgültige Eroberung und Unterwerfung Galliens abgeschlossen werden musste. Die Invasion der britischen Insel durch die Römer wurde damit um fast ein Jahrhundert aufgeschoben.

Eroberung Britanniens 43 n. Chr.

Bereits Caesars Erbe Augustus, der Begründer des Prinzipats, soll früh eine Invasion Britanniens geplant haben; sein zweiter Nachfolger Caligula (37 bis 41 n. Chr.) brach eine entsprechende Operation ab, ließ aber einen Leuchtturm am Kanal errichten, um das Übersetzen römischer Truppen zu erleichtern. Die Eroberung Britanniens wurde schließlich im Jahr 43 unter Caligulas Onkel und Nachfolger Claudius in Gang gesetzt. Claudius besaß nur geringes Ansehen und musste sich daher dringend mit militärischen Lorbeeren schmücken, um seine Herrschaft zu sichern. Es bot sich daher an, das alte Projekt einer Eroberung Britanniens wieder aufzunehmen. Mit der Planung und faktischen Durchführung wurde Aulus Plautius beauftragt. Dazu erhielt er den Befehl über insgesamt vier Legionen:

- Legio II Augusta unter dem Befehl Vespasians (der 25 Jahre später selbst Kaiser werden sollte)
- Legio IX Hispana

- Legio XIV Gemina
- Legio XX Valeria Victrix,

Seine Streitmacht umfasste somit ca. 20.000 Legionäre, dazu etwa die gleiche Anzahl von Hilfstruppen.

Als Landungspunkt der Invasoren gilt ausschließlich Richborough im heutigen Kent im Südosten Englands; einige Archäologen haben dies jedoch in Frage gestellt und nehmen an, dass ein Teil der römischen Streitkräfte auch noch über andere Routen, zum Beispiel über den Fluss Solent, auf die Insel gekommen ist. Die meisten Hinweise sprechen jedoch eindeutig für Richborough, zumal dort auch die Spuren eines großen Feldlagers aus claudischer Zeit entdeckt wurden. Auch Cassius Dios Beschreibung der Landezone passt gut auf die Topographie des östlichen Kent. Dennoch landete vermutlich eine zweite Armee in Hampshire, um dort die verbündeten Briten unter Verica zu unterstützen.

Der britische Widerstand wurde von den Söhnen des Königs Cunobelin (der Cymbeline in dem gleichnamigen Stück William Shakespeares), Togodumnus und Caratacus organisiert. Ein größeres britisches Aufgebot traf an einer nicht näher bestimmten Furt, die heute im Medway in der Nähe von Rochester vermutet wird, auf die Römer. Es folgte eine zweitägige Schlacht (Schlacht von Medway), in der die Briten bis zur Themse zurückgedrängt werden konnten. Die Römer verfolgten sie danach auch über den Fluss, wodurch die Briten weitere Männer in den Marschen von Essex verloren. Ob die Römer dabei eine schon bestehende Brücke nutzten oder selbst eine bauten, ist unsicher. Man weiß nur, dass eine Abteilung batavischer Hilfstruppen durch den Fluss geschwommen ist.

Bei diesem Treffen fiel einer der britischen Anführer, Togodumnus, was die Briten aber nur noch mehr gegen die Römer aufbrachte. Aufgrund dessen sah sich Aulus Plautius schließlich veranlasst, noch mehr Truppen aus Rom anzufordern. Nach einer Reihe weiterer ergebnisloser Kämpfe, die sich zwei Monate lang hinzogen, traf schließlich Claudius selbst in Britannien ein, um sich persönlich an die Spitze der Armee zu stellen. Inzwischen war es Plautius gelungen, den kaiserlichen Truppen eine sehr günstige Angriffsposition zu verschaffen. Es wird berichtet, dass Claudius auch Kriegselefanten und schwere Waffen mitgebracht hatte, die den Widerstand der Briten schon im Keim ersticken sollten. Unter der nominellen Führung von Claudius belagerten und stürmten die Legionäre schließlich Cunobelinus' Hauptstadt Camulodunum (Colchester), was nach Ansicht des Plautius aber strategisch nachrangig war und nur zur Hebung der Moral der Truppen diente. Zudem war die Plünderung der Stadt natürlich geeignet, Claudius' Ruhm zu mehren.

Nach einer anschließenden vernichtenden Niederlage musste Caratacus in die walisischen Berge fliehen und versuchte, den Kampf von dort aus fortzusetzen. Im Südosten konnten elf Stämme unterworfen werden, und die römische Armee bereitete sich darauf vor, weitere Gebiete im Westen und Norden der Insel zu okkupieren. Verwaltungsmittelpunkt der neuen Provinz, die wohl 49 n. Chr. offiziell eingerichtet wurde, wurde zunächst Camulodunum, wo auch ein Tempel zu Ehren des Kaisers errichtet wurde. Die Stadt wurde zu einer römischen Colonia erhoben. Claudius selbst blieb nur kurz auf der Insel und kehrte rasch wieder nach Rom zurück, um seinen Triumph über die Briten zu feiern. Er hatte sein Hauptziel erreicht und konnte sich als siegreicher Feldherr feiern lassen; er ließ aber auch Plautius, dem wahren Sieger, angemessene Ehrungen zukommen.

Abschluss der Eroberung

Vespasian zog mit einer Armee weiter nach Westen, unterwarf dabei weitere Stämme und eroberte auf seinem Weg einige ihrer Hillforts. Er gelangte dabei bis Exeter, vielleicht sogar bis in die Gegend um Bodmin. Die Legio IX wurde inzwischen nach Norden Richtung Lincoln in Marsch gesetzt. Es ist möglich, dass das gesamte Gebiet südlich der Linie des Humber bis zum Severn innerhalb von vier Jahren unter römische Kontrolle gebracht werden konnte. Auch eine Römerstraße, der sogenannte Fosse Way, entspricht exakt dieser Linie. Dies lässt manchen Historiker vermuten, dass sie in den ersten Jahren der römischen Besatzung als Limes gedient hat. Es ist jedoch wahrscheinlicher, dass die Grenze zwischen römischen und keltischen Britannien in dieser Zeit immer wieder starken Schwankungen unterworfen war.

Gegen Ende des Jahres 47 zog der neue Statthalter Britanniens, Publius Ostorius Scapula, gegen die Stämme in Kambrien (heute Wales) und dem Cheshire Gap ins Feld. Die Silurer im südöstlichen Wales verteidigten das walisische Grenzland jedoch erbittert und bereiteten Ostorius dadurch große Probleme. Caratacus wurde in einer Schlacht erneut geschlagen und floh in das Bergland der Pennines zum Stamm der Briganten, die aber bereits unter römischer Klientel standen. Deren Königin Cartimandua war nicht in der Lage (oder nicht willens), Caratacus in Anbetracht des Waffenstillstands mit den Römern zu schützen, und lieferte ihn umgehend an seine Feinde aus. Ostorius starb jedoch bald und wurde durch Aulus Didius Gallus ersetzt, der zwar die walisischen Grenzgebiete unter Kontrolle brachte, danach aber nicht mehr weiter in den Westen und Norden vordrang, vielleicht auch deswegen, weil Rom sich von einem lang hinziehenden Guerillakrieg im unzugänglichen Hochland keinen nennenswerten Gewinn versprach.

Nero, der 54 n. Chr. als Nachfolger des Claudius römischer Kaiser wurde, setzte die Eroberungen in Britannien dennoch fort. Er ernannte Quintus Veranius zum neuen Statthalter, einen

Mann, der schon in Asia Erfahrungen im Umgang mit widerspenstigen Bergstämmen gesammelt hatte. Veranius und sein Nachfolger Gaius Suetonius Paulinus führten einen erfolgreichen Feldzug in Wales, bei dem im Jahre 60 das religiöse Zentrum der britischen Druiden, die im Widerstand gegen die Römer immer wieder eine bedeutende Rolle gespielt hatten, auf der Insel Mona gestürmt und zerstört werden konnte. Auch viele der Druiden wurden dabei getötet oder begingen Selbstmord.

Die vollständige Besetzung von Wales musste jedoch vorerst noch aufgeschoben werden, da ein viel gefährlicherer Aufstand der Icener und Trinovanten unter Führung der charismatischen Königin Boudicca losbrach, der die Römer zwang, sich wieder stärker dem schon befriedet geglaubten Südosten der Insel zu widmen. Der Historiker Sueton berichtet, dass die dramatischen Ereignisse des Boudicca-Aufstandes Nero sogar zu der ernsthaften Überlegung veranlasst hätten, sich wieder ganz aus Britannien zurückzuziehen, er dies aber aus Prestige Gründen dann doch unterließ. Es gelang Paulinus, die zahlenmäßig wohl weit überlegenen Briten dank der Disziplin seiner Truppen in einer blutigen Entscheidungsschlacht zu besiegen. Die Politik der nachfolgenden Statthalter zielte dann vornehmlich auf eine Versöhnung mit den romfeindlichen Stämmen ab. Eine Beruhigung der Situation war vor allem der ausgleichenden Politik des Statthalters Marcus Trebellius Maximus (63–69) zu verdanken.

Nach der blutigen Niederschlagung der Rebellion Boudiccas und ihrer Verbündeten wurde die Eroberung weiterer Regionen im Norden nach längerer militärischer Zurückhaltung der Römer wieder fortgesetzt, nachdem sich Vespasian im Vierkaiserjahr 69 als neuer Herrscher des Imperiums durchgesetzt hatte. Die Silurer wurden erst nach einem längeren Feldzug unter Führung des Sextus Julius Frontinus im Jahre 76 endgültig unterworfen. Cartimandua sah sich gezwungen, römische Hilfe anzufordern, um so einer Rebellion ihres Ehemannes Venutius zu begegnen. Quintus Petilius Cerialis marschierte daraufhin mit seinen Legionen von Lincoln bis nach Eboracum (York) und schlug 70 n. Chr. die Aufrührer um Venutius bei Stanwick, was die bereits stark romanisierten Stämme der Briganten und Parisier noch enger an das Imperium band.

Neuer Statthalter wurde im Jahr 77 Gnaeus Iulius Agricola, der Schwiegervater des Historikers Tacitus. Dieser schilderte Agricolas Leben in einer Biographie, die wertvolle Informationen über das römische Britannien enthält. Agricola vollendete demnach die Unterwerfung der Ordovicer in Wales und führte seine Truppen danach die Pennines entlang nach Norden. Durch die Anlage neuer Straßen sicherte er das gewonnene Terrain weiter ab, zusätzlich zu diesen Maßnahmen ließ er das Legionslager von Chester errichten. Zu seiner Taktik zählte auch, lokale Stämme zuerst zu terrorisieren, bevor er ihnen Verhandlungen anbot. Im Jahr 80 hatte er den Fluss Tay erreicht, wo er das Kastell Inchtuthil anlegen ließ. Von hier aus stieß er weiter nach Moray vor, wo er einen vernichtenden Sieg über Kaledonische Stämme in der so genannten Schlacht am Mons Graupius errang (ob Tacitus die Bedeutung des Sieges übertreibt, ist umstritten). Des weiteren befahl er der Flotte, die Nordspitze Schottlands zu umsegeln, um endgültig die Insellage Britanniens zu beweisen und die Inselgruppe der Orkneys für das Reich zu beanspruchen.

Agricola wurde schließlich von Domitian wieder nach Rom zurückbeordert und scheint (so zumindest Tacitus) durch eine Reihe von unfähigen Nachfolgern ersetzt worden zu sein, die nicht in der Lage waren, die Unterwerfung des Nordens weiter voranzutreiben, zumal die Legionen nun an anderer Stelle, besonders an der Donau, benötigt wurden. Die Römer mussten sich dabei aber auch sicherlich die Frage stellen, ob die Kosten eines langwierigen Krieges in dieser unwirtlichen Region die ökonomischen oder politischen Vorteile aufwog, oder ob es nicht doch klüger war, sich mit einer de-iure-Unterwerfung der Kaledonier zu begnügen.

Festigung der Nordgrenze

Die Römer versuchten dennoch 142, nach Okkupation der schottischen Lowlands unter Kaiser Antoninus Pius, die Grenze hinter den Flüssen Clyde und Forth zu stabilisieren, indem sie den Antoninuswall erbauten, scheiterten jedoch damit und zogen sich schließlich endgültig hinter den etwas älteren und stärker befestigten Hadrianswall an der Linie Tyne-Solway Firth zurück, der bereits 122 errichtet worden war. Dieses Wallsystem wehrte nicht nur relativ wirksam die Einfälle der Nordstämme ab, sondern erleichterte auch wesentlich die Kontrolle über den Handel mit den dahinter liegenden Gebieten. Unter Kaiser Marcus Aurelius musste man heftige Angriffe der Pikten abwehren, wobei sich der Offizier Lucius Artorius Castus besonders auszeichnete.

193 wurde der britannische Statthalter Clodius Albinus im Zuge der chaotischen Ereignisse nach dem zweiten Vierkaiserjahr von seinen Truppen offenbar als Imperator akklamiert; er konnte sich zunächst mit seinem Rivalen Septimius Severus verständigen, doch 196 kam es zum offenen Konflikt, in dem Albinus 197 unterlag. Diese Vorgänge waren offenbar der Anlass, die Provinz zu teilen, damit dort fortan nicht mehr drei Legionen dem Kommando eines einzigen Statthalters unterstanden. Römische Truppen drangen danach mehrfach in den Norden des heutigen Schottland vor, darunter im Jahr 209, als Septimius Severus in einem verlustreichen Feldzug eine kaledonische Konföderation schlug und ihre Unterwerfung annahm; der Kaiser starb 211 in Eboracum (York). Nach der Usurpation des Postumus, 260, gehörte Britannien für einige Jahre dem sog. Imperium Galliarum an, bevor es Kaiser

Aurelian 274 wieder der Zentralgewalt in Rom unterwarf.

Romanisierung

Pragmatisch wie die Römer waren, bauten sie in Britannien in relativ kurzer Zeit eine hoch effiziente Infrastruktur auf, um ihre militärische Eroberungen noch weiter abzusichern und was ihnen dabei am wichtigsten war, die Steuererträge erheblich zu steigern. Sie erschlossen so schließlich ihren Herrschaftsbereich in Britannien (bis auf einige Ausnahmen im Westen der Insel) recht gut, wobei jedoch der Grad der Romanisierung in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich ausgeprägt war. Am stärksten wirkte sich der römische Einfluss im Süden und Osten aus, wo der kulturelle Einfluss vom Kontinent am spürbarsten und auch die Urbanisierung am stärksten fortgeschritten war. Hier setzte sich die lateinische Sprache bis in die unteren Bevölkerungsschichten durch. Ab dem 2. Jahrhundert konnte in diesen Regionen auch das Christentum die tiefsten Wurzeln schlagen. Die genauen Mechanismen der Romanisierung sind in der jüngeren Forschung aber umstritten.

In welchem Grad die Römer auf die politischen oder ökonomischen Vorgänge im benachbarten Hibernia (Irland) Einfluss nahmen, ist bis heute nicht genau geklärt.

Spätantike

Gegen Ende des 3. Jahrhunderts war Britannien militärisch erneut zu einem Machtfaktor innerhalb des Römischen Reiches geworden. Im Jahr 287 gelang es Carausius, einem romanisierten Gallier aus der Provinz Belgica, sich mit Hilfe seiner Armee in Britannien zum Gegenkaiser gegen Diokletian ausrufen zu lassen. Carausius beanspruchte ein Sonderreich, bestehend aus Britannien und dem an den Kanal angrenzenden Teil Galliens. Britannien war vom Kontinent aus nur schwer zu erobern, zumal man der Bedrohung durch seit etwa 250 von See her einfallende germanische Völker mit teilweise neu errichteten, stark befestigten Kastellen an der Sachsenküste Herr zu werden versucht hatte. Diese strategisch wichtigen Festungen und Flottenstationen, wohl bemannt mit Carausius' loyalsten Offizieren und Soldaten, konnten nun genauso gut auch römische Invasoren vom Kontinent abwehren. Constantius Chlorus, der nach der Teilung des Reiches durch Diokletian Caesar (Unterkaiser) und Adoptivsohn des westlichen Kaisers Maximian geworden war, erhielt im Jahre 293 im Rahmen der Tetrarchie Britannien und Gallien als Zuständigkeitsbereich zugeteilt. Sofort schickte er sich an, mit Hilfe einer neuen Flotte die nordgallischen und die britannischen Provinzen zurückzugewinnen. Nach der Rückeroberung Gesoriacums, des heutigen Boulogne, durch Constantius wurde Carausius von Allectus ermordet. Dieser machte sich selbst zum Nachfolger des Usurpators und zog sich mit seinen fränkischen und sächsischen Truppen nach Britannien zurück, wo er von Constantius Chlorus und dessen Feldherrn, dem Prätorianerpräfekten Asclepiodotus, nach ihrer Landung im Jahre 296 sofort in die Zange genommen und vernichtend geschlagen wurde. Constantius zog daraufhin in Londinium (London), der Hauptstadt der Britannia Superior ein, dessen Bevölkerung, die endlich Frieden wünschte, sich ihm widerstandslos unterwarf. Die Rückgewinnung Britanniens wurde auf Münzen gefeiert.

Die anschließende Verwaltungsreform des Kaisers Diokletian brachte eine weitere Aufteilung der Provinzen auf dem Gebiet Britanniens mit sich, die wahrscheinlich von Constantius Chlorus bei seinem Aufenthalt in Britannien eingeleitet wurde. Möglicherweise wurde zuerst eine Teilung der Provinz Britannia Superior in die Teile Britannia Prima und Maxima Caesariensis durchgeführt, Britannia Inferior wurde dadurch zu Britannia Secunda. Bald darauf dürfte jedoch die Provinz Britannia Caesariensis, welche ihren Beinamen vom Caesar Constantius Chlorus selbst erhalten hatte, nochmals geteilt worden sein. Jedenfalls verzeichnen spätere Listen neben Britannia Prima und Britannia Secunda spätestens ab 314 auch noch die Provinzen Maxima Caesariensis und Flavia Caesariensis, welche vielleicht nach Diokletians Kollegen Maximian und zweifellos nach seinem Caesar Constantius Chlorus, der eigentlich Flavius Valerius Constantius hieß, benannt worden waren.

Im Sommer 306 kam es in York erneut zu einer Usurpation: Konstantin der Große, der Sohn des Constantius, ließ sich nach dem Tod seines Vaters widerrechtlich zum Kaiser ausrufen. Es gelang ihm allerdings, nachträglich vom neuen Oberkaiser Galerius als Caesar anerkannt zu werden. Auch im weiteren 4. Jahrhundert wurde Britannien, das nun zusammen mit Gallien und Hispanien einem Prätorianerpräfekten unterstand, dem in spätrömischer Zeit höchsten Zivilbeamten, von Usurpationen heimgesucht. Grund dafür war einerseits die exponierte, weit von jeder Zentrale entfernte Lage der Provinzen und andererseits die noch immer recht hohe Truppenkonzentration. Da der archäologische Befund widersprüchlich ist, ist in der Forschung umstritten, wie es um die ökonomische Situation der Insel in diesen Jahren bestellt war. Besonders Flavius Theodosius stellte dann in den 360er Jahren noch einmal erfolgreich die Ordnung in Britannien her, wobei er es 367/68 mit einer „barbarischen Verschwörung“ von Pikten, Skoten und Angelsachsen zu tun hatte, die die beiden militärischen Anführer der römischen Truppen auf der Insel getötet hatten.

In der Spätantike wurde im ganzen Reich die militärische Führung von der zivilen getrennt und das Heer in Bewegungsheer (Comitatenses) und Grenztruppen (Limitanei) aufgeteilt. Den

Oberbefehl über die Grenztruppen an der britischen Nordgrenze mit dem Hadrianswall hatte der Dux Britanniarum. Die Grenztruppen an der stark befestigten südlichen Sachsenküste befehligte zunächst ein Comes Maritimi Tractus, der auch die Grenztruppen an der Nordküste Galliens befehligte. Ende des 4. Jahrhunderts wurde die Zuständigkeit beidseitig des Ärmelkanals aufgeteilt und ein Comes litoris Saxonici per Britanniam erhielt das Oberkommando über die Grenztruppen an den südlichen Küsten Britanniens. Den Oberbefehl über das Feldheer für ganz Britannien hatte in der Spätantike der Comes Britanniarum. Dieser hatte gestützt auf die auf der Insel stationierte Elite des römischen Feldheeres eine herausragende Stellung im spätantiken römischen Militär.

Der Comes Britanniarum Magnus Maximus nahm 383 im Rahmen seiner Usurpation einen großen Teil der römischen Truppen mit nach Gallien, wo viele gemeinsam mit ihm den Tod fanden – nach Ansicht einiger Historiker (zum Beispiel Guy Halsall) war er es, der zuvor die ersten angelsächsischen Föderaten auf der Insel ansiedelte, doch ist dies umstritten. Einige Zeit später wurden noch einmal neue römische Truppen nach Britannien verlegt. Der Dichter Claudian bezeugt dann, dass der weströmische magister militum Stilicho noch 398/99 eine Offensive gegen Pikten und Skoten durchführen ließ, bevor man 401/02 erneut zahlreiche Einheiten des britannischen Feldheeres abzog, um Italien gegen die Westgoten zu sichern.

Die archäologischen Belege aus den letzten Jahren römischer Herrschaft zeigen nunmehr unzweideutige Zeichen des Niedergangs bzw. der Rückkehr zu vorrömischen Lebensweisen, die auf der Insel ohnehin nie verschwunden waren. Das Leben in den römischen Städten und Villen entwickelte sich seit dem letzten Viertel des 4. Jahrhunderts weniger stark, Tonscherben aus der Zeit nach 400 gibt es dort kaum, römische Münzen aus der Zeit nach 402 sind auf der Insel selten und nach 407 praktisch nicht mehr vorhanden. Als sich schließlich der Comes Britanniarum Konstantin III. 407 als Nachfolger des Usurpators Gratian (dem wiederum war schon die Usurpation des Marcus vorausgegangen) zum Kaiser aufschwang und den Ärmelkanal mit dem größten Teil der noch verbliebenen Truppen überquerte, hatte die römische Militärpräsenz in Britannien wohl faktisch ihr Ende gefunden. Die britische Provinzarmee war dabei schon lange nicht mehr in den klassischen Legionen der frühen und mittleren Kaiserzeit organisiert. Die "Römische Armee", die auf Befehl des Usurpators aus Britannien abgezogen wurde, war wohl eher eine unruhige Söldnertruppe, die sich von der weströmischen Zentralregierung im Stich gelassen fühlte, auf Konstantins Person eingeschworen war und ihm die Treue hielt, solange er seine Männer und ihre Familien mit dem Nötigsten versorgen konnte. Dennoch wird der Usurpator, der ja in einen Bürgerkrieg zog, zweifellos gerade die loyalsten und kampfstärksten Einheiten mit nach Gallien genommen haben; wenn Truppen in Britannien zurück blieben, dann wohl Grenzsoldaten (limitanei). Wie dem auch sei: Bereits 409 sagten sich die britannischen Provinzen von Konstantin III. los, vermutlich kam es zu einem Aufstand. Traditionell gelten die Jahre zwischen 409/10 als der Zeitpunkt, an dem die letzten regulären Truppen die Insel verließen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dies, wie oben erwähnt, vor allem das mobile Feldheer betraf, während ein Teil der Grenztruppen im Land geblieben sein dürften. Dennoch galt zumindest in der älteren Forschung das Jahr 410 als das "Ende" des römischen Britanniens. Erst in jüngerer Zeit misst man diesem Datum weniger praktische Bedeutung bei als früher.

Dunkles Zeitalter

Sehr wenige Quellen stehen für die Zeit nach 410, das "Dunkle Zeitalter", zur Verfügung: Gildas schrieb im späteren 6. Jahrhundert einen Bericht über die Eroberung Britanniens durch die Angelsachsen, doch ist selbst dieser nicht immer zuverlässig und zudem nur begrenzt informativ. Die anonyme Chronica Gallica von 452 stellt lediglich knapp fest, 441 sei die Insel, die seit einer Weile von Unheil heimgesucht worden sei, für die Römer verloren gegangen und an die Sachsen gefallen: Britanniae usque ad hoc tempus variis cladibus eventibusque latae in dicionem Saxonum rediguntur (Chron. Gall. a CCCCLII, ad ann. 441). 511 vermeldet dann ein weiterer namenloser Chronist, 440 sei Britannien von den Römern aufgegeben worden und unter sächsische Herrschaft gelangt (Britanniae a Romanis amissae in dicionem Saxonum cedunt; Chron. Gall. a DXI, ad ann. 440).

Die nächsten Quellen sind erst wieder aus dem Früh- und Hochmittelalter überliefert, wie Beda Venerabilis im frühen 8. Jahrhundert, die Anglo-Saxon Chronicle und die Historia Britonum aus dem 9. Jahrhundert sowie die um 1136 von Geoffrey von Monmouth verfasste Historia Regum Britanniae. Der über das bei Gildas Berichtete hinausgehende Inhalt dieser Quellen zum 5. und 6. Jahrhundert in Britannien wird heute als größtenteils unhistorisch oder legendär eingeschätzt.

Nach Ansicht der meisten Forscher lassen die archäologischen und literarischen Quellen lediglich eine grobe Rekonstruktion zu: Bald nach dem Abzug der römischen Truppen brach offenbar die nördliche Grenzbefestigung zusammen. Britische Städte wurden von Skoten und Pikten geplündert, angeblich die Bevölkerung ganzer Ortschaften ermordet. Kaiser Honorius wies die um Hilfe nachsuchenden civitates von Britannia laut Zosimos im Jahr 410 an, die Verteidigung selbst in die Hand zu nehmen, wobei es sich bei den meisten civitates aber wohl nur um kleine Ortschaften handelte. Nach Ansicht von Forschern wie David Mattingly unterließ Zosimos hier allerdings ein Irrtum – der Kaiser habe sich nicht an Britannia, sondern an Bruttium in Italien gewandt. Die meisten Historiker nehmen an, dass die römische Gesellschaft 410 nicht schlagartig kollabierte, sondern man spricht von einem "sub-römischen Britannien", in dem man etwa 30 Jahre lang versucht habe, die vertraute Lebensweise zu wahren. Während der ersten Generation nach dem Abzug der kaiserlichen Truppen

konnten sich die römischen civitates auf der Insel mit Hilfe germanischer Förderaten (s. u.) offenbar einigermaßen behaupten. Anscheinend schwang sich damals ein lokaler Aristokrat, den die spätere Überlieferung als Vortigern in Erinnerung behielt, zum Herrscher der Provinzialen auf. Gildas bezeichnet diesen Mann als tyrannus, was im spätantiken Latein einen Usurpator bezeichnete. Ob Vortigern wie die Usurpatoren in Britannien zuvor auch kaiserliche Würden beanspruchte und wie weit seine Herrschaft reichte, ist allerdings unklar.

Fest steht: Bald rückten Angeln, Sachsen und Friesen in die von den römischen Truppen verlassenen Provinzen ein, wobei man sich darunter jedoch keine Völkerwanderung in einem großen Zug vorstellen darf; vielmehr gelangten die meisten Germanen in kleinen Gruppen von Kriegern auf die Insel. Genetische Analysen legen nahe, dass die Gesamtzahl der Zuwanderer nicht sehr groß gewesen sein dürfte. Wahrscheinlich hatten die römisch-britischen Bewohner Britanniens die Angelsachsen ursprünglich als foederati angeheuert, die nach Abzug der kaiserlichen Verbände die Verteidigung gegen die Pikten und Skoten im Norden übernehmen sollten. Einzelne germanische Verbände waren möglicherweise auch schon als Truppen der römischen Armee auf die Insel gekommen. Gildas macht den erwähnten tyrannus für die Anwerbung der Angelsachsen verantwortlich, Beda Venerabilis nennt diesen Mann dann erstmals Vortigern.

Offenbar kam es dann um 440/441 zu einem Ereignis, das für die Zeitgenossen das Ende des römischen Britanniens markierte, wie die erwähnten gallischen Chroniken belegen. Wahrscheinlich war dies der Zeitpunkt, zu dem sich die Angelsachsen erhoben. Der Rebellion der foederati konnten die Provinzialen zumal im Osten der Insel wenig entgegensetzen. Viele liefen wohl zu den Germanen über oder unterwarfen sich, während sich andere nach Norden und Westen zurückzogen. DNA-Analysen von "angelsächsisch" bestatteten Menschen aus diesen Jahren haben vor einiger Zeit gezeigt, dass es sich oft um Kelto-Romanen handelte, die offenbar übergelaufen waren und die Lebensweise der Sieger angenommen hatten.

Bei Gildas wird von einem Hilferuf der romanisierten Briten an den weströmischen Heermeister Aëtius um 446 berichtet (was zu den Angaben der beiden gallischen Chroniken passen würde), doch sah sich Westrom damals längst mit größeren Problemen konfrontiert; Britannien war zu einem peripheren (und nur mehr formalen) Bestandteil des Imperiums geworden, aus dem längst keine Steuereinnahmen mehr nach Rom flossen. Dennoch gibt es Belege für fortbestehende Kontakte zwischen dem südlichen Britannien und dem damals noch römisch kontrollierten nördlichen Gallien. Es kam zudem zu einer Auswanderungswelle von Briten in das heute Bretagne genannte Gebiet.

Um 470 unterstützte ein Riothamus genannter römisch-britischer Warlord in Gallien vergeblich den weströmischen Kaiser Anthemius gegen die rebellierenden Westgoten, worüber mehrere zeitgenössische gallische Quellen berichten. Wie Gildas berichtet, gelang es dann den Briten unter Führung von Ambrosius Aurelianus um das Jahr 500, das Vordringen der Angelsachsen noch für einige Jahrzehnte aufzuhalten. Erst für die siebziger Jahre des 6. Jahrhunderts berichtet die Angelsächsische Chronik, dass König Ceawlin die Gebiete der Angelsachsen verbinden und die römisch-britischen Herrschaftsbereiche auf Wales und Cornwall zurückdrängen konnte.

Dort konnten sich die „römischen“ Briten noch längere Zeit halten, wobei aber der römische Charakter ihrer Zivilisation nebst der lateinischen Sprache bald endgültig verloren ging. Dies bedeutete das Ende der Spätantike für Britannien (im übrigen Europa sollte sie noch länger andauern) und war mit einem enormen materiellen Niedergang verbunden. Die römische Kultur verschwand fast spurlos (auch wenn in Wales noch im 6. Jahrhundert vereinzelt lateinische Inschriften mit korrekter Consulatsdatierung gesetzt wurden), und auch das Christentum scheint in den von Angelsachsen beherrschten Gebieten zurückgedrängt worden zu sein. Die Römer gaben den Anspruch auf Britannien allerdings de iure nie auf – noch um das Jahr 540 scheint Kaiser Justinian I. die Insel als prinzipiell zum Imperium gehörig betrachtet zu haben.

Wirtschaft

Wirtschaftlich waren die Römer vor allem an Zinn und Gold aus Britannien interessiert. Darüber hinaus machten sie eine neue, im Wollertrag leistungsfähigere Schafrasse aus Kleinasien auf der Insel heimisch und legten damit einen wichtigen Grundstein für die britische Wollproduktion. Wirtschaftliches Zentrum Britanniens war auch damals schon Londinium. Über die wirtschaftliche Stärke der Insel herrscht in der Forschung, wie bereits angedeutet, keine Einigkeit, zumal einige antike Autoren klagen, Britannien koste das Imperium mehr, als es ihm einbringe. Im 3. und 4. Jahrhundert war die Insel wohl für die Versorgung der römischen Truppen am Rhein zuständig und dürfte daher teilweise prosperiert haben, doch gibt es angesichts widersprüchlicher Befunde – etwa was die römischen civitates Britanniens angeht – unterschiedliche Positionen in der Forschung.

Provinzen und Verwaltung

Britannien war anfangs nur in einer einzigen Provinz organisiert, deren Hauptstadt Camulodunum war. Nach den Vorgängen im Zuge des Aufstandes der Boudicca in dieser Stadt ging diese Funktion auf Londinium über.

Bald nach 197 n. Chr. – nach dem Sieg über Clodius Albinus – erfolgte unter Kaiser Septimius Severus die Zweiteilung der Provinz:

- Britannia Superior mit der Hauptstadt Londinium und
- Britannia Inferior mit der Hauptstadt Eboracum.

Eine weitere Aufteilung der Provinzen erfolgte im Zuge der Reichsreform unter Diokletian:

- Britannia Secunda im Norden mit der Hauptstadt Eboracum, die
- Flavia Caesariensis im Südwesten mit der Hauptstadt Lindum Colonia
- Britannia Prima im Südwesten, mit der Hauptstadt Corinium Dobunorum, und die
- Maxima Caesariensis im Südosten mit der alten Metropole Londinium.

369, nach der erneuten Befriedung der Insel durch Flavius Theodosius, kam unter Kaiser Valentinian I. schließlich noch eine fünfte Provinz, Valentia, im Norden hinzu, ihre Hauptstadt wurde Luguvaallium (Carlisle).

Britannien wurde, wie die meisten Provinzen, unterhalb der Provinzialadministration des Statthalters für gewöhnlich von den civitates aus verwaltet. Daneben gab es noch die Grenzregionen, die direkt vom Militär organisiert und überwacht wurden, und zumindest bis 212 auch die Gebiete, die einer der Veteranenkolonien Britanniens unterstanden.

Bekannte Civitates Britanniens

- Dumnonii (Hauptstadt: Isca Dumnoniorum)
- Durotriges (Hauptstadt: Durnovaria); Teilung der Civitas im zweiten Jahrhundert, neue Hauptstadt: Lindinis
- Belgae (Hauptstadt: Venta Belgarum)
- Regni/Regnenses
- Cantiaci (Hauptstadt: Durovernum Cantiacorum)
- Atrebaten (Hauptstadt: Calleva Atrebatum)
- Dobunni (Hauptstadt: Corinium Dobunorum)
- Silurer (Hauptstadt: Venta Silurum)
- Demetae (Hauptstadt: Camarthen)
- Catuvellaunen (Hauptstadt: Verulamium)
- Trinovanten (Hauptstadt: Camulodunum)
- Icener (Hauptstadt: Venta Icenorum)
- Cornavii (Hauptstadt: Viroconium)
- Corieltavi (Hauptstadt: Ratae Corieltavorum)
- Parisi (Hauptstadt: Brough ?)
- Briganten (Hauptstadt: Eboracum)

Zu den Bürgerkolonien zählten die Städte

- Camulodunum,
- Glevum und
- Lindum Colonia.

Gebiete unter Militärverwaltung waren große Teile des heutigen Wales und der Nordwesten der Provinz (Hadrianswall).

Zeittafel

- 55 v. Chr. – Cäsars 1. Feldzug nach Britannien
- 54 v. Chr. – Caesars 2. Feldzug nach Britannien
- 43 n. Chr. – Britannienfeldzug des Aulus Plautius: 20.000 Soldaten setzen im Auftrag des römischen Kaisers Claudius nach Britannien über. Britannien wird zu einer römischen Provinz. Camulodunum (Colchester) wird gegründet und Sitz der Verwaltung, muss diesen jedoch einige Jahre später an London (Londinium) abgeben.
- 44 – Aulus Plautius versucht den Rest der Insel zu unterwerfen. (Er hatte nur ungenaue Vorstellungen von der Größe der Insel.)
- 47 – Publius Ostorius Scapula folgt Aulus Plautius als Statthalter nach.
- 60 – Gnaeus Iulius Agricola erhält sein erstes Kommando in Britannien.
- 60/61 – Boudicca, Witwe eines keltischen Klientelkönigs, wagt den Aufstand gegen die Römer, nachdem diese vertragswidrig militärisch gegen ihre Töchter vorgegangen waren. Sie zerstört und plündert Camulodunum, Londinium und Verulamium, nach Tacitus werden dabei über 70.000 Römer erschlagen. Als sie die entscheidende Schlacht bei Mancetter verliert, begeht sie Selbstmord.
- 62–69 – Fortschritt der Romanisierung Südbritanniens unter den Statthaltern Petronius Turpilianus und Trebellius Maximus.
- zwischen 78–84, Statthalterschaft des Agricolas.
- 78 – Agricola führt im Norden der Provinz einige Feldzüge durch.
- 117 – Hadrian ordnet bei einem Besuch auf der Insel den Bau des vallum Hadriani an, "...um die Barbaren von den Römern zu trennen". Unter seinem Nachfolger Antoninus Pius wird die Grenze um 150 weiter nach Norden verschoben und mit einem Holz-Erde Wall befestigt (Antoninuswall). Dieser wird aber nach nur wenigen Jahren wieder aufgegeben und die Grenze wieder (diesmal endgültig) an den Hadrianswall zurückverlegt.
- 193, der britannische Statthalter Clodius Albinus erhebt Anspruch auf den Kaiserthron, wird aber 197 in der Schlacht von Lugdunum von den Legionen des Septimius Severus geschlagen und auf der Flucht getötet.
- 211, Kaiser Septimius Severus stirbt während eines Feldzuges gegen die Nordstämme in Eboracum.
- um 211 – Die römischen Garnisonen am Hadrianswall bestehen nun größtenteils aus einheimischen Soldaten.
- ab 250 – sächsische Piraten suchen erstmals Britanniens Küsten heim.
- 260 – Britannien fällt zeitweilig an den Usurpator Postumus.
- 287 – Carausius revoltiert gegen den Augustus des Westens, Maximian, und ruft sich mit Hilfe der Classis Britannica und der Franken zum Herrscher über Britannien aus. Dem Caesar Constantius Chlorus gelingt es die Insel 293 wieder zurückzuerobern.
- 306 – der Augustus des Westens Constantius Chlorus stirbt in Eboracum (York), sein Sohn Konstantin der Große wird von seiner Armee zum Nachfolger ausgerufen.
- 383 – Usurpation des Magnus Maximus.
- 407 – Abzug der meisten Comitatuses unter dem Usurpator Konstantin III..
- 409 – Britannien rebelliert gegen Konstantin III und sagt sich von ihm los.
- 410 – Der weströmische Kaiser Honorius verweigert (so die traditionelle Lesart) militärische Hilfe und teilt den britischen Magistraten in einem Schreiben mit, dass sie sich in Zukunft selbst verteidigen müssten. Während der folgenden Jahrzehnte löst sich die römische Verwaltungsorganisation auf der Insel größtenteils auf, auch der Münzumsatz kommt zum Erliegen.
- um 440 – Der weströmische magister militum Aëtius unterhält zwar noch Kontakte zu den Magistraten der Städte in Britannien, lehnt aber ebenfalls jegliche militärische Hilfe ab. Um diese Zeit rebellieren Angelsachsen, die die verbliebenen civitates als foederati ins Land gerufen hatten, und bringen in den folgenden zwei Jahrhunderten das Gebiet des heutigen England schrittweise unter ihre Herrschaft.

Literatur

Quellen

(in Auswahl)

- Caesar, De Bello Gallico, übers. v. E. Siebhorn, Göttingen 2001. ISBN 3-525-71627-3
- Tacitus, Annalen, übers. v. E. Heller, Zürich u. a. 1997. ISBN 3-7608-1645-2
- Tacitus, Historien, übers. v. J. Borst, München 1959.
- Tacitus, Agricola, übers. v. K. Büchner, Stuttgart 1985. ISBN 3-520-22503-4

Sekundärliteratur

- Wichtige Beiträge finden sich in der nur diesem Thema gewidmeten Fachzeitschrift Britannia.
- Anthony R. Birley: The Roman Government of Britain. Oxford 2005, ISBN 0-19-925237-8.
- Kai Brodersen: Das römische Britannien. Spuren seiner Geschichte. Darmstadt 1998. ISBN 3-89678-080-8 (Quellensammlung)
- Robin George Collingwood: The Archaeology of Roman Britain. London 1930. ISBN 0-09-185045-2
- Leonard Cottrell: The Great Invasion. New York 1962. ISBN 0-330-13037-4
- John Creighton: Britannia. The Creation of a Roman Province. Oxford 2005.
- Ken Dark: Britain and the End of the Roman Empire. Stroud 2002. ISBN 0-7524-2532-3
- Michael E. Jones: The End of Roman Britain. London u. a. 1996. ISBN 0-8014-8530-4
- John Manley: AD 43. The Roman Invasion of Britain. Tempus 2002. ISBN 0-7524-1959-5
- David Mattingly: An Imperial Possession. Britain in the Roman Empire. London 2006. ISBN 978-0-14-014822-0
- Peter Salway: Roman Britain. Oxford 2000. ISBN 0-19-285404-6

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u-m-d-h-T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Angelsachsen

Die Angelsachsen waren ein germanisches Sammelvolk, hauptsächlich bestehend aus Sachsen und Angeln. Als Verband treten diese Stämme, mit aus Jüten, Friesen und Niederfranken bestehenden Gruppen, ab dem 5. Jahrhundert auf.

Aus diesem Völkerverbund, später ergänzt um Skandinavier, Dänen und im 11. Jahrhundert frankophone Normannen, bildete sich zuerst eine angelsächsische Kultur heraus, um im

Verlauf der Zeit und Entwicklung durch die genannten anderen ethnisch-kulturellen Einflüsse die englische Kultur herauszubilden (mit auch keltischen Erbgütern).

Manchmal wird heute der Begriff im übertragenen Sinn in Bezug auf die Bewohner der Britischen Inseln und auf die englischen Sprachvölker in Nordamerika und Ozeanien angewendet.[1]

Herkunft der Angelsachsen

Die Angelsachsen sind im Wesentlichen die Nachkommen zweier kontinentalgermanischer Stämme. Die Angeln wurden schon während der hohen römischen Kaiserzeit bei Tacitus 98 n. Chr. als Anglii und später bei Ptolemaeus (2. Jahrhundert) als Ἀγγελοι schriftlich erwähnt und siedelten im Norden des heutigen Bundeslandes Schleswig-Holstein. Ptolemaeus erwähnt auch die Sachsen als Σαξονες. Prokop (6. Jahrhundert) erwähnt die Friesen in seinem Werk über die Gotenkriege Justinians und nennt sie Φρισσονες.

Die antiken Sachsen sind nicht zu verwechseln mit den späteren Sachsen des Hochmittelalters und den heutigen Niedersachsen.

Die Altsachsen der beginnenden Völkerwanderungszeit waren sprachlich sehr viel enger mit den Friesen verwandt. Tacitus erwähnt in seiner „Germania“ die Sachsen nicht, aber er zählt den Stamm der Chauken auf, die an der unterelbischen Nordseeküste siedelten und die auch Plinius kennt, während Ptolemaeus die eigentlichen Sachsen „...im Nacken der kimbrischen Halbinsel“ (wohl das heutige Holstein) lokalisiert. Bis zum 3. Jahrhundert war die Vereinigung beider Völker zum nun größeren Stammesverband der Sachsen vollzogen.[2]

Der Wandel trat mit der Vereinigung zum großen sächsischen Stammes- und Volksverband mit der Assimilierung kleiner Stämme und Überreste einstiger bedeutender Stämme ein, wie der Cherusker im 3.–4. Jahrhundert. Die sächsischen Gruppen, die den Teil der Angelsachsen bildeten, trennten sich vor diesen Entwicklungen hin zur Bildung des Großvolks der frühmittelalterlichen Sachsen durch die Übersiedlung nach Britannien ab.[3]

Die Angeln werden von Tacitus in dessen Beschreibung der historisch-geografischen Verhältnisse Nordgermaniens mit anderen Stämmen zusammen aufgezählt. Stämme, die auf den dänischen Inseln, an der Ostseeküste und an der unteren Elbe zu lokalisieren sind und zusammen eine nördliche politisch-kultische Gruppe im Suebenverband bildeten, bei Ptolemaeus eben als Σηβοι οἱ Ἀγγελοι.

Angeln und Sachsen waren wahrscheinlich eng miteinander verwandt, da sie der gleichen kontinentalgermanischen Kultgruppe der Ingväonen angehörten oder entstammten, trotz bestehender kultureller Unterschiede wie unter anderem bei den Bestattungsriten.[4] Der genaue Verlauf der angelsächsischen Ethnogenese ist wie bei allen germanischen gentes der Völkerwanderungszeit Gegenstand lebhafter wissenschaftlicher Diskussion.

Die Siedlergruppe der Jüten waren zur damaligen Zeit von der Sprache und vom Kultus her offenbar den westgermanischen Stämmen zugehörig. Die heutigen Jüten, auf dänisch Jyder, sind nordgermanischen Ursprungs und mit diesen Jüten nicht zu verwechseln. Die Friesen sind aus ihrer angestammten Heimat wohl nur mit Kleinstgruppen an der Bildung der Angelsachsen beteiligt gewesen. Besonders die Ortsnamenforschung hat Siedlungsräume dieser friesischen Siedlergruppen fixiert.

Ein fränkischer Anteil wird nur vermutet, unter anderem auf Basis unsicherer Ableitungen von Ortsnamen und der Analyse altenglischer Literatur und daran festgemachter Indizien - wie zum Beispiel im Beowulf-Epos. Diese fränkischen Siedler kamen aber vermutlich erst mit der letzten Einwanderungswelle gegen Ende des 5. Jahrhundert auf die britische Insel.[5]

Der Name

Die Herkunft beziehungsweise die Entwicklung hin zur Namensbildung „Angelsachsen“ ist heute nicht mehr nachvollziehbar, dennoch lassen die vorhandenen Quellen Rückschlüsse zu, die daraus abgeleitete Annahmen plausibel machen. Grundsätzlich scheint bei den Kolonisten, besonders bei den Jüten und Angeln, die Bindung zu den kontinentalen Verwandten recht schnell Lockerungen unterworfen gewesen zu sein - bis hin zum Abbruch.

Beda lokalisierte die Jüten nach der Wanderung in Kent und gab sie in der Namensform Iutae wieder, die nicht aus heimischer angelsächsischer Überlieferung stammt. Die angelsächsische Form wäre *Eotas, oder *Eotan, wobei diese aber nirgends überliefert ist. Beda kannte also den korrekten Namen nicht mehr. Um 700 dürften nur noch schwache Erinnerungen an den Namen und die damit in Verbindung stehende "Urheimat" existiert haben. Alfred der Große gab in seiner Übersetzung von Bedas Kirchengeschichte dann Iutae mit Geatas wieder, dem Namen der Gauten aus Schweden.

Die häufige angelsächsische Form Ongle für Angle gab Alfred statt mit der korrekten Form Angli mit dem Namen der Landschaft wieder, Angel. Auch er kannte somit selbst nicht mehr die Namen für die alten Stämme.

Die Sachsen in Britannien behielten dagegen Kontakte zum Festland im Zusammenhang mit der dominanten kontinentalen Ausbreitung des Stammesverbandes. Die Sachsen der Insel nannten zur Unterscheidung des englischen Zweiges diese Eald-seaxan, Altsachsen.

Beda war nicht mehr klar, dass Angeln und Sachsen unterschiedliche Stämme waren. Er bezeichnete sie als Angli sive (vel) Saxones, als seien sie ein und dieselben unter verschiedenen Namen. Alfred berichtete Beda hierin durch ein *ond* beziehungsweise durch ein "oder". Bedas Grundlage für seine Wiedergaben und Annahmen mögen tradierte Sprüche und Merkreime in der Form des Stabreims gewesen sein.

- „of Englum ond Eotum (Iutum) ond of Ealdseaxum“
- „von den Angeln und den Jüten und den Altsachsen stammen die Angelsachsen“
- – Beda Hist. ecc. gen. Ang. I,15

Dieser Typus eines Dreiklangs passt zu dem alten Muster germanischer Abstammungssagen wie beispielsweise der Stammbaum des Mannus in Tacitus Germania, Kapitel 2.

Der Name der Angeln dominierte schließlich den der Sachsen als vereinheitlichten Namen für alle Germanen auf der britischen Insel, vielleicht zur besseren Unterscheidung von den kontinentalen Sachsen (denn jene Angeln, die nicht nach Britannien gezogen waren, waren von anderen Stämmen assimiliert worden, so dass keine Verwechslungsgefahr bestand). Die angelsächsischen Könige nannten sich rex Anglorum, oder rex Anglorum Saxones. Papst Gregor I. nannte den König Ethelbert von Kent – selbst jütischer Abstammung – in einem Brief von 601 rex Anglorum. Um 1000 verdrängte der aus dem altnordischen und von den Wikingern eingeführte Begriff für Land und Volk, Englar und Englalund dann die älteren einheimischen Bezeichnungen wie unter anderem *Āngelþeod* („Angelvolk“). Diese neue Form tritt sowohl in den altnordischen Texten als auch in den angelsächsischen auf und führte schließlich zur Herausbildung der Kurzform England.

Die romanisierten Kelten haben die eindringenden Germanen dagegen insgesamt nach den Sachsen benannt, kymrisch Sais („Engländer“) für die Menschen und saesneg für die Sprache. Ebenfalls haben die lateinischen Schreiber des Kontinents anfänglich die Begriffe Saxones und lingua Saxonica verwendet.

Ein Hauptgrund für die Durchsetzung des Angelnamens mag ein politisch-kulturelles Übergewicht der Angeln in den ersten Jahrhunderten gewesen sein. Um Missverständnissen aus dem Weg zu gehen, wurde auch durch die Außenwahrnehmung sehr früh der Begriff Angelsachsen gebildet – bei Beda noch nicht direkt und klar, bei Paulus Diaconus um 775 Angli Saxones in der Bedeutung von „Die englischen Sachsen“, um eine Unterscheidung zu den festländischen Sachsen darzustellen. Letztlich ist die Bildung des Namens Angelsachsen ein Produkt aus mehreren zusammenfließenden Faktoren: Zuerst ist es eine gelehrte lateinische Form, zum Teil bedingt durch den Verlust zu den angestammten kontinentalen Wurzeln, das Vergessen der ursprünglich klaren Stammesidentität und die Außenwahrnehmung.[6]

Anfänge bis zur Besiedlung der britischen Insel

Erste kriegerische Invasionen von sächsischen Gruppen ins römische Britannien fanden nachweisbar in der zweiten Hälfte des 3. Jahrhunderts statt.[7] Sächsische Gefolgschaften (neben fränkischen Gruppen) auf Beutezug und Piraten landeten auf beiden Seiten der Kanalküste (siehe auch Sachsenküste).[8] Einfälle von iro-schottischen Stämmen zwangen die römische Militärverwaltung zur Reform der militärischen Infrastruktur, des Verteidigungs- und Befestigungswesens. Dieses führte nach Ansicht vieler Forscher unter anderem dazu, dass Befehls- und strategische Verantwortlichkeiten auf sächsische Führer übertragen wurden; diese dienten demnach unter dem *comes litoris Saxonici* (Befehlshaber der sächsischen Küste) als Förderaten. Der Schluss liegt nahe, dass zumindest seit dem späten 4. Jahrhundert germanische Verteidiger in römischen Diensten samt ihren Familien in Südbritannien siedelten, also vor dem eigentlichen Hauptstrom der germanischen Besiedlung, respektive Eroberung, Mitte des 5. Jahrhunderts. Diese siedelten südlich entlang der Themse im heutigen Großraum London, in Essex, Kent und waren an der Ostküste stationiert.[9] Andere Forscher dagegen gehen davon aus, dass die "Sachsenküste" der Abwehr sächsischer Angriffe diene und daher nicht mit sächsischen *foederati* besetzt gewesen sei, nehmen aber ebenfalls an, dass erste sächsische Söldner schon im späten 4. Jahrhundert in Britannien dienten.

Der Verfall der weströmischen Macht und damit einhergehend der militärischen Disziplin in den Truppen und der zeitweilige Zusammenbruch der römischen Rheingrenze im Jahre 406/407 n. Chr. durch den Übertritt einiger germanischer Völker führte unter den Kaisern Honorius bzw. Konstantin (III.) zum Abzug der römischen Truppen aus Britannien um das Jahr

407. Das entstandene Machtvakuum und die unregelmäßigten politischen Verhältnisse boten den idealen Raum und Möglichkeiten für die germanische Einwanderung.

Ab Beginn des 5. Jahrhunderts gab es zunehmend Übersiedlungen auf die britischen Inseln von der norddeutschen-niederrheinischen Tiefebene aus, die sich im Laufe der Zeit verstärkten und ab etwa 450 zum Hauptstrom der Auswanderung nach Britannien entwickelten. Als wahrscheinlichstes Szenario gilt (im Anschluss an den Bericht des Gildas), dass die römisch-keltische Zivilbevölkerung der Insel nach 410 angelsächsische Söldner anwarb, um sie gegen die Pikten und Skoten zu verteidigen. Vielleicht hat dabei der "Tyrann" Vortigern eine Rolle gespielt, der gemäß späterer Tradition zwei sächsische Anführer namens Hengist und Horsa ("Hengst" und "Pferd") ins Land gerufen haben soll. Um 440 scheint es dann zu einem Aufstand der Sachsen gekommen zu sein, die nun rasch Zuzug vom Kontinent erhielten und die Romano-Kelten zurückdrängten.

Die Briten hatten lang unter römischem Kultureinfluss gelebt und wurden ab dem Jahr 300 n. Chr. schrittweise römische Christen. Sie waren aber nicht in dem hohen Maße romanisiert wie etwa die gallischen Kelten. Zudem gab es in Britannien auch große soziale und geografische Unterschiede in der Annahme der römischen Sprache und Zivilisation. Die Angeln und Sachsen waren in ihrer ethnischen Struktur weniger vermischt als die keltischen Briten oder auch im Vergleich zu den romanisierten Germanen der rheinischen Germania Inferior. Die Briten waren für die anlandenden und siedelnden Germanen demzufolge richtiggehende Fremdvölker (ags. wealh, nhd. Welsch – daher auch der Name von Wales). Für viele christliche Briten wiederum waren die Angelsachsen Barbaren. Es kam zu einer teilweisen Verdrängung durch die vorrückenden Angelsachsen, aber auch einem freiwilligen Zurückweichen der keltischstämmigen Bevölkerung im Südosten. Ein Teil wich in die Bretagne aus oder zog sich in die Höhen- und Erdbefestigungen zurück (Wansdyke, Bokerly Dyke). Teile der Briten wurden versklavt (ags. Wealas), eine große Zahl scheint auch übergelaufen zu sein und die Sitten der Eindringlinge übernommen zu haben. Es ist auch zu Blutbädern unter der britischen Stadtbevölkerung gekommen (unter anderem in Chester im Jahre 491), aber auch zu militärischen Rückschlägen für die germanischen Eroberer, beispielsweise in der mythenumwobenen Schlacht von Mons Badonicus. Nach der entscheidenden Schlacht von Deorham 577 wurden die Gebiete der cornischen und der walisischen Kelten durch die Angelsachsen aufgespalten. In Städten wie London, York und Lincoln blieb die romano-keltische Bevölkerung teilweise sesshaft, da die Angelsachsen diese anfangs mieden. Die Orte wurden später von den Briten geräumt, die römischen Villen hingegen wurden von den nachrückenden Germanen kaum weitergenutzt.[10]

Im 8. Jahrhundert profilierte sich Mercia als Vormacht, König Offa von Mercia gilt als erster König von England.

Siedlungsgeschichte in England

Die Germanen besiedelten anfangs ein geschlossenes und nahezu verlassenes Land. Nach linguistischen (unter anderem die Ortsnamenforschung) und archäologischen Befunden blieb nur ein geringer Rest der romanokeltischen Bevölkerung ansässig. Als Einfallstore gelten die Themse, der Humber, der Wash und entlang der alten Römerstraße des Icknield-Way. Am Anfang des 6. Jahrhunderts wird das rein germanische Gebiet des Südostens durch die heutigen Grafschaften Hampshire, das östliche Berkshire, das südliche Buckinghamshire, das nordöstliche Bedfordshire und Huntingdonshire umgrenzt. Westlich dieser Linie lag keltisch besiedeltes Land, und die weitere Ausweitung der angelsächsischen Machtsphäre auf jene westlichen und in der Folge auf weitere Gebiete bezieht dann die keltische Bevölkerung in die sich herausbildenden germanischen Staaten oder angelsächsischen Königreiche mit ein.

Angelsächsische Stämme

Nach Beda[11] siedelten die Stämme ethnisch getrennt. Die Angeln primär nördlich der Themse in East Anglia, das Gebiet der Mittelangeln, Mercia und an der Ostküste bis südlich von Edinburgh. Die Sachsen gründeten Essex, Wessex und Sussex im Tal der Themse und südlich bis zum Ärmelkanal. Die Jüten siedelten vornehmlich in Kent und auf der Isle of Wight. Diese strikte ethnische Aufteilung ist umstritten, da man eher von einer ethnisch vermischten Siedlung bzw. Eroberung unter Führung von Gefolgschaften ausgehen muss und dies dem gewöhnlichen germanischen Brauch und Vorgehensweise entspricht.[12]

Siedlungswesen- und Formen

In den Gebieten waren die Germanen aus den oben geschilderten Umständen auf eine eher mobile Siedlungsweise in Siedlungen von weilerartigem Typus angewiesen. In diesen Siedlungen herrschten von der Art und Anzahl her das Grubenhaus und das Hallenhaus vor. Die Grubenhäuser dienten vermutlich mehrheitlich als Lagerräume bzw. als Webhäuser und seltener als Wohnraum. Zu den größten Siedlungen des 4. – 5. Jahrhunderts gehört der Fundort Mucking in Essex mit 200 Grubenhäusern und 30 Hallenhäusern. Die „mobile“ Anlage der Gebäude zeigt sich besonders daran, dass die repräsentativeren als Pfostenbauten errichteten Hallenhäuser von der Größe nicht mit den kontinentalen sächsisch-niedergermanischen Wohnstallhäusern vergleichbar sind.[13] Diese anfänglichen Siedlungen, die später zum Teil städtisches Wesen erlangten, wurden oft neben alten zerstörten und verödeten Römerstädten

angelegt.[14]

Die Landwirtschaft wurde in derselben Weise wie auf dem Kontinent betrieben, archäologisch nachgewiesen ist der Anbau von Gerste, Hafer und Flachs sowie Waid als Grundstoff für das Färben von Leinen und anderen Bekleidungsstoffen. Die Viehhaltung umfasste Schweine, Schafe und Rinder sowie Pferde, Ziegen und Haushühner. Katzen und Hunde wurden als zusätzliche Haustiere gehalten. Die Feldarbeit wurde durch einscharige Pflüge bestellt, geerntet wurde mit Sichel, Hippen und Sensen.

Aus dem 5. Jahrhundert sind zahlreiche Keramiken gefunden worden, die reichhaltig an ornamentalen Verzierungen sind, aber ohne Nutzung einer Töpferscheibe hergestellt wurden. Bedeutend ist hierbei die auf einem Standfuss stehende Buckelkeramik. Diese Form fand besonders in den Midlands und im Themsegebiet die größte Verbreitung und wird in der Regel den Sachsen zugewiesen. Die Möglichkeit, aus den sich unterscheidenden regional eingeschränkten Keramikformen den jeweiligen Teilstämmen wie den Angeln und Jüten und deren Siedlungsräume zuzuweisen, ist nur bedingt nachweisbar. Nachweisbar ist aber ein reger Austausch und enge Beziehungen mit dem Festland anhand der Gefäßformen in Ostengland und aus dem Elbe-Weser-Gebiet des 5. Jahrhunderts. Englische Formen finden sich hingegen im nordöstlichen England.[15]

Die an den Keramiken erkennbaren regionalen Unterschiede setzten sich in der Kleidung und kunsthandwerklichem Schmuck fort, besonders die deutliche Stilisierung der Kleidung als Tracht durch die unterschiedliche Verwendung und Anzahl der verwendeten Fibeln. Im nördlichen englischen Bereich wurde eine „Drei-Fibel-Tracht“ getragen, gegenüber einer „Zwei-Fibel-Tracht“ im südlichen sächsischen Siedlungsgebiet. Die daraus abgeleitete Grenze, die sogenannte Anglo-Saxon-Line, die grob zwischen Angeln und Sachsen trennte, ist erst nach den Phasen der Landnahme anzusetzen. Erst die spätere kontrollierte Einnahme der Ländereien führte zu einer deutlich erkennbaren Trennung zwischen mehrheitlich sächsisch oder englisch besiedelten Regionen.[12]

Die Toten wurden im sächsischen Raum wie auf dem Festland unverbrannt in ihrer Tracht beigesetzt. In den englischen Siedlungsräumen und auch in Wessex wurde teilweise die Totenverbrennung durchgeführt, und in Kent wurden die Toten in Hügelgräbern beigesetzt.

Wikingerzeit

Gegen Ende des 8. Jahrhunderts nahmen die gewaltsamen Einfälle und Raubzüge der Wikinger zu, die Epoche der Wikingerzeit in den angelsächsischen Reichen begann. Im Norden etablierten sich die Dänen im Danelag. Die angelsächsische Sprache wurde deshalb auch durch das Dänische beeinflusst. Im Jahre 1066 wurde das Gebiet der Angelsachsen von den Normannen erobert. Gleichwohl hielten sich angelsächsische Kultur und Sprache noch längere Zeit, bis eine Vermischung mit der französischen Sprache der Normannen eintrat. Ein Beispiel für die Auseinandersetzung zwischen Angelsachsen und Normannen ist die Legendenfigur Robin Hood, der die Angelsachsen im Widerstand gegen die Normannenherrschaft symbolisierte.

Kultur der Angelsachsen

Die Kulturfrage der Angelsachsen ist untrennbar verbunden mit der Entstehung des frühen England, dem christlichen England. Durch das Primat des Christentums wurde die Staatsorganisation nach römischem Vorbild vom Adel, wie vergleichbar zuvor bei den merowingischen Franken, angenommen; ein wichtiger und nicht zu unterschätzender Baustein für die angelsächsischen Kleinkönigreiche. Das aufblühende klerikale Schrifttum, die Mission, die auch immer staatspolitische Berührungen und daher streckenweise symbiotische Züge aufwies, bildet den Abschluss der heidnischen angelsächsischen Zeit der Besiedlung und Konsolidierung und begleitet und fördert die Bildung dessen, was als englisch identifiziert und verstanden wurde.

Waren die ersten germanischen Übersiedler nach den Föderaten in ihrer Kultur nicht zu unterscheiden von den kontinentalen Stammesmitgliedern, so setzte gerade die Konsolidierung des 6.–7. Jahrhunderts im Gleichklang mit der iro-keltischen christlichen Mission die Schritte der kulturellen Entfremdung hin zur eigenständigen christlichen Kultur germanischer Prägung.[16] Zur selben Zeit, als die Inselangeln- und -sachsen neue Wege beschritten, verblieben die kontinentalen Verwandten in ihrem tradierten und gewohnten Kultus. Die eintretende Entfremdung war die natürliche Folge. An den Keramikfunden des 6. Jahrhunderts wird deutlich, wie sich mit der Form, insbesondere die sich verändernde Ornamentik bis zum Verlust sämtlicher Verzierungen bei Funden in Kent, die Menschen wandelten.[17] Die sakrale Architektur und Formgebung, die bildlichen Darstellungen prägten und formten die Vorstellungen und den Sinn der Menschen für die Beherrschung der neuen christlichen Form mit dem unverkennbaren germanischen Erbe.[18] Hinzu kommt der starke monastische Einfluss aus den Klöstern heraus auf die Alltagskultur der ländlichen Bevölkerung, beispielsweise in der qualitativen Verbesserung der landwirtschaftlichen Anbautechniken.

Sprache und Schrift

Die heutige englische Sprache gehört zum anglo-friesischen Zweig der westgermanischen Sprachgruppe. Die drei ethnischen Hauptteile der Angelsachsen sind sprachlich deshalb eng verwandt, da sie der kontinentalgermanischen ingwäonischen Kultgruppe angehörten oder entstammten.[19]

Die angelsächsische Sprache, die der altsächsischen Sprache ähnlich ist, stellt demnach eine wesentliche Wurzel der englischen Sprache dar. Noch heute, trotz 1500-jähriger unterschiedlicher Entwicklung, sind Gemeinsamkeiten zwischen der englischen Sprache und der niedersächsischen Sprache zu erkennen, die sich ebenfalls aus der altsächsischen Sprache entwickelt hat.

Heidnische Religion

Die heidnische Periode der Germanen in Britannien dauerte etwa 150 Jahre (ab Mitte des 5. Jahrhunderts betrachtet). Im Wesentlichen führten die ersten Siedler ihren gewohnten religiösen Ritus wie in der alten Heimat fort. Der Ortsnamenforschung zufolge wurden als Hauptgottheiten dieselben verehrt, wie sie für die kontinentalen Sachsen (niedergermanische Stämme) im sächsischen Taufgelöbnis der karolingischen Zeit aufgezählt wurden; Tíw, Þunor und Wóden. Ebenfalls wurde der Kult und die Verehrung von Muttergottheiten, vergleichbar den Matronen der römischen Niederrhein-Region, praktiziert. Kultisch-magische Orte wie Quellen, markante Steine/Felsen und Bäume wurden für öffentliche wie private Opferriten genutzt und Orte mit ehemaliger keltischer Nutzung übernommen. In Verbindung mit dem religiös-kultischen Ritus stehen auch die Vorstellungen von Dämonen/Geisterglauben, Wesen der niederen Mythologie wie Feen, Riesen und anderen. Fragmente beziehungsweise nur spärliche Hinweise aus späterer christlicher Dichtung lassen Rückschlüsse auf die örtlichen heidnischen Vorstellungen zu.

Mythische Sagen als solche sind nicht überliefert, abgesehen vom Epos Beowulf, und sind, wenn es sie gegeben hat, verlorengegangen. Lediglich die Abstammungssage (siehe Origo gentis) der Angelsachsen ist durch Beda erhalten. Er berichtet, das die Sachsen vom britischen König Vortigern gerufen worden und mit drei Schiffen unter dem mythischen Brüderpaar Hengist und Horsa an der Küste Britanniens anlandeten.[11] Diese Art von Herkunftssagen sind auch bei den Goten oder Langobarden verbreitet, Tacitus berichtete in der Germania (Kap. 2) von der mythischen Abstammung der Germanen.

Christianisierung

Die Christianisierung begann um 597 mit der Entsendung von 40 Missionaren durch Papst Gregor den Großen und dem Ausbau bzw. der Reorganisation der englischen Kirche durch Erzbischof Theodor von Canterbury, sie war Ende des 7. Jahrhunderts – im Gegensatz zum Festland – weitgehend abgeschlossen. Sie bildet den eigentlichen Abschluss der angelsächsischen Phase in Bezug auf die kontinentale und pagane Herkunft in Verbindung mit dem Entstehen der frühenglischen Gesellschaft beziehungsweise einer beginnenden englischen Identität. Die Angelsachsen bildeten mehrere Königreiche. Die Hinwendung zum Christentum war wie anderen Orten im germanischen Kulturraum auch und immer eine Frage der machtpolitischen Opportunität der herrschenden angelsächsischen Adelschicht.[20] Im Volk erhielten sich die heidnischen Brauchtümer und wurden von klerikaler Seite aus geduldet und teilweise bei empfundener Kompatibilität im kirchlichen Kultus übernommen. Wie überall im germanischen Kontext wurden ebenfalls ehemalige pagane Kultorte in christliche umgewandelt durch die Errichtung von Kapellen und die organisatorische Einsetzung von Kirchspielen um diese Orte.

Literatur

- Peter Hunter Blair: An Introduction to Anglo-Saxon England. Cambridge University Press, Cambridge 2003.
- Nicholas Brooks: Anglo-Saxon myths. State and church, 400–1066. Hambledon Press, London u. a. 2000, ISBN 1-85285-154-6.
- Sam Lucy: Anglo-Saxon Way of Death, Burial Rites in Early England. Verlag Stroud, Sutton 2000.
- Cristian Capelli: A Y-Chromosome Census of the British Isles. In: Current Biology. Nr. 13, Elsevier Science Ltd., 2003.
- Mark G. Thomas, Michael P. H. Stumpf, Heinrich Härke: Evidence for an Apartheid-like Social Structure in Early Anglo-Saxon England. In: Proceedings of the Royal Society B. 2006 (PDF).
- Rudolf Much, Herbert Jankuhn, Wolfgang Lange: Die Germania des Tacitus. Carl Winter, Heidelberg 1967.

- Ernst Alfred Philippson: Germanisches Heidentum bei den Angelsachsen (Kölner anglistische Arbeiten Bd. 4). Verlag Bernh. Tauchnitz, Leipzig 1929.
- Bruno Krüger (Hrsg.): Die Germanen. Geschichte und Kultur der germanischen Stämme in Mitteleuropa. Handbuch in 2 Bänden. 4. Auflage. Akademie-Verlag, Berlin 1983. (Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 4).
- Heinrich Beck, Herbert Jankuhn, Hans Kuhn, Kurt Ranke, Reinhard Wenskus (Hrsg.): Reallexikon der Germanischen Altertumskunde(RGA). Bd.1 Aachen - Bajuwaren, de Gruyter, Berlin – New York 1973, ISBN 3-11-004489-7.
- Torsten Capelle: Archäologie der Angelsachsen – Eigenständigkeit und kontinentale Bindung vom 5. bis 9. Jahrhundert. WBG, Darmstadt 1990, ISBN 3-534-10049-2.

Einzelnachweise

1. ↑ Unter anderen Begrifflichkeiten wie White Anglo-Saxon Protestant.
2. ↑ Krüger: Bd. 2, S. 449, 450 f.
3. ↑ Philippson: S. 29, 30.
4. ↑ Philipsson: S. 30, 31, 32, 34.
5. ↑ Philipsson: S. 35–37. Krüger: Bd. 2, S. 478.
6. ↑ RGA: S. 303 – 305.
7. ↑ Eutrop, 9, 21: „Franken und Sachsen, die die See unsicher machten“, um das Jahr 285, 286.
8. ↑ Krüger: Bd. 2, S. 444.
9. ↑ Krüger: Bd.2 S. 476, 478. Archäologische Grabungsbefunde der 1970er Jahre aus Dorchester (Oxfordshire) u. Croydon südlich der Londoner City, Mucking in Essex, Milton Right in Kent.
10. ↑ Krüger: Bd. 2 S. 481; Für das 5. und 6. Jahrhundert ist eine germanische Besiedlung nur für Dorchester und Canterbury nachgewiesen.
11. ↑ a b Beda: Historia Ecclesiastica Gentis Anglorum – Die Kirchengeschichte des englischen Volks 1,15.
12. ↑ a b Krüger: Bd.2 S. 477.
13. ↑ Krüger: Bd.2. S. 480, 481
14. ↑ Unter anderen folgende Orte: Anderida (Pevensey), Calleva Atrebatum (Silchester), Deva (Leicester)), Vriconium (Wroxeter), Durovernia (Canterbury).
15. ↑ Krüger: Bd.2 S. 481; Formen, Fundorte und Kartenverzeichnis in Schleswig S. 454, 455.
16. ↑ Deutlich erkennbar an der Konkurrenzsituation der späteren kontinentalen Heidenmission, zwischen den fränkischen und angelsächsischen Missionaren des 8.– 9. Jahrhunderts.
17. ↑ Krüger: Bd.2, S. 481
18. ↑ Jan de Vries: Die geistige Welt der Germanen. Darmstadt 1964, Kap.7.
19. ↑ Philipsson: S. 30.
20. ↑ Arno Borst: Lebensformen im Mittelalter. Ullstein, Berlin 1999. S. 386 ff.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u-m-d-h-T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Normannische Eroberung Englands

Die normannische Eroberung Englands im Jahr 1066 war die Invasion des Königreichs England durch Herzog Wilhelm I. der Normandie, die nach der Schlacht bei Hastings zur normannischen Kontrolle über England führte. Sie ist ein wesentlicher Meilenstein in der Geschichte Englands, da sie

- England stärker an das kontinentale Europa heranführte
- den skandinavischen Einfluss auf der Insel zurückdrängte
- die Bühne für den englisch-französischen Konflikt bereitete, der bis ins 19. Jahrhundert hinein andauern sollte
- die Grundlagen für eine der mächtigsten Monarchien Europas schuf
- den Beginn der Entwicklung des Common Law darstellt
- das höchstentwickelte Verwaltungssystem Westeuropas vorbereitete, sowie
- die englische Sprache und Kultur grundlegend veränderte.

Die normannische Eroberung Englands war die letzte erfolgreiche Invasion der Insel.

Vorgeschichte

Die Normandie ist eine Landschaft in Nordwestfrankreich, die in den 155 Jahren zuvor eine intensive Besiedlung durch die Wikinger erfuhr. Im Jahr 911 hatte der westfränkische König Karl der Einfältige einer Gruppe unter ihrem Anführer Jarl Rollo erlaubt, sich in Nordfrankreich niederzulassen, mit dem Gedanken, dadurch die Küste vor weiteren Überfällen zu schützen. Der Gedanke erwies sich als richtig, aus den Wikingern der Region wurden die Normannen (Nordmänner), aus dem Landstrich die Normandie. Die Normannen übernahmen schnell die Kultur der einheimischen Bevölkerung und ließen sich taufen; sie heirateten in die Bevölkerung ein und mischten die Langue d'oïl des Landes mit altnordischen Elementen, wodurch ihre normannische Sprache entstand. Das ihnen überlassene Gebiet erweiterten sie nach Westen durch Annexion des Bessin, des Cotentin und der Kanalinseln.

In England hingegen nahmen die Wikingerüberfälle in dieser Zeit zu. Im Jahr 991 willigte der angelsächsische König Aethelred II. in die Ehe mit Emma ein, der Tochter des Herzogs Richards I., um mittels dynastischer Verbindungen Unterstützung im Kampf gegen die Eindringlinge zu erhalten. Die Angriffe der Wikinger wurden jedoch so stark, dass Aethelred 1013 in die Normandie fliehen musste, wo die angelsächsischen Könige dann die nächsten 30 Jahre verbrachten.

Als Aethelreds und Emmas Sohn, der angelsächsische König Eduard der Bekenner am 5. Januar 1066 kinderlos starb und somit kein direkter Thronerbe vorhanden war, führte dieses Machtvakuum zum Auftreten von drei Bewerbern um den englischen Thron.

Der erste war Harald III. von Norwegen, der seine Ansprüche als Nachfolger Knuts des Großen erhob, der England von 1016 bis 1035 regiert hatte. Der zweite war Herzog Wilhelm II. von Normandie, der sich auf seine Blutsverwandtschaft mit Aethelred berief. Der dritte Anwärter schließlich war der angelsächsische Earl Harald Godwinson von Wessex, der Schwager des verstorbenen Königs, der nach Aethelreds Tod auf traditionelle Weise vom angelsächsischen Witan gewählt wurde, wodurch eine Auseinandersetzung zwischen den drei Bewerbern unvermeidlich geworden war.[1]

Eroberung Englands

König Harald III. von Norwegen fiel im September 1066 in Nordengland ein, was Harald Godwinson nur wenig Zeit ließ, seine Armee aufzustellen. Mit ihr marschierte er dann von London aus nach Norden und überraschte die Skandinavier am 25. September etwa zwölf Kilometer östlich von York in der Schlacht von Stamford Bridge. Harald Godwinsons Sieg war fast vollkommen: Harald III. fiel, die Norweger wurden aus England vertrieben und kehrten nie wieder zurück. Fast vollkommen war der Sieg deshalb, weil die angelsächsische Armee

geschwächt aus dem Kampf hervorging.

In der Zwischenzeit hatte Wilhelm eine Invasionsflotte von 600 Schiffen und 7000 Soldaten zusammengestellt – wesentlich mehr, als Wilhelm alleine aus der Normandie rekrutieren konnte: Seine Männer kamen aus allen Gegenden Nordfrankreichs, aber auch aus den Niederlanden und Deutschland. Viele seiner Soldaten waren nachgeborene Söhne, die nach dem Recht der Primogenitur keine Aussicht auf ein Erbe hatten, mit dem sie ihren Lebensunterhalt sichern konnten. Wilhelm versprach ihnen Land und Titel aus seinen Eroberungen, falls sie Pferd, Waffen und Rüstung selbst stellten.

Nachdem er durch schlechtes Wetter und ungünstigen Wind einige Wochen aufgehalten worden war, erreichte er die englische Südküste bei Pevensey in Sussex am 28. September 1066, gerade drei Tage nach Harald Godwinsons Sieg über die Norweger – eine Verzögerung, die für Wilhelm entscheidend werden sollte: Wäre er im August gelandet, wie ursprünglich geplant, hätte er sich einer frischen und zahlenmäßig überlegenen angelsächsischen Armee gegenüber gesehen.

Wilhelm begann sofort mit der Verwüstung des Landes. Harald nötigte seiner Armee einen zweiten Gewaltmarsch auf, machte auch keinen Halt in London, um seinen Männern eine Pause zu gönnen und das Eintreffen von Verstärkungen abzuwarten.

Die Entscheidungsschlacht, die Schlacht bei Hastings, fand am 14. Oktober statt. Die Kämpfe blieben lange unentschieden, bis Harald II. am Abend einem normannischen Reiterangriff zum Opfer fiel. Die angelsächsischen Truppen flohen daraufhin vom Schlachtfeld und Wilhelm war nun der einzige Bewerber um die Krone Englands.

Nach seinem Sieg bei Hastings marschierte Wilhelm durch Kent Richtung London, wo er in Southwark auf erbitterten Widerstand traf. Er zog weiter über die Stane Street, eine der alten Römerstraßen, um sich auf dem Pilgrims' Way bei Dorking (Surrey) mit einer weiteren normannischen Armee zu vereinigen.

Das vereinigte Heer umging die Stadt London, zog das Themse-Tal hinauf bis zur befestigten angelsächsischen Stadt Wallingford (Oxfordshire), deren Befehlshaber Wigod bereits auf Wilhelms Seite stand, und der seine Tochter mit Robert D'Oyley von Lisieux aus Wilhelms engster Umgebung verheiratete. Hier nahm er dann auch die Unterwerfung von Stigand, dem Erzbischof von Canterbury entgegen. Wilhelm zog anschließend entlang der Chiltern Hills nach Nordosten weiter nach Berkhamstead in Hertfordshire, wo er die Unterwerfung Londons abwartete und auch die Huldigung der verbliebenen angelsächsischen Adligen entgegennahm. Etwa Ende Oktober wurde er zum König proklamiert und am 25. Dezember 1066 in der Westminster Abbey gekrönt.

Während der Süden Englands sich schnell der normannischen Herrschaft fügte, hielt sich vor allem im Norden der Widerstand noch sechs Jahre, bis 1072, als Wilhelm nordwärts zog und auf seinem Weg normannische Herren einsetzte. Andererseits schloss er aber auch, und das vor allem in Yorkshire Vereinbarungen mit den örtlichen angelsächsischen Machthabern, die ihr Land unter der Oberhoheit normannischer Lords behielten, die wiederum lediglich aus der Ferne regierten, wodurch er langwierige Auseinandersetzungen vermeiden konnte.

Hereward the Wake führte 1070 in den Fens einen Aufstand, bei dem Peterborough geplündert wurde. Harald Godwinsons Söhne versuchten einen Einfall in den Südwesten Englands. Aufstände gab es auch in den Welsh Marches an der Grenze zwischen England und Wales und in Stafford. Am gefährlichsten waren jedoch die Versuche der Dänen und Schotten, das Land zu besetzen. Wilhelms Siege über diese Versuche führten zur Verwüstung Northumbrias, um dem Gegner die Versorgung unmöglich zu machen, ein Vorgang, der in die Geschichte Englands als The Harrying of the North, die Plünderung des Nordens einging.

Kontrolle über England

Nachdem England erobert worden war, sahen sich die Normannen einer Reihe von Herausforderungen gegenüber, um die Herrschaft auch zu sichern. Die anglonormannisch sprechende neue Oberschicht waren der englischen Bevölkerung an Zahl bei weitem unterlegen, ihre Zahl wird auf etwa 5000 Personen geschätzt.[2] Die angelsächsischen Herren waren an eine völlige Unabhängigkeit von der Zentralregierung gewöhnt, während die Normannen ein zentralisiertes System hatten, an dem die Angelsachsen sich störten.

Revolten unter Führung von Verwandten Haralds oder enttäuschten angelsächsischen Adligen brachen aus, denen Wilhelm auf unterschiedliche Weise entgegen trat. Die normannischen Herren bauten eine Vielzahl von Motten und Burgen, um Volksaufständen oder den jetzt seltenen Wikingerüberfällen vorzubeugen und die nahen Städte oder die Umgebung zu dominieren. Jedem angelsächsischen Adligen, der die Legitimität von Wilhelms Thronbesteigung anzweifelte oder in eine der Revolten verwickelt war, wurden Land und Titel weggenommen und an Normannen weitergegeben. Wenn ein angelsächsischer Adliger ohne Nachkommen starb, wurde ein Normanne sein Nachfolger.

Den normannischen Adel als Gruppe zusammenzuhalten war um so wichtiger, als jede Störung der angelsächsisch sprechenden Bevölkerung Gelegenheit geben konnte, die normannisch sprechende herrschende Minderheit zu spalten und vielleicht auch wieder loszuwerden. Dieser Gefahr trat Wilhelm dadurch entgegen, dass er Land nur in kleinen Stücken abgab, so dass jeder normannische Adlige typischerweise Eigentum über das ganze Land verstreut, in England sowohl als auch in der Normandie, hatte, wodurch, sollte der Adlige versuchen, sich von seinem König zu lösen, er lediglich einen kleinen Teil seines Besitzes verteidigen konnte – die Versuchung, zu rebellieren, war dadurch stark reduziert, die Loyalität zum König wesentlich höher.

Andererseits erleichterte diese Politik Kontakte innerhalb des Adels über das gesamte Königreich hinweg und führte dazu, dass dieser sich wie eine soziale Klasse organisierte und handelte, anders als in den übrigen Feudalstaaten, in denen mehr die regionale Basis ausschlaggebend war. Des Weiteren ermutigte die Existenz einer stark zentralistischen Monarchie den Adel dazu, sich mit dem städtischen Bürgertum zu verbünden, was die Entwicklung des englischen Parlaments und somit den Aufstieg des englischen Parlamentarismus beeinflusste.

Wirkung

Die normannische Eroberung Englands hatte Auswirkungen nicht nur auf der Insel, sondern in ganz Europa.

Eine der offensichtlichen Änderungen war die Einführung der lateinisch basierten anglonormannischen Sprache als Sprache der herrschenden Klasse in England, die die westgermanisch basierte angelsächsische Sprache ablöste. Anglonormannisch behielt den Status als Führungssprache für nahezu 300 Jahre und hatte einen signifikanten Einfluss auf den Wortschatz des modernen Englisch, ohne gleichzeitig den westgermanisch strukturierten Satzbau der Sprache in gleicher Weise zu berühren.

Eine weitere direkte Konsequenz der Invasion war das fast völlige Verschwinden der angelsächsischen Aristokratie und des angelsächsischen Einflusses auf die Kirche in England (bereits im Jahr 1070 ersetzte Wilhelm den bisherigen Erzbischof von Canterbury, Stigand, durch den italienischstämmigen Lanfrank von Bec). Die normannische Landpolitik führte dazu, dass im Domesday Book aus dem Jahr 1086 nur noch zwei angelsächsische Grundeigentümer verzeichnet sind. 1096 wurden alle Diözesen von Normannen gehalten.

Keine andere mittelalterliche Eroberung hatte derart katastrophale Konsequenzen für die unterlegene herrschende Schicht. Wilhelms Ansehen unter seinen Gefolgsleuten kannte fast keine Grenzen mehr, da er in der Lage war, ihnen große Ländereien zu überlassen, ohne selbst dafür die Kosten tragen zu müssen. Seine Verleihungen steigerten darüber hinaus seine Machtposition im Land, da jede Land- oder Titelvergabe den neuen Herrn verpflichtete, eine Burg zu bauen und die Einwohner zu unterwerfen. Dadurch vervollständigte sich die Eroberung von selbst.

Verwaltungssysteme

Auch die Angelsachsen hatten in der Zeit, bevor die Normannen kamen, eine der fortgeschrittensten Verwaltungen Westeuropas aufgebaut. England war in administrative Einheiten, den Shires aufgeteilt, die in etwa gleich groß waren und von jeweils einer Person regiert wurden, die offiziell als shire reeve bezeichnet wurden (daher der Begriff Sheriff). Die Shires waren weitgehend autonom ohne wirksame zentrale Steuerung. Auch arbeiteten sie wesentlich mehr schriftlich als damals in Westeuropa üblich, waren also weniger auf die mündliche Weitergabe von Informationen angewiesen.

Darüber hinaus etablierten sie eine dauerhafte Präsenz der Verwaltung vor Ort – die meisten mittelalterlichen Regierungen waren ständig unterwegs, und hielten Hof im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Wetter, von den Verpflegungsmöglichkeiten und ähnlichem. Diese Praxis beschränkte die Möglichkeiten der Verwaltung auf das, was auf Pferd und Wagen geladen werden konnte, Staatsschatz und Staatsarchiv eingeschlossen. Die Angelsachsen hatten ihren Staatsschatz dauerhaft in Winchester in Hampshire, von wo aus ein ständiger Regierungsapparat sich zu entwickeln begann.

Die Normannen übernahmen diese Verwaltungsform und bauten sie aus. Sie zentralisierten das autonome System der Shires. Das Domesday Book ist ein Beispiel für die schriftliche Dokumentation, die die normannische Assimilation der eroberten Gebiete durch einen zentralen Zensus ermöglichte. Es war der erste reichsweit vorgenommene Zensus in Europa seit dem Römischen Reich und verbesserte deutlich die Besteuerungsmöglichkeiten im neuen Machtbereich der Normannen.

Anglonormannische Beziehungen zu Frankreich

Die politischen Beziehungen zwischen den Anglonormannen und Frankreich wurden nach der Invasion schwierig und teilweise sogar feindselig. Die Normannen behielten die Macht in der Normandie, wo sie weiterhin Vasallen des französischen Königs waren. Gleichzeitig waren sie ihm als englischer König gleichgestellt. Einerseits schuldeten sie dem König von Frankreich die Lehenstreue, andererseits nicht, da sie Pair oder Peers waren. In den 1150er Jahren, nach der Schaffung des Angevinischen Reichs, kontrollierten sie halb Frankreich und ganz England, und waren dennoch rechtlich gesehen französische Vasallen. Zur Krise kam es 1204, als der französische König Philipp II. August den gesamten englischen Besitz in Frankreich mit Ausnahme lediglich der Gascogne besetzte. Dies führte später zum Hundertjährigen Krieg, als die englischen Könige versuchten, ihren Besitz in Frankreich zurückzuerlangen.

Kulturelle Entwicklung in England

Eine Bewertung führt an, dass England durch die Invasion kulturell und wirtschaftlich für fast 150 Jahre ins Abseits geriet. Nur wenige Könige residierten tatsächlich in England für längere Zeit, sie zogen es vor, in den Städten der Normandie zu sein, zum Beispiel Rouen und sich auf die wirtschaftlich bedeutenderen französischen Besitzungen zu konzentrieren. Tatsächlich verließ Wilhelm kaum vier Monate nach Hastings das Land, übergab die Regierung seinem Schwager, und kehrte in die Normandie zurück – das Land blieb ein unwichtiger Anhang der Normandie und später des Angevinischen Reichs Heinrichs II. und nicht umgekehrt.

Eine andere Bewertung sagt, dass die normannischen König-Herzöge ihre kontinentalen Territorien vernachlässigten, wo sie theoretisch dem französischen König lehnspflichtig waren, um lieber ihre Macht in England zu konsolidieren. Die Ressourcen strömten in den Bau von Kathedralen, Burgen und in die Verwaltung statt in die Verteidigung der Normandie, zersplitterten so die Energie, nährten so den lokalen Adel und schwächten die normannische Kontrolle der Grenzen, während die Macht des französischen Königs in der gleichen Zeit wuchs.

Hinterlassenschaft

Das Ausmaß, in dem die Eroberer ethnisch von der Bevölkerung getrennt blieben, unterscheidet sich regional und entlang der Klassengrenzen. Erst im 12. Jahrhundert wird von ehelichen Verbindungen in spürbarer Zahl zwischen Angelsachsen und Normannen berichtet. Über die Jahrhunderte hinweg, vor allem nach 1348, als der Schwarze Tod den englischen Adel deutlich dezimierte, vermischten sich die Gruppen derart, dass sie kaum noch unterscheidbar waren.

Die normannische Eroberung war die letzte erfolgreiche Invasion Englands, auch wenn einige Historiker die Glorious Revolution von 1688 ebenso als Invasion ansehen. Der letzte vollgültige Versuch war der der Spanischen Armada von 1588, die zur See von der englischen Flotte und dem Wetter geschlagen wurde. Napoléon Bonaparte und Adolf Hitler bereiteten Invasionen Großbritanniens vor, die aber nie gestartet wurden (siehe: Unternehmen Seelöwe). Andererseits waren einige kleinere militärische Operationen innerhalb ihres begrenzten Rahmens durchaus erfolgreich, wie die kleine spanische Aktion gegen Cornwall 1595, die Raubzüge arabischer Sklavenhändler ebenfalls in Cornwall im 17. und 18. Jahrhundert, sowie der amerikanische Überfall auf Whitehaven während des Amerikanischen Unabhängigkeitskriegs.

Literatur

- Marjorie Chibnall: *Debate on the Norman Conquest*. Manchester University Press, Manchester 2003, ISBN 0-7190-4912-1.
- David C. Douglas: *Wilhelm der Eroberer. Herzog der Normandie, König von England; 1028–1087 (William the Conqueror)*. Diederichs, München 2004, ISBN 3-424-01228-9.
- David Howarth: *1066. The year of the conquest*. Penguin Books, London 2002, ISBN 0-14-139105-7.
- Richard Humble: *The fall of Saxon England*. Barnes & Noble, New York 1992, ISBN 0-88029-987-8.
- Hugh M. Thomas: *The Norman Conquest: England after William the Conqueror*. Lanham 2008, ISBN 978-0-7425-3839-9.
- Anne Savage: *The Anglo-Saxon Chronicles*. CLB, Godalming 1997, ISBN 1-85833-478-0.
- Peter Rex: *The English Resistance. The Underground War Against the Normans*. Tempus Publishing, Stroud 2004, ISBN 0-7524-2827-6.
- Kristin Weber: *1066. Die Normannische Eroberung Englands*. Matthias-Schäfer-Verlag, Eschwege 2009, ISBN 3-939482-05-6.

Einzelnachweise

1. ↑ Ein oft vergessener vierter Thronanwärter war Edgar Etheling, ein Großneffe Eduards des Bekenners, Enkel des Königs Edmund Ironside und Sohn von Eduard Etheling. Nach der Rückkehr seines Vaters und dessen Tod 1057 wurde er von Eduard dem Bekenner als Thronfolger benannt, daher der Namenszusatz Ætheling oder angelsächsisch Æpeling, die damalige Bezeichnung für den potenziellen Thronerben. Unglücklicherweise war Edgar im Jahr 1066 erst 13 oder 14 Jahre alt, so dass sein Anspruch vom Witan übergangen wurde.
2. ↑ A. L. Rowse: The Story of Britain, Artus 1979, ISBN 0-297-83311-1.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u-m-d-h-T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Hundertjähriger Krieg - Der englisch-französische Konflikt

Als Hundertjähriger Krieg (französisch Guerre de Cent Ans, englisch Hundred Years' War) werden der englisch-französische Konflikt und der französische Bürgerkrieg der Armagnacs und Bourguignons zwischen 1337 und 1453 bezeichnet. Den Hintergrund bildete erstens der Streit um die Thronfolge in Frankreich zwischen dem englischen König Edward III. und Philipp von Valois, zweitens ein innerfranzösischer Konflikt um Macht und Einfluss zwischen den Parteien der Bourguignons und der Armagnacs und drittens ein lehnsrechtlicher Streit um die Besitzungen der englischen Könige als Herzöge von Aquitanien im Königreich Frankreich. Der Krieg endete mit einem Sieg der Valois. Er hat entscheidend zur Herausbildung eines Nationalbewusstseins der Franzosen und Engländer beigetragen.

Begriffsgeschichte

Der Begriff „Hundertjähriger Krieg“ wurde von Historikern a posteriori eingeführt und bezeichnet traditionell die Zeit von 1337 bis 1453, in der englische Könige versuchten, ihre Ansprüche auf den französischen Thron mit Waffengewalt durchzusetzen. Dennoch bestand dieser Konflikt aus mehreren Phasen und einzelnen Kriegen, die erst später als ein einziger Komplex verstanden wurden.

Bereits zeitgenössische französische Chronisten datierten die Kriege jener Zeit zurück bis ins Jahr 1328 und deuteten somit die größeren Zusammenhänge an. So schrieb zum Beispiel Eustache Deschamps um das Jahr 1389 in einem Gedicht von gegenwärtigen Kämpfen, die seit cinquante deux ans (52 Jahre) andauerten. Auch im 16. Jahrhundert erkannte man einen Zusammenhang zwischen den einzelnen Kampfhandlungen. So bemerkte J. Meyer in seinem Commentaria sive Annales Rerum Flandicarum, dass der Krieg zwischen England und Frankreich in seinen Intervallen über hundert Jahre dauerte.[1] Doch erst Jean de Montreuil ging in seinem 1643 erschienenem Buch Histoire de France explizit von einem einzigen Krieg aus, der von 1337 bis 1497 angedauert habe. Darin folgten ihm später auch englische Historiker wie David Hume in seiner History of England (1762) und Henry Hallam in seinem View of the State of Europe During the Middle Ages (1818), auch wenn sie in Bezug auf die Dauer des Konfliktes abwichen.[2]

In Frankreich machte Professor François Guizot diese Herangehensweise ab 1828 bekannt, auch wenn der konkrete Begriff „guerre de cent ans“ bereits einige Jahre älter war. Zum ersten Mal verwendete ihn C. Desmichels im Jahre 1823 in Tableau chronologique de l'Histoire du Moyen Age. Das erste Buch, welches diesen Begriff als Titel trug, erschien 1852 von Théodore Bachelet.[3] Kurz darauf, im Jahre 1855, machte der Historiker Henri Martin den Begriff und ein umfassendes Konzept dazu in seiner populären Histoire de France bekannt.

Begriff und Konzept setzten sich in Frankreich schnell durch. Bereits 1864 verwendete ihn Henri Wallon und später auch François Guizot selbst in seiner Histoire de France (1873). Im englischsprachigen Raum setzte sich Edward Freeman seit 1869 für eine Übernahme des französischen Begriffes ein. John Richard Green folgte diesem Rat in seiner Short History of the English People (1874) und in den folgenden Jahren erschienen in Großbritannien zahlreiche Monographien unter diesem Titel. Die Encyclopædia Britannica verzeichnete ihn erstmals in ihrer Ausgabe von 1879.[4]

Im 20. Jahrhundert wurde dieses Konzept mehrfach kritisiert. Man wies darauf hin, dass es lediglich die dynastischen Aspekte und eine bestimmte Phase der englisch-französischen Beziehungen hervorhob, die sich nicht wesentlich von der vorangegangenen Entwicklung seit der normannischen Eroberung Englands (1066) unterschied. Andere Historiker vertraten die Ansicht, dass die verschiedenen Phasen und Kriege des Konfliktes zu unterschiedlich wären, als dass sie zusammengefasst werden könnten. Auch stellte es einen Kritikpunkt dar, dass die Festlegung des Kriegsendes auf 1453 willkürlich sei, denn dem Fall von Bordeaux folgte kein Friedensschluss und auch danach kam es 1474, 1488 und 1492 zu englischen Invasionen, die in der Tradition des vorangegangenen Konfliktes lagen. Weiterhin hielt die englische Krone die Stadt Calais bis zum Jahr 1558, während sie ihre Ansprüche auf den französischen Thron bis zum Jahr 1802 behauptete. So unterschiedlich die Kritik ausfiel, so unterschiedlich sehen bis heute die verschiedenen Konzepte aus, die daraus resultierten. Gemeinsam ist ihnen lediglich eine allgemeine Abkehr von der nationalen Herangehensweise des 19. Jahrhunderts. Wie der Historiker Kenneth Fowler betonte, betrachtet man die Geschichte des Krieges inzwischen als anglo-französisch statt englisch und französisch. Dies sei notwendig, weil es ein „England“ oder „Frankreich“ in unserem heutigen Verständnis vor 1337 nicht gab und beide vorstaatlichen Gebilde eng ineinander verwoben waren. Ihre Loslösung voneinander ergab sich erst im Laufe des Konfliktes selbst.[5]

Vorgeschichte

1328 starb der letzte männliche Kapetinger und französische König Karl IV. Er hinterließ keinen direkten Nachkommen, der nach ihm die Krone von Frankreich übernehmen konnte. Ihm folgte daher nach dem geltend gemachten salischen Erbrecht, welches Thronansprüche über weibliche Nachkommen ausschloss, sein Cousin Philipp von Valois als Philipp VI. aus der nächsten Nebenlinie der Kapetinger, dem Haus Valois.

Aufgrund seiner Abstammung erhob aber auch König Edward III. von England Ansprüche auf die Krone. Seine Mutter Isabella war die Tochter Philipp IV. gewesen.

Durch ihre Abstammung vom französischen und normannischen Adel hatten die englischen Könige aus dem Haus Plantagenet über große Festlandbesitze in Frankreich verfügt und waren in dieser Position auch Lehensmänner der französischen Könige gewesen. Einen Großteil des Festlandbesitzes hatte England jedoch im Laufe des 13. Jahrhunderts verloren.

Die Unterstützung Frankreichs für den schottischen König David II. und die Aufnahme Roberts von Artois, eines Gegenspielers von König Philipp VI., durch Edward III. führten zum Ausbruch offener Kriegshandlungen. Durch die nach wie vor rechtlich heikle Stellung des englischen Königs als Lehensträger Frankreichs hatten die Plantagenets erhebliches Interesse, ihre Kontinentalbesitzungen zu erhalten beziehungsweise wiederzuerlangen. Um diese Probleme zu lösen, forderte Edward, mit Unterstützung niederländisch-flämischer und deutscher Fürsten, die französische Krone. Philipp besetzte daraufhin den letzten übriggebliebenen Festlandbesitz Englands, die Guyenne. Der Hundertjährige Krieg begann.

Erste Phase 1337–1386

Im Januar 1340 ernannte sich Edward III. selbst zum französischen König und fiel mit seinen Truppen in Frankreich ein. Sein Heer war den Franzosen zwar zahlenmäßig weit unterlegen, dennoch schlug er in der Schlacht von Crécy (1346) die Franzosen vernichtend, denn er führte etwa 8000 walisische Langbogenschützen mit sich; diese ließen die Franzosen erst gar nicht nahe genug herankommen. Im Jahr darauf konnte Calais nach elf Monaten Belagerung eingenommen werden.

1355 flammte der Krieg erneut auf, als der Sohn Edwards III., Edward, Prince of Wales, bei Bordeaux landete. Im September 1356 errangen die Engländer unter dem „Schwarzen Prinzen“ bei Maupertuis in der Nähe von Poitiers ihren zweiten großen Sieg und nahmen König Johann II. gefangen, der 1350 Philipp VI. auf den Thron gefolgt war.

1360 beendete der Friede von Brétigny die erste Phase des Krieges. Edward III. erklärte seinen Verzicht auf die französischen Thronansprüche gegen ein hohes Lösegeld für Johann und die Abtretung von Guyenne, Gascogne, Poitou und Limousin, die er in voller Souveränität, ohne Lehnsabhängigkeit von der französischen Krone, in Besitz nehmen wollte.

Doch ab 1369 begannen unter Karl V., dem Weisen, die Kriegshandlungen von neuem. In wenigen Jahren eroberten die Franzosen einen großen Teil der verlorengegangenen Gebiete zurück. Sie besiegten 1372 mit Hilfe der Kastilier die englische Flotte bei La Rochelle, eroberten unter Bertrand du Guesclin große Teile der Gascogne zurück und vertrieben die

englischen Besetzungen aus der Normandie und der Bretagne.

Der frühe Tod des Thronfolgers Edward of Woodstock 1376 und der seines Vaters Edward III. im darauffolgenden Jahr brachten die englischen Aktionen vorerst zum Erliegen. Nachdem Frankreich die meisten besetzten Gebiete zurückerobert hatte, wurden 1386 die Kampfhandlungen beendet, womit sich beide Seiten eine 28-jährige Pause verschafften; ein offizieller Friedensvertrag wurde jedoch erst 1396 unterzeichnet.

Zweite Phase 1415–1435

Auf den letzten Plantagenet folgten in England zwei fähige Lancasters. Nach Konsolidierung der Macht und der Versöhnung zwischen Krone und Parlament rückten die Expansionsgelüste wieder in das zentrale Interesse Englands. Ihr Ziel waren die reichen Städte Flanderns und die weiten Güter Aquitaniens.

Frankreichs durch Karl V. kurzzeitig wiedergewonnene Stärke zerrann unter seinem geistesschwachen Nachfolger Karl VI., dem plötzlichen Tod des Dauphins Ludwig und den erbitterten Kämpfen der Hofparteien des Herzogs von Orléans (Armagnacs) und des Herzogs von Burgund (Bourguignons). Die Ermordung beider Parteiführer trieb die Burgunder 1414 in ein Bündnis mit England (siehe Bürgerkrieg der Armagnacs und Bourguignons).

1413 folgte Heinrich V., Urenkel Edwards III. aus dem Haus Lancaster, seinem Vater als englischer König und erneuerte den Anspruch auf den französischen Thron. Er nutzte die politische Lage in Frankreich aus, belagerte 1415 mit seinen Truppen Harfleur und wollte die Normandie erobern. Als Charles d'Albret mit französischen Truppen nahte, zog sich Heinrich in Richtung Calais zurück, wurde aber nach geschickter Umgehung aufgehalten und zum Kampf gezwungen.

Nach starkem Regen kam es am Morgen des 25. Oktober 1415 zur Schlacht von Azincourt. Die Engländer waren dabei zahlenmäßig unterlegen (nach dem sich hierzu entwickelnden patriotischen britischen Mythos im Verhältnis 1:4, nach neueren Erkenntnissen nur im Verhältnis 2:3), da Heinrich V. bereits einen Großteil seines Heeres bei der Belagerung durch Seuchen verloren hatte. Aber eine schlechte Schlachtaufstellung der französischen Armbrustschützen und der vom Regen aufgeweichte Boden ließen die übermütigen schweren französischen Ritter und die Artillerie im Schlamm stecken bleiben. So wurde der französische Gegenangriff zurückgeschlagen. Die Franzosen gerieten in Unordnung und Panik und wurden schließlich von den englischen Langbogenschützen niedergestreckt. Um genügend Männer für den letzten halbherzigen Angriff versprengter Franzosen bereit zu haben, ließ Heinrich den Großteil der in der Zwischenzeit gefangenen Franzosen kurzerhand töten. Die Schlacht endete für Frankreich in einer Katastrophe: 5000 Mann des französischen Adels und der Ritterschaft waren gefallen, weitere 1000 gefangengenommen. Die Engländer hatten nur etwa 100 Mann Verluste zu beklagen.

Heinrich V. setzte 1417 seinen Eroberungsfeldzug fort, bei dem er weite Teile Nordfrankreichs unter englische Herrschaft brachte. In Paris fielen die Burgunder ein und übernahmen die Herrschaft über die Stadt. Nachdem sich König Karl VI. und seine Gattin Isabeau 1418 in der Gewalt der Burgunder befanden, floh der erst 16 Jahre alte letzte Thronerbe, der spätere Karl VII., aus der Stadt nach Südfrankreich und verband sich dort mit den Armagnacs.

Im Vertrag von Troyes erklärte 1420 Isabeau für Karl VI. schließlich ihren Sohn, Karl den Dauphin, für illegitim und schloss ihn damit von der Thronfolge aus. Als Erbe wurde Heinrich V. eingesetzt. Dieser starb überraschend 1422. Karl VI. folgte ihm kurz darauf ins Grab. Die Franzosen erkannten den Vertrag daraufhin nicht mehr an und riefen den Dauphin als Karl VII. zum König von Frankreich aus. Der englische Regent John of Lancaster war bestrebt, die Anerkennung des Vertrages von Troyes im gesamten Königreich für den einjährigen Heinrich VI. durchzusetzen.

Die Engländer eroberten Nordfrankreich bis zur Loire-Linie und begannen 1428 mit der Belagerung von Orléans, dem Schlüssel zu Südfrankreich und dem Dauphin in Bourges. In dieser verzweifelten Lage schöpften die Franzosen durch das Auftauchen eines jungen Mädchens wieder neuen Mut – Johanna von Orléans. Von ihren göttlichen Visionen geleitet, überzeugte sie den Dauphin, dass sie die Franzosen zum Sieg führen würde. Ihr Einsatz führte zum Ende der Belagerung von Orléans durch die Engländer.

1429 wurde Karl VII. in Reims zum König von Frankreich gekrönt. Es wurden bald darauf, unter dem Einfluss der Friedenspartei am Hofe, Friedensverträge mit Philipp dem Guten von Burgund geschlossen. Diese nutzte Philipp jedoch dazu, Verstärkung nach Paris zu schaffen. Als der Angriff auf Paris letztendlich erfolgte, wurden die Franzosen unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Karl und seinen Ratgebern wurde klar, dass die englisch-burgundische Allianz zu stark war und gebrochen werden musste.

Karl VII. untersagte Johanna von Orleans jede weitere militärische Aktion, um die fortschreitenden Verhandlungen mit den Burgundern nicht weiter zu gefährden. Johanna zog daraufhin auf eigene Faust gegen die Besatzer. Karl entledigte sich ihrer durch Verrat bei Compiègne; sie wurde von den Burgundern gefangengenommen und für stattliche 10.000 Franken an die

Engländer verkauft. In dem folgenden Inquisitionsprozess wurde Johanna ein Pakt mit dem Teufel, das Tragen von Männerkleidung und ein kurzer Haarschnitt vorgeworfen. Am Ende wurde sie der Ketzerei für schuldig befunden und am 30. Mai 1431 in Rouen auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

Schließlich erreichte Karl VII. durch die Vermittlung von Papst Eugen IV. und dem Konzil von Basel im Vertrag von Arras (1435) eine Verständigung und die Lösung Burgunds von England.

Dritte Phase 1436–1453

Doch selbst mit dem Tod von Johanna konnten die Engländer die Niederlage im Hundertjährigen Krieg nicht mehr abwenden. Heinrich VI. wurde zwar noch im selben Jahr in Paris zum französischen König gekrönt, doch hatte dies nicht annähernd die gleiche politische Wirkung wie die Krönung Karls in Reims.

Nachdem 1435 der Herzog von Burgund das Bündnis mit England aufgegeben hatte, waren die Franzosen auf dem Vormarsch. Der seit 1436 mündige, aber leicht beeinflussbare Heinrich VI. von England vermochte dem nichts entgegenzusetzen. 1436 bis 1441 erfolgte die Rückeroberung der Île-de-France, trotz des französischen Adelsaufstandes der Praguerie unter einem der wichtigsten französischen Feldherrn und Diplomaten, Jean de Dunois. 1437 zog Karl VII. – der Siegreiche – in die Hauptstadt Paris ein. Darauf folgten französische Vorstöße nach Südwestfrankreich (1442) und in die Normandie (1443), die nach dem Waffenstillstand von 1444 in den Jahren 1449/50 endgültig an Frankreich verloren ging.

Die Handlungsunfähigkeit der Engländer resultierte aus der Verbannung und Ermordung des wichtigsten Ratgebers des Königs durch das Parlament, den Aufstand 1451 und dem 1452 versuchten Staatsstreich des Herzogs von York. 1453 folgte der gesundheitliche Zusammenbruch des Königs. Die um ihren Brückenkopf Calais besorgten Engländer eröffneten eine Gegenoffensive, die aber mit Niederlage und Tod des englischen Heerführers John Talbot bei Castillon endete. Bordeaux unterwarf sich endgültig der französischen Krone (1453).

Mit diesem Sieg fielen fast alle von Engländern beherrschten Territorien auf dem Festland – Calais erst 1559 – an Frankreich zurück. Das Ende des Hundertjährigen Krieges hatte eine große Zahl beschäftigungsloser Söldner nach England zurückgeführt, welches in den folgenden 31 Jahren in den Rosenkriegen zwischen den Häusern Lancaster und York versank. Bis 1815 nannten sich die englischen Monarchen auf offiziellen Dokumenten Könige von Frankreich, 1820 wurde der Anspruch dann endgültig aufgegeben.

Einzelnachweise

1. ↑ Für einige Beispiele siehe Philippe Contamine: *La guerre de Cent ans*. Paris 1968, S. 5f
2. ↑ Kenneth Fowler: *The Age of Plantagenet and Valois – The Struggle for Supremacy 1328–1498*, Bergamo 1967, S.13
3. ↑ Philippe Contamine: *La guerre de Cent ans*, Paris 1968, S.5, Fn. 1
4. ↑ Kenneth Fowler: *The age of Plantagenet and Valois – The struggle for supremacy 1328–1498*, Bergamo 1967, S.13f
5. ↑ Kenneth Fowler: *The age of Plantagenet and Valois – The struggle for supremacy 1328–1498*, Bergamo 1967, S.14

Quellen

- Jean Froissart: *Chroniques de France, d'Angleterre, d'Ecosse, de Bretagne, de Gascogne, de Flandre et lieux circonvoisins*. Entstanden um 1370–1405.

Literatur

- Christopher T. Allmand: *The Hundred Years War. England and France at War c. 1300–1450*. Cambridge 1988.
- C. A. J. Armstrong: *England, France and Burgundy in the Fifteenth Century*. London 1982.
- Philippe Contamine: *Hundertjähriger Krieg*. In: *Lexikon des Mittelalters*. Band 5. München und Zürich 1991, Sp. 215–218.
- Philippe Contamine: *La guerre de cent ans*. 3. Auflage. Paris 1977.
- Philippe Contamine: *La vie quotidienne pendant la guerre de cent ans. France e Angleterre (XIVe siècle)*. Paris 1976.
- Philippe Contamine u.a. (Hrsg.): *Guerre et société en France, en Angleterre et en Bourgogne, XIVe et XVe siècle*. Lille 1991.

- Anne Curry: The Hundred Years War. Basingstoke 1993.
- Anne Curry und Michael Hughes (Hrsg.): Arms, Armies and Fortifications in the Hundred Years War. Woodbridge 1994.
- Joachim Ehlers: Der Hundertjährige Krieg. Beck. München 2009, ISBN 978-3-406-56275-4.
- Jean Favier: La guerre de cent ans. Paris 1981.
- Kenneth Fowler: The age of Plantagenet and Valois – The struggle for supremacy 1328–1498. Elek, Bergamo 1967.
- Gerald Harriss: Shaping the Nation; England 1360–1461. Oxford 2005.
- Wolfgang Schmale: Geschichte Frankreichs. Stuttgart 2000.
- Desmond Seward: The Hundred Years War: The English in France 1337–1453. London, New York 1999.
- Jonathan Sumption: The Hundred Years War. Band 1: Trial by Battle. London 1990. Band 2: Trial by Fire. London 1999.
- Jean Verdon: Les Francaises pendant la guerre de cent ans (début du XIVe siècle-milieu du XVe siècle). Paris 1991.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Englischer Bürgerkrieg

Der Englische Bürgerkrieg (engl.: English Civil War) wurde von 1642 bis 1649 zwischen den Anhängern König Karls I. und jenen des Parlaments ausgetragen. In ihm entluden sich nicht nur die Spannungen zwischen dem absolutistisch gesinnten König und dem Unterhaus, sondern auch die Gegensätze zwischen Anglikanern, Puritanern, Presbyterianern und Katholiken. Der Krieg endete mit der Hinrichtung des Königs, der zeitweiligen Abschaffung der Monarchie und der Errichtung einer Republik in England.

Ursachen des Bürgerkriegs

Religiöse und dynastische Entwicklungen

Unter König Heinrich VIII. hatte sich England im Jahre 1534 durch die Gründung der Anglikanischen Staatskirche von der Katholischen Kirche getrennt. Nachdem Königin Maria I. mit dem Versuch einer Rekatholisierung des Landes gescheitert war, kam es unter ihrer Nachfolgerin Elisabeth I. zu einer Festigung der Anglikanischen Staatskirche. Da sich deren Lehre in den Augen vieler Engländer jedoch kaum vom Katholizismus unterschied, erfuhren in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts die radikal-calvinistischen Puritaner starken Zulauf.

Nach dem Tod der kinderlosen Elisabeth fiel die englische Krone durch Erbschaft an König Jakob VI. von Schottland. Als Jakob I. vereinte er 1603 beide Länder in Personalunion und bezeichnete sich seit 1604 als König von Großbritannien. Anders als seine katholische Mutter, die 1587 auf Betreiben beider Häuser des Parlamentes wegen wiederholter Verschwörungen gegen Elisabeth I. hingerichtete Maria Stuart, war Jakob ein überzeugter Protestant, der stark vom in Schottland vorherrschenden Calvinismus geprägt war. Zugleich war er ein überzeugter Anhänger der Idee des divine right, des göttlichen Rechts der Könige, alleine zu herrschen. Diese Überzeugung brachte das Stuartkönigtum von Beginn an in einen Gegensatz zum englischen Regierungssystem, das damals bereits seit etwa 300 Jahren eine begrenzte Mitwirkung des Parlaments an den Staatsgeschäften kannte.

England unter Jakob I.

Jakob I. stützte sich als König Englands auf die anglikanische Staatskirche, deren Bischöfe mehrheitlich ebenfalls vom Gottesgnadentum der Könige überzeugt waren. Zugleich lehnte sie die puritanische Lehre ab, die dem König das Recht absprach, seine Untertanen in Gewissensfragen einem Zwang auszusetzen.

Als die anglikanische Bischofskonferenz 1604 sowohl den puritanischen, als auch den katholischen Glauben verdammt, verschärften sich die religiösen Spannungen in England. Im November 1605 planten katholische Edelleute um Guy Fawkes in der so genannten Pulververschwörung die Ermordung Jakobs I. und sämtlicher Parlamentarier. Der Anschlag wurde nur durch einen Zufall vereitelt. Dies führte zu einer kurzzeitigen Annäherung zwischen König und Parlament. Langfristig erwiesen sich die absolutistischen Tendenzen Jakobs I. als folgenreicher. Entscheidend ist jedoch, dass der Katholizismus fortan meist als suspekt dargestellt und damit politisch bedeutungslos wurde.

Die Vorstellung von einem göttlich legitimierten Königtum, das keiner irdischen Macht und somit auch nicht dem Parlament verpflichtet sei, prägte Jakobs Politik. So ermöglichte er den Kauf von Titeln, was auf die Schwächung des niederen Adels abzielte. Die friedliche Haltung Jakobs I. gegenüber Spanien ließ sein Ansehen weiter sinken. Im Parlament formierte sich eine Opposition gegen den König, die vor allem aus Angehörigen der Gentry (Landadel) und des Bürgertums bestand und auf die Wahrung der parlamentarischen Rechte bedacht war. Als folgenschwer erwies sich auch die massive Ansiedlung von englischen und schottischen Siedlern unter Jakob I. im irischen Ulster. Obwohl sich Irland seit dem späten 12. Jahrhundert unter englischer Oberhoheit befand und seit 1542 offiziell der englischen Krone unterstellt war, hielt sich dort der katholische Glaube. Der Neunjährige Krieg in Irland (1594–1603) zeigte, dass auch in diesem Teil der englischen Machtsphäre ein großes Konfliktpotential herrschte.

England unter Karl I.

Als Jakob I. 1625 starb, folgte ihm sein zweitältester Sohn als Karl I. auf den englischen und schottischen Thron. Die noch im selben Jahr erfolgte Vermählung Karls I. mit Henrietta Maria de Bourbon machte ihn insbesondere bei den Puritanern unbeliebt, da es sich bei ihr um die katholische Tochter des französischen Königs Heinrich IV. handelte. Karl I. pochte noch mehr als sein Vater auf die Existenz göttlicher Königsrechte und strebte eine Aussöhnung mit der katholischen Kirche an. Er setzte sich mehrfach im Zuge seiner Restaurationspolitik über das Parlament hinweg, indem er ohne dessen Zustimmung Steuern erhob. Karls absolutistische Herrschaftsausübung provozierte den energischen Widerstand des Parlaments, in dem zahlreiche Puritaner vertreten waren. Als entscheidend sollte sich die 1628 erfolgte Wahl Oliver Cromwells in das Unterhaus des Parlaments herausstellen. Dieser gehörte der Gentry an und war ein Puritaner, welcher der radikalen Strömung der Independents angehörte. Im selben Jahr legte das Parlament dem König die Petition of Right vor, welche er unter finanziellem Druck akzeptierte. Die Petition of Right forderte unter anderem den Verzicht des Königs auf Steuererhebungen und den Schutz vor willkürlichen Verhaftungen. Es war vor allem die Beteiligung Englands am Dreißigjährigen Krieg, welche den Haushalt der Krone angriff und so die Steuerpolitik Karls I. mit erforderlich machte.

Im darauf folgenden Jahr ordnete Karl I. jedoch die Auflösung des Parlaments an und regierte bis 1640 de facto als absolutistischer Herrscher, wobei er sich auf Berater wie den Earl of Strafford und Erzbischof William Laud stützte. Thomas Wentworth, später Earl of Strafford, ehemaliger Abgeordneter des Unterhauses, wurde 1632 zum Lord Deputy in Irland ernannt, wo er mit einer harten, zugleich pro-katholischen Politik die Lage beruhigte. In dieser Phase seiner Regentschaft ließ Karl I. seine politischen und religiösen Gegner verfolgen, wovon vor allem die Puritaner betroffen waren. Erzbischof Laud erstrebte die Durchsetzung des anglikanischen Glaubens im überwiegend presbyterianischen Schottland, was den heftigen Widerstand der Schotten zur Folge hatte.

Der Weg zum Bürgerkrieg

Die presbyterianischen Schotten, die sich im „Covenant with God“ („Bund mit Gott“) sahen, begannen 1638 einen Aufstand. Wentworth wurde 1639 nach England zurückbeordert, zum Lord von Strafford ernannt und gegen die Aufständischen eingesetzt. Die englischen Feldzüge zur Niederschlagung des Aufstands scheiterten, während die Kosten dieser so genannten „Bischofskriege“ stark anstiegen. Vor diesem Hintergrund sah sich Karl I. 1640 dazu gezwungen, zur Bewilligung weiterer Finanzmittel das Parlament einzuberufen. Da die Parlamentarier Karls Herrschaft im Allgemeinen und sein militärisches Vorgehen gegen Schottland im Besonderen kritisierten, ließ der König das Parlament nach wenigen Wochen wieder auflösen, weshalb man auch vom Kurzen Parlament spricht. Weitere englische Misserfolge im Kampf gegen die aufständischen Schotten zwangen Karl I. noch im selben Jahr dazu, das Parlament ein weiteres Mal neu einzuberufen, welches in Abgrenzung zum Kurzen Parlament auch als Langes Parlament bekannt wurde. Es wurde von den Puritanern unter der Führung von John Pym dominiert. Das Lange Parlament legte 1641 einen Beschwerdekatalog vor und erzwang Zugeständnisse vom König. Dem königlichen Berater Lord Strafford

wurde der Prozess gemacht und seine Hinrichtung angeordnet. In Irland befürchtete man, nach der den irischen Katholiken entgegen kommenden Politik von Strafford, eine gewaltsame Anglikanisierung, weshalb es 1641 zur offenen Rebellion kam, der zahlreiche englische und schottische Siedler zum Opfer fielen. In parlamentarischen Kreisen kursierten Gerüchte, denen zufolge Karl I. in diese Vorfälle verwickelt sei. Karl I. wollte sich jedoch an die Spitze eines Feldzugs gegen die rebellischen Iren setzen, was ihm die Mehrheit des Parlaments verweigerte. Als Reaktion darauf formierte sich aus gemäßigten Abgeordneten eine königstreue Partei. Im Januar 1642 ordnete Karl I. die Verhaftung mehrerer oppositioneller Parlamentarier an, zu denen John Pym, John Hampden und Arthur Haselrig gehörten, die jedoch unter Begleitschutz fliehen konnten. Karl I. verließ daraufhin London und rüstete zum Kampf. Das Parlament leitete die Aufstellung einer Armee in die Wege, um den royalistischen Kräften begegnen zu können. Während der Dreißigjährige Krieg auf dem europäischen Festland langsam seinem Ende entgegenwütete, versank England nun in Bürgerkriegswirren.

Kriegsverlauf

Royalistische Anfangserfolge

Nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs ergriff man in großen Teilen von Wales, in Cornwall und im Nordosten Englands Partei für den König. Während man die königstreuen Engländer als „Cavaliers“ („Reiter“) bezeichnete, wurden die Anhänger des Parlaments als „Roundheads“ (aufgrund ihres meist kurzen Haarschnitts) bekannt. Einige Regionen versuchten zunächst, sich neutral zu verhalten, was jedoch nicht dauerhaft gelang. Zur ersten größeren Kampfhandlung des Englischen Bürgerkriegs kam es mit der Belagerung von Kingston upon Hull durch den royalistischen Earl of Newcastle, die am 11. Oktober 1642 abgebrochen werden musste. Das im Nordosten gelegene Hull wurde fortan von den Parlamentariern als möglicher Ausgangspunkt für die Eroberung von Yorkshire in Betracht gezogen. Am 23. Oktober kam es bei Edgehill zu einer Feldschlacht zwischen den Konfliktparteien. Der unklare Ausgang der Schlacht hatte keinen Einfluss auf den weiteren Vormarsch der royalistischen Cavaliers, denen bald darauf die Einnahme Oxfords gelang. Es bestand nun für die parlamentarischen Roundheads die unmittelbare Gefahr eines Vormarsches der königstreuen Truppen gegen London. Der in parlamentarischen Diensten stehende General Skippon stellte ein Heer mit einer Stärke von über 20.000 Mann auf und ließ London befestigen. Skippons Truppen stellten sich den Cavaliers am 13. November 1642 entgegen, doch zogen Letztere ab, ohne dass es zu nennenswerten Kampfhandlungen gekommen wäre.

Im Jahre 1643 ergriffen die Schotten Partei für die Roundheads, während die Cavaliers von Cornwall ausgehend militärisch deutlich aktiver wurden. Unter Sir Ralph Hopton eroberten royalistische Truppen Devon, Dorset und Somerset. Hoptons Truppen vereinten sich im Juli mit denen des königlichen Reitergenerals Ruprecht von der Pfalz, einem Sohn Friedrichs V.. Gemeinsam unternahmen sie einen Angriff auf Bristol, der am 26. Juli begann und nach hohen Verlusten mit der Einnahme der Stadt endete. Am 9. August begannen die Cavaliers mit der Belagerung von Gloucester, welches sich inmitten von royalistisch kontrolliertem Gebiet befand. Als ein Entsatzheer unter dem Earl of Essex eintraf, zogen sich die Royalisten am 5. September zurück. Am 20. September kam es schließlich bei Newbury zu einer Schlacht zwischen den beiden Heeren, die keinen klaren Sieger hervorbrachte.

Die entscheidende Kriegsphase

Das Kriegsjahr 1644 begann mit der Belagerung von Nantwich durch irische Truppen unter dem royalistischen General Byron, die jedoch am 25. Januar durch parlamentarische Truppen unter Sir Thomas Fairfax beendet wurde. Um das von den Roundheads belagerte York zu entlasten, traf Ruprecht vor der Stadt ein und zwang die Parlamentarier und ihre schottischen Verbündeten am 2. Juli zu einer offenen Feldschlacht bei Marston Moor. Die Schlacht endete mit einer schweren Niederlage für die Royalisten, welche die Kontrolle über Nordengland verloren. Auf dem südwestlichen Kriegsschauplatz unternahm der Earl of Essex einen tiefen Vorstoß in royalistisches Gebiet, bis er am 1. September bei Lostwithiel in Cornwall in einen Hinterhalt gelockt und besiegt wurde. Die Schlacht bei Lostwithiel stellte den letzten größeren Erfolg der Royalisten dar. Anstatt den Ausgang der Schlacht zu weiteren militärischen Unternehmungen zu nutzen, zog sich Karl I. mit seinen Truppen nach Oxford zurück.

Entscheidend für den weiteren Kriegsverlauf wurde die Aufstellung der New Model Army unter Fairfax und Cromwell, die im Winter 1644 begann und bis zum Januar 1645 abgeschlossen war. Oliver Cromwell hatte 1643 eine Kavallerieeinheit aufgestellt, die überwiegend aus fanatischen Puritanern bestand und deren Mitglieder als „Ironsides“ bekannt wurden. Cromwell übernahm in der ebenfalls überwiegend aus radikalen Puritanern bestehenden New Model Army den Oberbefehl über die Reiterei. Die für damalige Verhältnisse modern ausgerüstete und kämpfende Armee fügte den Truppen Karls I. am 14. Juni 1645 in der Schlacht von Naseby eine schwere Niederlage zu. Am 10. Juli folgte eine weitere Niederlage der Cavaliers in der Schlacht bei Langport. Bis zum Herbst eroberten die Roundheads wichtige Stützpunkte wie etwa Bristol zurück. Dabei kam es beim Basing House in Hampshire zu einem besonders grausamen Vorfall. Das auch als „Loyalty House“ bekannte, von Royalisten verteidigte Anwesen hatte mit seinen provisorisch errichteten Bastionen 1643

und 1644 mehreren Belagerungen standgehalten. Es bot zahlreichen auf parlamentarischer Seite verhassten Menschen Zuflucht, wie etwa Katholiken und Angehörigen des Hochadels. Am 14. Oktober 1645 schossen die Roundheads das Basing House sturmreif. Ein puritanischer Prediger bezeichnete die Verteidiger des Anwesens als „gotteslästerliches Ungeziefer“ und forderte ihre Vernichtung. Tatsächlich wurden nur wenige Menschen bei der Erstürmung des Basing House durch die siegreichen Roundheads verschont.

Zu Beginn des Jahres 1646 befanden sich die Royalisten eindeutig in der Defensive. Parlamentarische und schottische Truppen begannen mit der Belagerung von Newark-on-Trent, der letzten von Royalisten gehaltenen Stadt in Nordengland. Am 8. Mai ergab sich die Garnison der Stadt. Im selben Monat begann die Belagerung Oxfords durch die Roundheads, wohin sich Karl I. nach der Schlacht von Naseby zurückgezogen hatte. Bevor sich der Belagerungsring um Oxford geschlossen hatte, gelang ihm die Flucht. Er begab sich nach Newcastle, wo ihm schottische Truppen Schutz gewährten. Von dort aus erging am 16. Juni 1646 sein Befehl an alle noch existenten royalistischen Garnisonen, ihre Waffen niederzulegen.

Der „zweite“ Bürgerkrieg

Die Schotten lieferten Karl I. 1647 an das englische Parlament aus. Spannungen zwischen der Armee und dem Parlament nutzte Karl nach wenigen Monaten in Gefangenschaft aus, um die Schotten vom Übertritt auf seine Seite zu überzeugen. Im Juli 1648 kam es in England zu royalistischen Aufständen, während schottische Kämpfer in englisches Territorium einfielen. Unter Oliver Cromwell wurden die Schotten bei Preston entscheidend geschlagen, während royalistische Ortschaften wieder unter Kontrolle des Parlaments gebracht werden konnten. Der Englische Bürgerkrieg wurde somit beendet. Lediglich in Irland leisteten Aufständische unter dem Earl of Ormonde weiterhin Widerstand gegen die Roundheads. Durch seine militärischen Erfolge und Unterstützung durch das finanziell gut ausgestattete Bürgertum war Cromwells Einfluss inzwischen stark gewachsen. Er beauftragte die Armee mit der Festnahme diverser presbyterianischer und königstreuer Abgeordneter. Zudem wurde vielen Abgeordneten der Zutritt zum Parlament verweigert (das sog. „Pride's Purge“). Das so entstandene „Rumpfparlament“ ordnete auf Betreiben Cromwells einen Prozess gegen Karl I. an. Am 30. Januar 1649 wurde Karl I. enthauptet.

Folgen des Krieges

Der Englische Bürgerkrieg hatte die Abschaffung der Monarchie und die Errichtung der englischen Republik zur Folge, das so genannte Commonwealth. Die Republik wurde ohne Oberhaus vom Rumpfparlament regiert. Der Puritanismus war von einer zeitweilig unterdrückten zur dominierenden Religionsbewegung in England geworden, was sich insbesondere für die Katholiken nachteilig auswirkte. Unter Cromwell wurden brutal geführte Strafzüge gegen Irland und Schottland unternommen und die Bodenenteignung irischer Grundbesitzer angeordnet. Die Republik hatte nur bis 1653 Bestand und wurde von einer puritanischen Militärdiktatur unter Cromwell als Lordprotektor abgelöst. Nach dem Tode Cromwells im Jahre 1658 und der Abdankung seines inkompetenten Sohnes Richard wurde 1660 die Monarchie unter Karl II., dem Sohn Karls I., wiederhergestellt. Trotzdem hatte der Englische Bürgerkrieg langfristig die Festigung des Parlamentarismus und die Herausbildung einer parlamentarischen Demokratie in England zur Folge.

Die Strafzüge Cromwells

Die Unterwerfung Irlands

Rückeroberung Irlands

In direktem Zusammenhang mit den Ereignissen des Englischen Bürgerkriegs stehen die Strafzüge Cromwells gegen Irland und Schottland, die er nach der Hinrichtung Karls I. unternahm. Richtete sich der 1641 ausgebrochene Aufstand der irischen Katholiken zunächst gegen sämtliche englische Siedler, verbündeten sie sich im weiteren Verlauf des Kriegs notgedrungen mit den englischen Royalisten und seit dem „zweiten“ Bürgerkrieg zusätzlich mit den presbyterianischen Schotten. Nach dem Sieg des Parlaments über die Krone wollte Cromwell die Herrschaft der englischen Republik auch in Irland durchsetzen und dabei ein Exempel an den Aufständischen statuieren. Bis 1649 war es dem royalistischen Earl of Ormonde gelungen, mit irischer Hilfe die Parlamentarier auf wenige Stützpunkte zurückzudrängen. Nur die Region Ulster und Dublin konnten für die englische Republik gehalten werden. Die aufständischen Iren waren jedoch schlecht ausgerüstet und meist schwach organisiert. Kompensiert wurde dies teilweise durch das militärische Wissen, das sich zahlreiche Iren als Söldner auf dem europäischen Festland angeeignet hatten. Auch im Errichten von Befestigungsanlagen waren die Iren ihren Gegnern mindestens ebenbürtig. Jedoch fehlte es ihnen an Schießpulver, weshalb sie aus den verwesenden Leichen getöteter englischer Siedler Salpeter gewannen.

Als im August Oliver Cromwell mit seinen Truppen in Irland eintraf, änderte sich die Lage äußerst schnell. Die Belagerung Dublins durch Iren und Royalisten wurde gewaltsam beendet,

während Cromwells Truppen am 9. September mit dem Angriff auf Drogheda an der irischen Ostküste begannen. Am 11. September gelang ihnen die Einnahme der Stadt, worauf ein Blutbad folgte. Sämtliche Bewohner Droghedas wurden umgebracht oder deportiert. Danach zog Cromwells Heer weiter nach Süden, bis es am 11. Oktober die Küstenstadt Wexford eroberte und dort ebenfalls die Bevölkerung tötete oder verschleppte. Vor dem Hintergrund dieses brutal geführten Feldzugs schlugen sich Städte wie Cork und Youghal auf die parlamentarische Seite, um ihrer Zerstörung zu entgehen. Der Angriff auf Kilkenny blieb erfolglos und forderte zahlreiche Todesopfer, so dass Cromwell mit der Garnison Verhandlungen aufnahm und ihr am 28. März 1650 freien Abzug gewährte. Im Mai unternahmen Cromwells Truppen mehrere erfolglose Sturmangriffe auf die Belagerung von Clonmel, das von irischen Aufständischen unter Hugh Dubh O'Neill verteidigt wurde. Als die Iren ihre gesamte Munition verschossen hatten, verließen sie im Schutz der Nacht die Stadt, so dass die Roundheads am nächsten Tag einrücken konnten. Aufgrund der Lage in Schottland verließ Cromwell kurze Zeit später Irland und ließ ein größeres Truppenkontingent unter dem Kommando seines Schwiegersohns Henry Ireton zurück. Diese Truppen brachen den restlichen irischen Widerstand. Am 21. Juni wurden die aufständischen Iren bei der Schlacht von Scarrifhohis geschlagen und am 10. August die Kapitulation ihres Stützpunktes in Waterford erzwungen. Der Feldzug wurde 1651 fortgeführt und gegen Limerick gerichtet. Die von O'Neill verteidigte Stadt kapitulierte am 27. Oktober nach der Zusicherung des freien Abzugs. Bis 1652 leisteten die Iren noch vereinzelt Widerstand, doch befand sich Irland zu diesem Zeitpunkt größtenteils unter der Kontrolle der englischen Republik.

Der Feldzug gegen Schottland

Die seit 1648 mit den Royalisten verbündeten Schotten hatten zwar bei Preston eine schwere Niederlage hinnehmen müssen, doch wurde der schottische Widerstand durch diese Schlacht nicht gebrochen. Deshalb kehrte Cromwell 1650 aus Irland zurück und organisierte einen Feldzug gegen Schottland. Dieser begann mit einem Sieg der parlamentarischen Truppen unter Cromwell und General Monck bei Dunbar. Mit mittelalterlichen Befestigungsanlagen versehene, schottische Stützpunkte wie Edinburgh Castle und Stirling Castle gerieten schnell unter parlamentarische Kontrolle. In der Folgezeit wurden in schottischen Ortschaften wie Ayr, Perth und Leith Zitadellen erbaut, um die Herrschaft der englischen Republik durchzusetzen. Zu weiteren Konflikten kam es, als der 1650 in Schottland gelandete Karl II., Sohn Karls I., mit schottischen Truppen in England einfiel. Unter Cromwell stellten sich ihnen die parlamentarischen Truppen am 3. September bei Worcester, wo sie in einer offenen Feldschlacht über die Schotten siegten. Damit war auch die Beseitigung des schottischen Widerstands erreicht.

Charakter des Krieges

Ausrüstung und Taktik

Die im Englischen Bürgerkrieg kämpfenden Heere unterschieden sich in ihrer Bewaffnung und Kampfweise kaum von denen des europäischen Festlands. Die Infanterie bestand zu über zwei Dritteln aus Musketenschützen, während es sich bei den restlichen Infanteristen um Pikeniere handelte. Die Reiterei bestand unter anderem aus Kürassieren und Arkebusierreitern. Hinzu kamen Dragoner, Infanteristen, die auf leichten Pferden ritten. In der Infanterie trugen lediglich einige Pikeniere eine Rüstung, die meist aus einem visierlosen Helm und einem Brust- und Rückenpanzer bestand. Eine derartige Rüstung wurde als „harquebus armour“ auch von der Reiterei verwendet, doch trugen manche Kürassiere eine Plattenrüstung, die bis zu den Knien reichte. Ein Kuriosum stellte die Kürassiereinheit von Sir Arthur Haselrig dar, deren Mitglieder ausnahmslos vollständige, rot gefärbte Plattenrüstungen trugen und die deshalb als „London Lobsters“ („Londoner Hummer“) bekannt waren. Seine Rüstung rettete Haselrig in einer Schlacht von 1643 das Leben. Gebräuchlich war zudem ein verstärktes, aber zugleich flexibles Ledergewand („buff coat“), das manche Soldaten unter oder anstatt einer Rüstung trugen. Ein solches Gewand war deutlich teurer als ein Brustpanzer, weshalb die alleinige Verwendung eines Brustpanzers häufiger war. Der Kopf wurde meist durch eine schlichte, englische Variante der so genannten Zischägge geschützt, die als „pot“ bezeichnet wurde. Das Tragen von Uniformen war noch nicht allgemein üblich, auch wenn für die New Model Army eine durchgängige, rote Uniformierung vorgesehen war. Aus logistischen Gründen ließ sich dies aber nicht realisieren, so dass sich viele parlamentarische Soldaten zur Erkennung im Gefecht ein rotes Stück Stoff umbanden. Die Royalisten wurden vor allem vom katholischen Frankreich mit Waffen beliefert, die über den Kanal nach Cornwall geschickt wurden. Die Niederlande produzierten in großem Umfang Waffen und Rüstungen, mit denen sie sowohl im Dreißigjährigen Krieg als auch im Englischen Bürgerkrieg sämtliche Kriegsparteien belieferten. Im Englischen Bürgerkrieg wurde vereinzelt der Langbogen zum letzten Mal von Engländern eingesetzt.

Die Gefechtsordnung in den Schlachten des Englischen Bürgerkriegs wies keine nennenswerten Unterschiede zu der in der Spätphase des Dreißigjährigen Kriegs üblichen Anordnung auf. Die Infanterieformationen wurden immer dünner und breiter, während zugleich der Anteil der im Zentrum postierten Pikeniere abnahm. Die Reiterei postierte sich an den Flanken des

Heeres, das sich meist in bis zu drei Linien über das Schlachtfeld ausbreitete. Eine Besonderheit stellte die Tatsache dar, dass in den Feldschlachten des Englischen Bürgerkriegs kaum Gebrauch von Kanonen gemacht wurde. Trotzdem erzeugten die zahlreichen Musketen einen starken Pulverdampf, der oftmals im Kampfgetümmel für Verwirrung sorgte. Besonders gefürchtet war der von den schottischen Highlandern durchgeführte „Scottish Charge“ („Schottischer Angriff“). Dabei feuerten die Highlander eine Salve ab, warfen dann ihre Musketen weg und zückten eine Nahkampfwaffe und einen Schild („Targe“) zur Abwehr von Bajonetten. Durch den Pulverdampf ihrer Salve vor feindlicher Sicht geschützt, nahmen sie eine Keilformation ein und durchbrachen an einer Stelle die gegnerische Linie. Bei den meisten Kampfhandlungen des Englischen Bürgerkriegs handelte es sich um Belagerungen.

Literatur

- Martyn Bennett: The English Civil War – A Historical Companion, Stroud 2004. ISBN 0-7524-3186-2
- Stanley D. M. Carpenter: Military Leadership in the British Civil Wars 1642–1651 – „The Genius of this Age“ , Abingdon 2005. ISBN 0-7146-5544-9
- David Cressy: England on Edge: Crisis and Authority, 1640-1642. New York 2006, ISBN 978-0-19-928090-2
- Trevor Royle: Civil War – The Wars of the Three Kingdoms 1638–1660, London 2004. ISBN 0-316-86125-1
- Lawrence Stone: The causes of the English Revolution 1529–1642, London 2002. ISBN 0-415-26673-4
- Mark Stoye: Soldiers and Strangers – An ethnic History of the English Civil War, New Haven (Conn.) 2005. ISBN 0-300-10700-5
- Malcolm Wanklyn / Frank Jones: A Military History of the English Civil War 1642–1646, Harlow 2005. ISBN 0-582-77281-8
- James Scott Wheeler: The Irish and British Wars 1637–1654 – Triumph, Tragedy and Failure, London 2002. ISBN 0-415-22131-5
- Austin Woolrych: Britain in revolution 1625–1660, Oxford 2002. ISBN 0-19-820081-1

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Glorious Revolution

In der Glorious Revolution – der Glorreichen Revolution – von 1688/89 entschieden die Gegner des königlichen Absolutismus in England den seit Beginn des 17. Jahrhunderts geführten Machtkampf mit dem Stuartkönigtum endgültig zu ihren Gunsten. Sie schufen mit der Durchsetzung der Bill of Rights die Grundlage für das heutige parlamentarische Regierungssystem im Vereinigten Königreich. Seit der Revolution ist das Parlament, nicht mehr der König, Träger der Staatssouveränität.

Mit der Revolution endete aber auch die Politik religiöser Toleranz, die König Jakob II. von England gegenüber Katholiken und protestantischen Dissenters betrieben hatte. Nach dem Sturz des katholischen Monarchen bestiegen seine protestantische Tochter Maria II. und ihr Ehemann Wilhelm III. von Oranien gemeinsam den englischen Thron.

Bereits die Zeitgenossen verwendeten die Bezeichnung Glorreiche Revolution in bewusstem Gegensatz zu den Wirren des Englischen Bürgerkriegs, der mit der Hinrichtung König Karls I. und der Errichtung einer Republik unter Oliver Cromwell geendet hatte. Man war der Auffassung, dass der vergleichsweise unblutige Umsturz von 1688/89 auch deshalb von Erfolg gekrönt war, weil ihn die „Gloriole“ eines neuen Königtums umstrahlt habe.

Überblick

Bereits Jakobs Bruder Karl II., der England von 1660 bis 1685 regierte, stand in seinen persönlichen Glaubensüberzeugungen dem Katholizismus nahe. Um seine erst 1660 restaurierte Herrschaft nicht zu gefährden, schützte er jedoch die verfassungsmäßigen Rechte der anglikanischen Staatskirche und erließ Gesetze gegen Katholiken und Nonkonformisten. Diese Politik wurde von großen Teilen der Bevölkerung, der Gentry und des Hochadels sowie von Parlament und Kirche unterstützt. Erst auf dem Totenbett konvertierte Karl II. zum Katholizismus.

Jakob hatte diesen Schritt bereits Ende der 1660er Jahre getan. So entstand 1685 die Situation, dass ein Katholik König von England und Oberhaupt der Anglikanischen Kirche wurde. Zudem war er Befürworter einer absolutistischen Monarchie nach französischem und spanischem Vorbild. Bald nach seiner Thronbesteigung am 23. April 1685 ging Jakob auf Konfrontationskurs mit den Whigs, der „Partei“, die besonders für die Rechte des Parlaments eintrat. Er leitete eine Rekatholisierung der englischen Verwaltung und Armee – ja sogar der anglikanischen Kirche selbst – ein und verstieß damit gegen fundamentale Gesetze wie die Testakte. Dazu glaubte er sich aufgrund seines absolutistischen Herrschaftsverständnisses berechtigt. Gleichzeitig übte er aber auch Toleranz gegenüber protestantischen Nonkonformisten wie den Quäkern.

Da Jakob keinen männlichen Erben hatte und seine beiden aus erster Ehe stammenden erbberechtigten Töchter Maria und Anna protestantisch erzogen waren, nahmen große Teile der englischen Bevölkerung und Teile der anglikanischen Kirche seine Politik zunächst hin. Es bestand die begründete Aussicht, dass die Politik des bereits über 50-jährigen Königs nach seinem Tod rasch revidiert werden könnte. Insbesondere die anglikanische Hochkirche, die seit jeher das gottgegebene Herrschaftsrecht der Könige (Divine Right) verteidigt hatte, argumentierte, man dürfe auch einer katholischen Obrigkeit nicht den Gehorsam verweigern oder ihr gar Widerstand entgegensetzen. Dies änderte sich erst, als Jakob die anglikanischen Bischöfe zwingen wollte, eine Toleranzerklärung gegenüber dem Katholizismus von den Kanzeln verlesen zu lassen. Mit der Weigerung der Bischöfe gaben sie das Prinzip der non resistance auf, das sie von jeher zur stärksten Stütze des Königtums gemacht hatte.

Der letzte Anstoß zur Einigung aller politischen und religiösen Gegner des Königs aus Parlament, Adel und Kirche erfolgte jedoch aus dynastischen Gründen: Als dem König und seiner zweiten Frau, der streng katholischen Maria Beatrix von Modena im Sommer 1688 ein Sohn geboren wurde, drohte die dauerhafte Etablierung einer katholischen Dynastie. Auch die anglikanischen Bischöfe stimmten nun mehrheitlich zu, die protestantische Tochter des Königs, Maria, und ihren calvinistischen Ehemann, Wilhelm von Oranien, den Generalstatthalter der Niederlande, ins Land zu rufen und ihnen gemeinsam die Krone anzutragen. Dieser folgte dem Ruf vor allem aus bündnispolitischen Erwägungen. Wilhelm sah die Chance, England für das Lager der Gegner König Ludwigs XIV. von Frankreich zu gewinnen.

Nach der Einladung durch eine Gruppe von Adligen, die Immortal Seven, setzte Wilhelm von Oranien im Herbst 1688 mit einer starken Söldnerarmee nach England über, um dem „bedrängten englischen Volk“ zu Hilfe zu eilen. Seine Landung war die einzige erfolgreiche Invasion Englands seit 1066. Jakob II. sah sich auf Grund des Überlaufens zahlreicher Adliger zu Wilhelm außerstande, diesem militärisch zu begegnen und floh nach Frankreich. Das Staatssiegel warf er auf seiner Flucht in die Themse. Dies wurde von seinen Gegnern als Abdankung interpretiert, so dass seine Tochter und sein Schwiegersohn als Maria II. und Wilhelm III. den vakanten Thron besteigen konnten.

Trotz mehrerer Versuche einer gewaltsamen Rückeroberung gelang es Jakob II. und seinen Erben nicht, ihre Ansprüche auf die Krone erneut geltend zu machen. Der frühere König starb am 16. September 1701 im französischen Exil. Bis Mitte des 18. Jahrhunderts kam es aber immer wieder zu Aufständen ihrer Anhänger, der Jakobiten. Wilhelm gelang es, seine Herrschaft in England zu stabilisieren. Er stärkte durch seine Gesetzgebung maßgeblich den englischen Parlamentarismus, übte religiöse Toleranz nur gegenüber den protestantischen Dissenters und konnte sicherstellen, dass selbst nach seinem Tod im Jahr 1702 und der Thronbesteigung Annas, einer weiteren Tochter Jakobs II., keine Annäherung Englands an Frankreich mehr stattfand.

Vorgeschichte

Die Glorreiche Revolution war ein vor allem auf religiösen Motiven basierender Vorgang, der durch politische Erwägungen aller Beteiligten zusätzlich verschärft wurde. Eine wichtige Rolle spielte hierbei die Kirche von England, die durch Heinrich VIII. von Rom abgespalten worden war. In den seiner Entstehung folgenden Jahren stabilisierte sich der zwar „katholisch“ (episkopal) verfasste, aber in der Lehre vorherrschend calvinistische Anglikanismus, und auch die Versuche Maria Tudors, England wieder zu katholisieren, blieben erfolglos.

Durch das Elisabethan Settlement von 1559 wurde der König von England zugleich auch zum „Supreme Governor of the Church“ ernannt und somit die Trennung von Rom untermauert. Die Einführung des Book of Common Prayer wiederum spaltete die Reformationsbewegung und führte zur Gründung der puritanischen Bewegung, die in den folgenden Jahren immer stärkeren Zulauf erhielt und neben einer strengen Sittenlehre die Unabhängigkeit der Kirche vom Königtum forderte. Gleichzeitig radikalisierten sich die Bevölkerung und die Geistlichkeit zu einem strikten Anti-Katholizismus, verstärkt durch die Exkommunikation Königin Elisabeths 1570, das Vorgehen der spanischen Armada gegen England 1588, den Gunpowder Plot von 1605 (eine katholische Verschwörung gegen Jakob I. und das Parlament), die Furcht vor einer katholischen Invasion in den 1620er Jahren, und den Ausbruch der Irischen Rebellion von 1641. Antipapismus (Anti-Popery) wurde so zu einem unabdingbaren Grundfaktor der englischen Gesellschaft des 17. Jahrhunderts, und zwar nicht nur auf nationaler, sondern auch auf lokaler Ebene.

Im starken Gegensatz dazu stand die Politik der Krone, die mit einer Annäherung erst an das katholische Spanien und später an das ebenfalls katholische Frankreich im diametralen Gegensatz zu den Erwartungen des Volkes und eines großen Teils des Adels handelte. Auch die von Karl I. maßgeblich geförderte arminianische Kirchenpolitik, die eine stärkere Formalisierung der Kirchenliturgie vorsah und zentrale Elemente der calvinistischen Kirchenreformen rückgängig zu machen suchte (z. B. in der Kleiderordnung, der Rolle des Presbyteriums und der Abendmahlsliturgie), schürte das Misstrauen gegen die Krone. Immer stärker begann sich die Überzeugung durchzusetzen, dass ein „in katholische Verschwörungen verwickelter König das Anrecht auf Gehorsam verwirkt“ hatte. 1637 kam es über diesen Konflikt zum organisierten Widerstand in Schottland, den Karl im Jahr 1640 mit einem Einmarsch seiner Truppen (Bischofskrieg) beantwortete. Ein Parlament, das er hierzu einberufen lassen hatte, das seine finanziellen Forderungen jedoch nicht unterstützte, wurde von ihm bereits nach drei Wochen entlassen (Kurzes Parlament). Nachdem die englische Armee Ende August jedoch von schottischen Truppen geschlagen worden war und sich diese in Nordengland festsetzten, sah sich der König gezwungen, ein neues Parlament (Langes Parlament) einzuberufen und einen Waffenstillstandsvertrag zu unterschreiben.

Das Lange Parlament konnte von Beginn an einen Teil der königlichen Souveränität an sich reißen, indem es die Friedensverhandlungen mit Schottland und die Bezahlung der Armee zu handhaben verlangte. Gleichzeitig richtete sich sein Handeln gegen die unmittelbare Umgebung des Königs, vor allem gegen den königlichen Berater und Katholiken Thomas Wentworth, 1. Earl of Strafford, gegen den ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wurde. Ebenfalls angeklagt wurde Erzbischof Laud, was die faktische Entmachtung der kirchlichen Gerichte und damit den Kollaps der staatlich-kirchlichen Zensur zur Folge hatte.

Verschärft wurde der Konflikt zwischen Parlament und König im Mai 1641, als ruchbar wurde, dass Karl ernsthaft erwog, die Reste seiner Armee für eine Befreiung Straffords aus dem Tower einzusetzen (Army Plot). Das Unterhaus sprach daraufhin ein Todesurteil gegen Strafford aus. Öffentliche Proteste und Demonstrationen vor dem Oberhaus und dem königlichen Palast sorgten schließlich dafür, dass der König seinen früheren engen Berater fallen ließ. Das Parlament verschärfte in der Folge seinen Kurs gegen den König, beschnitt dessen Recht zur Auflösung des Parlaments, schaffte wesentliche durch den König eingeführte Steuern und Abgaben ab und löste besondere Regierungsorgane (Gerichtshöfe) auf, die dem König direkt unterstanden. Auch die Grand Remonstrance war als Angriff auf den König zu verstehen, listete sie doch alle Fehlleistungen und Rechtsverstöße der königlichen Politik seit den 1620er Jahren auf und forderte, die Verantwortlichen zu bestrafen und aus dem Umfeld des Königs zu entfernen.

Durch den Aufstand der Iren, den die Gegner Karls als erneute Verschwörung des Königs gegen das Parlament verurteilten, eskalierte die Lage vollends: Nachdem das Parlament angesichts der prekären Lage eine Kontrolle über die zur Niederschlagung des Aufstandes benötigte Armee forderte (Militia Ordinance), reagierte der König mit einer Hochverratsklage gegen mehrere Mitglieder des Unterhauses und versuchte einen Tag später, die Angeklagten unter Verletzung ihrer Immunität verhaften zu lassen. Erschreckt von den daraufhin einsetzenden Protesten der Londoner Bevölkerung verließ König Karl die Hauptstadt.

Der Englische Bürgerkrieg

Der Englische Bürgerkrieg begann am 23. Oktober 1642 und dauerte, mit einigen Unterbrechungen, bis 1649. Anfangs gelang es den königstreuen Truppen, die Armee des Parlaments zurückzudrängen; von 1645 an konnte diese sich jedoch reorganisieren und mit Unterstützung der schottischen Armee, die durch religiöse Konzessionen erneut den Norden Englands besetzte, einen Umschwung im Konflikt erreichen. 1646 ergab sich Karl I. der schottischen Armee (die ihn jedoch binnen Jahresfrist an die Parlamentsarmee auslieferte). Im Juni 1646 wurden die Kampfhandlungen daraufhin eingestellt, und eine starke Gruppierung im Parlament (Friedenspartei) versuchte, getrieben von der Angst eines zu starken Einflusses radikaler Kräfte in Parlament und Armee, die stehende Truppe schnellstmöglich aufzulösen. Diese wiederum sahen darin einen Versuch, die Interessen des Volkes einem billigen Kompromiss mit dem König zu opfern, und Ende Mai und Anfang Juni 1647 kam es zu Meutereien gegen das Parlament. Am 3. Juni übernahm die so in Opposition zur Friedenspartei getretene und religiös radikalisierte Armee endgültig die Bewachung des gefangenen Königs und wurde somit zur politisch dominierenden Macht im Staate.

Die Friedensverhandlungen fanden mit der Flucht Karls I. an Weihnachten 1647 und dessen militärischer Allianz mit den schottischen Streitkräften (im Gegenzug für die Einführung einer presbyterialen Kirchenverfassung in England für die Dauer von vorerst drei Jahren) ein abruptes Ende, und im April brach der Zweite Bürgerkrieg aus. Er war, abgesehen von der Invasion einer schottisch-royalistischen Armee im Nordwesten, vor allem ein Aufstand einzelner Grafschaften und Regionen (v.a. Wales, Kent, Essex) gegen die verhasste Revolutionsregierung. Militärisch dominierte die Parlamentsarmee jedoch das Geschehen und setzte den König schon im Herbst 1648 mit der Eroberung Schottlands wieder gefangen. Erneut wurden Verhandlungen mit Karl aufgenommen, und eine Einigung und die Wiedereinsetzung des Königs schien in den folgenden Monaten denkbar, denn ein nicht unerheblicher Teil der Abgeordneten schien eine Restauration des Monarchen als geringeres Übel gegenüber einer weiteren Militärherrschaft zu betrachten. Da verweigerte die Armee, einen Ausverkauf ihrer Interessen fürchtend, den gemäßigten Abgeordneten den Zutritt zum Unterhaus und erzwang das so genannte Rumpfparlament. Weitere Verhandlungen mit dem König wurden somit unterbunden, und am 30. Januar 1649 wurde Karl gemäß dem Willen der führenden Offiziere und nach einem kurzen Prozess hingerichtet: England wurde zur Republik.

Die Herrschaft Cromwells

Die folgende Dekade brachte England eine republikanische Grundordnung: Bereits im Februar beschloss das verbliebene Rumpfparlament die Auflösung des Oberhauses und nur kurze Zeit später die Abschaffung der Monarchie. Auf Frieden wartete das englische Volk jedoch vorerst vergebens. Nach dem Tod Karls I. folgte ihm sein Sohn Karl II. auf den schottischen Thron. Mit der Anerkennung der schottischen Kirchenverfassung sicherte er sich die Loyalität der Bevölkerung und stieß mit einer Armee nach England vor. Oliver Cromwell gelang es jedoch, die Truppen des Königs zu besiegen, so dass dieser ins französische Exil fliehen musste (Schottland wurde als Folge in eine Union mit England gezwungen). Auch in Irland setzte Cromwell die englischen Interessen mit Gewalt durch und unterwarf das Land mit großer Brutalität. Unmittelbar daran schloss sich der Englisch-Niederländische Seekrieg (1652-1654) an, mit dem die Niederlande auf die Versuche des Rumpfparlaments reagierten, sie aus dem englischen Seehandel zu vertreiben.

1653 wurde das Rumpfparlament selbst aufgelöst und Cromwell das quasi-monarchische Amt eines Lord Protectors angetragen, das dieser zögernd annahm. Die unter ihm gewährte Religionsfreiheit wiederum sollte sich als erneuter Stein des Anstoßes in der englischen Geschichte erweisen. Mit dem Aufkommen und dem Wachstum neuer religiöser Richtungen wuchs die Angst in der englischen Gesellschaft vor Sekten und vor einer kirchlichen und gesellschaftlichen Desintegration. Der Tod Cromwells am 3. September 1658 führte binnen kurzer Zeit zu einer Rückkehr des Königs am 25. Mai 1660.

Restauration und Herrschaft Karls II.

Karls Regentschaft erwies sich als durchaus wechselhaft. Zum einen versuchte er sich in einem Bündnis mit der französischen Krone, gipfelnd im Jahr 1670 im geheimen Vertrag von Dover (in dem der König im Gegenzug für französische Zahlungen sogar zusagte, zum katholischen Glauben zu konvertieren, wenn ihm dies innenpolitisch möglich werde), andererseits musste Karl der antifranzösischen Stimmung im eigenen Land Rechnung tragen und ließ die Verheiratung Maria Stuarts, der ältesten Tochter seines Bruders Jakob, Herzog von York, mit Wilhelm III. von Oranien und somit einem Feind Frankreichs zu. Eine erneute Spaltung der Bevölkerung und der politischen Akteure verstand es Karl indes zu vermeiden, indem er 1660 mit dem Act of Indemnity and Oblivion Republikanern und Anhängern Cromwells Straffreiheit und königliche Gnade zusicherte. Auch eine versprochene (jedoch nie eingelöste) Religionsfreiheit für „tender consciences“ tat ihren Teil dazu, den Übergang zum restaurierten System zu erleichtern. Trotzdem traten Konflikte mit früheren Republikanern und religiösen Minderheiten (vor allem die Quäker (Quaker Act) und die Presbyterianer (Uniformitätsakte)) in der Praxis durchaus auf und schließlich führte das großzügige Vorgehen des Königs in religiösen Fragen zu einer erneuten Furcht vor Sekten und Papisten, die 1673 auch zum Erlass der Testakte führte, die Katholiken von sämtlichen zivilen und militärischen Staatsämtern ausschloss.

Genährt wurde die antikatholische Stimmung 1678 durch die Aufdeckung einer angeblichen „Papisten-Verschwörung“, die eine Einführung des Katholizismus in England plane, um anschließend den König zu ermorden und London niederzubrennen. Obwohl frei erfunden, sorgte diese Geschichte von Titus Oates für eine Hysterie unter der Bevölkerung und trug zum Ausbruch der sogenannten Exklusionskrise bei. In ihr versuchte die politische Opposition der Whigs, den sich offen zum Katholizismus bekennenden Jakob per Gesetz von der Thronfolge auszuschließen (Exclusion Bill). Er war auch bereits vorher das wohl prominenteste Opfer der Testakte geworden, bei deren Verabschiedung er das Amt des Lord High Admiral hatte abgeben müssen.

Die Reaktion des Königs erfolgte in Form der Auflösung des Parlaments und einer scharfen Verfolgung der Nonkonformisten, die durch die Aufdeckung des Rye House Plots, einer nach dem Leben des Königs und des Herzog von York trachtenden Verschwörung, zusätzlich verschärft wurde. Das Verhältnis zwischen Hof/Regierung und den Dissenters blieb auch über

den Tod Karls II. hinaus gespannt, und als der Herzog von Monmouth, ein illegitimer, im Volk aber sehr populärer Sohn Karls II., Jakob II. mit einer Invasion und einem militärischen Aufstand im Jahr 1685 den Thron streitig machen wollte, befanden sich unter den Rebellen auch viele Whigs. Karl II. starb am 6. Februar 1685, nachdem er noch auf dem Sterbebett zum Katholizismus übergetreten war.

Der Kampf um die Krone

Die Herrschaft Jakobs II.

Anders als sein Bruder hielt Jakob II. nichts von Zurückhaltung im Konfessionsstreit. Der überzeugte Katholik setzte sich von Beginn seiner Amtszeit für eine weitgehende Toleranz gegenüber dem Katholizismus in England ein. Dabei dominierte ihn die Vorstellung, dass sich die katholische Kirche bei einer solchen Tolerierung ganz natürlich gegen die anglikanische Kirche und die zahlreichen sektiererischen Abspaltungen durchsetzen werde und auf diesem Wege eine vollständige Restauration im Land erreicht werden könnte. Jakobs Toleranzpolitik erstreckte sich aber auch auf radikale protestantische Denominationen wie die Quäker.

Zuerst einmal galt es jedoch, die Monmouth-Rebellion niederzuschlagen. Dies fiel dem durch Adel und Parlament gestützten Monarchen zu diesem Zeitpunkt indes nicht schwer und obwohl Monmouth beliebt war und seine Invasionstruppen Verstärkung durch zahlreiche Dissenters aus dem Volk erhielten, konnte ihn Jakob am 5. Juli 1685 bei Sedgemoor vernichtend schlagen. Monmouth und etliche seiner Anhänger wurden hingerichtet (Bloody Assizes).

Anschließend wandte sich Jakob erneut dem Versuch zu, die ihm verhassten Whigs zu schwächen und gleichzeitig die Rechte der katholischen Minderheit zu stärken. Eine Reform der Wahlbezirke (Chartered Boroughs) brachte den Tories in den Parlamentswahlen des gleichen Jahres (1685) eine starke Mehrheit und Jakob damit ein Parlament nach seinen Wünschen. Nachdem bereits eine im Januar 1685 erlassene, allgemeine königliche Gefangenenermahnung die Katholiken besonders begünstigt hatte, wandte sich Jakob vom Sommer 1686 an der Aufgabe zu, katholischen Untertanen den Staatsdienst unter Umgehung der 1673 eingeführten Test-Akte (Suprematseid und Teseid) zu öffnen. Sowohl im Kronrat als auch in der Armee und der ländlichen Verwaltung (d. h. in den Reihen der Friedensrichter) positionierte der König Glaubensbrüder; als der Bischof von London, Henry Compton, hiergegen aufbegehrte, wurde im Sommer 1686 der Court of Ecclesiastical Commission eingerichtet, ein Prärogativgericht zur Kontrolle der Kirche. Dieses rechtlich sehr umstrittene Konstrukt (König und Parlament hatten eine entsprechende Einrichtung 1641 und 1660 noch abgelehnt) nutzte Jakob nicht zuletzt dafür, die beiden Universitäten des Landes (Oxford und Cambridge) zu einer Aufnahme von Katholiken in den Lehrkörper zu zwingen.

Auch unter den Tories sorgte der königliche Kurs für Misstrauen, das durch die Versuche Jakobs, auch über die Niederschlagung des gegen ihn gerichteten Aufstands hinaus ein stehendes Heer zu unterhalten, noch verstärkt wurde. Wenig kompromissbereit zeigten sich die Abgeordneten deshalb auch bei Jakobs Ansinnen, die Test-Akte aufheben zu lassen und die Öffnung des Staatsdienstes und kirchlicher Institutionen für Katholiken somit zu legitimieren. Als der König damit scheiterte, entschied er sich zwischen November 1686 und März 1687 für eine radikale Wende in seiner Politik, in der er eine Reihe einflussreicher Tories aus ihren Ämtern entließ und sich seinen bisherigen Gegnern, den Whigs und mit ihnen den Dissenters, zuzuwenden begann. Jakobs neues Ziel war es nun, die Whigs für seine Toleranzpolitik zu gewinnen, um mit diesen dann in einem neu gewählten Parlament entsprechende Gesetzesänderungen zu erreichen.

Um sich die politische Unterstützung sowohl der Whigs als auch der Dissenters zu sichern, erließ der König am 4. April 1687 eine Toleranzklärung (Declaration of Indulgence), die den bisher unterdrückten Sekten und Katholiken eine Reihe von Freiheiten (z. B. Recht auf Versammlung, Ende des 3-Meilen-Banns, etc.) zugestand, und entließ drei Monate später das Parlament. Die mit der Toleranzklärung verknüpfte Hoffnung Jakobs auf eine weitere Zersplitterung der reformierten Kirche erfüllte sich indes nicht: Statt dessen entfachte der Schritt des Königs eine lebhafte Diskussion darüber, ob die Krone einseitig ein mit dem Parlament gemeinsam verabschiedetes Gesetz außer Kraft setzen dürfe.

Nachdem Jakob bereits zahlreiche Friedensrichterpositionen mit katholischen Anhängern hatte besetzen lassen, folgte im Oktober 1687 eine weitere Entlassungswelle all der „Justices of Peace“, die auf Anfrage eine Aufhebung des Clarendon Codes wie der Test-Akte pauschal abgelehnt hatten. Trotz dieses Vorgehens blieben die Ziele Jakob II. zu dieser Zeit noch darauf beschränkt, die Stellung der katholischen Bevölkerung zu verbessern und seiner Religion eine langfristige Tolerierung zu ermöglichen. Begründet lag dies nicht zuletzt in dem Wissen, dass wegen seiner Kinderlosigkeit die Krone nach seinem Tode an seine mit Wilhelm von Oranien vermählte Tochter Maria fallen würde und zu weit gehende Rechte der Katholiken nach dem Thronwechsel voraussichtlich rückgängig gemacht werden würden. Dies änderte sich schlagartig, als im November 1687 deutlich wurde, dass Jakob erneut Vater werden würde und somit die Möglichkeit eines katholischen Thronfolgers bestand. Von da an verfolgte der König seine Toleranzpolitik gegenüber den Dissenters und seine Versuche, durch ein

von den Whigs dominiertes Parlament Unterstützung für seinen religionspolitischen Kurs zu erhalten, mit sehr viel mehr Nachdruck. Dabei schreckte Jakob auch vor illegitimen Mitteln, wie etwa Wahlbetrug im lokalen Rahmen, nicht zurück.

Je stärker der König diesen Kurs jedoch verfolgte, desto stärker rückten die früheren Feinde, Dissenters und Anglikanische Kirche, zusammen, verband sie doch gleichermaßen das Interesse an einem protestantischen Thronfolger. Die Geburt des Kronprinzen am 10. Juni 1688, die von großen Teilen der Bevölkerung als Betrug abgetan wurde, schweißte diese Gruppen noch enger zusammen.

Die Revolution von 1688/89

Die Revolution von 1688/1689 war keineswegs eine zwangsläufige Konsequenz des Handelns Jakobs II., sondern bedurfte verschiedener Impulse auch auf europäischer Ebene. Trotz des starken Widerstandes gegen seine Toleranzpolitik war 1688 nämlich noch keineswegs sicher, dass es in der Bevölkerung, in der Kirche und beim Adel zu einer starken und gegen das Königshaus gerichteten Reaktion kommen würde. Zu frisch waren noch die Erinnerungen an die Herrschaft Cromwells und die Schrecken des Bürgerkriegs. Erst Jakobs katastrophales Agieren nach der Geburt seines Sohnes ließ die Situation endgültig eskalieren.

Im Mai 1688 erließ der König eine zweite Toleranzklärung, die zwar wenig Neuerungen gegenüber der ein Jahr zuvor verkündeten Erklärung aufwies, dieses Mal jedoch in zwei Lesungen in den Gottesdiensten des ganzen Landes verkündet werden sollte. Die anglikanische Geistlichkeit wurde damit einem enormen Gewissensdruck ausgesetzt, da eine Weigerung eine Amtsenthebung durch den Court of Ecclesiastical Commission zur Folge haben würde, sich die Erklärung andererseits aber direkt gegen die Rechte der Anglikanischen Kirche richtete. In dieser Situation fassten sich im Mai 1688, kurz vor dem ersten angesetzten Termin der Verkündung, sieben Bischöfe ein Herz und verweigerten in einer Petition an den König die Kanzelverlesung der Deklaration. Jakob entschied sich daraufhin, den Widerständlern den Prozess vor dem Kirchengerichtshof zu machen und ließ sie in den Tower sperren. Dieser Prozess der sieben Bischöfe erwies sich jedoch als fatal. In der Bevölkerung und der Kirche wurden die Sieben wie Märtyrer gefeiert, große Menschenmengen pilgerten zu ihrer Unterstützung zum Tower, Wachleute ließen sich von ihnen segnen und die Verlesung des königlichen Edikts scheiterte desaströs. Auch der Prozess selbst ging für die Krone verloren, denn das Gericht wagte es, die Bischöfe von der Anklage der „auführerischen Verleumdung“ freizusprechen.

Das Verfahren sorgte zudem für einen außerordentlich bedeutsamen Stimmungsumschwung unter den Tories und den Anhängern der Staatskirche: Die 1662 zum Gesetz erhobene und von den Anhängern der Krone bislang widerspruchslos akzeptierte Non Resistance Idee (die Ablehnung jeglichen Widerstands gegen den König) erschien nun nicht mehr unumstritten, da selbst in der hohen Geistlichkeit nicht sakrosankt. Der Prozess sorgte somit für ein endgültiges Zusammenrücken der oppositionellen Kräfte sowohl der Whigs und Dissenters als auch der Tories und Anglikaner.

Von da an mehrten sich die Zeichen, dass die Regierung an verschiedenen Orten die politische Kontrolle über das lokale Geschehen zu verlieren begann. Katholische Lord Lieutenants und Friedensrichter beklagten sich in wachsendem Maße darüber, dass die protestantischen Untertanen ihnen den Gehorsam verweigerten. An anderen Orten wurden Gerichtsverfahren gegen Katholiken vorgenommen, die im Widerspruch zu bestehenden Gesetzen staatliche Ämter bekleideten. Gleichzeitig nahm die Zahl gegen das Königshaus gerichteter politischer Flugschriften stark zu, während immer häufiger der Ruf nach einer Unterstützung durch den Schwiegersohn des Königs, Wilhelm von Oranien, laut wurde.

Wilhelm selbst plante bereits seit längerem ein Eingreifen in England, da er durch die pro-französische Politik Jakobs ein weiteres Erstarren der katholischen Kräfte in Europa befürchtete und im vom englischen König forcierten Aufbau eines stehenden Heeres eine unmittelbare Gefahr für seine Interessen sah. Dabei war ihm daran gelegen, den Eindruck einer feindlichen Invasion nicht entstehen zu lassen. Im April 1688 bat er eine Gruppe einflussreicher Angehöriger des Ober- und Unterhauses, unter ihnen auch Compton, ihm eine förmliche Einladung zukommen zu lassen. Gleichzeitig versicherte er sich der Unterstützung des Kaisers Leopold I. und der deutschen Fürsten für sein Unternehmen. Nachdem im Juni der gesunde Thronfolger zur Welt gekommen war, fielen letzte Bedenken und die sogenannten Immortal Seven kamen Wilhelms Aufforderung schließlich nach. Wilhelm konnte nun die Invasion vorbereiten, indem er die niederländische Generalstände überzeugte, ihm Geld und Truppen zur Verfügung zu stellen. Hierbei spielte ihm der im September ausgebrochene Pfälzische Erbfolgekrieg in die Hände, der das geplante Unternehmen als Präventivmaßnahme gegen eine Erneuerung des anglo-französischen Bündnisses, das 1672 beinahe zum Untergang der niederländischen Republik geführt hätte, erscheinen ließ. Viele englische Adlige und Militärs, darunter der spätere Herzog von Marlborough, sagten Wilhelm im Voraus ihre Unterstützung zu.

Im November 1688 landeten Wilhelms Truppen bei Torbay in Südwestengland und wurden dort von der Bevölkerung begeistert aufgenommen. Die ihm entgegen gesandten Truppen

Jakobs II., die durch irische Kämpfer verstärkt worden waren, leisteten den Invasoren wenig Widerstand und Wilhelms kluges Vorgehen sowie eine freundliche Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung sorgten für ein Überlaufen zahlreicher englischer Offiziere und Soldaten. Zusätzlich schwächte sich Jakob selbst, indem er die Königin und seinen Sohn nach Frankreich bringen ließ und selbst zu fliehen versuchte. Erst nach dem zweiten Versuch gelang ihm dies im späten Dezember 1688, nicht ohne das Große Staatssiegel in der Themse zu versenken und den Aufständischen Vergeltung anzudrohen. Der Weg für eine Thronbesteigung Wilhelms war geebnet.

Thronbesteigung Wilhelms III.

Im Januar 1689 trat das in aller Eile neu gewählte Convention Parliament zusammen und setzte Wilhelm III. von Oranien und Maria II. mit dem Argument in die Thronfolge ein, der Thron sei vakant geworden. Damit wurde ein weiterer Streit um das Widerstandsrecht umgangen, dessen Befürworter sich nicht auf einen Konflikt mit den wieder gestärkten Tories einlassen wollten, und die Schuld am Bruch in der Thronfolge dem letzten Stuartkönig zugeschrieben. Die verfassungspolitische Regelung der Thronfolge, nach der Marias jüngere Schwester Anna Wilhelm und Maria auf den Thron folgen sollte, wurde im Frühjahr 1689 in der Declaration of Rights vorgenommen. Außerdem reservierte sich das Parlament für alle Zukunft das Recht, gemeinsam mit den königlichen Gerichtshöfen den Inhalt und insbesondere die Grenzen der königlichen Prerogative zu bestimmen. Der Krone wurde ferner das Recht bestritten, missliebige Richter in Zukunft einfach des Amtes zu entheben, gemeinsame Beschlüsse des Parlaments und der Krone einseitig außer Kraft zu setzen und schließlich eine Stellung außerhalb des Gesetzes einzunehmen. Durch die Zustimmung der Krone wurde die Declaration of Rights im Dezember 1689 in entschärfter Form zur Bill of Rights und vervollständigte damit auf der Verfassungsebene das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Allerdings wäre es falsch, hierin die Begründung einer konstitutionellen Monarchie in England zu sehen. Diese basierte vielmehr auf Konzessionen, die nicht 1689, sondern erst im Zuge der nächsten zwölf Jahre erkämpft wurden.

Ende 1689 nahm das Parlament auch noch ein zweites Anliegen auf, das durch die Vorkommnisse in den vorhergegangenen Jahren unausweichlich geworden war: Mit der Toleranz-Akte wurde eine Regelung der Religionsfrage vorgenommen, die den Dissenters nun endlich gewisse Rechte und Freiheiten der Ausübung ihrer Religion zugestand, diese jedoch sowohl an den Huldigungs- als auch den Suprematseid knüpfte. Katholiken, Juden und Anti-Trinitaristen blieben von der Regelung jedoch weiterhin ausgeschlossen.

Während Wilhelms Thronbesteigung in England überwiegend positiv aufgenommen wurde, traf er in den schottischen Highlands auf massiven Widerstand der Anhänger Jakobs (Jakobiten). Eine erste Erhebung unter Führung von „Bonnie Dundee“ erfolgte bereits während der Tagung des Convention Parliaments und konnte erst im Mai 1690 niedergeschlagen werden. Das harte und kompromisslose Vorgehen seiner schottischen Vertreter (z. B. beim Massaker von Glencoe (1692)) und seine antifranzösische Politik bescherten dem König zusätzlich viel Misstrauen bei seinen nördlichen Untertanen.

Noch problematischer erwies sich die Situation in Irland, in dem Jakob mit einem französischen Heer am 12. März 1689 bei Kinsale gelandet war. Unterstützt von der katholischen Bevölkerung zog er erst nach Dublin und dann nach City of Londonderry, einer protestantischen Hochburg, die er erfolglos belagerte. Am 12. Juli des Folgejahres konnte Wilhelm Jakob in der Schlacht am Boyne entscheidend besiegen und in der Folge bis 1691 die gesamte Insel zurückerobern. Jakob zog sich erneut in sein französisches Exil zurück, aus dem er nie wiederkehrte. Die Bewegung der Jakobiten, die erst Jakob, dann seinen Sohn James (the Old Pretender) und schließlich dessen Sohn Charles (Bonnie Prince Charlie) als Thronfolger einsetzen wollten, blieb bis 1746 eine Bedrohung für die Nachfolger Wilhelms.

Krönungszeremonie

Wilhelm von Oranien und Maria wurden am 11. April 1689 in London in der ersten und bis heute einzigen Doppelkrönung gemeinsam gekrönt. Durch diese Doppelkrönung erhoffte man sich eine Legitimitätssteigerung von Wilhelm von Oranien, da im strengen Sinne seine Frau Thronfolgerin war. Bei der Krönungszeremonie wurden ein paar wesentliche Neuerungen eingeführt. Das House of Commons nahm an der Zeremonie teil. Sie konnten von ihrer erhöhten Tribüne das Geschehen gleichsam überwachen. Der Krönungseid wurde so verändert, dass er die Monarchen an das Parlament band. Mit der neuen Eidformel versprachen sie „... to govern the people of this kingdom of England ... according to the statutes in parliament agreed on, and the laws and customs of the same“. Schließlich wurde die Krönung nicht vom Erzbischof von Canterbury vollzogen – dieser weigerte sich, da er immer noch Jakob II. als legitimen König betrachtete –, sondern vom Bischof von London.

Settlement und Politik nach 1689

Wilhelm III. zog England in das Kriegsgeschehen Kontinentaleuropas hinein und legte mit seiner Politik den Grundstein für die Entwicklung des Staates zur europäischen Großmacht

und später zur Weltmacht. Mit seinem Coup stieg Wilhelm außerdem zu einem der Führer des protestantischen Widerstands gegen die Hegemonialbestrebungen des französischen Königs auf und fügte diesem im Frieden von Rijswijk eine empfindliche Niederlage bei. Auch im Spanischen Erbfolgekrieg erwies sich England als eine treibende Kraft die es verstand, die französische Koalition zurückzudrängen.

Die militärischen Unternehmungen Wilhelms III. hatten zudem einen, aus Sicht der Nachwelt, erheblichen Nebeneffekt: Die hohen Kosten der Kriegsführung machten eine gute Zusammenarbeit mit dem Parlament, dem die Bewilligung der Steuern und Einnahmen oblag, zwingend notwendig und dieses wiederum ließ sich dafür von der Krone zahlreiche Konzessionen bewilligen. Den Auftakt machte 1694 die Erneuerung des Triennial Act, die eine Einberufung des Parlaments im Drei-Jahres-Rhythmus und auch eine maximale Dauer des jeweiligen Parlaments von drei Jahren vorschrieb. Am Vorabend des spanischen Erbfolgekrieges folgte mit dem Act of Settlement eine Festlegung des Parlaments auf eine protestantische Erbfolge, mit dem dieses erstmals das Recht der Regelung einer Erbfolge erstritt (ein Recht, das 1707 mit dem Regency Act bestätigt wurde). Außerdem verfügte der Act of Settlement erneut die Unabhängigkeit der Gerichte des Landes von der Regierung und trug so zur Entstehung der konstitutionellen Monarchie bei. Parallel förderte das Parlament die Entstehung einer breiten politischen Öffentlichkeit dadurch, dass es das bestehende System der Pressezensur 1695 nicht erneuerte, und die Zahl der Wahlberechtigten stieg, trotz der Erhöhung der Qualifikationen für eine Wahlberechtigung durch die Tories, stetig (wenngleich nicht sprunghaft) an.

Langfristige Bedeutung

Langfristig erwies sich der Umsturz als bedeutend nicht nur für die Geschichte Englands, sondern für die Entwicklung des Parlamentarismus weltweit. Da sich seit dem 18. Jahrhundert immer mehr Staaten das englische Regierungssystem zum Vorbild nahmen, prägten die in der Glorious Revolution wie die zuvor schon im Englischen Bürgerkrieg aufgeworfenen Verfassungsfragen die politische Theorie weit über Großbritannien hinaus. Ähnlich langfristig waren die Auswirkungen der Glorious Revolution auf das britische Finanzsystem. Die britische Krone hatte im Vergleich zu anderen europäischen Monarchien deutlich weniger Landbesitz. Mit der Glorious Revolution verstärkte sich die unmittelbare Kontrolle des Parlaments über die Ausgaben des britischen Königshauses. Sie führte letztlich 1717 zur Einführung des Goldstandards, was dem Lord Treasurer die Möglichkeit nahm, durch einen verringerten Edelmetallgehalt der Münzen eine versteckte Abwertung der britischen Währung vorzunehmen. Eine verstärkte Professionalisierung erfolgte auch bei der Besetzung öffentlicher Ämter. Ämter wie etwa die des Steuereintreibers wurden auf Gehaltsbasis vergeben und nicht wie in Frankreich versteigert, was zu einer größeren Steuergerechtigkeit führte. In der Mitte des 18. Jahrhunderts verfügte London auf Grund dieser soliden Form der Staatswirtschaft über eine funktionierende Börse, auf denen vor allem Anleihen der britischen Regierung gehandelt wurden. Der Wertpapierhandel zog auch ausländische Investoren an. So investierten vor allem Niederländer in britische Staatspapiere. Großbritannien unterschied sich damit auch in seinem Wirtschaftssystem signifikant von europäischen Monarchien und legte damit die Basis für eine wirtschaftliche und politische Entwicklung, die sehr viel ruhiger als auf dem europäischen Festland verlief.[1] Bis heute machen sich die Folgen der Revolution aber auch im Nordirland-Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten bemerkbar.

Belege

Einzelnachweise

- ↑ Niall Ferguson: *The Ascent of Money – A Financial History of the World*, Penguin Books Ltd, London 2009, ISBN 978-0-14-103548-2, S. 76 und S. 77

Literatur

- Günter Barudio: *Das Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung 1648-1779*. 11. Aufl. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1981, ISBN 3-596-60025-1 (Fischer-Weltgeschichte; Band 25)
- Kaspar von Greyerz: *England im Jahrhundert der Revolution 1603-1714*. Ulmer Verlag, Stuttgart 1994, ISBN 3-8252-1791-4.
- Eckhart Hellmuth: *Die glorreiche Revolution 1688/89*. In: Peter Wende (Hrsg.): *Große Revolutionen. Von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*. Beck, München 2000, ISBN 3-406-46703-2.
- Thomas Babington Macaulay: *Die Glorreiche Revolution. Geschichte Englands 1688/89*. Manesse Verlag, Zürich 1998, ISBN 3-7175-8240-2 (Klassiker des 19. Jahrhunderts aus England)

- Hans-Christoph Schröder: Die Revolutionen Englands im 17. Jahrhundert. 3. Aufl. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1994, ISBN 3-518-11279-1 (edition suhrkamp; 1279).

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u-m-d-h-T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Geschichte des Königreichs Großbritannien

(Weitergeleitet von **Geschichte des Königreiches Großbritannien**)

Vorhergehende Geschichte Großbritanniens: Geschichte Englands und Geschichte Schottlands

Die Geschichte des Königreichs Großbritannien umfasst die Geschichte der seit dem Act of Union von 1707 unter der englischen Krone zusammengefassten Territorien England und Schottland. Mit dem Act of Union von 1800 kam das bis dahin staatsrechtlich eigenständige Irland in diesen Verband. In diesen Jahrhundert ebten die Widerstände gegen die englisch-schottische Union ab, die innenpolitischen Auseinandersetzungen entfalteten sich zwischen den nun konsolidierten Parteien der Whigs und Tories. Nach außen baute das Königreich seine Kolonien aus, wenn auch die nordamerikanischen Niederlassungen unabhängig wurden und damit verloren gingen. Die wirtschaftliche Entwicklung ließ das restliche Europa hinter sich und mündete schließlich in die Industrielle Revolution.

Konsolidierung unter dem Haus Hannover

Entstehung des Königreichs Großbritannien

Wilhelm III. starb 1702 mitten in den Vorbereitungen eines neuen Krieges gegen Frankreich. Die Herrschaft übernahm seine Schwägerin Anna. Sie erklärte sofort den unter Wilhelm vorbereiteten Krieg gegen Frankreich und Spanien und wurde damit in den Spanischen Erbfolgekrieg hineingezogen. 1712 wurde Ludwig XIV. schließlich gezwungen, von seiner Unterstützung der Nachkommen Jakobs II. abzurücken und eine vom englischen Parlament vorgelegte Thronfolgeregelung für England und Schottland zu akzeptieren. Darüber hinaus erhielt England einige koloniale Gebiete und Handelsprivilegien zugesprochen, was es endgültig zu einer der stärksten Kolonialmächte machte. Die Religionspolitik blieb unterdessen das entscheidende innenpolitische Thema. In der Anglikanischen Kirche bildete sich die Unterscheidung zwischen der High Church, die den royalistischen Tories nahe stand, und der Low Church auf Seiten der dem Landadel nahestehenden Whigs heraus. Die Auseinandersetzungen zwischen den sich immer mehr in Richtung moderner politischer Parteien entwickelnden Whigs und Tories bestimmten ab 1700 die politische Landschaft in England.

Ab 1706 drängte das englische Parlament Schottland massiv zu einer vollständigen politischen Union mit England. Die Angst vor schlechteren, vor allem ökonomischen Bedingungen im Fall der Weigerung, sowie massive Bestechung, führte zur Annahme des Angebots durch das schottische Parlament. England und Schottland wurden schließlich gemäß dem Act of Union 1707 zum Königreich Großbritannien vereinigt. Anna wurde erste "britische" Königin, das Haus Hannover als gemeinsame Herrscherdynastie festgeschrieben. Das Parlament Englands wurde in das Parlament Großbritanniens umgewandelt. Das Unterhaus wurde um 45 schottische Abgeordnete erweitert, das Oberhaus um 16. An der Grenze zwischen den beiden Staaten wurden keine Zölle mehr erhoben. Allerdings wurde das englische Recht nicht auf Schottland übertragen und einige schottische Institutionen nicht mit ihrem englischen Gegenstück fusioniert; dazu zählen die Bank of Scotland und die Church of Scotland.

Die Whig-Epoche

Durch den Act of Settlement war 1701 die protestantische Thronfolge festgelegt worden, so dass nach Annes Tod die Krone 1714 an Georg I. aus dem Haus Hannover (Welfen) fiel. Georg stützte sich auf die Whigs, die im Gegensatz zu den Tories bedingungslos an der protestantischen Erbfolge festgehalten hatten. Sowohl durch die Amtsvergabepraxis des neuen Königs als auch durch die Parlamentswahl 1715 besetzten die Whigs den Großteil der politischen Schlüsselpositionen Großbritanniens. Nach einem jakobitischen Aufstand in Schottland und Teilen Nordenglands im gleichen Jahr wurden verschiedene politische Rechte eingeschränkt und die Wahlperiode des Parlaments von drei auf sieben Jahre heraufgesetzt, was die Dominanz der Whigs auf lange Zeit zementierte. Spannungen spielten sich hauptsächlich innerhalb der dominanten Partei ab: Nachdem Großbritannien sich in der Tripel-Allianz mit Frankreich und den Niederlanden verbündet und in den Großen nordischen Krieg eingegriffen hatte, spaltete sich ein Teil der Whigs ab und trat im Parlament in Opposition zur Regierung. 1720 setzte sich Robert Walpole als starker Mann der Whigs durch, der als Chancellor of the Exchequer eine Finanzmarktkrise beendete und zum ersten Premierminister Großbritanniens wurde. Walpole sicherte seine Stellung vor allem durch seine überragenden finanzpolitischen Fähigkeiten. Mit dem sinking fund schuf er ein System, das den britischen Staatsanleihen ein bis dahin nicht gekanntes Maß an Stabilität und damit dem Staat eine gewaltige Kreditwürdigkeit verschaffte. Seine merkantilistische Handelspolitik förderte den Export und belegte den Import nach Großbritannien mit hohen Abgaben. In den folgenden 20 Jahren kontrollierte Walpole die Vergabe nahezu aller staatlicher Ämter und Bischofsstühle und das Stimmverhalten der schottischen Whig-Abgeordneten im Oberhaus praktisch vollkommen. Auf das Unterhaus übte er großen Einfluss durch seine Finanzmittel aus: Da die Wahlkreiseinteilung noch auf der Struktur des Mittelalters beruhte, existierten viele ländliche Wahlkreise, die sich durch Zahlungen an wenige Wahlberechtigte kaufen ließen. Vergleichsweise moderne politische Wahlkämpfe fanden dagegen in den städtischen Wahlkreisen statt.

Widerstand rief vor allem Walpoles Außenpolitik hervor. Während er durch Verträge den Frieden mit Frankreich und Spanien zu sichern versuchte, formierte sich innerhalb der Whigs eine Kriegspartei, die im Verlauf mehrerer Handelsauseinandersetzungen vor allem mit Spanien in der Karibik immer größer wurde. Walpole scheint den Wandel der Meinung gegen sein außenpolitisches Konzept erkannt zu haben und trat nach einer für ihn ungünstig verlaufenen Unterhauswahl 1742 während der Regierungszeit Georgs II. (1727-1760) zurück.

Das Verhältnis zwischen England und Schottland blieb in dieser Zeit weiter gespannt. 1715 war eine Verschwörung gegen Georg I. zu Gunsten eines Stuart-Königs aufgedeckt worden, an der sich auch englische Parlamentsangehörige beteiligt hatten. Kurz darauf brach in Schottland ein bewaffneter Aufstand aus, den ein zahlenmäßig weit unterlegenes englisches Heer in der Schlacht von Sheriffmuir niederschlug. Im Januar 1716 landete jedoch James Francis Edward Stuart in Schottland und rief sich dort unter dem Namen Jakob VII. zum König aus, floh aber nach wenigen Tagen wieder. In den folgenden Jahrzehnten wurde die schottische Bevölkerung systematisch entwaffnet und Straßen in die unwegsamen Gebiete des Landes gebaut. 1745 landete Charles Edward Stuart, bekannt als Bonnie Prince Charlie, unerkannt in Schottland und behauptete, dass er ein Militärbündnis mit Frankreich geschlossen habe. Dadurch ermutigt, schloss sich ihm eine kleine aufständische Streitmacht an, der Anfängerfolge gegen die Engländer gelangen. Als sich nach Operationen in Nordengland kein allgemeiner Aufstand entwickelte, musste der Prätendent zugeben, dass er in Wirklichkeit keine französische Waffenhilfe zu erwarten hatte. Ein Teil seines Heeres löste sich daraufhin auf. Mit dem Rest wurde er am 16. April 1746 bei Culloden vernichtend geschlagen. Es folgte eine blutige Säuberungswelle in den Highlands, nach der Schottland endgültig unterworfen war. Gleichzeitig begannen aber auch viele schottische Adlige Karriere im englischen Heer zu machen, was die Integration in das Königreich Großbritannien vorantrieb. Auch wirtschaftlich begann sich Schottland an England zu binden, vor allem durch die Produktion von Schlachttieren, die in den wachsenden Städten des Südens begehrt waren, und zunehmend mit dem Abbau von Kohle.

Das Ende der Whig-Dominanz

Der für Großbritannien ungünstige Verlauf des Österreichischen Erbfolgekriegs zwang Georg II. ab etwa 1745 wieder Regierungsämter mit Tories zu besetzen, um seiner angeschlagenen Herrschaft eine breite politische Basis zu verschaffen. 1747 zog sich Großbritannien aus dem Erbfolgekrieg zurück, vor allem wegen der starken Belastung für die Staatsfinanzen. Unter Premierminister Henry Pelham schloss sich eine Konsolidierungsphase an, auf die wiederum eine Phase mit schnell wechselnden und kaum handlungsfähigen Regierungen folgte. Eine starke Gestalt hatte die britische Politik erst wieder ab 1756 mit William Pitt dem Älteren. Unter ihm, der nur Secretary of the State war, aber wie ein Premierminister agierte, griff Großbritannien in den Siebenjährigen Krieg (1756-1763) ein. Vorangegangen waren wiederholte Zusammenstöße mit französischen Truppen und Schiffen vor allem in den Kolonien auf verschiedenen Kontinenten. Nach nur geringen Erfolgen in den ersten Kriegsjahren erzielten die britischen Truppen 1759 eine Reihe von Siegen. Als Folge des Krieges gewann Großbritannien sämtliche französischen Kolonien in Nordamerika sowie Territorien in Afrika und Indien. Auf dem mitteleuropäischen Kriegsschauplatz taten sich die britischen Truppen schwer, vor allem aber erfüllte Friedrich der Große, der von Großbritannien vor allem finanziell unterstützt wurde, nicht die militärischen Erwartungen. Wegen der hohen

Kriegsausgaben wuchs der Unmut gegen Pitt. Allerdings begann sich die britische Politik erst nach dem Tod Georgs II. aktiv für ein Ende des Krieges einzusetzen, weil sein Nachfolger Georg III. zum Verzicht auf das Stammland Hannover bereit war.

Die Church of England erlebte im 18. Jahrhundert sowohl eine Phase von Abspaltungen (Methodismus) und abweichenden Meinungen (Unitarier, Deismus), als auch eine Konsolidierung in ihrem Hauptstrom, der mit einer engen Bindung an den Staat sowie den Adel verbunden war. So entwickelte sich ein neues Pfründenwesen, in dem kirchliche Ämter von der Krone oder vom Adel vergeben wurden. Die abweichenden Strömungen der Dissenters wurden in der Phase der Dominanz der Whigs zunehmend toleriert und bündelten sich zu einer überschaubaren Anzahl von Unterformen. Der Katholizismus wurde weiter staatlich bekämpft und ging deutlich zurück.

Wirtschaft und Gesellschaft im frühen 18. Jahrhundert

Zwar senkten medizinische und hygienische Fortschritte den Einfluss von Krankheiten auf die Bevölkerungsentwicklung, doch begrenzten in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts mehrere Missernten und Epidemien wie Typhus, Ruhr und Pocken das Bevölkerungswachstum. 1761 lebten in England und Wales rund 6,7 Million Menschen, in Schottland rund eine Million. Eine Explosion der Einwohnerzahl setzte erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ein. Langsam begann sich eine breite Schicht eines mittleren Bürgertums zu bilden. Die ärmsten Bevölkerungsteile sahen sich ab etwa 1700 mit einer noch einmal verschärften Armengesetzgebung konfrontiert.

Die Landwirtschaft als bei weitem wichtigster Wirtschaftszweig erlebte eine neue Intensivierungswelle, was die Produktion deutlich steigen ließ. Mit der vorerst noch langsamen Zunahme der industriellen Produktion wuchs der Bedarf an Verkehrsverbindungen, auf den man mit einem verstärkten Kanalbau reagierte. Der Außenhandel erlebte einen deutlichen Aufschwung, in dessen Verlauf seit dem späten 17. Jahrhundert viele Monopolgesellschaften wie die Merchant Adventurers an Bedeutung verloren. Immer mehr Handelslinien wurden für private Kaufleute freigegeben, wobei der Amerika- und der Levantehandel in den Händen von privilegierten Gesellschaften blieben. Der Boom des Seehandels zog unter anderem die Entwicklung des Versicherungswesens und ein starkes Wachstum der Werften nach sich.

Geistesleben im frühen 18. Jahrhundert

Nach den unruhigen Zeiten des Bürgerkriegs, des Commonwealth und der Glorreichen Revolution schlug sich in Kultur und Wissenschaft der Wunsch nach Stabilität nieder. Dies drückte sich im Aufkommen des Klassizismus in verschiedenen künstlerischen Disziplinen sowie im Rationalismus der Wissenschaften aus. Der Klassizismus wurde auch durch die außenpolitischen und militärischen Erfolge bestärkt, nach denen Großbritannien sich als Nachfolger des Römischen Reiches ansehen konnte. In der Wissenschaftstheorie setzte sich vor allem mit John Locke und David Hume, den Hauptvertretern der britischen Aufklärung ein strenger Empirismus durch.

Am deutlichsten schlug sich der Klassizismus in der Architektur nieder. Richard Boyle setzte diesen Stil mit Bezug auf den römischen Architekten Vitruv durch. Stilbildend für ganz Europa wurde Großbritannien durch die Entwicklung des Englischen Gartens. In der Malerei führte vor allem Joshua Reynolds das "classical age" ein. Er bemühte sich neben der alleine vorherrschenden Gattung der Portraitmalerei auch die Historienmalerei einzuführen. In der Gestalt von William Hogarth entwickelte sich außerdem eine frühe Form des Realismus, die bereits sozialkritische Akzente setzte. Die Musik der Epoche war geprägt von Georg Friedrich Händel und dem von ihm gestimmten Übergang von der Oper zum Oratorium. In der Prosaliteratur setzte sich der Roman als dominierende Form durch, während die Poesie allgemein höheres Ansehen genoss und sich zunehmend in Richtung Naturpoesie entwickelte. Als neue dramatische Form gewann das Bürgerliche Trauerspiel an Bedeutung.

Koloniale Expansion und imperiale Krise

Reformversuche und steigende Unzufriedenheit

Das britische Kolonialreich entwickelte sich aus mehreren Ansätzen: An den afrikanischen und indischen Küsten waren Handelsstützpunkte von geringer Flächenausdehnung entstanden, viele karibische Inseln waren großflächig erschlossen worden, um dort Plantagen anzulegen, in Nordamerika hatten sich Auswanderer, oft von ihrer abweichenden religiösen oder politischen Meinung zu diesem Schritt bewegt, niedergelassen und Gemeinwesen gebildet. Die Kolonien wurden im 17. und frühen 18. Jahrhundert politisch kaum wahrgenommen. Darüber hinaus spielten die nordamerikanischen Siedlungskolonien zunächst auch wirtschaftlich eine geringe Rolle, was sich aber mit dem starken Bevölkerungswachstum dort (1700: rund 250.000 Einwohner, 1774: rund zwei Millionen) bald änderte. Das politische Interesse an den Kolonien begann mit dem zunehmenden Engagement auch der anderen europäischen

Mächte in diesen Gebieten zu wachsen. So spielten sich die Auseinandersetzungen des Siebenjährigen Krieges zwischen Großbritannien und Frankreich nicht zuletzt auch um die Kolonialreiche beider Nationen ab. Der Friede von Paris 1763 zog ein Wachstum der britischen Besitzungen in Nordamerika und Indien auf Kosten Frankreichs nach sich.

Mit der Thronbesteigung Georgs III. 1760 formierte sich auch die politische Führungsschicht um. Der neue König berief Parlamentsmitglieder in wichtige Ämter, die weder durch ihre Bindung an Whigs oder Tories gebunden waren, dafür aber durch die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Wahlkreise und durch ihre persönliche Loyalität zum König. Mit dieser Führungsgruppe ging er zunächst vor allem die Beendigung des Siebenjährigen Krieges und die Konsolidierung des durch den Krieg schwer geschädigten Staatshaushaltes an. Im Rahmen dieser Bemühungen wurden auch Steuern über die nordamerikanischen Kolonien verhängt, was dort zu entschiedenem Widerstand, Angriffen auf königliche Beamte und einem Boykott britischer Waren führte.

Auch in Großbritannien kam es zu Ausbrüchen von Unzufriedenheit gegen die Krone. Der Verleger John Wilkes erlangte hohe Popularität, nachdem er bis dahin beispiellos kritische Artikel gegen den König veröffentlicht hatte und deshalb juristisch verfolgt wurde. Nach mehreren öffentlichen Auftritten wurde er 1768 in das Unterhaus gewählt und trat die verhängte Haftstrafe an, was Demonstrationen für seine Freilassung zur Folge hatte. Mehrfach schrieb die Regierung Neuwahlen für Wilkes' Wahlbezirk aus und erkannte ihm trotz wiederholter Siege schließlich sein Mandat ab. Dieses willkürliche Vorgehen führte zu immer lauterem Forderungen nach einer Verfassungsreform. 1769 formierte sich die Gesellschaft der Supporters of the Bill of Rights, die sich eine Wahlrechtsreform auf die Fahnen schrieb. Vor allem ging es darum, die Schieflage zwischen den seit dem Mittelalter bestehenden ländlichen Wahlkreisen mit geringer Bevölkerung und den dicht besiedelten städtischen Wahlkreisen auszugleichen. Der bis dahin fehlende Ausgleich hatte zur Folge, dass städtische Wählerstimmen nur ein Bruchteil des Gewichts von ländlichen Stimmen hatten. In den 1770er Jahren bildeten sich mehrere Bewegungen und Interessengruppen, die im Sinn der Aufklärung eine durch Vernunft gegliederte politische Ordnung forderten, was unter anderem eine Ausweitung des Wahlrechts auf die gesamte männliche Bevölkerung und eine Verringerung der Macht des Königs umfasste. Das Aufrührpotenzial in der Londoner Bevölkerung zeigte sich 1780, als nach Gesetzesvorschlägen zur Katholikenemanzipation die Gordon Riots ausbrachen, in deren Verlauf katholische Gesandtschaftskapellen verwüstet und entdeckte Katholiken misshandelt wurden.

Der Verlust Nordamerikas und die Nationalbewegung in Irland

Die Steuerausinandersetzungen der frühen 1760er Jahre hatten die öffentliche Meinung in den 13 nordamerikanischen Kolonien gegen das Mutterland beeinflusst. Als 1773 die East India Company das Monopol auf den Teeimport in die Kolonien erhielt und damit der Schmuggel sowie die Steuerhinterziehung unterbunden wurden, kam es zum Widerstand in Form der Boston Tea Party am 16. Dezember 1773. Im April des Folgejahres trat der Erste Kontinentalkongress der Kolonien zusammen, womit sie sich erstmals eine feste Organisation gaben und ein gemeinsames Heer aufstellten. Darauf reagierte Großbritannien mit dem Ausschluss der Kolonien vom Außenhandel. Kurz darauf brachen die ersten Kämpfe des Unabhängigkeitskrieges aus. Zunächst blieb der Konflikt von niedriger Intensität, weil die Kolonien ihr Heer erst aufbauen und die britischen Truppen über den Atlantik herbeigeschafft werden mussten. Am 4. Juli 1776 erließen die Rebellen die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten. Die erste größere Niederlage für die Briten war die Kapitulation von General Burgoyne am 17. Oktober 1777 in Saratoga. 1778 trat Frankreich, 1779 Spanien auf der Seite der Rebellen in den Krieg ein und weiteten ihn auf den europäischen und indischen Schauplatz aus. Mit der Kapitulation von Yorktown am 19. Oktober 1781 war der Krieg für Georg III. militärisch verloren. Politisch stellte ein Parlamentsentschluss vom 27. Februar 1782, der ein Ende des Krieges forderte und eine Regierungskrise auslöste, die Entscheidung dar. Der Frieden von Paris beendete 1783 den Unabhängigkeitskrieg offiziell und erkannte die Vereinigten Staaten von Amerika als souveränen Staat an.

Irland wurde im 18. Jahrhundert von einer dünnen protestantischen Herrschaft beherrscht. Die Katholiken wurden unterdrückt. Allerdings hatte sich ein insbesondere aus Händlern bestehendes wohlhabendes katholisches Bürgertum gebildet. Aus dieser Gruppe wurden Forderungen nach Gleichberechtigung immer lauter, die zunehmend von den katholischen Volksmassen aufgegriffen wurden und durch die Ereignisse in Amerika zusätzlichen Auftrieb bekamen. Auf der anderen Seite bildeten sich Freiwilligenregimenter zur Verteidigung gegen eine französische Invasion, als die Krone Truppen aus Irland nach Amerika verlegte. Diese Loyalität wurde 1778 mit dem ersten Catholic Relief Act belohnt, das Katholiken vor allem in Grundbesitzfragen besser stellte. 1780 folgte eine Gleichstellung mit Großbritannien im Kolonialhandel, 1782 eine Aufwertung des irischen Parlaments, von der allerdings nur die protestantische Oberschicht profitierte. 1789, auch angeregt durch die Französische Revolution, bildeten sich die United Irishmen, die eine irische Nation mit Gleichberechtigung beider Konfessionen anstrebten. Damit hatte die irische Nationalbewegung erstmals im größeren Umfang protestantische Fürsprecher. 1793 erhielten Katholiken den Zugang zu Justizämtern, das aktive Wahlrecht und das Recht, Waffen zu tragen. Trotz dieser Zugeständnisse verhandelte die irische Nationalbewegung mit den Franzosen und bewog sie 1796 zu einem Invasionsversuch, der aber scheiterte. Vor allem auf dem Land kam es zur Bildung von nationalistischen Geheimgesellschaften, die in ihrer Mehrheit nicht den integrativen Nationalismus der städtischen Intellektuellen teilte, sondern ein katholisches Irland anstrebte. Deren Vorgehen führte 1798 zu einem übermäßig harten britischen Militäreinsatz, der

wiederum offene Aufstände herausforderte. Insgesamt starben während dieser Auseinandersetzungen rund 30.000 Menschen.

Die Ära Pitts des Jüngeren

Unter Premierminister Charles Watson-Wentworth, 2. Marquess of Rockingham setzten sich ab 1782 die liberalen Forderungen bis in die Staatsführung durch. Er beendete nicht nur den Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und begann mit der Konsolidierung des Staatshaushalts, sondern trieb auch die Entflechtung von Parlamentsmandaten und Verbindungen zum Hof voran.

Unter der Regierung von William Pitt dem Jüngeren setzten ab 1783 die Reformen verstärkt ein. Zur Finanzsanierung griff er auf das Mittel der sinking funds zurück, strich die meisten staatlichen Pensionen und senkte die Zölle, was den Schmuggel uninteressant machte und dadurch in der Summe die Zolleinnahmen erhöhte. Das gewonnene Geld nutzte er teilweise zum Aufrüsten der Marine. In einer ersten schweren Phase der Geisteskrankheit von Georg III. von Oktober 1788 bis Februar 1789 gelang es Pitt, den Thronfolger, den späteren Georg IV. weitgehend von der Regentschaft fernzuhalten.

Mit dem Sturm auf die Bastille in Frankreich wurden auch in Großbritannien die Stimmen immer lauter, die ein allgemeines Wahlrecht für alle Männer forderten. Die politischen Auseinandersetzungen griffen erstmals seit der Bürgerkriegszeit auf breite Kreise des Bürgertums und der Unterschichten über. Im Rahmen der politischen Diskussion entwickelte sich ein umfangreiches politisches Schrifttum, insbesondere von Edmund Burke und Thomas Paine. Als die britischen Radikalen 1794 und 1795 Kontakt mit den französischen Revolutionären aufnahm, hob die Regierung zahlreiche Freiheitsrechte auf, worauf die Reformbewegung in den Untergrund ging.

Außenpolitisch reagierte die Regierung unter Pitt zunächst zurückhaltend auf die Französische Revolution und hielt sich aus den Revolutionskriegen heraus. Auch nachdem das revolutionäre Frankreich Großbritannien am 1. Februar 1793 den Krieg erklärt hatte, engagierte sich die britische Regierung zunächst vor allem mit Unterstützungszahlungen für die kriegführenden Monarchien auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Militärisch waren die Briten vor allem in den französischen und holländischen Kolonien in der Karibik, später auf Ceylon und im späteren Südafrika aktiv. Nachdem die monarchische Front in Europa mit dem Frieden von Basel 1795 und dem österreichisch-französischen Friedensschluss 1797 zu bröckeln begann, standen Russland und Großbritannien dem revolutionären Frankreich alleine gegenüber. Die Briten verfügten über die größte Flotte der Zeit, jedoch über kein auf dem Kontinent handlungsfähiges Heer. Gleichzeitig war Großbritannien durch eine Wirtschaftskrise geschwächt, die erstmals die Erhebung einer allgemeinen Einkommensteuer nach sich zog. Nicht zuletzt wegen dieser massiven finanziellen Belastung war ein Friedensschluss mit Frankreich in der Bevölkerung populär, der schließlich 1802 mit dem Frieden von Amiens unter Pitts Nachfolger Henry Addington erfolgte.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im späten 18. Jahrhundert

Bereits im 18. Jahrhundert begann sich die Industrielle Revolution in Großbritannien zu entfalten. Ihre vollen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen zeigten sich jedoch erst im 19. Jahrhundert.

Dass dieser Prozess auf den Britischen Inseln begann, hat mehrere Gründe. So hatte sich nicht zuletzt nach den religiösen Auseinandersetzungen des Bürgerkriegs eine weitgehend rationale, an Vernunft und Naturwissenschaften ausgerichtete Weltanschauung durchgesetzt, was technische Erfindungen und die effektive Organisation der Arbeitsprozesse begünstigte. Auch gab es keine Leibeigenschaft, was das Abwandern der Landbevölkerung in die Städte und damit die Bildung eines Proletariats förderte. Das bis 1760 geringe Bevölkerungswachstum begünstigte die Entwicklung von Maschinen, um die teure menschliche Arbeitskraft zu ersetzen. Kohle war als Energiequelle reichlich vorhanden und über die Kanäle, sog. Narrowboat-Kanäle, sowie die Küstengewässer schnell und billig zu transportieren.

Zentrales Element der Industriellen Revolution war die Mechanisierung, zunächst in der Textilindustrie: 1765 wurde die Spinnmaschine Spinning Jenny entwickelt. 1788 waren bereits 20.000 dieser Anlagen in Betrieb. Parallel entstanden weitere Maschinen für verschiedene Arbeitsgänge dieses Wirtschaftszweiges. Der nächste Schritt waren Verbesserungen in der Eisenverhüttung und Stahlherstellung, was wiederum den Bau von Maschinen erleichterte und verbilligte. Als dritte Entwicklung kamen Dampfmaschinen hinzu, die ab ihrer entscheidenden Verbesserung durch James Watt in den 1770er und 80er Jahren immer weiter verbreitet wurden.

Die technischen Neuerungen veränderten auch den Arbeitsprozess. An die Stelle selbständiger Handwerks- oder Heimarbeit im Verlagssystem trat die Fabrikarbeit mit ihren zentralen Arbeitsorten, festen Zeiten und zunehmender Kinderarbeit. Die Arbeiter hatten sich im 18. Jahrhundert zunächst in Combinations, gewissermaßen Handwerkszünften, vereinigt. Diese

wurden zunächst verboten. Im beginnenden 19. Jahrhundert setzten sich die verschiedenen Formen arbeiterschaftlicher Organisation jedoch langsam durch.

Durch Thomas Malthus' Schrift *Essay on the Principle of Population* von 1798 entstand erstmals eine wissenschaftliche und politische Diskussion um die demographische Entwicklung. 1801 gab es die erste moderne Volkszählung in Großbritannien. In diese Zeit fällt auch ein massiver Bevölkerungsanstieg in ganz Großbritannien von etwas über 8 Millionen 1794 auf über 13 Millionen im Jahr 1831. Parallel zum Wachstum gab es auch eine regionale Konzentration der Einwohner in den Industrieregionen im Norden und Westen Englands, in Wales, in den Lowlands in Schottland und in London, das um 1800 die Marke von einer Million Einwohnern überstieg.

Das Vereinigte Königreich

Als Folge der Aufstände beschloss die Regierung unter William Pitt dem Jüngeren, die formelle Unabhängigkeit Irlands endgültig zu beenden. So wurde Irland mit dem Act of Union 1800 dem Königreich Großbritannien angeschlossen, was einerseits den Verlust des irischen Parlaments, andererseits die rechtliche Einheit und damit die formelle Gleichstellung von Großbritannien und Irland zum 1. Januar 1801 nach sich zog. Es entstand das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland. Irland entsandte rund 100 Abgeordnete in das House of Commons und 28 Peers in das House of Lords. Die von Pitt ebenfalls angestrebte staatsbürgerliche Gleichstellung der Katholiken scheiterte am Widerstand Georges III, worauf der Premierminister zurücktrat.

Im 19. Jahrhundert erlebte Großbritannien nach dem Krieg gegen Napoléon Bonaparte im Viktorianischen Zeitalter sowohl eine wirtschaftliche Blüte als fortschrittlichste Industrienation der Welt als auch eine machtpolitische Hochphase seines ausgedehnten Kolonialreiches, die mit dem Ersten Weltkrieg endete.

Literatur (Auswahl)

- Kluxen, Kurt: *Geschichte Englands. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Stuttgart 2001.
- Maurer, Michael: *Kleine Geschichte Englands*. Stuttgart 2002, ISBN 3-15-009616-2.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Britisches Weltreich

Das Britische Weltreich (auch Britisches Empire genannt; engl. British Empire) war die größte Kolonialmacht der Geschichte. Es umfasste Dominions, Kronkolonien, Protektorate, Mandatsgebiete und sonstige abhängige Gebiete, die unter der Herrschaft des Vereinigten Königreiches standen und aus den englischen Überseegebieten und Handelsposten hervorgegangen waren. 1922 hatte das Britische Weltreich eine Bevölkerung von 458 Millionen (ein Viertel der damaligen Weltbevölkerung)[1] und hatte eine Fläche von über 33,67 Millionen km² (etwa ein Viertel der Landmasse der Erde).[2] Daraus ergab sich ein weit verbreitetes politisches, juristisches, sprachliches und kulturelles Erbe, das bis heute in vielen Teilen der Welt nachwirkt. Das Weltreich wurde, wie schon zuvor das spanische Kolonialreich, als Reich bezeichnet, „in dem die Sonne nie untergeht“.

Während des Zeitalters der Entdeckungen im 15. und 16. Jahrhundert waren Spanien und Portugal die Pioniere der europäischen Erforschung der Welt und bildeten riesige Kolonialreiche. Angespornt durch die Reichtümer, welche diese Reiche einbrachten, begannen auch England, Frankreich und die Niederlande eigene Kolonien und Handelsnetzwerke in Amerika und Asien aufzubauen.[3] Nach mehreren Kriegen im 17. und 18. Jahrhundert gegen Frankreich und die Niederlande etablierte sich England (nach dem Act of Union 1707 mit Schottland das Königreich Großbritannien) als führende Kolonialmacht in Amerika und Indien. Die Abspaltung der Dreizehn Kolonien nach dem Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg

bedeutete zwar den Verlust der bevölkerungsreichsten Kolonien, doch wandte sich Großbritannien bald Afrika, Asien und Ozeanien zu. Nach dem Ende der Napoleonischen Kriege 1815 übte Großbritannien ein Jahrhundert lang eine fast unwidersprochene Dominanz aus. Mehrere Siedlerkolonien erhielten mit der Zeit mehr Autonomie und wurden zu Dominionen erhoben.

Durch den wachsenden Einfluss des Deutschen Reiches und der Vereinigten Staaten büßte Großbritannien um 1900 zunehmend die wirtschaftliche Vormachtstellung ein. Wirtschaftliche und militärische Spannungen mit dem Deutschen Reich gehören zu den wichtigsten Ursachen des Ersten Weltkriegs, wobei Großbritannien in hohem Maße auf die Unterstützung durch seine Kolonien angewiesen war. Zwar erreichte das Weltreich nach Kriegsende seine größte Ausdehnung, doch markierten finanzielle Probleme und zunehmende Autonomiebestrebungen den Beginn seines Niedergangs. Während des Zweiten Weltkriegs besetzte Japan die Kolonien in Südostasien, was Großbritanniens Prestige schmälerte und trotz des Sieges den Niedergang beschleunigte. So erlangte die bevölkerungsreichste Kolonie Indien bereits zwei Jahre nach Kriegsende die Unabhängigkeit.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die meisten Territorien des Britischen Weltreichs im Zuge der Dekolonisation unabhängige Staaten. Dieser Prozess war 1997 mit der Rückgabe Hongkongs an die Volksrepublik China weitgehend abgeschlossen. Nach der Unabhängigkeit traten die meisten ehemaligen Kolonien dem Commonwealth of Nations bei, einer losen Verbindung souveräner Staaten. 16 Commonwealth-Staaten haben als Commonwealth Realms bis heute ein gemeinsames Staatsoberhaupt, den britischen Monarchen. Darüber hinaus gibt es 14 Überseegebiete, die weiterhin unter britischer Souveränität stehen.

Grundlagen (bis 1583)

Der Grundstein zum Weltreich wurde gelegt, als England und Schottland noch voneinander getrennte Königreiche waren. Das Königshaus Plantagenet herrschte in der zweiten Hälfte des 12. und zu Beginn des 13. Jahrhunderts über England und den gesamten Westen Frankreichs (das so genannte Angevinische Reich). Der englische Besitz auf dem europäischen Festland ging bis 1453 im Hundertjährigen Krieg fast ganz verloren, als letztes fiel 1558 die Hafenstadt Calais ebenfalls an Frankreich.

Von weitaus größerer Bedeutung war die Ausdehnung des englischen Machtbereichs auf den Britischen Inseln selbst. Sie begann 1171 mit der Invasion Irlands und der Ausrufung der Lordschaft Irland, wenngleich sich die direkte englische Herrschaft zunächst auf kleine Gebiete an der Ostküste beschränkte, insbesondere den Pale um Dublin. Erst ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts konnte England mit den Plantagenets seinen Einfluss auf die gesamte Insel ausdehnen.[4] Nach mehr als zwei Jahrhunderten kriegerischer Auseinandersetzungen wurde Wales im Jahr 1283 endgültig unterworfen. Schottland kam 1296 ebenfalls unter englische Herrschaft, befreite sich jedoch nach den Unabhängigkeitskriegen wieder.

Nach den Erfolgen der spanischen und portugiesischen Entdeckungsreisen in der „Neuen Welt“ beauftragte König Henry VII. den italienischen Seefahrer Giovanni Caboto (zu John Cabot anglifiziert), dem Beispiel von Christoph Kolumbus zu folgen und im Nordatlantik nach einem Seeweg nach Asien zu suchen. Cabots Expedition brach 1497 auf und landete an der Küste Neufundlands im heutigen Kanada. Im darauf folgenden Jahr führte Cabot eine zweite Expedition an, die jedoch verschollen ist.[5] Henry VII. trieb die Entwicklung in der Seefahrt gezielt voran und ließ 1495 in Portsmouth das erste Trockendock der Welt errichten. Auch reformierte er die noch kleine englische Flotte, aus der sich die Royal Navy entwickelte.

Bis zur zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, während der Herrschaft von Königin Elizabeth I., gab es keine Anstrengungen mehr, in Amerika englische Kolonien zu gründen.[6] Die Reformation hatte England und das katholische Spanien zu Feinden gemacht. Ab 1562 unterstützte die englische Krone Freibeuter wie John Hawkins und Francis Drake bei ihren Bestrebungen, durch Überfälle auf westafrikanische Küstenstädte und portugiesische Schiffe im lukrativen Sklavenhandel über den Atlantik Fuß zu fassen, was zunächst nur wenig erfolgreich war. Als die Spannungen mit Spanien sich intensivierten, gab Elisabeth ihre Zustimmung, spanische Städte auf dem amerikanischen Kontinent zu plündern und die aus der Neuen Welt zurückkehrenden, mit Schätzen beladenen Galeonen zu überfallen.[7] Einflussreiche Gelehrte wie Richard Hakluyt und John Dee (der als erster den Begriff „British Empire“ gebrauchte[8]), begannen die Errichtung eines englischen Weltreiches zu fordern, das mit dem spanischen und dem portugiesischen rivalisieren sollte.

Erstes Britisches Weltreich (1583–1783)

Von 1577 bis 1580 gelang Francis Drake die zweite Weltumseglung der Geschichte. 1578 stattete Königin Elisabeth I. den Abenteurer Humphrey Gilbert mit offiziellen Privilegien für Entdeckungen und Erkundungen in Übersee aus. Gilbert segelte in die Karibik, mit dem Ziel, Piraterie zu betreiben und in Nordamerika eine Kolonie zu gründen. Doch die Expedition musste aufgegeben werden, noch bevor sie den Atlantik überquert hatte.[9] 1583 unternahm er einen zweiten Versuch und gelangte nach Neufundland. Er nahm die Insel formell in

englischen Besitz und übernahm das Kommando über die lokale Fischereiflotte, der Versuch einer dauerhaften Ansiedlung blieb jedoch aus. Gilbert starb auf der Rückkehr nach England. 1584 erhielt dessen Halbbruder Walter Raleigh eigene Privilegien und gründete vor der Küste North Carolinas die Kolonie Roanoke, die jedoch aus Mangel an Versorgungsgütern scheiterte.[10]

1603 gelangte der schottische König James VI. auf den englischen Thron, womit die beiden Staaten in Personalunion verbunden waren. Im darauf folgenden Jahr beendete er die Feindseligkeiten mit Spanien. Aufgrund des nun herrschenden Friedens mit dem Haupttrivalen verlagerte sich das englische Interesse von Beutezügen in Kolonien anderer Staaten hin zum systematischen Aufbau eines eigenen Kolonialreiches.[11] Das Britische Weltreich nahm seinen Anfang im frühen 17. Jahrhundert mit der Besiedlung Nordamerikas und kleinerer karibischer Inseln sowie der Gründung einer privaten Handelsgesellschaft, der Ostindien-Kompanie, um Handel mit Asien zu treiben. Die folgende Zeitepoche bis zum Verlust der Dreizehn Kolonien nach dem Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gegen Ende des 18. Jahrhunderts wird als „Erstes Britisches Weltreich“ (First British Empire) bezeichnet.[12]

Amerika, Afrika und der Sklavenhandel

Die wichtigsten und lukrativsten englischen Kolonien lagen zunächst in der Karibik, aber erst nachdem einige Kolonialisierungsversuche gescheitert waren. Die 1604 gegründete Kolonie Britisch-Guayana hielt sich nur zwei Jahre, und ihr Hauptziel – die Suche nach Goldvorkommen – wurde nicht erreicht.[13] Die ersten Kolonien auf den Inseln St. Lucia (1605) und Grenada (1609) mussten ebenfalls bald wieder aufgegeben werden. Von Anfang an erfolgreich waren hingegen die Anstrengungen auf St. Kitts (1624), Barbados (1627) und Nevis (1628).[14] Die Kolonien übernahmen bald das System von Zuckerrohr-Plantagen, das die Portugiesen in Brasilien erfolgreich eingeführt hatten. Voraussetzung dafür war jedoch die Arbeit von Sklaven und – zumindest zu Beginn – die Unterstützung durch niederländische Schiffe, welche die Sklaven verkauften und den Zucker kauften. Um sicherzustellen, dass die steigenden Profite nicht ins Ausland abfließen, beschloss das Parlament im Jahr 1651 die Navigationsakte, die nur englischen Schiffen den Handel in englischen Kolonien erlaubte. Dieser Schritt führte zu Feindseligkeiten mit der Republik der Sieben Vereinigten Provinzen. In den nachfolgenden englisch-niederländischen Seekriegen konnte England seinen Einfluss in Amerika auf Kosten der Niederländer ausweiten. 1655 eroberten die Engländer Jamaika von den Spaniern und 1666 gelang die Kolonialisierung der Bahamas.

Die erste dauerhafte englische Siedlung in Nordamerika war das 1607 gegründete und von der Virginia Company of London verwaltete Jamestown in Virginia. Die Gründung der Kolonie Bermuda geht auf Schiffbrüchige zurück, die 1609 auf dem Weg nach Jamestown dort gestrandet waren. Die Virginia Company verlor 1624 ihre Privilegien und Virginia wurde zu einer Kronkolonie.[15] Die Gründung der London and Bristol Company (besser bekannt als Newfoundland Company) erfolgte im Jahr 1610. Ihr Ziel war es, auf Neufundland eine dauerhafte Siedlung zu gründen, was jedoch misslang. Die Pilgerväter, eine streng puritanische Glaubensgemeinschaft, gründeten 1620 die Kolonie Plymouth in Massachusetts.[16] Sie waren die ersten, die sich durch die beschwerliche Überfahrt nach Nordamerika der religiös motivierten Verfolgung entzogen. Maryland (1634) war eine Zufluchtsstätte für Katholiken, Rhode Island (1636) war gegenüber allen Konfessionen tolerant und Kongregationalisten zog es nach Connecticut (1639). Im Jahr 1663 wurde die Provinz Carolina gegründet. 1664 eroberte England im zweiten englisch-niederländischen Seekrieg die Kolonie Nieuw Amsterdam und benannte sie in New York um. 1681 gründete William Penn die Kolonie Pennsylvania. Die Kolonien auf dem amerikanischen Festland waren finanziell weniger erfolgreich als jene in der Karibik, verfügten jedoch über weite Gebiete mit gutem Ackerland und zogen weitaus mehr englische Emigranten an, welche das kühlere Klima bevorzugten.[17]

1670 gewährte König Charles II. der Hudson's Bay Company (HBC) eine Royal Charter, mit der sie ein Monopol auf den Pelzhandel in dem damals als Ruperts Land bekannten Gebiet erhielt; ein weitläufiges Territorium, das heute einem großen Teil von Kanada entspricht. Die durch die HBC errichteten Forts und Handelsposten waren wiederholt Angriffen durch die Franzosen ausgesetzt, die im benachbarten Neufrankreich eine eigene Pelzhandelskolonie gegründet hatten.

Die 1672 gegründete Royal African Company erhielt von Charles II. das Monopol über die Versorgung der britischen Kolonien mit afrikanischen Sklaven. Von Anfang an bildete die Sklaverei die Grundlage der Kolonien in der Karibik. Bis zum Verbot des Sklavenhandels im Jahr 1807 waren die Briten für die Verschleppung von 3,5 Millionen afrikanischen Sklaven verantwortlich, was einem Drittel aller über den Atlantik transportierten Sklaven entspricht.[18] Um diesen Handel zu erleichtern, wurden an der Küste Westafrikas Forts errichtet, beispielsweise James Island oder Bunce Island. Zwischen 1650 und 1780 stieg der Anteil der afrikanischen Sklavenbevölkerung in den karibischen Kolonien von 25 auf 80 Prozent, in den Dreizehn Kolonien von 10 auf 40 Prozent (wobei sie in den südlichen Kolonien die Mehrheit stellten).[19] Für Städte im Westen Englands wie Bristol und Liverpool, die eine der drei Seiten im atlantischen Dreieckshandel bildeten, war der Sklavenhandel ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Unhygienische Verhältnisse auf den Schiffen und schlechte Ernährung führten dazu, dass jeder siebte Sklave auf der Überfahrt starb.[20]

Auch Schottland strebte danach, in Amerika Kolonien aufzubauen. 1621 wurde Nova Scotia in Besitz genommen, ging jedoch zehn Jahre später an Frankreich verloren. Das 1695 vom

schottischen Parlament genehmigte Darién-Projekt sah die Errichtung einer Kolonie auf dem Isthmus von Panama vor, um den Handel zwischen Schottland und dem Fernen Osten anzukurbeln. Das Vorhaben scheiterte kläglich und zerrüttete die Staatsfinanzen. Die Konsequenzen waren derart schwerwiegend – ein Viertel des schottischen Kapitals ging verloren[21] –, dass England und Schottland sich dazu entschlossen, beide Staaten zu vereinen. Mit dem Act of Union 1707 entstand das Königreich Großbritannien und die Engländer übernahmen die schottischen Schulden.

Rivalität mit den Niederlanden in Asien

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts begannen England und die Niederlande, das Monopol Portugals auf den Handel mit Asien in Frage zu stellen. Es entstanden private Aktiengesellschaften, um die Handelsreisen zu finanzieren – die Englische Ostindien-Kompanie (später Britische Ostindien-Kompanie) und die Niederländische Ostindien-Kompanie wurden 1600 bzw. 1602 gegründet. Hauptziel dieser Gesellschaften war es, einen möglichst großen Anteil am lukrativen Gewürzhandel zu sichern. Die relative Nähe der Hauptstädte London und Amsterdam und die Rivalität beider Länder führten zu Konflikten zwischen den Gesellschaften. Die Niederländer sicherten sich eine Vormachtstellung auf den Molukken (zuvor eine portugiesische Hochburg), während die Engländer in Indien Fuß fassten.

Obwohl die Engländer die Niederländer später als Kolonialmacht übertrafen, errangen letztere im 17. Jahrhundert vorübergehend eine Vormachtstellung in Asien, aufgrund eines besser entwickelten Finanzsystems und der Auswirkungen der englisch-niederländischen Seekriege. Die Feindseligkeiten endeten 1688 nach der Glorious Revolution, als der Niederländer Wilhelm von Oranien den englischen Thron bestieg. Ein Vertrag zwischen beiden Staaten überließ den Niederlanden den Gewürzhandel im indonesischen Archipel und England den Textilienhandel in Indien. Der Handel mit Textilien war bald profitabler als jener mit Gewürzen und um 1720 hatte die britische Gesellschaft die niederländische übertroffen.[22] Die Britische Ostindien-Kompanie richtete ihren Fokus nun nicht mehr auf Surat, ein Zentrum des Gewürzhandels, sondern auf Fort St. George (das spätere Madras bzw. Chennai), Bombay (heute Mumbai, 1661 von den Portugiesen als Mitgift für Katharina von Braganza überlassen) und Sutanuti, eines von drei Dörfern, aus denen die Stadt Kalkutta (heute Kolkata) entstand.

Auseinandersetzungen mit Frankreich

Der Frieden zwischen England und den Niederlanden im Jahr 1688 hatte zur Folge, dass beide Länder im Pfälzischen Erbfolgekrieg (1688–1697) verbündet waren. Allerdings konnte England einen großen Teil seiner militärischen Ausgaben auf den gleichzeitig stattfindenden King William's War konzentrieren, während die Niederländer gezwungen waren, sich auf dem europäischen Festland gegen die Franzosen zur Wehr zu setzen und ihre koloniale Expansion dadurch ins Stocken geriet.[23] Im 18. Jahrhundert stieg Großbritannien zur weltweit führenden Kolonialmacht auf, wodurch Frankreich zum Hauptrivalen wurde.

Der Tod des spanischen Königs Karl II. und der Erbanspruch von Philipp von Anjou, einem Enkel des französischen Königs Ludwig XIV., ergab die Möglichkeit der Vereinigung Spaniens und Frankreichs mitsamt ihrer Kolonien, was für die übrigen europäischen Großmächte inakzeptabel war.[24] Im Spanischen Erbfolgekrieg (1701–1714) verbündeten sich Großbritannien, Portugal, die Niederlande und das Heilige Römische Reich gegen Spanien und Frankreich. Ein paralleler Kriegsschauplatz zwischen Großbritannien und Frankreich war in Nordamerika der Queen Anne's War. Im Frieden von Utrecht verzichtete Philipp von Anjou auf seinen Anspruch auf den französischen Thron und Spanien verlor seine Besitzungen in Europa.[25] Am meisten profitierte Großbritannien. Von Frankreich erhielt es Neufundland und Akadien, von Spanien Gibraltar und Menorca. Gibraltar, das heute noch in britischem Besitz ist, wurde zu einer strategisch wichtigen Marinebasis und ermöglichte es den Briten, den Zugang vom Atlantik ins Mittelmeer zu kontrollieren. Die Briten gaben Menorca 1802 im Frieden von Amiens zurück. Spanien erteilte Großbritannien außerdem das Recht am lukrativen Asiento de Negros, also die Erlaubnis, in Lateinamerika Sklaven zu verkaufen.[25]

Der Siebenjährige Krieg (1756–1763) war der erste Krieg mit weltweiten Auswirkungen. Kriegsschauplätze waren Europa, Indien, Nordamerika, die Karibik, die Philippinen und die Küstengebiete Afrikas. In Nordamerika ist der Konflikt unter dem Namen Franzosen- und Indianerkrieg bekannt. Die Unterzeichnung des Pariser Friedens hatte große Auswirkungen auf die Zukunft des Britischen Weltreiches. Die Kolonialherrschaft Frankreichs in Nordamerika endete mit der Anerkennung der britischen Ansprüche auf Ruperts Land und der Abtretung von Neufrankreich an Großbritannien. Spanien erhielt von Frankreich Louisiana zugesprochen und überließ dafür Florida den Briten. Nach dem dritten Karnataka-Krieg behielt Frankreich in Indien zwar die Kontrolle über einige Enklaven, musste jedoch militärische Einschränkungen dulden und sich verpflichten, die britischen Vasallenstaaten zu unterstützen. Somit war Großbritannien nach dem Siebenjährigen Krieg die führende Kolonialmacht.

Aufstieg des Zweiten Britischen Weltreichs (1783–1815)

Herrschaft in Indien

Die Britische Ostindien-Kompanie (BEIC) konzentrierte sich im ersten Jahrhundert ihres Bestehens auf den Handel in Indien, da sie nicht in der Lage war, das mächtige Mogulreich herauszufordern, das 1617 den Engländern Handelsrechte gewährt hatte.[26] Dies änderte sich im 18. Jahrhundert, als die Macht der Mogule unter der Herrschaft von Aurangzeb und insbesondere dessen Nachkommen allmählich zu schwinden begann. In den Karnatischen Kriegen der 1740er und 1750er Jahre gewann die BEIC die Oberhand über die konkurrierende Französische Ostindienkompanie. Der Sieg in der Schlacht bei Plassey über den Nawab Siraj-ud-Daula im Jahr 1757 hatte die uneingeschränkte Herrschaft der BEIC in der wirtschaftlich bedeutenden Provinz Bengalen zur Folge. Die Kompanie etablierte sich als führende militärische und politische Macht Indiens.[16]

In den folgenden Jahrzehnten konnte sie das von ihr beherrschte Territorium allmählich ausweiten. Nach dem Dritten Marathenkrieg (1817/18) herrschte sie über weite Teile Südindiens, entweder direkt oder über Vasallen in den indischen Fürstenstaaten, die unter strenger Kontrolle standen. Die lokalen Herrscher mussten die Vorherrschaft Großbritanniens anerkennen und wurden im Falle einer Weigerung abgesetzt. Die Truppen der BEIC setzten sich überwiegend aus Sepoys zusammen.[27] Weitere Eroberungen waren Rohilkhand (1801), Delhi (1803), Sindh (1843), Punjab und Nordwestliche Grenzprovinz (beide 1849), Berar (1854) und Oudh (1856).

Verlust der Dreizehn Kolonien

In den 1760er und 1770er Jahren verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Großbritannien und den Dreizehn Kolonien in Nordamerika zusehends, insbesondere weil das britische Parlament versuchte, Steuern einzuführen, ohne dass die Siedler angemessen im Parlament vertreten waren[28], was in der Parole „No taxation without representation“ beispielhaft zum Ausdruck kam. Auf die Boston Tea Party und weitere gewalttätige Ausschreitungen reagierten die Briten mit den Intolerable Acts, was 1775 zum Ausbruch des Amerikanischen Unabhängigkeitskriegs führte. 1776 erließen die Kolonisten die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten. Nach dem entscheidenden Sieg der Aufständischen in der Schlacht von Yorktown 1781 musste Großbritannien zwei Jahre später im Frieden von Paris die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anerkennen.

Der Verlust eines bedeutenden Teils von Britisch Nordamerika, damals das bevölkerungsreichste britische Überseeterritorium, wird von Historikern als Übergang zwischen dem „ersten“ und dem „zweiten Weltreich“ bezeichnet; die Aufmerksamkeit Großbritanniens richtete sich kaum noch auf Nordamerika, sondern vielmehr auf Asien, den Pazifik und später auch das Innere Afrikas.[29] In seinem 1776 erschienenen Hauptwerk *Der Wohlstand der Nationen* bezeichnete der schottische Ökonom Adam Smith Kolonien als überflüssig und forderte den Ersatz der alten merkantilistischen Wirtschaftspolitik durch den Freihandel.[30] Der zunehmende Handel mit den unabhängig gewordenen Vereinigten Staaten nach 1783 schien Smiths Theorie zu bestätigen, dass politische Kontrolle keine Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg ist.[31] Spannungen zwischen beiden Staaten eskalierten während der Koalitionskriege, als Großbritannien versuchte, den amerikanischen Handel mit Frankreich zu blockieren und amerikanische Seeleute zum Dienst in der Royal Navy zwangsrekrutierte. Im Britisch-Amerikanischen Krieg (1812–1814) konnte keine Seite einen entscheidenden Vorteil erringen und der Friede von Gent stellte im Wesentlichen den Vorkriegszustand wieder her.

Die Ereignisse in Nordamerika beeinflussten die britische Politik in Kanada, wo sich nach dem Unabhängigkeitskrieg mehrere Zehntausend Loyalisten niedergelassen hatten. Die 14.000 Loyalisten, die zum Saint John River zogen, fühlten sich zu isoliert von der Kolonialregierung in Halifax, so dass die britische Regierung 1784 von Nova Scotia die neue Kolonie New Brunswick abtrennte.[32] Das Verfassungsgesetz von 1791 schuf die Provinzen Oberkanada und Niederkanada; erstere war mehrheitlich englischsprachig, letztere mehrheitlich französischsprachig. Dadurch sollten die Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen abgebaut werden. Ein weiteres Ziel war es, die Herrschaft der Zentralregierung zu stärken und nicht jene Art der Selbstverwaltung zuzulassen, die aus Sicht der Briten zur Amerikanischen Revolution geführt hatte.[33]

Expansion im Pazifik

Seit 1718 war die Deportation nach Amerika die Strafe für zahlreiche kriminelle Vergehen in Großbritannien. Jährlich wurden rund 1.000 Verurteilte über den Atlantik transportiert.[34] Nach dem Verlust der Dreizehn Kolonien sah sich die britische Regierung gezwungen, ein neues Ziel für Deportationen zu finden, wofür sich Australien anbot. 1770 entdeckte James Cook auf seiner wissenschaftlichen Expedition im Südpazifik die Ostküste Australiens und nahm den Kontinent für Großbritannien in Besitz. Joseph Banks, Cooks Botaniker auf dieser Reise, überzeugte 1778 die Regierung davon, dass die Botany Bay als Standort einer Sträflingskolonie geeignet sei. Die erste Flotte mit Strafgefangenen, die First Fleet, legte 1787 in Portsmouth ab und erreichte ein Jahr später Australien.[35] Die erste Siedlung wurde nicht in der Botany Bay errichtet, sondern in der nahen Sydney Cove, aus der die spätere

Millionenstadt Sydney entstand. Die Deportationen in die Kolonie New South Wales wurden bis 1840 fortgesetzt. Damals zählte sie 56.000 Einwohner, von denen die Mehrheit Sträflinge, Freigelassene und deren Nachkommen waren. Australien entwickelte sich zu einem profitablen Exporteur von Wolle und Gold.[36]

Während seiner Reise gelangte Cook auch nach Neuseeland. 1769 nahm er die Nordinsel in Besitz, 1770 die Südinsel. Zunächst beschränkte sich der Kontakt zwischen Māori und Europäern auf den Austausch von Handelsgütern. Insbesondere im Norden entstanden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Walfangstationen. 1839 gab die New Zealand Company bekannt, sie werde in Neuseeland große Landstriche erwerben und Kolonien gründen. 1840 unterzeichneten Kapitän William Hobson und rund 40 Māori-Repräsentanten den Vertrag von Waitangi.[37] Dieser Vertrag gilt als Gründungsdokument Neuseelands, doch unterschiedliche Interpretationen der englischen und Māori-Versionen sorgen bis heute für juristische Auseinandersetzungen. In den Neuseelandkriegen (1845–1872) konnten die Briten ihre Herrschaft über ganz Neuseeland durchsetzen.

Napoleonische Kriege und Abschaffung der Sklaverei

Während der Herrschaft Napoléon Bonapartes wurde Großbritannien erneut durch Frankreich herausgefordert. Im Gegensatz zu früher handelte es sich nicht nur um eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Staaten, sondern auch zwischen Ideologien.[38] Nicht nur die britische Vormachtstellung in der Welt war gefährdet; Napoléon drohte auch damit, Großbritannien selbst zu erobern, wie zahlreiche andere Staaten auf dem europäischen Festland. Die Briten investierten viele Ressourcen und große Geldsummen, um den Krieg zu ihren Gunsten zu entscheiden. Die Royal Navy blockierte französische Häfen und errang 1805 in der Schlacht von Trafalgar einen entscheidenden Sieg über die französisch-spanische Flotte. Frankreich wurde schließlich 1815 durch eine Koalition europäischer Armeen besiegt. Wieder war Großbritannien der größte Nutznießer von Friedensverträgen. Frankreich musste gemäß den am Wiener Kongress ausgehandelten Bedingungen die Ionischen Inseln, Malta, die Seychellen, Mauritius, St. Lucia und Tobago abtreten. Von Spanien erhielten die Briten Trinidad, von den Niederlanden Guayana und die Kapkolonie. Im Gegenzug gaben die Briten Guadeloupe, Martinique, Gorée, Französisch-Guayana und Réunion an Frankreich sowie Java und Suriname an die Niederlande zurück – Territorien, die sie während der Koalitionskriege besetzt hatten.

Die britische Regierung geriet unter zunehmendem Druck der Abolitionismus-Bewegung, woraufhin das Parlament 1807 den Slave Trade Act erließ, das den Sklavenhandel im gesamten Britischen Empire verbot. Sierra Leone wurde 1808 als offizielle britische Kolonie für befreite Sklaven gegründet.[39] Der 1833 vom Parlament erlassene Slavery Abolition Act machte nicht nur den Sklavenhandel illegal, sondern die Sklaverei an sich. Am 1. August 1834 erhielten sämtliche Sklaven im Britischen Empire die Freiheit.[40]

Großbritanniens „imperiales Jahrhundert“ (1815–1914)

Der Zeitraum zwischen 1815 und 1914 wird von einigen Historikern als „imperiales Jahrhundert“ bezeichnet.[41][42] Nach dem Sieg über Frankreich hatte Großbritannien keine ernstzunehmenden Rivalen mehr, mit Ausnahme des Russischen Reiches in Zentralasien.[43] Die auf See uneingeschränkt dominierenden Briten übernahmen die Rolle eines „Weltpolizisten“, eine später als „Pax Britannica“ bezeichnete Staatsdoktrin.[44] Die Außenpolitik war vom Prinzip der „splendid isolation“ geprägt: Andere Mächte waren durch Konflikte in Europa gebunden, während die Briten sich heraushielten und durch die Konzentration auf den Handel ihre Vormachtstellung noch weiter ausbauten.[45] Großbritannien übte nicht nur die Kontrolle über die eigenen Kolonien aus, sondern beeinflusste dank der führenden Position in der Weltwirtschaft auch die Innenpolitik zahlreicher nominell unabhängiger Staaten. Dazu gehörten China, Argentinien und Siam, die auch „informelles Empire“ genannt werden.[46]

Neue Technologien, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt wurden, stützten die imperiale Macht Großbritanniens. Dazu gehörten das Dampfschiff und die Telegrafie, welche die Kontrolle und Verteidigung des Empire erleichterten. Bis 1902 waren sämtliche Kolonien durch ein Netz von Telegrafenkabeln miteinander verbunden, die All Red Line.[47]

Die Ostindien-Kompanie in Asien

Die britische Asienpolitik im 19. Jahrhundert war hauptsächlich auf die Absicherung und Ausdehnung der Herrschaft in Indien ausgerichtet, da es die wichtigste Kolonie war und als Schlüssel zum übrigen Asien galt.[48] Die Britische Ostindien-Kompanie trieb die Expansion des Empire in Asien voran. Die Armee der Kompanie hatte erstmals im Siebenjährigen Krieg mit der Royal Navy zusammengearbeitet. Sie kooperierten auch außerhalb Indiens, beispielsweise bei der Vertreibung der Franzosen aus Ägypten (1799), der vorübergehenden Eroberung Javas von den Niederländern (1811), beim Erwerb von Singapur (1819) und Malakka (1824) sowie der Eroberung Burmas. (1826).[43]

Von ihrer indischen Basis aus war die Kompanie seit den 1730er Jahren auch im zunehmend profitablen Opiumhandel mit China involviert. Dieser Handel, den Kaiser Yongzheng 1729

für illegal erklärt hatte, trug dazu bei, dass die negative britische Handelsbilanz, die sich aus dem Import von Tee und Seide ergab, umgekehrt werden konnte. Der damit verbundene Devisenabfluss nach China, der zu einer spürbaren Verknappung der Silberreserven geführt hatte, konnte gestoppt werden. Als die chinesischen Behörden 1839 in Guangzhou über 20.000 Kisten Opium konfiszierten, führte dies zum Ersten Opiumkrieg. 1841 eroberten die Briten Hongkong, damals eine kleine Siedlung.[49]

Der Anfang vom Ende der Britischen Ostindien-Kompanie war eine Meuterei der Sepoys gegen ihre britischen Kommandanten, zum Teil ausgelöst durch die Spannungen, welche die Briten mit der versuchten Verwestlichung Indiens aufgebaut hatten.[50] Die Briten benötigten für die Niederschlagung des Sepoy-Aufstandes von 1857 ein halbes Jahr, der Konflikt forderte auf beiden Seiten viele Tote. Daraufhin führte die britische Regierung die direkte Herrschaft über Britisch-Indien ein und ein ernannter Generalgouverneur im Range eines Vizekönigs verwaltete die Kronkolonie. Königin Victoria wurde 1877 zur Kaiserin von Indien gekrönt. Die Ostindien-Kompanie stellte 1858 ihre Geschäftstätigkeit ein und wurde schließlich 1873 aufgelöst.[51]

Im 19. Jahrhundert gab es in Indien eine Reihe von Missernten, die folgenden Hungersnöte forderten rund 10 Millionen Tote. Während ihrer Herrschaft hatte es die Ostindien-Kompanie unterlassen, irgendwelche koordinierte Maßnahmen gegen Hungersnöte zu treffen. Dies änderte sich erst unter direkter britischer Verwaltung. Nach jeder Hungersnot wurden Kommissionen eingesetzt, um die Ursachen zu untersuchen und Maßnahmen einzuleiten. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts zeigten sich erste Auswirkungen.[52]

„The Great Game“

Während des 19. Jahrhunderts strebten Großbritannien und Russland danach, das Machtvakuum in Zentralasien aufzufüllen, das durch die Schwächung des Osmanischen Reiches, der persischen Kadscharen-Dynastie und der chinesischen Qing-Dynastie entstanden war. Diese Rivalität ist als The Great Game („Das Große Spiel“) bekannt.[48] Aus britischer Sicht waren die errungenen Siege im Russisch-Persischen Krieg (1826–1828) und im Russisch-Türkischen Krieg (1828–1829) ein klares Zeichen für die imperialen Ambitionen und Möglichkeiten der Russen, sie weckten auch die Angst vor einer Invasion Indiens auf dem Landweg. 1839 versuchte Großbritannien, diesem Ziel mit der Eroberung Afghanistans zuvorzukommen, was jedoch drei Jahre später in einem Desaster endete.[53] Auch in den beiden anderen Anglo-Afghanischen Kriegen (1878–1880, 1919) scheiterten die Briten mit ihren Versuchen, das Land zu unterwerfen.

Als Russland 1853 den türkisch beherrschten Teil des Balkans besetzte, fürchteten sowohl Großbritannien als auch Frankreich die drohende russische Dominanz im Mittelmeerraum und im Nahen Osten. Sie entsandten ihre Armeen auf die Krimhalbinsel, um die russische Flotte zu zerstören. Im Krimkrieg, der bis 1856 dauerte, kamen zahlreiche neue Methoden der modernen Kriegsführung zur Anwendung. Dieser Krieg war der einzige gegen eine andere Kolonialmacht während der Pax Britannica und endete mit einer empfindlichen Niederlage Russlands.[53] In den nächsten zwei Jahrzehnten blieb die Situation in Zentralasien weiterhin angespannt. Während die Briten 1876 Belutschistan annektierten, eroberten die Russen Kirgisistan, Kasachstan und Turkmenistan.

1878 verpachtete das Osmanische Reich Zypern an Großbritannien und erhielt im Gegenzug die Zusicherung, bei einem erneuten Vorstoß der Russen Unterstützung zu erhalten. Im selben Jahr einigten sich aber Großbritannien und Russland auf Einflussphären, womit der Konflikt entschärft werden konnte. Den letzten Versuch, ihren Einfluss in Zentralasien auszudehnen, unternahmen die Briten 1903/04 mit dem erfolglosen Tibetfeldzug. Die Vernichtung der russischen Flotte im Russisch-Japanischen Krieg (1904–1905) verringerte gleichwohl die Bedrohung für Großbritannien.

Wettlauf um Afrika

Die Niederländische Ostindien-Kompanie hatte 1652 an der Südspitze Afrikas die Kapkolonie gegründet, als Zwischenstation für ihre Schiffe auf dem Weg zu den Kolonien in Asien. Großbritannien besetzte die Kolonie 1795, um sie nach der Eroberung der Niederlande vor dem Zugriff der Franzosen zu bewahren. 1806 annektierte Großbritannien die Kapkolonie formell.[54] Nach 1820 gelangten immer mehr britische Einwanderer hierher und verdrängten die Buren, welche die britische Herrschaft ablehnten. Tausende von Buren zogen in den 1830er und 1840er Jahren im Großen Treck nordostwärts und gründeten kurzlebige Burenrepubliken.

1843 annektierten die Briten Natal. 1879 drangen britische Truppen von Natal aus in das benachbarte Reich der Zulu ein und unterwarfen es im Zulukrieg. Die Voortrekker gerieten wiederholt in bewaffnete Konflikte mit den Briten, die im südlichen Afrika ihre eigenen Ziele verfolgten. Schließlich gründeten die Buren zwei Republiken, die sich längere Zeit halten konnten, die Südafrikanische Republik und den Oranje-Freistaat. Im Zweiten Burenkrieg (1899–1902) eroberten die Briten, die es vor allem auf die großen Goldvorkommen abgesehen

hatten, beide Republiken. Den unterlegenen Buren gewährten sie aber großzügige Friedensbedingungen.

1869 wurde in Ägypten der unter französischer Leitung errichtete Sueskanal eröffnet, der das Mittelmeer mit dem Roten Meer und dem Indischen Ozean verband. Die Briten lehnten den Bau des Kanals zunächst ab; als er jedoch offen war, erkannten sie rasch seinen strategischen Wert.[55] 1875 erwarb die britische Regierung für vier Millionen Pfund den 44%-Anteil des verschuldeten ägyptischen Herrschers Ismail Pascha an der Kanalgesellschaft. Zwar erlangten die Briten dadurch nicht die vollständige Kontrolle über den Wasserweg, konnten aber großen Einfluss ausüben. Die gemeinsame britisch-französische Finanzkontrolle Ägyptens endete 1882 mit der britischen Okkupation des Landes nach der Niederschlagung des Urabi-Aufstands.[56] Die Franzosen blieben Mehrheitsaktionäre und versuchten, die britische Position zu schwächen. Die Streitfragen konnten 1888 durch Verhandlungen geklärt werden. Der daraus resultierende Vertrag trat 1904 in Kraft und machte den Kanal zu einem neutralen Territorium. De facto übten die Briten aber bis 1954 die Kontrolle aus.

1874 zwangen die Briten dem Ashantireich den Vertrag von Fomena auf. Die Ashanti mussten auf alle ihre Rechte an der Küste verzichten und den Sklavenhandel, einst ihre Haupteinnahmequelle, für illegal erklären. Die Gebiete an der Küste wurden in die britische Kolonie Goldküste eingegliedert, der Rest des Ashantireiches bis 1902 ebenfalls unterworfen. Als die Aktivitäten Frankreichs, Belgiens und Portugals im Mündungsbereich des Kongo die Gefahr eines Krieges heraufbeschworen, beschlossen die europäischen Kolonialmächte an der Kongokonferenz in Berlin (1884/85) Regeln für die Aufteilung Afrikas. Sie definierten die „effektive Okkupation“ als Kriterium für die internationale Anerkennung eines Anspruchs in diesem „Wettlauf um Afrika“ (scramble for Africa).[57]

Im Sudan kam es 1881 zum Mahdi-Aufstand, der sich gegen die ägyptische Besetzung richtete. 1885 eroberten die Aufständischen Khartum, ein britisches Expeditionsheer erreichte die Stadt zu spät und musste wieder abziehen. Erst 1896 wurde ein britisch-ägyptisches Expeditionskorps in Marsch gesetzt, das die Mahdisten zwei Jahre später in der Schlacht von Omdurman besiegte. Ebenfalls 1898 hatte Frankreich von Süden her Teile des Sudan besetzt; die daraus resultierende Faschoda-Krise konnte jedoch mit dem Rückzug der französischen Truppen und dem Sudanvertrag beigelegt werden. 1899 wurde der Sudan als anglo-ägyptisches Kondominium konstituiert.

Die britischen Eroberungen in Süd- und Ostafrika bewogen Cecil Rhodes dazu, ein Reich vom „Kap nach Kairo“ anzustreben und eine transkontinentale Eisenbahn von Süd nach Nord zu bauen (Kap-Kairo-Plan). Die Britische Südafrika Gesellschaft, deren Vorsitzender Rhodes war, annektierte 1888 die nach ihm Rhodesien benannten Territorien. Einem ununterbrochenen, von Kapstadt nach Kairo reichenden britischen Herrschaftsgebiet stand jedoch die Kolonie Deutsch-Ostafrika im Wege. Im Helgoland-Sansibar-Vertrag verzichtete das Deutsche Reich 1890 auf seine Ansprüche auf Sansibar und erhielt im Gegenzug das zuvor britische Helgoland zugesprochen.

Neuer Status der Siedlerkolonien

Der Weg zur Unabhängigkeit der Siedlerkolonien des Britischen Weltreichs nahm 1839 seinen Anfang mit dem Bericht von Lord Durham über die Lage in Britisch Nordamerika. Darin schlug er die Vereinigung und Selbstverwaltung von Oberkanada und Niederkanada vor, als Reaktion auf die niedergeschlagenen Rebellionen von 1837. Mit dem Act of Union 1840 wurde die Provinz Kanada geschaffen. Als erste Kolonie erhielt Nova Scotia 1848 eine eigenverantwortliche Regierung, bald darauf folgten die weiteren Kolonien in Britisch Nordamerika. 1867 schlossen sich Ober- und Niederkanada, New Brunswick und Nova Scotia zum Bundesstaat Kanada zusammen, der mit Ausnahme der Außenpolitik in allen Bereichen politisch eigenständig war.[58]

Weitere Gebiete erhielten zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen ähnlichen Grad an Selbstbestimmung zugesprochen: Die australischen Kolonien 1901 durch Zusammenschluss zu einem Bundesstaat, Neuseeland und Neufundland sechs Jahre später.[59] Im Rahmen der Reichskonferenz von 1907 wurde der Begriff Dominion für diese Gebiete offiziell eingeführt. 1910 erhielt auch die Südafrikanische Union, die durch den Zusammenschluss von Kapkolonie, Natal, Transvaal und Oranje-Freistaat entstand, diesen Status.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gab es immer häufiger Kampagnen für die Selbstverwaltung Irlands (Home Rule). Nach der Rebellion von 1798 war Irland mit dem Act of Union 1800 dem Vereinigten Königreich einverleibt worden. Die Große Hungersnot von 1845–1849 forderte bis zu einer Million Tote. Premierminister William Ewart Gladstone unterstützte das Prinzip des Home Rule, weil er hoffte, Irland würde dem Beispiel Kanadas folgen und ein Dominion werden. Das Parlament lehnte jedoch 1886 ein entsprechendes Gesetz ab. Viele Abgeordnete fürchteten, ein teilweise unabhängiges Irland sei ein Sicherheitsrisiko für Großbritannien und werde zum Auseinanderbrechen des Empire führen. Ein ähnliches Gesetz wurde 1893 ebenfalls abgelehnt.[60] Der dritte Anlauf im Jahr 1914 war schließlich erfolgreich, konnte aber wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs nicht umgesetzt werden, was 1916 zum Osteraufstand führte.

Weltkriege (1914–1945)

Um die Jahrhundertwende nahmen die Befürchtungen zu, Großbritannien werde nicht mehr in der Lage sein, das gesamte Empire zu verteidigen und gleichzeitig die „splendid isolation“ bewahren zu können. Das Deutsche Reich hatte einen rasanten Aufstieg hinter sich, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich, und galt nun als wahrscheinlichster Gegner in einem zukünftigen Krieg. Großbritannien schloss neue Allianzen, 1902 mit Japan, 1904 bzw. 1907 mit den ehemaligen Erzfeinden Frankreich (entente cordiale) und Russland (Vertrag von Sankt Petersburg).[61]

Erster Weltkrieg

Die Kriegserklärung Großbritanniens und ihrer Alliierten an das Deutsche Reich nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs zog auch die Kolonien und Dominions in den Konflikt hinein, die umfangreiche militärische, finanzielle und materielle Unterstützung leisteten. Mehr als 2,5 Millionen Soldaten dienten in den Armeen der Dominions, hinzu kamen Tausende von Freiwilligen aus den Kronkolonien. Die meisten deutschen Besitzungen in Afrika wurden rasch eingenommen, während Australien und Neuseeland die deutschen Besitzungen im Pazifik, Deutsch-Neuguinea und Samoa, besetzten. Der Beitrag der Truppen dieser Dominions während der Schlacht von Gallipoli gegen das Osmanische Reich hatte einen großen Einfluss auf ihr Bewusstsein als Nation. Beide Länder gedenken am ANZAC Day noch heute dieses Ereignisses. Im Falle Kanada hatte die Schlacht von Vimy an der Westfront ähnliche Auswirkungen. Premierminister David Lloyd George honorierte diesen wichtigen Beitrag, indem er 1917 mit den Premierministern der Dominions das Reichskriegskabinet (Imperial War Cabinet) bildete, um die gemeinsamen Anstrengungen zu koordinieren.[62]

Gemäß den Bestimmungen des 1919 unterzeichneten Friedensvertrages von Versailles wuchs die Fläche des Empire um 4,662 Millionen km², die Zahl der Untertanen um 13 Millionen, womit die größte Ausdehnung erreicht war.[63] Die Kolonien des Deutschen Reiches und Teile des Osmanischen Reiches wurden als Mandatsgebiete des Völkerbundes unter den Alliierten aufgeteilt. Großbritannien erhielt die Kontrolle über Palästina und Jordanien, den Irak, Teile Kameruns, Togo und Tanganjika. Auch die Dominions erhielten Mandatsgebiete zugesprochen: Südwestafrika (das heutige Namibia) gelangte an die Südafrikanische Union, Deutsch-Neuguinea an Australien und Samoa an Neuseeland. Nauru war ein gemeinsames Mandat der Briten und der beiden pazifischen Dominions.[64]

Zwischenkriegszeit

Die neue Weltordnung, die der Krieg hervorgebracht hatte, insbesondere der Bedeutungswachstum Japans und der Vereinigten Staaten als Seemächte sowie Unabhängigkeitsbewegungen in Indien und Irland, hatten eine grundlegende Neuausrichtung der britischen imperialen Politik zur Folge. Großbritannien entschied sich, die Allianz mit Japan nicht zu erneuern und unterzeichnete 1922 stattdessen das Washingtoner Marineabkommen, das die Größe der britischen und amerikanischen Flotten gleichsetzte.[65] Diese Entscheidung löste in den 1930er Jahren zahlreiche Debatten aus, da als Folge der Weltwirtschaftskrise in Deutschland und Japan militaristische Regierungen die Macht an sich rissen.[66] In Regierungskreisen befürchtete man, das Empire werde einem gleichzeitigen Angriff beider Länder nicht standhalten können.[65] Darüber hinaus wurde das Empire für die Wirtschaft Großbritanniens immer wichtiger. Während der Zwischenkriegszeit wuchs der Anteil der Exporte in die Dominions und Kolonien von 32 auf 39 Prozent, der Anteil der Importe von 24 auf 37 Prozent.[67]

Enttäuschung über die Verzögerungen des Home Rule in Irland bewegten im Jahr 1919 Mitglieder von Sinn Féin, die über die Mehrheit der irischen Sitze im Parlament verfügten, dazu, in Dublin ein eigenes Parlament zu bilden. Dieser Dáil Éireann rief daraufhin die Unabhängigkeit Irlands aus, gleichzeitig begann die Irish Republican Army einen Guerillakrieg gegen die britischen Besatzer.[68] Der Anglo-Irische Krieg endete 1921 in einer Pattsituation und mit der Unterzeichnung des Anglo-Irischen Vertrages, der den Irischen Freistaat schuf – ein weitgehend unabhängiges Dominion innerhalb des Empire, das aber verfassungsrechtlich noch mit der britischen Krone verbunden war. Das mehrheitlich protestantische Nordirland löste die im Government of Ireland Act vorgesehene Option sofort ein und verblieb im Vereinigten Königreich.[69]

Eine ähnliche Auseinandersetzung begann 1919 in Indien, als mit dem Government of India Act die Forderungen nach Unabhängigkeit nicht erfüllt wurden.[70] Aus Furcht vor kommunistischer und ausländischer Infiltration wurden mit dem Rowlatt Act die Sicherheitsbestimmungen der Kriegszeit auf unbestimmte Zeit verlängert. Dies hatte vor allem im Punjab Ausschreitungen zur Folge, die im Massaker von Amritsar gipfelten. Die britische Öffentlichkeit war gespalten; die einen glaubten, Indien sei vor der Anarchie bewahrt worden, während andere das Massaker als abscheulich empfanden.[71] Die Inder beendeten 1922 nach dem Zwischenfall im Dorf Chandi Chaura die Kampagne der Nichtkooperation, die

Unzufriedenheit garte in den folgenden 25 Jahren weiter.

1922 erhielt Ägypten, das nach Beginn des Ersten Weltkriegs zum Protektorat erklärt worden war, die formelle Unabhängigkeit, blieb aber bis 1954 faktisch ein britischer Vasallenstaat. Britische Truppen blieben bis zur Unterzeichnung des Anglo-Ägyptischen Abkommens von 1936 im Land stationiert. Es wurde aber vereinbart, dass sie weiterhin die Zone um den Sueskanal verteidigten. Im Gegenzug erhielt Ägypten Unterstützung beim Beitritt zum Völkerbund.[72] Der Irak, seit 1919 ein britisches Mandatsgebiet, wurde nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1932 ebenfalls in den Völkerbund aufgenommen.[73]

An der Reichskonferenz von 1923 setzten die Dominions durch, dass sie ihre Außenpolitik selbständig betreiben durften. Kanada und Südafrika hatten ein Jahr zuvor während der Chanakkrise ihre militärische Unterstützung verweigert, außerdem fühlte sich Kanada nicht an den 1923 geschlossenen Vertrag von Lausanne gebunden. Auf Druck Irlands und Südafrikas beschloss die Reichskonferenz von 1926 die Balfour-Deklaration. Diese erklärte die Dominions zu „autonomen Gemeinschaften innerhalb des Britischen Empire“, die dem Vereinigten Königreich gleichgestellt, mit diesem im Commonwealth of Nations aber lose verbunden waren.[74] Diese Deklaration erhielt 1931 mit den Statut von Westminster rechtliche Substanz. Die Parlamente Kanadas, Neuseelands, der Südafrikanischen Union, des Irischen Freistaates und Neufundlands waren nun gesetzgeberisch völlig unabhängig. Neufundland, das aufgrund der Weltwirtschaftskrise unter massiven finanziellen Schwierigkeiten litt, wurde 1933 wieder zu einer Kronkolonie.[75] Der Irische Freistaat distanzierte sich 1937 durch die Annahme einer neuen Verfassung weiter von Großbritannien, wobei der genaue konstitutionelle Status ungeklärt blieb (bis zur Ausrufung der Republik Irland im Jahr 1949).

Zweiter Weltkrieg

Großbritanniens Kriegserklärung an das Deutsche Reich im September 1939 schloss die Kronkolonien und Indien mit ein, jedoch nicht automatisch die Dominions. Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland erklärten den Krieg eigenständig, während der Irische Freistaat sich dazu entschloss, während des Zweiten Weltkriegs neutral zu bleiben.[76] Nach dem Westfeldzug im Jahr 1940 standen Großbritannien und das Empire dem Deutschen Reich alleine gegenüber, bis zum Kriegseintritt der Sowjetunion 1941. Die Vereinigten Staaten waren noch nicht bereit dazu, in den Krieg einzutreten, gewährten den Briten aber Unterstützung (Leih- und Pachtgesetz). Premierminister Winston Churchill und Präsident Franklin D. Roosevelt unterzeichneten im August 1941 die Atlantik-Charta. Diese enthielt unter anderem die Vereinbarung, dass „das Recht sämtlicher Völker, jene Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen“, respektiert werden sollte. Der Wortlaut war zweideutig, denn er konnte sowohl auf die von den Deutschen besetzten europäischen Staaten zutreffen als auch auf die durch die Europäer kolonialisierten Völker. Briten, Amerikaner und nationalistische Bewegungen interpretierten die Vereinbarung später deshalb jeweils in ihrem Sinne.[77]

Im Dezember 1941 griff Japan kurz nacheinander Britisch-Malaya, den amerikanischen Flottenstützpunkt Pearl Harbor und die Kronkolonie Hongkong an. Seit dem Ersten Japanisch-Chinesischen Krieg (1894–1895) war die Macht Japans im Fernen Osten stetig angewachsen[78], Fernziel der Japaner war eine von ihnen dominierte „Großasiatische Wohlstandssphäre“. Der von Churchill herbeigesehnte Kriegseintritt der Vereinigten Staaten war nun Realität geworden und der Sieg Großbritanniens schien nun möglich zu sein, doch die schnellen Kapitulationen in Ostasien schädigten das Prestige als Kolonialmacht nachhaltig.[79] Am verheerendsten wirkte sich der Fall Singapurs aus, das als uneinnehmbare Festung gegolten hatte. Die Erkenntnis, dass Großbritannien nicht in der Lage war, das gesamte Empire zu verteidigen, führte zu einer engeren Kooperation Australiens und Neuseelands mit den Vereinigten Staaten und schließlich 1951 zur Unterzeichnung des ANZUS-Abkommens.[80]

Dekolonisation (1945–1997)

Obwohl Großbritannien und das Empire 1945 siegreich aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgingen, hatte der Konflikt tiefgreifende Auswirkungen. Europa, ein Kontinent, der die Welt mehrere Jahrhunderte lang dominiert hatte, lag buchstäblich in Trümmern und war von Truppen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion besetzt. Diese beiden Staaten stiegen folglich zu globalen Supermächten auf. Großbritannien wiederum hatte riesige Schulden angehäuft und entging 1946 nur knapp dem Staatsbankrott, nicht zuletzt dank einer amerikanischen Anleihe in Höhe von 3,5 Milliarden Dollar.[81]

Zur selben Zeit gewannen antikolonialistische Bewegungen an Bedeutung. Die Situation wurde durch die wachsenden Spannungen im Kalten Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion weiter verkompliziert. Beide Staaten lehnten den europäischen Kolonialismus ab, wenngleich bei den Amerikanern der Antikommunismus weitaus stärker ausgeprägt war als der Antiimperialismus und die Briten deshalb weiterhin Unterstützung erhielten.[81] Das Ende des Britischen Weltreichs war absehbar und Großbritannien verfolgte eine Politik des friedlichen Rückzugs aus den Kolonien, sobald stabile nichtkommunistische Regierungen verfügbar waren, an welche die Staatsgewalt übertragen werden konnte. Diese

Vorgehensweise stand in Kontrast zu anderen europäischen Mächten wie Frankreich oder Portugal, die kostspielige und letztlich erfolglose Kriege führten, um ihre Kolonialreiche zu retten. Zwischen 1945 und 1965 nahm die Zahl der Menschen, die außerhalb des Vereinigten Königreichs unter britischer Herrschaft standen, von 700 Millionen auf fünf Millionen ab (davon drei Millionen in Hongkong).[81]

Erste Auflösungsstendenzen

Die von Clement Attlee angeführte Labour Party, die bei den Unterhauswahlen 1945 an die Macht gelangt war, nahm sich rasch des drängendsten Problems an, jenes der indischen Unabhängigkeit.[82] Der Indische Nationalkongress und die Muslimliga hatten sich seit Jahrzehnten für die Unabhängigkeit eingesetzt, waren sich aber über die Umsetzung uneinig. Erstere befürworteten einen gesamtindischen Staat, letztere einen separaten Staat in Gebieten mit muslimischer Mehrheit. Angesichts von Unruhen und eines drohenden Bürgerkriegs erklärte Lord Mountbatten, der letzte britische Vizekönig, das mehrheitlich hinduistische Indien und das mehrheitlich muslimische Pakistan am 15. August 1947 recht überhastet für unabhängig.[83] Die durch Großbritannien festgelegte Grenzziehung machte Dutzende Millionen Menschen zu Angehörigen einer religiösen Minderheit. Die einsetzenden Flüchtlingsströme führten zu Gewalt zwischen beiden Gruppen und zu Hunderttausenden von Toten.[84] Burma und Ceylon erlangten ihre Unabhängigkeit 1948. Im Gegensatz zu Indien, Pakistan und Ceylon trat Burma nicht dem Commonwealth of Nations bei.[85]

Das britische Völkerbundsmandat für Palästina, wo eine arabische Mehrheit mit einer jüdischen Minderheit zusammenlebte, erwies sich für Großbritannien als ähnliches Problem wie Indien. Es wurde zusätzlich verschärft durch die große Anzahl jüdischer Flüchtlinge, die sich nach der Unterdrückung und dem Genozid durch die Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkriegs in Palästina niederlassen wollten. Anstatt sich mit der Angelegenheit zu befassen, erklärte die britische Regierung 1947, dass sie im folgenden Jahr ihre Truppen zurückziehen und die Problemlösung den Vereinten Nationen überlassen werde.[86] Sie versuchte dies durch die Ausarbeitung eines Teilungsplans, konnte aber nicht den Palästinakrieg verhindern, der die einseitige Proklamation des Staates Israels zur Folge hatte.

Nach der japanischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg richteten die malaiischen Widerstandsbewegungen ihre Aufmerksamkeit auf die Briten, welche die Kontrolle über die Kolonie rasch wiedererlangt hatten. Die Tatsache, dass die Rebellen überwiegend chinesischstämmige Kommunisten waren, bewog die muslimische Mehrheit dazu, die Briten bei der Niederschlagung zu unterstützen – mit der späteren Unabhängigkeit des Landes als Gegenleistung.[87] Dieser „Malaiische Notstand“ (Malayan Emergency) dauerte von 1948 bis 1960, doch schon 1957 fühlten sich die Briten sicher genug, die Föderation Malaya als Teil des Commonwealth in die Unabhängigkeit zu entlassen. 1963 schlossen sich die Föderation, Singapur, Sarawak und Britisch-Nordborneo zum Staat Malaysia zusammen, musste im Anschluss jedoch von britischen Truppen gegen Angriffe Indonesiens verteidigt werden, welches die Konfrontasi begann. Nach Spannungen zwischen den malaiischen und chinesischen Bevölkerungsgruppen trat Singapur 1965 wieder aus Malaysia aus.[88] Das Sultanat Brunei, das seit 1888 ein britisches Protektorat gewesen war, behielt seinen Status bis zur Unabhängigkeit im Jahr 1984.[89]

Die Sueskrise und ihre Folgen

1951 übernahm die Conservative Party unter Winston Churchill wieder die Regierung. Die Konservativen waren davon überzeugt, dass Großbritanniens Status als Weltmacht vom Weiterbestehen des Empire abhing. Dabei spielte der Sueskanal trotz des Verlusts von Indien eine Schlüsselrolle. Gamal Abdel Nasser, der 1952 in Ägypten an die Macht gelangt war, handelte das Suez-Abkommen aus, das bis 1956 den Abzug britischer Truppen aus der Kanalzone vorsah.[90]

1956 verstaatlichte Nasser unvermittelt den Sueskanal. Als Reaktion darauf führte der neue Premierminister Anthony Eden Verhandlungen mit den Regierungen Frankreichs und Israels. Ein israelischer Angriff auf Ägypten sollte den Briten und Franzosen als Vorwand dienen, die Sueskanalzone zu zurückzuerobern. Der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower war nicht in die Pläne eingeweiht worden und verweigerte aus Verärgerung jegliche Unterstützung. Eisenhower fürchtete auch einen Krieg gegen die Sowjetunion, da Nikita Chruschtschow gedroht hatte, den Ägyptern zu Hilfe zu eilen. Die Amerikaner übten Druck aus, indem sie den Verkauf ihrer Pfund-Reserven androhten, was zum Zusammenbruch der britischen Währung geführt hätte.[91] Obwohl die Invasion militärisch erfolgreich war, wurden die Briten auf Druck der Vereinigten Staaten zu einem demütigenden Rückzug ihrer Truppen gezwungen und Eden trat zurück.[92]

Die Sueskrise zeigte klar die Grenzen britischer Macht auf und leitete den endgültigen Niedergang des Empire ein. Ohne Einwilligung oder gar Unterstützung der Vereinigten Staaten war Großbritannien nicht mehr länger alleine handlungsfähig. Zwar war die britische Machtposition im Nahen Osten nach der Sueskrise erheblich geschwächt, sie brach jedoch nicht zusammen. Großbritannien entsendete bald wieder Truppen in die Region und intervenierte in Oman (1957), Jordanien (1958) und Kuwait (1961), wenn auch mit amerikanischer

Billigung.[93] Die britische Präsenz im Nahen Osten endete mit dem geordneten Rückzug aus Aden (1967) und Bahrain (1971).

„Wind der Veränderung“

Premierminister Harold Macmillan hielt im Februar 1960 in Kapstadt eine Rede und sprach dabei vom „Wind der Veränderung“ (wind of change), der durch Afrika wehe.[94] Er wollte Unabhängigkeitskriege wie beispielsweise den Algerienkrieg, in dem Frankreich verwickelt war, vermeiden und trieb die Dekolonisation rasch voran. Ein Jahr vor Macmillans Amtsantritt war Sudan unabhängig geworden. Die verbliebenen britischen Kolonien – mit Ausnahme Südrhodesiens – folgten bis 1968 (siehe Karte). Der britische Rückzug aus dem östlichen und südlichen Teil Afrikas verursachte wegen der weißen Siedlerminderheiten Probleme, insbesondere in Südrhodesien, wo Premierminister Ian Smith 1965 einseitig die Unabhängigkeit von Großbritannien ausrief. Daraufhin herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände zwischen dem schwarzen und weißen Bevölkerungsteil, bis zur Unterzeichnung des Lancaster-House-Abkommens im Jahr 1979. Südrhodesien wurde vorübergehend wieder zu einer Kolonie, bis unter britischer Aufsicht Wahlen durchgeführt werden konnten. Diese wurden von Robert Mugabe gewonnen, der 1980 Premierminister des neuen unabhängigen Staates Simbabwe wurde.[95]

Auf Zypern kämpfte die Widerstandsorganisation EOKA seit 1955 für die Selbstbestimmung und den Anschluss an Griechenland. Das Land wurde 1960 unabhängig, durfte sich jedoch aus Rücksicht auf die türkische Minderheit nicht Griechenland anschließen. Außerdem blieben die Briten mit den Militärbasen Akrotiri und Dekelia, die bis heute britisches Hoheitsgebiet sind, präsent. Seit dem Einmarsch türkischer Truppen im Jahr 1974 und der einseitigen Ausrufung der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern ist die Insel geteilt. Die Unabhängigkeit Maltas im Jahr 1964 verursachte hingegen keine Probleme.

1958 wurde die Westindische Föderation gegründet. Großbritannien versuchte dadurch, in elf Kolonien in der Karibik die Forderung nach Unabhängigkeit gleichzeitig zu erfüllen und die Inseln unter einer Regierung zu vereinen. Dieser Bundesstaat brach jedoch auseinander, als zuerst 1961 Jamaika und dann 1962 Trinidad und Tobago, die beiden größten Provinzen, austraten.[96] Barbados und Guyana wurden 1966 unabhängig, weitere Kolonien im karibischen Raum folgten in den 1970er und 1980er Jahren. Hingegen verblieben Anguilla, die Turks- und Caicosinseln, die Britischen Jungferninseln, die Kaimaninseln und Montserrat Teil Großbritanniens. Britisch-Honduras, die letzte verbliebene Kolonie auf dem amerikanischen Festland, erhielt 1964 das Recht zur Selbstverwaltung, benannte sich 1973 in Belize um und erlangte 1981 die vollständige Unabhängigkeit.

Die britischen Kolonien im Pazifik wurden zwischen 1970 (Fidschi) und 1980 (Vanuatu) in die Unabhängigkeit entlassen. Im Falle Vanuatus verzögerte sich dieser Prozess aufgrund politischer Auseinandersetzungen zwischen dem englisch- und französischsprachigen Bevölkerungsteil (die Inselgruppe war zuvor ein gemeinsam mit Frankreich verwaltetes Kondominium gewesen).

Das Ende des Weltreichs

Zu Beginn der 1980er Jahre war die Dekolonisation weitgehend abgeschlossen. Großbritannien verfügte nur noch über einige über die ganze Welt verstreute Gebiete. Die einzige Neuerwerbung war 1955 Rockall gewesen, ein unbewohnter Felsen im Nordatlantik; dadurch sollte die sowjetische Marine daran gehindert werden, Raketentests auf den Hebriden zu beobachten. 1982 besetzte Argentinien die Falklandinseln und berief sich dabei auf Ansprüche aus der spanischen Kolonialzeit. Im anschließenden Falklandkrieg konnten die anfänglich überraschten Briten die Inselgruppe zurückerobern; die Niederlage Argentiniens führte dort zum Sturz der Militärdiktatur.[97] Im selben Jahr wurde Kanada durch das vom britischen Parlament erlassene Kanada-Gesetz 1982 verfassungsrechtlich vollständig vom Mutterland getrennt. Entsprechende Gesetze für Australien und Neuseeland folgten 1986.[98]

Im September 1982 verhandelte Premierministerin Margaret Thatcher mit der Regierung der Volksrepublik China über die Zukunft der letzten bedeutenden und bevölkerungsreichsten britischen Kolonie Hongkong. Gemäß den Bestimmungen des Vertrags von Nanking von 1842 hatten die Chinesen Hong Kong Island „auf ewig“ abgetreten. Doch der überwiegende Teil der Kolonie bestand aus den New Territories, die für 99 Jahre gepachtet worden waren; dieser Pachtvertrag würde 1997 auslaufen.[99] Thatcher wollte an Hongkong festhalten und schlug eine britische Verwaltung unter chinesischer Souveränität vor, was die Chinesen jedoch ablehnten. 1984 vereinbarten beide Regierungen die Sino-British Joint Declaration, welche die Einrichtung einer Sonderverwaltungszone unter dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ vorsah. Viele Beobachter, darunter der anwesende Prinz Charles, bezeichneten die Übergabezeremonie am 30. Juni 1997 als das „Ende des Empire“.[100]

Nachwirkung

Großbritannien übt außerhalb der Britischen Inseln die Souveränität über 14 Gebiete aus, die seit 2002 als Britische Überseegebiete bezeichnet werden. Einige sind mit Ausnahme von militärischem oder wissenschaftlichem Personal unbewohnt, die übrigen verwalten sich in unterschiedlichem Maße selbst und sind in den Bereichen Außenpolitik und Verteidigung von Großbritannien abhängig. Die britische Regierung hat jedem Überseegebiet seine Unterstützung zugesagt, falls es die Unabhängigkeit anstreben will.[101] Die britische Souveränität über verschiedene Überseegebiete wird von benachbarten Staaten in Frage gestellt: Spanien erhebt Anspruch auf Gibraltar, Argentinien auf die Falklandinseln und Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln, die Seychellen und Mauritius auf das Britische Territorium im Indischen Ozean. Das Britische Antarktis-Territorium überlappt mit Ansprüchen Argentiniens und Chiles, während zahlreiche andere Staaten überhaupt keine territorialen Ansprüche in der Antarktis anerkennen.

Die meisten ehemaligen britischen Kolonien sind Mitglied des Commonwealth of Nations, ein freiwilliger, unpolitischer Zusammenschluss gleichberechtigter Staaten, in welchem Großbritannien kein privilegierter Status zusteht. Fünfzehn Staaten des Commonwealth, die so genannten Commonwealth Realms, teilen sich mit Großbritannien das Staatsoberhaupt, den britischen Monarchen.

Jahrzehnte-, in manchen Fällen jahrhundertelange britische Herrschaft und Auswanderung haben in den Staaten, die aus dem Britischen Weltreich entstanden sind, ihre Spuren hinterlassen. Die englische Sprache ist die Hauptsprache von über 300 Millionen Menschen und die Zweitsprache von mehr als 400 Millionen. Ursache ist zum Teil der kulturelle Einfluss der Vereinigten Staaten, die ihrerseits aus dem Empire hervorgegangen sind. Das englische parlamentarische System (Westminster-System) und die englische Rechtsprechung (common law) dienten vielen ehemaligen Kolonien als Vorbild bei der Gestaltung ihres Staatswesens.[102] Das Justizkomitee des britischen Privy Council ist heute noch das oberste Appellationsgericht einiger früherer Kolonien in der Karibik und im Pazifik. Protestantische britische Missionare verbreiteten die anglikanische Konfession in alle Kontinente. Beispiele britischer Kolonialarchitektur wie Kirchen, Bahnhöfe und Regierungsgebäude prägen bis heute Städte, die einst Teil des Empires waren.[103] In Großbritannien entwickelte Ballspiele – Fußball, Cricket, Rugby, Tennis und Golf – haben sich über die ganze Welt verbreitet. Einige Länder haben das britische Maßsystem und den Linksverkehr beibehalten.

Die durch die Briten gezogenen politischen Grenzen entsprachen oft nicht ethnischen oder religiösen Kriterien und führten zu Konflikten, beispielsweise in Kaschmir, Palästina, Sudan, Nigeria und Sri Lanka. Das Britische Weltreich war auch für große Migrationsströme verantwortlich. Millionen von Menschen verließen die Britischen Inseln und bildeten die Grundlage von Siedlerstaaten wie den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Neuseeland. Spannungen zwischen der weißen Bevölkerungsmehrheit dieser Staaten und ihrer indigenen Bevölkerungsminderheiten sowie zwischen den weißen Minderheiten und den indigenen Mehrheiten in Südafrika und Simbabwe bleiben bis heute bestehen. Die britische Besiedlung Irlands hatte in Nordirland eine tiefe Kluft zwischen Katholiken und Protestanten zur Folge. Millionen von Menschen wanderten zwischen verschiedenen britischen Kolonien, insbesondere in die Inder und Chinesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich durch die Einwanderung aus ehemaligen Kolonien auch die Zusammensetzung der Bevölkerung Großbritanniens.[104]

Literatur

- Nicholas Canny: *The Origins of Empire*. In: *The Oxford History of the British Empire*. Band I, Oxford University Press, Oxford 1998, ISBN 0199246769.
- PJ Marshall: *The Eighteenth Century*. In: *The Oxford History of the British Empire*. Band II, Oxford University Press, Oxford 1998, ISBN 0199246777.
- Andrew Porter: *The Nineteenth Century*. In: *The Oxford History of the British Empire*. Band III, Oxford University Press, Oxford 1998, ISBN 0199246785.
- Judith Brown: *The Twentieth Century*. In: *The Oxford History of the British Empire*. Band IV, Oxford University Press, Oxford 1998, ISBN 0199246793.
- Niall Ferguson: *Colossus: The Price of America's Empire*. Penguin Books, London 2004, ISBN 1594200130.
- Niall Ferguson: *Empire: The Rise and Demise of the British World Order and the Lessons for Global Power*. Basic Books, New York 2004, ISBN 0465023290.
- James Olson: *Historical Dictionary of the British Empire*. Greenwood Publishing Group, Santa Barbara 1996, ISBN 031329366X.
- Simon Smith: *British Imperialism 1750-1970*. Cambridge University Press, Cambridge 1998, ISBN 052159930X.
- Lawrence James: *The Rise and Fall of the British Empire*. St. Martin's Griffin, New York 1997, ISBN 031216985X.
- Nigel Dalziel: *The Penguin Historical Atlas of the British Empire*. Penguin Books, London 2006, ISBN 0141018445.
- Trevor Owen Lloyd: *The British Empire 1558-1995*. Oxford University Press, Oxford 1996, ISBN 0198731345.
- Roger Louis: *Ends of British Imperialism: The Scramble for Empire, Suez and Decolonization*. I. B. Tauris, New York 2006, ISBN 1845113470.
- PJ Marshall: *The Cambridge Illustrated History of the British Empire*. Cambridge University Press, Cambridge 1996, ISBN 0521002540.

- Claudia Schnurmann: Vom Inselreich zur Weltmacht. Kohlhammer, Stuttgart 2001, ISBN 317016192X.
- Peter Wende: Das Britische Empire, Geschichte eines Weltreichs. C. H. Beck, München 2008, ISBN 9783406570735.

Einzelnachweise

1. ↑ Angus Maddison; OECD (Hrsg.): The World Economy: A Millennial Perspective. 2001, ISBN 9264186549, S. 98, 242.
2. ↑ Ferguson, Colossus, S. 15
3. ↑ Ferguson, Colossus, S. 2
4. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 7
5. ↑ John Cabot. In: Dictionary of Canadian Biography. Toronto 1979ff. ISBN 0-8020-3142-0 (englisch, französisch)
6. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 35
7. ↑ Ferguson, Colossus, S. 7
8. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 62
9. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 63
10. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 63–64
11. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 70
12. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 34
13. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 71
14. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 221
15. ↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 600
16. ↑ a b Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 897
17. ↑ Ferguson, Empire, S. 72–73
18. ↑ Ferguson, Empire, S. 62
19. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 228
20. ↑ Marshall, the Eighteenth Century, S. 440–464
21. ↑ Magnus Magnusson: Scotland: The Story of a Nation. Grove Press, New York 2003, ISBN 0802139329, S. 531.
22. ↑ Ferguson, Empire, S. 19
23. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 441
24. ↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 1045
25. ↑ a b Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 1121–1122
26. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 93
27. ↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 995
28. ↑ Ferguson, Empire, S. 73
29. ↑ Canny, The Origins of Empire, S. 92
30. ↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 1026
31. ↑ James, The Rise and Fall of the British Empire, S. 119
32. ↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 796

- 33.↑ Smith, *British Imperialism*, S. 28
- 34.↑ Smith, *British Imperialism*, S. 20
- 35.↑ Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 806–808
- 36.↑ Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 87
- 37.↑ Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 1137
- 38.↑ James, *The Rise and Fall of the British Empire*, S. 152
- 39.↑ Porter, *The Nineteenth Century*, S. 14
- 40.↑ Porter, *The Nineteenth Century*, S. 204
- 41.↑ Smith, *British Imperialism*, S. 71
- 42.↑ Ronald Hyam: *Britain's Imperial Century, 1815-1914: A Study of Empire and Expansion*. Palgrave Macmillan, Basingstoke 2002, ISBN 033399311X, S. 1.
- 43.↑ a b Porter, *The Nineteenth Century*, S. 401
- 44.↑ Porter, *The Nineteenth Century*, S. 332
- 45.↑ Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 285
- 46.↑ Porter, *The Nineteenth Century*, S. 8
- 47.↑ Dalziel, *Historical Atlas of the British Empire*, S. 88–91
- 48.↑ a b Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 478
- 49.↑ Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 293
- 50.↑ Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 567
- 51.↑ Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 568
- 52.↑ Marshall, *Cambridge Illustrated History of the British Empire*, S. 133–134
- 53.↑ a b James, *The Rise and Fall of the British Empire*, S. 181–182
- 54.↑ Smith, *British Imperialism*, S. 85
- 55.↑ Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 1070
- 56.↑ Ferguson, *Empire*, 230–233
- 57.↑ Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 989
- 58.↑ Porter, *The Nineteenth Century*, S. 187
- 59.↑ Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 376
- 60.↑ James, *The Rise and Fall of the British Empire*, S. 315
- 61.↑ Lloyd, *The British Empire*, S. 275
- 62.↑ Lloyd, *The British Empire*, S. 227–228
- 63.↑ Ferguson, *Empire*, S. 315
- 64.↑ Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 658
- 65.↑ a b Louis, *Ends of British Imperialism*, S. 302–303
- 66.↑ Louis, *Ends of British Imperialism*, S. 294
- 67.↑ Olson, *Historical Dictionary of the British Empire*, S. 182
- 68.↑ Brown, *The Twentieth Century*, S. 143

- 69.↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 58
- 70.↑ Ferguson, Empire, S. 330
- 71.↑ James, The Rise and Fall of the British Empire, S. 416
- 72.↑ Brown, The Twentieth Century, S. 292
- 73.↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 745
- 74.↑ Brown, The Twentieth Century, S. 68–69
- 75.↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 800
- 76.↑ Lloyd, The British Empire, S. 313–314
- 77.↑ James, The Rise and Fall of the British Empire, S. 513
- 78.↑ Louis, Ends of British Imperialism, S. 295
- 79.↑ Brown, The Twentieth Century, S. 337
- 80.↑ Lloyd, The British Empire, S. 316
- 81.↑ a b c Brown, The Twentieth Century, S. 330–331
- 82.↑ Lloyd, The British Empire, S. 322
- 83.↑ Smith, British Imperialism, S. 67
- 84.↑ Lloyd, The British Empire, S. 325
- 85.↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 218
- 86.↑ Lloyd, The British Empire, S. 327–328
- 87.↑ Lloyd, The British Empire, S. 335
- 88.↑ Lloyd, The British Empire, S. 364
- 89.↑ Lloyd, The British Empire, S. 396
- 90.↑ Brown, The Twentieth Century, S. 339–340
- 91.↑ Ferguson, Empire, S. 355–356
- 92.↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 398
- 93.↑ James, The Rise and Fall of the British Empire, S. 586
- 94.↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 1165
- 95.↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 715
- 96.↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 1155
- 97.↑ James, The Rise and Fall of the British Empire, S. 629
- 98.↑ Brown, The Twentieth Century, S. 689
- 99.↑ Olson, Historical Dictionary of the British Empire, S. 553
- 100.↑ Charles' diary lays thoughts bare. BBC News, 22. Februar 2006, abgerufen am 24. Dezember 2009 (englisch).
- 101.↑ House of Commons Foreign Affairs Committee (Hrsg.): HC Paper 147-II, Overseas Territories. Band II, The Stationery Office, London 2008, ISBN 0215521501, S. S. 146, 153.
- 102.↑ Ferguson, Empire, S. 307
- 103.↑ Marshall, Cambridge Illustrated History of the British Empire, S. 238–240

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Holland

Holland ist ein Teil der Niederlande, der im Westen von der Nordsee und im Osten vom IJsselmeer begrenzt wird. Holland teilt sich auf in die Provinzen Nordholland und Südholland. Die nördliche Grenze liegt bei Den Helder und der Insel Texel, die südliche liegt im Delta von Rhein, Maas und Schelde. In Holland befinden sich unter anderem die Großstädte Den Haag, Rotterdam und Amsterdam, die Teil des Ballungsraumes Randstad sind. Im Westen, an der Nordsee, befinden sich entlang der Küste überwiegend Dünen, landeinwärts sind flache Polder vorzufinden. Der Großteil Hollands liegt unterhalb des Meeresspiegels.

Im deutschen wie im englischen, spanischen, arabischen, polnischen, russischen, französischen und italienischen Sprachgebrauch wird Holland oft als Synonym für die Niederlande benutzt. Dies ist bereits auf das ausgehende 16. Jahrhundert zurückzuführen, als die Republik der Sieben Vereinigten Provinzen entstand, deren einflussreichste Provinz Holland war.

Geschichte

Das Gebiet war zeitweise Bestandteil des Römischen Reiches, später des Frankenreiches und des nachfolgenden Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. 1384 kam es unter französischen Einfluss (Burgundische Niederlande). 1430 kam die Grafschaft Holland durch Erbschaft endgültig an das Haus Valois-Burgund und nach dem Tod des letzten Burgunderherzogs Karls des Kühnen 1477 an das Haus Habsburg, später an die spanische Linie der Habsburger. Ab 1581 war die Grafschaft Holland führende Provinz der Republik der Sieben Vereinigten Niederlande. Während der napoleonischen Zeit gab es das Königreich Holland (1806–1810), das die heutigen Niederlande umfasste. Um die Dominanz Hollands zu verringern, welches schon immer der kulturelle, politische und gesellschaftliche Hauptteil des Landes war, wurde es 1840 in die heutigen beiden Provinzen Nordholland und Südholland geteilt

Der Name Holland wurde erstmals 866 als Holtland („Holzland“ oder „Waldland“) für die Gegend um Haarlem erwähnt.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Republik der Sieben Vereinigten Provinzen

(Weitergeleitet von Republik der Sieben Vereinigten Niederlande)

Die Republik der Sieben Vereinigten Provinzen, auch bekannt als Vereinigte Niederlande (niederl.: Republik der Zeven Verenigde Provinciën oder Verenigde Nederlanden), war der Vorläufer der heutigen Niederlande von 1581 bis 1795. Der vollständige Name wurde nicht immer verwendet. Verschiedene verkürzte Versionen waren durchaus geläufiger.

Geschichte

Die sieben Provinzen waren Holland, Zeeland, Groningen, Utrecht, Friesland, Gelderland und Overijssel. Diese existieren heute noch in fast gleicher Form als Teil des Königreiches der Niederlande. Daneben war auch die Provinz Drenthe, die immer noch im Schatten der anderen Provinzen steht, ein Teil dieses Bundes, jedoch ohne Stimmrecht.

Der Staat entstand aus der 1579 gebildeten Utrechter Union und wurde geschaffen, als die nördlichen Niederlande ihren Gebieter Philipp II. von Spanien formell absetzten, um eine eigene Regierung unter Führung der Generalstaaten zu bilden. Diese Bundesrepublik bestand bis Französische Revolutionstruppen 1795 einmarschierten und die Batavische Republik ausriefen, das spätere Marionetten-Königreich Holland.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Geschichte der Niederlande

Keim des späteren Nationalstaates.

1815 vereinte der Wiener Kongress die nördlichen Niederlande mit den südlichen, ehemals habsburgisch-österreichischen, im Königreich der Niederlande. Mit diesem Jahr beginnt die Geschichte des heutigen niederländischen Staates. 1839 erkannten die Niederlande die Abtrennung des Südens an, der sich seit seiner Unabhängigkeitserklärung 1830 Belgien nennt.

Die Niederlande hatten ferner ein bedeutsames Kolonialreich, vor allem mit Niederländisch-Indien, das 1949 unabhängig wurde. Durch diesen Verlust orientierte sich das Land außenpolitisch langsam neu: Aus der neutralen Seemacht wurde ein Partner in der NATO.

Von der Vorgeschichte bis zum frühen Mittelalter

Vorgeschichte

Das Gebiet der heutigen Niederlande, also der westlichste Teil der norddeutschen Tiefebene, ist schon seit der Eiszeit bewohnt. Die bekanntesten Überreste beziehungsweise Funde aus dieser frühen Zeit sind die hunebedden (Hünengräber), große Grabmonumente aus Stein aus der Jungsteinzeit, in der Provinz Drenthe.

Römerzeit

Ab 50 v. Chr. eroberten die Römer den Raum der südlichen Niederlande und gründeten hier die ersten Städte (unter anderem Utrecht, Nimwegen und Maastricht); das Gebiet wurde Teil der römischen Provinz Germania Inferior.

Der Rhein bildete die natürliche Grenze zum übrigen Germanien. Der nördliche Raum der heutigen Niederlande, das Land der Friesen und anderer Stämme, blieb daher die meiste Zeit außerhalb des römischen Reichsgebietes.

Ab etwa 290 n. Chr. drangen die germanischen Franken aus dem Südosten kommend in das Gebiet südlich des Rheins ein, insbesondere in das Scheldegebiet. Die Römer versuchten mehrmals, vergeblich, die Franken zu vertreiben. 355 gestand ihnen Julianus, der spätere Kaiser Julian, schließlich ein Gebiet zu, nämlich südlich des Rheins (der niederfränkische Raum der heutigen Niederlande, Flandern und Deutschlands) unter der Bedingung, ihm als foederati (Verbündete) zu dienen.

Die Franken

Nach dem Untergang des Römischen Reiches folgte eine Periode der Unruhen. Die Friesen lebten an der Küste, die Sachsen im Osten und die Franken im Süden.

486 n. Chr. besiegten die Franken ihre römischen Nachbarn unter Syagrius und dehnten unter Chlodwig ihr Reich nach Süden bis zur Loire aus. Das Hauptgebiet des Frankenreichs lag im heutigen Belgien und in Nordfrankreich; die spätere Hauptpfalz (Hauptstadt) war Aachen. Danach, um etwa 700, unterwarfen die Franken auch ihre friesischen Nachbarn. In der Zeit um 800 besiegte Kaiser Karl der Große die Sachsen (ungefähr im heutigen Niedersachsen und den östlichen Niederlanden), ließ ihre heidnischen Heiligtümer zerstören und ihre Anführer ermorden. Nach der Eroberung wurden Friesland und Sachsen christianisiert.

Heiliges Römisches Reich

Das fränkische Reich wurde nach dem Tod Ludwig des Frommen, des Sohnes Karls des Großen, unter seinen Söhnen geteilt. Im Vertrag von Verdun 843 erhielt Lothar I. das Mittelreich. Nach der Prümer Teilung des Mittelreiches 855 unter Lothar II., 870 im Vertrag von Meerssen und 880 im Vertrag von Ribemont kam Lotharingen zum östlichen Teil des Frankenreiches, dem späteren Heiligen Römischen Reich.

Das östliche Frankenreich, das Land der deutschen Sprache (*lingua Teutonica*), blieb allerdings keine politische Einheit. Örtliche Vasallen, Herrscher von Grafschaften und Herzogtümer, verstärkten ihre Machtstellungen gegenüber dem Kaiser. Das Gebiet der heutigen Niederlande war auf verschiedene adlige Besitztümer verteilt, den Grafen von Holland, den Herzog von Geldern und den Herzog von Brabant, sowie den Bischof von Utrecht. In Friesland und Groningen im Norden regierte dagegen der niedere Adel.

Der größte Teil der heutigen Niederlande und Belgiens wurde unter dem Herzog von Burgund vereinigt. Fortan nannte man sie die Niederen Lande des Hauses Burgund im Gegensatz zum französischen Stammland (siehe Burgundische Niederlande). Wirtschaftliches Zentrum waren die flandrischen Städte, später auch Antwerpen. Die Nordniederlande standen demgegenüber zurück.

Nachdem der letzte Herzog Karl der Kühne auf dem Schlachtfeld am 5. Januar 1477 bei Nancy von den Schweizern getötet worden war, verlor seine Tochter und Erbin Maria das Kerngebiet Burgund an Frankreich. Es blieben ihr die Niederen Lande, die sie zusammen mit ihrem Gatten Maximilian von Habsburg von Brüssel aus regierte.

Achtzigjähriger Krieg und Unabhängigkeit

Im späten 15. Jahrhundert kam das Gebiet durch Erbschaft in den Besitz der Habsburger Dynastie unter Karl V., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches. Das Zeitalter der durch Martin Luther hervorgebrachten Reformation war angebrochen und auch in den Niederen Landen konvertierten Teile der Bevölkerung zum Protestantismus. Karl V. und sein Sohn und Nachfolger Philipp II. von Spanien, beide strenggläubige Katholiken, ließen die Protestanten verfolgen und versuchten, sie zu rekatholisieren. Philipps Bemühungen, eine zentrale Verwaltung einzuführen und einheitliche Steuern und Gesetze zu erlassen, führten schließlich zum Aufstand der Provinzen.

Sieben niederländische Provinzen (Holland, Zeeland, Groningen, Utrecht, Friesland, Gelderland und Overijssel) schlossen sich 1579 zur Utrechter Union zusammen und gründeten 1581

die Republik der Sieben Vereinigten Provinzen. Wilhelm I. von Oranien, eigentlich Philipps Statthalter in den Grafschaften von Holland, Zeeland und Utrecht, übernahm die Führung der Aufständischen im sogenannten Achtzigjährigen Krieg (1568–1648). Am 15. Mai 1648 kam es zur eigentlichen Geburtsstunde und damit Unabhängigkeit der Vereinigten Provinzen der Niederlande durch den Westfälischen Frieden in Münster und Osnabrück.

Goldenes Zeitalter

Bereits während des Achtzigjährigen Krieges begannen die Niederlande mit einem groß angelegten Überseehandel – sie jagten Wale nahe Spitzbergen, betrieben Gewürzhandel mit Indien und Indonesien, gründeten Kolonien in Brasilien, Nordamerika (Nieuw Nederland), Südafrika und der Karibik. Der Reichtum, den sie aus diesem Handel anhäuferten, führte im 17. Jahrhundert zum sogenannten Goldenen Zeitalter (de gouden eeuw). Die Republik wurde von einem Patriziat (Regenten) - bestehend aus wohlhabenden Bürgern und Adeligen, welche schon im ausgehenden Mittelalter in die Städte einwanderten - regiert und nicht von einem König oder hohen Edelleuten. Im Prinzip hatte jede Stadt und jede Provinz ihre eigene Regierung und eigenen Gesetze und wurde von den miteinander eng verwandten Regenten beherrscht. Die Städte und Distrikte waren weitgehend unabhängig, obwohl die südlichen, katholischen Gebiete wie Brabant und Limburg unter der Zentralgewalt standen.

Englisch-Niederländische Kriege

1650 starb Statthalter Wilhelm II. von Oranien und hinterließ die Nation ohne mächtigen Herrscher. Im folgenden Jahr verhängte England die Navigationsakte von 1651, die vielen niederländischen Handelsinteressen schadete. Der Kampf um die Akte endete im Ersten Englisch-Niederländischen Krieg, der von 1652 bis 1654 dauerte und im Frieden von Westminster endete, worin die Navigationsakte anerkannt werden musste.

1665 erklärten die Engländer den Niederländern erneut den Krieg (Zweiter Englisch-Niederländische Krieg). Bereits zuvor hatten sie niederländische Siedlungen in Nieuw Nederland angegriffen. Mit Unterstützung der Franzosen (die in der Zwischenzeit in die Spanischen Niederlande – heute Belgien – einmarschiert waren) erlangten die Niederländer die Oberhand. Nachdem der niederländische Admiral Michiel de Ruyter einen großen Teil der englischen Flotte auf der Themse zerstört hatte, schlossen Engländer und Niederländer 1667 den Frieden von Breda; es wurde vereinbart, dass die Engländer die niederländischen Besitzungen in Nordamerika (das Gebiet um das heutige New York City) behalten durften, während die Niederländer Suriname erhielten. Auch die Navigationsakte wurde zu Gunsten der Niederlande modifiziert.

Rampjaar

1672 ist in den Niederlanden als das Rampjaar, das Katastrophenjahr, bekannt: Nacheinander erklärten England (Dritter Englisch-Niederländischer Krieg), Frankreich, Münster und Kurköln, die eine Allianz gegen die Niederlande gebildet hatten, der Republik den Krieg (Holländischer Krieg). Frankreich, Kurköln und Münster marschierten in die Republik ein, während die Landung der Engländer an der Küste nur knapp verhindert werden konnte.

In der Zwischenzeit wurde Wilhelm III. zum Statthalter ernannt, und Hollands vormals allmächtiger Ratspensionär Johan de Witt mitsamt seinem Bruder Cornelis von einer von oranischen Parteigängern aufgehetzten Volksmenge in Den Haag gelyncht. Mit Hilfe anderer deutscher Staaten konnten die Niederländer die Invasoren zurücktreiben, worauf mit Kurköln und Münster 1674 Friede geschlossen wurde, nachdem England im Zweiten Frieden von Westminster ebenfalls in den Friedensschluss einwilligte.

1678 wurde mit dem Vertrag von Nimwegen auch Frieden mit Frankreich geschlossen, obgleich die spanischen und deutschen Verbündeten sich durch den in Nimwegen unterzeichneten Frieden betrogen fühlten. Als der englische König Jakob II. entthront worden war, wurde 1689 Wilhelm III. der Thron von England angeboten, den dieser annahm.

Zwischen 1714 und 1795 gehörte das Gebiet, das etwa dem heutigen Belgien und Luxemburg entspricht, als Österreichische Niederlande zur Habsburger Monarchie.

Französische Herrschaft seit 1795

Ende des 18. Jahrhunderts wuchs die Unruhe in den Niederlanden. Zwischen den Oranieren, die Wilhelm V. von Oranien mehr Macht verleihen wollten, und den Patrioten, die unter dem Einfluss der Amerikanischen und Französischen Revolution eine demokratischere Regierung forderten, entstanden Kämpfe. Die Niederlande waren das erste Land, welches die Vereinigten Staaten von Amerika anerkannte. Großbritannien erklärte den Krieg, bevor das Land sich der Gruppe der Neutralen anschließen konnte, die sich gegenseitige Unterstützung

schworen. Der Vierte Englisch-Niederländische Krieg (1780–1784) war wieder ein Desaster für die Niederlande, besonders ökonomisch. 1785 entflammte eine demokratische ("patriotische") Revolte, aber das Haus von Oranien holten seine preußischen Verwandten zu Hilfe, um die Revolte niederzuschlagen. Viele Patrioten flohen aus dem Land nach Frankreich.

Nach der Französischen Revolution marschierte die französische Armee in die Niederlande ein und verhalf der Batavischen Republik (1795–1806) zu ihrem kurzen Dasein. Der französische Einfluss war stark, und nachdem Napoleon an die Macht gekommen war, vereinigte er die Niederlande und einen kleinen Teil Deutschlands (Ostfriesland, Jever) unter dem Königreich Holland, welches er von seinem Bruder Louis Bonaparte als König regieren ließ. Auch dieses Königreich währte nicht lange, da Napoleon bemängelte, dass sein Bruder die niederländischen Interessen vor die französischen stellte, woraufhin er die Niederlande 1810 dem französischen Reich einverleibte. Die französischen Interessen verlangten eine Beteiligung des Königreiches Holland an der Kontinentalsperre, die aber in den Niederlanden wie auch in anderen Küstengebieten durch Schmuggel oftmals unterlaufen wurde.

Das Haus Oranien schloss im Jahre 1796 einen Vertrag mit Großbritannien, in dem es diesem seine Kolonien in 'Sicherungsverwahrung' überantwortete und den Gouverneuren der Kolonien Anweisung gab, sich der Herrschaft der Briten zu beugen. Damit verloren die Niederlande einen großen Teil ihres Kolonialreiches: Guyana und Ceylon gingen nicht mehr an die Niederlande zurück, die Kapkolonie wurde zwar auf dem Papier zurückgegeben, dann aber 1806 erneut, nun endgültig, von den Briten übernommen. Die übrigen Kolonien, einschließlich Indonesien, kamen nach dem Britisch-Niederländischen Vertrag von 1814 an die Niederlande zurück. Drei Jahre zuvor kam es zu einer kriegerischen Auseinandersetzung beider Nationen um die Insel Java.

Konstitutionelle Monarchie im 19. Jahrhundert

Nach der napoleonischen Zeit kamen die Niederlande wieder als Staat auf die Karte Europas zurück. Das Land hat schon immer eine Rolle als Puffer gespielt, um dem französischen Expansionsdrang Einhalt zu gebieten. Insbesondere der russische Zar wollte, dass diese Rolle von den Niederlanden wieder aufgenommen werden sollte, und auch, dass die Kolonien wieder zurückgegeben werden sollten. Ein Kompromiss wurde mit den Briten auf dem Wiener Kongress 1815 geschlossen, wonach nur Niederländisch-Indien wiedergegeben wurde, dafür aber der Norden und Süden der Niederlande wiedervereinigt werden sollte.

Am 2. Dezember 1813 proklamierten die Niederlande ihre Unabhängigkeit von französischer Herrschaft und den am 30. November zurückgekehrten Wilhelm Friedrich, Prinz von Oranien-Nassau als souveränen Fürsten. Er war der Sohn des letzten Statthalters Wilhelm V. Das Land wurde 1814/15 eine Monarchie. König wurde der Oranierprinz als Wilhelm I. Sein Vereinigtes Königreich der Niederlande bestand seit 1815 aus den Ländern, die heute die Niederlande und Belgien bilden; hinzu kam Luxemburg, dessen Großherzog Wilhelm war.

Viele Belgier empfanden sich als Untertanen zweiten Ranges, aus den folgenden Gründen:

- Konfession: der vorherrschend katholische Süden gegen den mehrheitlich protestantischen Norden;
- Wirtschaft: der Süden war industriell fortgeschrittener, der Norden traditionell eine Handelsnation;
- Sprache: (nicht nur Wallonien war französischsprachig, auch im flämischen Norden sprach die Oberschicht französisch, während die übrige flämische Bevölkerung Niederländisch bzw. einen niederländischen Dialekt sprach).

1830 eskalierte die Situation; der Süden erhob sich in der belgischen Revolution und erklärte sich vom Norden unabhängig. König Wilhelm entsandte eine Armee, die sich allerdings nach nur wenigen Tagen zurückziehen musste, nachdem Frankreich sein Heer mobilisiert hatte. Allerdings erkannte er Belgien bis 1839 nicht an. Im Jahr 1848 brachen in ganz Europa Unruhen aus. Das Ergebnis war auch in den Niederlanden bedeutend. Der liberale Staatsrechtler Johan Rudolf Thorbecke wurde vom König beauftragt, die Verfassung der Niederlande zu reformieren. Durch die Einführung der Ministerverantwortlichkeit - genauer gesagt: die Pflicht der Regierung, dem Parlament Auskünfte zu erteilen - wurde das später sich etablierende parlamentarische System ermöglicht. Der Parlamentarismus – de facto wählt das Parlament die Regierungsmitglieder aus – hat sich endgültig 1866/68 etabliert.

Bei der Verfassungsänderung 1848 erhielten die Katholiken in den Niederlanden das Recht auf freie kirchliche Organisation. 1853 wurden die historischen katholischen Bistümer wiederhergestellt.

Die Niederlande bis zum Zweiten Weltkrieg

Am Ende des 19. Jahrhunderts, als viele Staaten Kolonien für sich beanspruchten, erweiterten die Niederlande ihre Besitzungen in Niederländisch-Indien (dem heutigen Indonesien). Max Havelaar von Eduard Douwes Dekker, eines der berühmtesten Bücher in der niederländischen Literaturgeschichte, berichtet über die Ausbeutung des Landes und seiner Bewohner durch Niederländer und einheimische Herrscher.

Nach einer Verfassungsänderung 1884 konnte das Wahlrecht ausgeweitet werden, und 1917 erhielten in einer weiteren Verfassungsänderung alle Männer das Wahlrecht. Gleichzeitig wurde das Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen durch ein Listensystem mit Verhältniswahl ersetzt. Die erste Wahl unter diesen neuen Bedingungen fand im Juli 1918 statt. 1922 durften erstmals auch Frauen wählen.

Erster Weltkrieg

Als der Erste Weltkrieg im August 1914 ausbrach, mobilisierten die Niederlande ihre Armee, blieben jedoch neutral und konnten sich erfolgreich aus dem Krieg halten. Der Einfall Deutschlands in das ebenfalls neutrale Belgien im selben Jahr führte zu einer großen Flüchtlingswelle von über einer Million Menschen.

Die Niederlande waren von kriegführenden Ländern umschlossen. Durch die vor allem für die zivile Seefahrt unsicher gewordene Nordsee wurde die Nahrung knapp; Lebensmittel wurden nun über Lebensmittelkarten ausgegeben. Ein Fehler in der Lebensmittelzuteilung verursachte den so genannten Aardappeloproer (Kartoffelaufuhr) in Amsterdam im Jahr 1917, als Zivilisten Nahrungsmitteltransporte für Soldaten plünderten.

Zwischenkriegszeit

Im November 1918 rief der Führer der Sociaal-Democratische Arbeiders Partij (SDAP, Sozialdemokratische Arbeiterpartei), Jelles Troelstra eine sozialistische Revolution aus, die jedoch scheiterte und für längere Zeit die Sozialisten von der politischen Teilhabe ausschloss. Trotz der Einführung der Verhältniswahl änderte sich im politischen Leben noch relativ wenig: Weiterhin dominierten die konfessionellen Parteien. Es wurde als bedeutsame Neuigkeit angesehen, dass 1918 der erste Katholik Ministerpräsident wurde. Die Sozialisten kamen erstmals 1939 in die Regierung.

Kommunisten (Communistische Partij van Holland) und Nationalsozialisten (Nationaalsocialistische Beweging) blieben im internationalen Vergleich schwach.

Zweiter Weltkrieg

Mai 1940

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 versuchten die Niederlande erneut, ihre Neutralität zu wahren; da sie jedoch – wie Belgien – im Spannungsfeld zwischen Frankreich, Großbritannien und dem Deutschen Reich lagen, wurden sie am 10. Mai 1940 von der deutschen Wehrmacht angegriffen. Der Großteil des Landes wurde in kürzester Zeit besetzt, Widerstand wurde nur von einer schwach ausgerüsteten niederländischen Armee geleistet. Schon am 10. Mai flohen der niederländische Außenminister van Kleffens und der Kolonialminister Charles Welter ins Exil nach London.

Am 14. Mai gab es nur noch wenige Kampfschauplätze, unter anderem bei Rotterdam. Da die Niederländer die Stadt erst kurz vor der geplanten Bombardierung übergeben hatten, verhinderten Kommunikationsprobleme mit den Bombern den Abbruch des Bombardements: 800 Menschen kamen ums Leben, große Teile der Stadt wurden zerstört und 78.000 Einwohner wurden obdachlos. Danach kapitulierten die Niederlande. Auch die königliche Familie war zu diesem Zeitpunkt bereits nach Großbritannien geflohen, unter Pieter Sjoerds Gerbrandy bildete sich eine niederländische Exilregierung.

Deutsche Besatzung

Nach der Eroberung kam es auch in den Niederlanden zu Verfolgung und Deportation von Juden, Sinti und Roma. Zu Beginn des Krieges lebten in den Niederlanden 160.000 jüdische Niederländer, einschließlich 20.000 jüdischer Flüchtlinge. Ab 1942 wurde das 1939 errichtete Flüchtlingslager Durchgangslager Westerbork von der deutschen Besatzung als Transitlager genutzt. Weitere Lager auf niederländischem Boden waren das 1941 errichtete Durchgangslager Amersfoort sowie das KZ Vught südlich von Herzogenbusch. In Doetinchem und

Barneveld wurden die Villa Bouchina, De Schaffelaar und De Biezen als Internierungslager genutzt. Am Ende des Krieges lebten nur noch etwa 30.000 der niederländischen Juden. Unter den Ermordeten befand sich auch das jüdische Flüchtlingsmädchen Anne Frank aus Frankfurt am Main; das "Tagebuch der Anne Frank" wurde später weltweit bekannt. Mit 112.000 Ermordeten verloren die Niederlande ungefähr 75 Prozent ihrer Juden, prozentual viel mehr als andere westeuropäische Länder.

Am 22. und 23. Februar 1941 gab es die erste groß angelegte Razzia: mehr als 400 jüdische Männer wurden ins KZ Mauthausen verschleppt. Die niederländischen Kommunisten riefen daraufhin einen Generalstreik aus, der als „Februarstreik“ in die Geschichtsbücher einging. Die Besatzungstruppen schlugen den Streik, der in ganz Nordholland durchgeführt wurde, blutig nieder.

Im Juli 1940 gründeten drei Männer, darunter der spätere Ministerpräsident Jan de Quay, eine Nederlandse Unie. Sie akzeptierte die Besatzung als nicht änderbare Tatsache und versprach die Zusammenarbeit mit den Besatzern, sollte aber auch einen Zulauf zur Nationaal-Socialistische Beweging (NSB) verhindern. 1941 allerdings wurde die Unie verboten, da sie antideutsche Gefühle anzog. Sie konnte ihre selbstgestellte Rolle als ausgleichende Kraft nicht erfüllen. So hatte sie aus Vorsicht Juden "empfohlen", nicht Mitglied zu werden. Außerdem wurde ihr nach dem Krieg Kollaboration und Defätismus vorgeworfen.

Nach dem Verbot aller Parteien im Verlaufe des Jahres 1941 stieg der Einfluss der NSB leicht an. Die Regierungsgewalt blieb allerdings in den Händen der Besatzer, doch die Beliebtheit in der Bevölkerung war sehr begrenzt. Begrenzt war aber auch die Bereitschaft, aktiv Widerstand zu leisten, weswegen der Historiker Chris van der Heijden von einer "grauen Vergangenheit" spricht, statt der nach dem Krieg weitverbreiteten Einteilung in eine gute widerständige Mehrheit und eine kleine kollaborierende Minderheit. Die meisten Niederländer mussten sich auf die eine oder andere Weise mit der Besatzung arrangieren.

Alliierter Vormarsch und Hungerwinter

Nachdem die Alliierten in der Operation Overlord im Juni 1944 in der Normandie gelandet waren, stießen sie sehr schnell in Richtung der niederländischen Grenze vor. Am 5. September wurde eine gewagte Operation gestartet (Operation Market Garden), die einen schnellen Einfall in die südlichen Niederlande vorsah, um Brücken über die drei Hauptflüsse zu erobern. Die Brücke von Arnheim über den Rhein konnte allerdings nicht erobert werden (siehe dazu Die Brücke von Arnheim (Film)). Die Niederländer, die dachten, die Befreiung habe bereits begonnen – der Tag, an dem die Operation startete, ist bekannt als der „Dolle Dinsdag“ („Toller Dienstag“ – „toll“ im Sinne von „verrückt“) –, mussten noch bis 1945 warten, obwohl der südliche Teil der Flüsse zu diesem Zeitpunkt bereits befreit war.

Im Winter 1944–1945 mussten viele Niederländer im noch besetzten Gebiet hungern, daher wurde er auch „Hongerwinter“ (Hungerwinter) genannt. Am 5. Mai 1945 kapitulierten die deutschen Soldaten bei Wageningen, kurz darauf folgte das Kriegsende in Europa.

Am 11. Januar 1942 begann die japanische Invasion von Niederländisch-Indien. Die Niederländer kapitulierten am 1. März, als Truppen auf Java landeten. Niederländische Einwohner wurden gefangen genommen und in Arbeitslager gebracht. Mit der japanischen Kapitulation am 15. August 1945 endete auch hier der Zweite Weltkrieg, der allerdings in einen Kolonialkrieg um die indonesische Unabhängigkeit umschlug.

Nachkriegszeit

Königin Wilhelmina, Symbolfigur des Widerstandes gegen die deutschen Besatzer, war nach einer fünfzigjährigen Herrschaft 1948 zugunsten ihrer Tochter Juliana zurückgetreten. Während der Besatzungszeit hatten sich Wilhelminas absolutistische Neigungen verstärkt (sie wollte selbst die Minister auswählen), die sie nach der Rückkehr in ihr Land allerdings nicht durchsetzen konnte.

1949 kam die westdeutsche Gemeinde Elten (bei Emmerich) mit Umgebung bis 1963 unter niederländische Verwaltung. Die dortigen Bewohner blieben zwar formal deutsche Staatsbürger, erhielten jedoch niederländische Pässe und wurden niederländischen Bürgern rechtlich gleichgestellt. Eine in den Niederlanden erhobene Forderung nach Angliederung von Teilen des Münsterlandes und des grenznahen Rheinlandes hatte sich nicht durchsetzen können. Ebenfalls unter niederländische Verwaltung gestellt wurde 1949 auch der Selfkant. Dies war in der Schlusserklärung der Londoner Deutschland-Konferenz so vorgesehen. Erst nach langen Verhandlungen und Zahlung von 280 Mio. DM wurde der Selfkant wieder an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben. Die durch dieses Gebiet führende N274 blieb allerdings bis 25. Februar 2002 in niederländischem Besitz. Siehe auch: Niederländische

Annexionspläne nach dem Zweiten Weltkrieg.

Obwohl ursprünglich erwartet wurde, dass der Verlust von Indonesien zum ökonomischen Untergang führen würde, trat das Gegenteil ein, und in den 1950er-Jahren wuchs der Reichtum der Niederlande schnell an. 1952 gründeten die Niederlande mit Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien und Luxemburg die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die EGKS (oder Montanunion) war einer der Grundpfeiler für die spätere Europäische Union. Das Land ist auch eines der Gründungsmitglieder der NATO.

1953 kam es durch eine schwere Flutkatastrophe zu vielen Toten in Zeeland und Südholland. Um solch einem Unglück in Zukunft zuvorzukommen, wurde der Deltaplan aufgestellt, der Deicherhöhungen und den Verschluss von Meerarmen vorsah. Die Verwirklichung des ehrgeizigen Plans nahm mehrere Jahrzehnte in Anspruch.

Entkolonialisierung 1945-1975

Sofort nach der japanischen Kapitulation am 15. August 1945 erklärte Niederländisch-Indien seine Unabhängigkeit und nannte sich fortan Indonesien. Die Niederlande bekämpften die indonesische Republik militärisch und gaben erst auf internationalen Druck der Vereinten Nationen und der Vereinigten Staaten von Amerika auf. Das Land wurde formal am 27. Dezember 1949 unabhängig, nach dem Indonesischen Unabhängigkeitskrieg. Die westliche Hälfte von Neuguinea wurde allerdings erst 1961/62 unabhängig und dann von Indonesien annektiert.

1954 wurden die Kolonien Niederländische Antillen (in der Karibik) und Surinam (in Südamerika) mit der Verabschiedung des Statuts für das Königreich der Niederlande gleichberechtigte Partner der Niederlande. Die Zuständigkeit für Verteidigung und auswärtige Beziehungen verblieb beim Königreich. 1975 wurde Surinam zu einer unabhängigen Republik. Seitdem 1986 die Insel Aruba aus den Antillen ausgegliedert wurde, besteht das Königreich aus den Niederlanden, den Niederländischen Antillen und Aruba.

Seit der Entsäulung der 1960er Jahre

In den 1960-er Jahren erreichte die Verzuiling ihren Höhepunkt, danach wurden die Bindungen der Niederländer an ihre religiösen oder kulturellen Gruppen schwächer. In den 1970-er Jahren vereinigten sich die drei großen konfessionellen Parteien, während auf der Linken ähnliche Versuche (wie von Demokraten 66) nicht fruchteten.

Am 30. April 1980 kam es zu einem Wechsel an der Spitze des Königshauses. Königin Beatrix von Oranien-Nassau wurde Königin und folgte damit Königin Juliana nach, die im Alter von 71 Jahren abdankte.

Aus den schon ab 1929 eingedeichten Poldern Nordostpolder und Flevolandpolder entstand 1986 die neue Provinz Flevoland.

Von der lila Koalition zu Jan Peter Balkenende

In den Wahlen des Jahres 1994 stürzten die Christdemokraten dramatisch ab. Zum ersten Mal seit 1918 kam ein Kabinett ohne konfessionelle Partei zustande, und zwar von Sozialdemokraten, Rechts- und Linksliberalen. Ministerpräsident der "lila Koalition" (bis 2002) wurde der Sozialdemokrat Wim Kok. Zu den gesellschaftspolitischen Neuerungen der Koalition gehören die aktive Sterbehilfe und die homohuwelijk, die Ehe für Homosexuelle (seit 1. April 2001).

In der kurzen Zeit von 2002 bis 2004 starben die Eltern (Bernhard und Juliana) und der Ehemann (Claus) der Königin. Im Jahre 2002 sorgte die Hochzeit des Kronprinzen Willem-Alexander mit Máxima Zorreguita für Aufsehen - der Vater der Braut war während der Videla-Diktatur in Argentinien Regierungsmitglied. Er durfte bei der Hochzeit nicht anwesend sein. 2003 kam es zu einem Skandal, als eine Tochter von Beatrix' Schwester Irene, Prinzessin Margarita, der Königin und der Regierung vorwarf, sie und ihren Ehemann abgehört zu haben. Bestätigt werden konnte nur der Vorwurf, dass der finanzielle Hintergrund des Ehemanns von den Sicherheitsbehörden geprüft worden war, entgegen den üblichen Bestimmungen. Die Königin fand den Ehemann charakterlich nicht geeignet für die königliche Familie; 2006 trennte Margarita sich von ihm.

Die Morde am Politiker Pim Fortuyn, am 6. Mai 2002 in Hilversum, und an dem Filmregisseur Theo van Gogh, am 2. November 2004 in Amsterdam, erschütterten die niederländische Öffentlichkeit. Sie führten zu heftigen Debatten über eine multikulturelle Gesellschaft, das Zusammenleben mit Zuwanderern und das Selbstverständnis der niederländischen Gesellschaft. Nach dem Mord an Theo van Gogh kam es in den Niederlanden auch zu Brandanschlägen auf islamische und christliche Einrichtungen.

Die Wahlliste von Pim Fortuyn konnte bei der Wahl vom Mai 2002 aus dem Stand 17 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, während die Regierungsparteien (vor allem die Sozialdemokratie) verloren. Der Christdemokrat Jan Peter Balkenende bildete zusammen mit Rechtsliberalen und Fortuynliste eine Koalition. Im Oktober zerbrach die Koalition bereits, und Balkenende wechselte nach den Neuwahlen von 2002 die Fortuynisten durch die Linksliberalen (Democraten 66) aus. Letztere verließen die Regierung 2006, nach den Neuwahlen im selben Jahr bildete Balkenende 2007 eine Regierung aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und fundamentalchristlicher ChristenUnie.

Literatur

- Christoph Driessen 2009: Geschichte der Niederlande. Von der Seemacht zum Trendland. Regensburg: Verlag Friedrich Pustet. ISBN 978-3-7917-2173-6
- Michael Erbe 1993: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Geschichte des niederländischen Raumes. Stuttgart, Berlin, Köln. ISBN 3-17-010976-6
- Michael North 2008: Geschichte der Niederlande. München : C.H.Beck Verlag. ISBN 978-3-406-41878-5
- F. Wielenga/I. Taute (Hrsg.) 2004: Länderbericht Niederlande. Geschichte - Wirtschaft - Gesellschaft, Bonn. [1]
- Atlas Van Stolk, Sammlung von Druckgrafiken, Landkarten, Fotografien und Zeichnungen zur Geschichte der Niederlande.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Achtzigjähriger Krieg

Im Achtzigjährigen Krieg (auch: Spanisch-Niederländischer Krieg) von 1568 bis 1648 erkämpfte die Republik der Sieben Vereinigten Niederlande ihre Unabhängigkeit von der spanischen Krone. Mit seinem Ende schieden sie zugleich aus dem Verband des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation aus.

Der Krieg zwischen spanischer Armee und aufständischen Niederländern entstand ursprünglich aus inneren Unruhen heraus.

Im Grunde handelte es sich nicht um einen dauerhaften Krieg, er bestand vielmehr aus vielen einzelnen Aufständen und Kämpfen, die sich über diesen langen Zeitraum erstreckten. So konnten durchaus immer wieder einige Jahre ohne Kämpfe vergehen.

Nachdem sich die spanischen Besatzungstruppen weitgehend durchsetzen konnten, wurde 1609 zunächst ein für zwölf Jahre festgeschriebener Waffenstillstand ausgehandelt.

Durch die großen Unruhen im gesamten Mitteleuropa in Folge des 1618 ausgebrochenen Dreißigjährigen Krieges entflammten nach Ablauf des Waffenstillstands aber schnell wieder neue Kämpfe. Dieses Mal waren die Niederländer aber deutlich erfolgreicher, da sie die spanische Silberflotte erbeuteten und mit dem Geld neue Truppen finanzieren konnten. Eine Allianz mit Frankreich war weniger erfolgreich, da sie zum Verlust von einigen größeren Städten führte.

1648 beendete schließlich der Westfälische Friede die beiden großen Kriege mit dem Ergebnis, dass die „Republik der Vereinigten Niederlande“ (mit Ausnahme der Frankreich zugesprochenen Gebiete) die Unabhängigkeit erlangte.

Vorgeschichte

Vor dem Krieg gehörten die Niederlande, die damals sowohl die heutigen Niederlande als auch Belgien, Luxemburg und einen Teil Nordfrankreichs umfassten, auf Grund vererbter Herrschaft zu Spanien und bestanden aus 17 Provinzen. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts verbreitete sich in den Niederlanden im Zuge der Reformation der Calvinismus. Die Niederlande stellten zur damaligen Zeit eine bedeutende wirtschaftliche Macht dar. Antwerpen war ein Zentrum des europäischen Kapitalmarktes. Durch ihre Häfen waren Antwerpen und Rotterdam außerdem bedeutende Umschlagplätze für den Handel mit Waren aus Übersee und den neuen Kolonien in Südamerika. Wegen dieser geballten wirtschaftlichen Macht und wegen der wichtigen strategischen Lage war Spanien nicht gewillt, die Niederlande aus seinem Besitz zu geben.

König Philipp II. übernahm die Herrschaft über die Niederlande 1555 von seinem Vater Karl V. Er setzte die bereits unter seinem Vater begonnenen Ketzerverfolgungen (Inquisition), die schon Unruhen in den Niederlanden hervorgerufen hatten, mit noch größerer Konsequenz fort. Im Jahre 1559 ernannte er im Zuge einer kirchlichen Reorganisation neue Bischöfe, die auch in den Generalständen der Provinzen, den so genannten Generalstaaten, vertreten sein sollten, und verkleinerte die Bistümer. Mit dieser Maßnahme wollte Philipp einerseits die Gegenreformation verschärfen, andererseits aber auch die ständischen Freiheiten, die den Provinzen im Großen Privileg 1477 zugestanden worden waren, wieder rückgängig machen. Als Statthalterin in den Niederlanden setzte er seine Halbschwester Margarethe von Parma ein und stellte ihr als ersten Minister den Bischof von Mechelen, Kardinal Antoine Perrenot de Granvelle, zur Seite. Philipp selbst ging 1560 wieder nach Spanien zurück, 1561 zog er dann auch seine Truppen aus den Niederlanden ab.

Der niederländische Unabhängigkeitskampf

Einige Mitglieder des niederländischen Staatsrates unter der Führung von Wilhelm I. von Oranien und des Grafen von Egmond protestierten vehement gegen diese Änderungen und erzwangen 1564 Granvelles Rücktritt. In einer Bittschrift, dem sog. Adelskompromiß von Breda, forderten die Aufständischen (die sich selbst „Geusen“, übersetzt: „Bettler“, nannten) von der Statthalterin Margarethe von Parma explizit die Beendigung der Inquisition und der Verfolgung der Protestanten sowie die Wiederherstellung ihrer ständischen Freiheiten.

Der Protest gegen die spanische Herrschaft erreichte im selben Jahr mit den Bilderstürmen der Calvinisten einen ersten Höhepunkt. Philipp hob daraufhin zwar die Inquisition auf, entsandte aber 1567 den Herzog von Alba, Fernando Álvarez de Toledo, als neuen Statthalter mit spanischen Truppen zu einer Strafexpedition in die Niederlande. Alba gelang es auch zunächst, die regionalen Aufstände mit Hilfe von Sondergerichten, dem sogenannten Blutsrat von Brüssel, zu unterdrücken. Bei diesen Aktionen wurden mehr als 6000 Aufständische hingerichtet, unter ihnen der Graf von Egmond. Im selben Jahr besiegte Alba auch die niederländischen Truppen unter Führung von Wilhelm I. von Oranien.

Mit seinen rücksichtslosen und willkürlichen Aktionen provozierte Alba jedoch neue Aufstände der Niederländer. Waren die Unruhen bis dahin meist regional begrenzt und noch größtenteils unkoordiniert, so erfasste der Aufstand nun das ganze Land.

Die Kongregation der römischen und allgemeinen Inquisition verurteilte in einem Dekret vom 16. Februar 1568 alle Niederländer wegen Häresie zum Tode und nahm nur wenige benannte Personen davon aus. Der spanische König Philipp II. bestätigte zehn Tage später diese Verfügung der Inquisition und befahl den Beginn der Exekutionen.[1]

In einer diplomatischen Geheimkonferenz vom 2. bis 4. April 1568 auf Schloss Freudenberg (im Siegerland, Südwestfalen) wurde einer Delegation der Edlen von Gelderland die militärische Unterstützung im Kampf gegen Spanien durch Wilhelm von Oranien (genannt „der Schweiger“) zugesagt. Der Achtzigjährige Krieg begann mit dem ersten militärischen Aufeinandertreffen beider Seiten in der Schlacht von Heiligerlee 1568, in der Adolf von Nassau, der Bruder Wilhelms von Oranien, fiel.

Vor allem die als „Wassergeusen“ verspotteten niederländischen Kaperschiffer machten in der Folge den Spaniern durch ihre fortwährenden Angriffe auf Seetransporte und Stützpunkte schwer zu schaffen. 1572 gelang ihnen der größte Erfolg, als sie die Provinzen Zeeland und Holland eroberten. Als Statthalter der befreiten Provinzen wurde Wilhelm I. von Oranien gewählt, womit ihm faktisch die Führung des Widerstandes gegen Spanien übertragen wurde.

1573 wurde Alba durch Don Luís de Zúñiga y Requesens abgelöst. Auch wenn der neue Statthalter zunächst erfolgreicher als sein Vorgänger war, gelang den Aufständischen erneut ein großer Sieg: Sie fluteten das Land, segelten nach Leiden und befreiten die Stadt von den spanischen Belagerern. Gemeinsam formulierten alle 17 Provinzen ihre Forderungen nach Abzug der spanischen Truppen und religiöser Toleranz in der Genter Pazifikation (1576). Sie wurde von den Generalstaaten in Antwerpen ratifiziert. Der neue spanische Statthalter Don Juan de Austria, ein Halbbruder von Philipp II., akzeptierte die Forderungen formal, trotzdem gingen die Unruhen weiter. Die Genter Pazifikation sollte die letzte gemeinsame Handlung der 17 niederländischen Provinzen sein.

Der lange Weg zum Frieden

Im Jahre 1579 zerbrach die in der Genter Pazifikation dokumentierte Einheit der niederländischen Provinzen an konfessionellen Gegensätzen. Einige südliche, überwiegend französischsprachige Provinzen schlossen sich am 6. Januar zur (katholischen) Union von Arras (niederländisch: Atrecht) zusammen. Die nördlichen Provinzen mit überwiegend calvinistischer Bevölkerung schlossen sich dagegen am 25. Januar zur Utrechter Union zusammen. Auch die Staaten Flanderns und Brabants waren Mitglied der Utrechter Union. Sie opponierten weiter gegen Spanien und verlangten das Recht auf freie Religionsausübung. Am 24. Juli 1581 bildeten die Provinzen der Utrechter Union die Republik der Vereinigten Niederlande, erklärten in der Akte van Afzwinging oder Plakkaat van Verlatinghe ihre Unabhängigkeit vom König und ernannten Wilhelm I. von Oranien zum Statthalter in den verschiedenen Staaten. Als treibende Kraft hinter der Utrechter Union und der Unabhängigkeitserklärung gilt die Provinz Holland. Die Trennung der Niederlande in die Generalstaaten und die Spanischen Niederlande war nun besiegelt. Aus dem Aufstand der Niederlande gegen die spanischen Besatzer, der im Süden seinen Anfang nahm, wurde jetzt ein Kampf um Unabhängigkeit der Generalstaaten.

Die nicht der „Union von Arras“ beigetretenen Teile der südlichen Provinzen wurden zwischen 1581 und 1585, teils nach schwierigen Belagerungen, von den Spaniern unter dem neuen Statthalter Alexander Farnese, dem Sohn Margaretes von Parma, unterworfen. Auch große Teile der nordöstlichen Niederlande wurden in diesen Jahren von den Spaniern erobert, aber diese Eroberungen wurden nach 1589 von den Rebellen rückgängig gemacht. Erfolgreich verlief am Ende nur der Unabhängigkeitskrieg im Norden. Zwar wurde Wilhelm 1584 von einem Katholiken ermordet, die Generalstaaten konnten sich jedoch relativ schnell auf Wilhelms Sohn Moritz von Nassau als Nachfolger einigen. Als Alexander Farnese 1585 Antwerpen eroberte, waren die Provinzen der Utrechter Union auf das Höchste gefährdet. Es gelang jedoch dem Ratspensionär der Provinz Holland, Johan van Oldenbarnevelt, 1596 einen Pakt der Generalstaaten mit England auszuhandeln. Mit dessen finanzieller und militärischer Unterstützung wurde der Krieg gegen Spanien weitergeführt. Gleichzeitig reformierte Moritz von Nassau das niederländische Heer (Oranische Heeresreform), welches so schon bald der militärischen Übermacht der Spanier Paroli bieten konnte.

Im Jahre 1598 starb Philipp II. von Spanien. Damit gingen die südlichen, das heißt die Spanischen Niederlande in die Hände seiner Tochter Isabella und ihres Ehemannes, des Erzherzog Albrecht von Österreich, über. Im Jahre 1601 begannen die spanischen Truppen mit der verlustreichen Belagerung von Ostende, die unter Ambrosio Spinola 1604 erfolgreich beendet wurde. Die Niederländer verloren somit ihren letzten Stützpunkt in Flandern. Am 12. April 1609 – zwei Jahre nach der Seeschlacht bei Gibraltar – konnten sich beide Seiten in Antwerpen auf einen Waffenstillstand einigen, der 12 Jahre lang hielt.

1621 brach der Krieg im Rahmen des Dreißigjährigen Krieges erneut aus. Er verlief zunächst ergebnislos, bis es den Niederländern gelang, die gesamte spanische Silberflotte zu erbeuten. Mit einem Teil der Beute finanzierte Friedrich Heinrich, Bruder und Nachfolger von Moritz von Nassau, unter anderem die Eroberung von 's-Hertogenbosch (1629) und von Maastricht (1632). Eine Allianz mit Frankreich im Jahre 1635 zur Eroberung der Spanischen Niederlande war wenig erfolgreich. Im Gegenteil, sie führte zum Verlust von Venlo, Roermond und anderen Städten an die Spanier.

Spanien war zu dieser Zeit aber, nach dem Verlust seiner gesamten Kriegsflotte, der „Armada“, bei der bekannten Schlacht mit englischen Verbänden (1588), militärisch stark geschwächt und wollte den Frieden mit den Niederlanden, da es seine übrigen Kräfte auf den Dreißigjährigen Krieg konzentrieren musste. Nach dem Tod Friedrich Heinrichs 1647 setzte die Provinz Holland zusammen mit drei weiteren Provinzen die Verhandlungen mit Spanien gegen den Widerstand von Friedrich Heinrichs Sohn Wilhelm II. fort. Neben vielen anderen, mündeten auch diese Verhandlungen 1648 in den Westfälischen Frieden, der das Ende des Dreißigjährigen Krieges und des Achtzigjährigen Krieges bedeutete und zugleich die internationale Anerkennung der Republik der Vereinigten Niederlande brachte.

Rezeption

Friedrich Schiller beschäftigte sich in seiner historischen Abhandlung Geschichte des Abfalls der Vereinigten Niederlande von der spanischen Regierung mit dem Krieg. Sein dramatisches Gedicht Don Karlos, das teilweise auf diesen historischen Recherchen beruht, spielt vor dem Hintergrund des Achtzigjährigen Krieges.

Später schilderte Wilhelm Raabe den Kampf der Wassergeusen in seiner Novelle Die schwarze Galeere.

Charles de Coster schildert in seinem „Ulenspiegel“ den Aufstand der Geusen gegen die spanischen Unterdrücker.

Literatur

- Michael Erbe: Belgien, Niederlande, Luxemburg: Geschichte des niederländischen Raumes. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln 1993, ISBN 3-17-010976-6.
- Anton van der Lem: Opstand! Der Aufstand in den Niederlanden. Wagenbach, Berlin 1996, ISBN 3-8031-2259-7.

Einzelnachweise

1. ↑ William Ambrose Spicer: Our Day in the Light of Prophecy, Seite 167 Review and Herald Publishing Association, Washington D.C., New York City usw. 1918.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Benelux

Benelux ist die Kurzform für die Sammelbezeichnung der Beneluxländer, auch Beneluxstaaten, aus Belgien, den Niederlanden (Nederland) und Luxemburg. 1944 wurde eine Zollunion zwischen den Ländern vereinbart, die mit dem Inkrafttreten des Benelux-Vertrags 1960 weitgehend in die Tat umgesetzt wurde. Die europäische Einigung machte die Vereinbarungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwar weitgehend hinfällig, weiterhin bedeutend sind hingegen Aspekte der politischen Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten.

Organe von Benelux

Das Ministerkomitee, das aus den drei Außenministern gebildet wird, ist das höchste Organ der Benelux-Gemeinschaft.

Weitere Organe sind

- Rat der Wirtschaftunion
- Benelux-Parlament (mit je 21 belgischen und 21 niederländischen sowie 7 luxemburgischen Abgeordneten)
- Wirtschafts- und Sozialbeirat
- Generalsekretariat in Brüssel
- Benelux-Gerichtshof (mit Vertrag vom 31. März 1965 errichtet)

Geschichte

Vorgeschichte

Die drei Länder waren von 1815 bis 1839 unter der Krone des niederländischen Königs vereint, bis Belgien unabhängig wurde. Bis 1890 war der niederländische König auch

Großherzog Luxemburgs.

Vorläufer des Benelux-Vertrages waren die am 25. Juli 1921 zwischen Luxemburg und Belgien geschlossene Wirtschaftsunion (UEBL) mitsamt Währungsunion. 1930 hatte es dann in Oslo eine Konferenz gegeben, auf der die Niederlande und die skandinavischen Staaten die gegenseitige Absicht kundtaten, einander bezüglich der Handelspolitik zu informieren. In diesem Geiste unterzeichneten 1932 die Niederlande zusammen mit Belgien und Luxemburg die Konvention von Quichy, die die Senkung von Handelsstarifen anstrebte. Beide Übereinkünfte erlangten keine große praktische Bedeutung.[1][2]

Gründung 1944/1948

Im Zweiten Weltkrieg regte die Exilregierung von Belgien eine weitere Zusammenarbeit von „Benelux“ an, doch der niederländische Außenminister Van Kleffens war zurückhaltend. Er und seine Kabinettskollegen orientierten sich außenwirtschaftlich mehr auf die atlantische Zusammenarbeit (d.h. mit dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten) und Handelsliberalisierung. Dieser Standpunkt änderte sich aufgrund personeller Veränderungen im Kabinett im Sommer 1943, und im Oktober 1943 unterzeichneten die drei Exilregierungen in London eine Übereinkunft, die sich einen freien Valutaverkehr zwischen Belgien, den Niederlanden und Luxemburg zum Ziel machte.[3] Am 5. September 1944 beschlossen die Exilregierungen die Gründung der Benelux-Zollunion.

Am 1. Januar 1948 trat der gemeinsame, ziemlich niedrige Außenhandelsstarif in Kraft, was die finanzielle Situation der Niederlande nicht verbesserte.[4] Der Beschluss vom Juni 1948, die Benelux-Währungen vollständig konvertibel zu machen, störte den Handel. Das Währungsproblem wurde erst 1950 im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion gelöst.[5]

Benelux-Vertrag von 1958

Der Benelux-Vertrag wurde am 3. Februar 1958 von Belgien, den Niederlanden und Luxemburg unterzeichnet. Darin wurde die Errichtung einer Wirtschaftsunion vereinbart, die alle drei Länder umfassen sollte. Für die Dauer von 50 Jahren wurde gegenseitiger freier Austausch von Gütern, Arbeitskräften, Dienstleistungen und Kapital vereinbart. Der Staatsvertrag trat am 1. November 1960 in Kraft. Damit gab es praktisch keine Handelsbeschränkungen mehr zwischen den drei Staaten. 1969 folgte das Protokoll zur Beseitigung von Kontrollen und Formalitäten an den Binnengrenzen sowie von Behinderungen des freien Verkehrs sowie die Konvention über die Vereinheitlichung des Zollgebiets Benelux.

Weitere Entwicklung

Die Beneluxländer sind Mitglieder der EU sowie der Eurozone, so dass die wirtschaftliche Bedeutung, nicht aber die politische Bedeutung des Benelux-Vertrags heute eher gering ist. Das Kollegium des Generalsekretariats verfügt seit 1975 über das Initiativrecht für den Erlass von Direktiven. Mit Admiral Benelux gibt es seit 1996 eine weitreichende militärische Zusammenarbeit der Staaten. 2004 wurde ein weiterer Vertrag unterzeichnet, der Maßnahmen gegen grenzüberschreitende Kriminalität umfasst. Polizisten aus den Beneluxländern können ohne Zustimmung der anderen Länder deren Staatsgebiet im Dienst betreten. Dies geht noch weiter als das Schengener Abkommen.

Im Juni 2007 wurde offiziell, dass sich die Benelux-Staaten als politische Einheit für die Fußball-Weltmeisterschaft 2018 bewerben.[6]

Im Jahr 2008 ist eine unbefristete Neufassung des 2010 auslaufenden Vertrags unterschrieben worden, wobei der neue Vertrag eine engere Kooperation mit Nordrhein-Westfalen, Französisch-Flandern und Ardennen-Champagne vorsieht. In dem Vertrag werden wirtschaftliche Zusammenarbeit, nachhaltige Entwicklung, Justizkooperation und die Angleichung der Innenpolitik behandelt.

Bedeutung von Benelux für die Einigung Europas

Duco Hellema zweifelt an dem Bild, dass die Benelux-Verträge aus dem Geist des europäischen Gedanken stammten, wie der Krieg ihn gefördert habe, und die Benelux-Verträge ein Schritt in diese Richtung sei, ein Experimentierfeld für die spätere EWG. Die Verträge gingen weiterhin vom Status der Niederlande und Belgiens als Kolonialmächte aus; inhaltlich blieben die Übereinkünfte vage und banden die drei Staaten kaum konkret.[3]

Ein niederländischer hoher Beamter nannte Benelux ein „Reklameprojekt“, womit man sich erfolgreich für Marshallplan-Hilfen bewarb; J.J.C. Voorhoeve meint, durch Benelux habe sich der Gedanke der wirtschaftlichen Integration über Westeuropa verbreitet, und wichtige Lektionen für die spätere europäische Integration seien gelernt worden. Skeptischer war der

Historiker A.J. Boeckstijn, der darauf verwies, dass die nationalen Interessen immer im Vordergrund standen.[7]

In der Nachkriegszeit hatte „Benelux“ den diplomatischen Nutzen, gemeinsam international stärker auftreten zu können, sowohl beim Marshallplan als auch bei dem Brüsseler Pakt und nicht zuletzt gegenüber Deutschland. Die wirtschaftliche Not zwang Benelux dazu, statt Schadensersatz und Genugtuung nach größerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Deutschland zu streben. Im November 1947 wurde gemeinsam auf die Wichtigkeit hingewiesen, dass die deutsche Wirtschaft wiederaufgebaut werde und die Handelsbeziehungen liberalisiert würden, bei gleichzeitiger Kontrolle und dauernder Besetzung Deutschlands.[8] Im Februar 1948 kam es zur Londoner Sechsmächtekonferenz, unter Einschluss der drei Benelux-Länder. Nun wurde eine Teilung Deutschlands und der Aufbau eines westdeutschen Staates für unvermeidlich angesehen; aus wirtschaftlicher Sicht war das für Benelux ein durchaus positives Signal.[9]

Doch die Niederlande und Belgien hatten unterschiedliche Ausgangspositionen. Die Niederlande waren arm an Rohstoffen und in den Indonesischen Unabhängigkeitskrieg (1945-49) verwickelt. Das Land stand auch finanziell „mit leeren Händen“ da, wie Hellema schreibt. Belgien hingegen war industrialisierter und weniger zerstört als die Niederlande und konnte mit seiner Kohlegewinnung Valuta einfahren. Die Zahlungsbilanz zwischen den beiden Ländern kippte, und Belgien wurde zum großen Kreditgeber für die Niederlande. Die Niederlande mussten befürchten, dass eine Ausführung der Benelux-Bestimmungen diesen Zustand noch verschlimmern würde. Gleichzeitig näherte Belgien sich wieder Frankreich an.[10]

Ein gemeinsamer Plan der Benelux für eine stärkere europäische Integration (Frühjahr 1955) wurde im Juni 1955 auf der Konferenz von Messina durch die übrigen Mitglieder der EGKS akzeptiert. Die Messina-Verhandlungen führten schließlich im März 1957 zur Unterzeichnung der Römischen Verträge.

Einzelnachweise

1. ↑ Deutschlandfunk: Freier Handel gegen die Rezession, 20. Juni 2007.
2. ↑ Siehe: Duco Hellema: Neutraliteit & Vrijhandel. De geschiedenis van den Nederlandse buitenlandse betrekkingen, Utrecht: Spectrum, 2001, S. 87/88.
3. ↑ a b Duco Hellema: Neutraliteit & Vrijhandel. De geschiedenis van den Nederlandse buitenlandse betrekkingen, Utrecht: Spectrum, 2001, S. 117.
4. ↑ Duco Hellema: Neutraliteit & Vrijhandel. De geschiedenis van den Nederlandse buitenlandse betrekkingen, Utrecht: Spectrum, 2001, S. 132.
5. ↑ Duco Hellema: Neutraliteit & Vrijhandel. De geschiedenis van den Nederlandse buitenlandse betrekkingen, Utrecht: Spectrum, 2001, S. 160/161.
6. ↑ Benelux countries launch 2018 World Cup bid , ESPN, 27. Juni 2007. Abgerufen am 29. Oktober 2007.
7. ↑ Nach Duco Hellema: Neutraliteit & Vrijhandel. De geschiedenis van den Nederlandse buitenlandse betrekkingen, Utrecht: Spectrum, 2001, S. 161.
8. ↑ Duco Hellema: Neutraliteit & Vrijhandel. De geschiedenis van den Nederlandse buitenlandse betrekkingen, Utrecht: Spectrum, 2001, S. 129/130.
9. ↑ Duco Hellema: Neutraliteit & Vrijhandel. De geschiedenis van den Nederlandse buitenlandse betrekkingen, Utrecht: Spectrum, 2001, S. 130/131.
10. ↑ Duco Hellema: Neutraliteit & Vrijhandel. De geschiedenis van den Nederlandse buitenlandse betrekkingen, Utrecht: Spectrum, 2001, S. 131/132.

Literatur

- Albert Bleckmann: Die Benelux-Wirtschaftsunion. In: ZaöRV 22, 1962, S. 239–295
- Duco Hellema: Neutraliteit & Vrijhandel. De geschiedenis van den Nederlandse buitenlandse betrekkingen. Spectrum, Utrecht 2001

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Hamburg

Die Freie und Hansestadt Hamburg (niederdeutsch Hamborg) ist als Stadtstaat ein Land der Bundesrepublik Deutschland und mit knapp 1,8 Millionen Einwohnern die zweitgrößte Stadt Deutschlands, siebtgrößte der Europäischen Union sowie größte Stadt, die nicht Hauptstadt eines ihrer Mitgliedsstaaten ist.

Die älteste urkundliche Erwähnung datiert aus dem 7. Jahrhundert. Durch seinen Vertrag mit Lübeck im Jahr 1241 wurde Hamburg einer der Geburtsorte der Hanse. Hamburg ist Industrie- und Handelsstandort. Die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt zeigt sich in der Metropolregion Hamburg, eine der insgesamt elf europäischen Metropolregionen in Deutschland, der Stellung des Hafens, als der drittgrößte in Europa und achtgrößte weltweit, und als einer der wichtigsten Medienstandorte in Deutschland.

Mit mehr als vier Millionen Besuchern jährlich ist Hamburg eines der attraktivsten Tourismusziele in Deutschland [5]. Zu den Zielen der Besucher gehören die Hamburger Innenstadt samt Binnenalster, der Hamburger Hafen mit den St. Pauli-Landungsbrücken, St. Pauli mit der „sündigen Meile“ Reeperbahn und die bekannten Hamburger Bauwerke wie das Wahrzeichen Michel, darüber hinaus temporäre Veranstaltungen und Ereignisse wie der Hafengeburtstag, der Altonaer Fischmarkt, der Hamburger Dom und der Schlagermove. Als weltweit drittgrößter Musicalstandort werden Musicals wie beispielsweise Der König der Löwen aufgeführt. Hamburg hat über 60 Theater und über 60 Museen und verfügt über international bekannte Galerien wie die Hamburger Kunsthalle und das Bucerius Kunst Forum. Bedeutende Messen wie die hanseboot oder die INTERNORGA finden regelmäßig statt. Hamburg gilt als Sportstadt, weil neben den Fußballspielen des Hamburger SV und des FC St. Pauli, den Radrennen der Vattenfall Cyclassics, den internationalen deutschen Meisterschaften im Tennis auch das deutsche Spring-Derby ausgetragen wird und jährlich der Hamburg-Marathon stattfindet.

Geografie

Hamburg liegt in Norddeutschland an der Mündung der Alster und der Bille in die Elbe, die 110 km weiter nordwestlich in die Nordsee fließt. An der Elbe erstreckt sich der Tidehafen etwa von der Veddel bis Finkenwerder, hauptsächlich auf dem Südufer der Norderelbe, gegenüber den Stadtteilen St. Pauli und Altona. Die beiden Ufer sind durch die Elbbrücken im Osten sowie durch den Alten und Neuen Elbtunnel verbunden. Das Land südlich und nördlich des Flusses ist Geest, höher gelegene Flächen, die durch die Sand- und Geröllablagerungen der Gletscher während der Eiszeiten entstanden sind. Die unmittelbar am Fluss liegenden Marschen wurden auf beiden Seiten der Elbe über Jahrhunderte von Nebenarmen der Elbe durchzogen und vom Flutwasser der Nordsee überschwemmt, wobei sich Sand und Schlick abgelagert haben. Inzwischen ist die Elbe beidseitig eingedeicht, Nebenarme wurden trockengelegt, umgeleitet, kanalisiert oder abgedeicht. Alte Deichanlagen erinnern in den Außenorten noch an die Zeit, als bei Hochwasser ganze Viertel unter Wasser standen. Höchste Erhebung ist mit 116,2 m ü. NN der Hasselbrack in einem Nordausläufer der Harburger Berge.

Die Alster wird im Stadtzentrum zu einem künstlichen See aufgestaut. Dieser teilt sich in die größere Außenalster und die kleinere, vom historischen Kern der Stadt umschlossene Binnenalster. Die Zuflüsse zur Alster wie die Alster selbst sind im Stadtgebiet zum Teil kanalisiert. Sie sind zumeist von ausgedehnten öffentlichen Parkanlagen gesäumt. Die zahlreichen Fleete, Flüsschen und Kanäle der Stadt werden von mehr als 2500 Brücken überspannt.[6] Diese Zahl enthält auch Bauwerke wie Lichtzeichenanlagen oder Gleis überspannende Oberleitungen.[7][8] Hamburg ist damit die brückenreichste Stadt Europas und hat mehr Brücken als Venedig (400), Amsterdam (1200) und London zusammen. Weithin unbekannt ist dagegen, dass sich auf der größten Flussinsel der Elbe, in Wilhelmsburg einer der letzten Tideauenwälder Europas befindet.

Hamburg grenzt im Norden an Schleswig-Holstein und im Süden an Niedersachsen. Bis auf einige kleinere „Gebietsbereinigungen“, wie den Erwerb der Insel Neuwerk und Flurstücke beim Stauwerk Geesthacht,[9][10] bestehen die heutigen Grenzen der Stadt Hamburg seit dem Groß-Hamburg-Gesetz, das am 1. April 1937 in Kraft trat. Die Stadt ist nach Berlin sowohl von ihrer Einwohnerzahl wie auch von ihrer Fläche her die zweitgrößte Stadt Deutschlands.

Hamburg ist das Zentrum der Metropolregion Hamburg, der siebtgrößten der elf Metropolregionen in Deutschland. Zu ihr zählen neben der Stadt selbst die niedersächsischen Landkreise Cuxhaven, Harburg, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Rotenburg, Soltau-Fallingb., Stade und Uelzen und die schleswig-holsteinischen Kreise Herzogtum Lauenburg, Segeberg, Steinburg, Stormarn, Pinneberg und Dithmarschen.

Fließgewässer in Hamburg

- Elbe, Unterelbe (Norder-, Süderelbe, Köhlbrand, Reiherstieg, Rethe), Dove Elbe, Gose Elbe
 - Nebenflüsse der Elbe: Bille, Este, Flottbek, Seeve, Burbek und die
- Alster mit ihren
 - Nebenflüssen: Eilbek (Wandse), Osterbek, Goldbek, Isebek, Tarpenbek, Saselbek, Rodenbek, Bredenbek, Ammersbek

Verwaltungsgliederung

Die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg legt fest, dass Bezirksämter zu bilden sind. Die Stadt ist verwaltungstechnisch in sieben Bezirke aufgeteilt.[11] Jeder Bezirk gliedert sich in mehrere Stadtteile, von denen es in ganz Hamburg insgesamt 105 gibt; außerdem hat die Stadt 180 Ortsteile. Einige Stadtteile im Kernbereich des Bezirks werden direkt vom betreffenden Bezirksamt verwaltet, für die anderen Stadtteile des Bezirks gab es bis 2008 jeweils ein eigenes Ortsamt. Insgesamt wurden 13 Ortsämter eingerichtet.[12] Anfang 2008 wurden durch eine Gebietsreform die Grenzen einzelner Stadtteile und Bezirke neu gezogen. So fiel der Stadtteil Wilhelmsburg vom Bezirk Harburg an Mitte, und die Stadtteile Sternschanze im Bezirk Altona und HafenCity im Bezirk Hamburg-Mitte wurden neu geschaffen.[13]

Liste der Hamburger Bezirke (Daten vom 3. Quartal 2007[14], vor der Bezirksreform von 2008)

• Bezirk	Einwohner	Fläche	Anteil	Einw
•		km²	% .	/km²
•				
• Hamburg-Mitte	243.298	107,1	14,16	2271,69
• Altona	250.192	78,3	10,35	3195,30
• Eimsbüttel	251.907	50,1	6,62	5028,08
• Hamburg-Nord	287.101	57,8	7,64	4967,15
• Wandsbek	411.422	147,5	19,50	2789,30
• Bergedorf	119.665	154,8	20,46	773,03
• Harburg	202.571	161,0	21,28	1258,20
• Hamburg gesamt	1.766.156	756,6	100,00	2334,33

Exklaven

Zu Hamburg gehören die Nordseeinseln Neuwerk, Scharhörn und Nigehörn sowie der Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer. Sie unterstehen administrativ dem Bezirk Hamburg-Mitte.

Nachbarstädte und Gemeinden

Folgende Städte und Gemeinden grenzen an die Stadt Hamburg; sie werden im Uhrzeigersinn beginnend im Nordwesten genannt:

- in Schleswig-Holstein:
 - im Kreis Pinneberg: Wedel, Appen, Pinneberg, Schenefeld, Halstenbek, Rellingen sowie Ellerbek und Bönningstedt (beide Amt Pinnau)

- im Kreis Segeberg: Norderstedt
- im Kreis Stormarn: Tangstedt, Jersbek (Amt Bargteheide-Land), Ammersbek, Ahrensburg, Stapelfeld (Amt Siek), Barsbüttel, Oststeinbek, Glinde und Reinbek
- im Kreis Herzogtum Lauenburg: Wentorf bei Hamburg, Börnsen und Escheburg (beide Amt Hohe Elbgeest) und Geesthacht
-
- in Niedersachsen:
 - im Landkreis Harburg: Drage (Samtgemeinde Elbmarsch), Winsen (Luhe), Stelle, Seevetal, Rosengarten und Neu Wulmstorf
 - im Landkreis Stade: Jork
 - im Landkreis Cuxhaven: Cuxhaven (Sonderfall Neuwerk)

Klima

Aufgrund der maritimen Einflüsse ist das Klima milder als im östlichen Hinterland.

Der wärmste Monat ist der Juli mit durchschnittlich 17,4 °C, der kälteste der Januar mit 1,3 °C. Temperaturen um die 28 °C sind im Hochsommer keine Seltenheit. Seit den 1990er Jahren wurden Spitztemperaturen von bis zu 38,5 °C (20. Juli 2006) gemessen. Das Klima ist ganzjährig feucht. Im Laufe eines Jahres fällt durchschnittlich 746 mm Niederschlag, der sich in den Jahren 2004 bis 2008 verringert hat. An 52 Tagen im Jahr senken sich Nebelbänke über die Stadt. Im Winterhalbjahr kann es sehr stürmisch werden.

Geschichte

Die ältesten festen Behausungen datieren auf das 4. Jahrhundert v. Chr.. Vom 4. bis ins 6. Jahrhundert erfolgte ein Zustrom von Sachsen in den nordelbischen Raum.

Im Jahre 810 ließ Karl der Große eine Taufkirche errichten, um den heidnischen Norden zu missionieren. Zu ihrer Sicherung wurde das Kastell Hammaburg gebaut. 831 begründete Ludwig der Fromme hier ein Bistum, das kurze Zeit später zum Erzbistum wurde. Doch schon kurz nach der Reichsteilung von Verdun überfielen Wikinger die Region, später die slawischen Abodriten, der Erzbischof verlegte seinen Amtssitz nach Bremen.

Graf Adolf III. von Schauenburg und Holstein war im 12. Jahrhundert der Gründer einer Handels- und Marktsiedlung am westlichen Alsterufer. Maßgeblich durch das von Kaiser Friedrich I. Barbarossa 1189 verliehene Hafenrecht an diese Siedlung^[15] und die Handelsprivilegien für die ganze Unterelbe entwickelte sich die Stadt im Mittelalter zu einem florierenden Handelszentrum und galt mit ihren zeitweilig 600 Brauereien als „Brauhaus der Hanse“. Im 14. Jahrhundert entwickelte sich Hamburg als eines der ersten Mitglieder des Kaufmannsbundes Hanse zum wichtigsten deutschen Umschlag- und Stapelplatz zwischen Nord- und Ostsee. Ab 1510 galt Hamburg endgültig als Reichsstadt. 1558 wurde die Hamburger Börse als eine der ersten Deutschlands eröffnet, im Jahre 1678 unter dem Namen Opern-Theatrum die erste deutsche Oper am Gänsemarkt. Zur Reformationszeit wurde der Stadtstaat ohne Blutvergießen evangelisch. Die Stadt Hamburg erlebte ihre kulturelle Blüte vor allem im 17. und 18. Jahrhundert unter anderem mit der Gründung des Hamburgischen Nationaltheaters (1767).

Auch nach dem Niedergang der Hanse und während der Aufklärung und der Industrialisierung blieb die Stadt das bedeutendste Wirtschaftszentrum Norddeutschlands (neben Berlin). In ihrer wechsellvollen Geschichte unterstand die Stadt der dänischen Königskrone (aber nie von Hamburg formal anerkannt), war Teil des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation und Hauptstadt des Départements Elbmündung („Département des Bouches de l'Elbe“) im französischen Kaiserreich (Hamburger Franzosenzeit). 1813–14 wurde Hamburg vom russischen General Bennigsen belagert. Als Freie Stadt trat es 1815 nach dem Wiener Kongress dem Deutschen Bund bei. 1867 wurde es Mitglied des von Otto von Bismarck initiierten Norddeutschen Bundes und blieb 1871 Gliedstaat des nun in Deutsches Reich umbenannten Bundesstaates.

Besondere Ereignisse der Neuzeit waren der große Hamburger Brand 1842, die Choleraepidemie 1892, der erhebliche Flächen- und Bevölkerungszuwachs 1937/38 durch das Groß-Hamburg-Gesetz, die Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg 1943, die Zerstörung der jüdischen Gemeinde (→ Geschichte der Juden in Hamburg), die Errichtung des Konzentrationslagers Neuengamme, die Sturmflut 1962 und die Auseinandersetzungen um die Hafestraße in den 1980er-Jahren.

Hamburgs Politik war immer auf größtmögliche Freiheit ihres Handels und politische Unabhängigkeit ausgerichtet. Auch heute noch ist Hamburg als Stadtstaat weitgehend selbstständig

und bietet dem Handel mit seinem Freihafen gute Voraussetzungen.

Bevölkerung

Einwohnerentwicklung

Die Stadt Hamburg blieb von den Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges verschont und konnte diesen zum Vorteil nutzen, um seine Vormachtstellung im Handel auszubauen.

Den bislang höchsten Einwohnerstand mit 1,9 Millionen erreichte Hamburg im Jahre 1964. Stadtfucht und Suburbanisierung führten anschließend zu einem Bevölkerungsrückgang bis 1986 auf rund 1,6 Millionen Einwohner. Seitdem ist die Bevölkerungszahl auf 1.775.333 (31. März 2009) angestiegen. Für die kommenden 10 Jahre wird für Hamburg ein weiterer Bevölkerungsanstieg vorausgesagt, in der mittleren Projektion auf etwa 1,79 Millionen Einwohner.

Ende Dezember 2007 hatten 257.825 Einwohner ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit. Sie stellten damit einen Anteil von rund 15 Prozent an der Gesamtbevölkerung; vertreten waren 183 verschiedene Staatsangehörigkeiten.

Wie das Statistikamt Nord mitteilt, hatte gut ein Fünftel (57 220 Personen) von ihnen ausschließlich einen türkischen Pass. 21 455 Personen (acht Prozent) waren ausschließlich polnische Staatsangehörige, 15 666 (sechs Prozent) waren ausschließlich serbisch-montenegrinischer und 12 694 (fünf Prozent) ausschließlich afghanischer Staatsangehörigkeit.

Aus Mitgliedsländern der Europäischen Union kamen mehr als ein Viertel aller in Hamburg gemeldeten Ausländer.

Einkommens- und Leistungsstruktur

Hamburg ist mit Blick sowohl auf die Einkünftesituation je Steuerpflichtigen als auch auf die Leistungssituation nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) heterogen strukturiert.[16][17]

Einkommensstruktur

Durchschnittlich verdient ein Hamburger laut den aktuellsten verfügbaren Daten 32.505 Euro jährlich. Es haben sich drei größere Gebiete in Hamburg etabliert, in denen die Einwohner über ein besonders hohes Einkommen verfügen: in den Elbvororten im Westen, in den im Nordosten gelegenen Stadtteilen samt den Walddörfern und rund um die Außenalster bzw. nördlich von ihr im Bereich der nördlichen Stadtmitte. Zusammengefasst kann man sagen, dass die Einwohner mit den höchsten Einkommen an den Flüssen und an der walddreichen Peripherie des Nordostens wohnen. Hinzu kommt der im Osten liegende Stadtteil Marienthal. Die höchsten durchschnittlichen Einkünfte haben die Einwohner der Elbvororte. Nienstedten liegt mit durchschnittlich 150.008 Euro weit vorn, gefolgt von Blankenese mit immerhin noch 94.494 Euro. In den Walddörfern erreichen die Einwohner Wohldorf-Ohlstedts mit durchschnittlich 92.069 Euro die höchsten Einkommen. In den Stadtteilen rund um die Außenalster verfügen die Harvestehuder mit durchschnittlich immerhin noch 73.817 Euro über mehr als das Doppelte des durchschnittlichen Hamburgers.

Die durchschnittlich einkommensschwächsten Einwohner wohnen in mehreren Stadtteilen, die sich in mehrere Gebiete unterteilen lassen: der Gürtel vom im Hamburger Osten gelegenen Stadtteil Billstedt bis an die östliche Innenstadt heran; die Elbinsel Wilhelmsburg mit der Veddel und das südlich der Elbe gelegene Harburg; die westlichen Stadtteile Altona-Altstadt, Altona-Nord und St. Pauli. Darüber hinaus sind die östlichen Stadtteile Dulsberg, Barmbek-Nord und Steilshoop und der westliche Stadtteil Lurup betroffen. Das geringste durchschnittliche Einkommen haben die Einwohner der auf der Elbinsel gelegenen Stadtteile Veddel, Kleiner Grasbrook und Steinwerder mit 17.036 bis 17.845 Euro aus. Dann folgt der Stadtteil Rothenburgsort mit 18.172 Euro. All diesen Stadtteilen ist die Nähe zum Hamburger Hafen und zu den Industrie- und Gewerbegebieten gemein. Der einkommensschwächste Stadtteil im zentralen Stadtgebiet ist Dulsberg mit 18.495 Euro. Der Stadtteil weist eine ältere, sehr dichte Bebauung auf.

Leistungsstruktur

Die Quote der Leistungsempfänger nach SGB II (Hartz IV) liegt hamburgweit bei durchschnittlich 11,5 Prozent. Die Struktur ist etwas gestreuter. Zwar sind auch in den einkommenshöheren Gebieten vergleichsweise wenige Leistungsempfänger registriert, das gilt aber auch für viele weitere Stadtteile im Norden, in den südlichen Randgebieten und im größten Teil des Bezirks Bergedorf. Die Quote liegt dabei teilweise bei unter einem Prozent. Der Anteil der Hilfeempfänger ist in den Stadtteilen mit einkommensschwacher Struktur

wiederum höher ausgeprägt. Das sind die dichten Altbau-Stadtteile Altona und St. Pauli, aber auch Stadtteile mit Hochhaussiedlungen wie Steilshoop, Lurup und Hausbruch. Bei über 22 Prozent Hilfeempfänger liegen die Stadtteile, die sich im Osten von Jenfeld bis in den Süden nach Wilhelmsburg ziehen und ebenfalls durch Industrie und/oder Hochhaussiedlungen wie Mümmelmannsberg oder Kirchdorf Süd geprägt sind.

Religionen

Hamburg ist seit der Reformation eine evangelisch-lutherisch geprägte Stadt. Etwa 32% der Bevölkerung gehören der evangelischen Kirche an, 10% bekennen sich zum katholischen Glauben. Allerdings ist die Zahl der evangelischen Glaubensanhänger in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken, während die Mitgliederzahl der Katholischen Kirche konstant blieb.

Durch seine Stellung als wichtige Hafenstadt war es aber schon lange offen für andere Konfessionen. So entstand hier zum Beispiel 1834 die erste deutsche Baptistengemeinde. In Altona wurde bereits 1601 die heute noch bestehende Hamburger Mennonitengemeinde gegründet. Auch für die Apostolischen Gemeinschaften ist die Hansestadt ein wichtiger Ort. Von hier aus erfolgte die Trennung der Allgemeinen Christlichen Apostolischen Mission von den katholisch-apostolischen Gemeinden und die Entwicklung zur Neuapostolischen Kirche. Heute gibt es 29 Neuapostolische Kirchen in Hamburg, ebenso ist in Hamburg der Sitz der Neuapostolischen Kirche Norddeutschland. Hamburg ist außerdem seit 1995 Sitz des römisch-katholischen Erzbistums Hamburg mit seinem Zentrum im Neuen Mariendom. Ende 2004 lag der Anteil der römisch-katholischen Bürger bei 10,1 %^[18]. Hamburg ist auch der Geburtsort der Jesus Freaks und der Flussschifferkirche, einem Kirchenschiff im Binnenhafen. Darüber hinaus gibt es seit den 1960er Jahren einen bedeutenden Anteil an muslimischer Bevölkerung, sowie eine jüdische Gemeinde. Am 22. Juni 1957 wurde in Stellingen die erste Moschee Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg von der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde eröffnet. Auch asiatische Religionen sind in Hamburg in zunehmendem Maße vertreten. Die Anhängerschaft des Buddhismus besteht einerseits aus asiatischen Einwanderern und andererseits aus deutschstämmigen Konvertiten. Insbesondere die buddhistischen Richtungen Zen und tibetischer Buddhismus genießen eine gewisse Popularität.

Sprache/Mundarten

Bis weit ins 19. Jahrhundert war Niederdeutsch die allgemeine Umgangssprache in der Stadt. Dann wurde es vom Hochdeutschen, das schon seit dem 16. Jahrhundert zunehmend als Schriftsprache Verwendung fand, immer stärker zurückgedrängt und verschwand um die Mitte des 20. Jahrhunderts schließlich weitgehend aus dem öffentlichen Gebrauch. Gegen diesen Trend veröffentlichte die Pressestelle der Bürgerschaft 1980 eine plattdeutsche Fassung der Hamburgischen Verfassung.

Das Hamburger Platt wird aber noch von vielen Hamburgern verstanden und gesprochen sowie in Literatur, Zeitungskolumnen usw. gepflegt (siehe zum Beispiel Hamburg. Wörterbuch).

Allerdings unterscheidet sich der Hamburger Dialekt zum Beispiel vom Bremer Dialekt oder von dem Plattdeutsch anderer norddeutscher Regionen. Der niederdeutsche Einfluss bleibt im Hochdeutschen allgegenwärtig und manifestiert sich besonders im „Missingsch“.

Der bekannteste Ort der Mundartpflege in Hamburg ist das Ohnsorg-Theater, das Aufführungen in niederdeutscher Sprache anbietet.

Infolge der starken Einwanderung seit den 1960er Jahren sind in einigen Stadtteilen neben der deutschen Sprache auch andere Sprachen im öffentlichen Raum gegenwärtig (Portugiesisch im Hafenviertel („Portugiesenviertel“), Türkisch, Persisch, Paschto und Kurdisch in Altona, St. Georg, Harburg, Veddel und Wilhelmsburg) oder vor allem durch Teile der deutschstämmigen Aussiedler bzw. Spätaussiedler auch Russisch und Polnisch.

Persönlichkeiten

Die lange Geschichte Hamburgs weist eine große Anzahl von wichtigen Personen aus allen Bereichen auf. Die Liste Hamburger Persönlichkeiten kann daher nur eine Auswahl ohne Bewertung bieten und steht stellvertretend für die zahllosen ungenannten Menschen, die die Stadt prägten und von ihr geprägt wurden.

Politik und Staat

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist als Stadtstaat ein Land (Gliedstaat) der Bundesrepublik Deutschland und zugleich als Stadt eine Einheitsgemeinde. Hamburg verfügt über eine lange Tradition als bürgerliche Stadtrepublik und ist heute gemäß der Landesverfassung ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Eine Trennung von gemeindlichen und staatlichen Aufgaben erfolgt nicht. Die Staatsgewalt geht vom Volk aus, das das Landesparlament, die Hamburgische Bürgerschaft wählt, eigene Entscheidungen durch Volksgesetzgebung einbringt

und in der Verwaltung, wie in den Deputationen mitwirkt.

Die Regierung des Landes ist der Senat, dessen Präsident der Erste Bürgermeister ist. Der Erste Bürgermeister wird seit Änderung der Verfassung 1996 direkt durch die Bürgerschaft gewählt, hat seitdem die Richtlinienkompetenz in der Politik und beruft seinen Stellvertreter (Zweiter Bürgermeister) und die übrigen Senatoren, welche von der Bürgerschaft bestätigt werden müssen. Jeder Senator leitet als Präses eine der Senatsbehörden, vergleichbar einem von einem Minister geleiteten Ministerium in anderen Ländern.

Zu Hamburgs Verfassungsorganen zählt neben Bürgerschaft und Senat zudem noch das Hamburgische Verfassungsgericht als Landesverfassungsgericht.

Auf der Ebene der jeweiligen Bezirke in Hamburg, wird mit den Bezirksversammlungen jeweils ein eigenes Parlament gewählt. Diese haben rechtlich allerdings die Stellung von Verwaltungsausschüssen, mit eingeschränkten Kompetenzen.

Auf überregionaler Ebene hat Hamburg einen Sitz (drei Stimmen) im Bundesrat und ist mit sechs Direktmandaten der Wahlkreise Mitte, Altona, Eimsbüttel, Nord, Wandsbek und Bergedorf-Harburg sowie weiteren Abgeordneten über die Landesliste im Bundestag vertreten. Hamburg ist Mitglied im Deutschen Städtetag und entsendet einen Vertreter in den Ausschuss der Regionen.

Eine Länderfusion, also ein Zusammenschluss Hamburgs mit anderen norddeutschen Ländern wird seit Jahrzehnten unter dem Begriff Nordstaat gelegentlich ins Gespräch gebracht. Aus dieser Diskussion ist eine stärkere länderübergreifende Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, wie in der Metropolregion Hamburg oder gemeinsamer Einrichtungen, wie dem Statistikamt Nord hervorgegangen.

Vertretungen und Konsulate

Die wirtschaftliche Bedeutung Hamburgs für den Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland („Hamburg, das Tor zur Welt“) sowie die Bedeutung als wichtiges Zentrum von Industrie, Handel und Logistik, als Sitz von ausländischen Unternehmen und mit einer Bevölkerung in der mehr als 180 verschiedene Staatsangehörigkeiten vertreten sind, hat dazu geführt, dass Hamburg mit 104 Konsulaten (August 2007) nach New York und Hongkong der drittgrößte Konsularstandort überhaupt ist. Über den Hafen bestanden bereits seit der Hansezeit Handelsbeziehungen zu anderen Städten und Ländern. Die ersten Vertretungen wurden von europäischen Staaten eröffnet, bevor im 18. und 19. Jahrhundert auch Staaten aus Nord- und Südamerika hinzukamen. Österreich (seit 1570) und Frankreich (1579) betreiben derzeit die am längsten ansässigen Konsulate.

Auswärtige Vertretungen Hamburgs

Hamburg seinerseits hatte ebenfalls bereits früh auswärtige Vertretungen. Dies reichte von den gemeinschaftlichen Handelskontoren der Kaufleute der Hansezeit über gemeinsame konsularische Vertretungen mit den verbliebenen Hansestädten Lübeck und Bremen. Heute besteht die Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund als Landesvertretung in Berlin. Als gemeinsame Vertretung von Hamburg und Schleswig-Holstein besteht das Hanse-Office bei der Europäischen Union in Brüssel und in St. Petersburg. Gemeinsam mit der Handelskammer Hamburg und anderen Partnern unterhält der Senat zudem die Hamburg-Vertretungen Hamburg Liaison Office in Shanghai und Hamburg Representative Office in Dubai. Zudem besteht im Ausland ein Netzwerk von ehrenamtlichen Botschaftern, den Hamburg Ambassadors, die vom Ersten Bürgermeister ernannt werden und für die Stadt werben sollen.

Städtepartnerschaften

Hamburg unterhält Partnerschaften mit neun Städten,^[23] vor allem mit anderen Hafenstädten.

Die Hamburger Städtepartnerschaften:

- Sankt Petersburg in Russland, seit 1957
- Marseille in Frankreich, seit 1958
- Shanghai in der VR China, seit 1986
- Dresden in Deutschland, seit 1987

- Ōsaka in Japan, seit 1989
- León in Nicaragua, seit 1990
- Prag in Tschechien, seit 1990
- Chicago in den USA, seit 1994
- Daressalam in Tansania, seit 1. Juli 2010[22]

Der erste – mündliche – Partnerschaftsvertrag wurde 1957 mit Leningrad, dem heutigen Sankt Petersburg, Russland, geschlossen. Der Hamburger Senat war gegen den Willen des Auswärtigen Amtes einer Einladung in die Sowjetunion gefolgt. Die Partnerschaft ist die älteste zwischen einer deutschen und einer damals sowjetischen Stadt und umfasst seit 1990 auch finanzielle Unterstützung in sozialen Angelegenheiten. Die im Rahmen der deutsch-französischen Aussöhnung 1958 geschlossene Partnerschaft mit Marseille ist geprägt durch starken Austausch auf wirtschaftlicher Ebene. Hamburg hat ähnliche Problemstellungen wie die Partnerstadt Marseille beim Hafenausbau, bei der Entwicklung von alten Hafengebieten und Altbauvierteln sowie bei der Integration von Zuwanderern.[24] Die 1986 begonnene Partnerschaft mit Shanghai, Volksrepublik China, wurde 1989 nach den Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens eingefroren, der Austausch in kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen besteht jedoch weiter. Jeden Sommer findet in Hamburg die Veranstaltungsreihe „China Time“ statt. 1987 wurde die Partnerschaft mit der Elbstadt Dresden, damals Deutsche Demokratische Republik, im Rahmen des deutsch-deutschen Austausches geschlossen. Hamburg und Dresden führen beide seit den frühen Nachkriegsjahren eine Partnerschaft mit Sankt Petersburg. Die Partnerschaft mit Osaka, Japan, wurde 1989 geschlossen, nachdem der Senat seine bisherige außenpolitische Haltung aufgegeben und eine Orientierung in so genannten Schwerpunktregionen beschlossen hatte. Höhepunkt der Partnerschaft war die Eröffnung des japanischen Gartens in Planten un Blumen. Zu León in Nicaragua besteht seit 1990 eine Partnerschaft, die hauptsächlich von Hamburger Entwicklungshilfe geprägt ist. 1990 wurde im Rahmen der Ost-West-Annäherung eine Partnerschaft mit der damaligen tschechoslowakischen, heute tschechischen Hauptstadt Prag geschlossen. Auf Initiative Chicagos besteht seit 1994 die jüngste der hamburgischen Städtepartnerschaften. Gründe waren die große Zahl von in Chicago lebenden Nachfahren deutscher Auswanderer des neunzehnten Jahrhunderts und ein großes Interesse Hamburger Schulen an einer deutsch-amerikanischen Partnerschaft. Im Juni 2010 wurde die Städtepartnerschaft mit Daressalam in Tansania durch die Hamburger Bürgerschaft bestätigt und am 1. Juli durch den Hamburger Bürgermeister und den Bürgermeister Daressalams besiegelt.

Weitere Verträge oder Partnerschaften

Der Hamburger Hafen nimmt in Bezug auf Partnerschaften eine Sonderstellung ein: Es bestehen Hafenpartnerschaften zwischen Hamburg und Kaohsiung in Taiwan, Yokohama und seit 2004 auch mit dem Hafen der Partnerstadt Shanghai.

Da die Freie und Hansestadt Hamburg ein Stadtstaat ist, der in sieben Bezirke untergliedert ist, existieren (wie im Stadtstaat Berlin) zusätzlich Bezirkspartnerschaften. So unterhält der Bezirk Hamburg-Mitte offizielle Beziehungen zu Shanghai-Hongkuo (seit 2007), der Bezirk Hamburg-Eimsbüttel zu Warna (Bulgarien; seit 2003) sowie der Bezirk Hamburg-Wandsbek mit dem Bezirk Waltham Forest (früher Leyton) der Stadt London (seit 1949).[25] Bereits aus dem Jahr 1281 stammt ein Beistands- und Partnerschaftsabkommen mit Wöhrden im heutigen Kreis Dithmarschen in Schleswig-Holstein. Dieses wurde vom Hamburger Senat im Juli 2007 offiziell erneuert, zählt aber nicht zu den Städtepartnerschaften im modernen Sinne.[26]

Hoheitszeichen

Hamburg hat drei Wappen, drei Flaggen, ein Wappenzeichen, ein Logo und einen Stander. Die Landesflagge und das Wappenzeichen dürfen von den Bürgern frei verwendet werden, die Verwendung der weiteren Hoheitszeichen ist dem Staat vorbehalten. In der Landesverfassung ist die Gestalt von Wappen, Flagge sowie die Landesfarben weiß-rot geregelt.[27] Letztere entsprechen den traditionellen Farben der Hanse.

Wappen, Logo, Wappenzeichen

Das kleine Staatswappen zeigt eine weiße (bzw. silberne) Burg in rotem Schild und geht auf die Stadtsiegel des 12. und 13. Jahrhunderts zurück. Der mittlere Turm, auf dem ein Kreuz steht, wird als Darstellung des mittelalterlichen Mariendoms gedeutet, welcher der Schutzpatronin der Stadt geweiht war und von der auch die „Mariensterne“ über den Seitentürmen ihren Namen haben sollen. Die Gestaltung der Burg variierte im Laufe der Zeit erheblich. Das Tor war mal geöffnet, mit Fallgitter versehen oder als Ausdruck der Unabhängigkeit

gegenüber anderen Landesherrn geschlossen. Seit 1835 besteht das Wappen mit geringen Änderungen in seiner heutigen Form. Das von Senat und Bürgerschaft verwendete große Staatswappen, [28] mit Helm, Helmzier und Löwen als Schildhalter, entsteht im 16. Jahrhundert. Ursprünglich wurde die Burg, entsprechend der Backstein-Bauweise in Hamburg, rot und der Fond weiß dargestellt. Dies wurde beim 1998 vom Designer Peter Schmidt entworfenen Hamburg-Logo wieder aufgenommen. Die Welle symbolisiert darin die Dynamik und Bedeutsamkeit des Hafens, während das offene Tor der roten Burg auf Hamburgs Weltoffenheit hindeutet.[28] Mit dem eigens entwickelten Hamburg-Symbol erfüllte der Senat den Wunsch der Bürger nach einem von jedem verwendbaren Wappenzeichen, als Ausdruck der Zugehörigkeit oder Verbundenheit zu Hamburg.

Flaggen und Admiralität

Die Landesflagge zeigt die Wappen-Burg auf rotem Grund. Mit dem ältesten derartigen Gesetz überhaupt, regelte Hamburg die Flaggenführung auf Schiffen seit 1270. Zunächst ist es eine rote Flagge auf die später das Wappen gesetzt wird. Aufgrund zunehmender Uneinheitlichkeit von Farben und Burg wird die genaue Gestaltung vom Senat 1751 und nochmals 1834 mit durchgreifenderem Erfolg festgelegt. Die Gestaltung der Burg folgt seit 1860 der Wappen-Darstellung. Die Staatsflagge ist dem Senat vorbehalten. Sie zeigt das große Wappen mit weißer Umrahmung auf rotem Grund und wurde 1897 geschaffen. Eine schwarz-rot-golden unterlegte Staatsflagge bildet den Stander, der vom Ersten Bürgermeister und dem Bürgerschaftspräsidenten bei Staatsbesuchen am Fahrzeug geführt wird.[28]

Ein Wappen der Admiralität, die Wappen-Burg mit darunter gelegtem Anker, besteht seit 1642 und wird von staatlichen Wasserfahrzeugen geführt. Ebenso tragen diese die Admiralitätsflagge, welche das Wappen auf rotem Grund zeigt, als Bugflagge (Gösch). Sie wird sonst ausschließlich von Behörden verwendet, die der Seeschifffahrt dienen.[28]

Hymne, Stadtname, Stadtpatrone, Wahlsprüche

Die bei offiziellen Anlässen verwendete, aber nicht rechtlich festgeschriebene Landeshymne Hamburgs ist Stadt Hamburg an der Elbe Auen. Das 1828 entstandene Lied wird auch Hammonia genannt, eine neulateinische Form des Stadtnamens (eigentlich Hamburgum). 1370 wird in einem Schreiben der Stadtname erstmals fälschlich als Burg bzw. Stadt des Hammon (= Römischer Gott Jupiter) bezeichnet. Tatsächlich leitet sich der Name Hamburg - ausgehend von der Hammaburg im 9. Jahrhundert - vom altsächsischen Wort hamme/ham, für ein in die Marsch vorspringendes erhöhtes (auch bewaldetes) Gelände am Ufer von Fluss oder Sumpf ab. Die Bezeichnung Hammonia, als Name der Schutzgöttin der Stadt, geht auf eine 1710 erschaffene Kantate von Barthold Heinrich Brockes[29] zurück und wird nachfolgend auch häufig als bildliche Allegorie, in Form einer Frauengestalt dargestellt, die die Stadt repräsentiert. Stadtpatronin der Zeit vor der Reformation ist hingegen Maria, der auch der ehemalige Hamburger Mariendom geweiht war.

Der lateinische Inschrift über dem Portal des Rathauses: „Libertatem quam peperere maiores digne studeat servare posteritas“ (sinngemäß: „Die Freiheit, die erwarben die Alten, möge die Nachwelt würdig erhalten“) wird auch als Wahlspruch der Stadt angesehen, ist als solcher jedoch nicht verankert. Er war bereits an zwei früheren Stadttoren und im mittelalterlichen alten Rathaus zu lesen[30] und weist auf das Selbstbewusstsein eines Stadtstaates hin, der als reichsunmittelbare Freie Reichsstadt jedwede Fürstenherrschaft abgestreift hat. Am Sitz von Parlament und Landesregierung wird er heute auch im Hinblick auf die errungene freiheitlich Demokratie und die republikanische Tradition der Stadt gedeutet. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts trägt die Stadt auch offiziell den Beinamen Freie Stadt, als ehemals völlig souveräner Staat und heutiges Bundesland. In gleicher Zeit wurde der bereits zuvor verwendete Zusatz Hansestadt, wie auch in den beiden anderen gemeinsamen Erben der Hanse, der Schwesterstädte Bremen und Lübeck, Teil des Staatstitels. Der Ausspruch „Hamburg - Das Tor zur Welt“ oder „Deutschlands Tor zur Welt“ besitzt seit langem eine hohe Bekanntheit, im Gegensatz zu anderen kurzfristigen Beinamen oder Sprüchen der Stadtwerbung. Er taucht erstmals nach dem Beitritt Hamburgs zum deutschen Zollgebiet (1888) auf,[31] einer Zeit, in der sich Hamburg zu einem der führenden Welthäfen entwickelt. In der Präambel der 1952 verabschiedeten Landesverfassung bezeichnet Hamburg sich selbst als „Welthafenstadt“, die „eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen [hat]. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“

Auszeichnungen

Zurückgehend auf das Hamburger Stadtrecht des 13. Jahrhunderts dürfen Hanseaten keine Auszeichnungen „fremder Herren“ annehmen. An diese Tradition hält man sich in der Regel bis heute und sie ist insbesondere bei Bediensteten des Staates vorgeschrieben. So lehnte der Hamburger Senator und Bundeskanzler Helmut Schmidt mehrfach die Annahme des Bundesverdienstordens ab.

Da Hamburg auch selbst keine Orden vergibt, ehrt der Senat seit 1813 Persönlichkeiten mit der Ehrenbürgerwürde, als wichtigster Auszeichnung (siehe: Liste Hamburger Ehrenbürger)

[32]. Daneben bestehen eine Reihe weiterer Auszeichnungen, Medaillen, Ehrentitel und Kulturpreise der Stadt und die Vergabe der traditionellen Portugaleser-Münzen (weitere Preise: Bürgermeister-Stolten-Medaille, Biermann-Ratjen-Medaille, Lessing-Preis, Bach-Preis, Lichtwark-Preis, Fritz-Schumacher-Preis, Hubert-Fichte-Preis, Edwin-Scharff-Preis, Aby-M.-Warburg-Preis) [33]. Darüber hinaus werden von anderen Hamburger Institutionen oder Stiftungen weitere Auszeichnungen und Preise vergeben.

Kultur und Sehenswürdigkeiten

Hamburg hat über 60 Theater, über 100 Musikclubs, etwa 60 Museen, rund 280 Musikverlage und 200 Tonträger-Unternehmen. Außerdem leben und arbeiten in Hamburg mehr als 10.000 selbstständige Künstler.[34] Es gibt fast 30 Kinos und Programmkinos. Über 10,3 Millionen Besucher zählte die Hamburger Kulturbehörde alleine für Veranstaltungen, die öffentlich gefördert wurden.[34] 4,2 Millionen Besucher zählten die Theaterbühnen der Stadt in der Saison 2005/2006. Hamburg ist mit 2383 Theaterbesuchern je 1000 Einwohner führend in Deutschland und liegt selbst nach Abzug der Musicalbesucher vor den nachfolgenden Ländern Bremen (921) und Berlin (907).[35]

Musicals

Hamburg ist – mit einigem Abstand – der weltweit drittgrößte Musicalstandort nach New York und London und zählte im Jahr 2007 zwei Millionen Musicalbesucher. Die Stage Entertainment unterhält mit dem TUI Operettenhaus, der Neuen Flora und dem Theater im Hafen drei größere Musicaltheater mit einer Besucherkapazität zwischen 1400 (Operettenhaus) und 2030 (Theater im Hafen) Plätzen sowie eine Musicalschule. Für das Jahr 2010 ist der Bau eines vierten Theaters mit 1700 Plätzen in der HafenCity vorgesehen.[36] Hinzu kommen zahlreiche kleinere Bühnen wie beispielsweise das St.-Pauli-Theater, auf denen vornehmlich eigenproduzierte Musicals und Gastaufführungen gespielt werden.

Beginn der Entwicklung zur Musicalstadt war die Deutschlandpremiere von Andrew Lloyd Webbers Cats (1986 - 2001). Ferner liefen über viele Jahre sehr erfolgreich Das Phantom der Oper, Buddy (1990 - Ende 2005), Tanz der Vampire (Dezember 2003 - Januar 2006) und Mamma Mia! (November 2002 - September 2007). Zu den aktuellen Produktionen gehören Der König der Löwen im Theater im Hafen, Tarzan seit August 2008 in der Neuen Flora und Ich war noch niemals in New York, das seit Dezember 2007 im Operettenhaus gespielt wird. Ende 2010 kehrt Cats vorübergehend nach Hamburg zurück: Zum Auftakt einer Europa-Tournee gastieren die Katzen für zwei Monate in einem eigens angefertigten Musical-Zelt auf dem Heiligengeistfeld in St. Pauli.[37]

Oper

Die staatseigene Hamburgische Staatsoper wurde am 2. Januar 1678 als erstes öffentliches Opernhaus Deutschlands in Hamburg gegründet. Kunstsinnige Hamburger Bürger setzten sich seinerzeit für eine „Oper für Jedermann“ in Hamburg ein.

Ratsherr Gerhard Schott, Jurist Peter Lütjens und Organist Johann Adam Reinken setzten nicht nur die Gründung eines öffentlichen Opernhauses im Senat durch, sondern bilden auch das erste Direktorium des auf privatwirtschaftlicher Basis geführten Opernhauses. Zunächst als schlichter Holzbau des italienischen Architekten Sartorio erbaut, wurde dieser später abgerissen und an seinem heutigen Standort an der Dammtorstraße von dem Architekten Carl L. Wimmel neu erbaut; später dann – wiederum von Martin Haller – prunkvoller umgestaltet. Dieser Bau wurde durch die Luftangriffe des Zweiten Weltkrieges erheblich beschädigt. Heute steht an dieser Stelle ein Fünfziger-Jahre-Kubusbau, dessen Architektur nicht ganz unumstritten ist.

Die Hamburgische Staatsoper ist eine Oper von Weltruf: Montserrat Caballé begann hier ihre Weltkarriere, Plácido Domingo startete von hier aus seine Karriere in Europa, ferner gaben hier unter anderem Operstars wie Luciano Pavarotti, Mirella Freni, Birgit Nilsson und Maria Callas ihr Können zum Besten. Eines der weltbesten Ballett-Ensembles hat hier unter der Leitung von John Neumeier seine Heimat. Die heutige Theaterleitung übernahm in der Spielzeit 2005/2006 die in Sydney geborene Dirigentin Simone Young, die gleichzeitig musikalische Leiterin des „Hamburgischen Philharmonie-Orchesters“ ist.

Konzerthäuser

Bisher steht den Hamburgern und Besuchern nur ein Konzerthaus für klassische Musik zur Verfügung: die Laeiszhalle, benannt nach dem Reeder Carl Laeisz und dessen Frau Sophie Christine, die mit einer testamentarischen großzügigen Summe den Bau eines Konzerthauses ermöglichten. Nach den Plänen von Martin Haller und Wilhelm Emil Meerwein wurde das neobarocke Konzerthaus zwischen 1904 und 1908 am heutigen Johannes-Brahms-Platz errichtet.[38] Inzwischen finden dort nicht nur klassische Konzerte statt, sondern auch Konzerte

moderner Musikrichtungen, wie beispielsweise Jazz.

Neben der Laeishalle ist für die kommenden Jahre eine zweite Stätte der Muse geplant: die Elbphilharmonie in der HafenCity. Errichtet wird dieser repräsentative Bau aus Glas, ähnelnd einem Eisberg, beziehungsweise einer Meereswoge (je nach Inspiration des Betrachters), auf dem ehemaligen Kaispeicher A am Zipfel des Dalmannkais. 2.200 Sitzplätze soll die große sowie weitere 500 die kleine Halle bieten. Ebenso soll das Konzerthaus ein Hotel mit Hafeblick sowie Wohnungen beherbergen.

Theater

Hamburg verfügt über zwei staatseigene Sprechtheater, das Deutsches Schauspielhaus und das Thalia Theater, sowie über unzählige privat geführte Theater – unter anderem das kleinste Theater Deutschlands, das „Piccolo Theater“. 2005 eröffnete das Varieté „Kehrwieder“ in der Speicherstadt und kurz zuvor kam der deutschlandweit bekannte „Quatsch Comedy Club“ zurück in seine alte Heimat Hamburg an die Reeperbahn. Zu einem der ältesten und durch die zahlreichen TV-Sendungen bekanntesten Theater in Hamburg zählt das Ohnsorg-Theater in dem Stücke in plattdeutscher Sprache aufgeführt werden. Die größten Bühnen für internationalen zeitgenössischen Tanz und Theater bietet die internationale Kulturfabrik Kampnagel in Winterhude.

Museen und Ausstellungen

In Hamburg sind etwa 60 Museen beheimatet.[34] Darunter sind sieben staatliche Museen mit weiteren Außenstellen sowie zahlreiche private Museen und Sammlungen. Die Kunsthalle und das Museum für Kunst und Gewerbe zählen zu den wichtigen Kunstmuseen und die Deichtorhallen und das Bucerius Kunst Forum präsentieren bedeutende Ausstellungen. Daneben gibt es Museen zur Regionalgeschichte, wie das hamburgmuseum, zu den Themen Technik und Arbeit, wie das Museum der Arbeit sowie eine Reihe von Sammlungen aus verschiedenen Bereichen der Wissenschaft vom Völkerkundemuseum bis zum modernen Planetarium.

Einige Ausstellungen haben eher unterhaltenden Charakter, wie das Miniatur-Wunderland mit der größten Modelleisenbahn der Welt oder Deutschlands ältestes Wachsfigurenkabinett, das Panoptikum. Das Internationale Maritime Museum ist eines von mehreren Museen, die auf die Themen Schifffahrt, Hafen und dort umgeschlagene Waren ausgerichtet sind. Darunter sind auch verschiedene, teils noch betriebsfähige Museumsschiffe im Hafen oder die BallinStadt, die über die früher von dort aufgebrochenen Auswanderer informiert.

Einige Gedenkorte, wie die KZ-Gedenkstätte Neuengamme erinnern zudem an die Verfolgungen während der Zeit des Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg.

Bauwerke und Parks

Wie im ganzen norddeutschen Raum ist auch in Hamburg die traditionelle Grundbausubstanz aus Backstein bzw. Klinker oder Ziegelstein. Bei neueren Gebäuden haben allerdings auch hier Fassaden aus Stahl und Glas die traditionellen Mauerwerke abgelöst.

Durch schwere Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg wurden ganze Stadtteile vollständig zerstört, städtebauliche Maßnahmen der nachfolgenden Jahrzehnte taten ihr übriges, so dass heute verhältnismäßig wenig zusammenhängende Quartiere aus alten Gebäuden in Hamburg zu finden sind, Beispiele sind Eimsbüttel, Grindelviertel, Eppendorf, Harvestehude und das Elbufer.

Die Stadtansicht wird geprägt durch die Türme der fünf Hauptkirchen St. Petri, St. Jacobi, St. Katharinen und St. Michaelis („Michel“), dem Wahrzeichen der Stadt, sowie die als Mahnmahl für den Zweiten Weltkrieg erhalten gebliebene Turmruine von St. Nikolai. Wenig bekannt ist, dass der Turm das höchste konventionelle Gebäude der Stadt ist und von 1874 bis 1876 das höchste weltweit war.

Sechster Turm und weltliches Gegenstück zu den Kirchen ist der Rathausurm. Das 1897 fertig gestellte Rathaus hat mit seinen 647 teils prunkvoll ausgestalteten Sälen und Zimmern schlossartige Dimensionen. An seiner Rückseite befinden sich die Hamburger Börse sowie die Handelskammer Hamburg. Diese architektonische Silhouette soll gewahrt werden, weshalb sich nur wenige andere hohe Gebäude in der weiteren Innenstadt befinden. Herausstechend sind hier nur das dreiflügelige Unilever-Haus von 1964, das Hotel am Kongresszentrum von 1973, der Komplex am Berliner Tor von 1962 bzw. 2004 und die drei Mundsburg-Türme.

Die höchsten Bauwerke sind der 279,8 Meter hohe Fernsehsender Heinrich-Hertz-Turm („Tele-Michel“) und ein Sendemast des Rundfunksenders Billwerder-Moorfleet mit 304 m.

Das älteste Gebäude Hamburgs befindet sich weit außerhalb der eigentlichen Stadtgrenzen auf der Insel Neuwerk in der Elbmündung. Der dortige Leuchtturm wurde 1310 errichtet. Weitere architektonische Besonderheiten in Hamburgs Zentrum sind das Chilehaus, der Hauptbahnhof und der Bahnhof Hamburg-Dammtor. Der Jungfernstieg gilt als Hamburgs Flaniermeile, das Einkaufsviertel südlichwestlich davon wird durch zahlreiche Einkaufspassagen geprägt.

Die nordöstliche Innenstadt wird von Fleeten und Kanälen durchzogen, die über die Binnenalster das Zentrum mit dem Hafen verbinden und früher als Transportwege elementarer Bestandteil der Hamburger Wirtschaft waren. Am Hafen und entlang der Elbe befinden sich zahlreiche Sehenswürdigkeiten wie die Speicherstadt, die Landungsbrücken, der Alte Elbtunnel, der Hamburger Fischmarkt mit der Fischauktionshalle sowie das Blankeneser Treppenviertel.

Markantestes Bauwerk im Hafen ist die Köhlbrandbrücke. Der gesamte Hafen ist ein Besuchermagnet, der jährlich über acht Millionen Gäste anzieht und damit zu den meistbesuchten Attraktionen Deutschlands gehört. Zu den Höhepunkten zählen die Stippvisiten großer Kreuzfahrtschiffe wie der Queen Mary 2. In der Nähe des Hafens liegt die bekannte Reeperbahn.

Über das gesamte Stadtgebiet hinweg sind kleinere Parks und Grünanlagen verteilt, die Hamburg zu einer grünen Stadt machen. Zu den größten Anlagen zählen der Altonaer Volkspark und der Stadtpark. Zu den besonders aufwendig gestalteten Anlagen gehört Planten un Blomen mit der größten japanischen Gartenanlage in Deutschland. Bekannt sind weiterhin der Botanische Garten oder der Jenischpark. Südöstlich befinden sich die weitläufigen Obstanbaugebiete der Vier- und Marschlande. Insgesamt größte Grünanlage ist mit 400 Hektar der Friedhof Ohlsdorf, der größte Parkfriedhof der Welt. Aufgrund vieler weiterer Parks und Grünflächen gilt Hamburg als die grünste Millionenstadt Deutschlands.

Der Tierpark Hagenbeck verfügt ebenfalls über eine schöne Parkanlage, wird jedoch vor allem durch seine 210 Tierarten zur Sehenswürdigkeit. Der von der Familie Carl Hagenbecks geführte Tierpark war bereits zu seiner Eröffnung als weltweit erster gitterloser Zoo wegweisend für die Gestaltung solcher Anlagen und wird neben den historischen Freigehegen beständig erweitert. Als eigenständige Attraktion entstand so auch 2007 das Tropen-Aquarium Hagenbeck.

Imposant sind die historischen Bauwerke im Zentrum der Hamburger Wallanlagen am Sievekingplatz. Die Hamburger Wallanlagen waren Befestigungen, die von 1616 bis 1625 um Hamburg errichtet wurden. Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden sie abgetragen und in Grünanlagen umgewandelt. Sie beginnen an der Elbe nah den Landungsbrücken und verlaufen parallel zum Holstenwall und schließen sich nahtlos an den Park Planten un Blomen an. Am Sievekingplatz befindet sich das Justizforum. Dies wird gebildet durch das Hanseatische Oberlandesgericht im Zentrum sowie das Strafjustizgebäude und das Ziviljustizgebäude. Zusammen mit den Grünflächen rundherum und der benachbarten Laeiszhalle stellt das Justizforum ein Ensemble historischer Architektur dar.

Das Altonaer Rathaus am Platz der Republik in Hamburg-Altona (Altstadt) ist seit 1898 das (zeitlich dritte) Rathaus der bis 1938 selbständigen Stadt Altona.

Bislang ist Hamburg das einzige deutsche Land ohne eigenen Beitrag zum UNESCO-Welterbe, wengleich der Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer als Naturerbe zu den bereits geschützten benachbarten Wattenmeeren nachgemeldet werden soll. Zudem ist die Speicherstadt mit ihren Brücken, Wasserwegen und Straßen, die anstelle eines barocken Wohn- und Kaufmannsviertels ab den 1880er Jahren im neuen Freihafen errichtet wurde, als einzigartiges und größtes zusammenhängendes Lagerhaus-Ensemble seit 1999 gemeinsam mit dem benachbarten Chilehaus und dem Kontorhausviertel auf der deutschen Nominierungsliste zum Kulturerbe.[39] Beide verdeutlichen die Entwicklung Hamburgs zu einer weltweiten Handelsmetropole, in der im Gegensatz zum vormaligen alt-hamburgischen Bürgerhaus, eine Trennung von Warenlagerung, Büro- und Wohnnutzung notwendig wurde.

Die zwischen 1920 und 1940 überwiegend mit regionaltypischen Klinkerfassaden errichteten Kontorhäuser, bildeten das erste eigene Bürostadtviertel auf dem europäischen Kontinent. [39] Der Bautypus des Kontorhauses, dessen deutsches Zentrum und Ausgangsort in Hamburg lag, erreichte hier den Höhepunkt seiner Entwicklung. So ist die Gestaltung des Chilehauses, mit seiner an einen Schiffsbug erinnernden Spitze, ein herausragendes Beispiel der Architektur der Moderne und Paradebeispiel des Backsteinexpressionismus.

Zur Nominierung weiter im Gespräch ist zum einen die Hamburger Sternwarte in Bergedorf, die als Forschungssternwarte der Universität Hamburg betrieben wird und mit ihren zahlreichen historischen Gebäuden und Instrumenten 2008 offiziell zum Kulturdenkmal von nationalem Rang, einem Kreis von rund 500 herausragenden Denkmälern in Deutschland, ernannt wurde.[40] Zum anderen ist dies der 1611 begründete Jüdische Friedhof in Altona, der auf Grund seines Alters und der Anzahl an wertvollen Grabsteinen mit der Besonderheit, das hier sowohl von der iberischen Halbinsel eingewanderte Juden (Sepharden) als auch mittel- und osteuropäischen Juden (Aschkenasim) bestattet wurden, zu den bedeutendsten jüdischen Grabstätten der Welt zählt.[41]

Die größten städtebaulichen Veränderungen in der Innenstadt nach der Jahrtausendwende sind der Bau der HafenCity mit der Elbphilharmonie, der U-Bahn-Linie 4 und des Kreuzfahrtterminals.

Sport

Bedeutende Sportstätten Hamburgs sind das traditionsreiche Volksparkstadion (jetzt: „Imtech Arena“), die Multifunktionshalle O2 World Hamburg, die Alsterschwimmhalle, die Sporthalle Hamburg (auch als „Alsterdorfer Sporthalle“ bekannt), das Millerntor-Stadion und die Jahnkampfbahn im Hamburger Stadtpark. Der älteste deutsche Sportverein kommt mit der Hamburger Turnerschaft von 1816 aus Hamburg.

Seit Anbeginn 1963 spielt der 1887 gegründete Hamburger SV in der Fußball-Bundesliga und ist das einzige Gründungsmitglied der Bundesliga, das bis heute nie abgestiegen ist. Mit dem FC St. Pauli kommt ein weiterer Verein, der schon mehrfach in der ersten Fußball-Bundesliga spielte, aus Hamburg. Im Jubiläumsjahr 2010 feiert der Verein seinen fünften Aufstieg in die erste Liga. Seit 2002 sind die Handballer des HSV Hamburg (Handball-Bundesliga) sowie das Eishockeyteam der Hamburg Freezers (Deutsche Eishockey Liga) in der Color Line Arena zu Hause. Im Hockey sind Hamburger Vereine wie Der Club an der Alster, der Harvestehuder THC, oder der Uhlenhorster HC sowohl bei den Herren als auch den Damen bundesweit dominierend. Im Unihockey ist der ETV Hamburg seit 2003 in der 1. Bundesliga der Herren aktiv mit dabei.

Zu den großen jährlichen Sportereignissen in Hamburg gehören in der zweiten Aprilhälfte der Hamburg-Marathon sowie im Sommer das Radrennen Vattenfall Cyclassics und der HSH Nordbank Run durch die Hafen-City. Alle Ereignisse ziehen an den Wettkampfstrecken durch die Stadt ein Massenpublikum an. Ein gesellschaftliches Ereignis sind die Hamburger Derbys im Pferderennen (Juli) sowie im Springreiten (Mai) und seit 1892 die German Open im Herrentennis.

Hamburg gehörte zu den offiziellen Austragungsorten der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 und 2006 sowie der Handball-Weltmeisterschaft der Herren 2007 und war im August 2007 Gastgeber der ITU World Championships 2007 im Triathlon. Am 12. Mai 2010 fand in der HSH Nordbank Arena (heute: Imtech Arena) das Finale der Europa League statt.

Der letzte professionelle Basketballverein der Stadt Hamburg waren die BCJ Hamburg Tigers, die bis 2001 in der Basketball-Bundesliga spielten.

Regelmäßige Veranstaltungen

Hamburg bietet zu jeder Jahreszeit Veranstaltungen für die verschiedensten Geschmäcker, wie den allsonntäglichen Hamburger Fischmarkt und den Hamburger Dom (dreimal im Jahr). Der Hafengeburtstag, der im Mai gefeiert wird, ist neben dem Alstervergnügen, das im August rund um die Binnenalster stattfindet, die größte Veranstaltung, mit mehr als einer Million Besucher.

Einige Filmfestivals (Filmfest Hamburg, Lesbisch Schwule Filmtage Hamburg, Fantasy Filmfest); der Christopher Street Day (CSD) sowie die Hamburg Harley-Days, eines der größten deutschen Motorradtreffen finden hier alljährlich statt. Jedes Jahr im Juni/Juli wird in Hamburg der europaweit größte Motorradgottesdienst mit 35–40 Tausend Teilnehmern abgehalten. Sehr beliebt sind der Schlagermove und der „WeltAstraTag“, der einmal im Jahr an den St. Pauli-Landungsbrücken gefeiert wird. Aber auch auf dem Rathausmarkt wird alljährlich auf dem „Rock Spektakel“ gerockt. Kunstliebhaber kommen bei der ElbArt im Alten Elbtunnel auf ihre Kosten. In der zweiten Hälfte des August findet auf dem Gelände der Theaterfabrik Kampnagel das internationale Sommerfestival statt. Das Internationale Sommerfestival ist das größte Festival für zeitgenössischen Tanz, Performances, Konzerte und Theater in der Hansestadt. Zahlreiche Gastspiele aus dem In- und Ausland bieten ein buntes Programm.

Im Bezirk Altona findet seit 1999 die altonale statt, ein zweiwöchiges Kultur- und Straßenfest.

Kulinarische Spezialitäten

Zu den bekannten Hamburger Gerichten gehören unter anderem Birnen, Bohnen und Speck, Finkenwerder Scholle, Stint, Grünkohl, Hamburger Aalsuppe, Labskaus, Snuten un Poten, Rundstück warm, Rote Grütze, Schwarzsauer und Franzbrötchen.

Stolpersteine

Von den weltweit über 22.000 verlegten Stolpersteinen befinden sich allein 3.202 in Hamburg. Davon wiederum die meisten, nämlich 1.432, im Bezirk Eimsbüttel.[42]

Wirtschaft und Infrastruktur

Hamburg hat als Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungszentrum überregionale Bedeutung und zählt zu den wichtigsten Industriestandorten in Deutschland. Der Hafen zählt zu den weltweit führenden Seehäfen. Wichtigste Wirtschaftszweige sind Logistik, Hafen und maritime Wirtschaft, Luftfahrtindustrie (drittgrößter Standort weltweit), Konsumgüterindustrie (vor allem Lebensmittel), Chemie, Elektrotechnik, Maschinen-, Fahrzeug- und Schiffbau, Mineralölwirtschaft, Banken, Medien und Versicherungen. Neben dem Handels- und Dienstleistungssektor spielen zudem die Bereiche Tourismus, Regenerative Energien und Life Sciences (Medizin und Biotechnologie) eine zunehmend wichtige Rolle.

Über 140 000 Unternehmen sind allein Mitglied in der Handelskammer Hamburg, die als älteste deutsche Handelskammer (1665) ihren Sitz im Gebäude der Hamburger Börse hat.

Die Wirtschaftsleistung im Bundesland Hamburg lag, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei 85,8 Milliarden Euro im Jahr 2009 (2008: 89,3 Mrd. Euro) und sank damit im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um 3,2 Prozent. Die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe lag bei 9,3 Milliarden Euro. Im Vergleich von 271 Regionen der Europäischen Union (ausgehend von Zahlen aus 2007) führt Hamburg nach London, Luxemburg und Brüssel die Liste der Regionen mit dem höchsten BIP je Einwohner an und hält diesen Platz auch in Bezug auf den Kaufkraftstandard (KKS = 192 im Vergleich zum EU-Durchschnitt: EU27 = 100).[43]

Den Spitzenplatz erreicht Hamburg auch in Bezug auf die Kaufkraft in den jeweiligen Bundesländern, gefolgt von Bayern und Hessen.[44] Als Region liegt die Kaufkraft Hamburgs bundesweit ebenfalls mit Abstand vorn, gefolgt von Oberbayern und Darmstadt.[45]

Seit 2002 bemüht sich der Senat, mit dem Leitspruch „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ den Wirtschaftsstandort auszubauen und ein langfristiges Bevölkerungswachstum zu erreichen. Als Ansatzpunkt verfolgt der Senat eine kombinierte Strategie aus der Aktivierung endogener Potenziale und der Stärkung Hamburgs internationaler Ausstrahlung (FHH 2001:71). Auf diese Weise entwickelte sich Hamburg auch zum bevorzugten Standort chinesischer Unternehmen in Deutschland, von denen die Stadt 2004 mehr als 300 beheimatete – so viele wie keine andere deutsche Stadt.[46]

Der Schuldenstand belief sich im Januar 2010 auf rund 25,6 Milliarden Euro.[47] Die Hansestadt Hamburg hat einen Schuldenstand von ca. 14.400 Euro pro Einwohner (zum Vergleich hat die Stadt Frankfurt am Main 4.430 Euro Schulden pro Einwohner + 5.782 Euro pro Kopf hessische Schulden = 10.212 Euro pro Kopf Vergleichsschulden).[48]

Liste der größten Arbeitgeber nach der Anzahl der Beschäftigten (Jahr 2006)

- Stadt Hamburg 70 000
- Airbus Operations GmbH 12 000
- Deutsche Lufthansa AG 10 374
- Asklepios Kliniken Hamburg 10 200
- Deutsche Bahn AG 8200
- Deutsche Post AG 5800
- Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf 5600
- Hamburger Sparkasse AG 5000
- Beiersdorf AG, 4700
- Hamburger Hochbahn AG 4303
- HHLA 4215
- Otto Group 4200
- Universität Hamburg 4160
- Daimler AG 3906
- Rewe Group 3854

- Allianz SE Gruppe 3700
- Axel Springer AG 3418
- Verkehrsanbindung
- Schienenverkehr

Hamburg ist der größte Eisenbahn-Knotenpunkt Nordeuropas. Die Hansestadt kann auf eine lange Eisenbahngeschichte, seit der ersten Strecke 1842, zurückblicken. Im Fernverkehr gibt es die verschiedenen Intercity-Express-Linien, InterCity-Linien bis ins europäische Ausland. So verkehrt einmal täglich ein weiterer Eurocity auf der Strecke Krakau – Berlin – Stendal – Uelzen – Hamburg. Durch Nachtzüge sind unter anderem München, Zürich, Brüssel, Wien und Amsterdam direkt von Hamburg aus erreichbar. Die meisten Fernzüge führen über den Hauptbahnhof und beginnen und enden oft im Bahnhof Hamburg-Altona. Daneben existieren die Fernbahnhöfe Hamburg-Dammtor, Hamburg-Harburg und Hamburg-Bergedorf.

Neben zahlreichen Regionalbahn-Linien, die das Hamburger Umland erschließen, bestehen Regional-Express-Verbindungen in Richtung Elmshorn – Neumünster – Kiel bzw. Flensburg – Padborg, Lübeck und Schwerin – Rostock. Ähnliche Angebote bilden die Metronom-Züge in Richtung Stade – Cuxhaven, Bremen und Lüneburg – Uelzen (– Hannover – Göttingen) und die Nord-Ostsee-Bahn in Richtung Elmshorn – Westerland (Sylt).

Große Bedeutung im paneuropäischen Güterverkehr der Schiene haben die Hamburger Hafentbahn, wo ca. 10 % des deutschen Schienengüterverkehrs beginnt oder endet, sowie der etwas südlich der Stadtgrenze gelegene größte Rangierbahnhof Europas, Maschen Rbf.

Straßenverkehr

Hamburg verfügt über gute Straßenverbindungen im Fernverkehr. Mehrere Bundesautobahnen berühren das Stadtgebiet: die A 1 (im Raum Hamburg zudem als E 22), A 7 (im Raum Hamburg zudem als E 45), A 23, A 24 (im Raum Hamburg zudem als E 26) und A 25. Ferner existieren südlich der Elbe Autobahnabschnitte mit wenigen Kilometern, die als Bundesautobahn 252, Bundesautobahn 253 und Bundesautobahn 255 bezeichnet sind.

Geplant ist eine weiträumige Umfahrung Hamburgs mit der A 20, die von Prenzlau/Rostock kommend derzeit bei Lübeck endet. Sie soll künftig über das nördliche und westliche Umland Hamburgs durch einen neuen westlich gelegenen Elbtunnel an die seit langem geplante A 26 (Hamburg–Stade) angeschlossen werden. Von dort wird die geplante A 22 durch den Wesertunnel die A 28 und die A 29 anbinden.

Auf Hamburgischem Gebiet verlaufen die B 4, B 5, B 73, B 75, B 207, B 431, B 432, B 433 und B 447, die größtenteils radial auf den Innenstadtbereich zuführen; damit wird der Straßenverkehr dort konzentriert, was zu erheblichen Verkehrsproblemen führt. Tangentialverbindungen zur Umleitung des Durchgangsverkehrs und zur großräumigen Erschließung des Stadtgebietes kamen bisher über Planungen nicht hinaus; es bestehen jedoch drei Ringstraßen, die halbkreisförmig um die innere (Ring 1) und äußere Innenstadt (Ring 2) herum und als Viertelkreis durch die nordwestlichen Außenbezirke (Ring 3) verlaufen.

Vom Hamburger Zentral-Omnibusbahnhof (ZOB) beim Hauptbahnhof bestehen mehrere Fernbuslinien in das In- und Ausland.

Insgesamt verfügt Hamburg über fast 4000 Kilometer Straßen (Aug. 2006) mit etwa 7000 Straßennamen.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird u.a. durch ein S-Bahn- und U-Bahn-Netz, das aus sechs S-Bahn- und drei U-Bahn-Linien besteht, bedient. Dabei werden auch verschiedene Vororte erschlossen. Außerdem verkehren im Norden der Stadt die S-Bahn-ähnlichen Züge der AKN, die von (Neumünster) – Kaltenkirchen bis Hamburg-Eidelstedt (– Hamburg-Dammtor – Hamburg Hbf) und Norderstedt Mitte fahren.

Im Rahmen der Entwicklung der Hafencity in der früheren Speicherstadt wird dieses Areal gegenwärtig durch den Neubau einer U-Bahn-Strecke vom Bahnhof Jungfernstieg erschlossen. Die Linie wird als U4 bezeichnet werden und weiter nach Billstedt führen.

Daneben besteht ein gut ausgebautes Stadtbusnetz (auch Metrobusse, Schnellbusse, Eilbusse). Der Hafen wird von Hafenfähren erschlossen. In den Nächten vor Sams-, Sonn- und

Feiertagen werden die wichtigsten Buslinien, U- und S-Bahnen durchgehend betrieben (Nachtverkehrsnetz), wobei Randbereiche durch besondere Nachtbuslinien erschlossen werden. Für die übrigen Nächte gibt es ein Nachtbusnetz mit 19 Linien. Die Straßenbahn Hamburg wurde Strecke für Strecke bis 1978 eingestellt. Die aktuelle Hamburger Regierung plant jedoch ab 2012 die Wiedereinführung als Stadtbahn.

Alle Verkehrsmittel des Regional- und Nahverkehrs (RE, metronom, RB, S-, U-, A-Bahn sowie Busse und Fähren) können in und um Hamburg mit Fahrkarten des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV), der 1965 als erster Verkehrsverbund der Welt gegründet wurde, benutzt werden. Außerdem sind die Ländertickets Schleswig-Holstein-Ticket, Niedersachsenticket und Mecklenburg-Vorpommern-Ticket sowie das Schönes-Wochenende-Ticket auch für alle Verkehrsmittel des HVV (im Großbereich Hamburg, außer Schnellbus und 1. Klasse) gültig.

Der Personenverkehr im Hafen wird – neben Bus und Bahn – durch sechs Schiffslinien der HADAG erschlossen (hiervon fahren fünf zum Tarif des HVV).

Schifffahrt

Die Niederelbe verbindet Hamburg direkt mit dem offenen Meer, der Nordsee. Seeschiffe können den Hamburger Hafen von dort und von der Ostsee über den elbawärts gelegenen Nord-Ostsee-Kanal erreichen. Elbawärts bestehen weitere Wasserstraßen für die Binnenschifffahrt, die Hamburg über die Elbe (Richtung Magdeburg, Dresden bis Tschechien) und abzweigende Kanäle mit dem weiteren Hinterland und dem Binnenwasserstraßennetz verbinden. So sind über ein kurzes Stück der oberen Unterelbe und der Oberelbe der abzweigende Elbe-Lübeck-Kanal (Verbindung nach Lübeck und zur Ostsee) und der Elbe-Seitenkanal (Verbindung zum Mittellandkanal) zu erreichen.

Luftverkehr

Der internationale Flughafen Hamburg (HAM) ist vom Passagieraufkommen der fünftgrößte und der älteste noch in Betrieb befindliche Flughafen Deutschlands. Er wurde 1912 in Hamburg-Fuhlsbüttel eröffnet und liegt etwa 8,5 km nordwestlich des Stadtzentrums. Etwa 60 Fluggesellschaften bedienen 125 Zielflughäfen, darunter auch die Langstreckenziele Dubai, New York City, Toronto und Teheran. Der „Hamburg Airport“, wie er nun offiziell heißt, zählt nach dem bis 2008/2009 geführten, umfassenden Ausbauprogramm zu den modernsten in Europa und ist seitdem mit der S-Bahn-Linie S1 an die Innenstadt angeschlossen. Daneben ist er über einige Buslinien des Hamburger Verkehrsverbundes und Fernbuslinien zu erreichen. Zudem wurde die Zahl der PKW-Parkplätze für Besucher auf 12.000 erhöht und die Gastronomie und Einkaufsmöglichkeiten erweitert. Am Flughafen befindet sich auch die Basis der Lufthansa Technik. Wegen der Lärmbelästigung in den relativ dicht besiedelten Einflugschneisen besteht ein Nachtflugverbot.

Auf dem Gelände der Airbus Operations GmbH (einer Division der EADS) – ca. 10 km südwestlich des Hamburger Stadtzentrums – befindet sich der Werksflugplatz Hamburg-Finkenwerder. Dort landen neben den dort endmontierten Maschinen der Typen A380 und der Airbus-A320-Familie nur Flugzeuge zur hauseigenen Versorgung, der British Aerospace und kleine Regionalverkehrsflugzeuge, die Werksangehörige von und nach Toulouse bringen.

Der Flughafen Lübeck (LBC) ist mit einer Busverbindung von Hamburg aus erreichbar und wird von der Billigfluggesellschaft Ryanair als „Hamburg-Lübeck“ bezeichnet, obwohl er rund 70 km von Hamburg entfernt liegt.

Wasserversorgung

Die Trinkwasserversorgung Hamburgs wird durch die 17 Wasserwerke Baurberg, Bergedorf, Billbrook, Bostelbek, Curslack, Glinde, Grobensee, Großhansdorf, Haseldorfer Marsch, Langenhorn, Lohbrügge, Neugraben, Nordheide, Schnelsen, Stellingen, Süderelbmarsch und Walddorfer sichergestellt, die vom Gleichordnungskonzern Hamburg Wasser betrieben werden. Je nach Jahreszeit werden täglich zwischen 250.000 und 400.000 m³ Trinkwasser bereitgestellt.[49]

Industrie

Hamburg ist mit dem Airbus-Werk im Stadtteil Finkenwerder der größte deutsche, zweitgrößte europäische (nach Toulouse) und weltweit drittgrößte (nach Seattle und Toulouse) Flugzeugbau-Standort. Einige Zulieferer wie Dasell sind ebenfalls in Hamburg aktiv. Der Werft-Standort Hamburg umfasst unter anderem die größeren Firmen Blohm & Voss sowie J. J. Sietas mit den Tochterunternehmen Norderwerft und Neuenfelder Maschinenfabrik, einem der weltweit führenden Hersteller von Schiffskränen. Auch Schiffbau-Zulieferer wie

Muehlhan sind im der Hansestadt ansässig. Die Beiersdorf AG hat nicht nur ihren Sitz in Hamburg, sondern produziert dort auch Produkte der Marken Nivea und Tesa. Im Stadtteil Heimfeld produziert die Daimler AG Achsen und Komponenten. Die Deutschland-Zentrale des Philips-Konzern befindet sich in Hamburg, wo auch Medizin-Geräte hergestellt werden. Das aus dem Philips-Konzern ausgegliederte Unternehmen NXP Semiconductors produziert im Stadtteil Hausbruch Halbleiter. Im Bereich der Rohstoffverarbeitung sind die Aurubis AG, Europas größte Kupferhütte, Trimet Aluminium und zwei Ölraffinerien der Firmen Holborn und Shell tätig. Das Maschinenbauunternehmen Körber AG hat seinen Sitz in Hamburg. Zu dem Konzern gehören unter anderem der Papiermaschinenhersteller E.C.H. Will und Hauni Maschinenbau, Weltmarktführer bei Maschinen und Anlagen für die Tabakindustrie und damit einer von mehreren sogenannten Hidden Champions in der Hansestadt. Zu ihnen gehört auch der Maschinenbauer Harburg-Freudenberger. Die Hamburger Unternehmen Jungheinrich (produziert allerdings im benachbarten Norderstedt) und Still stellen (Flur-)Förderfahrzeuge her. Der Klavier- und Flügelhersteller Steinway & Sons fertigt im Stadtteil Bahrenfeld, der Schreibgerätehersteller Montblanc im benachbarten Eidelstedt. Uhren verlassen die Manufaktur des Herstellers Wempe Chronometerwerke. Der Sägen-Hersteller Dolmar produziert in Jenfeld. Der Agrarprodukte-Konzern Archer Daniels Midland besitzt die Ölmühle der früheren Noblee & Thoenig GmbH in Harburg. Die Holsten-Brauerei braut in Altona-Nord Biere.

Lediglich mit der Verwaltung, nicht aber mit Produktionsstandorten in Hamburg vertreten sind die Nahrungsmittelhersteller Unilever (Deutschland-Zentrale) und Carl Kühne KG sowie der Windenergieanlagen-Hersteller REpower Systems.

Medien

Unter anderem werden Der Spiegel, Stern und Die Zeit in Hamburg produziert. Zahlreiche Verlage, darunter die Großverlage Axel Springer AG (Bild) und Gruner + Jahr sowie die Bauer Verlagsgruppe, die Verlagsgruppe Milchstrasse (mittlerweile Teil des Burda-Verlags) und der Jahreszeiten-Verlag, haben hier ihren Sitz. Insgesamt wird gut die Hälfte aller überregionalen Presseprodukte Deutschlands in Hamburg produziert. Drei bedeutende Tiefdruckereien befinden sich in bzw. im Großraum Hamburg. Dies sind „broschek Tiefdruck“, ein Unternehmen der schlott Gruppe AG sowie „Gruner Druck“, Itzehoe und die „Axel Springer Tiefdruckerei“, Ahrensburg, die der prinovis angehören. Außerdem hat die Deutsche Presse-Agentur (dpa) ihren Sitz in der Hansestadt. Die ARD-Redaktion für Nachrichten und Zeitgeschehen ARD-aktuell produziert auf dem NDR-Gelände in Lokstedt unter anderem die Tagesschau, die Tagesthemen und das Nachtmagazin.

Hamburg ist traditionell auch Sitz zahlreicher Firmen aus der Musikbranche, allen voran der Deutschlandzentrale von Warner Music sowie Edel Music. Trotzdem verlor die Stadt im Sommer 2002 Universal Music und den Deutschen Phonoverband an Berlin. Der ausschlaggebende Grund, die Subventionierung des Umzugs durch Berlin, zog seitens Hamburg Kritik nach sich, da Berlin seinen Haushalt mit Hilfe des Länderfinanzausgleiches stützt, in den unter anderem Hamburg einzahlt – Hamburg hätte damit in gewisser Hinsicht die Abwanderung selbst bezahlt.

Weiterhin ist Hamburg Hauptsitz des Norddeutschen Rundfunks (NDR) und seiner (über die NDR Media GmbH) Enkeltochtergesellschaft Studio Hamburg, die zahlreiche Fernsehsendungen und auch Filme entweder selbst produziert, synchronisiert oder ihre Kapazitäten zur Verfügung stellt. Außerdem ist Hamburg Sitz eines ZDF-, RTL- sowie Sat.1-Landesstudios. Um die Belange der örtlichen, nationalen, wie auch internationalen Filmwirtschaft kümmert sich von staatlicher Seite die Filmförderung Hamburg.

Die Sitze zahlreicher international renommierter Werbeagenturen wie Scholz & Friends, Springer & Jacoby, Jung von Matt, TBWA, Koller Rebbe, Zum goldenen Hirschen, Grabarz&Partner und Designagenturen, darunter Peter Schmidt Group, Landor Associates und Factor Design, machen Hamburg zu einem überregionalen Standort der Werbe- und Designbranche.

IT-Sektor

Der Informations- und Telekommunikationssektor (IT-Sektor) gehört zu den Branchen, die den Wirtschaftsstandort Hamburg prägen. Die Zahl der Unternehmen hat sich seit 1996 auf fast 8.000 mehr als verdoppelt und die Branche beschäftigt ca. 45.000 Mitarbeiter (Stand 2. Halbjahr 2006[50]). Hamburg ist einer der zentralen IT-Standorte Deutschlands[51].

Die Branchenstruktur der Hamburger IT-Unternehmen gliedert sich in die Sektoren Multimedia, Herstellung Geräte, Telekommunikation, Hard- und Softwareberatung und DV-Dienste. Die anteilmäßig größten Zuwächse der letzten Jahre im IT-Sektor verzeichnet die Multimedia-Branche. Die Zahl der ihr zugehörigen Unternehmen ist seit dem Jahr 2000 um über 50 Prozent auf 2.227 Unternehmen angewachsen (Stand 2. Halbjahr 2006 [52]). Zu den bekanntesten Internetdienstleistern der Elbmetropole gehören unter anderem SinnerSchrader AG,

Fittkau & Maaß Consulting GmbH, AOL Deutschland GmbH & Co. KG oder Nasa 3.0 GmbH.

Mit Freenet AG und Hansenet haben zwei der größten deutschen Telekommunikationsdienst- und Internetanbieter in Hamburg ihren Standort. Des Weiteren umfasst die Multimedia-Branche Online-Vermarkter wie beispielsweise Bauer Media KG, orangemedia.de GmbH und Quality Channel GmbH sowie international bekannte Suchmaschinen wie Google Germany GmbH und Yahoo! Marketplace/Kelkoo Deutschland GmbH.

Ein weiterer Bereich der Multimedia-Branche ist die Games-Branche vertreten durch Publisher (zum Beispiel dtp entertainment AG, Codemasters GmbH, EIDOS GmbH, Bigpoint GmbH), Entwickler wie sofatronic GmbH und Anbieter mobiler Entertainment-Inhalte (zum Beispiel Fishlabs Entertainment GmbH) mit ihrem Sitz in der Hansestadt.

Mit 1900 Unternehmen sind die Software-Unternehmen am zweitstärksten in der Hamburger IT-Wirtschaft vertreten (Stand 2. Halbjahr 2006[53]). In Hamburg sind einige der größten internationalen und deutschen Software-Unternehmen angesiedelt wie IBM Deutschland GmbH, Lufthansa Systems AG, Adobe Systems Engineering GmbH und Logica Deutschland GmbH & Co. KG sowie die SAP.

Die Rolle Hamburgs als Medienstadt kommt der IT-Branche entgegen und ermöglicht Synergien mit den verschiedenen Mediengattungen. Hamburger Institutionen wie die Behörde für Wirtschaft und Arbeit, die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH und Unternehmen der IT- und Medien-Branche haben sich in der Initiative Hamburg@work zusammengeschlossen, um die Zusammenarbeit der beiden Sektoren zu unterstützen und Neuankömmlingen einen Branchen-Überblick zu geben.

Banken

Hamburg ist der bedeutendste Bankenplatz im norddeutschen Raum. Die HSH Nordbank AG (ehemals: Hamburgische Landesbank) hat einen ihrer zwei Hauptsitze hier in der Hansestadt. Die Bundesbankhauptverwaltung für Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern befindet sich in der Willy-Brandt-Straße (ehemals Ost-West-Straße). Ferner haben zahlreiche Geldinstitute ihre norddeutsche Regionaldirektion in Hamburg ebenso wie einige bedeutende Privatbanken ihren Hauptsitz, z. B. M. M. Warburg & CO oder die Berenberg Bank.

Hafen

Der Hamburger Hafen, auch „Deutschlands Tor zur Welt“ genannt, ist der größte Seehafen in Deutschland und, gemessen am Containerumschlag 2007, der das Rekordergebnis von 9,89 Millionen Container (TEU) erreichte, der zweitgrößte in Europa und achtgrößte weltweit. Für einige Spezialgüter, zum Beispiel Teppiche, ist er der größte Umschlaghafen weltweit.

Den größten Umsatz macht der Hamburger Hafen mit dem Containerumschlag. Es befinden sich mit den Firmen Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) und der Bremer Firma Eurogate GmbH & Co. KGaA zwei Hauptcontainer-Terminal-Betreiber in Hamburg. Das Hafengebiet umfasst etwa 7399 ha (nutzbar 6480 ha), von denen 4331 ha (nutzbar 3412 ha) Landflächen sind. Dazu kommen 919 ha, die zum Teil seit Jahrzehnten stadtplanerisch für die Hafenerweiterung vorgesehen sind.

Angesichts von Konstruktionsüberlegungen für Containerschiffsgrößen mit einem maximalen Tiefgang von mehr als 16 m hat Hamburg eine Anpassung des Fahrwassers der Unterelbe beim Bund beantragt. Die Stadt Hamburg fordert eine Vertiefung der Unterelbe um 1,50 m. Dieses Projekt befindet sich in der Prüfung. Aus der Zusammenarbeit mit Niedersachsen und Bremen zum Bau des neuen Containerhafens JadeWeserPort hat sich die Stadt Hamburg nach dem Regierungswechsel 2001 zurückgezogen, weil die im Hamburger Hafen anstehenden Investitionsvorhaben von vordringlicher Bedeutung sind.

In direkter Anbindung an die Speicherstadt und den Innenstadtbereich wird der neue Stadtteil HafenCity bebaut. Das Projekt HafenCity soll auf einer Fläche von 155 Hektar Wohnen, Arbeiten und Unterhaltung ermöglichen.

Handel

Börse

Die Hamburger Börse wurde 1558 als erste Börse in Deutschland und vierte in Europa gegründet, hat aber heute keine nennenswerte Bedeutung mehr für den Aktienhandel. Sie

spezialisierte sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts auf den Handel mit Fondsanteilen.

Messen und Kongresse

Hamburg wird zu den führenden Kongressorten weltweit gezählt. Das Congress Center Hamburg (CCH) wurde 1973 als Deutschlands erstes Kongress- und Tagungszentrum zusammen mit einem Hotelurm, Hamburgs höchstem Haus, neben dem Dammtorbahnhof eröffnet. Mit einem 2008 beendeten Ausbau auf 23 Säle mit 12.500 Sitzplätzen und einer multifunktionalen Ausstellungshalle (7000 m²) hofft die Stadt unter die weltweit ersten zehn Kongressorte vorzurücken. Jährlich finden dort etwa 400 Kongresse, Veranstaltungen und Konzerte statt.

Nahe dem CCH und über einen überdachten Gang durch den Park Planten un Blumen erreichbar, befindet sich das Hamburger Messegelände. Die Hamburg Messe wurde bis zum Jahr 2008 auf 11 Messehallen mit einer Fläche von 87.000 m² erweitert. Über eine Million Besucher verzeichnen die etwa 45 Messen und anderen Veranstaltungen pro Jahr. Darunter international bedeutende Fachmessen wie die traditionsreiche INTERNORGA (Hotellerie- und Gastronomie-Fachmesse) oder die Weltleitmesse der Schiffahrtsindustrie SMM (Shipbuilding, Machinery & Marine technology), die publikumsstarke Bootsausstellung hanseboot, die 2009 zum 50. Mal stattfand, oder die regional beliebte Verbrauchermesse „Du und Deine Welt“.

Bei der Auslastung der Messeflächen war die Hamburg Messe im Jahr 2008 in Deutschland führend. Einschließlich der Flächen des CCH stehen insgesamt 107.000 Quadratmeter an Ausstellungsflächen zur Verfügung, die von der städtischen Hamburg Messe und Congress GmbH vermarktet werden.[54][55]

Einzelhandel

Neben dem Außenhandel mit Ein- und Ausfuhr sowie dem Großhandel ist der Einzelhandel von Bedeutung. Die Geschäfte für den Massenkonsum liegen in der Spitaler Straße und der Mönckebergstraße. Ein besonderes Warenangebot findet man in der Straße Neuer Wall. Wegen des nassen Wetters in Hamburg wurde ein Netz von Einkaufspassagen aufgebaut. Sie führen von der Shoppingpassage am Mönckebergbrunnen zur Europa-Passage, zum Kaufmannshaus, zum Hanseviertel bis zur Gänsemarktpassage. Mit dem Passantenstrom kommt man oft in weitere hier nicht genannte Passagen.

Institutionen und öffentliche Einrichtungen

Die bedeutendste Einrichtung der Vereinten Nationen in Deutschland, der Internationale Seegerichtshof, residiert in Hamburg. Er wurde 1982 eingerichtet. In ihrem Gebäude an der berühmten Elbchausee amtieren die UN-Richter seit 1996.

Weiterhin ist Hamburg unter anderem Sitz folgender Institutionen:

- Hanseatisches Oberlandesgericht Hamburg
- Landgericht Hamburg
- Bundesforschungsanstalt für Fischerei
- Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft
- Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) (vormals: Deutsches Hydrographisches Institut (DHI))
- Biologische Anstalt Helgoland
- Deutscher Wetterdienst (Seewetteramt)
- Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin
- Heinrich-Pette-Institut für Experimentelle Virologie und Immunologie
- Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY)
- Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Ferner sind in Hamburg ein Bundespolizeiamt, drei Hauptzollämter (Hamburg-Hafen, Hamburg-Jonas und Hamburg-Stadt), ein Kreiswehrrersatzamt, eine Oberfinanzdirektion, ein Prüfungsamt des Bundes, ein Wasser- und Schifffahrtsamt und ein Zollfahndungsamt angesiedelt. Es gibt die Untersuchungshaftanstalt Hamburg.

Weiterhin ist Hamburg Sitz des deutschen Büros von Greenpeace.

Bildung und Forschung

Hamburg bietet neben seinen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen spezielle Sonderschulen wie z. B. die Sprachheilschulen sowie 17 Hochschulen.[56] Im Jahr 2006 waren in Hamburg 167,306 Schülerinnen und Schüler an 245 Grundschulen und 195 weiterführenden Schulen gemeldet.[57]

An der Grenze zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein entsteht das europäische Röntgenlaserprojekt XFEL. DESY baut für den XFEL den auf Supraleiter-Technik ausgelegten 3,3 km langen Teilchenbeschleuniger. Der Freie-Elektronen-Laser für Röntgenlicht (XFEL steht für X-ray free-electron laser) wird Elektronen auf sehr hohe Energien beschleunigen und anschließend zur Aussendung von hochintensiven Röntgenlaserblitzen bringen. Die einzigartigen Röntgenlaserblitze des XFEL eröffnen völlig neue experimentelle Möglichkeiten in der Materialforschung. 2009 soll mit seinem Bau begonnen werden, die Inbetriebnahme ist für 2013 geplant.

Hamburg hat zwei Schulen, an denen zukünftige Musicaldarsteller ausgebildet werden – die „Stage School of Music, Dance and Drama“ und die zur „Stage Entertainment“ gehörende Joop van den Ende Academy.

Sonstiges

Hamburg ist die Stadt mit den meisten Millionären Deutschlands. Aus alter Hamburger Tradition geben die reichen Bürger als Mäzen ihrer Stadt etwas von ihrem Reichtum zurück, so dass es in Hamburg mehr als 1000 Stiftungen gibt, die das Leben in allen Lebensbereichen der Stadt unterstützen – auch dies ist ein Rekord in Deutschland.[58]

Hamburger Liedgut

Neben der Hymne des Landes („Stadt Hamburg an der Elbe Auen“) gibt es viele Lieder mit Bezug zu Hamburg, die teilweise den Status einer „inoffiziellen“ Hymne haben, wie zum Beispiel „Auf der Reeperbahn nachts um halb eins“ (unter anderem gesungen von Hans Albers) oder „In Hamburg sagt man tschüß“ (unter anderem gesungen von Heidi Kabel) sowie dem Shanty „Ick heff 'mol een Hamborger Veermaster seh'n“. Vor dem Zweiten Weltkrieg war „An de Eck steiht 'n Jung mit 'n Tüdelband“ der Gebrüder Wolf sehr beliebt, während heute neuere Lieder, wie „Hamburg, meine Perle“ von Lotto King Karl die Verbundenheit der Bewohner zu ihrer Stadt ausdrücken (als Fußball-Version auch vor den Spielen des HSV).

Mit den Bands Blumfeld, Die Sterne und Tocotronic ging ab ca. 1990 der Begriff der Hamburger Schule als eigenständiges Genre deutschsprachiger Musik in die Popkultur ein. Auch die deutschsprachige Hip-Hop-Band Absolute Beginner beschreibt in „City Blues“ ihr Lebensgefühl zu ihrer Heimatstadt; Samy Deluxe in „Hamburg Anthem“.

Als Urgesteine gelten mittlerweile die Hip-Hopper von Fettes Brot, die ursprünglich aus dem Kreis Pinneberg stammen und sich selbst als „Hamburgs Hip-Hop-Dinosaurier“ bezeichnen. 1995 schrieben sie mit „Nordisch by Nature“ ein Loblied über den Norden Deutschlands im Allgemeinen und die Hansestadt im Speziellen. Ein weiteres Urgestein ist Udo Lindenberg (und sein Panikorchester), doch hier liegen die Wurzeln weitere zwanzig Jahre zurück: in der Hamburger Szene.

„Hamburger Gruß“

Der Hamburger Gruß „Hummel, Hummel“ beantwortet von „Mors, Mors“ stammt einer Legende zufolge vom Wasserträger Johann Wilhelm Bentz, der den Spitznamen „Hummel“ trug und bis zu seinem Tod 1854 in Hamburg lebte. Wenn er vorbeikam, riefen ihn die Kinder spöttisch „Hummel, Hummel“. Er antwortete darauf wütend mit „Mors, Mors“ (verkürzend für „Klei mi am Mors“, das plattdeutsche Pendant des Götz-Zitates). Thematisiert wird dies am Hummel-Brunnen in der Neustadt (Rademachergang/Breiter Gang), der den Wasserträger darstellt. An den gegenüberliegenden Hausfassaden finden sich Kinderskulpturen, die ihm ihr entblößtes Hinterteil präsentieren.

Der Hamburger Gruß wird allerdings eher außerhalb Hamburgs als Erkennungszeichen oder wie beim Fußball als Schlachtruf verwendet. Zur Begrüßung allgemein üblicher ist zum Beispiel das in Teilen Norddeutschlands verbreitete „Moin“, beziehungsweise „Tschüs“ zur Verabschiedung.

Hamburger Witze

Es gibt eine Reihe traditioneller Witzgestalten, die in Hamburger Witzen vorkommen, insbesondere die Hafenarbeiter Hein und Fiete sowie die Göre Klein Erna mit ihrer Verwandtschaft und Nachbarschaft (gesammelt von Vera Möller). Die Witze um diese Gestalten besitzen tendenziell recht lakonische Pointen. Ebenso hat sich die Spielart des He lücht in Bezug auf die Hafenrundfahrt herausgebildet.

Briefmarken

Bis 1868 waren die Stadt Hamburg und einige eingemeindete Orte, wie zum Beispiel Bergedorf, berechtigt, eigene Postwertzeichen herauszugeben. Außerdem gibt es einige Beispiele von Hamburger Motiven auf Briefmarken.

Literatur

- Uwe Bahnsen, Kerstin von Stürmer: Die Stadt, die auferstand: Hamburgs Wiederaufbau 1948–1960. Convent, Hamburg 2005, ISBN 3-934613-89-6.
- Ralf Lange: Hamburg – Wiederaufbau und Neuplanung 1943–1963. Königstein i. Ts. 1994, ISBN 3-7845-4610-2.
- Rolf Stephan: Hamburg, ehemals, gestern und heute. J.-F.-Steinkopf-Verlag, Stuttgart 1985, ISBN 3-7984-0633-2.
- Redaktion HASPA-Stadtteilbuch: Hamburg, Von Altona bis Zollenspieker. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2002, ISBN 3-455-11333-8.
- Eckart Kleßmann: Geschichte der Stadt Hamburg. Die Hanse / Sabine Groenewold Verlage / Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 2002, ISBN 3-434-52596-3.
- Freie und Hansestadt Hamburg: Mit Hamburg verbunden – Hamburg-Handbuch 2008/2009, auch als PDF-Datei: [1], abgerufen am 5. Mai 2009.
- Werner Jochmann / Hans-Dieter Loose: Hamburg, Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Band 1 (Von den Anfängen bis zur Reichsgründung), Hoffmann und Campe, Hamburg 1986, ISBN 3-455-08709-4
- Werner Jochmann / Hans-Dieter Loose: Hamburg, Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Band 2 (Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart), Hoffmann und Campe, Hamburg 1986, ISBN 3-455-08255-6
- Hella Kemper, Kerstin Schmidtfrerick, Eva-Christiane Wetterer: Hummelbuch, Hamburg Brevier. Murmann-Verlag, Hamburg 2007, ISBN 3-86774-009-7
- Hermann Schnabel: Hamburg: 99x die Nummer eins. DV Druck&Design Verlag, 10. Auflage 2004
- Ulrich Alexis Christiansen: Hamburgs dunkle Welten. Der geheimnisvolle Untergrund der Hansestadt. Ch. Links Verlag, Berlin 2008, ISBN 3-86153-473-8
- Volker Hage: Hamburg 1943. Literarische Zeugnisse zum Feuersturm. Fischer-Verlag, Frankfurt 2003, ISBN 3-596-16036-7
- Literatur von und über Hamburg im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek
- Hans-Helmut Poppendieck u.a. (Hrsg.): Der Hamburger Pflanzenatlas von A bis Z, Dölling und Galitz Verlag, München und Hamburg 2010 ISBN 978-3-937904-93-1
- Hamburg-Bibliographie

Einzelnachweise

1. ↑ nach der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen
2. ↑ Ulrich Hußing: Bevölkerungsentwicklung in Hamburg und Schleswig-Holstein 2009. In: Statistik informiert ... Nr. 65/2010. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 5. Juli 2010, abgerufen am 10. Juli 2010.
3. ↑ Arbeitslosenquoten im August 2010 - Länder und Kreise. In: arbeitsagentur.de. Bundesagentur für Arbeit, abgerufen am 27. August 2010.
4. ↑ Hergen Bruns, Dr. Hendrik Tietje: Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und Schleswig-Holstein 2009. In: Statistik informiert ... Nr. 31/2010. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 30. März 2010, abgerufen am 6. April 2010 (PDF, Im Web-Portal im Abschnitt "Volkswirtschaft und Preise").
5. ↑ Gabriele Feigl-Harms: Hamburg Tourismus — Zahlen, Fakten, Trends 2008. Hamburg Tourismus GmbH/tourismusverband-hamburg.de, abgerufen am 13. August 2008 (PDF).

6. ↑ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Hamburg 2008/2009. ISSN 1614-8045, S. 219 (PDF).
7. ↑ Eigel Wiese, Thomas Duffé, Manfred Sieck: Die Brücken von Hamburg, Historika Photoverlag, Hamburg, 1995[?], S. 7, ISBN 3-929307-06-5.
8. ↑ Horst Beckershaus: Die Hamburger Brücken, ConventVerlag, Hamburg, 2007, Seite Vorwort, ISBN 978-3-86633-007-8
9. ↑ Gesetz zum Staatsvertrag mit dem Lande Niedersachsen über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse in Cuxhaven und im Gebiet der Elbmündung. 3. Oktober 1961, abgerufen am 29. März 2009 (Fundstelle: HmbGVBl. 1961, S. 317).
10. ↑ Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Lande Niedersachsen und dem Lande Schleswig-Holstein über Änderungen der gemeinsamen Landesgrenze im Bereich der Staustufe Geesthacht. 10. Juli 1973, abgerufen am 20. März 2009 (Fundstelle: HmbGVBl. 1973, S. 281).
11. ↑ Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG). 6. Juli 2006, abgerufen am 21. September 2008 (Fundstelle: HmbGVBl. 2006, S. 404).
12. ↑ Behördenfinder Hamburg. hamburg.de, abgerufen am 31. März 2009.
13. ↑ Gesetz über die räumliche Gliederung der Freien und Hansestadt Hamburg (RäumGiG). 6. Juli 2006, abgerufen am 24. April 2008 (Fundstelle: HmbGVBl. 2006, S. 397).
14. ↑ Bevölkerungsentwicklung im 3. Quartal 2007. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, abgerufen am 22. August 2008.
15. ↑ Hamburger Geschichte <http://www.xxx>
16. ↑ Statistikamt Nord
17. ↑ Statistikamt Nord
18. ↑ <http://www.xxx> Evangelische Kirche in Deutschland: Kirchenmitgliederzahlen am 31. Dezember 2004., korrigierte Ausgabe, Dezember 2005, hier: S. 7.
19. ↑ Der Spiegel vom 18. Juli 2010: Ole von Beusts Rücktrittsrede im Wortlaut
20. ↑ Pressemitteilung vom 23. Juli 2010 der Behörde für Wirtschaft und Arbeit: Erklärung von Senator Axel Gedaschko
21. ↑ Hamburger Abendblatt vom 25. August 2010: Ahlhaus mit Stimmen der Opposition zum Bürgermeister gewählt
22. ↑ Stefanie Gotthardt: Städtepartnerschaft mit Dar es Salaam besiegelt. hamburg.de, 1. Juli 2010, abgerufen am 10. Juli 2010.
23. ↑ Hamburger Städtepartnerschaften
24. ↑ Rebecca Kresse: Partnerschaft zu Marseille: „Mit neuem Leben füllen“. In: Hamburger Abendblatt vom 9. Oktober 2008, S. 14
25. ↑ Schriftliche Kleine Anfrage vom 27.07.07: Bezirkspatenschaft zwischen Hamburg-Mitte und Shanghai-Hongkou. 03. August 2007, abgerufen am 20. Juli 2010 (PDF, Drucksache 18/6706).
26. ↑ Schriftliche Kleine Anfrage vom 29.08.07: Erneuerung des Abkommens aus dem Jahr 1281 zwischen Hamburg und Wöhrden. 04. September 2007, abgerufen am 20. Juli 2010 (PDF, Drucksache 18/6861).
27. ↑ Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg. 6. Juni 1952, abgerufen am 29. März 2009 (Fundstelle: HmbBl I 100-a).
28. ↑ a b c d Flaggen, Wappen und Logos. Senatskanzlei, abgerufen am 29. März 2009.
29. ↑ Hammonia. abendblatt.de, 8. Dezember 1979, abgerufen am 10. Juli 2010.
30. ↑ Libertatem - Freiheit in Latein. Hamburger Abendblatt, 30. September 2002, abgerufen am 10. Juli 2010 (kostenpflichtig).
31. ↑ Die Kreativen und der alte Spruch. Hamburger Abendblatt, 5. Dezember 1991, abgerufen am 10. Juli 2010.
32. ↑ Hamburgische Ehrenbürger. Senatskanzlei, abgerufen am 30. März 2009.
33. ↑ Ehrungen, Auszeichnungen und Kulturpreise des Senats. Senatskanzlei, abgerufen am 17. September 2009.
34. ↑ a b c Kulturwirtschaftsbericht 2006. Institut für Kultur- und Medienmanagement, abgerufen am 29. März 2009.
35. ↑ Udo Kleinegees, Till Lachmann et al.: Kulturindikatoren auf einen Blick — Ein Ländervergleich. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Juli 2008, abgerufen am 10. Juli 2010 (PDF).
36. ↑ „Mister Musical“ baut neues Theater im Hafen. Hamburger Abendblatt, 10. April 2008, abgerufen am 10. Mai 2008 (kostenpflichtig).

- 37.↑ Rückkehr der Katzen, WELT online, 23. April 2010 und www.xxx.
- 38.↑ Hermann Hipp: Freie und Hansestadt Hamburg. Geschichte, Kultur- und Stadtbaukunst an Elbe und Alster, Köln 1989, S. 211.
- 39.↑ a b UNESCO World Heritage, Tentativlisteneintrag zum Kulturerbe: Ref. 1367 vom 20. September 1999 - Speicherstadt and Chilehaus with Kontorhaus District (englisch)
- 40.↑ hamburg.de vom 7. Oktober 2008, Behörde für Kultur, Sport und Medien: Internationales Symposium: Sternwarten um 1900 - Tagung zu Sternwarten als Weltkulturerbe im Oktober in Hamburg
- 41.↑ hamburg.de: Jüdischer Friedhof in Altona wieder eröffnet, abgerufen am 11. Juni 2009.
- 42.↑ Hamburg.de, Stolpersteine Hamburg, Stand: 10. September 2009
- 43.↑ Europäische Kommission - Eurostat. Pressemitteilung 25/2010 vom 18. Februar 2010: BIP je Einwohner reichte...
- 44.↑ Harald Kuck: Kaufkraft: Hamburger sind am reichsten. Focus, 13. Juli 2007, abgerufen am 10. November 2009.
- 45.↑ Kaufkraft in Europa: Hamburg ist deutscher Spitzenreiter. tagesschau.de, 12. Februar 2008, abgerufen am 10. November 2009 (Auf der Basis der Kaufkraftdaten von 2005).
- 46.↑ Mark-Werner Dreisörner: Germany a Gateway to Europe for Chinese Businesses. F.A.Z. Weekly, 16. Juli 2004, abgerufen am 20. Juli 2010 (Englisch).
- 47.↑ Bund der Steuerzahler e.V.: Willkommen im Rekordschulden-Jahr 2010!. Bund der Steuerzahler e.V., 6. Januar 2010, abgerufen am 25. August 2010.
- 48.↑ Ewald Hetrod: In Frankfurt drückt die Schuldenlast am schwersten. FAZ.NET, 6. August 2009, abgerufen am 25. August 2010.
- 49.↑ Hamburger Wasserwerke
- 50.↑ Behörde für Wirtschaft und Arbeit 03/2007: BWA-Kompakt der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in Hamburg: <http://xxx>
- 51.↑ Handelskammer Hamburg 05/2006: Hamburg is(t) IT! Handlungsempfehlungen zur Stärkung der IT-Branche in Hamburg – Eine Studie des Ausschusses für E-Business der Handelskammer Hamburg: <http://www.xxx>
- 52.↑ Handelskammer Hamburg 01/2007: <http://www.xxx>
- 53.↑ Behörde für Wirtschaft und Arbeit 03/2007: BWA-Kompakt der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in Hamburg: <http://xxx>
- 54.↑ Einer der modernsten Messe- und Kongressplätze weltweit, abgerufen am 23. Dezember 2009
- 55.↑ Hamburg Messe und Congress - Daten und Fakten, abgerufen am 23. Dezember 2009
- 56.↑ 17 staatliche und staatlich anerkannte Hochschulen. hamburg.de, abgerufen am 31. März 2009.
- 57.↑ Gebietsreihe. Statistikamt Nord, abgerufen am 31. März 2007.
- 58.↑ Pressearchiv der Freien und Hansestadt Hamburg:

xxx – Entsprechend unserer Statuten werden uns unbekannt Webadressen nicht veröffentlicht. Für eine weiterführende Recherche gehen Sie bitte auf die entsprechende Wikipediaseite. Mehr Informationen lesen Sie auf unserer Impressumseite. Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Geschichte Hamburgs

Die Geschichte Hamburgs reicht bis zum Beginn des 9. Jahrhunderts zurück. Hamburg, als Stützpunkt zur Missionierung der Sachsen gegründet, wurde seit dem Mittelalter einer der bedeutendsten Handelsplätze Europas. Neben der günstigen Lage des Hamburger Hafens stärkte die jahrhundertelange politische Unabhängigkeit als Freie und Hansestadt die Entwicklung Hamburgs zur zweitgrößten Stadt Deutschlands nach Berlin.

Vor- und Frühgeschichte, Antike

Nach dem Schmelzen des Eisschildes welcher das Gebiet um das heutige Hamburg während der letzten Kälteperiode der aktuellen Eiszeit bedeckte, folgten vor ca. 17.000 Jahren vermutlich nomadisch lebende Jäger und Sammler und siedelten sich im Urstromtal der Elbe an. Es gibt verschiedene Funde von Werkzeugen aus der Jungsteinzeit, beispielsweise im Stellmoorer Tunneltal an der Grenze von Rahlstedt und Ahrensburg sowie Funde aus der Fischbeker Heide südwestlich von Harburg, die eine nomadische Besiedlung der Gegend belegen. Die ältesten Nachweise für eine feste Besiedlung wurden auf das 4. Jahrhundert vor Christus datiert. Auch im Sachsenwald zeugen Megalithgräber für eine frühgeschichtliche Besiedlung. Der Vorstoß römischer Expeditionstruppen bis in den Hamburger Raum ist nicht archäologisch belegt und gehört vermutlich in den Bereich der Legenden. Seit dem 4. Jahrhundert siedeln sich die nordalbingischen Sachsen im nordelbischen Raum an. Belegt sind Besiedlungen auf dem Geestrücken bei der Alstermündung. Der Zustrom dauert bis ins 6. Jahrhundert an.

Mittelalter

Frühmittelalter - Hamburg als Missionszentrum

810 n. Chr. ließ Karl der Große, nachdem seine Franken mit Unterstützung der slawischen Abodriten das Gebiet von den Sachsen erobert hatten, zwischen den Flüssen Bille und Alster eine Taufkirche errichten. Hauptaufgabe von Priester Heridag, dem die Kirche unterstellt war, war die Christianisierung des heidnischen Nordens, der Schleswig-Holstein, Dänemark und Skandinavien umfasste. Zur Sicherung der Kirche und der Bewohner wurde (vermutlich im Bereich des heutigen Domplatzes) eine Fluchtburg erbaut, die sogenannte Hammaburg. Sie bot 40 bis 50 Menschen Zuflucht, hatte eine Größe von etwa 130 m x 130 m, die Wälle waren 5 bis 6 m hoch und 15 m breit. Sie diente als Schutz vor feindlichen Stämmen der Sachsen und Slawen. Der Name „Hammaburg“ wurde das erste Mal 832 namentlich dokumentiert. Die genaue Herkunft des Namens ist nicht zweifelsfrei geklärt. Eine Version führt den Namen darauf zurück, dass die Burg auf den Ruinen des sächsischen Dorfes Hamm erbaut worden sei. Neueste Forschungsergebnisse lassen hingegen auch den Schluss zu, dass der Name sich aus dem altdeutschen „Hamme“ ableite. Hamme stehe für einen geschützten von unwegsamem Gelände (Moor) umgebenen Geesthang. Im Falle der ersten Hamburger Siedlung sei dieser Geesthang durch natürliche Gegebenheiten so gut geschützt gewesen, dass die Bewohner ihn als „Hammaburg“ bezeichneten hätten. Eine tatsächliche Burg hätte somit zunächst gar nicht existiert.

831 begründete Ludwig der Fromme in der Hammaburg ein Bistum, das 832 durch Papst Gregor IV. zu einem Erzbistum erhoben wurde. Die Stiftungsurkunde wurde am 15. Mai 834 vom fränkischen Kaiser Ludwig dem Frommen verliehen. Im Jahr 834 wurden in Hamburg die ersten Münzen geprägt. Erster Bischof wurde der Benediktinermönch Ansgar von Bremen, der als Mutterkirche für die Mission eine Marienkirche errichten ließ, die noch ein schlichter Holzbau war und doch der Ursprung der großen Hamburger Kathedrale (Dom) werden sollte. Dazu kamen noch Schule und Kloster - strittig ist, ob es sogar schon eine Bibliothek zur Sammlung handschriftlicher Bücher gab. Zur Deckung der nicht unerheblichen Ausgaben standen ihm die Einkünfte der Abtei Turholt in Flandern zur Verfügung, die jedoch nach der Reichsteilung von Verdun 843 an den westfränkischen König Karl den Kahlen abgetreten werden musste. Diese Reichsteilung, die ein Zeichen für die schwindende Macht der Karolinger war, hatte zur Folge, dass dänische Wikinger und Normannen 845 die deutschen Siedlungen an der Elbmündung zerstörten und auch vor Hamburg nicht halt machten und die religiösen Bauten in Flammen aufgehen ließen sowie die Hammaburg selbst dem Erdboden gleich machten.

Ansgar floh nach Ramelsloh (ca. 30 km südlich der Hammaburg gelegen). Nach dem Tode Bischof Leuderichs von Bremen wurde auf einer Synode 848 beschlossen, Bremen das vorher an Verden abgetretene Nordelbien mit dem Erzsitz in Hamburg zurückzugeben. Das Erzbistum Hamburg-Bremen entstand. Dadurch wurde aber Bremen aus dem Metropolitanverband Köln herausgelöst. Das führte 850 zum Protest des neugewählten Erzbischofs Gunthar von Köln, der aber die praktische Regelung unter Aufrechterhaltung seiner Ansprüche duldete. Das führte zunächst zu einem Stillstand. Als aber Gunthar wegen seiner Ehescheidung Lothars II. exkommuniziert wurde, stellte Papst Nikolaus I. am 31. Mai 864 die Gründungsbulle für

das Erzbistum Hamburg-Bremen aus. An den König schrieb er jedoch, dass der Bremer Bischof und dessen Nachfolger in Bremen Macht und Ehre eines Erzbischofs über die Dänen und Schweden haben sollten.

Die kaum zerstörte Siedlung Hamburgs entwickelte sich weiter.

Bereits 915 wurde die Siedlung beim ersten dokumentierten Überfall der slawischen Abodriten in Schutt und Asche gelegt. In den folgenden Jahren stellte Erzbischof Adaldag das Erzbistum wieder her, ließ eine neue Burg errichten, die von Handwerkern und kleinen Händlern bewohnte Siedlung ausbauen und verlieh Hamburg das Marktrecht und legte somit den Grundstein für den späteren Status Hamburgs als Handelsstadt. Ihm waren diverse Bistümer unterstellt: Schleswig, Ripen, Århus und Oldenburg. Ab 964 verbrachte Papst Benedikt V. in Hamburg seinen Lebensabend in der Verbannung, nachdem er aus Rom vertrieben wurde. Nach seinem Tod 966 wurden seine Gebeine im Mariendom begraben, bis sie 999 nach Rom überführt wurden. Ebenfalls 966 übertrug der römisch-deutsche Kaiser und sächsische Herzog Otto I. seinem Stellvertreter und Sachsenfürst Hermann Billung die weltliche Herrschaft. Trotzdem konnte Adaldag unabhängig wirken, auch weil er an der Kaiserkrönung Otto I. teilnahm (962). Nach der Niederlage Ottos II. in Kalabrien und der damit einhergehenden militärischen Schwächung erfolgte ein allgemeiner Aufstand der Wenden und Angriffe der Dänen. Der Obodritenfürst Mistui machte Hamburg im Jahre 983 dem Erdboden gleich.

Hochmittelalter - vom Missionszentrum zur Handelsstadt

Billunger Zeit

Der Wiederaufbau der Altstadt dauerte bis in die Anfänge des 11. Jahrhunderts. Erzbischof Bezelin Alebrand ließ 1037 den Bau der Marienkirche, des Klosters und des erzbischöflichen Palastes aus Quadersteinen beginnen, die ersten Steingebäude in der Region überhaupt. Die Stadt wurde durch eine Ringmauer mit 12 Verteidigungstürmen befestigt. An der Südseite des Doms wurde ein festes Schloss errichtet, die Wiedenburg (=Weidenburg), daraufhin errichtete um 1045 der Billunger Bernhard II. eine eigene Turmburg auf der anderen Seite des Doms, in der Alstermarsch, die Alte- oder Alsterburg. 1061 baute sein Sohn Ordulf außerhalb der Umwallungen die so genannte Wasserburg, auch neue Burg genannt, im Bereich der heutigen Nikolai-Ruine/Hopfenmarkt. Der Marktplatz, das Zentrum des damaligen Lebens, befand sich gegenüber der heutigen Petri-Kirche. In der Amtszeit des Erzbischofs Adalberts, der nicht nur ein Freund Heinrichs III. sondern auch Erzieher und Berater seines Sohnes Heinrich IV. war und einem Gerücht zufolge die Papstwürde ablehnte, blühte Hamburg zwischen 1043 und 1072 auf. Um 1060 wurde Hamburg in die erzbischöflich regierte Altstadt und die herzogliche Neustadt geteilt, da die Stadt ein enormes Wachstum verbuchte. Hamburg wurde erneut zentraler Ausgangspunkt für die Missionierung der skandinavischen Länder und erste Handelsbeziehungen gen Norden und Osten wurden aufgebaut, die bis nach Island, Grönland und Finnland reichten. Ein Ausbau der Befestigungsanlagen wurde geplant, doch Erzbischof Adalbert (Ein Glasmosaikbild befindet/befand sich auf dem Kaiser-Karls-Brunnen) wurde auf dem Reichstag zu Tribur 1065 gestürzt. Durch die Machtkämpfe um die Nachfolge sahen die Obodriten unter ihrem Fürsten Kruto eine Chance und fielen in Nordalbingien ein. 1066 und 1072 wurde Hamburg erneut von den Obodriten überfallen, weshalb die Erzbischöfe Hamburg verließen und fortan in Bremen residierten; Hamburg verlor seine kirchliche Vormachtstellung im Norden. Obodritenfürst Kruto regierte von Bucu (=Alt-Lübeck) aus Norddeutschland, bis er sich 1090 zurückziehen musste. Die Überfälle der Obodriten endeten erst mit deren Christianisierung im Jahre 1093.

Schauenburger Zeit

1106 stirbt das Geschlecht der Billunger aus und Adolf I. von Schauenburg wird 1110 vom sächsischen Herzog Lothar als Nachfolger des von den Abodriten erschlagenen Gottfried zum Grafen der Grafschaften Stormarn und Holstengau, dadurch auch des herzoglichen Teils von Hamburg, bestellt. Er lässt Elbmarschen und -inseln eindeichen, trocken legen und besiedeln. 1124 wird unter Adolf I. die Alster zum ersten Mal aufgestaut für eine Kornmühle am Großen Burstah. Sein Sohn und Nachfolger Adolf II. hat in Hamburg selbst kaum Akzente gesetzt, aber eine Zeit des ruhigen Wachstums ermöglicht, obwohl er um die Grafschaften mit dem Kaiser im Konflikt stand und nebenbei noch Lübeck gründete. Unter Adolf III. (Amtszeit 1164–1203) entsteht im Bereich der Neuen Burg die Neustadt für Kaufleute, die unter gräflichem Einfluss steht. Beauftragter des Grafen für die Organisation dieser neuen Stadt war Wirad von Boizenburg.

1189 soll Kaiser Friedrich I. Barbarossa der Stadt den Freibrief überreicht haben. Diesen erhielt Hamburg als Dank für dessen Unterstützung beim Kreuzzug im Heiligen Land. Der Freibrief enthielt für Hamburg vier wichtige Punkte: Hamburg brauchte bis zur Nordsee keine Zölle mehr zu zahlen, die Heerpflicht wurde aufgehoben, Hamburger Bürger waren nur zum Schutze Hamburgs verpflichtet, im Umkreis von 15 Kilometern durfte um Hamburg herum keine weitere Burg errichtet werden, und den Hamburgern wurde erlaubt, Vieh zu halten,

Fische zu fangen und Bäume zu roden. In Ermangelung einer authentischen Urkunde wurde um 1265 der noch vorhandene und vermutlich auch inhaltlich verfälschte Barbarossa-Freibrief ausgefertigt. Eine andere Lesart ist, dass der Freibrief von Anfang an eine bewusste Fälschung Hamburger Kaufleute war. 1190 wählen die bischöfliche Altstadt und die gräfliche Neustadt einen aristokratischen Rat, begünstigt durch die Abwesenheit Adolf III., der sich an dem Dritten Kreuzzug beteiligt. Diese Freiheit resultiert in dem Bau zweier Rathäuser (1200). Im 13. Jahrhundert wird Hamburg von Kriegen gezeichnet. 1201 überfällt Herzog Waldemar II. Hamburg, besetzt Stadt und Region und nimmt Adolf III. gefangen. Friedrich II. König von Staufen tritt 1214 die Ländereien nördlich der Elbe an das Königreich Dänemark ab, um sich ein Bündnis gegen die Welfen zu sichern. Hamburg wird von einem dänischen Statthalter verwaltet. Die fremden Besatzer lassen beide Teile der Stadt näher zusammenwachsen. Hamburg eint sich unter einem Rathaus, Rat und Gericht.

Am 22. Juli 1227 besiegte eine norddeutsche Fürstenkoalition mit Beteiligung Hamburger Bürger die Dänen in der Schlacht bei Bornhöved vernichtend. Die Stadt unterwarf sich Adolf IV. von Schauenburg, der ab 1228 Herr der gesamten Stadt war. Er stiftete bereits vor seiner Herrschaft über die Stadt (1227) Hamburgs erstes Kloster, das St.-Maria-Magdalenen-Franziskanerkloster (an der Stelle der heutigen Börse, wurde 1837 abgerissen). Adolf IV. überlässt Hamburg nahezu sich selbst und seiner positiven Entwicklung. Durch die Privilegien des Freibriefes können sich Handel und Gewerbe (vor allem die Bierbrauerei) frei entwickeln. Kaufmannsgilden und auswärtige Handelshäuser werden errichtet. 1239 zieht sich Adolf IV. in das von ihm gestiftete Kloster zurück und erhält später in Rom die Priesterweihe (1244).

Ab 1240 wird eine neue Befestigungslinie angelegt, die bereits um 1250 den größten Teil der Hamburger Altstadt umgibt und deren Grundrisse und Namen noch heute das Stadtbild prägen (Lange Mühren, Kurze Mühren, Steintor, Millerntor, Alstertor). In dieser Phase des Aufbaus entstehen auch etliche Klöster und Spitäler.

1270 tritt das „Ordeelbook“ (Urteilmittel) mit seinen Bestimmungen für das Zivil-, Straf- und Prozessrecht in Kraft. Der in ihm verwendete Begriff „freie Stadt“ war zu jener Zeit zumindest ungewöhnlich.[1]

Am 5. August 1284 wird Hamburg von einem verheerenden Brand heimgesucht, der die damalige Bevölkerung (ca. 5.000) hart trifft.

1286 überließ der Herzog von Sachsen-Lauenburg der Stadt Hamburg die Hälfte der Insel „O“ vor der Nordwestspitze Hadelns. Dort errichteten die Hamburger 1299 ein Leuchtfeuer, das „Neue Werk“, nach der die Insel in Neuwerk umbenannt wurde. Der 1367 auf Neuwerk errichtete Turm war wichtig, um die Mündung der Niederelbe gegen Hamburger Feinde zu sichern. Um 1388 wurde von Neuwerk aus auch die benachbarte Burg Ritzebüttel erobert und von Hamburg darauf dauerhaft besetzt gehalten.

Ab 1292 hat der Rat Hamburgs gesetzgebende Gewalt.

1350 Die Pest erreichte Hamburg. 6.000 Todesopfer waren zu beklagen.

Ab Mitte des 14. Jahrhunderts bestand in Hamburg eine hölzerne Rolandsstatue, die aber bereits 1389 zerstört wurde, als man sie in die Elbe versenkte.

Spätmittelalter - einer der bedeutendsten Partner der Hanse

Hamburgs Weg in die Hanse

Im 12. und 13. Jahrhundert vernetzte und verstärkte sich der Handel in Norddeutschland und neu gegründete Hafenstädte an der Ostseeküste florierten (vgl. Lübeck, Rostock, Wismar, Stralsund). Kaufleute aus diesen Städten sowie aus Hamburg und Lüneburg vertraten zunehmend häufig gemeinsam ihre Interessen außerhalb Norddeutschlands (z.B. im Stalhof in London, in Brügge oder im Bryggen in Bergen), die Hanse entstand. Stationen Hamburgs auf dem Weg in die Hanse waren die Übernahme des lübischen Rechtes 1188, ein Vertrag über die Sicherung des Landweges zwischen Lübeck und Hamburg 1241, die Erlangung von Handelsprivilegien in Flandern 1252, England 1266, Schweden 1261, Norwegen 1283 und Frankreich 1294 sowie eine gemeinsame Währung mit Lübeck ab 1255. Niederdeutsch löste Latein als Hamburger Amtssprache ab, ein Grund- und ein Schuldbuch wurden eingeführt und manche Kaufleute begannen eine eigene Buchführung („Handlungsbuch“). Im Laufe der Zeit kam es auch in Hamburg zur Identifikation von Kaufmannsinteresse und Ratspolitik und die Hanse insgesamt wandelte sich vom Kaufmanns- zum Städtebund.

Blütezeit und Kampf gegen Piraterie

Mit dem Erstarren des Seehandels ging ein Aufschwung der Piraterie einher. Hamburg litt zunächst (ab 1265) besonders unter den Dithmarschern, die regelmäßig Schiffe auf der Elbe

aufbrachten und plünderten. Erst ein Vertrag des holsteinischen Grafen mit den Dithmarschern entschärfte 1323 die Situation. Ab 1390 sind Übergriffe ehemaliger Vitalienbrüder auf Hamburger Schiffe in der Nordsee belegt. Nach empfindlichen Verlusten durch Kaperungen rüsteten Hamburg und Lübeck im Jahre 1400 Kriegsschiffe gegen die Likedeeler und brachten 1401 zuerst die Flotte von Klaus Störtebeker, später auch die von Gödeke Michels auf. Nach der Hinrichtung wurden die Köpfe der Piraten auf Pfähle genagelt und zur Schau gestellt. Erst 1525 wurde mit Klaus Kniphof der letzte Nordsee-Pirat gefasst.

Die Hansezeit brachte Hamburg bis dahin nie gekannten Wohlstand. Er wurde u.a. dazu verwendet, für Hamburg wichtige Besitztümer von Personen und Institutionen aus dem Umland zu erwerben, so die Alster in drei Transaktionen 1306, 1309 und 1310, 23 an der Alster gelegene Dörfer und fünf an der Elbe. Außerdem wurden alle bedeutenden sakralen und weltlichen Bauten (neu) errichtet, ausgebaut oder vollendet. Darunter der Mariendom (bis 1329) und die Kirchen St. Petri (1342-1418), St. Katharinen (bis 1450), St. Jacobi (bis ca. 1400) und St.-Nikolai (ab 1335). Zusätzlich wurde ein neues Rathaus und eine Stadtbefestigung aus Ziegeln errichtet. Bürgerliche, repräsentative Wohnbauten entstanden. Elbinseln wurden erworben und/oder eingedeicht.

Das 15. Jahrhundert

Im 15. Jahrhundert begann der Aufstieg der Territorialfürsten. Sie bedrohten zunehmend die Privilegien der Hansestädte. In Deutschland schrumpfte zusätzlich das Seehandelsvolumen, während der Landhandel zunahm, und so fehlten der Hanse mehr und mehr die finanziellen Mittel für eine eigenständige Politik. Hinzu kam, dass Niederländer und Engländer erfolgreich am aufkommenden Überseehandel partizipierten. Der Niedergang der Hanse hatte eingesetzt. Zu Beginn des Jahrhunderts setzte der Handel mit Island ein. 1423 wird die erste Schiffsfahrt erwähnt. Diese Seefahrer waren zunächst Mitglieder der Englandfahrgesellschaft und fuhren auch später noch, als sie zu separaten Gesellschaften geworden waren, neben Island die Shetlands und die Färöer an.

Nach politischen Unruhen in Lübeck führte Hamburg 1410-1416 die Hanse an. Der Rat in Hamburg erließ 1410 jedem Kirchspiel einen Rezess, in dem die Rechte der Bürger verbrieft sind. Diese erste Hamburger Verfassung war jedoch nur 7 Jahre in Kraft. 1420 eroberten Hamburger und Lübecker Truppen die Burg Bergedorf zur Sicherung des Landweges zwischen den beiden Städten und stellen das Dorf nach dem Vertrag von Perleberg unter „beiderstädtische Verwaltung“. Der Holk begann die Kogge als meistgenutzte Bauform für Handelsschiffe abzulösen. 1450 ließ der Rat erstmalig das Fahrwasser der Elbe durch Tonnen markieren. Mit dem Tod des letzten Schauenburger Grafen 1459 begann für Hamburg eine lange Zeit, in der die gewonnenen Privilegien regelmäßig gegen die benachbarten Territorialfürsten verteidigt werden mussten. Innere politische Unruhen erlebte die Stadt 1458 und 1483, die aber durch Zugeständnisse des Rates im zweiten bzw. dritten Rezess beigelegt wurden. 1479 wurde aus einem Nachlass die erste öffentliche Bibliothek Deutschlands in Hamburg angelegt. 14 Jahre später betätigten sich die ersten Hamburger im Buchdruck. Nach der Überlieferung wurde die Bibliothek kaum benutzt und die Buchdrucker mussten auf Druck der Geistlichen ihr Gewerbe in Hamburg wieder aufgeben. 1500 wurde Hamburg im Zuge der Reichsreform Teil des Niedersächsischen Reichskreises.

Neuzeit

Die Reformation und ihre Folgen

- 1503 päpstlicher Legat in Hamburg

Nachdem zunächst verschiedene Strömungen der Reformation eine Einigung verhindert hatten, bittet Bürgermeister Johann Wetken († 1538) Luther 1528 um die Entsendung von Bugenhagen, unter dessen Leitung eine Kirchenverfassung entsteht. 1529 wird Hamburg evangelisch. Nach harten Verfolgungen im Zuge der Gegenreformation in den spanischen Niederlanden treffen 1567 die ersten niederländischen Emigranten in Hamburg und Altona ein. Um 1600 kommen sephardische Juden nach Hamburg. Sie waren zunächst aus Spanien, später aus Portugal vertrieben worden. Siehe auch: Geschichte der Juden in Hamburg.

Es gab eine Bruderschaft der Schonenfahrer, und 1500 bildete sich die St. Anna-Bruderschaft der Islandfahrer am Dominikaner-Kloster St. Johannis.

Diese starke portugiesische Präsenz oder die 'natio lusitana', wie sie in den Urkunden der Zeit genannt wurde, war mit etwa 600 Seelen die größte Ausländergemeinde von Hamburg, das damals 30 000 Einwohner zählte. Mit zwei Prozent der Gesamtbevölkerung waren die Portugiesen des 17. Jahrhunderts sogar anteilmäßig stärker vertreten als die etwa 7000 Portugiesen, die heute in Hamburg leben.

Heute erinnern die 'Hamburger Portugaleser', Ehrenmedaillen für verdiente Hanseaten, an diese geflüchteten portugiesischen Juden. Die großen Goldstücke faszinierten die Hamburger damals sehr, so dass die Kämmerei der Stadt bald ähnlich große goldene Gedenkmünzen prägen ließ.

- 1529, 1548, 1562, 1570, 1579, 1582 vierter bis neunter Rezess
- 1558 wird die Hamburger Börse eröffnet

Das 17. Jahrhundert

Zwischen 1600 und 1700 setzte sich die Erstarkung der Territorialmächte gegenüber den freien Städten weiter fort, die Hanse wurde bedeutungslos und Hamburg musste sich außenpolitisch über Jahrzehnte immer wieder zwischen den neuen Großmächten aus Skandinavien und dem deutschen Reich positionieren.

Durch profitablen Handel mit den aufstrebenden Kolonialmächten Spanien und Portugal ist die Stadt in der Lage, sich mit Zahlungen von Zugriffsversuchen der Nachbarn im Norden regelmäßig freizukaufen (1632, 1679 erhebliche Zahlungen an Schweden, 1694 an Dänemark), eine Anerkennung des Status als freie Stadt des Deutschen Reiches durch den nördlichen Nachbarn wurde aber nicht erreicht.

Anders als die meisten deutschen Städte erlebte Hamburg während des Dreißigjährigen Krieges weder Verheerungen noch einen dauerhaften wirtschaftlichen Niedergang. Hamburg profitierte im Gegenteil von der Einwanderung von Niederländern einerseits sowie von der modernen dänischen Regentschaft im nahegelegenen Altona andererseits. Die ungeliebte Siedlung im Westen vor den Toren Hamburgs wuchs in der beginnenden Aufklärung extrem und gab Hamburg damit neue wirtschaftliche Impulse. In Hamburg selbst wurde eine umsichtige und offene Politik erforderlich, um die Abwanderung von Betrieben beispielsweise in den Bezirk Freiheit (ab 1611) von Altona zu verhindern. In Elbmarschen und Vierlanden entwickelte sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine blühende Landwirtschaft.

Politik

Anfang des Jahrhunderts stellte der 11. Rezess 1603 das Vertrauen zwischen den Hamburger Bürgern und der Obrigkeit wieder her. Sechs Jahre später war eine Delegation der Hansestädte Hamburg, Lübeck und Danzig für 19 Monate in Madrid, wo erfolgreich ein Handelsvertrag vereinbart wurde. Von 1616 bis 1625 ließ der Rat Hamburg durch niederländische Baumeister mit massiven Wallanlagen versehen, die die Stadt vor den Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges bewahrten. Im Dezember 1641 wurde in den sogenannten Hamburger Präliminarien die Bedingungen für einen Friedenskongress unter Beteiligung aller kriegführenden Mächte in Münster und Osnabrück festgelegt. Eine Zeit lang waren auch Hamburg und Lübeck als Kongressorte im Gespräch.

Christian IV. von Dänemark betrieb ab 1616 Gründung und Ausbau von Glückstadt als Konkurrenz zu Hamburg. 1618 fiel das Urteil des Reichskammergerichts in dem seit Langem anhängigen Rechtsstreit um den Status Hamburgs als Freie Reichsstadt, in dem das Gericht den Status Hamburgs als „Freie Stadt“ des deutschen Reiches bestätigte. Dieser Spruch wurde von Dänemark, das Hamburg weiterhin als Teil Holsteins ansah, nicht anerkannt. Die später vom Herzogtum Holstein gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichskammergericht nicht zugelassen. Der Herzog von Celle und der Kurfürst von Brandenburg versuchten 1661 Harburg als Konkurrenz zu Hamburg zu etablieren. Acht Jahre später wurde in Lübeck der letzte Hansetag abgehalten. Vertreten waren neben Hamburg und Lübeck: Bremen, Danzig, Rostock, Braunschweig, Hildesheim, Osnabrück und Köln.

Gegen Ende des Jahrhunderts nahm der Unmut der Bürgerschaft über das Gebaren des Rates zu. Hauptvorwürfe waren Vetternwirtschaft und schleichende Beschneidung der Bürgerrechte. 1684 wurde Bürgermeister Hinrich Meurer (1643-1690) verhaftet, weil er sich für den suspendierten Ratsherrn Krull beim Kaiser eingesetzt hatte. Meurer floh nach Lüneburg-Celle und die Sprecher der Bürgerschaft Cord Jastram (1634-1686) und Hieronymus Snitger (1648-1686) regierten von da ab zwei Jahre de facto die Stadt. Als sie den dänischen König Christian V. um Beistand gegen die cellische Bedrohung ersuchten, verlangte dieser die sofortige Erbhuldigung, 400.000 Reichstaler Kontribution, die Übergabe der Stadtschlüssel und Duldung einer 2000 Mann starken dänischen Besatzung. Dadurch schlug die Stimmung in der Stadt über Nacht zugunsten eines Bündnisses mit Lüneburg-Celle um, und mit deren Hilfe wurde der Angriff der Dänen am 26. August 1686 abgewehrt. Jastram und Snitger wurden angeklagt und wegen vorgeblichen Hochverrats hingerichtet. Meurer kehrte am 10. November auf den Bürgermeisterstuhl zurück. Die innenpolitische Krise wurde aber erst 13 Jahre später durch einen Rezess endgültig beigelegt. Seitdem war der Rat von der Bürgerschaft abhängig.

Wirtschaft

1619 wurde die Hamburger Bank als reine Girobank für Kaufleute gegründet. Es konnten Einlagen in Silber und ähnlichen Werten gemacht werden, um untereinander bargeldlose Geschäfte tätigen zu können. Als Rechnungseinheit wurde die Mark Banco geschaffen. Damit reagierten Rat und Bürgerschaft auf die Bargeldentwertung im Zuge der Kriegswirtschaft.

Auf Empfehlung der Kaufmannschaft wurde 1623 das Admiraltäts-Kollegium zur Verfolgung von Piraten gegründet. Im Laufe der Zeit wuchsen dem Kollegium darüber hinaus die Aufsicht über den Hafen und das Lotsenwesen sowie richterliche Befugnisse in Schifffahrts- und Versicherungsangelegenheiten zu. Auch die Hamburger Konsuln im Ausland wurden durch das Kollegium ernannt. 1639 wurde der Lotsenzwang auf der Elbe eingeführt. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts entwickelten sich Hamburg und das damals dänische Altona zum Zentrum des deutschen Walfangs. 1665 wurde die Commerzdeputation (ab 1867 Handelskammer) als Interessenvertretung der Seekaufleute gegründet. 1668 wird der Friedrich-Wilhelm-Kanal in Brandenburg eröffnet, er ermöglicht den Schiffsverkehr bis nach Schlesien und spielt eine wichtige Rolle für den Fernhandel. Am 30. November 1676 wird in Hamburg überdies die weltweit erste Feuerversicherung, die Hamburger Feuerkasse, gegründet.

Soziales

Auf Initiative von niederländischen Einwanderern wurde 1604 am Rödingsmarkt das erste Waisenhaus der Stadt gegründet und 1620 am Alstertor das erste Werk- und Zuchthaus. Ab 1611 herrschen im Bezirk „Freiheit“ im benachbarten (dänischen) Altona Religions- und Gewerbefreiheit, Handwerker konnten sich hier niederlassen ohne Rücksicht auf Zünfte, so auch 1626 die Reepschläger von St. Pauli. Mit Herausgabe der ersten regelmäßigen Zeitung ab 1618 setzt die Entwicklung Hamburgs zur Medienstadt ein.

Um diese Zeit hatte die Stadt etwa 40.000 Einwohner und gehörte mit Köln, Nürnberg, Augsburg und Wien zu den größten Städten Deutschlands. Auf den seit 1625 von den neuen Wallanlagen umschlossenen Wiesen entstand im 17. Jahrhundert das Kirchspiel St. Michaelis. Erst 1685 wurden die Michaeliten den Angehörigen der vier älteren Kirchspiele gleichgestellt. Aus dieser Zeit stammt der Kirchspiel-Vers: „St. Petri de Rieken – Nikolai desgleiken, Kathrinen de Sturen – Jakobi de Buren, Michaeli de Armen – dat mag woll Gott erbarmen“ (St. Petri den Reichen, Nikolai desgleichen, Kathrinen den Vornehmen, Jakobi den Bauern, Michaeli den Armen).

Das Akademische Gymnasium (1613 gegründet) nahm 1615 die ersten Schüler auf. 1628–1657 lehrte Joachim Jungius hier. Im Jahre 1665 wurde der Jungfernstieg zur Flaniermeile umgebaut. Acht Jahre später wurde die erste öffentliche Straßenbeleuchtung mit 400 Tranlampen eingeführt. Am 30. November 1676 wurde die Hamburger Feuerkasse als Versicherung gegen Brandschäden vom Rat und von der Bürgerschaft der Stadt gegründet. Sie besteht noch heute. Zwei Jahre später eröffnete die erste Bürgeroper Deutschlands am Gänsemarkt. Gegen 1678 war Admiral Karpfanger auf der Höhe seines Ruhmes. 1693 vollendete Arp Schnitger seine Orgel von St. Jakobi.

Das 18. Jahrhundert

- 1712 Im sogenannten „Hauptrezess“ einigen sich Rat und Bürgerschaft auf eine grundlegende Verfassungsreform.
- 1716 Abschluss eines hamburgisch-französischen Handelsvertrags.
- 1725 Gründung der Hamburger Courantbank.
- 1731 Erstmaliges Erscheinen des Hamburgischen Correspondenten, einer weit über Deutschland hinaus beachteten Zeitung.
- Ab 1736 gibt die Kommerzdeputation den wöchentlich erscheinenden Preiscourant der Wahren in Partheyen heraus, einen Warenpreiszettel, der die Kurse der an der Börse gehandelten Waren verzeichnet.
- 1737 Gründung der ersten deutschen Freimaurerloge „Loge d'Hambourg“ (später: Absalom zu den drei Nesseln).
- 1740 Stapellauf des letzten Hamburger Konvoischiffs, der „Wappen von Hamburg (IV)“.
- 1749 Gründung der ersten Navigationsschule Hamburgs durch den Mathematik- und Zeichenlehrer Gerlof Hiddinga.
- 1750 Zerstörung der Michaeliskirche durch einen Blitzschlag.
- 1751 Am 28. Februar 1751 wird ein Friedensvertrag zwischen Hamburg und dem Bey von Algier unterzeichnet, der allerdings schon ein Jahr später – auf den Druck Spaniens hin – wieder aufgehoben wird.
- 1762 Feierliche Einweihung des Neubaus der Michaeliskirche nach Plänen des den Architekten Ernst Georg Sonnin.

- 1765 Gründungsversammlung der Hamburgischen Gesellschaft zur Förderung der Künste und nützlichen Gewerbe (Patriotische Gesellschaft). Zu den ersten Mitgliedern gehören der Architekt Ernst Georg Sonnin, der spätere Leiter der Handelsakademie Johann Georg Büsch und der Arzt und Autor Johann Albert Heinrich Reimarus.
- 1768 Gründung der Handelsakademie, deren Leitung ab 1771 Johann Georg Büsch übernimmt.
- 1768 Gottorper Vertrag oder Vergleich. Anerkennung der Reichsunmittelbarkeit und Unabhängigkeit vom dänischen Herzogtum Holstein durch Dänemark gegen Geldzahlung/Schuldenerlass.
- 1769 Hamburg wird nun auch durch Dänemark anerkannte, freie Reichsstadt (was bereits 1618 durch das Reichskammergericht bestätigt worden war).
- 1769 Abschluss eines Handelsvertrags zwischen Hamburg und Frankreich.
- 1770 Einteilung der steuerpflichtigen Bürger Hamburgs im sogenannten „Reglement wegen des Kopf-Geldes“.
- 1771 Der Dichter Matthias Claudius übernimmt die Herausgabe des Wandsbecker Bothen.
- 1785 Verabschiedung des Hamburger Toleranz-Edikts, in dem die Rechte religiöser Minderheiten gestärkt werden.
- 1785 Der Kaufmann Caspar Voght erwirbt ein Landgut in Klein-Flottbek, das er später zu einem Mustergut nach englischem Vorbild ausbaut.
- 1786 Am 23. Juli unternimmt Jean-Pierre Blanchard seine zweite Ballonfahrt in Deutschland über den Dächern von Hamburg.
- 1787 Hamburg zählt erstmals über 100.000 Einwohner.
- 1788 Caspar Voght reformiert das Hamburger Armenwesen durch die Gründung einer Allgemeinen Armenanstalt.

Der erfolgreiche Kaufmann und Bewunderer der französischen Revolution Georg Heinrich Sieveking initiierte 1790 ein „Freiheitsfest“ zum Jahrestag des Sturms auf die Bastille. Im darauf folgenden Jahr kam es mit dem Streik der Hamburger Handwerkergesellen zum ersten großen (aber letztlich erfolglosen) Aufstand von Anhängern der Revolution in Deutschland.

Französische Revolution bis Reichsgründung

Die Zeit von der französischen Revolution bis zur Reichsgründung führte Hamburg erst langsam, dann immer schneller vom Mittelalter in Richtung Moderne. Der ständisch geprägte, absolut souveräne und neutrale Stadtstaat von 1800 machte bis 1871 einem boomenden Bundesstaat mit Gewaltenteilung, Religionsfreiheit und neuer Verfassung Platz. Wie in keinem Jahrhundert zuvor strömten Menschen vom Lande in die Stadt, um nach den napoleonischen Kriegen am neu aufkeimenden Wohlstand durch die Industrialisierung und den Wirtschaftsliberalismus teilzuhaben. Aber reich wurden nur wenige, die meisten lebten unter elenden Bedingungen. Hamburg war schon 1806 mit 130.000 Einwohnern eine Großstadt gewesen, doch die Bevölkerung war 1860 bereits auf 300.000 angewachsen. Die öffentliche Infrastruktur, die – meist auf Privatinitiative – schon seit der französischen Revolution entstand, wurde weiter ausgebaut. Hilfsvereine sprossen wie Pilze aus dem Boden. Neue politische Strömungen wie die Arbeiterbewegung entstanden auch in Hamburg und sowohl die Demokratiebewegung als auch der Nationalismus erstarkten. In der boomenden Stadt kam es auf den Straßen häufiger zu Streiks oder stundenweise auch zu Aufruhr, während Rat und Bürgerschaft miteinander um die Modernisierung des Staates rangen. Die Hamburger Außenpolitik musste die zunehmende politische Dominanz von Otto von Bismarck zur Kenntnis nehmen, der erfolgreich die deutsche Einheit unter Führung Preußens vorantrieb. Hamburg wurde erst Verbündeter Preußens, dann Mitglied im Deutschen Bund, Bundesstaat im Norddeutschen Bund und schließlich Bundesstaat im Deutschen Reich. Auf dem Weg vom Mittelalter in die Moderne war Hamburg „mitten in Deutschland“ angekommen. Doch auch 1871 gab es noch Aufgaben genug: weder waren die politischen Strömungen durch ein gleiches, freies und geheimes Wahlrecht versöhnt, noch ließ sich ein Ende der massiven Zuwanderung und der damit verbundenen sozialen Probleme absehen.

Politik

Zum Beweis seiner Neutralität in den Koalitionskriegen ließ der Hamburger Rath 1804 die Befestigungsanlagen von Hamburg einreißen. Wegen der strategischen Bedeutung der Stadt für die Durchsetzung der Kontinentalsperre ließ Napoleon die Stadt im 4. Koalitionskrieg besetzen. Am 19. November 1806 marschierten französische Truppen in Hamburg ein und hielten die Stadt bis 1814 besetzt (siehe Hamburger Franzosenzeit). Der Wiener Kongress garantierte 1815 die Souveränität Hamburgs. Hamburg trat dem Deutschen Bund bei und nannte sich seit Ende 1819 Freye und Hansestadt.

Die Besatzungszeit löste einen tiefen Franzosenhass bei vielen Hamburgern aus. In der Zeit der Neuordnung nach dem Abzug der Franzosen traten daher nur wenige wie Abendroth dafür ein, einige Modernisierungen der Verwaltung wie Gewaltenteilung und Trennung von Kirche und Staat beizubehalten. Rat und erbgesessene Bürgerschaft setzten die Verfassung von

1712 wieder in Kraft, einzelne Reformen wurden schrittweise durchgeführt (etwa die religiöse Gleichstellung aller Bürger 1819). 1820 begann die Entfestigung der Stadt und zog sich bis 1880 hin (siehe auch Hamburger Wallanlagen).

In den Vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts politisierte sich auch in Hamburg die Bevölkerung. Zahllose Vereine mit demokratischen – bisweilen sozialistischen – Tendenzen wurden gegründet. Zwar wurde nach den Unruhen vom März 1848 (siehe Märzrevolution), die es auch in Hamburg gegeben hatte, ein Vorschlag für eine reformierte Verfassung erarbeitet, die jedoch erst nach jahrelangem politischem Tauziehen 1860 in Kraft trat. Demnach wurden künftig über 40 Prozent der Bürgerschaft direkt vom (männlichen, steuerzahlenden) Bürger gewählt, der Rat hieß nun auch offiziell Senat. Außerdem gewährte die neue Verfassung (sogen. Neuner Verfassung) Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Kirche, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht.

Im Preußisch-Österreichischen Krieg von 1866 blieben die Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck zunächst gemeinsam neutral. (Die Sympathien der Hamburger Bürger wurden eher auf Seiten der Österreicher vermutet, weil Österreich im Gegensatz zu Preußen Hamburg in der Wirtschaftskrise von 1857 großzügig Finanzhilfe gewährt hatte.) Preußen legte Bündnisangebote vor und signalisierte gleichzeitig seinen Willen zur Besetzung der Städte, sollten sie sich eindeutig auf die Seite Österreichs schlagen. Schließlich stimmten alle drei Städte dem Bund mit Preußen zu.

Nachdem Preußen den Krieg erfolgreich beendet hatte, erweiterte es sein Territorium um Hannover und Schleswig-Holstein, so dass Hamburg nun ganz vom mächtigen Nachbarn umschlossen war. Mit den Verbündeten aus dem Krieg bildete Preußen den Norddeutschen Bund, einen Bundesstaat, dessen neue Verfassung der Hamburger Bürgerschaft im Jahre 1867 zur Abstimmung vorgelegt wurde. Die Verfassung fand am 15. Mai mit 136 gegen eine Stimme (und bei vier Enthaltungen) Zustimmung, obwohl Hamburg dadurch deutlich Souveränität verlor. Hamburg behielt allerdings vorläufig seine Zoll- und Gerichtshoheit sowie ein Freihafengebiet, das die nördlich der Elbe gelegenen Stadtteile sowie die Städte Altona und Wandsbek umfasste (Die Vororte der drei Städte gehörten nicht zum Freigebiet). Als letzte Abwehrmaßnahme gegen den dominanten Nachbarn kaufte Hamburg die restlichen Anteile von Bergedorf im Jahre 1868 von Lübeck, nachdem es Gerüchte gegeben hatte, dass auch Preußen daran Interesse habe.

Militär

Artikel Hamburger Bürgermilitär

Wirtschaft

Die Beendigung des Nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges im Jahre 1783 brachte Hamburg einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung. Waren die hamburgischen Kaufleute bisher durch die Navigationsakte vom Direkthandel mit Übersee ausgeschlossen gewesen, so kamen nun Waren wie Tabak, Reis und Indigo auf direktem Weg aus den Häfen der amerikanischen Ostküste in die Hansestadt. Kaufleute wie John Parish, Georg Heinrich Sieveking oder Caspar Voght, die die Chancen der neuen Handelssparte frühzeitig erkannten, erzielten hohe Gewinne.

Mit Ausbruch des 1. Koalitionskrieges 1793 verhängte die Französische Republik ein Handelsembargo gegen Hamburg. Diese Maßnahme traf den Stadtstaat hart, denn Frankreich war zu dieser Zeit Hamburgs größter Wirtschaftspartner. Erst drei Jahre später gelang es Georg Heinrich Sieveking unter persönlichem Einsatz, einen neuen hamburgisch-französischen Handelsvertrag abzuschließen. Im darauffolgenden Jahr schlossen sich die ansässigen Seeversicherer im Verein Hamburger Assecuradeure zusammen.

In einer kurzen aber heftigen Wirtschaftskrise im 2. Koalitionskrieg 1799 gingen in der Stadt 152 Handelshäuser in Konkurs. Während der französischen Besatzung setzte sich der wirtschaftliche Niedergang fort, weil der Handel mit England in der Zeit nicht möglich war. Nach den napoleonischen Kriegen gewann Lateinamerika zunehmend Bedeutung für die Handelsaktivitäten der Hansestadt. An die wirtschaftliche Blütezeit vom ausgehenden 18. Jahrhundert konnte jedoch nicht angeknüpft werden. U.a. durch Staatsanleihen für den Wiederaufbau nach dem großen Brand wurde Hamburg 1850 - pro Kopf der Bevölkerung - der höchstverschuldete Staat Deutschlands.

Soziales

Den durch die massive Zuwanderung entstandenen Problemen wurde u.a. durch Gründung des allgemeinen Krankenhauses St. Georg (1823), der Hamburger Sparkasse (1827 durch Abendroth) und des Rauhen Hauses (1833) begegnet. Außerdem wurde ein öffentliches Nahverkehrssystem aufgebaut (ab 1824). Zunächst wurde eine Droschkenlinie nach Altona

angeboten, 1830 und 1840 folgten weitere Linien. Ab 1842 war es auch möglich mit der Eisenbahn nach Bergedorf zu fahren. Bis 1871 kommen noch Linien nach Lübeck, Altona und Berlin dazu (siehe Schienenverkehr in Hamburg).

1814 - 1819 lernte der junge Heinrich Heine in Hamburg den Beruf des Kaufmannes. 1819 und 1830 kam es zu judenfeindlichen Ausschreitungen. Im Auftrag von Rat und Bürgerschaft wurde 1828 das Hammonialied als Hamburg-Hymne gedichtet. Johann Gerhard Oncken und sechs weitere Personen gründeten 1834 die erste deutsche Baptistengemeinde, die zur Keimzelle vieler kontinentaleuropäischer Baptistenkirchen wurde. Der Bundestag des Deutschen Bundes verbot 1835 die Schriften des Jungen Deutschland, deren wichtigster Verleger Julius Campe in Hamburg war. 1841 wurde erstmals das Das Lied der Deutschen auf dem Jungfernstieg öffentlich gesungen.

Der große Brand von 1842 vernichtete ein Viertel der Innenstadt, rund 4000 Wohnungen, etwa 10% der Bevölkerung wurden obdachlos. Nach der Katastrophe wurde mit dem Aufbau einer zentrale Wasserversorgung und eines Sielsystems begonnen. 1846 wurde erstmals nachts eine Straße mit Gaslaternen beleuchtet. Kurze Zeit nach Verabschiedung der neuen Verfassung wurde Gabriel Riesser erster deutscher Oberrichter jüdischen Glaubens. Zum 1. Januar 1861 wird die Torsperre aufgehoben, vier Jahre später der Zunftzwang. Im Mai 1849 ist Karl Marx in Hamburg und trifft Angehörige des Bundes der Kommunisten. Hamburg wurde in dieser Zeit ein bedeutender Umstiegsplatz für Auswanderer, vor allem in die Vereinigten Staaten. 1869 fand im Alten Elbpark die erste Internationale Gartenbauausstellung statt.

Jüngere Geschichte

Deutsches Reich

In der Gründerzeit beschleunigte sich das Bevölkerungswachstum Hamburgs noch einmal von knapp 300.000 Einwohnern beim Eintritt in das Reich bis ca. 1.000.000 beim Beginn des ersten Weltkriegs. Sowohl die wirtschaftlichen als auch die sozialen Bedürfnisse der Zuwanderer wurden zwar ständig besser und in größerem Stile befriedigt (durch Bau- und Konsumgenossenschaften, Gewerkschaften, Arbeiterparteien, bürgerliche soziale Initiativen wie die Patriotische Gesellschaft und Sportvereine), doch weder besaßen die Zuwanderer das Wahlrecht noch erkannte der Senat in vollem Umfange die Bedeutung und Ausmaß der politischen sozialen und stadtplanerischen Aufgaben.

Einige Dörfer, die noch vor ein paar Jahren vor den Toren Hamburgs gelegen hatten, wurden dichtbesiedelte Vororte der wachsenden Stadt (wie Barmbek, Eilbek, Eimsbüttel) und 1894 in das Stadtgebiet einbezogen. Noch heute dominiert die Architektur dieser Zeit dort ganze Straßenzüge. Auch die Wirtschaft entwickelte sich weiter rasant, ständig wuchs der Bedarf an immer neue Flächen für Büros, Fabriken und Lager in der Innenstadt. Der Umgestaltungsprozess der Stadt verstärkte sich noch einmal. Der Warenumsatz verlagerte sich aus der Innenstadt in das neu geschaffene Hafengebiet zwischen Norder- und Süderelbe. Es verschwanden gewachsene Stadtviertel, die durch kleinteilige Betriebe und arbeitsnahes Wohnen geprägt gewesen waren, und machten der Aufteilung in reine Wohn- und reine Gewerbegebiete Platz, wie sie noch heute das Stadtbild prägen. Die Hafenerweiterung mit dem neuen Freihafen und der Speicherstadt ist ein Beispiel für diese Entwicklung. Sie ist zugleich das wirtschaftliche und städtebauliche Kernprojekt Hamburgs jener Jahre.

Außerdem profitierte Hamburgs Überseehandel von der einsetzenden Kolonialismus des Deutschen Reiches und die Werften von der Kaiserlichen Marine und dem Aufkommen der Dampfschiffe. Trotz der sich stark entwickelnden Wirtschaft lebte die breite Bevölkerung im wirtschaftlichen Elend und in sozialer Not. Die Cholera wütete in den überfüllten Arbeitervierteln, Streiks und Aufruhr (Emeuten) forderten Tote und Verletzte. Der Senat konzentrierte sich auf die Förderung der Wirtschaft und vernachlässigte die Modernisierung der Verwaltung. So kam es zu der Situation, dass ab 1890 einerseits das Leitungsgremium der deutschen Gewerkschaften seinen Sitz in der Stadt hatte (und 25 der 58 Einzelverbände der Gewerkschaften), andererseits war der Senat gemäß der Verfassung von 1860 durch die Angehörigen von Handel und Schifffahrt dominiert. Von der politischen Richtung her blieb der Senat daher großbürgerlich geprägt, während die Hamburger Direktmandate zum Reichstag ab 1890 durchgehend von Sozialdemokraten vertreten wurden (u.a. 20 Jahre von August Bebel der die Stadt Hauptstadt des sozialistischen Deutschlands nennt).

In der Zeit verstärkte sich maßgeblich durch Betreiben von Albert Ballin (HAPAG) auch der Strom der Auswanderer, die über den Hafen meist (> 90%) in die vereinigten Staaten reisten. Der Begriff Tor zur Welt für den Hamburger Hafen bekam in dieser Zeit einen neuen Sinn: Er diente nicht nur als Tor für die Ein- und Ausfuhr von Waren, sondern wurde Durchgangstür für ein neues Leben in einer neuen Welt. Von 1815 bis 1934 verließen 50 Millionen Menschen Europa, 5 Millionen davon über Hamburg (übertroffen nur von Bremen).

Im Ersten Weltkrieg 1914-1918 kam die Wirtschaft in Hamburg durch die Seeblockade größtenteils zum Erliegen. Mehrere Zehntausend Hamburger fielen als Soldaten, in der Heimat herrschte trotz aller Bemühungen Hunger und Mangel. Während der sich anschließenden Novemberrevolution 1918/1919 wurde Hamburg zeitweilig von einem Arbeiter- und Soldatenrat

regiert. Er beschloss ein freies, gleiches und geheimes Wahlrecht und ordnete Neuwahlen zur Bürgerschaft für den 16. März 1919 an.

Politik

1871 wurde Hamburg ein Bundesstaat des Deutschen Reiches, blieb aber zunächst zollrechtlich selbständig. Im Bundesrat hatte es wie Bremen und Lübeck eine Stimme. Bismarck wollte die staatliche Einheit vollenden und verhandelte 1881 den Beitritt Hamburgs zum Zollgebiet zum 15. Oktober 1888. Neben der siebenjährigen Frist erhielt Hamburg als Ausgleich von Preußen 16 km² Land beiderseits der Elbe zur Errichtung eines neuen Freihafens außerhalb der Innenstadt. Während der Geltung des Sozialistengesetzes war in Hamburg und Altona eine der sechs Belagerungsgebiete im Reich. Vierzig Prozent aller in der Geltungszeit von 1880 bis 1890 verbannten Personen stammten aus Hamburg und seiner Umgebung. Unter der staatlichen Repression wuchsen auch in Hamburg SPD und Gewerkschaften eng zusammen und gewannen neue Anhängerschaft. Seit 1890 wurden alle drei Hamburger Mandate im Reichstag von Sozialdemokraten ausgeübt. Im Gegensatz dazu verhinderte das alte Landeswahlrecht den Einzug der Sozialisten in die Bürgerschaft. Die politisch weniger organisierten Bürgerlichen beherrschten die Landespolitik. Hamburger Kaufleute wie Adolph Woermann und die Handelskammer Hamburg spielten eine große Rolle in den kolonialen Aktivitäten des Reiches, wenn man heute auch mehr von geschäftlichen als kolonialpolitischen Motiven ausgeht. Am 19. Juni 1895 wurde Kaiser Wilhelm II. in Hamburg bejubelt. Am 26. Oktober 1897 wurde nach 44 Jahren Planung und 11 Jahren Bauzeit das noch heute genutzte Hamburger Rathaus eingeweiht. In den folgenden beiden Jahren zogen erstmals Vertreter der antisemitischen Deutschsozialen Reformpartei in die Bürgerschaft ein. 1906 kam es in Hamburg zum ersten politischen Generalstreik in Deutschland als die Bürgerschaft das Wahlrecht zugunsten der Besserverdienenden veränderte. Wie sehr die Hamburger sich inzwischen mit dem Deutschen Reich identifizierten, zeigt beispielhaft die Errichtung des 35 m hohen Bismarck-Denkmales an der Helgoländer Allee im selben Jahr. Über die Frage, ob man der von der Reichsregierung gewünschten Burgfriedenpolitik zustimmen sollte, oder ob man gegen den Krieg agieren sollte, spaltet sich im ersten Weltkrieg auch in Hamburg die Arbeiterbewegung in die Mehrheits-SPD, die Unabhängige SPD (USPD) und die Linksradikele (später KPD). Während die SPD gemeinsam mit den Bürgerlichen den Mangel im Krieg zu verwalten versuchte, nahmen USPD und Linksradikele in Hamburg an der Novemberrevolution aktiv teil und stellten den Arbeiter- und Soldatenrat, der am 6. November 1918 vom Senat als oberstes Regierungsorgan faktisch anerkannt wurde. Nach 10 Toten und zwei Tagen Aufruhr wurde das Blutvergießen beendet, der Arbeiter-und-Soldaten-Rat regiert vier Monate bis zu den ersten freien, gleichen und geheimen Bürgerschaftswahlen.

Wirtschaft

Die Zeit im Deutschen Reich war gekennzeichnet durch großen technischen Fortschritt, Expansion der Industrie (in Hamburg besonders des Dampfschiffbaus und -betriebs durch Blohm & Voss und der HAPAG unter Albert Ballin) sowie anhaltender Arbeitskämpfe um bessere Arbeits-, Lebens- und Ausbildungsbedingungen. 1872 wurden die Elbbrücken vollendet und damit die Eisenbahnlinie Hamburg-Paris. Neun Jahre später wurde am 16. April 1881 das erste Hamburger Telefonnetz mit 206 Teilnehmern in Betrieb genommen. 1882 brannte in Hamburg das erste elektrische Licht. 1911 ging der Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel in Betrieb. Der mit Preußen vereinbarte Hafenausbau erlebte 1885-1888 mit dem Bau der Speicherstadt seine wichtigste Phase. Sowohl einfache Quartiere als auch Kaufmannsvillen waren für das Projekt abgerissen worden, 20.000 Menschen waren in Neubaugebiete am Stadtrand umgesiedelt worden (Ottensen, Eimsbüttel, Barmbek). Schon in den Jahrzehnten zuvor waren gewachsene Stadtviertel der Altstadtsanierung zum Opfer gefallen. Durch kleinere Abschwungphasen unterbrochen wuchs die Wirtschaft jahrzehntelang (auch durch die Rüstungspolitik des Reiches) stark und sorgte für Zuversicht und Selbstbewusstsein für das anbrechende neue Jahrhundert. Das fand im ersten Weltkrieg auch in Hamburg ein Ende, als die Seeblockade der Alliierten die Hamburger Wirtschaft stark bremste.

Soziales

Viele der noch heute stadtbekanntesten Lokalitäten wurden in dieser Zeit gegründet wie u.a. Carl Hagenbecks Tierpark (1874), der Ohlsdorfer Friedhof (1877), Santa Fu, das Gefängnis in Fuhlsbüttel (1879), der Hauptbahnhof (1906), die Laeishalle (1908), die Gerichtsgebäude am Sievekingplatz (1882-1912), der (alte) Elbtunnel (1911) und St. Pauli-Landungsbrücken (1909), die Hamburger U-Bahn (1912), das Tropeninstitut am Hafen und der Stadtpark (1914), das Curiohaus (1911) und andere mehr. Darüber hinaus prägte von 1906 an Fritz Schumacher 24 Jahre als Baudirektor der Stadt den traditionalistischen Klinkerstil, der das Stadtbild immer noch kennzeichnet. Beispiele sind Kontorhäuser, wie das Chilehaus (1924) und ganze Wohnviertel wie die Jarrestadt (1929) und die Dulsberg-Siedlung (1930). Auch die Kanäle ("Fleete") wurden in der Form hergerichtet, die sie noch heute haben. Nach einem Brand 1906 wurde die Michaeliskirche (der Michel) bis 1912 wieder aufgebaut. 1880 wurde das Hamburger Theologische Seminar der Baptisten gegründet. Zwölf Jahre später erkrankten während der Cholera-Epidemie 16.956 Einwohner, 8.605 Personen starben. Hamburg wurde aus Sicherheitsgründen zeitweise vom Umland isoliert. Der größte Streik dieser Zeit ereignete sich 1896, als ein Ausstand der Hafendarbeiter sich zum Generalstreik ausweitete, an dem bis zu 16.000 Personen teilnahmen und der 11 Wochen dauerte. 1910 arbeitete

Emil Nolde 4 Wochen in Hamburg. Im ersten Weltkrieg fielen 34.519 Hamburger als Soldaten, 23.000 Kriegswaisen wurden nach Kriegsende in der Stadt registriert.

Weimarer Republik

Am 16. März 1919 fanden die ersten freien demokratischen Bürgerschaftswahlen statt. Die SPD erreichte dabei 50,5% der Stimmen. Werner von Melle wurde zum Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats gewählt. Schon am 28. März beschloss die neue Bürgerschaft die Gründung einer Volkshochschule sowie der Universität Hamburg. Das bereits 1911 fertiggestellte Vorlesungsgebäude des traditionsreichen allgemeinen Vorlesungswesens wird Sitz der Lehranstalt. Im neuen Reichsrat hatte die Hansestadt zwei Stimmen. Im Juni 1919 ereignen sich die Sülzeunruhen, im Oktober 1923 findet der Hamburger Aufstand statt. Anders als im Reichsgebiet war die Hamburger Landesregierung in der Weimarer Zeit stabil, was darauf zurückgeführt wird, dass einerseits die bürgerlichen Parteien von der SPD stets an der Regierung beteiligt wurden, andererseits war die Hamburger SPD durch den engen Kontakt zu den Gewerkschaften in Hamburg eher pragmatisch als radikal ausgerichtet. Bei den Bürgerschaftswahlen am 27. September 1931 bekam die NSDAP 26,3% der Stimmen und wurde zweitstärkste Kraft hinter der SPD mit nur noch 27,8%. Der Senat erklärte nach der Niederlage seinen Rücktritt, verblieb aber bis März 1933 geschäftsführend im Amt, da trotz einer weiteren Wahl im Jahr 1932 keine Regierungskoalition zustande kam.

Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen in der Weimarer Republik

- 1919: SPD 50,5% - 82 Sitze | DDP 20,5% - 33 Sitze | DVP 8,6% - 13 Sitze | USPD 8,1% - 13 Sitze | Hamburgischer Wirtschaftsbund 4,2% - 7 Sitze | DNVP 2,9% - 4 Sitze | Grundeigentümer Wahlbüro 2,5% - 4 Sitze | Zentrum 1,2% - 2 Sitze | Hamburgische Wirtschaftspartei 0,4% - 1 Sitz | Vereinigte Bürgervereine der inneren Stadt 0,4% - 1 Sitz
- 1921: SPD 40,6% - 67 Sitze | DDP 14,1% - 23 Sitze | DVP 13,9% - 23 Sitze | DNVP 11,3% - 18 Sitze | KPD 11,0% - 18 Sitze | Hamburgischer Wirtschaftsbund 3,5% - 5 Sitze | Liste Dr. Eddebüttel 2,3% - 3 Sitze | USPD 1,4% - 2 Sitze | Zentrum 1,2% - 1 Sitz
- 1924: SPD 32,4% - 53 Sitze | DNVP 17,0% - 28 Sitze | KPD 14,7% - 24 Sitze | DVP 14,0% - 23 Sitze | DDP 13,2% - 21 Sitze | Völkischsozialer Block 2,5% - 4 Sitze | Zentrum 1,6% - 2 Sitze | Mieterverband Groß-Hamburg e.V. 1,3% - 2 Sitze | Gewerbetreibende 1,3% - 2 Sitze | Wohnungssuchende 0,7% - 1 Sitz
- 1927: SPD 38,2% - 63 Sitze | KPD 17,0% - 27 Sitze | DNVP 15,2% - 25 Sitze | DVP 11,2% - 18 Sitze | DDP 10,1% - 16 Sitze | WP 4,2% - 6 Sitze | Zentrum 1,5% - 2 Sitze | NSDAP 1,5% - 2 Sitze | VRP 1,2% - 1 Sitz
- 1928: SPD 35,9% - 60 Sitze | KPD 16,7% - 27 Sitze | DNVP 13,7% - 22 Sitze | DDP 12,8% - 21 Sitze | DVP 12,5% - 20 Sitze | WP 2,9% - 4 Sitze | NSDAP 2,2% - 3 Sitze | Zentrum 1,4% - 2 Sitze | VRP 0,8% - 2 Sitze
- 1931: SPD 27,8% - 46 Sitze | NSDAP 26,3% - 43 Sitze | KPD 21,9% - 35 Sitze | DSStP 8,7% - 14 Sitze | DNVP 5,6% - 9 Sitze | DVP 4,8% - 7 Sitze | WP 1,5% - 2 Sitze | CSVD 1,4% - 2 Sitze | Zentrum 1,4% - 2 Sitze
- 1932: NSDAP 31,2% - 51 Sitze | SPD 30,2% - 49 Sitze | KPD 16,0% - 26 Sitze | DSStP 11,2% - 18 Sitze | DNVP 4,3% - 7 Sitze | DVP 3,2% - 5 Sitze | Zentrum 1,3% - 2 Sitze | CSVD 1,0% - 1 Sitz | WP 0,7% - 1 Sitz
- An 100% fehlende Stimmen = Nicht in der Bürgerschaft vertretene Wahlvorschläge

Die Zeit des Nationalsozialismus

Gleichschaltung

Nach der Machtübernahme der NSDAP im Januar 1933 traten die SPD-Senatoren aufgrund starken Drucks durch Reichsinnenminister Wilhelm Frick am 3. März zurück. Zwei Tage später erklärte auch der schwer kranke Bürgermeister Carl Wilhelm Petersen von der Deutschen Staatspartei seinen Rücktritt, am 6. März folgte ihm der Senator Paul de Chapeaurouge (Deutsche Volkspartei). Die Bürgerschaft wählte am 8. März mit Beteiligung von DNVP, DVP und DSStP einen neuen nationalsozialistisch geführten Senat. Zum Ersten Bürgermeister wählte der Senat das NSDAP-Mitglied Carl Vincent Krogmann, der dieses Amt bis 1. April 1938 innehatte, mit diesem Datum wurde der Senat aufgelöst und das Amt des Ersten Bürgermeisters abgeschafft. Am 28. Juni 1933 fand die letzte Sitzung der Bürgerschaft statt.

Hamburg wurde einem Reichsstatthalter unterstellt, zu dem am 16. Mai Karl Kaufmann bestimmt wurde, der auch Gauleiter des NSDAP-Gaus Hamburg war. Diese Gauleitern unterstellten Parteibezirke entsprachen den früheren Reichstagswahlkreisen. Im heutigen Stadtgebiet Hamburgs befanden sich anfangs außerdem die Sitze der Gauleitungen Schleswig-Holsteins (in der Stadt Altona) und Ost-Hannovers (in der Stadt Harburg-Wilhelmsburg), dessen Fläche grob dem ehemaligen niedersächsischen Regierungsbezirk Lüneburg entsprach. Sie wurden jedoch später nach Kiel bzw. Lüneburg verlegt.

Verfolgung von Minderheiten und Regimegegnern

Auch Hamburger Bürger wurden im Zuge der Umsetzung der nationalsozialistischen rassenideologischen Konzepte in Kooperation zahlreicher regionaler mit zentralstaatlichen Instanzen erfasst, entrechtet, vertrieben, umgebracht oder in den Selbstmord getrieben. Die Zahl der in Hamburg lebenden Juden sank von ca. 22.000 Mitte der Zwanzigerjahre auf etwa 19.400 anfangs 1933. Wie an zahlreichen anderen Orten Deutschlands wurden sie auch in Hamburg Opfer von Ausgrenzung, Entrechtung und unmittelbarer Verfolgung: auf den Judenboykott und das Berufsbeamtengesetz im April 1933 folgten die Nürnberger Rassegesetze im September 1935 und die Reichspogromnacht im November 1938. Beginnend im Oktober 1941 wurden 5.296 Juden in 17 Transporten verschleppt; andere begingen Suizid, wurden aus westeuropäischen Fluchtländern deportiert oder fielen anderen Verfolgungsmaßnahmen wie der Aktion T4 zum Opfer. Insgesamt verloren 8.877 Hamburger Juden ihr Leben. Nach der Befreiung 1945 zählte man in Hamburg noch 647 Juden. [2] Auch in Hamburg wurden zahlreiche Roma aus Gründen der Rasse Opfer der nationalsozialistischen Zigeunerverfolgung.[3]

Ferner wurden politische und andere weltanschauliche Gegner und Abweichler, aus rassehygienischen und bevölkerungssanitären Gründen unterschiedliche Gruppen von "Asozialen" sowie Homosexuelle verfolgt, inhaftiert und vielfach ermordet. Unter den 1.417 Opfern politischer Verfolgung waren auch 20 Abgeordnete der Bürgerschaft. Nicht nur Hamburger wurden im Stadtgebiet ermordet, allein im KZ Neuengamme fanden 1938-1945 etwa 55.000 Menschen den Gewalttod. Nach dem Zusammenbruch des Regimes wurden ca. 8.500 Hamburger als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt.

Groß-Hamburg-Gesetz

Mit dem Groß-Hamburg-Gesetz vom 26. Januar 1937, das am 1. April 1937 in Kraft trat, ergaben sich für die Hansestadt große territoriale Veränderungen, die bis heute gültig sind (Siehe auch Bezirke in Hamburg). Das Groß-Hamburg-Gesetz war bereits in den Zwanziger Jahren in vielen verschiedenen Fassungen vorgeschlagen worden, eine Umsetzung scheiterte aber stets an den divergierenden Interessen der davon betroffenen Seiten. 1937 gingen dann die Stadtkreise Altona, Wandsbeck (Wandsbek) und Harburg-Wilhelmsburg sowie zahlreiche Gemeinden von Preußen auf Hamburg über. Die Stadt hatte, trotz des Verlustes früher hamburgischer Gebiete (u.a. Cuxhaven, Geesthacht), nunmehr eine zusammenhängende Gesamtfläche von 755 km² statt zuvor von 415 km². Mit Wirkung vom 1. April 1938 wurden alle auf Hamburg übergegangenen Städte und Gemeinden mit der Stadt Hamburg zu einer einzigen Gemeinde "Hansestadt Hamburg" zusammengeschlossen. Das Groß-Hamburg-Gesetz regelte auch eine Reihe weiterer Gebietsveränderungen. Besonders hervorzuheben ist, dass das Land Lübeck seine Selbstständigkeit verlor und auf Preußen überging.

Bombenkrieg

Durch schwere Bombenangriffe auf die Hamburger Zivilbevölkerung vorwiegend durch britische Bomber im Juli/August 1943, der Operation Gomorrha, wurden schätzungsweise 40.000 bis 50.000 Menschen getötet und rund ein Drittel aller Wohngebäude zerstört. Etwa 125.000 Hamburger wurden verletzt, 900.000 obdachlos. Bis Kriegsende haben bei 213 Luftangriffen etwa 17.000 Flugzeuge etwa 101.000 Sprengbomben und 1,6 Millionen Brandbomben auf die Stadt abgeworfen. Von den knapp 564.000 Wohnungen in Hamburg vor Kriegsbeginn waren nur rund 20 Prozent unbeschädigt. Auch die Hafenanlagen waren weitgehend zerstört. Am 3. Mai 1945 besetzten britische Truppen Hamburg.

Bundesland der Bundesrepublik Deutschland

Hamburg wurde, anders als etwa Bremen, kampfflos übergeben. Hamburg wurde Teil der Britischen Zone, blieb eigenständiges Land und erhielt die Bürgerschaft als zunächst von den Briten eingesetztes Parlament. Diese Versammlung arbeitete eine vorläufige Verfassung aus, die am 15. Mai 1946 verkündet wurde. Am 13. Oktober fanden die ersten freien Wahlen nach dem Krieg statt. Durch das Mehrheitswahlrecht siegte die SPD eindeutig, die mit Max Brauer den ersten Nachkriegs-Bürgermeister stellte. 1949 wurde er, nun nach dem Verhältniswahlrecht, wiedergewählt. Im gleichen Jahr wurde Hamburg Bundesland der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland. 1952 verabschiedete die Bürgerschaft die seitdem

gültige Hamburger Verfassung.

Die folgenden Jahre waren von einem raschen Aufstieg der Stadt in mehrfacher Hinsicht geprägt: Der Hafen wurde schnell zum größten deutschen Warenumserschlagplatz, zahlreiche Einwohner fanden Arbeit in den Hamburger Werften und mit dem NWDR wurde Hamburg Sitz des wichtigsten Radio- und bald auch Fernsehsenders der Nachkriegsjahre, dazu kamen die einflussreichen Publikationen Die Zeit und später Der Spiegel.

Bei der Sturmflut 1962 in der Nacht vom 16. auf den 17. Februar starben mehr als 300 Hamburger. Der damalige Innensenator Helmut Schmidt wurde durch sein gutes Krisenmanagement bundesweit bekannt. Seit den 1970ern entwickelte sich Hamburg zu einer Hochburg der autonomen Szene. Die Hausbesetzungen in der Hafenstraße und der Roten Flora, die Räumung des Bauwagenplatzes Bambule 2002 wurden zeitweise bundesweit diskutiert.

Bedeutende städtebauliche Maßnahmen nach dem Krieg waren: Die 12 Grindelhochhäuser 1950-1956, die Hamburgische Staatsoper 1955, 1958 das Audimax und der Philosophen-Turm der Universität Hamburg Ende der Fünfziger und Anfang der Sechziger Jahre, das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY) und das Unilever-Haus (1964). Ende der sechziger Jahre wurde der Fernsehturm fertig gestellt.

Als typische Vertreter der Siebziger Jahren sind zu nennen: Die Geschäftsstadt Nord (City Nord, seit 1967), die Einkaufszentren (wie Hamburger Straße, Alstertal Einkaufszentrum), das Congress Centrum Hamburg (CCH, 1970-1973), die Wohnsiedlungen Osdorfer Born, Steilshoop und Mümmelmannsberg. Ferner wurden eingeweiht: 1973 die Alsterschwimmhalle ('Schwimmoper'), 1974 die Köhlbrandbrücke und der neue Elbtunnel.

Mit dem vermehrten Einsatz von Containern in der Frachtschiffahrt veränderten sich die Strukturen des Hamburger Hafens, die die Stadt seit Jahrhunderten geprägt hatten: Zahlreiche Arbeitsplätze für Hafenarbeiter verschwanden, große, hoch technisierte Containerterminals wurden errichtet.

Seit Ende der 1990er baut Hamburg an der HafenCity, einem neuen Stadtteil im innenstädtischen Hafengebiet.

Hamburg im wiedervereinigten Deutschland

Das Theologische Seminar des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden verlegte 1997 seinen Standort von Hamburg-Horn nach Wustermarke-Elstal bei Berlin. 117 Jahre war es in der Hansestadt beheimatet.

- Imtech Arena, O2 World, HafenCity
- Privatisierung und Sparpolitik als Ausweg aus Kostenfalle durch Länderfinanzausgleich, Wiedervereinigung, demografischer Wandel, struktureller Arbeitslosigkeit, Steuersenkungs-Politik
- Hamburg und die Europäische Union (Internationaler Seegerichtshof)

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 wurden zum Teil von der Hamburger Terrorzelle geplant und ausgeführt.

Zukunft

Die Elbphilharmonie und die U4 sollen bis 2011 fertig sein. 2013 wird im Stadtteil Wilhelmsburg die Internationale Gartenschau stattfinden und das Projekt HafenCity soll etwa 2020 abgeschlossen sein.

Literatur

- Uwe Bahnsen / Kerstin von Stürmer: Die Stadt, die auferstand : Hamburgs Wiederaufbau 1948–1960, Convent: Hamburg 2005
- Frank Bajohr. 'Arisierung' in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–45; Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 35. Hamburg: Hans Christians Verlag, 1997
- Werner Jochmann/ Hans-Dieter Loose: Hamburg, Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Band 1 (Von den Anfängen bis zur Reichsgründung), Hoffmann und Campe,

Hamburg 1986, ISBN 3-455-08709-4.

- Werner Jochmann/ Hans-Dieter Loose: Hamburg, Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Band 2 (Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart), Hoffmann und Campe, Hamburg 1986, ISBN 3-455-08255-6.
- Eckart Kleßmann: Geschichte der Stadt Hamburg, Neuausgabe, Die Hanse, Hamburg 2002, ISBN 3-434-52596-3.
- Friederike Christiane Koch: Isländer in Hamburg' 1520-1662. Hamburg 1995.
- Ernst Christian Schütt et al.: Die Chronik Hamburgs. Dortmund 1991, ISBN 3-611-00194-5

Einzelnachweise

1. ↑ Deutsches Rechtswörterbuch. Hamburgische Rechtsalterthümer. J. M. Lappenberg. Abgerufen am 14. Januar 2010.
2. ↑ Beate Meyer (Hrsg.): Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933-1945. Hamburg 2006, ISBN 3-929728-85-0, S.16/47
3. ↑ Viviane Wünsche/Uwe Lohalm/Michael Zimmermann/Kathrin Herold/Yvonne Robel, Die nationalsozialistische Verfolgung Hamburger Roma und Sinti, Hamburg 2006.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Landeswappen Hamburg

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat drei Wappen, drei Flaggen, ein Wappenzeichen, ein Logo und einen Stander. Wappen, Flagge und die Landesfarben weiß-rot sind in der Hamburgischen Verfassung festgelegt. Nur die Landesflagge und das Wappenzeichen dürfen von jedem Bürger geführt und frei verwendet werden.

Das kleine Staatswappen, das auf das Stadtsiegel aus dem zwölften bis 13. Jahrhundert zurückzuführen ist, zeigt eine weiße Burg in rotem Schild. Der mittlere Turm mit dem Kreuz wird als Darstellung des mittelalterlichen Doms gedeutet, der als Mariendom der Schutzpatronin der Stadt gewidmet war. Als „Mariensterne“ gelten daher auch die zwei Sterne über den Seitentürmen. Die Burg wurde zunächst rot und der Fond weiß dargestellt. Die heutige Farbgestaltung wurde in einem Senatsbeschluss 1751 erstmals für die Flagge festgelegt. Auch die Gestaltung der Türme und des Tores in der Mitte variierte im Laufe der Zeit erheblich; mal war es geschlossen, mal geöffnet, mal wurde es mit, mal ohne Fallgitter dargestellt. In den Jahren 1834/1835 wird ihre Darstellung für Stadtsiegel und Wappen nach dem Vorbild der mittelalterlichen Siegel vom Senat vereinheitlicht und bis auf geringe Änderungen bis heute beibehalten. Zugleich setzt sich auch die heutige Farbgestaltung von Wappen und Flagge endgültig durch.

Kleines Staatswappen

Das Wappenbild des kleinen Staatswappens, welches heute als Landeswappen und staatliches Hoheitszeichen von den hamburgischen Behörden und Anstalten des öffentlichen Rechts verwendet wird, ist in den wesentlichen Grundzügen seit Beginn unverändert.

Entstehung und Stadtsiegel

Bereits im 12. Jahrhundert existieren in Norddeutschland verschiedene Hohlpfennige die ein dreigetürmtes Gebäude zeigen und wahrscheinlich von den damaligen Stadtherren, den Erzbischöfen von Bremen und den holsteinischen Grafen geprägt wurden. So nimmt man an, dass einer dieser Hohlpfennige, bei dem der mittlere Turm mit Krone dargestellt wird, eine

Prägung der Bischöfe ist, die Krone über dem Kirchenturm die Stadtherrschaft über die Altstadt versinnbildlicht.[1]

Noch vor der Verwendung jeglicher Wappen, aber nach zunehmender städtischer Eigenverwaltung durch die Bürger der Stadt, zeigt bereits der älteste erhaltene Siegelabdruck der Stadt (1241) die bekannte Burg mit einem Turm in der Mitte, dem Kreuz und zwei Sternen. Der Vergleich mit anderen Stadtsiegeln lässt die Vermutung zu, dass in der Mitte der Burg tatsächlich der Dom dargestellt ist, das Stadtsiegel also von der erzbischöflichen Altstadt auf die im 13. Jahrhundert vereinigte Gesamtstadt überging. Die Zuordnung der Burg oder Stadtmauer als Darstellung der Hammaburg oder einer der im 10. Jahrhundert entstandenen Burgen der Stadt (z. B. Bischofsburg) oder der 1240 erneuerten und erweiterten Stadtbefestigung[2] ist nicht geklärt. Gemeinhin wird die Burg und Stadtmauer mit geschlossenem Tor als Ausdruck der Wehrhaftigkeit der Bürger interpretiert, nachdem die Grafen von Holstein die Wehrhoheit verloren hatten. Auch können die Mariensterne zunächst nur als Platzhalter gedient haben, bevor sie diese Deutung in Bezug auf die Schutzpatronin der Stadt und des Doms erhielten.

Das sogenannte vierte Stadtsiegel gleicht in seinen Grundzügen ebenso dem ältesten Siegel. Es wurde 1306 erstmals nachweislich verwendet und war dann bis zum Jahr 1810 zur Beurkundung aller Verträge der Finanz- und Außenpolitik in Gebrauch. Das Original des vergoldeten Siegelstempels mit einem Durchmesser von neun Zentimetern ist heute jedoch nicht mehr im Besitz der Stadt. Er war mit anderen Wertgegenständen im Zweiten Weltkrieg in ein Salzbergwerk ausgelagert worden, verschwand und tauchte in den 1980er Jahren auf dem Kunstmarkt auf. Die Stadt verklagte die Erwerberin auf Herausgabe unterlag jedoch in mehreren Prozessen. [3] [4]Dieses Siegel diente auch 1835 als Vorbild für ein neu anzufertigendes Stadtsiegel.

In den Jahrhunderten zuvor gab es verschiedenste Varianten des Stadtwappens. Das Tor war mal geöffnet oder eine Treppe führte zu ihm empor. Die Türme nahmen die unterschiedlichsten Gestalten an. Kreuz und Sterne wurden mal weggelassen oder bekamen einen Mond oder das Nesselblatt aus dem Wappen der Holsteiner Grafen hinzugefügt.

Die ersten farbigen Darstellungen des Wappens im 15. Jahrhundert zeigen die Burg in rot auf weißem Schild. Diese Farbgebung, die die für Hamburg typische Bauweise in rotem Backstein aufnimmt, blieb durch die Jahrhunderte erhalten und taucht auf verschiedenen Abbildungen auf. Einige, vor allem außerhalb Hamburgs entstandene Wappendarstellungen, geben die Burg als weißes Gebäude wieder. Hingegen wird die Burg in Hamburg selbst z. B. auf Uniformen des Stadtmilitärs oder den in der Elbe ausgelegten Tonnen nachweislich bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts rot gezeichnet.

Erst seit 1835, nach den entsprechenden Senatsbeschlüssen zur Vereinheitlichung der Landesflagge, wird auch das Wappen offiziell in der heutigen, nun umgekehrten, Farbgebung dargestellt. Die Farben weiß-rot sind endgültig die Farben Hamburgs.

Das Wappen wurde seitdem nur geringfügig geändert. Zuletzt in den 1950er Jahren erfolgte eine leichte Vereinfachung, bei der das angedeutete Mauerwerk wieder entfällt.

Das geschlossene Tor gab im 20. Jahrhundert auch Anlass zu Diskussionen ob dies einer weltoffenen Stadt angemessen ist und nicht die Darstellung eines offenen Tores, wie das im Wappen Altonas (seit 1937 Teil Hamburgs), vorzuziehen ist. Das 1998 entwickelte Hamburg-Logo nahm diesen Einwand auf. Die offenen Tore Altonas stehen jedoch nicht für die Toleranz der Stadt, sondern für das Recht des Landesherren zum jederzeitigen Zutritt. Ein Recht das den jahrhundertelangen Bemühungen Hamburgs, der Wahrung der Unabhängigkeit von fremder Herrschaft, historisch nicht entspricht.[5]

Großes Staatswappen und Logo

Das große Staatswappen darf nur von Senat und Bürgerschaft geführt werden.

Es zeigt den Wappenschild mit weißer, bzw. silberfarbener Burg. Dieses wird von zwei aufgerichteten, wegsehenden goldenen (oder gelben) Löwen gehalten, die auf einem Sockel stehen. Über dem Wappenschild ist ein Helm mit silberner-rotter Helmdecke und -wulst, geschmückt mit drei Pfauenfedern und Lanzenfähnchen in Gestalt der Landesflagge dargestellt. Der Helm mit Federschmuck und Fähnlein (ursprünglich ebenfalls weiß mit roter Burg) taucht erstmals im 16. Jahrhundert auf und bildet das mittlere Wappen. Auch das große Wappen einschließlich der schildhaltenden Löwen entstand als Nachahmung fürstlicher Wappen vermutlich spätestens im 16. Jahrhundert. 1695 wird es erstmals auf Münzen verwendet.[6] Die Darstellung des großen Staatswappens wurde zwischen 1952 und 1955 im Zusammenhang mit der Niederschrift der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg unter Weglassung einiger Details vereinfacht. Die herausgestreckten Zungen der Löwen sind etwas drastischer dargestellt und aus ungeklärten Gründen wurde die Beinhaltung der Löwen vertauscht.[7]

Darüber hinaus existiert das 1998 vom Designer Peter Schmidt entworfene Hamburg-Logo, es zeigt in Anlehnung an das Wappen eine rote Burg mit offenem Tor, als Ausdruck der

Weltoffenheit der Stadt und darunter eine blaue Welle, die die Dynamik der Stadt und des Hafens mit seiner maritimen Tradition symbolisiert. Das Logo soll der Stadt durch die Verwendung bei den befugten staatlichen Einrichtungen ein einheitliches Erscheinungsbild geben. Es ist zudem als Markenzeichen geschützt.[8].

Wappenzeichen

Da die Landeswappen, als Hoheitszeichen ausschließlich vom hamburgischen Staat und seinen dazu ermächtigten Einrichtungen geführt werden dürfen, gab der Senat die Entwicklung eines Wappenzeichens in Auftrag. Er kam damit dem Wunsch von Privatpersonen, Vereinen und Unternehmen, ihre Zugehörigkeit oder Verbundenheit zu „ihrem Land“ zu dokumentieren nach. Das von jedem frei verwendbare Hamburg-Symbol ist eine Abwandlung des kleinen Staatswappens, bei der die vereinfacht dargestellte Burg vollständig in der Mitte des Schildes zu sehen ist.

Flaggen

Landesflagge

Die Landesflagge, welche von den Bürgern frei verwendet werden darf, zeigt die weiße Burg des Wappens auf rotem Grund. Die Grundfarben entsprechen den Farben der Hanse (siehe auch: Hanseflaggen).

Entstehung

Bereits 1270 schreibt das Stadtrecht vor, dass die Schiffe der Bürger einen roten Flügel (vlugher) führen sollen. Es ist damit das älteste bekannte Gesetz über die Führung von Flaggen auf Schiffen überhaupt. Bis zum Stadtrecht von 1605 wurde es mehrmals erneuert. Dieser Flügel oder spätere Wimpel wurde an den Mastspitzen des Schiffes geführt, und später auch teilweise durch Standarten oder Schilder an den Bordwänden mit dem Stadtwappen ergänzt. Schließlich fügte man auch das Wappen selbst, also die rote Burg auf weißem Schild, auf dem roten Flaggentuch ein. Im 17. Jahrhundert geht die Einheitlichkeit der Flaggenführung verloren und die rote Burg wird auf weißem Flaggentuch oder auf rotem Tuch eine weiße Burg dargestellt. Hinzu kamen verschieden blaue Varianten mit unterschiedlichsten Formen der Burg.

Ein 1727 von Senator Hermann Langenbeck verfasster seerechtlicher Kommentar zum Stadtrecht von 1605 stellt zumindest die alte Einheitlichkeit auf den Schiffen des hamburgischen Staates wieder her. So schreibt er "Auf unseren Konvojen ist der Wimpel rot, wie auch die große Flagge von hinten, auch ist das Goßgen (Gösch)...rot, und das Hamburger Wappen weiß, sollte Silber sein, im roten Felde...In der Admiralitätsflagge ist das Wappen auf das Mittel eines Ankers gesetzt." Das Durcheinander in der Handelsflotte blieb jedoch bestehen. Am 14. Mai 1751[9] beschließt der Senat aus Anlass eines Friedens-, Handels- und Schiffahrtsvertrages mit Algier, dass die Bürger der Stadt "auf ihren Schiffen einen rothen Flügel und rothe Flagge mit einem weißen Stadtwappen zu führen gehalten sind". Zudem wurde ein Muster auf einer Blechtafel gefertigt und an der Börse ausgestellt, welches nach einigen Einwänden nochmals geändert und im Juni 1751 genehmigt wurde. Doch auch dieser Beschluss wurde trotz angedrohter Strafen überwiegend ignoriert, da Kontorflaggen noch unbekannt waren und die Kaufleute und Reeder versuchten, sich durch Flaggenvarianten voneinander abzugrenzen. Während der Franzosenzeit in Hamburg, wurde die Flagge Frankreichs gehisst, der Hafen ohnehin durch die englische Blockade verschlossen.

1829 kam es zu erneuten Verhandlungen mit Algier und Marokko, währenddessen es seitens der Freien Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen kurzzeitig Überlegungen zu einer gemeinsamen Handelsflagge gab. Mit Senatsbeschluss vom 19. Dezember 1829 wurde jedoch wieder die eigene Flagge festgelegt, die auf dem Muster von 1751 gründete. Da die Verhandlungen mit Algier und Marokko scheiterten, wurde die Flaggenfrage erst 1834, nach Anfragen von Russland und Holland über deren genaue Form, wieder aufgegriffen und schließlich mit dem bereits 1829 erstellten Muster per Senatsbeschluss am 6. Juni 1834 [9] festgelegt. Im Gegensatz zu 1751 setzte sich diese Flagge überall durch. Lediglich bei der Feier des Auszugs aus dem alten Börsengebäude 1841 sind noch einmal vereinzelt weiße Flaggen mit roter Burg zu sehen.

Bis 1861 beruhte die Darstellung der Burg in der Flagge noch auf dem Muster von 1751, einer Burg mit offenem Tor und Fallgitter, mehreren Fenstern in den Türmen, ohne Kreuz und Stern. Sie entsprach damit nicht mehr dem Geschmack der Zeit, zumal zuvor bereits Wappen und Siegel als auch seit 1841 die Münzen der eigenen Währung (Courantmark) den mittelalterlichen Stadtsiegeln entlehnt waren. Der Senat beauftragte die Schiffahrts- und Hafendeputation mit einer "besseren Zeichnung" und erhielt den Vorschlag für eine neue Admiralitätsflagge, die unter Wegfall des Ankers dann ebenfalls 1861 als Handelsflagge angenommen wurde. Die Burg ähnelt nun auch dem Vorbild des alten Siegels und übernimmt

dessen Kreuz und Sterne, welche auf allen bisherigen Flaggen nicht auftauchten. Sogar die unterschiedliche Anzahl von Zinnen auf beiden Türmen wird zunächst nach Vorbild des Siegels aufgenommen. Die Farbe des Tuches wechselt zudem von Purpurrot wieder zu einem helleren rot, wie es bereits zur Zeit des roten Flügel verwendet wurde.

1894 gibt der Senat nochmals eine neue Flaggentafel heraus, bei der die Burg schmaler und höher ausfällt und mit quaderförmig angedeutetem Mauerwerk mit Rundungen dargestellt ist. Letzteres fällt jedoch bei erneuter Überarbeitung in den 1950er Jahren wieder weg.

Staatsflagge

Die Staatsflagge (Senatsflagge) ist dem Senat als Staatsoberhaupt vorbehalten. Sie zeigt das große Staatswappen mit weißer Umrahmung auf rotem Grund. Sie wurde zur Einweihung des Hamburger Rathauses im Jahr 1897 geschaffen und wird bei Beflaggung am Rathaus aus der Laube gesetzt (am Turm über dem Balkon). Sie ist dort für die Zeit der Senatssitzungen zu sehen oder wird bei repräsentativen Anlässen auf Wasserfahrzeugen gesetzt, sofern Senatsmitglieder an Bord sind.

Stander

Der Stander, eine auf schwarz-rot-goldenem Untergrund mittig angebrachte kleinere Staatsflagge, wird vom Ersten Bürgermeister und dem Bürgerschaftspräsidenten bei offiziellen Staatsbesuchen am Fahrzeug geführt.[8]

Admiralität

Das Admiraltätswappen wird von staatlichen Wasserfahrzeugen geführt. Die im Jahr 1624 gegründete Hamburgische Admiralität, der zunächst das Lotswesen sowie die Kriegs- und Konvoyschiffe unterstanden, besaß nachweislich spätestens 1642 ein eigenes Wappen, bestehend aus einem Anker belegt mit der dreitürmigen hamburgischen Burg. Abgesehen von kleinen Änderungen, insbesondere der jeweils zeittypischen Darstellung der Burg, besteht dieses Wappen bis heute fort.

Die Admiraltätsflagge wird ausschließlich von Behörden verwendet und auf Staatgebäuden gesetzt, die der Seeschifffahrt dienen. Sie wird an den von Hamburg eingesetzten Wasserfahrzeugen am Göschstock geführt, sofern dies möglich ist. 1657 wurde laut Pilotenordnung (Lotsenordnung) das Admiraltätswappen erstmals auf die Flagge für bestimmte der Admiralität unterstellte Fahrzeuge übertragen.

Zur gleichen Zeit entstand auch eine Kriegsflagge, die jedoch im 18. Jahrhundert wieder verschwand und von der keine Abbildungen nachgewiesen sind. Im 18. Jahrhundert wurden schließlich sämtliche Staatsschiffe ausschließlich mit der Admiraltätsflagge (noch mit schwarzem Anker) beflaggt.

Literatur

- Dr. Heinrich Reincke: Geschichte der hamburgischen Flagge in Hamburger Übersee-Jahrbuch 1926, Hg.: Friedrich Stichert u. Überseeclub
- Helga Kutz-Baur: Einige Anmerkungen zum Hamburger Wappen in Paul Vogel Kleine Geschichte Hamburgs von 1918 bis zur Gegenwart... Landeszentrale f. pol. Bildung, Hamburg 2000

Quellen

1. ↑ Erik Verg: Das Abenteuer das Hamburg heißt, Hamburg 1977, S. 25
2. ↑ Tim Albrecht/Stephan Michaelsen Bearbeitung "Entwicklung des Hamburger Stadrechts, Anhang IV [1]
3. ↑ Hamburger Abendblatt vom 14. September 1993 Gericht entschied: Kölnerin darf Hamburger Stadtsiegel behalten [2]
4. ↑ <http://www.xxx>
5. ↑ Hamburger Abendblatt vom 16. August 2001 Als sich das Tor zur Welt öffnete
6. ↑ Hamburger Abendblatt vom 3. Juli 1982 Die weiße Burg

7. ↑ Hamburger Abendblatt vom 28. Juli 1988 Warum Hamburgs Raubtiere auf dem falschen Bein stehen [3]
8. ↑ a b Hamburg Senatskanzlei: Flaggen, Wappen und Logos
9. ↑ a b Senatsbeschlüsse Flaggen und Wappen

xxx – Entsprechend unserer Statuten werden uns unbekannte Webadressen nicht veröffentlicht. Für eine weiterführende Recherche gehen Sie bitte auf die entsprechende Wikipedia-seite. Mehr Informationen lesen Sie auf unserer Impressumseite. Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipedia-seite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Hamburger Börse

Die Hamburger Börse ist eine 1558 gegründete Börse mit Sitz in der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie gliedert sich heute in verschiedene Einzelbörsen.

Darunter ist die Hanseatische Wertpapierbörse, als älteste der sieben aktiven Wertpapierbörsen in Deutschland. Zum 1. Januar 1999 schlossen sich die Vereine der Wertpapierbörsen in Hamburg und Hannover zur gemeinsamen Börsen AG zusammen, die nach Umsatz die drittstärkste der deutschen Börsen ist und eine bedeutende Rolle im Fondshandel einnimmt.

Die Versicherungsbörse ist eine von weltweit lediglich drei bestehenden börslichen Marktplätzen für Versicherungen und die einzige Präsenzbörse in Hamburg mit täglichem Parketthandel. Von den Warenbörsen beziehungsweise Warenterminbörsen ist noch die Getreidebörse für Preisnotierungen und als Kompetenzzentrum des Getreidehandels von Bedeutung, während an der formal noch bestehenden Kaffeebörse der Terminmarkt ruht. Die Einzelbörsen sind aus der Allgemeinen Börse hervorgegangen, die heute hauptsächlich von der Hamburger Immobilienwirtschaft genutzt wird.

Träger der Hamburger Börse ist die Handelskammer Hamburg, die unter diesem Dach auch verschiedene Informationsbörsen betreibt und deren Einzelbörsen wiederum von entsprechenden Vereinen betrieben werden.

Die neue Börse

Als Hamburger Börse oder Börse wird auch das spät-klassizistische Gebäude am Adolphsplatz bezeichnet, das auf seiner Rückseite mit dem Hamburger Rathaus und dessen Innenhof verbunden ist. Nach langer Planungszeit wurde diese Neue Börse am 2. Dezember 1841 von der Hamburger Börse bezogen. Das Gebäude ist ebenso Sitz der Handelskammer und ihrer Commerzbibliothek, beherbergt aber nur noch drei der Einzelbörsen, da der Zweig der Wertpapierbörse Ende 2005 neue Räumlichkeiten am Rathausmarkt bezog.

Geschichte

Bis zum 16. Jahrhundert treffen sich die Hamburger Kaufleute zumeist am alten Alsterhafen, auf einem Platz inmitten von anderen Markthändlern, um Geschäfte abzuschließen oder Informationen auszutauschen. 1517 wird den Kaufleuten vom Rat das Recht eingeräumt einen Vorstand zu wählen. Die Vereinigung eines gemeenen Kopmanns, die spätere Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg entsteht als Interessenvertretung der Kaufleute. Auf diese geht auch die Initiative zur Einrichtung einer Börse zurück. Vor allem

die Seehandel treibenden Kaufleute sind es, die sich einen festen Handelsplatz als Treffpunkt einheimischer und fremder Kaufleute, nach dem Vorbild der ihnen in dieser Form bereits aus Antwerpen bekannten Börse wünschen. 1558 stellt der Hamburger Rat schließlich eine 400 Quadratmeter große Fläche als Börsenplatz am bisherigen Treffpunkt an der Trostbrücke (bereits 1266 als Platz der Geldwechsler benannt) gegenüber dem damaligen Rathaus zur Verfügung.

Auf dem eingefriedeten und später um das Börsengebäude erweiterten Platz, wird zunächst in Form einer allgemeinen Börse mit allem gehandelt. Vor allem sind es Waren, wie englische Tuche, aber auch schon Versicherungen und erste Wertpapiere, die später eine größere Bedeutung erhalten. Im 17. Jahrhundert wird der Börsenhandel geregelter. Erste Makler vermitteln unter den Kaufleuten und direkt neben der Börse erhält die neugegründete Commerz-Deputation ihr Domizil. Auch der Handel nimmt an Umfang zu. Einheitliche Geschäftsbedingungen werden beschlossen, die die Menge und Qualität der einzelnen Waren bestimmen. Waren und mitgebrachte Warenproben werden weniger. Stattdessen nimmt der Wertpapierhandel zu und wird 1720 sogar vom Senat für einige Zeit verboten, da er das "Aktienfieber" missbilligte.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts treffen sich 600 Personen zu den Börsenzeiten und zu Beginn des 19. Jahrhunderts sind es bereits 3000 die am Börsengeschehen teilnehmen. Schließlich muss auch das 1841 neu bezogene Börsengebäude mehrfach erweitert werden. Hamburgs Handel hatte auch schon in diesen frühen Jahren einige Wirtschaftskrisen, die Franzosenzeit und den Großen Brand zu bestehen, bevor sie nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 für 6 Wochen geschlossen wurde und der Handel danach einbrach.

Unruhige Zeiten und ein Kurssturz 1927, sowie die Weltwirtschaftskrise führen 1931 zur vorübergehenden Schließung der Märkte. 1933 verliert die Börse für die Zeit des Nationalsozialismus ihre Selbstständigkeit. 1951 wird der Handel mit Aktien- und Wertpapieren wieder aufgenommen. Nach der erneuten Blüte in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg nimmt der Parketthandel einhergehend mit der technischen Entwicklung immer mehr ab, bevor er zugunsten des Computerhandels eingestellt wurde.

Gliederung

Unter dem Dach der Hamburger Börse in Trägerschaft der Handelskammer Hamburg befinden sich mehrere Marktplätze die nach dem Prinzip einer Börse organisiert sind. Dies sind zum einen die institutionellen Börsen, die sich in fünf verschiedene Einzelbörsen gliedern und mehrere verschiedene Informationsbörsen der Handelskammer Hamburg. Die etwa zehn internetbasierten Informationsbörsen dienen dem Informationsaustausch und der Zusammenführung von Angebot und Nachfrage (darunter Change-Unternehmensbörse, Hamburger Sportlerbörse, Diplomarbeitbörse usw.). Grundlage der Geschäftstätigkeit der Hamburger Börse bildet das Börsenstatut sowie die Börsenordnungen und Regularien der Einzelbörsen.

Hanseatische Wertpapierbörse

Die Hanseatische Wertpapierbörse ist die älteste Deutschlands. Die Vereine der Mitglieder der Hanseatischen Wertpapierbörse in Hamburg und der Niedersächsischen Börse zu Hannover schufen 1999 mit der BÖAG Börsen AG eine gemeinsame Trägergesellschaft. Die Regionalbörsen Hamburg und Hannover belegen nach Umsatz heute den dritten Platz der deutschen Wertpapierbörsen.

Neben dem traditionellen Handel mit Wertpapieren betätigt sich die Börse auch mit neuen Geschäftsfeldern, wie der deutschlandweit ersten Fondsbörse für Investmentfonds (2002), einem Policenhandel oder dem Premium Capital Port, auf dem Kapital suchende kleine Unternehmen einen Zugang zum Kapitalmarkt mit entsprechenden Investoren finden. In Segmenten des Fondshandels ist die Börse heute Marktführer.

Über 150 Kreditinstitute und Finanzdienstleister, auch aus dem Ausland, nehmen am Handel mit den etwa 10.000 gelisteten Wertpapieren teil.

Da heute nur noch ein computergestützter Maklerhandel zu den täglichen und ausgeweiteten Handelszeiten und kein Parketthandel mehr im Börsensaal stattfindet, bezog die Börse Ende des Jahres 2005 Büroräume im nahe gelegenen Rathausmarkt-Hof.

Allgemeine Börse

Die Allgemeine Börse ist der Ursprung aller Börsenaktivitäten in Hamburg, aus der sich die speziellen Börsenarten entwickelt haben. Heute wird sie hauptsächlich noch als Informations- und Handelsplattform der Immobilienwirtschaft genutzt und ist ein wöchentlicher Treffpunkt der Hamburger Immobilienmakler.

Getreidebörse

Die Getreidebörse ist die einzige noch aktive Warenbörse unter dem Dach der Hamburger Börse und ein Kompetenzzentrum für den Handel mit Getreide. Sie wird von der Interessenvertretung der Groß- und Außenhändler, dem Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse e.V. betrieben und dient der Vermittlung und dem Abschluss von Handels- und Dienstleistungsgeschäften mit Getreide, Ölsaaten, Futtermitteln, Hülsenfrüchten, Saatgut und verwandten Artikeln und gibt für diesen Handel weltweit gültige Kontrakte heraus.

Wöchentlich werden hier die Großhandelspreise für einfuhrabgefertigtes Getreide, Raps und Futtermittel festgestellt und Preise für Termingeschäfte festgelegt. Die Notierungskommission trifft sich an jedem Dienstag im Kontor 24 des Börsengebäudes um dort die Preisnotierungen für 27 Produkte festzulegen. Diese Notierungen werden veröffentlicht und den Agrarverwaltungen in Deutschland und Brüssel als Richtpreise zur Verfügung gestellt. Jährlich finden zudem drei überregionale Präsenzbörsen statt. Bei diesen Börsenveranstaltungen sind etwa 400 bis 500 Händler und Vertreter aller Bereiche der Branche anwesend.

Kaffeebörse

Die 1887 eröffnete Börse für Kaffee war der erste Hamburger Terminmarkt von internationaler Bedeutung und besteht heute nur noch formal. Verwaltet wird die Kaffeebörse vom Deutschen Kaffee-Verband. Bereits im 19. Jahrhundert hatte Hamburg einen großen Anteil am Gesamthandel mit Kaffee. Um diese Handelsposition auch nach Einführung von Terminmärkten in Le Havre und New York zu erhalten, wurde auf Betreiben des Vereins der am Caffeehandel beteiligten Firmen die Hamburger Kaffeebörse eingerichtet. Sie hatte ihren Sitz am Sandtorkai, inmitten der Kaffeespeicher, der damals entstandenen Speicherstadt im Freihafen. Nach der größten Blütezeit dieser Börse, ruhte der Terminhandel ab Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Wiederaufnahme 1925. Im gleichen Jahr wurden an der Hamburger Börse auch Terminmärkte für Metall, Zucker und Kautschuk eröffnet. Der Terminhandel kam jedoch im Zweiten Weltkrieg erneut zum Erliegen. Die 1943 durch Bomben zerstörte Börse konnte 1950 im Speicherblock H wieder eröffnet werden, wenngleich der Terminmarkt bis zur ersten Notierung 1956 ruhte. Im gleichen Jahr wurde auch ein neuer Börsensaal fertig gestellt, der heute nur noch für Veranstaltungen genutzt wird. Bereits in den 1960er Jahren kommen nur noch künstliche Notierungen zustande und Umsätze am Terminmarkt selbst in New York sind selten. Die Gründe liegen vor allem im abgeschlossenen Weltkaffeeabkommen (ab 1963) das bis in die 1980er Jahre bestehen bleibt.

Der internationale Kaffeehandel sichert sich heute gegen Preisschwankungen vor allem an den führenden Börse in New York (Arabica-Handel an der New York Mercantile Exchange und ICE Futures U.S.) und der seit 1954 bestehenden Börse in London (Robusta-Handel an der LIFFE der NYSE Euronext) ab. Weniger bedeutende Börsen befinden sich noch in Sao Paulo und Tokio.

Versicherungsbörse

Die Börse für Versicherungen an der Hamburger Börse ist eine der drei weltweit bestehenden Versicherungsbörsen (daneben noch in Rotterdam und Lloyd's in London). Die Vermittlung und der Abschluss von Versicherungsverträgen gehörte seit Gründung der Hamburger Börse 1558 zum Börsengeschäft. Vor der Ausgliederung der Versicherungsbörse aus der Allgemeinen Börse 1977 bildete sie dort den wichtigsten Handelspart.

An der Versicherungsbörse werden Prämien ausgehandelt, Beteiligungen vergeben, Verträge angebahnt und geschlossen oder Vorgänge erledigt, die sich aus der Verwaltung von Verträgen ergeben. Das Börsengeschäft bezieht sich überwiegend auf nationale Risiken und hier insbesondere auf industrielle und gewerbliche Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie Transportversicherungen. Aufgrund geänderter Versicherungspraxis nimmt letztere jedoch nicht mehr einen so großen Teil des Geschäftes ein wie dies ursprünglich der Fall war. Auch Rückversicherungen werden, im Gegensatz zu Lloyd's, kaum geschlossen.

Die Hamburger Versicherungsbörse ist eine werktäglich stattfindende und auch heute noch genutzte Präsenzbörse an der 221 Unternehmen mit insgesamt 547 Personen (bestehend aus Versicherungsmitarbeitern, Maklern, Assekuradeuren und Besichtigern) zugelassen sind. Der Verein Hanseatischer Transportversicherer e.V. und der Verband Deutscher Versicherungsmakler e.V. (VDVM) sind die Träger dieser Einzelbörse.

Gebäude

Erbaut wurde die neue Börse 1839/41 durch Carl Ludwig Wimmel und Franz Gustav Forsmann im klassizistischen Stil. Sie entstand auf dem Platz, auf dem sich das zuvor abgerissene

mittelalterliche Maria-Magdalenen-Kloster befand. Beim Hamburger Brand 1842 konnte die Börse als einziges Gebäude der Gegend von den darin eingeschlossenen vor den Flammen gerettet werden.

1859 wurde sie durch Baumeister William Lindley erweitert. 1880/84 erfolgte der Anbau am Alten Wall durch die Baudeputation und die Architekten Bernhard Hanssen und Wilhelm Meerwein und 1909/12 der Anbau mit dem dritten Börsensaal an der Großen Johannisstraße durch Bauinspektor Dr. Erbe. An der Rückseite des Gebäudes wurde ab 1886 das neue Hamburger Rathaus errichtet. Durch Bomben werden im Zweiten Weltkrieg zwei Börsensäle zerstört und anschließend wieder aufgebaut.

Das Börsengebäude ist auch Sitz der Handelskammer Hamburg, die die Börse betreibt, und ihrer Commerzbibliothek.

Die alte Börse und die Börsenhalle

Der "alte Börse" aus der der Börsenbetrieb 1841 ausgezogen war, wurde 1842 durch den Hamburger Brand zerstört. Sie stand an der Trostbrücke, gegenüber dem ebenfalls zerstörten alten Rathaus. Zu ihrer Gründung bestand die Börse zunächst aus einem gepflasterten und eingefriedeten Platz (dort stehende wappenhaltende Löwen sind heute im Hamburgmuseum). 1577-83 wurde schließlich ein reich verzierter Fachwerkbau, als erstes Renaissance-Gebäude der Stadt (durch Jan Andresen, Amsterdam), mit einer unten offenen Halle für den allgemeinen Börsenbetrieb errichtet. Der durch die wohlhabenden Gewandschneider finanzierte zweigeschossige Bau, dessen obere Räume von diesen genutzt wurden, stand nur mit der Vorderfront auf der Kaimauer des bisherigen Börsenplatzes, während der Rest auf Pfählen über dem Wasser des Nikolaifleetes stand.

1669-72 wurde das Haus über dem Fleet nochmals erweitert. Die steigende Händlerzahl und der bei schlechtem Wetter nur bedingte Schutz ließ schon früh die Forderung nach einem Neubau aufkommen. Bevor es soweit war, kam der Geschäftsmann J.G. von Hosstrup auf die Idee eine eigene privat betriebene Börsenhalle in der Nähe zu errichten. In dieses gegen Gebühr zu nutzende, geheizte und mit Bibliothek versehene Gebäude in der Bohnenstraße verlagerte sich ab 1804 ein Teil des Geschäfts. Auch die zweimalig erweiterte Börsenhalle ging durch den Brand verloren und die gesamte Straße verschwand beim Bau eines Gebäudekomplexes in den 1960er Jahren. Nur der Straßename Bei der Alten Börse erinnert noch an den ehemaligen Standort der alten Börse.

Literatur

- L. Gelder / M. F. Fischer: Nutzen und Zierde zugleich bieten dem Auge sich dar. Hamburgs Neue Börse 1841 - 1991 Handelskammer Hamburg 1991
- Ursula Becker: Kaffee-Konzentration. Zur Entwicklung und Organisation des hanseatischen Kaffeehandels, Steiner, Stuttgart 2002
- Handelskammer Hamburg (Hrsg.): Die Hamburger Börse 1558-2008. Trends im Börsenwesen, Murmann-Verlag, Hamburg 2008, ISBN 978-3-86774-048-7

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Hamburger Brand

Der Hamburger Brand war ein großer Stadtbrand in Hamburg, der zwischen dem 5. Mai und dem 8. Mai 1842 große Teile der Altstadt zerstörte. Im Zusammenhang mit der Hamburger Geschichte wird häufig auch nur vom Großen Brand gesprochen.

Verlauf

Das Feuer brach in der Nacht vom 4. zum 5. Mai 1842 im Haus Nummer 44[1] in der Deichstraße am Nikolaifleet beim Cigarrenmacher Cohen aus. Die genaue Ursache des Brandes blieb ungeklärt. Es wurde von den Nachtwächtern schnell bemerkt, doch den herbeigeeilten Spritzenleuten gelang es nicht, das Feuer zu löschen oder sein Übergreifen auf weitere Häuser zu verhindern. Aufgrund der vorangegangenen Trockenheit und anhaltender Winde traf es auf gute Bedingungen. Zeitweise drohte das Feuer sogar auf das am anderen, östlichen Ufer des Nikolaifleets gelegene Gebiet, den Cremon, überzugreifen, doch die kleineren Brandherde, die hier entstanden, konnten rechtzeitig erstickt werden. So weitete sich das Feuer im Nikolaiviertel hauptsächlich nach Norden und Westen aus. Überlegungen, die Ausweitung durch Sprengungen zu behindern, wurden zunächst verworfen.

Am Morgen des 5. Mai, des Himmelfahrtstages des Jahres 1842, war bereits ein erheblicher Teil des Nikolaiviertels von den Flammen erfasst. In der Nikolaikirche hielt man noch den morgendlichen Hauptgottesdienst, auch am Mittag fand ein weiterer, letzter Gottesdienst statt. Gegen 4 Uhr nachmittags geriet der Turm in Brand und konnte trotz erheblicher Anstrengungen nicht gerettet werden. Erzählungen nach erklang das Glockenspiel durch die Hitzewirkung ein letztes Mal, dann stürzte der Turm zusammen und steckte das Kirchenschiff in Brand.

Gegen Abend bedrohten die Flammen das alte Rathaus, das nordöstlich der Nikolaikirche an der Trostbrücke auf dem Platz stand, an dem sich heute das Haus der Patriotischen Gesellschaft befindet. Nachdem inzwischen ein Großteil der Akten in Sicherheit gebracht worden war, entschloss man sich, das Rathaus zu sprengen, doch die Sprengung gelang nur unvollständig, so dass die Flammen in den Trümmern ausreichend Nahrung fanden und sich über die Schneise hinaus ausbreiten konnten.

Im Verlauf des 6. Mai wanderte das Feuer nach Norden und erfasste das Gebiet, auf dem sich heute der Komplex der Börse und des Rathauses befindet. Es drohte, die neue Börse zu erfassen, die erst im Dezember 1841 bezogen worden war. Obwohl das junge Gebäude zeitweise auf allen vier Seiten von Flammen umschlossen war, konnte es gerettet werden. Am Abend berührte das Feuer den Gänsemarkt; eine weitere Ausdehnung nach Westen konnte aber unter anderem mit Hilfe von Sprengungen aufgehalten werden.

Im weiteren breitete es sich nach Osten und Norden aus. Am 7. Mai brannte trotz verzweifelter Rettungsversuche die Petrikirche nieder, ebenso die Gertrudenskapelle, die nicht wiederaufgebaut wurde; das Gelände östlich davon, einschließlich der Jacobikirche, blieb dagegen verschont. Binnenalster und Glockengießerwall geboten der Ausbreitung des Feuers schließlich Einhalt, und am 8. Mai brannte das letzte Haus in der Straße Kurze Mühren. Die Verlängerung der Kurzen Mühren zum Ballindamm hin heißt deshalb heute Brandsende. (Die Brandstwierte in der südlichen Altstadt hat dagegen nichts mit dem Großen Brand zu tun, sondern leitet sich ab von dem Hamburger Bürger Hein Brand, dessen Festnahme 1410 zum Aufstand der Hamburger Bürger führte und zur ersten Hamburger Verfassung.)

Im Laufe der Zeit waren Spritzen (Feuerwehren) aus Städten der näheren und fernerer Nachbarschaft hinzugezogen worden, unter anderem aus Altona, Wedel, Wandsbek, Geesthacht, Lauenburg, Lübeck, Stade und Kiel.

Am 8. Mai 1843, dem Jahrestag des Brandendes, wurde auf Antrag eines Ehrbaren Rathes an Erbgessene Bürgerschaft beschlossen, mit einer Commission den innigsten Dank für die unterschiedlichen Hilfeleistungen darzubringen und die feierliche und öffentliche Überreichung von Gedenkmünzen und -medaillen aus Bronze der geschmolzener Glocken bzw. Kupfer vorzunehmen.[2] Zur besonderen Anerkennung wurden 1843 Johann Smidt (dem Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen), dem Oberpräsidenten der Stadt Altona und dem Oberpräsidenten der preußischen Provinz Sachsen zu Magdeburg das Hamburgische Ehrenbürgerrecht verliehen.

Ein wichtiges Ereignis der Hamburger Geschichte musste wegen des Großen Brandes verschoben werden, nämlich die Eröffnung der ersten Hamburger Eisenbahnstrecke. Diese führte nach Bergedorf und sollte am 7. Mai 1842 dem Verkehr übergeben werden. Anstelle von Ehrengästen beförderten die ersten Züge Flüchtlinge aus der brennenden Stadt - der planmäßige Betrieb wurde erst am 17. Mai ohne Feierlichkeiten aufgenommen.

Folgen

Der Große Brand verwüstete mehr als ein Viertel des damaligen Stadtgebietes. 51 Menschen kamen ums Leben, die Zahl der Obdachlosen wurde auf 20.000 geschätzt, die Zahl der zerstörten Häuser auf etwa 1.700 in 41 Straßen. 102 Speicher waren ebenso zerstört wie drei Kirchen (darunter die Hauptkirchen St. Nicolai und St. Petri), das Rathaus, die Bank, das Archiv und das Commercium mit der alten Börse.

Die Hamburger Feuerkasse, welche alle betroffenen Gebäudebesitzer entschädigte, gab an, dass 20 % des Gebäudebestands zerstört waren. Sie musste Kredite aufnehmen, die erst 40 Jahre später vollständig abbezahlt waren. Über Jahre hinweg war das Stadtbild von den zerstörten Flächen und den darauf errichteten Behelfswohnungen geprägt, welche die Obdachlosigkeit von Bürgern und Gewerbe lindern sollten.

Die großflächigen Zerstörungen in der Altstadt gaben Gelegenheit, das innere Stadtgebiet umfassend neu zu gestalten und die Infrastruktur zu modernisieren. Die Planungen dazu wurden noch im Mai 1842 unter der Federführung des englischen Ingenieurs William Lindley in Angriff genommen. Maßgeblich beteiligt an der Erneuerung des Stadtbildes war der Hamburger Architekt Alexis de Chateauneuf, außerdem flossen Vorschläge des Architekten Gottfried Semper in das Gemeinschaftswerk ein. Besonders radikal änderte sich das Gebiet um die Kleine Alster, wo ein neues Stadtzentrum geschaffen wurde. Klosterstraßenfleet und Gerberstraßenfleet wurden zugeschüttet, die kleine Alster in ihre heutige rechteckige Form gebracht und der Platz für Rathaus und Rathausmarkt vorbereitet, auch wenn es noch 44 Jahre bis zur Grundsteinlegung für das heutige Hamburger Rathaus dauern sollte, und weitere elf Jahre bis zu seiner Eröffnung.

Kennzeichnend für die Bauten, die nach dem großen Brand entstanden, waren klassizistische Formen und Anleihen bei italienischen Städten. Prägend wurde der Rundbogenstil, der das Erscheinungsbild zahlreicher Bauten wie das Postgebäude oder die Niemitz-Apotheke am Georgsplatz bestimmt. Diese Nachbrandarchitektur ist heute noch etwa bei den Alsterarkaden oder dem Postgebäude des Architekten Alexis de Chateauneuf zu sehen, insgesamt sind allerdings nur wenige Beispiele erhalten geblieben.

Die innerstädtische Wasserversorgung durch Schöpfwerke war größtenteils vernichtet und wurde auch nicht wiederhergestellt; stattdessen errichtete man ein Wasserwerk in Rothenburgsort. Zerstört waren ebenfalls die Wassermühlen an der Alster. Obwohl sich abzeichnete, dass Wassermühlen technisch überholt waren, baute man noch eine neue Stadtwassermühle an der Poststraße, die durch eine unterirdische Leitung von der Binnenalster gespeist wurde. Die Stauhöhe der Alster konnte gesenkt werden, was die Gebiete Uhlenhorst und Harvestehude für eine Besiedelung verfügbar machte.

Für die Stadtentwässerung wurden unterirdische Kanäle zur Elbe gegraben. Außerdem begann man mit dem Aufbau einer Gasbeleuchtung anstelle der alten Öllampen.

Von den drei zerstörten Kirchen wurden nur zwei wiederaufgebaut. Die Petrikirche erhielt in etwa ihr altes Aussehen und ist in dieser Form bis heute erhalten geblieben; anstelle der alten Nikolaikirche entstand eine der bedeutendsten neugotischen Kirchenbauten Deutschlands. Der neue Turm war lange Zeit das höchste Gebäude Hamburgs. Die neue Nikolaikirche wurde aber im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt, und heute stehen nur noch der Turm und einige Mauerreste.

Für das Hamburger Umland hatte der Brand vor allem eine wirtschaftliche Bedeutung. Die Ziegeleien in den Marschgebieten beispielsweise an Elbe und Oste florierten in der Folgezeit wegen des großen Baustoffbedarfs.

Literatur

Sachbücher

- Friedrich Clemens [i.e. Friedrich Clemens Gerke]: Hamburg's Gedenkbuch, eine Chronik seiner Schicksale und Begebenheiten vom Ursprung der Stadt bis zur letzten Feuersbrunst und Wiederaufbauung. Hamburg: Berendsohn, 1844
- Ludolf Wienbarg: Hamburg und seine Brandtage. Ein historisch-kritischer Beitrag von Lud. Wienbarg. Hamburg: Kittler, 1843
- Julius Faulwasser: Der große Brand und der Wiederaufbau von Hamburg. Ein Denkmal zu den fünfzigjährigen Erinnerungstagen des 5. bis 8. Mai 1842. Hamburg: Meißner 1892. (Ein Reprint erschien Hamburg: Kabel, 1978)

Belletristik

- Carl Reinhardt: Der fünfte Mai. 1866-68 "Der fünfte May. Ein Lebensbild von der Unterelbe" 4 Bände. (Versch. Neuauflagen, teils gekürzt. Christians Verlag, Hamburg 1989, ISBN 978-3-767-20498-0)
- Paul Schurek: Der Hamburger Brand. Erzählung. Verlag Glogau, Hamburg 1922 (1949)

- Edgar Maass: Das große Feuer. Propyläen-Verlag, Berlin 1939 (von Schröder, Hamburg 1950)
- Elise Averdieck: Roland und Elisabeth in "Kinderleben Theil 2", Kittler Hamburg 1851 - Erzählungen um den Hamburger Brand für Kinder von 6 bis 10. (Letzte Aufl. 1962).
- Elise Averdieck: Der Hamburger Brand 1842. Hamburg: Saucke, 1993

Einzelnachweis

1. ↑ <http://www.xxx>
2. ↑ Otto Christian Gaedechens: Hamburgische Münzen und Medaillen, J.A. Meissner Hamburg, 1850, S. 119 ff

xxx – Entsprechend unserer Statuten werden uns unbekannte Webadressen nicht veröffentlicht. Für eine weiterführende Recherche gehen Sie bitte auf die entsprechende Wikipedia-seite. Mehr Informationen lesen Sie auf unserer Impressumseite. Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipedia-seite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Choleraepidemie von 1892 - Hamburg

Die Choleraepidemie von 1892 in Hamburg war der letzte große Ausbruch der Cholera in Deutschland, der aufgrund hamburgischer Besonderheiten verheerende Ausmaße annahm. Die Epidemie brach während eines heißen Sommers aus. Der Pegel der Elbe war niedrig und das Flusswasser ungewöhnlich warm. Da sich Senat und Bürgerschaft jahrzehntelang nicht auf den Bau einer Filteranlage einigen konnten, wurde das Hamburger Trinkwasser damals noch ungereinigt der Elbe entnommen; die Entnahmestelle zwei Kilometer flussaufwärts war bei Flut dem verschmutzten Hafenwasser ausgesetzt.[1] Im benachbarten Altona, das zu Preußen gehörte und eine Sandfilteranlage für Trinkwasser hatte, erkrankten während der Epidemie weit weniger Menschen als in Hamburg.[2] Hamburg hatte zudem unter allen deutschen Großstädten den höchsten Anteil an ungesunden Kellerwohnungen, und in der Innenstadt ballten sich Menschen auf allerengstem Raum. Berühmt ist der Kommentar des zu Hilfe gerufenen Direktors des Berliner Hygienischen Instituts Robert Koch beim Rundgang durch das Gängeviertel: "Meine Herren, ich vergesse, dass ich in Europa bin!"[3].

Ablauf

Bereits in den Jahren 1822, 1831, 1832, 1848, 1859, 1866 und 1873 hatten kleinere Cholera-Epidemien Hamburg heimgesucht. Aus den Endemiegebieten in Russland erreichten vermutlich auch 1892 infizierte Personen die Hafenstadt. Offenbar kam es zur Kontamination der zentralen Wasserversorgung mit Fäkalien und Choleravibrionen. Am 14. August 1892 wurde der erste Kranke, ein Kanalarbeiter namens Sahling, mit starkem Brechdurchfall in ein Krankenhaus eingeliefert und starb kurz darauf. Am 21. August fielen weitere drei Menschen der Krankheit zum Opfer. Anfänglich war der Senat nicht sehr besorgt, denn man hielt die Krankheit für die cholera nostras (Salmonellenenteritis), die wie jedes Jahr im Sommer auftrat. Aus Rücksicht auf die Wirtschaft wurden die Todesfälle verheimlicht und keine Maßnahmen ergriffen. Auswandererschiffen wurden noch nach Ausbruch der Krankheit wider besseres Wissen gesundheitliche Unbedenklichkeitszeugnisse ausgestellt, so dass die Cholera auf diesem Wege nach New York gelangte.[4]

Die Zahl der Erkrankten stieg exponentiell an. Am 22. August waren 1.100 Hamburger an der Seuche erkrankt, und 455 gestorben. Die Bevölkerung begann unruhig zu werden, viele

Menschen verließen die Stadt. Am 24. August 1892 traf der Vertreter der Reichsregierung, der berühmte Bakteriologe Robert Koch ein und bestätigte öffentlich den Ausbruch der Cholera. Auf seinen Befehl hin wurden nun die Schulen geschlossen und Versammlungen verboten. Jeglicher Verkehr mit Hamburg kam zum Erliegen, und der Handel stand still. Die Werft Blohm & Voss stellte ihren Reparaturbetrieb ein. 125 Arbeiter schaufelten in Tag- und Nachtschichten Gräber auf dem Friedhof Ohlsdorf. Die „Medicial-Behörde“ gab Zettel mit Verhaltensregeln heraus und verteilte sie an die Bevölkerung, auch mithilfe des Verteilersystems der Sozialdemokratischen Partei. Fasswagen verteilten abgekochtes Wasser, Brauereien stellten ihre Tiefbrunnen zur Verfügung. Die Polizei errichtete improvisierte Desinfektionsstellen in leerstehenden Tanzsälen, Turnhallen, und Bahnhöfen. In aller Eile errichteten die Hamburger Wasserwerke eine Sandfiltrationsanlage für das Trinkwasser.[5]

Nach zehn Wochen nahm die Zahl der Neuerkrankungen ab. Insgesamt waren während der Epidemie 16.956 Menschen erkrankt und 8.605 gestorben. Zur Erinnerung wurde bei der Eröffnung des Hamburger Rathauses im Innenhof der so genannte Hygieia-Brunnen aufgestellt.

Folgen

- Die Gängeviertel wurden grundlegend saniert.
- Neue Gesetze gegen den Bau unhygienischer Wohnverhältnisse wurden erlassen.
- Das Filtrierwerk der Hamburger Wasserwerke auf Kaltehofe wurde 1893 fertiggestellt.
- Hamburg bekam eine Müllverbrennungsanlage, die 1893 als erste Anlage Deutschlands am Bullerdeich errichtet wurde. 1894 begann der Probebetrieb, 1896 wurde der reguläre Betrieb aufgenommen.
- Durch eine Verfassungsänderung wurden größere Teile der Bevölkerung an der politischen Verantwortung beteiligt.
- Die hygienischen Verhältnisse in den Zwischendecks der Passagierschiffe wurden verbessert, die Baracken 1906 durch die Auswandererhallen auf der Veddel ersetzt.
- Zum 1. April 1893 wurde das Amt des Hafentarztes neu geschaffen und Bernhard Nocht wurde auf diese Position berufen.

Quellen

1. ↑ <http://www.xxx>
2. ↑ Richard J. Evans: Tod in Hamburg, S. 374.
3. ↑ zitiert nach: <http://www.xxx>
4. ↑ Richard J. Evans, Tod in Hamburg, S. 402ff.
5. ↑ <http://xxx>

Literatur

- Richard J. Evans: Tod in Hamburg, Reinbek 1990, ISBN 3-498-01648-2
- Boris Meyn: Der blaue Tod, Historischer Roman, Reinbek 2006, ISBN 3-499-23894-2

xxx – Entsprechend unserer Statuten werden uns unbekannte Webadressen nicht veröffentlicht. Für eine weiterführende Recherche gehen Sie bitte auf die entsprechende Wikipediaseite. Mehr Informationen lesen Sie auf unserer Impressumseite. Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Hamburg-Hymne

Die Hamburg-Hymne Stadt Hamburg an der Elbe Auen, auch Hammonia genannt, ist die Hymne der Freien und Hansestadt Hamburg. Das 1828 entstandene Lied wird als Landeshymne auch bei offiziellen Anlässen des Stadtstaates verwendet. Wie die meisten anderen Landeshymnen ist sie jedoch nicht gesetzlich geregelt oder unter Schutz gestellt, hat also rechtlich einen inoffiziellen Charakter. Der Refrain endet mit Hammonia einer latinisierten Form des Namens Hamburg (vergleiche Hammonia).

Geschichte

Beruhend auf einem Text von Georg Nikolaus Bärmann komponierte Albert Methfessel eine heitere, doch würdige Melodie, die er erstmals am 19. April 1828, der von ihm begründeten Hamburger Liedertafel vorstellte. Der Männerchor, heute der älteste in Hamburg, bestand zu diesem Zeitpunkt gerade 5 Jahre. Am 29. September 1828 wurde die spätere Hamburg-Hymne im neuen Hamburgischen Stadt-Theater erstmals öffentlich aufgeführt. Das Lied bildete den Schlussgesang in dem Stück Bürgertreue, einem vaterstädtischen Schauspiel von Dr. Bärmann, das anlässlich des 300. Jahrestags der Reformation in Hamburg und der bürgerlichen Verfassung (Langer Rezess 1529) aufgeführt wurde. Anders als dem patriotischen Epos, welches bald wieder in Vergessenheit geriet, erging es dem Schlusslied. Insbesondere eine umgestaltete und von sieben auf vier Strophen gekürzte Version setzte sich als Hymne bei offiziellen Anlässen durch und wurde als solche seit 1890 verwendet. Die Veränderung beruhten zum Teil auf politischen Gründen, zudem wurde eine kürzere Spieldauer als praktikabler erachtet.

Neuerer/Heutiger Text

Ein gekürzter Text tauchte 1890 auf und wurde schnell populär.

- Stadt Hamburg an der Elbe Auen
- Stadt Hamburg an der Elbe Auen,
- Wie bist du stattlich anzuschauen!
- Mit deinen Türmen hoch und hehr
- Hebst du dich schön und lieblich sehr. (Refrain)
- Reich blühet dir auf allen Wegen
- Des Fleißes Lohn, des Wohlstands Segen.
- So weit die deutsche Flagge weht
- In Ehren Hamburgs Name steht. (Refrain)
- In Kampf und Not bewährt aufs Neue
- Hat sich der freien Bürger Treue
- Zur Tat für Deutschlands Ruhm bereit
- Wie in der alten Hansezeit. (Refrain)
- Der Becher kreis' in froher Runde
- Und es erschall aus Herz und Munde
- Gott wolle ferneres Gedeih'n
- Der teuren Vaterstadt verleih'n. (Refrain)

Refrain:

- Heil über dir, Heil über dir,
- Hammonia, Hammonia!
- O wie so herrlich stehst du da.

Unter Umständen werden nicht immer alle Strophen auch tatsächlich gespielt. Auch wird das so im Refrain gelegentlich weggelassen. Zudem besteht eine weitere Fassung der ersten Strophe (= dritte bekannte Textfassung):

- Stadt Hamburg an der Elbe Auen,
- wie bist du stattlich anzuschauen
- mit deiner Türme Hochgestalt [alternativ: hoch Gestalt]
- und deiner Schiffe Mastenwald.

Urtext

Orthographie, Interpunktion und Typographie, einschließlich in statt an der Elbe entsprechen dem Erstdruck der Urfassung im Liederbuch der Liedertafel (Seite 130/131 das Lied 73. Stadt Hamburg etc.).

- Stadt Hamburg etc.
- Stadt Hamburg in der Elbe Auen,
- Wie bist du stattlich anzuschauen !
- Mit deinen Thürmen hoch und hehr
- Hebst du dich schön und lieblich sehr !
 - Heil über dir, Heil über dir, Hammonia, Hammonia !
 - O wie so glücklich stehst du da !
- Stadt Hamburg, Vielbegabte, Freie !
- So reich an Bürgersinn und Treue,
- So reich an Fleiss und Regsamkeit,
- Dein Lob erschalle weit und breit !
 - Heil über dir, Heil über dir, Hammonia, Hammonia !
 - O wie so wirkend stehst du da !
- Senat und Bürgerschaft soll leben !
- Die Oberalten hoch daneben,
- Das hochachtbare Fundament
- Von Hamburg's gutem Regiment !
 - Heil über dir, Heil über dir, Hammonia, Hammonia !
 - O wie so kräftig stehst du da !
- Den Bürgern drin auf allen Wegen
- Fried', Eintracht, Kunstfleiss, Glück und Segen !
- Das Meer fleusst um die Erd' herum,
- Drum „floreat Commercium!“

- Heil über dir, Heil über dir, Hammonia, Hammonia !
- O wie gesegnet stehst du da !
- Es ruht auf dir der Väter Segen ;
- Den heil'gen Hort, o woll' ihn hegen,
- Dass stets in Freud' und in Gedeih'n
- Sich Hamburg' spätste Enkel freu'n.
 - Heil über dir, Heil über dir, Hammonia, Hammonia !
 - Wie so gesegnet stehst du da !
- Der Kirche Pfeiler dir behüte
- Durch Frömmigkeit und Herzensgüte,
- Dass reine Lehr' und Gottvertrau'n
- Am heil'gen Glaubenstempel bau'n !
 - Heil über dir, Heil über dir, Hammonia, Hammonia !
 - Wie stehst du gottvertrauend da !
- Der Becher kreis' in weiter Runde ;
- Dazu erschall aus Herz und Munde :
- „Soll uns ein Ort der Welt erfreu'n,
- So muss es unser H a m b u r g seyn !“
 - Heil über dir, Heil über dir, Hammonia, Hammonia !
 - O wie so glücklich stehst du da !

Künstlerische Wiederaufnahme

Helmut Käutner ließ im Film Große Freiheit Nr. 7 in einer Kneipenrunde Hamburger Lieder singen, und als endlich alle die Hammonia-Hymne anstimmen, bricht Hans Albers sie nach „wie bist du stattlich anzuschauen“ bitter ab – das war 1944 nach der Operation Gomorrha ein politischer Widerstandsakt trotz Zensur.

Alexander von Schlippenbach nahm die Hymne 1974 als Ausgangspunkt für eine Komposition für das Globe Unity Orchestra und den Rundfunkchor des NDR. Dafür zerlegte er Methfessels Hymnus „in sämtliche Bestandteile“, um ihm „Elemente abzugewinnen, die geeignet waren, dem Stück als Form bildende und treibende Kräfte zu dienen“.

Quellen

- Für den Urtext: Faksimile des Erstdruckes in: Erik Verg: Das Abenteuer das Hamburg heißt. Der weite Weg zur Weltstadt. Hamburg (Axel Springer Verlag), 1977, S. 114f.
- Jahresangabe für die zweite Fassung bei Ernst Christian Schütt: Die Chronik Hamburgs. Dortmund (Chronik-Verlag/Harenberg), 1991, S. 202, ISBN 3-611-00194-5
- Für die dritte Version: Erik Verg: Das Abenteuer das Hamburg heißt. Der weite Weg zur Weltstadt. Hamburg (Axel Springer Verlag), 1977, S. 115.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Hanseat

Als Hanseat wird ein Mitglied der herkömmlichen Oberschicht der drei Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck in der Zeit nach der Hanse bezeichnet, also seit Mitte des 17. Jahrhunderts. Die Angelegenheiten der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Hanse, die im 17. Jahrhundert untergegangen ist, wurden demgegenüber regelmäßig^[3] mit dem Beiwort „hansisch“ bezeichnet, ihre Mitglieder als „Hansekaufleute“.^{[4][5]} Der Begriff hanseatisch taucht erstmals auf in Werdenhagens „De Rebus Publicis Hanseaticis Tractatus“ von 1631. Zwischen Hamburg, Bremen und Lübeck entstand in den Jahren 1630 bis 1650 als Bündnis die „Hanseatische Gemeinschaft“.^[4] Sie führte die Tradition der Hanse fort, und ihre Mitglieder übernahmen Mitte des 19. Jahrhunderts den Begriff „Hansestadt“, neben „Freie Stadt“, in den Staatsnamen der drei Stadtstaaten. Das auf den Privilegien der Oberschicht gründende Hanseatentum alter Prägung endete 1918 mit dem Untergang des Deutschen Kaiserreichs und der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts.

Der Begriff des Hanseaten überlebte diesen Wandel. Heute werden zu den Hanseaten die Mitglieder der alten hanseatischen Familien sowie die erfolgreichen Kaufleute und Senatoren der drei Städte gerechnet, sofern sie die „hanseatische“ Lebensweise verkörpern.

Das mit dem Substantiv „Hanseat“ korrespondierende Adjektiv „hanseatisch“ bezeichnet entweder die Angelegenheiten der Städte der „Hanseatischen Gemeinschaft“ oder die Eigenschaften eines Hanseaten. Als letztere wird eine vage Kombination von Haltungen und Einstellungen empfunden, zu denen Weltläufigkeit, kaufmännischer Wagemut, Gediegenheit, Verlässlichkeit („Handschlag genügt“), Zurückhaltung sowie die Fähigkeit zur Selbstironie gehören,^[4] und – jedenfalls für das Hanseatentum alter Prägung – dass „diese freien Bürger wirklich denselben Stolz kultivieren wie der hochmütigste Aristokrat.“^[6]

Reichweite des Begriffs, Verhältnis zu den anderen Ständen

Neben der regionalen Beschränkung des Begriffs „Hanseat“ auf Einwohner der Städte Hamburg, Bremen und Lübeck und der zeitlichen Beschränkung auf die Zeit nach dem Untergang der Hanse bestand eine personelle Beschränkung auf eine zahlenmäßig kleine Oberschicht. Percy Ernst Schramms Diktum, „alle Hamburger, vom Bürgermeister bis zum letzten Mann im Hafen, waren eines Standes“,^[8] kann ebenso wie Johann Carl Daniel Curios vielzitierte Aussage von 1803, „Hamburger kennen und haben nur einen einzigen Stand, den Stand eines Bürgers“, nur formale Richtigkeit beanspruchen. Als „Hanseaten“ wurden keineswegs alle gebürtigen^[9] oder gar eingemeindeten Stadtbürger verstanden, vielmehr erfolgte eine Einschränkung auf jenen Stand von Großkaufleuten, der dem „Hanseatischen“ seinen Nimbus verlieh. „Die Freie und Hansestadt Hamburg ist eine der ältesten Republiken in Europa, aber kaum jemand würde auf den verwegenen Gedanken kommen, sie eine alte Demokratie zu nennen.“^[10] Die Bevölkerung Hamburgs und Lübecks, mit Einschränkungen auch Bremens, teilte sich streng in drei Stände: den Handelsadel, den wohlhabenden Industriellen oder kleinen Kaufmann und den Plebs.^[11] „Man sollte nicht glauben, dass in einer rein bürgerlichen Stadt wie H., ohne Hof, ohne Adel, ohne Militärchargen, eine solch altmodische Observanz in Beziehung auf die strengste Sonderung der verschiedenen Klassen obwalte, als dies wirklich der Fall ist.“^[12] Den Handelsadel bildeten die Großkaufleute, die alleine dank ihrer ökonomischen Verhältnisse in der Lage waren, das Große Bürgerrecht zu erwerben.^[13] Wer nicht zu den Großkaufleuten und -reedern gehörte, musste mindestens Rechtsgelehrter oder Hauptpastor sein,^[14] um das Prädikat „Hanseat“ beanspruchen oder zugeschrieben bekommen zu können. Die bürgerliche Oberschicht der Hanseaten besetzte die soziale Position, die andernorts dem Adel zukam.^[15]

Die Trennung der verschiedenen Klassen durchzog sämtliche Lebensbereiche, selbst die allgemeine „Sonntagslust“. „Von solider, sittlich-gemüthlicher und unbefangener gemischter Volksbelustigung kann übrigens hier nie die Rede sein. (...) denn alle Lokale (...) sind durch den Pesthauch der privilegierten Freude vergiftet, und daher ist es kein Wunder, wenn die Mittelklasse steif und pedantisch zum Thore hinaus schreitet und der herzliche Frohsinn fehlt.“^[16]

„Auf der einen Seite stand ein auf Tradition und ihre ‚traditionellen Werte‘ beharrendes (Groß-)Bürgertum, das mit Stolz auf seine kaufmännische Familientradition aus dem 17. und 18. Jahrhundert verwies“, wobei „der Reichtum des Bürgertums ... allerdings nur deshalb möglich wurde, weil er von in ärmlichsten Verhältnissen hausenden und lebenden Arbeiterinnen und Arbeitern getragen wurde.“^[17]

Die Städte der „Hanseatischen Gemeinschaft“ – Unterschiede

Neben vielfältigen Gemeinsamkeiten waren die Verhältnisse in den drei Städten der Hanseatischen Gemeinschaft deutlich unterschiedlich. Gemeinsam prägender Faktor hanseatischen

Selbstverständnisses war, dass Lübeck (seit 1226), Bremen (seit 1186, endgültig 1646) und Hamburg (spätestens 1618, endgültig 1768) – neben zunächst Frankfurt am Main – die einzigen nach 1815 verbliebenen Freien Reichsstädte waren. Lübeck war in hansischer Zeit die Führungsmetropole der Hanse, in der bis zum letzten Hansetag 1669 die Mehrzahl der Hansetage abgehalten worden war. In der Folge büßte Lübeck, seit den großen Entdeckungen an einem Nebenmeer des Welthandels gelegen, seine Vormachtstellung ein und trat in zunehmendem Maße hinter Hamburg zurück. Zudem setzte Lübeck sich in Norddeutschland an die Spitze der lutherischen Orthodoxie und verschloss sich damit zeitweilig liberaleren Einflüssen. In Bremen hatte sich wegen der Nähe zu Holland im Unterschied zum lutheranischen Bekenntnis Hamburgs und Lübecks ein streng orthodoxer reformierter Glaube gefestigt. Die die Blütezeit „des Hanseatischen“ prägenden Strömungen der Aufklärung setzen sich in Bremen aus diesem Grunde nur sehr viel langsamer durch als in Hamburg und Lübeck. Hamburg hatte deswegen im 18. Jahrhundert „unbestritten die Führungsrolle unter den drei hanseatischen Städten übernommen.“[19] Zunächst hörte man in Hamburg, wie Christlob Mylius 1753 vermerkte, „von nichts als Geld, Warencourant und Banco“.[20] Dann zog Hamburg „plötzlich Künstler und Intellektuelle, die in Deutschland zur ersten Elite gehörten, in seine Mauern“.[21] und wurde früher und radikaler als die Schwesterstädte vom emanzipatorischen Denken erfasst. Das betraf in den drei Städten jedoch nur die Oberschicht der Hanseaten – „bürgerlich“ und „demokratisch“, das hieß in den „hanseatischen“ Städten zugleich: klassenbewusst und autokratisch.“[22] Hamburg wuchs, da es durch den sich ausweitenden Welthandel Arbeit und Wohlstand versprach, durch Zuwanderung bis zur Französischen Revolution auf 100.000 Einwohner. Nur Berlin und Wien waren bevölkerungsreicher als Hamburg. An Kapitalkraft konnte es zu Anfang des 19. Jahrhunderts allenfalls Wien – auf Grund des in den Händen des großen Adels angesammelten Reichtums – mit Hamburg aufnehmen. So galten denn die Großbürger anderer Städte nicht gleichviel wie die hanseatischen. „Der Kieler Großbürger hätte in Hamburg oder Lübeck nicht sehr viel bedeutet.“[23] Der Führungsrolle Hamburgs und dem Umstand, dass nur über Hamburgs hanseatische Oberschicht umfassende Darstellungen bestehen (siehe „Hanseatische Familien“), ist nachfolgend ein gewisser Schwerpunkt auf diese Stadt geschuldet.

Hanseatum, Patriziat, Oligarchie und „Senatorabili“

Die Hanseaten sind zunächst nicht zu verwechseln mit dem Patriziat. Kennzeichnend für Patrizier war, dass sie – für Patrizier im engeren Sinne spätestens im 14. Jahrhundert – erbgessene Ratsgeschlechter in deutschen Reichsstädten waren. Die Unterschiede zwischen den drei hanseatischen Städten setzen sich jedoch fort bei dem Blick auf die Herkunft und Entwicklung ihrer Führungsschichten.

In Lübeck dominierte die 1379 gegründete Zirkelgesellschaft die übrigen Korporationen[24] der Kaufleute und den Rat. Als zahlenmäßig kleinster Zusammenschluss stellte sie über Jahrhunderte die Mehrzahl der Lübecker Bürgermeister[25] und bildete ein adelsähnliches faktisches Patriziat, das sich seit 1485 auf die privilegierende Collane Kaiser Friedrichs der III. stützte. In hanseatischer Zeit hatte die Zirkelgesellschaft keinen ausschlaggebenden Einfluss mehr; die sie tragenden Familien bildeten zusammen mit anderen führenden Familien die hanseatische Oberschicht der Stadt.

In Bremen bildeten die soziale Oberschicht der Bürgerschaft zunächst wenige Patriziergeschlechter. Ab dem 15. Jahrhundert gelang es jedoch den Elterleuten, Vorsteher der Kaufleute im Gremium der „Elterleute des Kaufmanns“, im 17. Jahrhundert „Collegium Seniorum“ genannt, bei wichtigen Beschlüssen den Rat von der Zustimmung des Bürgerkonvents der Kaufleute abhängig zu machen. Auch wenn aus dem Gremien Elterleute 1849 die Handelskammer Bremen wurde; durch das Achtklassenwahlrecht in Bremen blieben die hanseatischen Kaufleute und Gewerbetreibenden die entscheidenden Träger der politischen Macht bis 1918.

In Hamburg hat es kein geschlossenes Patriziat wie in den süddeutschen Reichsstädten, Bremen und faktisch in Lübeck gegeben. Die Hamburger und die Bremer Senatorenwürde wurde zwar auf Lebenszeit verliehen,[26] war aber nicht erblich. Weil manche Namen (etwa „Amsinck“ oder „Sieveking“) jedoch in gewissen Zeiträumen häufiger auftauchen, ist vorgeschlagen worden, die Oberschicht als „Senatorabili“ – im Sinne etwa des Begriffs „papabile“ in der römischen Kirche – zu bezeichnen, der ausdrücken soll, welche Familien auch ohne erbliches Zugangsrecht die Chance hatten, dass einzelne ihrer Mitglieder Senator wurden.[27]

Auch in Bremen wurden Bürgermeisterämter oder Senatorenämter mehrfach an bestimmte Familien vergeben wie etwa bei Meinertzhagen, von Büren, Klugkist, Gröning, Smidt, Buff, Meier, Gildemeister oder Duckwitz. Für die Bestimmung, welche Familie den Hanseaten zuzurechnen war, kann indes nicht ausschließlich auf die Chance, Senatorenposten zu erlangen, abgestellt werden.

Kennzeichen der Hanseaten war der stete Auf- und Abstieg von Familien. Die großen Familien des Mittelalters in Hamburg waren schon in der späthansischen Zeit fast sämtlich ausgestorben.[28] Von den im Hamburgischen Geschlechterbuch, das ein Abbild des Hanseatum ist,[29] wiedergegebenen Familien ist nur eine vor 1500 in Hamburg nachgewiesen. Von den in der Wikipedia behandelten Familien sind nur die Amsinck[30] und die Petersen vor 1600 erstmals in Hamburg aufgetreten, die Jauch, die Jenisch und die Mutzenbecher vor

1700. Hanseatisch kann eine Familie also auch dann sein, wenn sie erst im 19. Jahrhundert aufgetreten oder aufgestiegen ist, solange ihr nur der Aufstieg in die führende Schicht gelungen ist. So war der Vorfahr der späteren drei Bürgermeister Petersen, Marcus Hermann Petersen (1784–1860), noch Stadtbuchschreiber in Hamburg.[31] Die Gründe für diese stete Erneuerung beziehungsweise Ergänzung der Oberschicht hängen stark mit dem unternehmerischen Erfolg[32] der Reeder und Außenhandelskaufleute zusammen („Kaufmannsgut ist wie Ebb’ und Flut“) sowie von einem teils ruinösen Lebensstil der hanseatischen Oberschicht[33] ab und sind bislang nicht durchgehend erforscht. Auf- und Abstieg der Lübecker Hanseatenfamilie Mann wurden exemplarisch von Thomas Mann in seinem Roman „Buddenbrooks. Verfall einer Familie“ verarbeitet.

Ungeachtet des in Hamburg fehlenden Patriziats und der steten Erneuerung der führenden Schichten gilt indes Geert Seeligs, die strukturelle Vorherrschaft der Hanseaten charakterisierender Satz: „In Hamburg ist nun bekanntlich durch die Institution des Bürgerrechts eine soziale Minderheit zur allein herrschenden gemacht. Darum zählt Hamburg zu den aristokratischen Republiken.“[34] Dabei handelte es sich nicht um oligarchische Strukturen, weil selbst extremer Reichtum keineswegs den unmittelbaren Zugang zur eigentlichen Führungsschicht zur Folge hatte, wie der Fall des vielen Hamburgern zu katholisch frommen „Petroleumkönigs“ Wilhelm Anton Riedemann zeigt.[35]

Verhältnis zum Adel

Unterschiede zwischen den Hansestädten

Auch hinsichtlich des Verhältnisses zum Adel sind Unterschiede zwischen den Hansestädten zu beachten, die insbesondere zwischen dem streng bürgerlichen Hamburg und Lübeck mit seiner patrizischen Führungsschicht zu verzeichnen sind. Die Lübeck zu Beginn des Hanseatum noch dominierende Zirkelgesellschaft bestand aus den Familien Warendorp, Wickede, Brömsen, Lüneburg, Kerkring und Stiten, deren Adel mit Patent vom 9. Oktober 1641 durch Kaiser Ferdinand III. bestätigt wurde. Ganz anders war die Lage in Hamburg, dessen mittelalterliches Patriziat verdrängt worden war und das ein besonderer Stolz auf seine Bürgerlichkeit prägte.

Hamburg und der Adel

Auswärtiger Adel

Schon im Stadtbuch von 1276 wurde Rittern das Wohnen innerhalb der Wälle Hamburgs untersagt.[36] Bis 1860 galt das Verfassungsverbot des Erwerbs von innerstädtischen Grundstücken durch Adelige in Hamburg. Umgangen wurde das Verbot, indem Hamburger Bürger als Strohmänner für Adelige als Erwerber auftraten, beispielsweise 1757 für das Palais des späteren Grafen Heinrich Carl von Schimmelmann.

Gelegentlich kam es zu Heiraten von Hanseaten mit Adelligen. Handelte es sich um adelige Frauen als Ehepartner, tat dies der gesellschaftlichen Geltung keinen Abbruch.[37] Handelte es sich um Adelige als Ehepartner hanseatischer Frauen, besorgte dies allenfalls die Eltern. Adolphine Schramm, Mutter des Hamburger Bürgermeisters Max Schramm, die erfahren hatte, dass zwei Adelige ihren unverheirateten Schwestern den Hof gemacht hatten, schrieb ihrer Mutter: „Arme Mutter, wie würdest du dich fühlen, wenn du zwei adlige Schwiegersöhne bekämost; denn ich glaube – nächst Juden, Schauspielern und Leutnants – hältst du das für die schlimmste Heimsuchung.“[38]

Auswärtige Adelige konnten in Hamburg kein Bürgerrecht erwerben und sich nicht am öffentlichen Leben beteiligen. Lübeck war in dieser Hinsicht großzügiger. Dort wurde 1754 Graf Egmont von Chasôt Bürger.

Hanseatische Adelige

Ebenso war ein Bürger, der ein Adelsprädikat eines fremden Herrschers annahm, fortan von der Teilnahme am politischen Leben seiner Heimatstadt ausgeschlossen. Das galt in gleicher Weise für Nobilitierungen während des Heiligen Römischen Reiches, obgleich Hamburg diesem angehörte und eine Nobilitierung durch den Kaiser damit keine durch „fremde Herrscher“ war. In Bremen war es seit 1806 sogar verboten, Erhebungen in den Adelsstand anzunehmen.[39] Ausnahmen bildeten einige wenige alte, hansische Hamburger Geschlechter wie die (ausgestorbenen) Anckelmann, bei denen beispielsweise Johann Hinrich Joachim von Anckelmann (1678–1748) als Kapitän einer Kompanie Infanterie der Hamburgischen Garnison von dem Recht Gebrauch machte, das Prädikat „von“ zu führen. Sein Vater Joachim (von) Anckelmann (1615–1683) führte das Prädikat nicht, jedoch das entsprechende Wappen und wurde 1672 Präses des Kollegiums der Oberalten.[40]

Großes Aufsehen erregte es, als sich der namhafte Hanseat Caspar Voght 1802 durch den Kaiser in den Freiherrenstand erheben ließ. Sophia Reimarus (1742–1817), die Frau von Johann Albert Heinrich Reimarus, schrieb in zutreffender Voraussicht, dass Voght, „der sich dem Rat und seiner Vaterstadt entzieht, Schuld daran sei, dass mehrere es nach ihm thun, und das gebe eine Progressionsrechnung, an der Beelzebub seine Freude haben müsste (...).“[41] Seit dieser Zeit teilten sich die Hanseaten in zwei Lager: Jene, welche ein Adelsprädikat annahmen oder dies nicht beanstandeten und jene, welche eine solche Praxis ablehnten. Vielfach ging der Riss durch die einzelnen Familien.

Von verschiedentlichen Ausnahmen abgesehen nahmen erst nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 Hanseaten in erwähnenswertem Umfang einen Adelstitel an – nicht ohne teils offene Kritik ihrer Standesgenossen, denen das Sozialprestige eines bürgerlichen Namens einer der ältesten Bürgerrepubliken Europas mehr galt.[36][42] Als beispielsweise Johann Berenberg Gossler[43] 1889 in den preußischen Adelsstand erhoben werden sollte (1910 preußischer Freiherr), rief seine Schwester Susanne, verheiratete Amsinck, aus: „Aber John, unser guter Name!“ und Bürgermeister Johann Heinrich Burchard bemerkte zu der Nachricht, seine Majestät geruhe, Rudolph Schröder (1852–1938) in den Adelsstand zu erheben, Majestät könne ihn zwar in den Adelsstand „versetzen“, in ihn „erheben“ könne sie einen hanseatischen Kaufmann jedoch nicht.[44][45] Schon zur kaiserlichen Nobilitierung von Ernst Merck 1860 äußerte Adolphine Schramm, geb. Jencquel, sie fände es jämmerlich, sich als Chef einer Firma einen Baron schelten zu lassen.[46] Selbst sein Bruder, der Senatssyndicus Carl Hermann Merck (1809–1880) beklagte, dass neuerdings Hanseaten „nach Orden und Adel und sonstiger Befriedigung von Eitelkeit jagten.“[47]

Für den im seinerzeit zu Dänemark gehörenden Holstein begüterten Hanseaten Adolph Jencquel (1792–1855) „verstand sich deshalb von selbst“, [48] dass er den ihm angetragenen dänischen Adel ablehnte. Viele hanseatische Familien verfügten gleich ihm außerhalb Hamburgs auf Grund einer zunehmenden Feudalisierung des Lebensstils der meisten alten Familien Hamburgs[49] über adelige Güter, was den Weg zu einem Adelsprädikat häufig – wenn man es denn wollte – „verkürzte“. So ließ sich Karl Ruperti (1835–1909) als Besitzer des Rittergutes Grubno 1901 nobilitieren, während andere ihrem bürgerlichen Namen treu blieben, wie etwa die Jauch als Herren auf Wellingsbüttel.[47] Erschwerend kam hinzu, dass derartige Nobilitierungen oft als „Prämien“ für das Fehlen eines vaterstädtischen Patriotismus verstanden werden mussten, und tatsächlich beschworen sie gelegentlich Loyalitätskonflikte herauf. Dies gilt beispielsweise für Johann Berenberg-Gossler (1839–1913) und für die Brüder Heinrich und Albertus Ohlendorff, die sich vor ihrer Erhebung in den erblichen Preußischen Freiherrenstand in der Zollanschlussfrage entschieden gegen den Senat auf die Seite Bismarcks gestellt[50] und „so etwas wie Vaterlandsverrat begangen“ hatten. [51]

Eine teils angestrebte Funktion der Annahme des Adels war der Ausschluss von öffentlichen Ämtern. So musste ein in Hamburg angetragener Senatorenposten übernommen oder die Stadt verlassen werden.[52][53] Problematisch war dies für Familien, die lediglich über einen einzigen „Leistungsträger“ verfügten, denn dessen Berufung in ein Ehrenamt konnte die Existenz der Firma gefährden, weil ein Senator nicht länger uneingeschränkt für die Geschäftsleitung eines Unternehmens zur Verfügung stand.[54] Aus diesem Grund wurde beispielsweise John von Berenberg-Gossler von seinem Vater nach dem Eintritt in den Senat 1908 von der Firmennachfolge ausgeschlossen. Auch war der Wechsel aus dem Kaufmannsstand in ein Senatorenamt in aller Regel mit erheblichen Einkommenseinbußen verbunden.[55] Diese Misslichkeiten ließen sich durch eine Nobilitierung effektiv verhindern. Später ließen sich solche Kaufleute zu Honorarkonsuln ausländischer Staaten in Hamburg bestellen, was – bei gleicher Wirkung hinsichtlich des Ausschlusses von bürgerlichen Ehrenämtern in der Stadt – die Annahme eines Adelsprädikates vermied.

Auszeichnungen

Ähnliches wie für die Annahme von Adelsprädikaten galt für die Annahme von „Auszeichnungen fremder Herren“. Auch dies geht auf Hamburger Stadtrecht aus dem 13. Jahrhundert zurück. Die Tatsache, dass die „äußerlich sichtbaren Ordensinsignien den Dekorierten vor seinen Kollegen und Mitbürgern als einen vorzüglicheren auszeichnen sollen“, galt schon damals als ein Umstand, der in entschiedenem Widerspruch zum bürgerlichen Geiste der Verfassung stehe. („Es gibt über dir keinen Herren und unter dir keinen Knecht.“)[57][58] So ist es nach Hamburger Ordenspraxis bis heute noch bei allen Senatoren, Bürgerschaftsabgeordneten und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst zumindest verpönt, Auszeichnungen anzunehmen – auch nach ihrer Pensionierung.[59] Früher war es den führenden Repräsentanten verboten.[60] Grundsätzlich nahmen und nehmen Mitglieder des Bremer Senats keine auswärtigen Orden an.[61] Der Hanseat bekomme seinen Lohn in dem Bewusstsein erfüllter Pflicht, nicht etwa durch Auszeichnungen. Altbundeskanzler Helmut Schmidt lehnte das Bundesverdienstkreuz mehrfach mit der Begründung ab, ehemaliger Hamburger Senator zu sein. Heute ist die meist öffentlichkeitswirksame Ordensablehnung durchaus beliebt, da sie auf scheinbar bescheidene Art auch jenen Gelegenheit bietet, sich in die hanseatische Tradition zu stellen, die von Geburt keine Hanseaten sind.[62]

Als zwölf deutsche Bundesfürsten 1908 auf Schloss Schönbrunn bei Wien Kaiser Franz Joseph I. anlässlich seines 60. Thronjubiläums huldigten, traten elf Bundesfürsten in Paradeuniform mit großem Ordensgepränge auf. Nur Bürgermeister Johann Heinrich Burchard, einziger Bürgerlicher, erschien im schwarzen Talar mit Halskrause ohne jeden Orden und

machte aus Sicht der Hanseaten eine „fabelhafte Figur“.[63] Die Bundesfürsten hingegen wurden als „Papageien“ bezeichnet. „Es war der Hohn des selbstbewußten Außenseiters, der kleinen Republik, die sich über Jahrhunderte hinweg in dem Meer deutscher Feudalherrschaften behauptet hatte und unabhängig geblieben war. Und es war der Spott einer kleinen Gruppe bürgerlicher Familien, die ein feines Netz aus Familienbeziehungen geknüpft hatte, die ihre wirtschaftliche, politische und soziale Vormachtstellung innerhalb der Stadtrepublik hielt.“[64]

Der Senator Gustav Godeffroy wagte es im Jahre 1878, einen ihm vom russischen Zaren verliehenen Orden an seinen Frack zu heften. Auf das Verlangen, den Orden abzugeben, äußerte er, er wollte lieber die „Hundemarke“ eines Kaisers tragen, als „republikanischer Senator a. D.“ sein. Daraufhin verlor er nicht nur den Titel und die Vorrechte, die Runde der Senatoren beschloss darüber hinaus, den Namen Godeffroy im Staatshandbuch zu streichen.[65] Ein weiterer prominenter Hanseat, der diese Regeln nicht achtete, war Alwin Münchmeyer der Jüngere, der als Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages zahlreiche Orden annahm, dies später zwar als „Sündenfälle“ bezeichnete, nicht jedoch seine Orden zurückgab.[66]

Als einziges Bundesland stimmte die Freie Hansestadt Bremen gegen die Stiftung des Bundesverdienstkreuzes. Bremen und Hamburg sind zudem die einzigen Bundesländer, die keinen eigenen Verdienstorden gestiftet haben.

Als Senator Alfred Dominicus Pauli vom Kaiser 1893 einen Orden erhalten sollte, befragte er seinen Senat in Bremen. Dieser stellte zu dem Brauch keine Orden zu verleihen oder zu tragen fest: „Von altersher ist es Gebrauch, daß Decorationen von Senatsmitgliedern niemals angenommen werden, und so empfiehlt es sich auch – abgesehen von anderen Gründen – schon um deswillen hieran festzuhalten. Auch weil der Bremer Senat nicht in der Lage ist, derartige Höflichkeiten zu erwidern.“ Senator Pauli verzichtete auf eine Ordensannahme. Bürgermeister Theodor Spitta hat diesen Brauch 1952 gegenüber dem Bundespräsidenten nochmals bekräftigt in dem er schrieb: „Der Senat fühlt sich auch heute noch an einen sehr alten Beschluß gebunden. Dieser Senatsbeschluß ist nicht Ausdruck irgendeines unberechtigten und unangebrachten Stolzes oder eine allgemeine Ablehnung des Ordensgedankens überhaupt, sondern entspricht einer besonderen, jahrhundertealten hanseatischen Tradition, die in unserer Bevölkerung noch heute lebendig und auch in mir als geborenem Bremer wirksam ist.“ Auch er lehnte einen hohen Orden deshalb ab.[67]

Es wurden und werden aber von den Hansestädten Medaillen verliehen:

In Bremen gab und gibt es Ehrenmedaillen wie etwa 1815 die Ehrenmedaille für die Teilnahme am Befreiungskrieg und seit 1843 die Bremische Ehrenmedaille in Gold sowie seit 1938 und erneut seit 1952 die Senatsmedaille für Kunst und Wissenschaft. Darüber hinaus gibt es seit 1908 die Lebensrettungsmedaille und gab es ab 1902 nur zeitweise eine Preismedaille für erfolgreiche Leistungen bei Ausstellungen.[68]

In Lübeck wird die Bene Merenti seit 1835 als Denkmedaille und hohe Auszeichnung verliehen und in Hamburg seit 1925 die Bürgermeister-Stolten-Medaille.

Gleichwohl bestand im Ersten Weltkrieg in den Hansestädten das Bedürfnis, Bürger für herausragende Verdienste zu ehren. Alle drei Hansestädte stifteten 1915 je eigene Ausprägungen des Hanseatenkreuzes als Kriegsauszeichnung.

Das Ehrenbürgerrecht blieb nach dem Verständnis des 19. Jahrhunderts Auswärtigen vorbehalten, die selbst nicht Bürger der Stadt waren. Das waren zunächst einmal Diplomaten, die die Handels- und Schifffahrtsinteressen der Städte sichern halfen. Es gibt Fälle, in denen die drei Schwesterstädte ihr Ehrenbürgerrecht gleichzeitig einer verdienten Persönlichkeit zusprachen. Der letzte Stalhofmeister der Hanse James Colquhoun wurde auf diese Weise für seine diplomatischen Verdienste als hanseatischer Ministerresident geehrt. Erst mit dem Fortfall des Bürgerrechts und der Einführung der Freizügigkeit im 20. Jahrhundert wandelte sich diese Anschauung ansatzweise dahin, dass auch in der Stadt geborene Bürger Ehrenbürger werden konnten.

Stolz

Das Verhältnis zu Adel und Auszeichnungen verweist auf die hervorstechende Eigenschaft des Hanseaten, seinen Stolz. Die Hanseaten waren bekannt für ihren „Eigendünkel“, der ihre Vaterstadt für sie zum „glücklichsten Aufenthaltsort in der Welt machte“.[69]

Ende des 18. Jahrhunderts fasste von Heß die Weltsicht des Hanseaten in seiner Beschreibung Hamburgs zusammen: „Wie der Chinese teilte er das ganze Menschengeschlecht in Hamburger und ‚Butenmischen‘[70] – womit er die noch etwas vergrößerte Idee verband, die sich der Grieche bei seinem ‚Barbaros‘ dachte (...) Was ihm höher schien, wollte er aus

Trotz, was ihm niedriger war, aus Verachtung nicht kennen.“[71] „Junkherthum, welches an Uebermuth, Stolz, Aufgeblasenheit etc. dem deutschen Hofjunkherthum nichts nachsteht.“[72] Noch Thomas Mann schrieb 1904 an seinen Bruder Heinrich: „Es ist ein altes Lübecker Senatorssohnvorurtheil von mir, ein hochmüthiger Hanseateninstinkt, ... daß im Vergleich mit uns eigentlich alles Übrige minderwerthig ist.“[73]

Vom Hamburger Bürgermeister Johann Heinrich Burchard wird berichtet, dass er bei Erstellung der Wandgemälde im Festsaal des Hamburger Rathauses, die Prof. Hugo Vogel entworfen hatte, den Porträtmaler Heinrich Kugelberg anwies, eigenhändig einen zur Taufe knienden Jüngling aus dem Gemälde zu entfernen, das die Christianisierung Hamburgs darstellen sollte, denn „Hamburger knien vor niemandem“.[74] Dieser Stolz des freien Bürgers wirkte bis in die Vollstreckung der Todesstrafe hinein. Spätestens seit dem Mittelalter wurde in Hamburg ausschließlich durch Enthauptung mit dem Richtschwert gerichtet.[75] Diese Hinrichtungsart galt gegenüber der Vollstreckung der Todesstrafe durch den Strang, durch Rädern oder auf sonstige Weise nicht als ehrenrührig und war andernorts dem Adel vorbehalten.

Verhältnis zum Militär

Als Seehandelsrepubliken legten die Hansestädte, besonders Hamburg, in der Hansezeit Wert auf den Kampf gegen die Seepiraterie. Doch zu eigenen Landstreitkräften hatten die Hanseaten ein eigenwilliges Verhältnis. Die Städte benötigten das Berufsmilitär zwar, um im Krisenfall ihre Befestigungsanlagen ausreichend besetzen und verteidigen zu können, wollten sich aber nicht alleine auf das Berufsmilitär stützen. Zudem lehnte der Hanseat den regelmäßig das Offizierskorps bildenden Adel ab und verabscheute zugleich den zum großen Teil aus entwurzelten Existenzen zusammengesetzten Mannschaftsstand.[76]

Während der Befreiungskriege gab es aber dann doch die Hanseatische Legion, eine Truppe die sich aus Bürgern der drei Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck zusammensetzte. Sie bestand zunächst aus einer Gruppe Hamburger Bürger, die sich auf Anregung des russischen Generals Tettenborn 1813 zusammenfand. Alsbald schlossen sich Verbände von Freiwilligen aus Lübeck und Bremen an, wo Heinrich Böse das Freiwillige Bremische Jäger-Korps ins Leben rief.

Hamburg schuf nach der Hamburger Franzosenzeit parallel eine eigene, aus Bürgern bestehende Truppe, das Hamburger Bürgermilitär. Lübeck gründete neben seinem Berufsmilitär die Lübecker Bürgergarde. In Bremen wurde Böse 1815 als Oberst mit der Organisation einer Bremer Bürgerwehr beauftragt.[77][78]

Der Höchstkommandierende des Hamburger Berufsmilitärs, der Hamburgischen Garnison, hatte nur den Rang eines Obersten, weil die Hamburger Hanseaten kein Interesse daran hatten, einen General mit den seinem „Stand“ gebührenden Geltungsansprüchen in der Stadt zu haben. Auch in Bremen führte die 600 Mann starke Bürgerwehr ein Oberst, zeitweise auch ein Major. Anders Lübeck, dass sich einen Grafen Chasôt als „Generalleutnant“ für sein damals 600 Mann starkes Lübecker Stadtmilitär leistete.

Das Hamburger Bürgermilitär spiegelte die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Stadt wider. Während die vorherige, von den Franzosen aufgelöste Bürgerwache noch eine kleinbürgerliche Veranstaltung war, die durch ihren kläglichen Zustand eine „allgemein anerkannte und in Karikaturen verstattete Lächerlichkeit“ zu eigen war,[79] boten die verschiedenen Truppenteile des Hamburger Bürgermilitärs Gelegenheit zu gesellschaftlicher Differenzierung. Das Offizierskorps wurde von den Fernhandelskaufleuten majorisiert.[80] Die Freikorps Artillerie, Jäger und Kavallerie entschieden im Gegensatz zur Infanterie zudem darüber, wen sie aufnahmen.[81] So bestand insbesondere die Kavallerie hauptsächlich aus Söhnen von Kaufleuten,[82] die alleine in der Lage waren, den erheblichen, privat zu tragenden Aufwand für die Uniform, die eigenen Pferde und die zum Korps gehörenden Trompeter zu leisten (siehe im Einzelnen „Bedeutung und soziale Struktur des Bürgermilitärs“).

Als Hamburg und Bremen 1866 sich mit Preußen im Norddeutschen Bund vereinigten, entstand noch das preußische 1. Hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 75, das ursprünglich als Infanterieregiment 75 in Stettin aufgestellt und später nach Harburg und Stade verlegt wurde und nach dem Deutschen Krieg 1866 in Bremen und Stade stationiert war. Der Begriff Hanseatisch diente hier also lediglich als höfliche Verzierung.

Mäzenatischer Bürgersinn

Stiftungen aus Hansischer Zeit

Die Hansestädte weisen heute noch funktionierende Stiftungen des Mittelalters wie das Lübecker Heiligen-Geist-Hospital des Bertram Morneweg von 1282 auf. War das Stiften von Vikarien und Präbenden im Mittelalter noch fast ausschließlich von der Sorge um das eigene Seelenheil bestimmt, so zeigen sich zumindest in der Zeit des Spätmittelalters die Bildnisse

der Stifter in demütiger Haltung am Rand der Tafelbilder der Flügelaltäre.[83] Mit der Reformation und ihren Bilderstürmen ist in den drei Hansestädten diesbezüglich ein Wandel unterschiedlichen Ausmaßes verbunden, in Bremen bleibt aus der Vorzeit am wenigsten erhalten. Im Zuge der Renaissance findet nach der Reformation das Epitaph als neue Kunstform Eingang in die Welt des Stiftens und mit ihm rückt das Porträt des Stifters in den Vordergrund. Die Intention der Stifter war nunmehr, von der Nachwelt anhand der Grabmale und Grabkapellen oder Wohltaten nachhaltig erinnert zu werden.[84] Daneben stand die Armenpflege weiterhin im Vordergrund, die zahlreichen Lübecker Gänge und Höfe wären anders nicht denkbar, der Füchtingshof von 1637 ist ein weiteres herausragendes Beispiel einer heute noch funktionierenden Altstiftung.[85]

Stiftungen in Hanseatischer Zeit

Seit der Reformation und später vor allem im 19. Jahrhundert setzten sich die erfolgreichen Hamburger Kaufleute mit oft großzügig ausgestatteten Stiftungen ein Denkmal. Bis auf den heutigen Tag gehört es zu den vornehmsten hanseatischen Tugenden, seinem Bürgerstolz und seinem Stolz auf seine Stadt mit früher teils gewiss zugleich euergetischem – das heißt den Führungsanspruch der Mächtigen und Reichen unterstreichenden, jetzt nur noch mäzenatischen Bürgersinn Ausdruck zu geben,[86] der Hamburg heute zur „Stiftungshauptstadt“[87] der Bundesrepublik macht. Aber auch die Lübecker Schwester wäre ohne ihre zahlreichen Stiftungen nicht zu denken.

Weitere namhafte Stifter waren in der Neuzeit zum Beispiel in Hamburg:

- Freiherr Johann Heinrich von Schröder (1784–1883), „Schröderstift“ 1850
- Martin Johann Jenisch der Jüngere (1793–1857), „Jenisch-Stift“,
- Georg Friedrich Vorwerk (1793–1867), „Vorwerk-Stift“ 1866
- Auguste Jauch (1822–1902), „Damenstift aus Dankbarkeit“ 1881 in Kiel und andere
- Karl Heinrich Schmilinsky (1818–1891), „Schmilinsky-Stift“ 1895
- Edmund Siemers (1840–1918), „Edmund-Siemers-Stiftung“ und andere

in Lübeck:

- Henning Parcham, „Parcham’sche Stiftung“ 1602
- Margaretha Elisabeth Jenisch, „Jenische Freischule“ 1829
- Emil Possehl, „Possehl-Stiftung“ 1919

in Bremen:

- Haus Seefahrt, Stiftung „Arme Seefahrt“ 1545
- Hans-Wendt-Stiftung, 1919

Stiftungen in Hanseatischer Tradition

- Alfred Toepfer (1894–1993), „Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.“ 1931
- Kurt A. Körber (1909–1992), „Körber-Stiftung“ 1959
- Gerd Bucerius (1906–1995), „Zeit-Stiftung“ 1971
- Heinrich Dräger (1898–1986), „Dräger-Stiftung“ 1974
- Helmut Greve (1922-), „Hamburgische Stiftung für Wissenschaften, Entwicklung und Kultur“

Ehrenamt

Ebenso wie die Hanseaten als Mäzene auftraten, war es üblich, ehrenamtlich seiner Stadt nach Kräften zu dienen.[88] Die Wurzeln dieses Selbstverständnisses lagen in den aus dem

mittelalterlich-genossenschaftlichen Leben erwachsenen Einrichtungen, die ehrenamtlich von den Bürgern selbst getragen wurden. Teils zur Entlastung, teils zur Kontrolle des Senats, teils auch zur gemeinschaftlichen Betreuung städtischer und mildtätiger Einrichtungen entwickelten sich zahlreiche Ausschüsse und Verwaltungen. In diesen Gremien betätigten sich die Bürger ehrenamtlich. Auf diese Weise vermied es Hamburg, eine Bürokratie aufzubauen, wie sie in den deutschen Binnenstaaten entstand, in welchen den Untertanen nicht einmal beratende Stimme zustand. Nur auf den unteren und mittleren Ebenen der Verwaltung und in einzelnen speziellen Funktionen wurden Berufsbeamte eingesetzt. Erst die 1614 begonnene Einrichtung der Hamburger Garnison (siehe „Bürgerwache, Hanseatische Legion, Hamburgische Garnison und Infanterie-Regiment Hamburg“) brachte die Neuerung, dass nicht die Bürger selbst ihre Belange wahrnahmen, sondern auf bezahlte Kräfte zurückgriffen.[89] Die Hanseaten regierten sich nicht nur selbst, sie verwalteten sich auch selbst.

Beispielhaft ist der Werdegang von Matthias Mutzenbecher (1653–1735). Er absolvierte 1669 eine kaufmännische Lehre in Hamburg und wurde 1678 selbständiger Kaufmann. Nachdem er knapp zwanzig Jahre sein Unternehmen aufgebaut hatte, übernahm er folgende Aufgaben, die zugleich einen Einblick in den Umfang hanseatischer Selbstverwaltung geben: 1696 Jurat (Kirchgeschworener), 1699 Mitglied des Niedergerichts, 1702–1708 Kämmerer-Bürger, 1710 Oberalter, 1710–1735 Senator, 1711–1712 Düpe-Herr (Stromtiefe der Elbe), 1711–1712 Fortifications-Deputation, 1713, 1723, 1731 Ratsdeputierter für den Land-, Elb- und Neuwerker Zoll und Börsen-Deputation, 1715–1716 Vorhöckerei (Kontrolle von Lebensmittelpreistreibereien), 1715, 1726–1727 Deputation zur Brot-Ordnung, 1717 dritter Prätor, 1718 zweiter, 1719 erster Prätor (Vorsteher des Niedergerichts und Polizeiherr), 1720–1722 Schoß-Herr (Vermögenssteuer) der Nikolai-Schoßtafel, 1723–1735 der der Katharinen-Schoßtafel, 1721 Korn-Herr, 1721–1722 Bank-Deputation, 1721–1727 Deputation zur Annahme der Fremden, 1721 zweiter Landherr auf Bill- und Ochsen-Wärder, 1723–1725 zweiter, 1726–1727 erster Landherr zu Hansdorf und Wohldorf, 1722–1727 Wein-Accise- und Wette-Deputation, 1723–1735 Kriegsrats-Kollegium und Obrist des Regiments zu St. Katharinen, 1726 zweiter, 1728 erster Kirchspiel-Herr zu St. Jacobi, 1728–1735 Mitglied der (mit Lübeck gemeinsamen) Bergedorfer Visitations-Behörde, 1728–1735 Mitglied des Scholarchats, 1728 zweiter, 1729–1735 erster Landherr zu Hamm, Horn und Hamburger Berge, 1728–1735 Admiralitäts-Kollegium, 1728–1735 Vorstand der Deputation für das Matten- und Mühlenwesen, 1728–1735 Patron des Ratsweinkellers, 1729–1735 Makler-Deputation, 1729–1735 zweiter Kirchspielherr zu St. Nikolai, 1731 Patron des Mariae-Magdalenen-Klosters und des Heilig-Geist-Hospitals, 1731–1735 Präses der Convoi-Deputation (für die staatlichen Geleitschiffe).[90]

Neben dieses Wirken in den städtischen Gremien trat der sonstige Einsatz für Belange der Allgemeinheit. Viele kulturelle und mildtätige Projekte wurden durch die Bremer Gesellschaft Museum, die Hamburger Patriotische Gesellschaft von 1765 oder die Lübecker Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit angestoßen und gefördert. Dazu gehören vielfach die städtischen Museen, Kunstsammlungen und Bibliotheken und diverse Projekte der sozialen Fürsorge und Armenpflege. In einer ungewöhnlichen Kontinuität, die nur in wenigen anderen Stadtstaaten wie zum Beispiel Basel Parallelen hat, sind die drei Gesellschaften den aufklärerisch-gemeinnützigen Impulsen und Zielen treu geblieben.

Personen, die sich ehrenamtlich engagiert haben, sind zum Beispiel:

in Hamburg

- Amandus Augustus Abendroth (1767–1842), 1821 Schöpfer des „Magdalenen-Stiftes“
- Theodor Avé-Lallemant (1806–1890), 52 Jahre Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Philharmonischen Gesellschaft
- Johann Georg Büsch (1728–1800), Mitbegründer der „Allgemeinen Armenanstalt“
- August Jauch (1861–1930), seit 1890 im Armenwesen tätig
- Amalie Sieveking (1794–1859), 1831 Gründerin des „Weiblichen Vereins für Armen- und Krankenpflege“
- Johann Hinrich Wichern (1808–1881), 1833 Gründer des „Rauhen Hauses“

in Bremen

- Johann Focke (1848–1922), Syndicus, Gründer und Leiter des Focke-Museums in Bremen
- Justin Friedrich Wilhelm Löning (1796–1879), Kaufmann, Vorsitzender des Bürgerparkvereins Bremen
- Hermann Henrich Meier junior (1843–1905), Unternehmer, Kunstmäzen, Vorsitzender des Kunstvereins in Bremen (Kunsthalle Bremen)
- Franz Ernst Schütte (1836–1911), Kaufmann, Mäzen der Stadt, Vorsitzender vom Bürgerparkverein Bremen

Landhäuser und Villen

Die Hanseaten entzogen sich der immer enger und volkreicher werdenden Stadt und schufen um Hamburg einen Grüngürtel mit Sommersitzen und Parkanlagen,[91] die so zahlreich waren, dass das Altonaer Museum 1975 in einer Ausstellung 500 Ölbilder, Drucke und Modelle präsentieren konnte.[92] Im 19. Jahrhundert erlangte besonders die Elbchaussee als beliebter Ansiedlungsort Bedeutung, auf der sich „der Hamburger Kaufmann (...) ein Wahrzeichen (...) errichtet“ hat,[93] „eine in sich geschlossene Kulturlandschaft von europäischem Rang.“[94] Letzter großer Neubau eines Hauses in dieser Landhausstradition war in der Zeit der Weimarer Republik das aus Diskretionsgründen in der Literatur Haus K. in O. genannte Anwesen für Philipp Fürchtgott Reemtsma mit einer Wohn- und Nutzfläche von etwa 1700 Quadratmeter.

In Bremen entstanden Villen und Landhäuser in Oberneuland, Borgfeld, Horn-Lehe sowie im östlichen Schwachhausen, aber vereinzelt auch im später industrialisierten Walle und Gröpelingen. Aber auch im damals noch nicht bremischen Gebiet am Nordufer der Lesum in Lesum oder St. Magnus wurden große Landhäuser gebaut.

Lebte der Hanseat in der Stadt eher unauffällig in nüchternen Bürgerhäusern, liebte er es umso mehr, in seinen Landhäusern Luxus zu treiben.[95] Der für die quasi-adligen Landsitze betriebene Aufwand – sei es beim Bau, sei es beim Erwerb solcher Landsitze – war zum Teil beträchtlich und übertraf den für manches Jagdschloss eines mecklenburgischen Landesherrn.[96] War es dem Mittelstand durchaus möglich, sich eine bescheidene, regelmäßig gemietete Wohnung auf dem Land zu leisten,[97] so waren es nur „Reiche und Superreiche“, welche sich die aufwändigen Landhäuser leisten konnten,[98] um das „Hamburger Modell“[99] zu leben.

Erhaltene Landhäuser und Villen

Hamburg

Von „Hamburgs Schätzen an ehemaligen Landhäusern“[100] sind unter anderem erhalten:

- Landhaus J. C. Godeffroy
- Jenischhaus
- Voghts Landhaus
- Herrenhaus Wellingsbüttel

Bremen

In Bremen sind an großen Landhäusern unter anderem erhalten:

- Landgut Hodenberg in Oberneuland
- Heinekens Landgut mit Heinekens Park in Oberneuland
- Landhaus Böving mit dem Landschaftsgarten Höpkens Ruh in Oberneuland
- Landgut Muhle mit Muhles Park in Oberneuland
- Landhaus Caesar-Ichon mit Ichons Park in Oberneuland
- Knoops Park in Lesum, das Landgut beziehungsweise Schloss Mühlenthal wurde abgerissen
- Admiral-Brommy-Haus in Lesum, das Christian Lahusen erwarb

Lübeck

Die Lübecker Familien hatten seit dem Mittelalter in Güter des Umlands in Holstein, Sachsen-Lauenburg und Mecklenburg investiert. Trotz verwandtschaftlicher Bande bestand die distanzierende Abgrenzung der Lübecker zum Landadel fort, nicht zuletzt, weil die in der Zirkelgesellschaft zusammen gefasste gesellschaftliche Führungsgruppe der Reichsstadt reichsadlig privilegiert war. In der unmittelbaren Umgebung der Stadt wurden diese Güter, insbesondere die Untergruppe der Lübschen Güter, auch als repräsentative Sommerwohnsitze vor den Toren vorgehalten. Innerhalb der Lübecker Landwehr gelegene Güter wie das Gut Strecknitz wurden entsprechend genutzt. Das Gut Paddelügge ging bereits 1602 aufgrund des

Testaments des Ratsherrn Parcham in die Parcham'sche Stiftung über, deren Stiftungsvorstände das 1734 erneuerte Gutshaus aufgrund der Stiftungssatzung bis heute Reih um als Sommerhaus nutzen. Daneben entstanden im 18. Jahrhundert die Gartenhäuser vor den Toren, von denen etliche bis heute erhalten sind. Diese Entwicklung wurde stark durch Lübecks damaligen Stadtkommandanten Egmont von Chasôt vorgezeichnet. Als herausragendes Beispiel für das Rokoko gilt das Küsselsches Palais an der Trave, heute von Hafenanlagen umgeben. Wohl eines der bekannteren Beispiele für ein Sommerhaus im Stile des Klassizismus ist die Lindesche Villa von 1804. Mit Aufhebung der Torsperre 1864 wurden die Sommerhäuser zunehmend auch als Dauerwohnsitze genutzt.

Ruinöser Lebensstil

Werden prägende Elemente des Hanseatumms zusammengefasst, liegt auf der Hand, warum immer wieder bedeutende Hanseaten in Vermögensverfall gerieten: Auf der „Einnahmensseite“ konnten die Wechselfälle eines weltweiten Seehandels zum plötzlichen Versiegen der benötigten Mittel für den aufwendigen Lebensstil (siehe „Pärrisch Leben“) des Hanseaten führen. Auf der „Ausgabenseite“ konnte der unter den Hanseaten „gebotene“ Lebensstil selbst größere Vermögen binnen kurzer Zeit aufzehren. Das bei Hanseaten stets gepflegte Ehrenamt war ein weiteres Risiko für ausgeglichene Einnahmen und Ausgaben. Adolph Freiherr Knigge meinte Ende des 18. Jahrhunderts, lediglich im calvinistisch geprägten Bremen sei „der Luxus um vieles geringer wie in den übrigen Hansestädten.“[101] Mit dem sich ausweitenden Überseehandel und seinen Gewinnen änderte sich der Lebensstil in Bremen, selbst wenn der in Hamburg betriebene Luxus nicht erreicht wurde - „In der feudalen Prachtentfaltung stehen die ‚Hanseaten‘ hinter den deutschen Fürstenthöfen längst nicht mehr zurück. In der Repräsentationslust, in der Zurschaustellung von Macht und Reichtum kann es in Deutschland keiner mehr mit Hamburg aufnehmen.“[102]

Prominente Beispiele für Vermögensfall aus den genannten Gründen gibt es viele. Der Hamburger Kaufmann und Sozialreformer Caspar Voght (1752–1839) legte auf seinen Hamburger Ländereien ein Mustergut an, dessen „parc du midi“ der heutige Jenischpark bildete. Seinen „Reichtum hat er wie kein anderer hanseatischer Kaufmann des Jahrhunderts in den Dienst des kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritts und der fürsorglichen Unterstützung der Allgemeinheit gestellt“.[103] Seine Unternehmung ging aufgrund der Kontinentalsperre 1811 bankrott. Voght musste sein Gut an den Bankier und Senator Martin Johann Jenisch verkaufen und lebte zuletzt bei der Witwe seines vormaligen Geschäftspartners Georg Heinrich Sieveking. Lübecks Bürgermeister Mattheus Rodde (1754–1825) fungierte in der Franzosenzeit als Großfinanzier seiner Heimatstadt. Dreieinhalb Jahre lang erhielt er die gesamten Einkünfte der Stadt aus Steuern und Abgaben und beglich dafür auf eigene Rechnung alle öffentlichen Ausgaben. 1810 war Rodde zahlungsunfähig und musste als Bankrotteur aus dem Rat ausscheiden und Lübeck verlassen. Erst Ende seines Lebens lebte er von Freunden unterstützt wieder in Lübeck. Johan Cesar VI. Godeffroy (1813–1885) wurde in seinen besten Zeiten der „König der Südsee“ genannt und galt als „Inbegriff des hanseatischen Kaufmanns“. Er war Präses der Handelskammer Hamburg, bewohnte das ererbte „Landhaus J. C. Godeffroy“ und ließ dort den „Hirschpark“ anlegen. Zudem begründete er das „Museum Godeffroy“. 1879 stellte er die Zahlungen ein und schloss mit seinen Gläubigern einen Vergleich, dessen Abwicklung über 30 Jahre in Anspruch nahm. Wohlhabende Freunde ermöglichten ihm bis zu seinem Tode den Verbleib in seinem Haus.

Anglophilie

In Meyer's Conversations-Lexicon stand 1923: „Die höheren Stände H.s charakterisiert eine gewisse Ausländerei, besonders eine blinde Vorliebe für Frankreich und vor allem für England und alles, was englisch ist (...) während man die deutschen Interessen kaum eines flüchtigen Hinblicks würdigte.“[72]

Hansische Zeit

Die Hansestädte verband eine lange Handelstradition mit England. Seit 1266 konnten sich Hanseatische Kaufleute an der englischen Ostküste niederlassen und Handel treiben. 1281 eröffneten Hamburger, Kölner und Lübecker Kaufleute in London den „Stalhof“ als zentrales Handelskontor. 1567 ließ sich die Kaufmannskompanie der Merchant Adventurer in Hamburg im „English Court“ nieder. Enge wirtschaftliche, politische und intellektuelle Verbindungen waren selbstverständlich. Zunächst bestand jedoch das „niederländischen“ Zeitalter, als die holländische Sprache beinahe eine lingua franca der Elbkontore war. „Was in Hamburg an Neuerungen eingeführt wurde, (...) was dem Handel, der Kultur und dem Lebensstil sein Gesicht gab, hing mit jener großbürgerlich-kaufmännischen Kultur im Westen zusammen, die den Hamburgern durch ihren Protestantismus verwandt, durch ihren Zugang zur Welt überlegen war.“[104] Wesentlich beeinflussender Faktor waren die niederländischen Glaubensflüchtlinge, die im Achtzigjährigen Krieg um die Wende zum 17. Jahrhundert nach Hamburg flüchteten. Die Wiederbelebung des Handels zwischen England und den norddeutschen Hansestädten nach der Stuart-Restauration (1660–1689) leitete allmählich eine Wende ein.[105]

18. Jahrhundert

Seit Anfang des 18. Jahrhunderts brachten hugenottische Glaubensflüchtlinge den Hansestädten wirtschaftliche Blüte. Frankreich löste Holland als prägende Kultur ab. Zugleich ist ein stärkerer Einfluss englischen Lebensstils zu verzeichnen, der in Konkurrenz zum Einfluss Frankreichs trat. Neben der Aufhebung des Monopols der Merchant Adventurers trugen weitere Faktoren zum Aufschwung des Handels mit den Hansestädten bei. So verursachten die Englisch-Niederländischen Seekriege im 17. und 18. Jahrhundert eine Verlagerung des englischen Handelsverkehrs zu den norddeutschen Häfen, während der Spanische Erbfolgekrieg zu einem völligen Erliegen ihres Handels mit Spanien führte.[106] Während das an dem „Nebenmeer“ Ostsee liegende Lübeck hiervon nicht entscheidend erfasst wurde, spielte Bremen im Handel mit England zu keinem Zeitpunkt eine so herausragende Rolle wie Hamburg. Die Company der Merchant Adventurers verbot ihren Mitgliedern ursprünglich den Direkthandel mit Bremen, der deswegen über die Niederlande und Hamburg abgewickelt wurde. Dies änderte sich erst als Folge der Englisch-Holländischen Seekriege, als England den Direkthandel mit Bremen aufnahm, um Holland zu schädigen. Zudem wurde der Bremer Handel behindert durch die politischen Verhältnisse – Das Umland der Hansestadt Bremen war als Herzogtum Bremen von 1648 bis 1719 unter schwedischer Herrschaft. Schließlich mussten die Bremer Kaufleute für den Handel entlang der Weser Zoll entrichten, vor allem an die zeitweise von dänischen Fürsten regierte Grafschaft Oldenburg und das Herzogtum Oldenburg[107]

Die eigentliche Anglophilie erreichte während der Aufklärung mit der Rezeption englischer Schriftsteller im 18. Jahrhundert ihren ersten Höhepunkt. Dabei bedingte die Konfessionalisierung des Lebens einen konfessionell-selektiven Rezeptionsprozess: die Anglophilie fand vornehmlich im protestantischen Deutschland wie den Hansestädten Resonanz. [108] Nicht nur die ungewöhnliche politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität des damaligen England fand allgemeine Beachtung, sondern vor allem auch das unvergleichliche Maß an Freiheit und Rechtssicherheit, das die Untertanen des Königs von Großbritannien genießen durften.[109] England war nicht nur Hauptkonkurrent der Hanseaten, sondern zugleich wichtigstes Vorbild. Die politischen Verhältnisse auf der Insel erschienen gerade Kreisen des aufgeklärten hanseatischen Bürgertums erstrebenswert. Auch die Freimaurerei kam über das „Einfallstor“ Hamburg von England ins Reich. 1737 wurde hier die erste Loge, die „Loge d’Hambourg“, gegründet.[110] Ende des 18. Jahrhunderts begann sich die englische Gartenbaukunst unter den Hanseaten auszubreiten, beginnend mit der „ornamented farm“ Caspar Voghts.

Die Französische Revolution lenkte das Augenmerk wieder auf Frankreich. Während der erste Jahrestag des Sturms auf die Bastille in Paris auf dem Marsfeld gefeiert wurde, fand parallel dazu in Harvestehude vor den Toren Hamburgs ein Freiheitsfest statt, dessen Initiator der Hanseat Georg Heinrich Sieveking war. Das Fest sorgte weit über Hamburgs Grenzen hinweg für Aufsehen – sogar der Führer der Girondisten, Brissot, erwähnte es lobend in seinem „Patriot Français“ –, blieb aber für die (politische) Kultur Hamburgs ohne konkrete Folgen.

19. Jahrhundert

In der Hamburger Franzosenzeit 1806 bis 1814 erlitt die Frankophilie der Hanseaten einen Rückschlag. Zur Durchsetzung der Kontinentalsperre, einer Wirtschaftsblockade über die britischen Inseln, ließ Napoléon I. Hamburg während des 4. Koalitionskriegs 1806 besetzen. Die Besatzer verboten den Handel mit Großbritannien und beschlagnahmten alle englischen Waren in der Stadt. Weil England zu dieser Zeit nach Frankreich der zweitwichtigste Wirtschaftspartner Hamburgs war, kam es in der Folge zu einer Vielzahl von Bankrotten hanseatischer Handelsfirmen. Auch der Lübecker Seehandel kam in den Jahren von 1807 bis 1813 völlig zum Erliegen und die Schiffsbewegungen im Lübecker Hafen gingen zeitweilig gegen null. Damit waren der Handelsstadt während dieser Zeit praktisch alle Einnahmen abgeschnitten. Zwischen 1811 und 1812 lief kein einziges Schiff den Hafen Lübecks an (siehe Lübecker Franzosenzeit). Nach der vorübergehenden Befreiung Hamburgs durch die Russen 1813 wurde Hamburg erneut von den Franzosen besetzt. Vor den Toren der Stadt wurden zugunsten eines freien Schussfeldes die Häuser abgerissen. Die Hauptkirchen wurden zu Pferdeställen umfunktioniert, das Silberdepot der Hamburger Bank beschlagnahmt. Napoleon wird der Ausspruch zugeschrieben, „Ich ziehe es vor, die Hamburger zahlen zu lassen. Das ist die beste Art, Kaufleute zu bestrafen“. Folge der Befreiung von den Franzosen war eine umgehende Restauration der Verhältnisse in den Hansestädten. Insbesondere wurde der vorherige Rechtszustand weitgehendst wieder hergestellt. Eine kritische Würdigung geschweige denn Übernahme von moderneren Einrichtungen des französischen Staatswesens unterblieb angesichts des im 19. Jahrhundert anhaltenden Hasses auf die Besatzer und ihre Verbündeten.

Aufgrund des technischen Vorsprungs konnte England im Anschluss an die Industrialisierung, die dort im 18. Jahrhundert begonnen hatte, den deutschen Markt verstärkt bedienen, nunmehr mit preiswerten Industrieprodukten, wobei englische Firmen besonders Hamburg als Einfallstor nach Deutschland nutzten. Zeitweilig führte jedes zweite Schiff, das den Hamburger Hafen anlief, die englische Flagge. Die Offenheit für diesen Handel, der den Hamburgern Gewinn und Arbeitsplätze bescherte, ist die Wurzel des Vorwurfs „antinationaler“ Gesinnung der Hanseaten. Die Binnenländer kritisierten die Einfuhren und verlangten nach Protektion durch Schutzzölle, gar durch die Schließung des Hamburger Freihafens, um Zeit für die Modernisierung ihrer Industrien zu gewinnen.[111]

Im 19. Jahrhundert fassten englische Ingenieure und Architekten in Hamburg Fuß: Edward James Smith ließ in den 1830 Jahren die ersten Wasserrohre in Hamburg legen. Der englische Architekt George Gilbert Scott baute 1842 nach dem Hamburger Brand die Nicolaikirche wieder auf. James Godfrey Booth rief 1844 die erste Gas-Compagnie ins Leben. William Lindley war auf den Gebieten der Ver- und Entsorgungstechnik, des Wasserbaus und der Stadtplanung tätig und zwischen 1842 und 1860 für eine umfassende Modernisierung der Stadt Hamburg verantwortlich.

Die gängige Rede von der „Anglophilie der Hanseaten“ darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass ungeachtet politischer Differenzen auch Frankreich stilbildend blieb. Heinrich Heine lebte seit 1831 in Paris. Er verspottete von dort aus mit Vorliebe den hamburgischen Kaufmannsgeist. Alexis de Chateauf, Spross einer Hugenottenfamilie, wurde 1842 Leiter der technischen Kommission zum Wiederaufbau der abgebrannten Hamburger Innenstadt. Er gestaltet maßgeblich die heutige Innenstadt Hamburgs. Für die Zeit Mitte des 19. Jahrhunderts beklagte der Architekt Martin Haller: „Damals gehörte es leider noch zum guten Ton, daß die reichsten Hamburger ihre Hauseinrichtungen vom Auslande bezogen. Senator Jenisch..., Gottlieb Jenisch[112]..., Cesar Godeffroy und Baron Ernst Merck... Carl Heine[113]... Emile Nölting[114]... überließen die Einrichtung ihrer Festräume Pariser Decorateuren u. Handwerkern. Die Möbelausstattung des Union Clubs... ward auf George Parish's[115] Anordnung aus London bezogen.“

Die Nachricht vom Sieg der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution von 1848 in Frankreich wurde in Hamburg mit Jubel aufgenommen.

Die Anglophilie fand auch in den sportlichen Vorlieben der Hanseaten Ausdruck. Hamburg war das wichtigste Tor zur Welt der englischen „sports“ für Deutschland. Das so genannte Boat Race, ein Ruderwettkampf zwischen den Universitäten Cambridge und Oxford fand im Jahr 1829 zum ersten Mal statt. 1836 wurde der Hamburger Ruder-Club als ältester deutscher Ruderclub gegründet und die erste deutsche Ruderregatta gab es 1843 in Hamburg. 1845 fand in Hamburg die erste Segelregatta statt. In Altona wurde 1869 der älteste Bicycle-Club der Welt gegründet, hervorgegangen aus dem „Eimsbütteler Velocipeden Reitclub“. Im selben Jahr fand in Altona das erste öffentliche „Velociped-Wettrennen“ statt. Das englische System der Leistungsprüfungen für Vollblüter wurde übernommen und 1869 in Hamburg das Norddeutsche Derby – heute Deutsches Derby – erstmals ausgetragen. Es ist eines der ältesten Pferderennen außerhalb Großbritanniens und bis heute eines der bedeutendsten Ereignisse im Pferdesport weltweit. Auch in anderen Sportarten wie Tennis und Hockey spielte Hamburg eine Pionierrolle.

20. Jahrhundert

Die Anglophilie der Hanseaten machte auch vor der Zeit des Nationalsozialismus nicht Halt. Im Hamburger Bildungs- und Großbürgertum nahm die Swing-Jugend als oppositionelle Jugendkultur ihren Ausgang. Ihre Anhänger versuchten sich durch auffällige, dem englischen Stil nachempfundene Kleidung abzusetzen. Selbst die von Hamburger Gymnasien 1980 ausgehende unpolitische, von Teilen der Oberschicht geprägte Popperkultur, der ersten originär deutschen Jugendkultur in Westdeutschland, trug in ihren Konsumvorlieben noch erkennbare anglophile Züge. Modegeschichtlich waren die Popper die Weiterführung der Mods. Diese hatten ausgehend von Großbritannien in den frühen und mittleren 1960er-Jahre guten Geschmack und Stilsicherheit zum Wesen jeder Rebellion erklärt. Die Mods entstammten jedoch allesamt der Arbeiterklasse und hebelten somit die Regeln der britischen Klassengesellschaft aus. Demgegenüber waren die Popper zu nicht unwesentlichen Teilen Kinder von Hanseaten und – nach weiterer Ausbreitung – der Ober- oder gehobenen Mittelschicht an anderen Orten.[116]

Unter dem Eindruck seiner Anglophilie wird Hamburg noch heute als „die allerenglischste Stadt des Kontinents“ apostrophiert.[117]

Juden und Hanseaten

Juden wurden nicht als Hanseaten betrachtet. Der Wandel der Stellung der Juden in den Hansestädten ab dem Ende des 18. Jahrhunderts bildet zwar einen Ausschnitt der Jüdischen Emanzipation in Deutschland. Dieser Prozess führte jedoch nicht soweit, dass Juden bis zum Ende des Hanseatentums alter Prägung 1918 als Hanseaten angesehen wurden.

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts

Die Juden unterlagen in den Hansestädten zeittypischen Restriktionen (siehe Geschichte der Juden in Deutschland), die jedoch unterschiedlich ausgeprägt waren. Nach der alten lübeckischen Verfassung konnten Juden, ein Schutzjude und einige jüdische Künstler ausgenommen, nicht frei in der Stadt wohnen und daselbst Handel und Gewerbe treiben, am allerwenigsten aber als Nicht-Christen das Bürgerrecht erlangen, von welchem der Eintritt in ein bürgerliches Collegium abhängig war.[118] In Hamburg war der Antisemitismus nicht so

stark ausgeprägt wie in anderen Teilen Deutschlands und den beiden Schwesterstädten. Juden konnten in der Stadt relativ gut leben, Ghettos wie andernorts gab es nicht, jedoch gestattete der Senat den Juden die Hamburger Staatsbürgerschaft erst Mitte des 19. Jahrhunderts. Auch der Besitz von Grundeigentum war den Juden – wie dem Adel (siehe Hanseaten und Adel) – bis 1848 untersagt. Das hinderte jüdische Kaufleute wie beispielsweise die Hamburger Familie Warburg nicht, erfolgreiche Bankhäuser aufzubauen.

Anders als in Berlin war mit dem wirtschaftlichen Erfolg der jüdischen Bankiers und Großkaufleute in Hamburg jedoch keine gesellschaftliche Gleichstellung verbunden. In Berlin hatte sich keine den Hanseaten vergleichbare Oberschicht gebildet oder war durch fortwährende Zuwanderung überspielt worden. Demgegenüber hinderten die gesellschaftlich festgefügt Strukturen in Hamburg die gesellschaftliche Akzeptierung von Juden als Großbürger.[119] Ein weiterer Grund wird gewesen sein, dass sich Juden in Hamburg zunächst primär als Fabrikanten etablierten,[120] die in den Hansestädten als „Gewerbetreibende“ ohnehin nicht den Großhandelskaufleuten gesellschaftlich gleichgestellt waren.

19. Jahrhundert

Während der Zeit der französischen Besatzung der Hansestädte (siehe Hamburger Franzosenzeit und Lübecker Franzosenzeit) waren die für Juden geltenden Restriktionen aufgehoben. Nach dem Wiener Kongress kam es in den Hansestädten auch insoweit zu einer Restauration. Aus Lübeck und Bremen wurden die dort ansässig gewordenen Juden wieder vertrieben. Eine Judenkommission des Rates in Bremen beschloss 1819, den Juden in Bremen eine Verlängerung des Aufenthaltsrechts zu versagen, so dass 1826 nur zwei Schutzjuden in Bremen lebten.

Anders war die Lage in dieser Hinsicht in Hamburg. In Hamburg bestand mit 3000 Juden lange die größte jüdische Gemeinde in Deutschland. Der Hamburger Senat war den Juden wohlgesinnt und beabsichtigte, den wohlhabenden Juden das Vollbürgerrecht einzuräumen, weil er sich von einer Gleichstellung der Juden eine Förderung der durch die französische Besatzung heruntergekommenen Handelsblüte versprach. Hiergegen opponierten nachdrücklich die Kleinbürger,[121] so dass der Zustand wiederhergestellt wurde, wie er vor der Franzosenzeit bestanden hatte.

Die mangelnde Gleichberechtigung hinderte Juden nicht, sich als hanseatische Patrioten zu verstehen, wie das Beispiel des bedeutenden Hamburger Bankiers Salomon Heine belegt. Heine besaß – wie in solchen Fällen üblich über einen Strohmann erworben – ein Haus am Jungfernstieg in Hamburg und einen Landsitz in Ottensen. Bei dem großen Hamburger Brand 1842 ließ er sein Haus am Jungfernstieg sprengen, um ein weiteres Übergreifen der Flammen zu verhindern. Anschließend verzichtete er zugunsten der Hamburger Feuerkasse auf die Auszahlung der Versicherungssumme. Heines Beerdigung 1844 geriet zu einer stummen Demonstration seiner verbindenden Popularität. Tausende Hamburger, Juden wie Christen, begleiteten ihn spontan auf seinem letzten Weg auf den Jüdischen Friedhof nach Ottensen. Gleichwohl erlangte Heine weder das Hamburger Bürgerrecht, noch eine Mitgliedschaft in der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg.[122]

Die Wahlrechtsreformen 1848 in Lübeck, 1849 in Bremen und 1848 sowie 1860 in Hamburg[123] stellte die Juden rechtlich endgültig gleich. Gesellschaftliche Gleichstellung erfolgreicher jüdischer Kaufleute mit der hanseatischen Oberschicht war damit nicht verbunden. „Mich, der ich von draußen kam, berührte am stärksten die Selbstverständlichkeit, mit der diese Trennung der autochthonen und der jüdischen guten Gesellschaft von beiden Seiten als unabänderlich hingenommen wurde.“[124] Selbst Albert Ballin, Hamburger Reeder und eine der bedeutendsten jüdischen Personen des deutschen Kaiserreiches, mit dem der Kaiser privat verkehrte, war zeitlebens von der Hamburger Gesellschaft nicht voll akzeptiert. Das hatte neben dem Umstand, dass er „nur“ Generaldirektor und nicht Inhaber der Reederei HAPAG war, konfessionelle Gründe.

1849 war es den Juden in Bremen wieder erlaubt sich niederzulassen. 1863 verlieh man der Israelitischen Gemeinde auch die Körperschaftsrechte. 1876 wurde dann eine Synagoge erbaut und 1896 hatte die Israelitische Gemeinde wieder einen Rabbiner.

In der Zeit des Nationalsozialismus

Hamburg

Für die Hamburger Hanseaten gibt es bislang keine geschlossene, nicht einmal eine ansatzweise Untersuchung zu ihrem Verhalten in der Zeit des Nationalsozialismus, wie sie etwa für den deutschen Adel existiert.[125] Der Appell der Regierungsparteien Hamburgs bei den Bürgerschaftswahlen 1931, „Hanseaten, gebt euch nicht selber auf!“, war nicht mehr als eine Beschwörung regionalen Sonderbewusstseins und scheiterte.[126] Es steht zu vermuten, dass den Hanseaten ebenso wenig wie dem Adel, dessen feudaler Lebensweise und

Selbstverständnis sie sich bis 1918 angeglichen hatten, die soziale und politische Selbstbehauptung gelungen ist.

In Kreisen der eigentlichen Hanseaten erfreute sich die NSDAP nach ihrer Neugründung 1925 durchaus wohlwollender Unterstützung, wie sich an Veranstaltungen des Hamburger Nationalklubs, der die Spitzen der Hamburger Gesellschaft zu vereinen suchte, wenn auch nicht repräsentativ, ablesen lässt. 1926 konnte Adolf Hitler vor ihm auftreten und wurde von dem Hanseaten Vorwerk begrüßt: „Worte der Einführung sind eigentlich unnötig bei dem Gast, den wir heute abend bei uns zu sehen die Ehre haben. ... Sein mannhaftes Eintreten für seine Überzeugung hat ihm in den weitesten Kreisen Achtung, Verehrung und Bewunderung eingetragen. Wir freuen uns sehr, daß er heute abend zu uns gekommen ist. Dieser Freude haben auch die Klubmitglieder dadurch Ausdruck gegeben, daß sie heute abend so zahlreich erschienen sind. ... Die heutige Veranstaltung ist so stark besucht wie vielleicht noch keine Veranstaltung des Klubs.“[127] Hitler sprach erneut 1930 vor dem Klub. 1931 wurde Joseph Goebbels als Redner geladen.

In die gleiche Richtung weist die Industrielleneingabe, mit der bereits 1932 die Berufung Adolf Hitlers zum Reichskanzler gefordert wurde. Fünf von 20 Unterzeichnern waren prominente Mitglieder alter hanseatischer Familien: der Bankier und Reeder Carl Vincent Krogmann,[128] der Bankier Erwin Merck, der Bankier Kurt Freiherr von Schröder,[129] der Senator Franz Heinrich Witthoefft[130] und der Reeder Kurt Woermann.[131]

Wilhelm Amsinck Burchard-Motz, aus alter hanseatischer Familie, ab März 1933 Zweiter Bürgermeister des Koalitionssenats aus NSDAP, DNVP und DVP (siehe Hamburger Senat im Nationalsozialismus), leitete Anfang April 1933 die Selbstauflösung der DVP in Hamburg ein und forderte alle Parteiangehörigen mit weit überwiegendem Erfolg auf, gemeinsam mit ihm in die NSDAP einzutreten.

Naturgemäß sind Gegenbeispiele zu finden. So kollaborierten die bedeutenden Versicherungsmakler Jauch & Hübener über den mit dem Hanseaten Walter Jauch verwandten Stabschef der militärischen Abwehr unter Admiral Canaris, Generalmajor Hans Oster, mit Hans von Dohnanyi. Der Hanseate Otto Hübener wurde dafür Ende April 1945 in Berlin hingerichtet. Solche Einzelfälle können möglicherweise ebenso wenig über ein Versagen auf breiter Front hinwegtäuschen, wie die adeligen Teilnehmer des Attentats vom 20. Juli 1944 über das Versagen weiter Kreise des Adels.

Bremen

Die Bremer Hanseaten als Kaufleute oder Gewerbetreibenden waren konservativ, aber wie die Arbeiterschaft nicht für die Nationalsozialisten.

1922 wurde schon die erste Bremer Ortsgruppe der NSDAP gegründet. 1928 erhielt die NSDAP bei Bürgerschaftswahlen aber nur 1,1 Prozent. Ab 1928 unterstand die Ortsgruppe dem Gau Weser-Ems in Oldenburg; für Hanseaten war das befremdlich. 1930, vor der Reichstagswahl 1930, hielt Hitler zum ersten Mal eine Wahlkampfrede in Bremen. Nur rund zwölf Prozent wählten im September 1930 die NSDAP. Die dann folgende Bürgerschaftswahl vom November 1930 brachten der NSDAP 25,4 Prozent der Stimmen und 32 Sitze in der Bremischen Bürgerschaft.

Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 erhielt die NSDAP 31 Prozent der Stimmen, bei den Reichstagswahlen im November 1932 wählten nur 21 Prozent (Reich: 33,6 Prozent) die NSDAP und bei der Reichstagswahlen im März 1933 erreichten die Nazis ein Ergebnis von 32,6 Prozent (Reich: 44,5 Prozent). In Bremen konnten Nazis nicht siegen.

Das NS-Regime entstand 1933 durch den politischen Druck der NSDAP, mit der Ernennung von Richard Markert (NSDAP) zum Polizeisenator durch den Reichsminister des Innern Wilhelm Frick, mit der Verschleppung der Abgeordneten von SPD und KPD in Gefängnisse und Konzentrationslager und schließlich mit dem Regierungsübernahme am 6. März 1933, einen Tag nach den Reichstagswahlen. Die NS-Zeit war neben der Besetzung durch Napoléon (1810–1813) die einzige Zeit seit dem Mittelalter, während der die Hansestadt nicht als freie Stadt existierte, sondern in einen Reichsgau, eingegliedert war. Für Bremer Hanseaten war das ein unzumutbarer Zustand. Nun erst, nach der Machtübernahme, machten einflussreichen Hanseaten beim kommissarisch eingesetzten Bürgermeister Markert ihre Aufwartung; man arrangierte sich, und der Vizepräsident der Handelskammer Bremen Biedermann hielt markige nationalistische Reden.

Von den elf Mitglieder im Senat in dieser Zeit müssen die Kaufleute Theodor Laue, der von der DNVP kommende Otto Flohr, Hermann Ritter und der Jurist Richard Duckwitz dem Klientel der bürgerlichen Hanseaten aus Bremen zugerechnet werden. Auch der Widerstand war nicht die Angelegenheit der Bremer Hanseaten, sondern fand statt mit Hilfe von Mitgliedern der KPD und SPD.

Hanseatum in der Gegenwart

Der Satz: „Wirklich genuine Hanseaten sind Menschen, deren Vorfahren hier schon vor Jahrhunderten als hanseatische Kaufleute, Reeder, Banker, tätig waren.“[134] – ist in dieser Form unzutreffend. Er meint jene Hanseaten, deren auf den Privilegien der Oberschicht gründendes Hanseatum alter Prägung 1918 endete. Nicht untergegangen ist die „hanseatische Lebensart“, welche in ungebrochener Tradition der Lebensart dieser Hanseaten steht. Als Beispiel hanseatischer Liberalität kann hier der Nachkriegssenator Hans-Harder Biermann-Ratjen gelten, und noch 1968 trat der Hamburger Kaufmann Erik Blumenfeld aus hanseatischem Anstand von seinem Amt als Vorsitzender der CDU zurück, weil seine Firma fallierte.

Heute werden zu den Hanseaten unverändert die Mitglieder der alten Familien gerechnet. „Sie sind nicht mehr alle reich, vielleicht sogar nur noch die Minderheit, aber sie gehören zusammen, sie halten zusammen“[134] Insofern findet im heutigen Sprachgebrauch der Begriff „Hanseat“ weiter unverändert Verwendung wie die Begriffe „Adel“ beziehungsweise „Adelige“ für die Angehörigen der früheren adeligen Familien. Hinzu kommen die erfolgreichen Kaufleute und Senatoren der hanseatischen Städte Hamburg, Lübeck und Bremen, solange nur ein „typischer Zug (...) für Hanseaten, einfach eine bestimmte Lebensart vorzuleben“.[134] gegeben ist – wie es der vormalige Hamburger Senator Helmut Schmidt mustergültig verkörpert. Hat der Begriffs des „Adels“ den Vorzug, durch seine leichte Unterscheidbarkeit eine falsche Anwendung leicht erkennbar zu machen, so hat der Begriff des „Hanseaten“ den Vorzug, eine durch das fortlaufende Hinzutreten heutiger Bürger „hanseatischer Lebensart“ eine „weiterlebende Spezies“ zu bezeichnen. Insofern kommt ihm zugute, rechtlich nicht klar abgegrenzt und damit nicht wie der Adel durch das Adelsgesetz von 1920 abgeschafft worden zu sein.

Ob der Begriff künftig eine Ausdehnung erfahren wird auf Personen jener früheren Hansestädte, die sich im Zuge einer historischen Rückbesinnung seit der Deutschen Wiedervereinigung ebenfalls „Hansestadt“ genannt haben,[135] bleibt abzuwarten. Der mit dem Begriff des Hanseaten verbundene Nimbus, auch Unkenntnis seiner eigentlichen Bedeutung haben vielfältige neuzeitliche Aneignungsversuche, auch externe Zuweisungen zur Folge, ohne dass dabei der ursprüngliche, schichtenspezifische Aspekt gewahrt wird. So wird beispielsweise der Fußballverein „Hamburger SV“ regelmäßig als „die Hanseaten“ bezeichnet.[136] Der hier behandelte soziostrukturelle Begriff des Hanseaten erleichtert wie die insoweit vergleichbaren Begriffe „Patrizier“ oder „Großbürger“ solche Aneignungsversuche. Grund ist, dass diese nicht wie der Begriff „Adel“ eine bereits durch den Adelstitel formal leicht unterscheidbare Bevölkerungsschicht bezeichnet haben beziehungsweise bezeichnen. Zuschreibungen wie an den Hamburger Verleger und Stifter Gerd Bucerius[137] oder an den früheren Hamburger Senator Helmut Schmidt,[133] der das Prädikat „Hanseat“ zudem dezidiert für sich beansprucht, [132] beleben die herkömmliche Bedeutung des Begriffs „Hanseat“. Das zeigt, dass der Begriff trotz vielfältiger Verwendung nicht seinen soziologischen Kerngehalt verliert. Andernfalls würde er sich zu einem rein regionale Bezüge kennzeichnenden Begriff wandeln.

Hanseatische Familien

Familiensinn war eine der vorherrschenden Eigenschaften der Hanseaten. Die Familienbande waren in allen hanseatischen Städten von gleicher Bedeutung. Sie ersetzen die fehlenden Feudalstrukturen und waren ein Fundament des städtischen Gemeinwohls. Die Ehrfurcht vor dem Aufstieg der eigenen Familie dominierte das häusliche und städtische Leben der „oberen Zehntausend“,[138] oft nicht ohne, wie Ida Boy-Ed es beschrieb, „die spezifische Hanseatenkrankheit: den Patrizierwahnsinn, in welchem jede Familie sich einbildet, aristokratischer als alle anderen zu sein.“[139] In diesem Selbstverständnis liegt zugleich die Wurzel für das Hamburgische Geschlechterbuch. Es verzeichnet in bislang 17 Bänden[140] in einer Vollständigkeit, „wie sie keine andere deutsche Stadt aufzuweisen hat“,[141] die hanseatische Oberschicht, „eine eng in sich verflochtene soziale Schicht, die allerdings nur einen kleinen aber doch wichtigen Sektor der Hamburger Bevölkerung in Vergangenheit und Gegenwart ausmacht.“[141] Die Lübecker Hanseaten werden heute im Rahmen des Biographischen Lexikons für Schleswig-Holstein und Lübeck (SHBL) erschlossen, von dem bisher zwölf Bände (1970–2008) erschienen sind. Für Bremen existieren solche umfassenden Veröffentlichungen bislang nicht.

Hanseatische Familien waren beziehungsweise sind mit Angabe des ersten Auftretens am Ort:

- Albers (Bremen vor 1800) (siehe Johann Christoph Albers)



- Anckelmann (ausgestorben) (Hamburg vor 1600)
- Amsinck (Hamburg vor 1600)
- de Chapeaurouge (Hamburg vor 1800)
- Curtius (Lübeck vor 1700)
- Eschenburg (Lübeck vor 1800)
- Fehling (Lübeck) (siehe Emil Ferdinand Fehling)
- Gaedechens (Hamburg) (siehe Otto Christian Gaedechens)
- Godeffroy (Hamburg vor 1800)
- Goßler (Hamburg vor 1700) (siehe Hermann Goßler)
- Gröning (Bremen vor 1800) (siehe Hermann von Gröning)
- Hudtwalker (Hamburg vor 1800) (siehe Johann Michael Hudtwalcker)
- Jauch (Hamburg vor 1700)
- Jenisch (Hamburg vor 1700)
- Knoop (Bremen vor 1800) (siehe Ludwig Knoop)
- Kulenkamp (Lübeck vor 1900) (siehe Arthur Gustav Kulenkamp) Kulenkampff (Bremen vor 1800) (siehe Gustav Kulenkampff)
- Laeisz (Hamburg vor 1800)
- Mann (Lübeck vor 1800)
- Merck (Hamburg vor 1800) (siehe Carl Hermann Merck)
- Münchmeyer (Hamburg vor 1900)
- Mutzenbecher (Hamburg vor 1700)
- O'Swald (Hamburg) (siehe William Henry O'Swald)
- Overbeck (Lübeck vor 1800) (siehe Christian Adolph Overbeck)
- Parish (Hamburg vor 1800) (siehe John Parish (Kaufmann))
- Rodde (Lübeck vor 1700) (siehe Mattheus Rodde (1681–1761))
- Schröder (Hamburg vor 1800) (siehe Christian Matthias Schröder)
- Sieveking (Hamburg vor 1800)
- Sloman (Hamburg vor 1800) (siehe Robert Miles Sloman)
- Stürken (Hamburg vor 1800) (siehe Nicolas Stürken)
- Tesdorpf (Lübeck vor 1700) (siehe Carl Tesdorpf)
- Volkmann (Bremen vor 1800) (siehe Johann Heinrich Volkmann)

Hanseaten nach Reichtum

Bis zum Ersten Weltkrieg war das Ansehen hanseatischer Kaufleute so sehr mit Vermögenskennzahlen verbunden, dass diese für die Hansestädte auch veröffentlicht wurden.[142] Für die kleinste und „ärmste“ von ihnen, für Lübeck, ergibt sich folgende Liste der zehn reichsten Lübecker Hanseaten vor dem Ersten Weltkrieg:[143]

- Emil Possehl, Senator und Inhaber der Firma Possehl - 12 Millionen Mark
- Charles Petit, Dänischer Generalkonsul und Teilhaber der Firma Charles Petit & Co. - 5 Millionen Mark
- Hermann Eschenburg, Präsident der Handelskammer und Teilhaber der Firma Jost Hinrich Havemann & Sohn - 4,5 Millionen Mark

- H. P. Friedrich Ewers senior, Teilhaber der Firma F. R. Ewers & Sohn - 4 Millionen Mark
- August Gossmann, Schwedischer Konsul und Teilhaber der Firma Gossmann & Jürgens - 3,9 Millionen Mark
- Carl Dimpker, Württembergischer Konsul und Teilhaber der Firma Dimpker & Sommer - 3,7 Millionen Mark
- Wilhelm Eschenburg, Niederländischer Konsul und Inhaber der Firma H. W. Eschenburg - 3,3 Millionen Mark
- Johannes Suckau, Österreichisch-Ungarischer Konsul und Inhaber der Firma J. A. Suckau - 3,1 Millionen Mark
- Carl Tesdorpf, Preußischer Konsul und Inhaber der Firma Carl Tesdorpf - 2,8 Millionen Mark
- Richard Piehl, Belgischer Konsul und Teilhaber der Firma Piehl & Fehling - 2,6 Millionen Mark

Ungeachtet eines gewissen Zusammenhangs von Hanseatum und Reichtum, der seine Wurzeln schon darin hatte, dass die Hanseaten zumeist Großbürger, diese Großkaufleute und damit tendenziell wohlhabend waren, handelte es sich jedenfalls in Hamburg keineswegs um oligarchische Strukturen, weil selbst extremer Reichtum keineswegs den unmittelbaren Zugang zur eigentlichen Führungsschicht zur Folge hatte, wie beispielsweise der Fall des vielen Hamburgern zu katholisch frommen „Petroleumkönigs“ Wilhelm Anton Riedemann zeigt.[144]

Hanseaten ohne hanseatischen Familienhintergrund

Es hat immer wieder Einzelpersonen „ohne Herkunft“ gegeben, denen das Prädikat „Hanseat“ in seiner hergebrachten Bedeutung in gleicher Weise wie den Mitgliedern der alten hanseatischen Familien zugesprochen wurde, weil sie „das Hanseatische“ verkörperten. Zu diesen Hanseaten – Bürgermeister der drei Hansestädte hier ausgenommen – zählen als beispielgebende Auswahl:

- Gerd Bucerius (1906–1995), Verleger, „Das Hanseatische wurde dem in Hamm geborenen Anwaltssohn nicht in die Wiege gelegt – es wuchs ihm erst im Lauf seines langen, unruhigen Lebens zu. Sein Elternhaus war gutbürgerlich.“[145]
- Karl Carstens (1914–1992), „Der neue Bundestagspräsident Karl Carstens (...) kennt als (...) gebürtiger Hanseat auch die hohen Tugenden des Anstands und der Selbstbeherrschung.“[146]
- Walther Leisler Kiep (* 1926), Nachkomme von Jakob Leisler, „der unangepasste Hanseat, der aus seiner Abneigung gegen die „kleinbürgerliche“ CDU keinen Hehl machte.“[147] „Der bevorzugt in den Nadelstreif gewandete Hamburger, im Auftritt und Gestus der Paradehanseat bis über die Grenze des Klischeehaften hinaus“[148]
- Helmut Schmidt (* 1918), Altbundeskanzler, „für viele (...) der Hanseat par excellence“,[133] der seine Herkunft selbst als „kleinbürgerlich“ beschreibt,[149] geboren im Arbeiterviertel Hamburg-Barmbek, der Vater Gustav Schmidt, Adoptivsohn eines ungelerten Hafentarbeiters, zum Leiter einer Handelsschule aufgestiegen.

Hanseatische Feste

Unter den Festlichkeiten mit jahrhundertelanger Tradition ragt heute sicher die Schaffermahlzeit des Haus Seefahrt in Bremen heraus und erzielt bundesweit den höchsten Aufmerksamkeitswert. Gleichwohl bestehen in den Schwesterstädten Lübeck und Hamburg ähnliche Veranstaltungen, auf denen sich die Hanseaten, mit und ohne hanseatischen Familienhintergrund, jährlich mit ihren Ehrengästen aus Politik, Kultur und Wirtschaft austauschen. Diese Art der Feste wurde in den Hansestädten auf allen Ebenen der Gesellschaft gleichermaßen gelebt. Ein lebendiges Beispiel ist in Lübeck die Kringelhöge der Binnenschiffer auf dem ehemaligen Stecknitzkanal.

Literatur

- Gerhard Ahrens: Die Hanseaten und der Reichsgedanke seit dem frühen 19. Jahrhundert. In: Bremisches Jahrbuch. 67, 1989, S. 17–28.
- Hans Wilhelm Eckardt: Von der privilegierten Herrschaft zur parlamentarischen Demokratie. Die Auseinandersetzungen um das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Hamburg. 2. Auflage. Landeszentrale für Politische Bildung, Hamburg 2002.
- Ernst Finder: Hamburgisches Bürgertum in der Vergangenheit. De Gruyter, Hamburg 1930.
- Kurt Grobecker: Hanseatische Lebensregeln. Kabel, Hamburg 1995, ISBN 3-8225-0359-2.

- Renate Hauschild-Thiessen: Adel und Bürgertum in Hamburg. In: Hamburgisches Geschlechterbuch. 14, 1997, S. 21–32.
- Hellmut Kruse: Wagen und Winnen. Ein hanseatisches Kaufmannsleben im 20. Jahrhundert. Die Hanse, Hamburg 2006, ISBN 3-434-52618-8.
- Rudolf Herzog: Hanseaten. Roman der Hamburger Kaufmannswelt. Berlin 1909.
- John F. Jungclaussen: Risse in weißen Fassaden. Der Verfall des Hanseatischen Bürgeradels. Siedler, München 2006, ISBN 3-88680-822-X.
- Rainer Postel: Hanseaten. Zur politischen Kultur Hamburgs, Bremens und Lübecks. In: Hans-Georg Wehling (Red.): Regionale politische Kultur. Kohlhammer, Stuttgart 1985, ISBN 3-17-008608-1, S. 15–35.
- Percy Ernst Schramm: Hamburg, Deutschland und die Welt. Leistung und Grenzen hanseatischen Bürgertums in der Zeit zwischen Napoleon I. und Bismarck. 2. Auflage. Hoffmann und Campe, Hamburg 1952.
- Percy Ernst Schramm: Hamburg und die Adelsfrage (bis 1806). In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte. 55, 1969, S. 81–94.
- Andreas Schulz: Weltbürger und Geldaristokraten. Hanseatisches Bürgertum im 19. Jahrhundert. Stiftung Historisches Kolleg, München 1995.
- Arne Cornelius Wasmuth: Hanseatische Dynastien. Alte Hamburger Familien öffnen ihre Alben. Die Hanse, Hamburg 2001, ISBN 3-434-52589-0.
- Matthias Wegner: Hanseaten. Siedler, Berlin 1999, ISBN 3-88680-661-8.
- Susanne Wisborg: Wo er steht, ist Hamburg. Unbekannte Geschichten bekannter Hanseaten. Christians, Hamburg 1992, ISBN 3-7672-1159-9.
- Nicola Wurthmann: Senatoren, Freunde und Familien. Herrschaftsstrukturen und Selbstverständnis der Bremer Elite zwischen Tradition und Moderne, 1813–1848 Staatsarchiv Bremen, Bremen 2009, ISBN 978-3-925729-55-3.
- Hermann Kellenbenz: Der Bremer Kaufmann. Versuch einer sozialgeschichtlichen Deutung. In: Bremisches Jahrbuch. 51, 1969, S. 19–50.

Quellen

1. ↑ Matthias Wegner: Hanseaten. Berlin 1999, S. 100.
2. ↑ Natalie Bombeck: Jauchs Vorfahren waren Wellingsbütteler. In: Hamburger Abendblatt. 25. Januar 2007.
3. ↑ Eine Ausnahme bildet J. Werdenhagen: De Rebus Publicis Hanseaticis Tractatus. Frankfurt 1641.
4. ↑ a b c Gerhard Ahrens: Hanseatisch. In: Schmidt-Römhild: Lübeck-Lexikon. 2006 unter Hinweis auf: Rainer Postel: Hanseaten. Zur politischen Kultur Hamburgs, Bremens und Lübecks. In: Der Bürger im Staat. 34, 1984, S. 153–158.
5. ↑ Herbert Schwarzwälder: Hanseaten, hanseatisch. In: Das Große Bremen-Lexikon. Bremen 2003, ISBN 3-86108-693-X.
6. ↑ Huret: Hamburg im Jahre 1906. In: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter. 13, 1993, S. 62.
7. ↑ Deutsches Schiffahrtsmuseum Regional-Presse-Info 16/98 vom 19. November 1998: Ein Hamburger war der wahre König der Südsee.
8. ↑ Percy Ernst Schramm: Hamburg, Deutschland und die Welt. Leistung und Grenzen hanseatischen Bürgertums in der Zeit zwischen Napoleon I. und Bismarck. 2. Auflage. Hoffmann und Campe, Hamburg 1952, S. 28.
9. ↑ Siehe Quiddje.
10. ↑ Heinz H. König: The Brits. Unsere Freunde in Europa? Das Deutsch-englische Missverständnis. 2008, S. 21.
11. ↑ Meyer's Conversations-Lexicon, 1840ff, 14. Band, S. 922: Dort herrschte „eine altmodische Oberservanz in Beziehung auf die strengste Sonderung der verschiedenen Klassen ..., wo die drei Stände: der Handelsadel, der wohlhabende Industrielle oder kleine Kaufmann und der Plebs auf das Schärfste getrennt“ waren.
12. ↑ Meyer's Conversations-Lexicon. 14. Band. 1840, S. 922.
13. ↑ Wegner, S. 34 „In Hamburg wurde sehr genau zwischen dem großen und dem kleinen Bürgerrecht unterschieden, und nur wer dank seiner ökonomischen Verhältnisse imstande war, das Große Bürgerrecht zu erwerben, verfügte über die uneingeschränkte Handels- und Gewerbefreiheit, durfte in den Senat, die Bürgerschaft und andere Ämter gewählt werden – und das waren nur wenige. Die vermögenden Großkaufleute gaben in den Hansestädten den Ton an.“; S. 35 „Sie sicherten aus eigener Verfügungsgewalt die Macht ihres Standes und ihrer Klasse, grenzten sich in Rang und Habitus gegen die kleinen Kaufleute, die „Krämer“ ab und betrachteten sich mit einigem Recht als Herrscher

ihrer Stadt.“; das Große Bürgerrecht kostete 1600 in Hamburg 50 Reichstaler, das Kleine Bürgerrecht 7 Reichstaler, siehe Mirjam Litten: Bürgerrecht und Bekenntnis: Städtische Optionen zwischen Konfessionalisierung und Säkularisierung in Münster, Hildesheim und Hamburg. 2003, S. 30.

14. ↑ Wegener, S. 35 „Auf gleicher Höhe standen nur noch die Juristen, denn auch die Advokatur wurde ja als freies und selbständiges Gewerbe angesehen.“.
15. ↑ Birgit-Katharine Seemann: Stadt, Bürgertum und Kultur: Kulturelle Entwicklung und Kulturpolitik in Hamburg von 1839 bis 1933 am Beispiel des Museumswesens. 1998, S. 22.
16. ↑ Meyer's Conversations-Lexicon, 1840 ff., 14. Band, S. 923.
17. ↑ Andrea Purpus: Frauenarbeit in den Unterschichten: Lebens- und Arbeitswelt Hamburger Dienstmädchen und Arbeiterinnen um 1900 unter besonderer Berücksichtigung der häuslichen und gewerblichen Ausbildung. 2000, S. 10.
18. ↑ Ulrike von Goetz, Arne Cornelius Wasmuth: Revolutionäre Hanseaten. In: Welt Online. 21. Oktober 2001.
19. ↑ Matthias Wegner: Hanseaten, Berlin 1999, S. 39; siehe zum Ganzen Heinz Schilling, Gottfried Niedhart, Klaus Hildebrand: Die Stadt in der frühen Neuzeit. 2004, S. 25f.
20. ↑ Zitiert nach George J. Buelow, Hans Joachim Marx: New Mattheson Studies. 1983, S. 42.
21. ↑ Wegener S. 40.
22. ↑ Wegener S. 42.
23. ↑ so schon für die hansische Zeit Henning Landgraf: Bevölkerung und Wirtschaft Kiels im 15. Jahrhundert. 1959, S. 63.
24. ↑ Beispielsweise Bergenfahrer oder Schonenfahrer.
25. ↑ Emil Ferdinand Fehling: Lübeckische Ratslinie von den Anfängen der Stadt bis auf die Gegenwart. Lübeck 1925.
26. ↑ ffh Internetausstellungen.
27. ↑ Tilman Stieve: Der Kampf um die Reform in Hamburg 1789–1842. Hamburg 1993, S. 31f.
28. ↑ Hildegard von Marchthaler: Die Bedeutung des Hamburger Geschlechterbuchs für Hamburgs Bevölkerungskunde und Geschichte. In: Hamburgisches Geschlechterbuch. 9, 1961, S. 26.
29. ↑ v. Marchthaler, S. 23: „Die bisher erschienenen acht Hamburger Bände des Deutschen Geschlechterbuchs sind ein in sich geschlossenes Werk, wie es keine andere deutsche Stadt aufzuweisen hat. Sie erfassen eine eng in sich verflochtene soziale Schicht, die allerdings nur einen kleinen aber doch wichtigen Sektor der Hamburger Bevölkerung in Vergangenheit und Gegenwart ausmacht. Soziologisch gesehen sind die Hamburger Bände so wertvoll, weil die darin vorkommenden Personen in erster Linie Träger der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Stadtstaates Hamburg sind und als Kaufleute, Reeder, Bankiers und Juristen Förderer ihrer Stadt gewesen sind. Zahlreiche Personen aus diesen Hamburger Geschlechtern haben als Senatoren an der Regierung des Stadtstaates teilgenommen oder haben in der Bürgerschaft als Vertreter der Bevölkerung am Gedeih ihrer Vaterstadt mitgewirkt.“.
30. ↑ sprich: Amßink.
31. ↑ Siehe Carl Friedrich Petersen.
32. ↑ v. Marchthaler, S. 30: „Familiengeschichte ist in Hamburg auch meist Firmengeschichte, und da auch die Chefs der großen Handelshäuser seit eh und je verantwortliche Ämter in der Verwaltung des Stadtstaates hatten, bestand eine feste Verflechtung zwischen Familie, Geschäft und regierenden Kreisen.“.
33. ↑ prominente Beispiele sind Caspar Voght und Johann Cesar Godeffroy, die beide ihre Firmen verloren und ihre Landsitze an wohlhabende Freunde verkaufen mussten, welche sie alsdann weiter in diesen wohnen ließen.
34. ↑ Geert Seelig: Die geschichtliche Entwicklung der Hamburgischen Bürgerschaft und der hamburgischen Notabeln. Hamburg 1900, S. 43 – Hervorhebung durch Seelig.
35. ↑ Klaus Mühlfried: Baukunst als Ausdruck politischer Gesinnung. Hamburg 2006 (Dissertation), S. 55.
36. ↑ a b Arne Cornelius Wasmuth: Hanseatische Dynastien. Die Hanse, Hamburg 2001, ISBN 3-434-52589-0, S. 9.
37. ↑ Renate Hauschild-Thiessen: Adel und Bürgertum in Hamburg. In: Hamburgisches Geschlechterbuch. 14, 1997, S. 22.
38. ↑ Percy Ernst Schramm: Gewinn und Verlust. Christians, Hamburg 1969, S. 108.

- 39.↑ Wegner, S. 80.
- 40.↑ Bernhard Pabst: Die Familie Anckelmann in Hamburg und Leipzig. Teil 3: Die Familie Esich aus Bremen und die späten Hamburger Anckelmann, 2007, S. 120 ff.
- 41.↑ Renate Hauschild-Thiessen: Adel und Bürgertum in Hamburg. S. 26.
- 42.↑ Rainer Geissler, Thomas Meyer: Die Sozialstruktur Deutschlands: Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. 2006, S. 29, weisen darauf hin, dass „Wert auf Nobilitierung und Ratstitel“ eher im industriellen Bürgertum gelegt wurde, während „die reiche Kaufmannschaft der Handelszentren dagegen ... mehr an bürgerlich-städtischen Traditionen“ festhielt.
- 43.↑ zur Familie siehe Artikel über seinen Sohn: John von Berenberg-Gossler.
- 44.↑ Hauschild-Thiessen: Adel und Bürgertum in Hamburg. S. 30.
- 45.↑ Roberts: Schrodgers. London 1992, S. 42, merkt dazu an, „a very unusual honor for a Hamburg merchant“.
- 46.↑ Schramm: Gewinn und Verlust. Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte Nr. 24, 1969, S. 108.
- 47.↑ a b Hauschild-Thiessen: Adel und Bürgertum in Hamburg. S. 31.
- 48.↑ Percy Ernst Schramm: Gewinn und Verlust. Die Geschichte der Hamburger Senatorenfamilien Jencquel und Luis. Hamburg 1969, S. 108.
- 49.↑ Renate Hauschild-Thiessen: Adel und Bürgertum in Hamburg. In: Hamburgisches Geschlechterbuch. 14, 1997, S. 31.
- 50.↑ Mühlfried, S. 53.
- 51.↑ Jungclaussen, S. 87f.
- 52.↑ Hauschild-Thiessen, S. 25.
- 53.↑ Wasmuth S. 98.
- 54.↑ Wasmuth S. 98.
- 55.↑ So starb der Hamburger Senator Heinrich Christian Sieveking (1752–1809), ohne seiner Tochter Amalie Sieveking (siehe dort) ausreichende Mittel für die Ausbildung oder Lebensführung zu hinterlassen, so dass wohlhabende Verwandte sich ihrer annehmen mussten.
- 56.↑ Susanne Wiborg: „Wo er steht, ist Hamburg“, er imponierte sogar Wilhelm II.: Johann Heinrich Burchard, der „königliche Bürgermeister“, in: Susanne Wiborg: Wo er steht, ist Hamburg. Hamburg 1992, S. 7–18.
- 57.↑ Alois Friedel: Deutsche Statussymbole. 1968, S. 71 „... dass bei den Hanseaten die Vergabe und Annahme von Orden seit alters her nicht üblich ist ...“.
- 58.↑ Brockhaus Enzyklopädie in zwanzig Bänden, Band 8, 1969, S. 101 „Die Hansestädte verleihen selbst keine Orden und versuchen in ihrem Bereich traditionell die Annahme von Orden zu begrenzen (Ausnahme →Hanseatenkreuz)“.
- 59.↑ Ludwig Benninghoff: Deutschland. S. 231, „Senat, Beamte und Richter der Hansestadt Hamburg lehnen jedoch aus traditioneller Gepflogenheit die Annahme und das Tragen von Orden und Ehrenzeichen ab.“.
- 60.↑ „den führenden Repräsentanten ja die Annahme und das Tragen von Orden verboten war.“, Senatsbeschluss vom 26. Juni 1895, Amtsblatt der freien und Hansestadt Hamburg, Nr. 85, 27. Juni 1895, zitiert nach: Tobias von Elsner: Kaisertage: die Hamburger und das Wilhelminische Deutschland im Spiegel öffentlicher Festkultur. Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. 471, 1991, S. 343.
- 61.↑ Werner Kloos und Reinhold Thiel: Bremer Lexikon . Artikel Orden (Ehrenzeichen). Bremen 1997, ISBN 3-931785-47-5.
- 62.↑ Michael Dauer: Orden? nein danke! In: manager-magazin.de. 19. Juli 2002, siehe Hans-Olaf Henkel.
- 63.↑ Günter Stiller: Niedergang der Kaufmannskönige. In: Hamburger Abendblatt. 25. Februar 2006.
- 64.↑ Jungclaussen, S 10.
- 65.↑ Deutsches Schifffahrtsmuseum, Regional-Press-Info, Regionalinfo 16/98 vom 19. November 1998: Ein Hamburger war der wahre König der Südsee.
- 66.↑ Karl-Heinz Büschemann: Jenseits von Soll und Haben. In: Die Zeit. Nr. 23, 3. Juni 1988.
- 67.↑ Lüder Döscher: Bremer Rathaus-Plauderei. Schünemann, Bremen 1967, ISBN 3-7961-1508-X, S. 107–111.

- 68.↑ Werner Kloos: Bremer Lexikon. Hauschild, Bremen 1980, ISBN 3-920699-31-9, S. 238.
- 69.↑ Renate Hauschild-Thiessen: Über den Hamburgischen Nationalcharakter. In: Deutsches Geschlechterbuch. 127, 1979, S. 24.
- 70.↑ „Buten un binnen“ ist niederdeutsch und bedeutet in etwa „draußen und drinnen“, was eine Anspielung auf die geographische Lage Bremens und Bremerhavens sowie Hamburgs, die an der See und im Binnenland liegen, sowie auf den Wahlspruch der Bremer Kaufleute, buten un binnen – wagen un winnen (draußen und drinnen – wagen und gewinnen), der noch heute als Inschrift am Schütting zu finden ist, darstellt.
- 71.↑ Jonas Ludwig von Heß: Hamburg topographisch, politisch und historisch beschrieben. Band 1, 1787, S. 99.
- 72.↑ a b Meyer's Conversations-Lexicon, 1840ff, 14. Band, S. 923.
- 73.↑ Zitiert nach: Hans Wisskirchen: Die Welt der Buddenbrooks. Frankfurt am Main 2008, S. 12.
- 74.↑ Josef Nyary: Harte Sitten in der Großstadt. In: Hamburger Abendblatt. 21. Juli 2003.
- 75.↑ Andreas Seeger, Fritz Treichel: Hinrichtungen in Hamburg und Altona 1933–1945. Hamburg 1998, S. 10. Während der Hamburger Franzosenzeit führten die Besatzer die Guillotine ein, die nach der Befreiung bis zur Abschaffung der öffentlichen Hinrichtung Mitte des 19. Jahrhunderts wieder durch das Richtschwert ersetzt wurde.
- 76.↑ Andreas Fahl: Das Hamburger Bürgermilitär 1814–1868. Berlin 1987, S. 16.
- 77.↑ Adam Storck: Ansichten der Freien Hansestadt Bremen und ihrer Umgebungen. ISBN 0543919900, S. 409.
- 78.↑ Herbert Schwarzwälder: Das Große Bremen-Lexikon; Edition Temmen, Bremen 2003, ISBN 3-86108-693-X.
- 79.↑ Bürgermeister Amandus Augustus Abendroth, zitiert nach Fahl S. 31.
- 80.↑ Fahl S. 284.
- 81.↑ Fahl S. 178. Dies war freilich in der preußischen Landwehr nicht anders.
- 82.↑ Fahl S. 179.
- 83.↑ So der Bürgermeister Heinrich Brömse († 1502) mit seiner Familie auf dem Nebenaltar des Heinrich Brabender in der Jakobikirche. Am deutlichsten zeigt sich diese Entwicklung am Triumphkreuz des Bernt Notke aus dem Jahr 1477 im Lübecker Dom, an dem der Stifter Bischof Albert II. Krummendiek neben „seiner“ Maria Magdalena kniet.
- 84.↑ In der Zeit des Barock erreicht das Epitaph als Kunstform in Norddeutschland unter Thomas Quellinus seinen Höhepunkt. Der ihm durch den Kaufmann Thomas Fredenhagen 1697 in Auftrag gegebene barocke Hochaltar für die Lübecker Marienkirche ist die größte Ausstattungsspende seit der Reformation.
- 85.↑ Die alten Stiftungen konnten die Franzosenzeit nur überleben, wenn sie überwiegend in Grundbesitz investiert hatten und die aufstehenden Gebäude sich erhalten ließen.
- 86.↑ Renate Hauschild-Thiessen: Über den Hamburgischen Nationalcharakter. S. 22.
- 87.↑ Katja Gerhartz: Hamburg – deutsche Stiftungshauptstadt. In: Welt Online. 4. Juli 2004.
- 88.↑ Renate Hauschild-Thiessen: Über den Hamburgischen Nationalcharakter. S. 23.
- 89.↑ Percy Ernst Schramm: Hamburg, Deutschland und die Welt. Leistung und Grenzen hanseatischen Bürgertums in der Zeit zwischen Napoleon I. und Bismarck. 2. Auflage. Hoffmann und Campe, Hamburg 1952, S. 18.
- 90.↑ Deutsches Geschlechterbuch, Band 19, Zweiter Hamburger Band, Görlitz 1911, Stammfolge „Mutzenbecher“, S. 295f.
- 91.↑ Hildegard von Marchtaler: Das Landhaus der Hamburger. Deutsches Geschlechterbuch, Band 171 (12. Hamburger), Limburg an der Lahn 1975, S. 19.
- 92.↑ Ausstellungskatalog: Gärten, Landhäuser und Villen des hamburgischen Bürgertums. Kunst, Kultur und gesellschaftliches Leben in vier Jahrhunderten. Museum für Hamburgische Geschichte. Hamburg 29. Mai–26. Oktober 1975.
- 93.↑ Paul Th. Hoffmann: Die Elbchaussee. Hamburg 1977, S. 3.
- 94.↑ Paul Th. Hoffmann: Die Elbchaussee. Hamburg 1977, S. 9.
- 95.↑ Hildegard von Marchtaler: Das Landhaus der Hamburger. S. 23.
- 96.↑ Mühlfried, S. 610.

- 97.↑ Machtaler Landhaus; S. 27.
- 98.↑ ebdt.
- 99.↑ Jungclaussen, S. 115.
- 100.↑ Hildegard von Marchtaler: Das Landhaus der Hamburger. S. 29.
- 101.↑ Zitiert nach Wegener S. 110.
- 102.↑ Wegener S. 207.
- 103.↑ Wegener S. 62f.
- 104.↑ Schramm S. 21.
- 105.↑ Margrit Schulte-Beerbühl: Deutsche Kaufleute in London: Welthandel und Einbürgerung(1660–1818). 2007, ISBN 9783486580389, S. 89.
- 106.↑ Schulte-Beerbühl S. 90.
- 107.↑ Schulte-Beerbühl S. 92.
- 108.↑ Anton Schindling: Bildung und Wissenschaft in der frühen Neuzeit 1650–1800. 1999, ISBN 3486564226, S. 91.
- 109.↑ Hans-Christof Kraus: Montesquieu, Blackstone, de Lolme und die englische Verfassung des 18. Jahrhunderts. Jahrbuch des historischen Kollegs 1995, ISBN 3486561766, S. 114.
- 110.↑ Bernd Roeck: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums in der frühen Neuzeit. 1988, ISBN 3486555715, S. 66.
- 111.↑ Frank M. Hinz: Planung und Finanzierung der Speicherstadt in Hamburg. LIT, Münster 2000, ISBN 3-8258-3632-0, S. 17.
- 112.↑ Bruder des Vorgenannten, Haus erbaut von Franz Gustav Joachim Forsmann, heute Überseeclub e. V.
- 113.↑ 1810–1860, Cousin Heinrich Heines.
- 114.↑ Jacques Emile Louis Alexandre Nölting.
- 115.↑ 1807–1881, siehe Deutsches Geschlechterbuch, Band 209, 15. Hamburger, Limburg an der Lahn 1999, S 184f.
- 116.↑ Ulf Poschardt: Die Rebellion der Kaschmir-Kinder. In: Welt Online. 4. Juli 2004.
- 117.↑ Helmut Böhme: Frankfurt und Hamburg. Des Deutschen Reiches Silber- und Goldloch und die allerenglischste Stadt des Kontinents. Frankfurt am Main 1968.
- 118.↑ Karl Klug: Geschichte Lübecks während der Vereinigung mit dem französischen Kaiserreiche. 1811–1813. Lübeck 1857, Abtheilung 2, Abschnitt 11.
- 119.↑ Hans Liebeschütz, Arnold Paucker: Das Judentum in der Deutschen Umwelt 1800–1850. 1977, ISBN 3168394122, S. 165.
- 120.↑ ebdt S. 204f.
- 121.↑ Heinrich Graetz: Geschichte der Juden. S. 304.
- 122.↑ Franklin Kopitzsch, Dirk Brietzke: Hamburgische Biografie. 2003, ISBN 3767213664, S. 182.
- 123.↑ Saskia Rohde, Arno Herzig: Die Geschichte der Juden in Hamburg 1590–1990. Hamburg 1991.
- 124.↑ Gustav Mayer, Gottfried Niedhart: Erinnerungen: Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung. 1993, S. 154.
- 125.↑ Stephan Malinowski: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat. Berlin 2003, ISBN 3050035544.
- 126.↑ Horst Möller, Andreas Wirsching, Walter Ziegler: Nationalsozialismus in der Region: Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. 1996, ISBN 3486645005, S. 95.
- 127.↑ Kurt Gossweiler: Hitler und das Kapital. 1925–1928. 1926 galt Hitler noch vielenorts als Ludendorffianer („der Trommler“). Dies änderte sich dann bald.
- 128.↑ Mitglied im Freundeskreis Reichsführer SS, Mitglied der NSDAP, Hamburger Bürgermeister 1933 bis 1945.
- 129.↑ Mitglied im Freundeskreis Reichsführer SS, Mitglied der NSDAP, Mitglied der SS, SS-Brigadeführer, in dessen Haus im Januar 1933 die entscheidenden Verhandlungen vor

Hitlers Ernennung zum Reichskanzler stattfanden, verwaltete das „Sonderkonto S“ seines Bankhauses, auf das die Mitglieder des Freundeskreises Reichsführer-SS jährlich eine Million Reichsmark für Sonderaufgaben von Heinrich Himmler einzahlten.

130.↑ Mitglied im Freundeskreis Reichsführer-SS, Mitglied der NSDAP.

131.↑ Mitglied der NSDAP.

132.↑ a b Hamburger Abendblatt vom 18. Mai 2007.

133.↑ a b c Bürgermeister Ortwin Runde, Pressemeldung der Pressestelle der Hansestadt Hamburg vom 6. Januar 1999.

134.↑ a b c Petra Marchewka: Der Hanseat. Das Porträt einer norddeutschen Spezies. In: Deutschland Radio Berlin, Länderreport. 13. Dezember 2004.

135.↑ Siehe Heutiger Gebrauch des Beinamens Hansestadt.

136.↑ Hier handelt es sich jedoch vermutlich um die journalistische Alltagspraxis „Kürze vor Genauigkeit“. Denn herkömmlich war Fußball kein Sport junger Hanseaten. Segeln, Tennis oder - für Männer - Polo waren angemessener.

137.↑ Ansprache von Bundespräsident Johannes Rau bei der Trauerfeier für Rudolf Augstein, Hamburg, 25. November 2002.

138.↑ Wegener S. 96 und 111.

139.↑ Ida Boy-Ed: Ein königlicher Kaufmann. Stuttgart 1922, S. 29, Textversion auf Commons: Image:Boy-Ed Ein königlicher Kaufmann.djvu.

140.↑ Siehe Übersicht der dort behandelten Geschlechter.

141.↑ a b Hildegard von Marchthaler: Die Bedeutung des Hamburger Geschlechterbuches für Hamburgs Bevölkerungskunde und Geschichte. Hamburgisches Geschlechterbuch Band 9 = Deutsches Geschlechterbuch Band 127, S. 22.

142.↑ Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in den drei Hansastädten. 1912.

143.↑ Zitiert nach Jan Zimmermann: St. Gertrud 1860–1945. Bremen 2007, S. 8.

144.↑ Klaus Mühlfried: Baukunst als Ausdruck politischer Gesinnung. Martin Haller und sein Wirken in Hamburg. Hamburg 2005, S. 55.

145.↑ Uwe Bahnsen: In der Unabhängigkeit des Denkens blieb er sich immer treu. In: Welt Online. 18. Mai 2006.

146.↑ Karl-Heinz Janßen: Sauer gegen Wehner In: Die Zeit. 11. Februar 1977.

147.↑ Im Spenden-Zwielicht: Leisler Kiep feiert Geburtstag. In: RP Online. 3. Januar 2001.

148.↑ Ansgar Graw: Immer an der Grenze zum Klischee. In: Welt Online. 26. April 2001.

149.↑ Kerstin Kullmann, Dirk Kurbjuweit, Klaus Wiegrefe: Eine Aura der Stärke. In: Der Spiegel. Nr. 50, 8. Dezember 2008, S. 62.

xxx – Entsprechend unserer Statuten werden uns unbekannte Webadressen nicht veröffentlicht. Für eine weiterführende Recherche gehen Sie bitte auf die entsprechende Wikipediaseite. Mehr Informationen lesen Sie auf unserer Impressumseite. Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Vitalienbrüder

Vitalienbrüder (auch: Vitalier; Lateinisch: fratres Vitalienses) nannten sich die Seefahrer, die gegen Ende des 14. Jahrhunderts zunächst als Blockadebrecher die Lebensmittelversorgung Stockholms bei der Belagerung durch dänische Truppen sicherstellten und anschließend als Kaperfahrer den Handelsverkehr der gesamten Nord- und Ostseeschifffahrt beeinträchtigten.

Die bekanntesten Anführer der ersten Generation waren Arnd Stuke und Nikolaus Milies, später werden Klaus Störtebeker, Gödeke Michels, Hennig Wichmann, Klaus Scheld und Magister Wigbold genannt.

Name

Die Herkunft des Ausdrucks Vitalienbrüder ist nicht endgültig geklärt, stammt jedoch vermutlich aus dem Mittelfranzösischen, in dem zu Beginn des hundertjährigen Krieges jene Truppen, welche das Heer versorgten, vitailleurs genannt wurden (siehe auch: Viktualien = Lebensmittel). Lange Zeit wurde der Name aus diesem Grund unmittelbar mit der Versorgung des belagerten Stockholms in Verbindung gebracht.

Wahrscheinlich ist diese Verknüpfung jedoch nicht richtig, da die Bezeichnung in Kämmereirechnungen der Stadt Hamburg schon vor der Belagerung der schwedischen Stadt auftaucht. [1] Die Bezeichnung wurde also bereits vor der Versorgung Stockholms gebraucht. Vielmehr wird damit auf die Selbstbestimmung der Seefahrer angespielt werden, die (im Unterschied zu Söldnern) nicht Lohn und Verpflegung von ihrem Auftraggeber erhielten.

Ab 1398 ist auch die Bezeichnung Likedeeler (niederdeutsch für „Gleichteiler“, was sich auf die Aufteilung der erbeuteten Prisen bezieht) überliefert, hier wird der Fokus auf die soziale Organisation der Bruderschaft gerichtet, die sich erheblich von der streng hierarchisch strukturierten mittelalterlichen Gesellschaft mit ihrem ständischen Lehnswesen unterschied, und neben der Autorität der Hauptleute auch Mannschaftsräte ins Leben rief. Somit war dem gemeinen Seemann ein gewisses Maß an Mitspracherecht gewährleistet, das der feudalen Gesellschaft fehlte.[2] Zudem impliziert der Name Likedeeler Loyalität und gegenseitige Unterstützung, was sich positiv auf den inneren Zusammenhalt des Seeräuberbundes ausgewirkt haben dürfte. In einem ähnlichen Sinne dürfte die selbstgewählte Losung, „Gottes Freunde und aller Welt Feinde“ zu sein, zu verstehen sein.

Herkunft und Organisation

Die Vitalienbrüder, die besonders in der Frühphase ihrer Entstehung von unterschiedlichen Territorialmächten angeheuert wurden[3], erhielten im Gegensatz zu Söldnern weder Lohn noch Verpflegung. Sie waren auf Selbstversorgung angewiesen und fuhren auf eigene Rechnung anstelle eines geregelten Soldes.

Zunächst rekrutierte sich ihre Führungsschicht aus verarmten mecklenburgischen Adelsgeschlechtern. Eine seit dem Beginn des 14. Jahrhunderts andauernde Agrarkrise ließ viele von Armut bedrohte Männer aus dem niederen Adel ihr Glück jenseits der Legalität suchen, zu Lande wie auch auf See. So sollte mit gezielten Raubzügen die einsetzende Verarmung kompensiert werden.[4]

Als Hauptleute der „ersten Generation“ der Vitalienbrüder sind Arnd Stuke und Nikolaus Milies überliefert, erst später werden Namen wie Gödeke Michels, Klaus Störtebeker, Hennig Wichmann, Klaus Scheld oder Magister Wigbold genannt. Diese „zweite Generation“ rekrutierte sich vermutlich nicht mehr aus den mecklenburgischen Adelsgeschlechtern, sondern erlangte ihre Führungsposition durch Geschick und Wagemut.[5]

Über die Mannschaften selbst ist wesentlich weniger bekannt. Vermutlich handelte es sich bei den Vitalienbrüdern vor allem um eine Anlaufstelle für Verfestete, also vom bürgerlichen Leben der Städte ausgeschlossene Existenzen, flüchtige Schuldner, Glücksritter. Zeitgenössische Quellen stehen mit Hinblick auf die Männer selbst kaum zur Verfügung. Die Chroniken, die sich 150 Jahre später mit den Vitalienbrüdern beschäftigen, enthalten schon erste Elemente der Glorifizierung, an deren Ende die Legendenbildung der „Störtebeker-Sage“ steht. Auch vereinzelt operierende Seeräuber dürften zu den Vitaliensern gezählt worden sein. Mit der Ausstellung von Kaperbriefen und damit der Legitimation ihres Handwerks erschien die Beteiligung im dänisch-mecklenburgischen Konflikt ertragreich.

Vermutlich organisierten sich die Kaperfahrer der Nord- und Ostsee ab 1390 in einer Art Bruderschaft; anders ist das plötzliche Aufkommen der Bezeichnung fratres Vitalienses,

Vitalienbrüder, ab eben jenem Jahre nicht zu erklären. Gründungen von Bruderschaften steigen ab dem Ende des 14. Jahrhunderts rapide an, so wird in Hamburg beispielsweise im Jahre 1350 die Bruderschaft der Englandfahrer gegründet. Bruderschaften wie diese mögen den Kaperfahrern bei der Bildung ihrer „Dachorganisation“ als Vorbild gedient haben. Dabei hat es eine geschlossene Bruderschaft im Sinne einer straffen Organisation nie gegeben: Zeitweise fochten Vitalienbrüder als Verbündete unterschiedlicher Parteien gegeneinander.

Der rechtliche Status dieser Bruderschaft ist nicht immer einfach zu bestimmen, die Grenzen zwischen Piraterie, Seeraub oder Kaperfahrt verwischen: Wiederholt wurden Vitalienbrüder mit Kaperbriefen unterschiedlicher Herrscher ausgestattet und unterschieden sich somit objektiv vom gemeinen Seeräuber. Die Hanse aber beispielsweise akzeptierte diese Legitimation durch Kaperbriefe nicht, für sie handelte es sich unterschiedslos um Piraten. Die Zugehörigkeit zu den fratres Vitaliensens genügte zumeist, um ein Todesurteil auszusprechen.

Dennoch entwickelt sich die Bruderschaft schnell; im Jahre 1392 schätzten die Generalprokuratoren des Deutschen Ordens die Gesamtzahl der Vitalienbrüder auf rund 1.500.[6] Auf dem Höhepunkt ihrer Macht, zur Zeit der Herrschaft über Gotland, kann die Größe der Bruderschaft auf circa 2.000 Mann geschätzt werden[7].

Trotz ihrer Größe und Bedeutung für Politik und Handel verfolgten die Vitalienbrüder nie territorialpolitische Interessen im engeren Sinne, im Gegenteil: Sie waren immer auf die Anbindung an eine Territorialmacht angewiesen.

Geschichte

Die Vitalienbrüder in der Ostsee

Thronwirren in Skandinavien

Ausgangspunkt der Entwicklung der Vitalienbrüder bildet der Konflikt zwischen Dänemark und Mecklenburg in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts.

Waldemar IV. „Atterdag“, König von Dänemark, eroberte in den Jahren 1361 bis 1362 Schonen, Öland, Bornholm und schließlich Gotland. Daraufhin wurde auf dem anschließenden Hansetag in Köln im Jahre 1367 die Gründung der Kölner Konföderation beschlossen, mit dem Ziel Dänemark und das alliierte Norwegen zu bekämpfen. So sollten die als bedroht angesehenen Handelsprivilegien gewahrt werden.

Der Konföderation gelang der Sieg über den Dänenkönig: Am 24. Mai 1370 wurde der Friede von Stralsund geschlossen, der die Handelsprivilegien der Hanse bestätigte und ihr zudem für 15 Jahre die Kontrolle über die vier dänischen Schlösser im Sund, Skanör, Falsterbo, Helsingborg und Malmö zusprach.[8] Das Gewinnen dieser Kraftprobe war ein triumphaler Erfolg der Hanse.[9]

Waldemar IV. starb am 24. Oktober 1375. Seine Tochter Margarete (Ehefrau des norwegischen Königs Håkon VI.) setzte nun ihren Sohn Olaf IV. in der Thronfolge gegen den eigentlich erbberechtigten Albrecht IV., Sohn ihrer älteren Schwester Ingeborg, der Ehefrau des Mecklenburger Herzogs Heinrich III., durch. Ein Jahr darauf wurde Olaf am 3. Mai 1376 gegen den Willen der Mecklenburger und Kaiser Karls IV. zum König gekrönt. Die Hanse, der nach den Friedensverhandlungen ein Mitspracherecht bei der Besetzung des dänischen Throns zugesprochen worden war, nahm die Entscheidung mit Wohlwollen auf[10] und bestätigte ihn im Amt.[11]

Mecklenburg verfolgte nun eine „Politik der Nadelstiche“[12] und startete einen Kaperkrieg gegen Dänemark, in dem Albrecht II. erstmals Seeräuberschiffe mit Kaperbriefen ausstattete. Vermutlich übernahmen mecklenburgische Adlige die Führung über diese Schiffe.[13] In den Folgejahren machten beide Seiten von Seeräubern Gebrauch, insbesondere um Kauffahrer zu stören.

Die Hanse rüstete sogenannte „Friedeschiffe“,[14] um so zur Wahrung ihrer Interessen die Seewege vor Überfällen zu schützen. Es kam jetzt zu ersten Unstimmigkeiten mit den Hansestädten Rostock und Wismar, die das Verbot der Hanse keine geraubten Waren zu kaufen oder zu verkaufen umgingen, somit allerdings im Interesse ihres Landesherrn Albrecht II. handelten. Die Kauffahrer selbst schützten sich in Konvois: „Der Seeräubergefahr gegenüber schlossen sich die Seefahrer einer Stadt oder ganzer Städtegruppen zu Flotten zusammen.“[15]

Nachdem Albrecht II. am 18. Februar 1379 verstarb, schloss sein Sohn Albrecht III., König von Schweden, im August des Jahres einen Friedensvertrag mit Dänemark, da auch sein Bruder Heinrich III. als neuer Herzog von Mecklenburg Waffenstillstandsverhandlungen mit Dänemark begonnen hatte und so ein Kampf gegen die Dänen wenig aussichtsreich

erschien. Albrecht IV., Heinrichs Sohn, verzichtete auf Anraten seines Vaters zudem auf die dänische Krone.[16]

Als Håkon VI. 1380 verstarb, geriet Margarete über die nun neu zu bestätigenden Handelsprivilegien in Konflikt mit der Hanse. Auch sie bediente sich der Seeräuber, um den Schiffshandel zu stören. Ziel war allerdings nicht mehr Mecklenburg, sondern der gemeine Hansekaufmann. 1381 schwenkte die Regentin dann auf einen hansefreundlicheren Kurs um, vermittelte sogar bei einem befristeten Friedensschluss zwischen dem Städtebund und den Seeräubern: Margarete erschien geradezu als die vermittelnde Macht zwischen ihren räuberischen Adligen und der Hanse.[17]

Mit bloßen Verträgen konnte die Hanse ihres Problems aber nicht nachhaltig Herr werden, und so rüstete sie wiederholt Friedeschiffe. Auch Margarete unterstützte die Hanse nun aktiv im Kampf gegen die Seeräuber, denn sie musste sich eine möglichst günstige Position für die Verhandlungen hinsichtlich der vier Sundschlösser verschaffen, deren Rückgabe in dänische Hand nach den Vereinbarungen des Stralsunder Friedens in eben jenem Jahr zu leisten war. Die Übergabe gelang: Die Zurücknahme der Schlösser wurde am 11. Mai 1385 beurkundet, und sie bestätigte im Gegenzug die Handelsprivilegien der Hanse in Dänemark:

„Vortmer tho wat tiden se des van uns begerende sin, dat wy en vornyen de confirmacien, de wy en gegeven hebben up ere privilegien und vriheit in unsem ryke tho Denemarken, der vorniginge schulle wy en nicht wegeren. Ok schal desse bref nicht hinderlik wesen al eren anderen breven eder vriheiden, de se edder erer jenich hebben van uns und unseren vorolderen in dem rike tho Denemarken, men der schulle se bruken und de schullen by erer vullen macht bliven.[18]“

Die Hanse versuchte sogar, der Ausrüstung und des Streitens über die Finanzierung der Friedeschiffe überdrüssig, einen Privatmann mit der Bekämpfung der Seeräuber zu beauftragen: Unter der Führung des Stralsunder Bürgermeisters Wulf Wulflam, der bislang mit der Verwaltung der vier Sundschlösser beauftragt gewesen war, startete eine bewaffnete Expedition gegen die Seeräuber:

„Für alle ihm für die Schiffe und die Leute entstehenden Kosten soll[te] er selbst aufkommen. Und hierfür [gaben] ihm die Städte 5000 Mark Sundisch. [...] Wulflam konnte das, was er den Seeräubern abnahm, behalten, es sei denn, die Seeräuber hätten das von einem Kaufmann geraubt[19]“

In der Folgezeit begannen sich sowohl Dänemark als auch Mecklenburg von den Vitalienbrüdern zu distanzieren, vom 28. September 1386 an schloss die Hanse gar einen offiziellen Friedensvertrag mit Abgesandten der Kaperer – dieser sollte bis 1390 halten.

Am 3. August 1387 starb Olaf IV., Margarete wurde nun auch offiziell Herrscherin über Dänemark. Sie trat sogleich in Verhandlungen mit dem schwedischen Adel, der ihr im Jahre 1388 offen huldigte, sie also als Herrscherin des Reiches anerkannte und ihr die Treue schwor.

Albrecht III., der legitime König, begab sich derweil nach Mecklenburg, um Bundesgenossen und Finanzen auszuheben. Im Dezember kehrte er mit einem Heer nach Schweden zurück, wo er allerdings am 24. Februar des Folgejahres bei Falköping eine vernichtende Niederlage erlitt und mit seinem Sohn Erich in Gefangenschaft geriet. Binnen kurzer Zeit brachte Margarete, die seit dem Tode ihres Mannes Håkon im Februar auch Regentin Norwegens auf Lebenszeit war, ganz Schweden unter ihre Kontrolle – mit Ausnahme Stockholms, das Albrecht weiterhin die Treue schwor und auch einer militärischen Eroberung standhielt. Die Stadt wurde in Folge dessen belagert und in den Jahren 1389 bis 1392 von den Vitalienbrüdern von See aus versorgt.

Kaperfahrer in der Ostsee

Ab 1390 fuhren die Mecklenburger eine doppelte Kriegstaktik – einerseits direkte Angriffe (dazu wurde eine Kriegssteuer erhoben; der von Herzog Johann von Stargard, einem Onkel Albrechts III. geleitete Kriegszug[20] endete jedoch erfolglos), andererseits ein Kaperkrieg gegen dänische Schiffe, was zu einem rasanten Wiederaufleben der Seeräuberei in der Ostsee führte: Es wurden Kaperbriefe ausgestellt an

„[...] Scharen adliger Räuber, denen der Landraub gefährlicher und weniger gewinnbringend schien. Die Scharen Verfesteter, flüchtiger Schuldner und Übeltäter aus Stadt und Land, dazu arme Teufel, fahrendes Volk und wandernde Gesellen strömten zusammen. Mecklenburgische Adlige und Städtebürger wurden Führer, die Häfen des Landes stellten die Schiffe, Kaperbriefe gegen die drei Reiche des Nordens wurden ausgegeben [...].“[21]“

Im Jahre 1391 öffneten sich die Häfen von Rostock und Wismar für alle, die das Reich Dänemark schädigen wollten.[22] Zudem erlaubten Rostock und Wismar den Vitaliensern die auf

dem Wege der Kaperei künftig erworbenen Güter auf den Märkten dieser Städte zum Verkauf anzubieten.[23]

Die Hanse war in dieser Auseinandersetzung zunächst um Neutralität bemüht, um die Handelsbeziehungen während und vor allem nach Ende des Konfliktes nicht zu gefährden: Angriffe gegen die Vitalienbrüder, die mit Kaperbriefen ausgestattet die Mecklenburger tatkräftig unterstützten, wären als Parteinahme für Dänemark gewertet worden und hätten die Ausweitung des Kaperkriegs auf hansische Schiffe nach sich gezogen.

Ab 1392 spitzte sich die Situation in der Ostsee zu. Die Vitalienbrüder gefährdeten den gesamten Ostseehandel. Kauffahrer organisierten sich wieder in Konvois. Bis einschließlich 1394 kam die Handelsschiffahrt auf der Ostsee fast vollständig zum Erliegen:

„Anno 1393 [beherrschten] [...] die tapferen Vitalienbrüder die See [...], weshalb zu Lübeck die gesamte Schifffahrt ruhte [...],[24]“

was insbesondere für die wendische Stadt hohe Gewinnaufschläge bedeutete. Es mangelte an wichtigen Waren (Salz, Hering, Korn etc.). Auch Margarete war vom ruhenden Schiffsverkehr betroffen, fehlten ihr so doch Zolleinnahmen, die gerade am Ende des 14. Jahrhunderts von beträchtlicher Höhe waren.[25] Die Hanse forderte sie auf in Verhandlungen mit Mecklenburg zu treten.

Der Überfall auf Bergen

Am 22. April des Jahres 1393 überfielen die Vitalienbrüder die Stadt Bergen (Norwegen) - Norwegen war seit 1380 in Personalunion mit Dänemark:

„Im dem selben Jahr, [...], da fuhren die Rostocker und die Wismarer Vitalienbrüder nach Norwegen und schunden den Kaufmann zu Bergen; sie nahmen viele Kleinode in Gold und Silber und kostbare Kleider, Hausrat und auch Fische. Mit dem großen Schatz fuhren sie dann, ohne zurückgehalten zu werden, nach Rostock und verkauften ihn unter den Bürgern; das war denen willkommen; den anderen Teil des Raubs fuhren sie nach Wismar und verkauften ihn dort: die Bürger beider Städte machten sich wenig Gedanken, ob die Ware rechtlich oder widerrechtlich in Besitz genommen worden war.[26]“

Hierbei zeichnet sich insbesondere der Interessenkonflikt ab, in dem die Städte Rostock und Wismar standen: Stellten sie sich mit der Hanse gegen die Vitalienbrüder und schlossen ihre Häfen, wendeten sie sich gleichsam gegen ihren Landesherrn, Albrecht von Mecklenburg. Dieser hatte auch primär den Angriff auf die norwegische Stadt zu verantworten, denn bei sämtlichen Anführern der Operation handelte es sich um mecklenburgische Fürsten:

„Die Deutschen hatten 900 Schützen; der Anführer hieß Enis, ein Deutscher, Verwandter Albrechts; ein anderer hieß 'Maekingborg', ebenfalls ein Verwandter Albrechts.[27]“

Sehr wahrscheinlich handelte es sich bei jenem „Maekingborg“ um den Herzog von Stargard, Johann II., und bei „Enis“ um Johann IV. von Schwerin.[28]. Bei dem Überfall auf Bergen waren also höchste mecklenburgische Adlige als Rädelsführer beteiligt.

Der Friede von Skanör und Falsterbo

Am 29. September 1393 begannen die Friedensverhandlungen in Skanör und Falsterbo, das Treffen brachte jedoch kein Ergebnis, und der Status Albrechts III. sowie Stockholms blieb unklar. Im darauf folgenden Winter versorgten die Vitalienbrüder im Auftrag der Mecklenburger das belagerte und durch Hunger von der Aufgabe bedrohte Stockholm wiederholt mit Lebensmitteln, acht große Schiffe kamen dabei zum Einsatz: „Die Hoffnung, Stockholm zu erobern, mußte Margrethe nun aufgeben.“[29] Es herrschte trotz der Annäherung zwischen Dänemark und Mecklenburg weiterhin Krieg.

Von Stockholm aus eroberte der Hauptmann Albrecht von Pecatel im Jahr 1394 für Mecklenburg mit Hilfe der Vitalienbrüder Gotland. Die Insel wird den Likedeelern in den nächsten Jahren als Operationsbasis dienen. Im selben Jahr werden Klaus Störtebeker und Gödeke Michels zum ersten Mal in einer englischen Klageakte als Hauptleute der Vitalienbrüder benannt.[30]

Mit dem Aufkommen Michels und Störtebekers beginnt eine neue Entwicklung in der Organisation der Vitalienbrüder: Zum einen scheinen sich ihre Hauptleute nicht mehr primär aus mecklenburgischen Adelsgeschlechtern zu rekrutieren, zum anderen beginnen die Seeräuber autonom zu agieren. Sie nutzten zwar immer noch die Häfen der mecklenburgischen Städte,

bildeten jedoch mehr und mehr eine unter eigener Regie handelnde Gemeinschaft.

Nach dem Friedensschluss von Skanör und Falsterbo am 20. Mai 1395, in dem Hanse, Deutscher Orden, Dänemark und Mecklenburg die Einstellung der Feindseligkeiten besiegelten, wurde den Städten Rostock und Wismar die Aufnahme von Vitalienbrüdern untersagt. Dies spaltete die Gruppe in viele Klein- und Kleinstgruppen, da sie nun weder über eigenes Land, noch über die Unterstützung einer Territorialmacht verfügten. Die einzelnen Gruppen operierten in der Folgezeit vereinzelt sowohl in Nord- und Ostsee als auch vor Russland. Es kam hierbei zu ersten Kontakten mit den Ostfriesenhäuptlingen an der Nordsee, denn einige Vitalienbrüder zogen es vor, andere Schauplätze der Tätigkeit zu suchen, räumten die Ostsee und nisteten sich in den friesischen Küstenlandschaften ein, wo sie in den inneren Fehden, die nur selten ruhten, und in dem holländisch-friesischem Kriege, der eben begann, allen Parteien als Helfer sehr willkommen waren.[31]

Herrschaft über die Ostsee und Vertreibung

Auch nach dem Friedensschluss schwelte der Konflikt zwischen Dänemark und Mecklenburg weiter, da sich die mecklenburgische Seite mit dem Verlust der Herrschaft über Schweden nur schwer abfinden konnte. Gotland wurde nicht komplett an Margarete zurückgegeben, hier standen sich im Jahre 1395 Albrecht von Pecatel, der für die Mecklenburger die Stadt Visby hielt, und der dänische Hauptmann Sven Sture, der die übrige Insel kontrollierte, gegenüber.

Jene Gruppen der Vitalienbrüder, die Gotland nun mehr und mehr als Operationsbasis nutzten, wurden von beiden Hauptleuten angeheuert und nahmen es infolgedessen in Kauf, auch untereinander in Gefechte verwickelt zu werden.[32]

Im Sommer 1396 landete Erich, Herzog von Mecklenburg, der Sohn König Albrechts III., mit Truppen auf Gotland und besiegte im Frühjahr 1397 Sven Sture, der infolge dessen Erich einen Lehnseid leisten musste.[33] Im gleichen Jahr wurde mit der Kalmarer Union die Vereinigung der Reiche Dänemark, Norwegen und Schweden unter der Regentschaft von Königin Margarete besiegelt. Diese hatte damit ihr ehrgeiziges Ziel - die Vereinigung ganz Skandinaviens unter dänischem Zepter - erreicht. Die mecklenburgischen Hoffnungen auf ein Wiedererlangen der schwedischen Krone waren damit endgültig zerschlagen.

Als am 26. Juli 1397 Herzog Erich auf Gotland verstarb, überließ er den Bewohnern der Insel seine Befestigungen. Gotland wurde zur Kolonie von Seeräubern.[34] Die Witwe Erichs, Margarete von Pommern-Wolgast, übergab Sven Sture den Oberbefehl über die Insel.

Die Situation geriet nun für Mecklenburg endgültig außer Kontrolle. Die Seeräuber unter Stures Führung bemächtigten sich vollends der Insel und starteten einen Kaperkrieg gegen jeden Kauffahrer, der die Ostsee bereiste. So schilderte Konrad von Jungingen, dass jedem Kaperfahrer für die Hälfte seiner Beute, welche an die Herzogin und Sven Sture zu entrichten war, freier Aufenthalt auf dem Land und auf den Schlössern von Gotland, Landeskrone und Sleyt, gewährt würde.[35] Es kam zu „chaotischen Zuständen“ und „einer Welle unkontrollierbarer, totaler Seeräuberei.“[36]

Gegen Ende des Jahres wollte Margarete von Dänemark mit Margarete von Pommern-Wolgast in Verhandlungen treten,[37] denn die Situation auf der Ostsee gestaltete sich zunehmend heikel. Nun geriet der Deutsche Orden in Zugzwang, denn auch für seinen livländischen Besitz und die preußischen Städte stellten die Vitalienbrüder eine Bedrohung dar. Zusätzlich drohte in den Augen der Ordensführung die Macht Margaretes Überhand zu nehmen, vor allem und besonders nach der Gründung der Kalmarer Union. So entschloss sich der Hochmeister Konrad von Jungingen zu einer militärischen Intervention: Am 21. März 1398 erreichte eine Ordensflotte mit 84 Schiffen, 4.000 Bewaffneten und 400 Pferden Gotland.[38] Es kam zu Verhandlungen zwischen Johann von Pfirt (als Oberbefehlshaber des Unternehmens), Herzog Johann von Mecklenburg und Sven Sture. Die Übergabe der Insel an den Orden durch Johann von Mecklenburg wurde am 5. April besiegelt:

„Wir, Johan, von Gotes Gnaden herzog czu Mekelborg, greve czu Swerin, Rostogk unde czu Stargarde der lande herre, mit unsern rechten erben bekennen unde bezugen in desem keginwertigen brieve [...]das unser stat Wisbue, hafen, unde lant czu Gotlant sal offen Stein unde ein offen slos sein deme homeistere des Dutschens ordens, deme gann orden unde den seinen czu alle irem orloge czu ewier czit [...].[39]“

Drei Raubschlösser wurden geschleift, um die Infrastruktur für zukünftige Operationen von Seeräubern zu untergraben. Mecklenburg hatte Gotland an den Orden verloren, die Vitalienbrüder, welche die Ostsee von 1395 bis 1398 beherrschten, wurden in der Folgezeit vertrieben: „Die lübischen und preußischen Flotten machten energisch Jagd auf die Seeräuber, so daß die Ostsee im Jahre 1400 gänzlich gesäubert war.“[40]

Die Vitalienbrüder in der Nordsee

Ostfriesland, das sich westlich von der Ems bis zur Weser im Osten erstreckt und im Norden an die Nordsee grenzt, bot in mehrfacher Hinsicht ein ideales Refugium für die aus der Ostsee flüchtenden Vitalienbrüder: Zum einen waren hier zahlreiche Verstecke zu finden, begünstigt durch die verwirrende Topographie der Landschaft, die weiträumig von Flüssen, Deichen und Moorlandschaften durchzogen war: „Meeresarme durchziehen das Land, kleine Inseln und Buchten kennzeichnen die Küstenlinie“[41], Tidezeiten, die Priele, die Tiefs, die komplizierten Strömungsverhältnisse, die möglichen Landeplätze und Schlupfwinkel machen deutlich, dass sich gerade dieser Küstenstrich für kenntnisreiche Seeräuber als Rückzugsgebiet anbot.[42]

Zum anderen sorgte die politische Verfasstheit Ostfrieslands für beste Bedingungen für die Likedeeler, die ihrer Operationsbasis beraubt worden waren.

Die Ostfriesenhäuptlinge

Ostfriesland unterstand keiner singulären Herrschaft, vielmehr war es in Gemeinden und Territorien unterschiedlicher Größe zersplittert, über die sogenannte „hovetlinge“, also Häuptlinge, herrschten. Diese standen in immer wechselnden Koalitionen in Fehden untereinander, Illoyalitäten, rasche Parteiwechsel einzelner Häuptlinge traten immer wieder zutage.[43]

Da den Ostfriesen Lehnsherrschaft ebenso unbekannt war wie Steuern, mussten die Anführer anderweitig die Finanzierung ihrer Streitigkeiten organisieren: Die Häuptlinge bestritten eben einen großen Teil ihres Lebensunterhalts durch den Seeraub und gewannen auf diese Weise die nötigen Mittel, um Krieg zu führen.[44]

Bereits im 12. und 13. Jahrhundert hatten sich die „freien Friesen“, so die Selbstbezeichnung, in genossenschaftsähnlichen Landesgemeinden organisiert, in denen prinzipiell jedes Mitglied gleichberechtigt war. Diese grundsätzliche Gleichberechtigung galt für alle Eigentümer von Hofstellen und zugehörigem Land in ihren jeweiligen Dörfern und Kirchspielen.[45] Die öffentlichen Ämter der Richter oder „Redjeven“ wurden durch jährliche Wahlen bestimmt. Doch de facto stachen einige „nobiles“ aus dieser „universitas“ hervor: Insbesondere die Mitglieder der großen und reichen Familien besetzten die öffentlichen Ämter. Statussymbole der nobiles waren ab dem 13. Jahrhundert Steinhäuser (als Vorläufer der späteren Häuptlingsburgen) und kleine Söldnerheere. Im späten 13. Jahrhundert und bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts führte eine Vielzahl von Krisen (Hungersnöte, Sturmfluten, mangelnder Absatzmarkt für Waren, Seuchen) zu einem Verlust der öffentlichen Ordnung, die Macht der nobiles verfestigte sich und das ostfriesische Häuptlingswesen begann Gestalt anzunehmen: Die Häuptlinge lernten es rasch, ihre Autorität nicht mehr vom Willen der Gemeinden abzuleiten, sondern als dynastischen Besitz zu verstehen und zu verteidigen.[46]

Zu den größten Häuptlingsfamilien um 1400 gehörten die aus dem Brokmerland stammende Familie tom Brok, die aus Emden stammenden Abdenas sowie die Familie um den Osterhusen beherrschenden Folkmar Allena. Eine besondere Position nahm auch der Häuptling der Rüstringer Friesen sowie über Bant und Wangerland, Edo Wiemken, ein. Dieser tat sich besonders als Gastgeber der Vitalienbrüder hervor[47], weshalb sich eine erste Strafexpedition der Hanse besonders gegen ihn richtete: Er musste am 4. Juli 1398 Lübeck, Bremen und Hamburg zusichern, dass er den Vitalienbrüdern seinen Schutz entziehen und sie aus seinem Gebiet weisen würde.[48] Dass solche Versprechen wenig zu bedeuten hatten, soll die weitere Korrespondenz zwischen den hovetlingen und der Hanse noch beweisen.

Die ohnehin komplizierte Lage wurde noch zusätzlich diffizil durch die Expansionsabsichten Albrechts von Bayern, der gleichzeitig Graf von Holland war und von dort ausgehend in östliche Richtung Druck auf die Häuptlinge ausübte. Alles in allem kann die Unübersichtlichkeit der Territorialpolitik Ostfrieslands gar nicht überschätzt werden.

Zusammenarbeit zwischen Häuptlingen und Vitalienbrüdern

Aus der Zusammenarbeit zogen beide Seiten einen Nutzen: Die Vitalienbrüder brachten Kriegserfahrung und Flexibilität mit sich, vor allem aber war ihr Einsatz im Unterschied zu dem gewöhnlicher Söldner enorm günstig, machten sie doch Beute auf eigene Rechnung und verlangten keinen Sold und keine Verpflegung. Die Häuptlinge dagegen boten einen sicheren Unterschlupf vor Verfolgung sowie einen Absatzmarkt für gekaperte Waren – beides grundlegende Voraussetzungen für den Aufbau einer neuen Operationsbasis.

Bereits im Jahre 1390 ist ein Gefecht zwischen Hamburgern und Vitalienbrüdern dokumentiert[49], und auch in den Folgejahren arbeiteten Häuptlinge vereinzelt mit Seeräubern zusammen.[50] Zu einem signifikanten Anstieg der Aktivitäten kam es nach der oben skizzierten Vertreibung der Vitalienbrüder von Gotland durch den Deutschen Orden im Jahre 1398:

Bei den Kaperfahrten auf Nordsee und Weser blieben auch hansische und holländische Schiffe nicht von Überfällen verschont, so dass die Vitalienbrüder ein weiteres Mal zu einem drängenden Problem der Hanse, diesmal insbesondere der Städte Hamburg und Bremen, wurden.

So schilderte beispielsweise das Brügger Hansekontor am 4. Mai 1398 einen Vorfall, der sich auf der Nordsee ereignet hatte:

„[...] so hebben de vitalienbruderer, dye Wyczold van dem Broke in Vresland uphold unde huset kort vorleden eyn schif genomen in Norweghen, [...] de sulven vitalienbruderer zeghelden uyt Norweghen vorby dat Zwen in de Hovede, unde dar so nemen se wol 14 off 15 schepe [...]. Vort zo nemen ze up de zulven tiid eyn schip, dat uyt Enghelande kwam unde wolde int Zwen seghelen, dar inne dat koplude van unsen rechte grot gut verloren hebben an golde unde an wande, unde de sulven koplude hebben ze mit en gevoret in Vreslande [...].[51]“

Einem dieser Kaufleute, Egghert Schoeff, gaben die Vitalienbrüder zudem den Auftrag auszurichten, sie seien „Godes vrende unde al der werlt vyande, sunder der von Hamborch unde der van Bremen, want se dar mochten komen unde aff unde to varen, wanner dat ze wolden.“[52] Daraufhin forderten die flandrischen Städte Gent, Brügge und Ypern in einem Schreiben keine drei Wochen später die Hansestädte auf, energisch gegen die Vitalienbrüder vorzugehen und Hamburg und Bremen den Ankauf der geraubten Waren zu verbieten.[53] Die beiden Städte versuchten sich von den Vorwürfen der Kollaboration frei zu machen und legten in Folge dessen ein besonders energisches Verhalten an den Tag.

Es wurde klar, dass mit der Vertreibung der Vitalienbrüder aus der Ostsee das Problem der Hanse nicht gelöst war, es hatte sich lediglich an einen neuen Ort verlagert: Es kam im Juni 1398, wie oben schon kurz angedeutet, zur ersten großen Operation der Hanse gegen die Seeräuber im Gebiet des Jadebusens. Auch während des Jahres 1399 operierten Lübecker Schiffe unter dem Kommando des Ratsherren Henning von Rentelen vor der ostfriesischen Küste.

Am 2. Februar 1400 wurde auf einem kleinen Hansetag zu Lübeck die Entsendung von elf bewaffneten Koggen mit 950 Mann in die Nordsee beschlossen.[54] Keno II. tom Brok reagierte umgehend, indem er sich in einem auf den 25. Februar datierten Schreiben an die Hansestädte für die Beherbergung der Vitalienbrüder entschuldigte und ihre sofortige Entlassung versprach.[55] Da die entlassenen Vitalienbrüder allerdings sogleich bei Kenos Gegnern Hisko von Emden und Edo Wiemken sowie beim Grafen von Oldenburg Anstellung fanden[56], heuerten auch Keno tom Brok und seine Bundesgenossen, allen voran Folkmar Allena, Enno Haydetsna und Haro Aldesna, in der Folgezeit wieder Seeräuber an. Eine „Rüstungsspirale“ hatte sich gebildet, es war dem einzelnen Häuptling kaum mehr möglich [auf die Hilfe der Vitalienbrüder] zu verzichten, weil er mit seiner eigenen Hausmacht unmöglich das militärische Potential der Seeräuber, das seinen Gegnern zur Verfügung stand, ausgleichen konnte.[57]

Lübeck drängte zur Tat: Am 22. April stach die verabredete Hanseflotte von Hamburg aus mit Kurs auf Ostfriesland in See. Am 5. Mai traf sie auf der Osterems auf von Folkmar Allena beherbergte Vitalienbrüder und besiegte diese. Hierbei kamen 80 Seeräuber zu Tode, 34 wurden als Gefangene genommen und später hingerichtet.[58]

Die Hanse verlieh ihrem Ansinnen Nachdruck, indem sie sich am 6. Mai die Stadt und das Schloss Emden von Hisko übereignen ließ. Damit wurde die Basis für weitere Operationen gelegt, von hier ausgehend wurden weitere Schlösser und Burgen erobert.[59] Diese Unnachgiebigkeit ließ das Unternehmen zu einem vollen Erfolg für die Hanse werden, am 23. Mai bestätigten alle Häuptlinge und Gemeinden Ostfrieslands, nie wieder Vitalienbrüder aufzunehmen.[60] Ein Teil der Seeräuber verließ daraufhin Ostfriesland und suchte sich neue Verbündete: Ein Schreiben zweier Schiffshauptleute an Hamburg vom 6. Mai gibt an, dass zwei Hauptleute, Gödeke Michael und Wigbold mit 200 Wehrhaften nach Norwegen gesegelt seien.[61] Auch Herzog Albrecht von Holland nimmt am 15. August des Jahres 114 Vitalienbrüder auf, unter acht Hauptleuten auch einen „Johan Stortebeker“.[62] Ausgestattet mit holländischen Kaperbriefen machten die Vitalienbrüder Helgoland zum Ausgangspunkt ihrer Operationen.

Das Ende der Vitalienbrüder

Ihr eigentliches Ziel erreichte die Hanse nicht: Sie konnte weder Ostfriesland dauerhaft befrieden, noch das Seeräuberproblem nachhaltig lösen. Wieder waren diese ihnen, wenn auch diesmal unter einem höheren Blutzoll, entwichen, die Führungsriege gar vollständig.

Nun jedoch setzte ihnen Hamburg direkt und entschlossen nach und stellte zumindest jenen Teil der Seeräuber, der gen Helgoland gezogen war. Das genaue Datum und die Hintergründe dieser Expedition sind nicht überliefert, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sie zwischen dem 15. August und 11. November des Jahres 1400 durchgeführt wurde.[63] Die Operation unterstand der Leitung zweier Hamburger Ratsherren, Hermann Lange und Nikolaus Schoke, wie die Hamburger Kämmererechnungen aus dem Folgejahr bestätigen: Für die Reise der Herren Hermann Lange und Nikolaus Schoken nach Helgoland im vergangenen Jahr gegen die Vitalienbrüder: zusammen 57 Pfund.[64] Dazu die Rufus-Chronik:

„In deme sulven jare vochten de Engelandesvarer van der Stad Hamborch uppe der zee myt den zeeroveren, de syk vitalyenbroder nomeden, unde behelden den seghe jeghen se. se slughen erer beth den 40 doet by Hilghelande unde vinghen erer by 70. de brachten se myt syk to Hamborch, unde leten en alle de hovede afflan; [...] desser vitalien hovetlude weren ghenomet Wichman und Clawes Stortebeker.[65]“

Die Englandfahrer, wie Lange und Schoke in der zeitgenössischen Quelle bezeichnet werden, bildeten aus gutem Grund das Rückgrat im Kampf gegen Seeräuberei in der Nordsee, da unter diesem im letzten Jahrhundertviertel unerträglich ausgearteten Übel der Englandhandel am meisten hatte leiden müssen.[66]

Im Jahr 1401 ging Hamburg gegen Störtebekers alten Weggefährten Gödeke Michels vor. Wieder wird das Datum durch Kämmererechnungen bestätigt: „Für die Reise der Herren Nicolaus Schoke und Hindrik Jenevelt über die Weser gegen die Vitalienbrüder 230 Pfund und 14 Schillinge.“[67] Drei Schiffe werden ausgerüstet und Michels und seine Mannschaft gestellt:

„[...] dar na nicht langhe quemen de sulven Enghelandesvarer uppe eynen anderen hupen der zeeroveren unde slughen syk myt en [...] unde vynghen erer by 80 unde vorden se myt syk to Hamborch; dar worden se unthovedet [...]. desser hovetmanne weren gheheten Godeke Michels unde Wygbold, ein meyster an den seven kunsten.[68]“

Mit der Hinrichtung Michels' hatte man den bedeutendsten Anführer der Vitalienbrüder unschädlich gemacht.[69] Hier ist ein weiterer Wendepunkt in der Geschichte der Likedeeler erreicht. Auch wenn Seeräuber in der Folgezeit weiterhin Schiffe der Hanse aufbrachten[70], die Bezeichnung „Vitalienbruder“ bereits zu einem Synonym für den Seeräuber an sich geworden war und von daher auch weiterhin in den Quellen der folgenden Jahre auftaucht, so sind diese Unternehmungen doch nicht mehr in Zusammenhang mit den Wirren der dänischen Erbfolge oder des ostfriesischen Häuptlingswesens zu setzen: Piraterie, sowohl in der Nord- als auch in der Ostsee, hat es vor und auch nach den hier geschilderten Ereignissen gegeben. Es besteht aber keine kausale Kontinuität mehr zu der Geschichte der Vitalienbrüder, die 1391 auf den Plan traten und bis einschließlich 1401 eine immense Bedrohung für die Handelsschiffahrt darstellten. Mit einer zweiten Plünderung Bergens im Jahre 1429 ist zwar noch eine letzte herausragende Operation der Seeräuber überliefert, einen definitiven Schlusspunkt in ihrer Geschichte stellt aber die große Strafexpedition Hamburgs gegen Sibet Lubbenon, den Enkel Edo Wiemkens, dar: Simon van Utrecht, der bereits bei der Überwältigung Gödeke Michels' mitgewirkt hatte, brach im Jahr 1433 mit 21 Schiffen gen Emden auf und eroberte die Stadt.

1435 beschloss der Rat der Stadt Hamburg eine Landesherrschaft über das eroberte Emden zu etablieren, als die offensichtlich stabilste Gewähr gegen ein von Häuptlingen begünstigtes Wiederaufleben von Seeräuberei[71] und schleifte die nach zähen Kämpfen errungene Sibetsburg (auf dem Gebiet des heutigen Wilhelmshaven), die frühere Residenz Edo Wiemkens.

Nach 1435 schwinden die Zeugnisse der Vitalienbrüder in der Geschichtsschreibung, ihr Ende war erreicht. Dies bedeutete für die Hanse allerdings nicht die Lösung ihres „Seeräuberproblems“ – Kaperfahrt, Seeräuberei und Piraterie existierten auch weiterhin – sie überlebten die Hanse.

Vitalienbrüder und Hanse – Wirtschaftliche Aspekte

Seeraub und seine Bekämpfung als Kostenfaktor

Die tatsächlichen Dimensionen des Schadens, die der Seeraub der Vitalienbrüder der Hanse zufügte, sind heute nur noch schwer zu bestimmen. Zu häufig dokumentieren zeitgenössische Quellen nur „großen Schaden“ oder „viel Ungemach“ durch Einwirken der Vitalienbrüder.

Allein der Verlust von Schiffen stellte den ersten großen Posten in dieser Rechnung: Der Wert einer Kogge kann bei mehreren hundert Pfund veranschlagt werden, in lübischer Währung über 1.000 Mark. Es sind Fälle überliefert, bei denen Kaufleute ihre zuvor geraubten Schiffe, teilweise gar die Ladung, von den Likedeelern zurück kaufen konnten.[72] Eine weitere Einnahmequelle für die Seeräuber stellten Lösegeldforderungen für gefangen genommene und entführte Kaufleute dar.

Nicht nur der tatsächliche Seeraub, also das aktive Kapern von Kauffahrern, wirkte sich dabei negativ auf die Wirtschaft der Hanse aus: Auch die Tatsache, dass zeitweilig weite Strecken der Nord- und Ostsee nicht ohne Weiteres befahrbar waren, sorgte für immensen Schaden beim hansischen Kaufmann und für Preissteigerungen bis zum Zehnfachen des vorherigen Warenwerts:

„[Die Vitalienbrüder] bedrohten leider die ganze See und alle Kaufleute, ob Freund ob Feind, so daß die Schonenfahrt wohl drei Jahre darniederlag. Darum war in diesen Jahren

[ab 1392] der Hering sehr teuer. [73] “

Doch auch die Gegenwehr, beispielsweise unter der Zuhilfenahme von Friedeschiffen, bedeutete einen hohen Kostenaufwand für die hansischen Städte. Um solche militärischen Interventionen zu finanzieren, erhoben die Städte ein Pfundgeld, eine Art Sondersteuer auf die in den Häfen der Hanse gehandelten Waren. Der erste Beschluss für das Erheben eines solchen Pfundgeldes ist für das Jahr 1377 überliefert. Für das Folgejahr sind allein für die Friedeschiffe von Lübeck und Stralsund Kosten von über 10.000 Pfund dokumentiert.[74] Jedoch wurde das Pfundzoll, wenn überhaupt, nur in Zeiten akuter Bedrohung durch die Vitalienbrüder oder vor großen Operationen akzeptiert.

Immer wieder weigerten sich einzelne Städte, Pfundzölle zu erheben oder hielten sich gar komplett aus der Finanzierung der Kriegsflotten heraus. Allen voran sei an dieser Stelle ein weiteres Mal auf den Interessenkonflikt der Städte Rostock und Wismar hingewiesen, die sich in dieser Hinsicht besonders hervor taten: Ein entschiedenes Eintreten für die Belange der Hanse hätte ihr Landesherr, Albrecht von Mecklenburg, als Verrat begriffen. Daher übten sich beide Städte in Zurückhaltung, wann immer es um die Bekämpfung der seeraubenden Verbündeten ihres Herrschers ging. Die Hanse nahm jedoch mit Blick auf die territorialpolitisch diffizile Situation Rücksicht und sah von schweren Strafen gegen die beiden Städte ab.

Auch zwischen Bremen und Hamburg sowie Lübeck und den preußischen Städten, beziehungsweise der Leitung des Deutschen Ordens, sind immer wieder Meinungsverschiedenheiten dokumentiert. Diese führten wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Hanse und schließlich zum Suchen neuer Wege bei der Bekämpfung der Seeräuber: Hier sei auf die oben ausführlicher geschilderte Übertragung der Aufgabe auf den Privatmann Wulf Wulflam verwiesen.

Damit sind jedoch längst nicht sämtliche Unkosten der Bekämpfung der Seeräuber abgedeckt: so sind Fragen der Logistik (Kosten für Sendeboten, Zahlungen und Verträge mit nicht-hansischen Landesherrn, Schadenersatzzahlungen, Kosten für Ausliegerschiffe etc.) bislang gar nicht berücksichtigt. Die Rekonstruktion solch weit verzweigter Ausgaben gestaltet sich als außerordentlich kompliziert.

Geraubte Waren und Absatzmärkte

Zu einem weiteren Streitpunkt innerhalb der Hanse entwickelte sich die Praxis einzelner Städte, den Vitalienbrüdern in ihren Häfen einen Absatzmarkt für ihr Kapergut bereit zu stellen. An erster Stelle ist hierbei der Vorwurf gegen Hamburg und Bremen zu nennen, der nach dem Überfall auf den Danziger Kaufmann Egghert Schoeff im Jahre 1398 im Raume stand: Nachdem ihn die Vitalienbrüder ausrichten ließen, sie seien „Gottes Freunde und aller Welt Feinde, mit Ausnahme der Städte Hamburg und Bremen“, da sie dort jederzeit ihre Waren verkaufen könnten, sahen sich beide Städte mit erheblichem Misstrauen konfrontiert. Tatsächlich eigneten sich Hamburg und Bremen ebenso wie die einzelnen Märkte in Ostfriesland oder Groningen bestens zum Verkauf von Raubgut. Immer wieder sind diese als Anlaufstellen für Seeräuberschiffe dokumentiert.[75]. Doch auch im Binnenland boten sich den Vitaliensern Absatzmärkte, allen voran die Städte Münster und Osnabrück.[76]

Rechtliche Aspekte des Seeraubs um 1400

Als serovere, Seeräuber, galt, wer aus eigener Initiative, das heißt ohne staatliche Ermächtigung, und auf eigene Rechnung andere Schiffe in räuberischer Absicht überfällt.[77] Staatliche Ermächtigung bedeutete in diesem Falle, in Besitz eines Kaperbriefes zu sein. Bezogen auf die Vitalienbrüder implizierte dieser die Anerkennung der Kaperfahrer als Verbündete des Herzogs von Mecklenburg. Das Aufbringen feindlicher Schiffe war damit vom Kriegsrecht legitimiert. Folglich handelte es sich bei den Vitaliensern per definitionem nicht mehr um Seeräuber oder Piraten.

In der historischen Wirklichkeit verschwammen diese Grenzen jedoch stark: Zum einen hielten sich die Vitalienbrüder nicht an die Satzungen der Kaperbriefe und enterten auch Schiffe, die nicht direkt in den dänisch-mecklenburgischen Krieg involviert waren.[78] Zum anderen akzeptierten die Hansestädte den Status der Kapererlaubnis in den seltensten Fällen oder ignorierten ihn schlicht: Für sie handelte es sich bei den Vitaliensern um bloße Piraten, die es aufs Schärfste zu bekämpfen galt.

Dementsprechend hart war nach heutigem Empfinden das Strafmaß für Seeräuber: Enthauptung durch das Schwert. Nach der mittelalterlichen Rechtsnorm galt diese Hinrichtung jedoch als die einzige ehrenvolle.[79] Sie war für gewöhnlich adligen Delinquenten „vorbehalten“. Alle in Hamburg üblichen Strafen sind in einer Illustration des Hamburger Stadtrechts von 1479 dargestellt: Das Schließen der Beine in einen Stock, Rädern, Hängen, Prangerstehen, Stäupen und schließlich die Enthauptung.[80]

Dass Hamburg als unnachgiebigster Widersacher der Vitalienbrüder dennoch nicht von dieser Vollstreckungsmethode abwich, kann als letztes Zugeständnis an die eigentlich vom

Kriegsrecht Legitimierten interpretiert werden. Zudem hielt das Strafrecht den Vitalienbrüdern das Kriterium der Offenheit zugute: Ein heimlicher Angriff, beispielsweise der Diebstahl ab 16 Schillingen, wurde mit Erhängen geahndet.[81]

In der Regel wurden die Köpfe der Hingerichteten auf dem Hamburger Grasbrook auf Pfähle gesteckt und längs der Elbe aufgestellt. Hiermit sollte ein Abschreckungspotential aufgebaut werden und eine Warnung an sämtliche die Stadt anlaufende Schiffe ausgesprochen werden: Hamburg hatte den Vitalienbrüdern den Kampf angesagt.

Die Schiffe der Vitalienbrüder

Schiffstypen: Kogge und Holk

Vitalienbrüder und Hanse nutzten die gleichen Schiffe bei ihren jeweiligen Unternehmungen. Dass die Seeräuber schnellere Schiffe benutzten, kann nach Erkenntnissen der Forschung nicht bestätigt werden, die höhere Schnelligkeit jedoch auf geringere Ladungen und den damit einhergehenden Geschwindigkeitsvorteil zurückgeführt werden. Die zwei bedeutendsten und größten Schiffstypen für die Seefahrt waren die Kogge und der Holk.

Die Kogge konnte aufgrund ihres flachen Kiels nicht gegen den Wind kreuzen, da die seitliche Abdrift sonst zu groß wurde. Dies führte bei widrigen Windverhältnissen zu langen Wartezeiten, die den Kaufleuten aufgrund der dennoch zu leistenden Heuer für die Seeleute teuer zu stehen kamen. Besonders aufschlussreich bei der Erforschung dieses Schiffstyps sind die Erkenntnisse, die nach der Bergung einer Hansekogge in Bremen am 9. Oktober 1962 gewonnen werden konnten.[83]

Für den später eingesetzten Holk ist aufgrund seines tiefer reichenden Kiels mit weniger Abdrift zu rechnen. [84] Den entscheidenden Nachteil hinsichtlich der Navigierfähigkeit teilte er jedoch mit der Kogge: Beide bedienten sich eines einzelnen, riesigen Rahsegels von circa 200 m², dessen Bedienung insbesondere bei starkem Wind eine große Mannschaft erforderte. [85]

Beide Schiffe hatten gemein, dass sie besonders hochbordig gebaut waren. Dies bedeutete für die Seeräuber, dass sie zum erfolgreichen Entern der Kauffahrer mindestens ebenso hochbordige Schiffe benötigten. Ein Betreten des jeweils anderen Decks wäre sonst nicht möglich gewesen.

Besatzung

Die höhere Zahl der Besatzung hat zur Überlegenheit der Likedeeler im Vergleich zum gemeinen Kauffahrer gesorgt. Für ein der Bremer Hansekogge hinsichtlich der Größe vergleichbares Schiff ist eine Mannschaft von einem Schiffer sowie zehn Mann überliefert.[86] Hinzu kamen noch sogenannte Jungknechte, also Schiffsjungen, die jedoch nicht zur Mannschaft gezählt wurden. Später kamen auch spezialisierte Seeleute zum Einsatz, so zum Beispiel Schiffszimmerleute oder Segelmacher. Auf Handelsschiffen waren zudem Kaufleute oder Schreiber Teil der Besatzung. Die Mannschaften von Seeräubern waren vermutlich doppelt so groß wie die der Handelsschiffe, um bei Entergefechten den entscheidenden Vorteil zu haben: Es dürfte sich im Schnitt um 30 bis 40 Männer gehandelt haben.[87]

So entstand eine Art „Rüstungsspirale“, denn die Überlegenheit der Vitalienbrüder in Fragen der Mannschaftsstärke hatte zur Folge, dass die Hanse auf ihren Friedeschiffen zu noch größeren Besatzungen griff. Für das Jahr 1368 ist eine Hamburger Kogge mit 20 Seeleuten und 60 Kriegeren an Bord bestätigt.[88] Später werden Kriegsschiffe mit bis zu 100 Mann eingesetzt. Hierbei ist deutlich ersichtlich, dass eben nicht die Art der Schiffe ausschlaggebend für den Erfolg eines Seegefechts war, sondern die Ausrüstung des jeweiligen Schiffes mit Blick auf Besatzung und Bewaffnung.

Bewaffnung

Für kriegerische Einsätze wurden die Schiffe umfangreich mit Armbrüsten bestückt. Hierzu waren feste Geschütze am Vorder- und Achterkastell der Koggen und Holke sowie in Maskörben angebracht. Auch der Einsatz von Feuerwaffen ist überliefert, jedoch fehlte den damit abgefeuerten Geschützen der notwendige Drall, um eine stabile Flugbahn zu gewährleisten.[89] Die wesentlich zielgenaueren Armbrüste wurden effektiv vor dem Enterkampf eingesetzt, um möglichst viele Gegner schon im Vorfeld des eigentlichen Gefechts kampfunfähig zu machen. Im Enterkampf selbst kamen neben Dolchen und Keulen vor allem Schwerter und Beile zum Einsatz.

Im Batteriedeck aufgestellte, schwere Schiffsgeschütze wurden erst ab 1493 genutzt, als sich verschließbare Stückpforten durchzusetzen begannen. [90] Sie spielten also zur Zeit der

Vitalienbrüder noch keine ausschlaggebende Rolle. Fest montierte Wurfmaschinen, sogenannte Bliden, konnten dagegen auch höhere Entfernungen zwischen den Schiffen überwinden.

Weitere Schiffstypen

Neben Koggen und Holken kamen auch kleinere Schiffe zum Einsatz, die zur Unterstützung den großen Seglern zur Seite gestellt wurden. Hier ist vor allem die einmastige Schnigge zu nennen, die aufgrund ihrer Wendigkeit und höheren Geschwindigkeit den Koggen an Manövrierfähigkeit überlegen war. Besonders bei Unternehmungen in flachen Gewässern oder bei Landungen kamen die Schiffe mit geringem Tiefgang zum Einsatz. Zum Enterkampf dagegen waren sie wegen ihrer niedrigen Bordwände nicht geeignet, weswegen sie häufig mit Armbrüsten bestückt zu kapernde Schiffe auf die Koggen und Holke der Vitalienser zutreiben sollten. Zu Kriegseinsätzen konnten Schniggen bis zu 55 Bewaffnete transportieren.[91]

Rezeption

Die gesellschaftliche Rezeption des Phänomens „Vitalienbrüder“ hat eine radikale Wandlung erfahren: Bedeutete ihr Name dem mittelalterlichen Zeitgenossen noch Unheil und Gefahr, hat im Laufe der Zeit eine positive Umdeutung ihrer Motive bis hin zur idealistischen Verklärung stattgefunden. Hierbei ist natürlich zuerst auf die Legende von Störtebeker hinzuweisen, der ein Symbol für Widerstand, Wagemut, Selbstbestimmtheit und Abenteuer geworden ist. Der Mythos lebt fort in einer unüberschaubaren Menge an historischen und Abenteuerromanen, an Comics, Filmen, Liedern und nicht zuletzt auch an den jährlich stattfindenden „Störtebeker-Festspielen“ auf der Insel Rügen.

Die Vitalienbrüder treten dabei zurück hinter Klaus Störtebeker, ebenso historisch bedeutendere Anführer des Bundes wie Gödeke Michels oder Magister Wigbold. Hier ist eine klare Trennlinie zwischen historischer Forschung einerseits, und traditioneller Überlieferung andererseits zu ziehen: War Störtebeker, solange man zeitgenössischen Quellen folgt, nur einer unter vielen Hauptleuten der Vitalienser, so macht die Sage ihn zu dem Anführer und Repräsentanten.

Eine ähnliche Verschiebung ist übrigens auch auf der Seite der Piratenjäger zu beobachten: Hier verdrängte im Laufe der Zeit Simon von Utrecht die eigentlichen Anführer der Engländer, Hermann Lange, Nikolaus Schoke und Hinrik Jenefeld.

Die Verklärung und Umdeutung der realen Ereignisse beginnt bereits bei den Chronisten des Mittelalters, beeinflusst von den Sagen und Legenden der Bevölkerung. Diese Tradition setzt sich fort: Im Jahr 1701 führt der Komponist Reinhard Keiser das erste Mal eine Oper mit dem Thema des Störtebeker-Mythos in Hamburg auf, 1783 ist am Hamburger Stadttheater ein Stück mit dem Namen Claus Störtebeker dokumentiert.[92] Im 18. Jahrhundert entstehen eine weitere Oper, zwei Theaterstücke, fünf poetische und neun Prosawerke.[93]

Der Trend setzt sich ab 1900 fort: Bis einschließlich 1945 sind vier Balladen, ein Radiohörspiel, zehn Theaterstücke und 18 Romane und Erzählungen über Störtebeker und die Vitalienbrüder überliefert.[94] Auch die Nationalsozialisten instrumentalisierten den Mythos um Störtebeker. Er wird in die Propaganda Hitlerdeutschlands eingeflochten als „nordischer Rebell“ mit dem Recht zur „Plünderung der Nachbarvölker“.

Auch unter marxistischer Interpretation, welche die nationalsozialistische Rezeption berichtigen will, scheint der Mythos in Willi Bredels Roman Die Vitalienbrüder[95] zu funktionieren: Die hansischen Patrizierfamilien werden als herrschende Klasse stilisiert, der sich der proletarische Held Störtebeker mit seinen sozialistisch gesinnten Likedeelern entgegen stellt. Auch hier wird die Lesart von Störtebeker als einem „Robin Hood der Meere“ implizit weiter konstruiert. Diese setzt sich fort in der Planung einer Theaterinszenierung des Zentralkomitees der DDR aus dem Jahre 1959 unter dem Titel Klaus Störtebeker. Henning zitiert den Epilog des Stückes wie folgt:

„Störtebeker - Göstemichel - / Wigbold, wat liggt an - / Sozialismus voraus - / Die Arbeiter / Herren im eigenen Haus.[96]“

Diese Aufführung legt den Grundstein für die heutigen „Störtebeker Festspiele“ auf der Insel Rügen.

Ebenfalls in einem politischen Zusammenhang muss auch die „Enthauptung“ des Hamburger Simon van Utrecht-Denkmal an der Kersten-Miles-Brücke im Jahr 1985 betrachtet werden. Die zerstörte Statue wurde mit politischen Graffiti versehen. Diese forderten auf, Banden zu bilden, bescheinigten der Piraterie eine große Zukunft oder drohten: „Wir kriegen alle Pfeffersäcke!“[97] in Referenz an das zeitgenössische Schimpfwort für die reichen Hansekaufleute. Die Aktion stand in engem Zusammenhang mit der Beteiligung Simons van Utrecht an der Festnahme und Enthauptung Gödeke Michels: „Nicht alle Köpfe rollen erst nach 500 Jahren!“

Im Mythos leben die Vitalienbrüder und ihr prominenter Anführer fort. Diese Legenden sind aber keinesfalls mit den historischen Gegebenheiten zu verwechseln. Sie sind nicht Zeugen

der Geschichte selbst, sondern vielmehr von ihrer historischen Rezeption und den Bedürfnissen der einzelnen Menschen zu ihrer jeweiligen Zeit: Die Legenden von Kaperfahrt und Vitalienern werden zur Projektionsfläche für Fluchtpunkte aus dem Alltag und haben in Folge dessen nur noch sehr wenig gemein mit der historischen Vorlage. Diese tritt in den Hintergrund und macht Platz für den Wunsch nach Freiheit und Abenteuer.[98]

Literatur

Quellen

- Detmar-Chronik, in: Chronik des Franziskaner Lesemeisters Detmar nach der Urschrift und mit Ergänzungen aus anderen Chroniken, I. Teil, hrsg. v. F.H. Grautoff, Hamburg 1829.
- Hanserecense. Die Recense und andere Akten der Hansetage 1256 – 1430, Abt. I, Bde. 2 - 4, hrsg. v. Hansischer Geschichtsverein, Leipzig 1872-77.
- Hansisches Urkundenbuch, Bd. IV, hrsg. v. Karl Kunze, Halle a. d. Saale, 1896.
- Kämmereirechnungen der Stadt Hamburg 1350 – 1470, Bd. I und II, bearb. v. Karl Koppmann, Hamburg 1829 und 1873.
- Chronik des Reimar Kock, in: Chronik des Franziskaner Lesemeisters Detmar nach der Urschrift und mit Ergänzungen aus anderen Chroniken, I. Teil, hrsg. v. F.H. Grautoff, Hamburg 1829.
- Rufus-Chronik, in: Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Bd. 28, hrsg. v. Historische Commission der Königl. Academie der Wissenschaften, Leipzig 1902.
- Urkundenbuch der Stadt Lübeck, Abt. I, Bd. 4, hrsg. v. Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Lübeck 1873.
- Voyages in eight Volumes, Bd. I, hrsg. v. Richard Hakluyt, London und New York 1907.

Sekundärliteratur

- Antje Sander: Schlupfwinkel, Lagerplätze und Märkte. Anmerkungen zur Topographie des Jadebusens um 1400, in: Wilfried Ehbrecht: Störtebeker : 600 Jahre nach seinem Tod. Porta-Alba-Verlag, Trier 2005, ISBN 3-933701-14-7, S. 169 – 180.
- Detlev Ellmers: Die Schiffe der Hanse und der Seeräuber um 1400, in: Wilfried Ehbrecht: Störtebeker : 600 Jahre nach seinem Tod. Porta-Alba-Verlag, Trier 2005, ISBN 3-933701-14-7, S. 153 - 168.
- Dieter Zimmerling: Störtebeker & Co. : die Blütezeit der Seeräuber in Nord- und Ostsee. Verlag Die Hanse, Hamburg 2000, ISBN 3-434-52573-4.
- Dieter Zimmerling: DIE HANSE - Handelsmacht im Zeichen der Kogge, 2. Auflage, Düsseldorf und Wien 1979, ISBN 3-8112-1006-8.
- Ernst Daenell: Die Blütezeit der deutschen Hanse: hansische Geschichte von der zweiten Hälfte des XIV. bis zum letzten Viertel des XV. Jahrhunderts, 2 Bde., 3. Auflage, Gruyter, Berlin 2001, ISBN 3-11-017041-8.
- Fritz Teichmann: Die Stellung und Politik der hansischen Seestädte gegenüber den Vitalienbrüdern in den nordischen Thronwirren 1389 – 1400, Berlin 1931.
- Hartmut Roder: Klaus Störtebeker – Häuptling der Vitalienbrüder, in: ders. (Hg.): Piraten: die Herren der sieben Meere ; [Katalogbuch zur Ausstellung „Piraten. Herren der Sieben Meere“]. Ed. Temmen, Bremen 2000, ISBN 3-86108-536-4, S. 36 -43.
- Heinrich Schmidt: Das östliche Friesland um 1400. Territorialpolitische Strukturen und Bewegungen, in: Wilfried Ehbrecht: Störtebeker : 600 Jahre nach seinem Tod. Porta-Alba-Verlag, Trier 2005, ISBN 3-933701-14-7, S. 85 - 110.
- Jürgen Bracker: Klaus Störtebeker – Nur einer von ihnen. Die Geschichte der Vitalienbrüder, in: Ralf Wiechmann: Klaus Störtebeker: ein Mythos wird entschlüsselt. Fink, Paderborn/München 2003, ISBN 3-7705-3837-4, S. 9 – 59.
- Jürgen Bracker: Klaus Störtebeker – Nur einer von ihnen. Die Geschichte der Vitalienbrüder, überarbeitete und gekürzte Fassung, in: Wilfried Ehbrecht: Störtebeker : 600 Jahre nach seinem Tod. Porta-Alba-Verlag, Trier 2005, ISBN 3-933701-14-7, S. 57 – 84.
- Jürgen Bracker: Von Seeraub und Kaperfahrt im 14. Jahrhundert, in: ders. (Hg.): Gottes Freund - aller Welt Feind: von Seeraub und Konvoifahrt; Störtebeker und die Folgen. Museum für Hamburgische Geschichte, [Hamburg] 2001, ISBN 3-9805772-5-2, S. 6 -35.

- Klaus J. Henning: Störtebeker lebt! Aspekte einer Legende, in: Jörgen Bracker (Hg.): Gottes Freund - aller Welt Feind: von Seeraub und Konvoifahrt; Störtebeker und die Folgen. Museum für Hamburgische Geschichte, [Hamburg] 2001, ISBN 3-9805772-5-2, S. 80 - 97.
- Matthias Puhle: Die Vitalienbrüder: Klaus Störtebeker und die Seeräuber der Hansezeit, 2. Auflage, Campus Verlag, Frankfurt/Main 1994, ISBN 3-593-34525-0.
- Petra Bauersfeld: Die gesellschaftliche Bedeutung der Vitalienbrüder: Eine sozial- und kulturhistorische Betrachtung der Seeräuber um Klaus Störtebeker, in: Uwe Danker (Hrsg.): Demokratische Geschichte, Schleswig-Holsteinischer Geschichtsverlag, o.O. 1998, S. 19 -40.
- Philippe Dollinger: Die Hanse. 5. Auflage, Kröner, Stuttgart 1998, ISBN 3-520-37105-7.
- Ralf Wiechmann, Eilin Einfeldt, Klaus Püschel: „... men scholde en ere hove de afhowen und negele se uppe den stok.“ Die Piratenschädel vom Grasbrook, in: Jörgen Bracker (Hg.): Gottes Freund - aller Welt Feind: von Seeraub und Konvoifahrt; Störtebeker und die Folgen. Museum für Hamburgische Geschichte, [Hamburg] 2001, ISBN 3-9805772-5-2, S. 52 - 79.
- Rudolf Holbach: Hanse und Seeraub. Wirtschaftliche Aspekte, in: Wilfried Ehbrecht: Störtebeker : 600 Jahre nach seinem Tod. Porta-Alba-Verlag, Trier 2005, ISBN 3-933701-14-7, S. 131 - 152.
- Ulrich Aldermann: Spätmittelalterlicher Seeraub als Kriminaldelikt und seine Bestrafung, in: Wilfried Ehbrecht: Störtebeker : 600 Jahre nach seinem Tod. Porta-Alba-Verlag, Trier 2005, ISBN 3-933701-14-7, S. 23 - 36.
- Walter Vogel: Geschichte der deutschen Seeschifffahrt, Bd. 1, Berlin 1915.
- Josef Wanke: Die Vitalienbrüder in Oldenburg (1395-1433), Oldenburg 1910 (Phil. Diss.).

Einzelnachweise

1. ↑ Ad reysam dominorum supra Weseram contra Vitaliensis: 230 Pf. 14-Sch., vgl.: Kämmererechnungen der Stadt Hamburg, I.Bd. 1350-1400, 1869, S. 474.
2. ↑ Ähnliche Organisationsformen sind drei Jahrhunderte später von den Seeräubern des karibischen Meeres überliefert.
3. ↑ Sowohl von Mecklenburg und Dänemark, später auch Holland und den unterschiedlichen Häuptlingen Ostfrieslands
4. ↑ vgl. BRACKER, Jörgen: Klaus Störtebeker – Nur einer von ihnen. Die Geschichte der Vitalienbrüder, überarbeitete und gekürzte Fassung, in: EHBRECHT, Wilfried (Hg.): Störtebeker – 600 Jahre nach seinem Tod, Trier 2005, S. 57.
5. ↑ vgl. PUHLE, Matthias: Die Vitalienbrüder: Klaus Störtebeker und die Seeräuber der Hansezeit, 2. Auflage, Frankfurt/Main 1994, S. 71ff.
6. ↑ vgl. Reimar Kock, in: Chronik des Franziskaner Lesemeisters Detmar (Lesemeister) nach der Urschrift und mit Ergänzungen aus anderen Chroniken, hrsg. v. F.H. Grautoff, I. Teil, Hamburg 1829, S. 497.
7. ↑ vgl. Petra Bauersfeld: Die gesellschaftliche Bedeutung der Vitalienbrüder: Eine sozial- und kulturhistorische Betrachtung der Seeräuber um Klaus Störtebeker, in: Uwe Danker (Hrsg.): Demokratische Geschichte, Schleswig-Holsteinischer Geschichtsverlag, o.O. 1998, S. 22.
8. ↑ vgl. Hansisches Urkundenbuch, Bd. IV, Nr. 343 – 345, S. 141 – 145.
9. ↑ DOLLINGER, Phillipe: Die Hanse, Stuttgart 1998, S. 101.
10. ↑ Hanserecesse I 3, Nr. 81, S. 70: „[...] de consensu et voluntate tocius communitatis regni Dacie illustrem Olavum filium sereni principis domini Haquini regis Norwegie in regem Danorum concorditer elegisse [...].“
11. ↑ vgl. Hansisches Urkundenbuch, Bd. IV, Nr. 551, S. 226.
12. ↑ ZIMMERLING, Dieter: Störtebeker & Co. Die Blütezeit der Seeräuber in Nord- und Ostsee, Hamburg 2000, S. 53.
13. ↑ vgl. PUHLE, S. 20.
14. ↑ Vom zeitgenössischen „Vredenschepe“. Hierbei handelt es sich keinesfalls (wie der Name mutmaßen lässt) um Friedeschiffe im Wortsinne, sondern um zu Kriegsschiffen hochgerüstete Koggen, deren Aufgabe es war, die Ostsee zu befrieden, das heißt nachhaltig von Seeräubern zu befreien.
15. ↑ DAENELL, Ernst: Die Blütezeit der deutschen Hanse: hansische Geschichte von der zweiten Hälfte des XIV. bis zum letzten Viertel des XV. Jahrhunderts, Bd. 1, 3. Auflage,

Berlin 2001, S. 110.

16. ↑ vgl. ZIMMERLING, 2000, S. 57.

17. ↑ DAENELL, S. 111.

18. ↑ Hanserecesse I 2, Nr. 308, S. 366.

19. ↑ Hanserecesse I 2, Nr. 300, S. 353: „Und allen schaden van schepen, van koste, van luden und van vengnisse schalhe sulven allene utstan. [...] Und hir vore scholen eme de stede geven 5000 mark Sundisch. [...] Vortmer wat vromen he nympt van seeroveren, de schal sin wesen, yd en were, dat de seerover dem koepmanne dat ghenomen hadden, dat scholde men deme koepmanne wedder gheven [...].“

20. ↑ Detmar-Chronik, in: Chronik des Franziskaner Lesemeisters Detmar nach der Urschrift und mit Ergänzungen aus anderen Chroniken, hrsg. v. F.H. Grautoff, I. Teil, Hamburg 1829, S. 351: „In demesulven iare toch hertoge iohan van mekelenborch, here to stargarde, over in Sweden to deme holme, sinen vedderen konink alberte van sweden to troste unde to helpe;“

21. ↑ DAENELL, S. 119.

22. ↑ zit. nach PUHLE, S. 38.

23. ↑ BRACKER, Jörgen: Klaus Störtebeker – Nur einer von ihnen. Die Geschichte der Vitalienbrüder, in: WIECHMANN, Ralf, BRÄUER, Günter, PÜSCHEL, Klaus (Hrsg.): Klaus Störtebeker – Ein Mythos wird entschlüsselt, München 2003, S. 22.

24. ↑ Reimar Kock, in: Chronik des Franziskaner Lesemeisters Detmar nach der Urschrift und mit Ergänzungen aus anderen Chroniken, hrsg. v. F.H. Grautoff, I. Teil, Hamburg 1829, S. 495. Originaltext: „Anno 1493 [...] [hedden] de vramen Victallien Brodere de Sehe inne [...], unde jederman Schaden deden, derhalven tho Lubeck alle Segelatie Stille lagh [...].“

25. ↑ PUHLE, S. 66.

26. ↑ Detmar-Chronik zit. nach PUHLE, S. 52f.

27. ↑ Die isländische Flatøannaler, zit. nach PUHLE, S. 53.

28. ↑ PUHLE, S. 54.

29. ↑ DAENELL, S. 127.

30. ↑ Voyages in eight Volumes, Bd. I, hrsg. v. Richard Hakluyt, London und New York 1907, S. 146 – 157: „Item, in the yeere of our Lord 1394. one Goddekin Mighel, Clays Scheld, Storbiker and divers others of Wismer and Rostok [...] tooke out of a ship of Elbing [...].“ (S. 152), es folgt eine Liste von elf Vorfällen, die explizit Michels und Störtebeker zur Last gelegt werden, da jeder einzelne der Einträge mit der entsprechenden Jahreszahl sowie der Einleitung „the forenamed Godekins and Stertebeker“ beginnt. Die Dunkelziffer wird aber weit höher liegen.

31. ↑ DAENELL, S. 131f.

32. ↑ Dies zeigt, dass (zumindest zu diesem Zeitpunkt, das heißt nach ihrer Zerstreuung) nicht von einer homogenen oder geschlossen auftretenden Gruppe ausgegangen werden kann.

33. ↑ vgl. PUHLE, S. 93 und BRACKER, 2003, S. 24 sowie Hanserecesse I 4 Nr. 438, §4, S. 416: „Dornoch czo was Swen Schur, der das land Godtlandt innehatte, und krygete mit der stad Wisbu etliche cziet, alze das konig Albrecht synen czon, herczog Eryk, mit synem wybe von Mekilburg czu schiffe obir sante mit veyl rittern und knechten, dy stad czu Wisbu czu retten, als das der selbige herczog voste lange krygete mit Swen Schur, bas alzo lange, bas ym Swan Schur das landt Gotlandt und alle dy slosse inantwertte, und wart domethe des konigis Albrechts man.“

34. ↑ TEICHMANN, Fritz: Die Stellung und Politik der hansischen Seestädte gegenüber den Vitalienbrüdern in den nordischen Thronwirren 1389 – 1400, Berlin 1931, S. 7.

35. ↑ Hanserecesse I 4, Nr. 438, §5, S. 416: „[...] und lis kundegen in alle landt by der zehe den vyalgenbrudern, do rouben welde umme dy helffte syner frouwen, der herzogynne, und ym, der sulde Erhalt haben off den slossen czu Gotlandt, alzo Landeskrone und Sleyt.“

36. ↑ BRACKER, 2003, S. 25.

37. ↑ Hanserecesse I 4, Nr. 427, S. 407: „[...] dat erer gerne to worden were mit erer vedderken, hertogh Erikes wyf van Mekelborgh [...].“

- 38.↑ Hancerecense I 4, Nr. 438, §9, S.416: „Des zo wart der hochmeister czu rathe mit synen gebitigern und mit synen steten, das her dys meynte czu storen, und lys usrichten wol 84 schiff, cleyne und gros, [...] und saczte dorin 4000 man czu harnisch, und gab yn methen in dy schiff 400 pherd [...]. [D]o unser homeister dy schiff lis ussegeln, bas zu Gotlandt [...].“
- 39.↑ Hancerecense I 4, Nr. 437, S. 414
- 40.↑ Dollinger, S. 114.
- 41.↑ SANDER, Antje: Schlupfwinkel, Lagerplätze und Märkte. Anmerkungen zur Topographie des Jadebusens um 1400, in: EHBRECHT, Wilfried (Hg.): Störtebeker – 600 Jahre nach seinem Tod, Trier 2005, S. 169.
- 42.↑ EHBRECHT, Wilfried (Hg.): Störtebeker – 600 Jahre nach seinem Tod, Trier 2005, S. 169.
- 43.↑ SCHMIDT, Heinrich: Das östliche Friesland um 1400. Territorialpolitische Strukturen und Bewegungen, in: EHBRECHT, Wilfried (Hg.): Störtebeker – 600 Jahre nach seinem Tod, Trier 2005, S. 95.
- 44.↑ ZIMMERLING, 2000, S. 223f.
- 45.↑ SCHMIDT, S. 86.
- 46.↑ SCHMIDT, S. 87.
- 47.↑ RODER, Hartmut: Klaus Störtebeker – Häuptling der Vitalienbrüder, in: ders. (Hg.): Piraten – Herren der Sieben Meere, Bremen 2000, S. 41.
- 48.↑ PUHLE, S. 111.
- 49.↑ Kämmererechnungen der Stadt Hamburg 1350 - 1470, Bd. I, 1869, S. 474: „Ad reysam dominorum supra Weseram contra Vitalienses: 230 £ 14ß.“
- 50.↑ Beispielsweise 1395 nach dem Frieden von Skanör und Falsterbo (siehe oben), 1396 suchte eine Gruppe Vitalienbrüder Aufnahme bei Graf Konrad von Mecklenburg, wurde aber abgewiesen und fand schließlich bei Widzel tom Brok Zuflucht, vgl. Hanserecense I 4, Nr. 359, S. 346: „[...] de zerovere legheren wolden to Oldenborg, [...] dat se dar nicht geheget wurden [...] Dar boven heft [Wytzolde] se to sik genomen, unde he is de jenene, de se untholt.“
- 51.↑ Hanserecense I 4, Nr. 453, S. 431f.
- 52.↑ Hanserecense I 4, S. 432.
- 53.↑ Hanserecense I 4, Nr. 457, S. 434.
- 54.↑ Hanserecense I 4; Nr. 570, § 5, S. 522.
- 55.↑ Urkundenbuch der Stadt Lübeck, Abt. I, Bd. 4, Nr. 692, S.788: „[...] [I]k Keno [...] bekenne unde betughe openbar in desem brefe, [...] dat ick wil unde schal van my laten alle vitallienbroder, old unde jung, de ick bette desser tyd hebbe, vnde de ick an mynen sloten unde in mynen ghebheden geleidet hadde, so dat ze van my unde de minen scholet uttheen to lande unde nicht to watere van stunden an [...].“
- 56.↑ Hanserecense I 4, Nr. 589, S. 534f.: „[...] Keene heft de vitalienbrudere van sych gelaten, [...] etlike høvetlinge in Vreesland, alze Ede Wummekens unde de van Emede de vitalgenbroder wedder to sich genomen hebben, unde de greve van Oldenborch [...].“ Mit Edo Wiemken und Hisko von Emden übrigens eben jene Häuptlinge, die keine zwei Jahre zuvor feierlich gelobt hatten, nie wieder mit den Seeräubern gemeinsame Sache zu machen!
- 57.↑ PUHLE, S. 106.
- 58.↑ Hanserecense I 4, Nr. 591, S. 538 – 546.
- 59.↑ 9. Mai: Schloss Larrelt, 12. Mai: Schloss Loquard (am 14. Juni geschleift), zwischen 16. und 23. Mai: Turm von Marienfeld (Anfang Juni geschleift), Schloss Wittmund, Schloss Groothusen (14. Juni geschleift).
- 60.↑ Urkundenbuch der Stadt Lübeck, Abt. I, Bd. 4, Nr. 699, S.793: „Witlik sy allen den ghenen, de dessen bref seen edder horen lesen, dat wy houetlinge vnde menheyt des ghantsen landes to Ostvreslande, also dat beleggen is twysschen der Emese vnde der Wesere, vp dat wy schullen vnde willen nummermer to ewyghen tyden Vytalienbrodere edder andere rouere [...] husede ofte heghedein vnsen landen ofte ghebede.“
- 61.↑ Hanserecense I 4, Nr. 658, S. 593.

- 62.↑ Hanserecense I 4, Nr. 605, S. 552: „Aelbrecht etc doen cond allen luden, dat wii een voerwaerde gedadingt ende gemaect hebben mit [...] Johan Stortebeker [...] van hore gemeenre vitalgebroedere [...].“
- 63.↑ Für die ausführliche Herleitung dieses Zeitraumes vgl. PUHLE, S. 130.
- 64.↑ Kämmererechnungen der Stadt Hamburg, Bd. II, S. 2. Originaltext: „Ad reysam domini Hermanni Langhen et Nicolai Schoken, in Hilghelande, de anno preterito contra Vitaliensis: summa 57 £.“
- 65.↑ Rufus-Chronik, in: Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Bd. 28, hrsg. v. Historische Commission der Königl. Academie der Wissenschaften, Leipzig 1902, S. 25.
- 66.↑ BRACKER, Jörgen: Klaus Störtebeker – Nur einer von ihnen. Die Geschichte der Vitalienbrüder, überarbeitete und gekürzte Fassung, in: EHBRECHT, Wilfried (Hg.): Störtebeker – 600 Jahre nach seinem Tod, Trier 2005, S. 70.
- 67.↑ Kämmererechnungen der Stadt Hamburg, Bd. II, S. 2: „Ad reysam dominorum Nicolai Schoken et Hinrici Ienevelt, super Weseram contra Vitaliensis 230 £ 14 β.“
- 68.↑ Rufus-Chronik, S. 26.
- 69.↑ BRACKER, 2005, S. 68.
- 70.↑ vgl. PUHLE, S. 143: 1402 Überfall eines Kampener Bürgers, 1405 Seeräuberei vor Emden, 1408: Vitalienbrüder erbeuten 5 Hanseschiffe etc.
- 71.↑ SCHMIDT, S. 108.
- 72.↑ Vgl. Rudolf Holbach: Hanse und Seeraub. Wirtschaftliche Aspekte, in: Wilfried Ehbrecht: Störtebeker : 600 Jahre nach seinem Tod. Porta-Alba-Verlag, Trier 2005, ISBN 3-933701-14-7, S. 134.
- 73.↑ Detmar-Chronik, S. 50f.
- 74.↑ Vgl. Holbach, S. 135.
- 75.↑ Vgl. Holbach, S. 149
- 76.↑ Holbach, S. 149
- 77.↑ Ulrich Aldermann: Spätmittelalterlicher Seeraub als Kriminaldelikt und seine Bestrafung, in: Wilfried Ehbrecht: Störtebeker : 600 Jahre nach seinem Tod. Porta-Alba-Verlag, Trier 2005, ISBN 3-933701-14-7, S. 24.
- 78.↑ Beispielsweise die Kauffahrer der Hanse, denen höchstens eine „strukturelle“ Beteiligung unterstellt werden kann, da sie ja beide Seiten mit Waren belieferte.
- 79.↑ Aldermann, S. 33.
- 80.↑ Vgl. Ralf Wiechmann, Eilin Einfeldt, Klaus Püschel: „... men scholde en ere hovede afhowen und negele se uppe den stok.“ Die Piratenschädel vom Grasbrook, in: Jörgen Bracker (Hg.): Gottes Freund - aller Welt Feind: von Seeraub und Konvoifahrt; Störtebeker und die Folgen. Museum für Hamburgische Geschichte, [Hamburg] 2001, ISBN 3-9805772-5-2, S. 55.
- 81.↑ Andermann, S. 34.
- 82.↑ 1. Elbing, 2. Stralsund, 3. Danzig, 4. Bogenmacher von Paris, 5. New Shoreham
- 83.↑ Das aufwendig restaurierte Schiff kann heute im Deutschen Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven besichtigt werden.
- 84.↑ Vgl. Detlev Ellmers: Die Schiffe der Hanse und der Seeräuber um 1400, in: Wilfried Ehbrecht: Störtebeker : 600 Jahre nach seinem Tod. Porta-Alba-Verlag, Trier 2005, ISBN 3-933701-14-7, S. 155.
- 85.↑ Erst nach 1450 ging man dazu über, Rahsegel an drei Masten zu befestigen und so wesentliche Fortschritte in der Kontrolle über den Holk zu erlangen. Dies spielt jedoch mit Blick auf die Jahreszahl in diesem Zusammenhang keine Rolle.
- 86.↑ Vgl. Walter Vogel: Geschichte der deutschen Seeschifffahrt, Bd. 1, Berlin 1915, S. 452.
- 87.↑ Vgl. Ellmers, S. 163.
- 88.↑ Ellmers, S. 163.

- 89.↑ Vgl. Ellmers, S. 158.
90.↑ Vgl. Ellmers., S. 159.
91.↑ Ellmers, S. 164.
92.↑ Vgl. Klaus J. Henning: Störtebeker lebt! Aspekte einer Legende, in: Jörgen Bracker (Hg.): Gottes Freund - aller Welt Feind: von Seeraub und Konvoifahrt; Störtebeker und die Folgen. Museum für Hamburgische Geschichte, [Hamburg] 2001, ISBN 3-9805772-5-2, S. 87.
93.↑ Vgl. Henning, S. 91.
94.↑ Vgl. Henning, S. 91.
95.↑ Willi Bredel: Die Vitalienbrüder: ein Störtebeker-Roman. Hinstorff, Rostock 1996, ISBN 3-356-00658-4.
96.↑ Henning, S. 95.
97.↑ Vgl. PUHLE, S. 176f.
98.↑ Über Störtebeker als Paradebeispiel für die Romantisierung der Likedeeler in der Gegenwart vgl. Lubowski, Karin: Held oder Halunke, in: Hamburger Abendblatt, 21. Oktober 2006
99. Der darin erwähnte NDR-Dokumentarfilm "Der wahre Schatz des Störtebeker" von Arne Lorenz befasst sich ebenfalls mit der Geschichte und der heutigen Rezeption der Vitalienbrüder.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Privileg

Ein Privileg (v. lat.: privilegium = Ausnahmegesetz, Vorrecht; Plural: Privilegien) ist ein Vorrecht, das einer einzelnen Person oder einer Personengruppe zugestanden wird.

Begriff

Der lateinische Ausdruck privilegium setzt sich aus den Wörtern lex („Gesetz“, „Rechtsvorschrift“) und privus („einzeln“, „gesondert“) zusammen. Als Privilegien wurden im Römischen Recht ursprünglich rechtliche Entscheidungen bezeichnet, die eine einzelne Person betrafen, also keine Gruppe und auch nicht die Gesamtheit der römischen Bürger. Rechtssystematisch handelte es sich demnach um eine Einzelverfügung. Der Charakter der gesetzlichen Maßnahme blieb dabei zunächst offen. Insbesondere war es ursprünglich unerheblich, ob das Privileg ein Recht oder eine Pflicht beinhaltete. Zur Zeit der Römische Republik wurden als privilegia vielmehr ganz allgemein Rechtsentscheidungen des Gesetzgebers bezeichnet, die keine allgemeinen Gesetze (Allgemeinverfügungen) darstellten, sondern eine Ausnahme von der allgemeinen Regel zum Inhalt hatten.

Erst in späterer Zeit bildete sich daraus die bis heute geltende juristische Definition heraus, wonach ein Privileg das einem Einzelnen (oder einer bestimmten Gruppe) vom Gesetzgeber im Sinne eines Gnadenerweises gewährte Vorrecht bezeichnet. Den Empfänger per se beschwerende Rechtsakte fallen damit nicht mehr unter diesen Begriff (wiewohl ein Privileg durchaus mit Auflagen verbunden oder an Bedingungen geknüpft sein kann). In diesem Sinne wird das Wort privilegium in Justinians Corpus iuris civilis als allgemeine Bezeichnung für

ein ius singulare (Recht eines Einzelnen) verwendet[1].

Beispiele für römische privilegia sind etwa das Gesetz zum Imperium des Pompeius oder die Erlaubnis der Rückkehr des Cicero aus der Verbannung.

Geschichte

Mittelalter und Frühe Neuzeit

Die Ausdehnung des Begriffs Privileg auf Gruppen oder ein Grundstück (Realprivileg), die Vererbbarkeit von Privilegien sowie die Beschränkung des Inhalts auf Vorrechte sind Entwicklungen aus der Zeit nach dem Untergang des Römischen Reichs.

Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit wurde durch die Ausstellung eines Privilegs (in Form einer Urkunde) für Einzelpersonen oder Gruppen neues Recht gesetzt, wodurch die Inhaber der Privilegien einen Vorteil gegenüber den Mitbewerbern erlangten. Zum Wesen des Privilegs gehört, dass es im Gegensatz zum Mandat auf Dauer einen neuen Rechtstatbestand schuf, der auch weitervererbt werden konnte. Nur in Ausnahmefällen (z. B. Fehlverhalten oder Untreue des Begünstigten) konnte die Privilegierung wieder aufgehoben werden. Es gab allerdings bis in die Neuzeit hinein auch immer wieder Privilegien, die der wiederkehrenden (z. B. jährlichen) Bestätigung bedurften.

Privilegien konnten jene Personen erteilen, die Rechte oder Besitz an Untertanen frei weitergeben durften. Dies waren in erster Linie der Kaiser (bzw. König) und die Päpste. Aber auch ein Grundherr konnte einen seiner Untertanen privilegieren, indem er ihn zum Beispiel vom Frondienst befreite.

Gegenstand mittelalterlicher Privilegien waren die unterschiedlichsten Dinge: So zählen Schenkungen an Untergebene, die Erteilung eines Monopols, das Recht, Münzen zu prägen oder ein Wappen zu führen, die Befreiung von Zinsen und Diensten und die Verleihung von Gerichtsbarkeiten zu den Privilegien. Auch die Erteilung des Stadtrechts gehört zu den Privilegien, weil die Angehörigen der Kommune gleich ein ganzes Bündel von Rechten erhielten. Unter anderem waren die Stadtbürger persönlich frei.

Die Summe aller Privilegien, die den Ständen eines ganzen Landes im Laufe der Zeit verliehen wurden, bildeten die Grundlage für die ständischen Verfassungen in der Frühen Neuzeit. Sie definierten das Verhältnis zwischen dem Land und seinem Fürsten, indem sie die Rechte des Landesherrn zu Gunsten der Stände beschränkten. In der Zeit des Absolutismus verloren die ständischen Korporationen viele Privilegien wieder an die Fürsten.

Zu den umfassenden Privilegien kamen zahllose speziell erteilte. In Residenzstädten bewarben sich einzelne Unternehmer um den Titel „Privilegierter Lieferant des Hofes“. In der Druckindustrie wurden zudem Privilegien auf einzelne Druckwerke erteilt – eine Positionierung, die insbesondere große Buchprojekte anstrebte, die mit hohen verlegerischen Investitionen verbunden waren. Der Landesherr, der das Privileg erteilte, drohte im Fall des Raubdrucks mit Ahndung. (Im "normalen" Fall des Raubdrucks blieb es den Buchhändlern überlassen, "schwarze Schafe" unter sich auszumachen und Verstöße mit Sanktionen untereinander zu brandmarken.)

19. und 20. Jahrhundert

Im Sinne der Gleichberechtigung aller Menschen werden Privilegien heute vielfach kritisch gesehen. Insbesondere Privilegien, die mit der Geburt erworben werden, sind seit dem Ende des Absolutismus in der westlichen Welt meist nicht mehr akzeptiert. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die Erteilung dieser Art von Privilegien durch den Artikel 3 Absatz 3 ausgeschlossen:

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Folglich wird der Begriff Privileg heute fast ausschließlich herabsetzend zur Markierung sozialer Ungleichheit eingesetzt. Birgit Rommelspacher definiert Privilegierung als das Gegenüber von Diskriminierung: Diskriminierung erzeuge Privilegierung, Privilegierung erzeuge Diskriminierung.

Andere Privilegien entfielen durch die Schaffung neuer Rechtssicherheit und durch den Zwang neuer Nachweise der Berechtigung. So wurde mit dem begünstigenden Verwaltungsakt, der durch die Gesetzesbindung und seine Bestandskraft eine Garantiefunktion für den Adressaten erhielt, das Privileg im späten 19. und im 20. Jahrhundert auch nahezu überflüssig. Aus

dem Gnadenerweis wurde vielfach ein Rechtsanspruch auf Erteilung, d. h. aus dem Einzelfallgesetz wurde eine verwaltungsrechtliche Handlung in Form des Verwaltungsakts auf gesetzlicher Basis.

Einzelnachweise

1. ↑ Friedrich Karl von Savigny: System des heutigen römischen Rechts. Bd 1. Berlin 1840 - 1851, Aalen 1981, S.61 (Reprint). ISBN 3-511-04810-9

Literatur

- Barbara Dölemeyer, Heinz Mohnhaupt (Hrsg.): Das Privileg im europäischen Vergleich. 2 Bde. Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main 1997–1999. ISBN 3-465-02899-6, ISBN 3-465-02772-8, (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 93 und 125).
- Markus Engert: Die historische Entwicklung des Rechtsinstituts Verwaltungsakt. Lang, Frankfurt am Main u. a. 2002, ISBN 3-631-39690-2, (Europäische Hochschulschriften 2, 3479), (Zugleich: Freiburg (Breisgau), Univ., Diss., 2002).
- Thorsten Lieb: Privileg und Verwaltungsakt. Lang, Frankfurt am Main u. a. 2004, ISBN 3-631-51390-9, (Rechtshistorische Reihe 280), (Zugleich: Bayreuth, Univ., Diss., 2003).

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u-m-d-h-t: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Heiliges Römisches Reich

Heiliges Römisches Reich (lat. Sacrum Romanum Imperium) war die offizielle Bezeichnung für den Herrschaftsbereich der römisch-deutschen Kaiser vom Mittelalter bis zum Jahre 1806. Der Name des Reiches leitet sich vom Anspruch der mittelalterlichen Herrscher ab, die Tradition des antiken Römischen Reiches fortzusetzen und die Herrschaft als Gottes heiligen Willen im christlichen Sinne zu legitimieren. Zur Unterscheidung vom 1871 gegründeten Deutschen Reich wird es auch als das Alte Reich bezeichnet.

Das Reich bildete sich im 10. Jahrhundert unter der Dynastie der Ottonen aus dem ehemals karolingischen Ostfrankenreich heraus. Der Name Sacrum Imperium ist für 1157 und der Titel Sacrum Romanum Imperium für 1254 erstmals urkundlich belegt. Seit dem späten 15. Jahrhundert setzte sich allmählich der Zusatz Deutscher Nation (lat. Nationis Germanicæ) durch.

Aufgrund seines vor- und übernationalen Charakters entwickelte sich das Reich nie zu einem Nationalstaat moderner Prägung, sondern blieb ein monarchisch geführtes, ständisch geprägtes Gebilde aus Kaiser und Reichsständen mit nur wenigen gemeinsamen Reichsinstitutionen.

Die Ausdehnung und die Grenzen des Heiligen Römischen Reiches veränderten sich im Laufe der Jahrhunderte erheblich. In seiner größten Ausdehnung umfasste das Reich fast das gesamte Gebiet des heutigen Mittel- und Teile Südeuropas.

Seit der Frühen Neuzeit war das Reich strukturell nicht mehr zu offensiver Kriegsführung, Machterweiterung und Expansion fähig. Seither wurden Rechtsschutz und Friedenswahrung als seine wesentlichen Zwecke angesehen. Das Reich sollte für Ruhe, Stabilität und die friedliche Lösung von Konflikten sorgen, indem es die Dynamik der Macht eindämmte: Untertanen sollte es vor der Willkür der Landesherren und kleinere Reichsstände vor Rechtsverletzungen mächtigerer Stände und des Kaisers schützen. Da seit 1648 auch benachbarte

Staaten als Reichsstände in seine Verfassungsordnung integriert waren, erfüllte das Reich zudem eine friedenssichernde Funktion im System der europäischen Mächte.

Dass das Reich seit Mitte des 18. Jahrhunderts seine Glieder immer weniger gegen die expansive Politik innerer und äußerer Mächte zu schützen vermochte, war sein größtes Defizit und eine der Ursachen seines Untergangs. Durch die Napoleonischen Kriege und die daraus resultierende Gründung des Rheinbunds war es nahezu handlungsunfähig geworden. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation erlosch am 6. August 1806 mit der Niederlegung der Reichskrone durch Kaiser Franz II.

Charakter des Reiches

Das Heilige Römische Reich war aus dem ostfränkischen Reich entstanden. Es war ein vor- und übernationales Gebilde, ein Lehnreich und Personenverbandsstaat, der sich niemals zu einem Nationalstaat wie etwa Frankreich oder Großbritannien entwickelte und aus ideengeschichtlichen Gründen auch nie als solcher verstanden werden wollte.

Die Geschichte des Reiches war geprägt durch den Streit über seinen Charakter, welcher sich – da die Machtverhältnisse innerhalb des Reiches keineswegs statisch waren – im Verlauf der Jahrhunderte immer wieder veränderte. Ab dem 12. und 13. Jahrhundert ist eine Reflexion über das politische Gemeinwesen zu beobachten, die sich zunehmend an abstrakten Kategorien orientiert. Mit dem Aufkommen von Universitäten und einer steigenden Anzahl ausgebildeter Juristen stehen sich hier über mehrere Jahrhunderte die aus der antiken Staatsformenlehre übernommenen Kategorien Monarchie und Aristokratie gegenüber.[1] Das Reich ließ sich jedoch nie eindeutig einer der beiden Kategorien zuordnen, da die Regierungsgewalt des Reiches weder allein in der Hand des Kaisers, noch allein bei den Kurfürsten oder der Gesamtheit eines Personenverbandes wie dem Reichstag lag. Vielmehr vereinte das Reich Merkmale beider Staatsformen in sich. So kam auch im 17. Jahrhundert Samuel Pufendorf in seiner unter Pseudonym veröffentlichten Schrift *De statu imperii* zu dem Schluss, dass das Reich ein irreguläres „Monstrum“ eigener Art sei.

Bereits seit dem 16. Jahrhundert rückte dann immer mehr der Begriff der Souveränität in den Mittelpunkt.[2] Die hierauf aufbauende Unterscheidung zwischen Bundesstaat (bei dem die Souveränität beim Gesamtstaat liegt) und Staatenbund (der ein Bund souveräner Staaten ist) ist jedoch eine ahistorische Betrachtungsweise, da der feste Bedeutungsgehalt dieser Kategorien sich erst später einstellte. Auch ist sie in Bezug auf das Reich nicht aufschlussreich, da sich das Reich wiederum keiner der beiden Kategorien zuordnen ließ: Ebenso wenig wie es dem Kaiser jemals gelang, den regionalen Eigenwillen der Territorien zu brechen, ist es in einen losen Staatenbund zerfallen.

Das Reich überwölbte als „Dachverband“ viele Territorien und gab dem Zusammenleben der verschiedenen Landesherren reichsrechtlich vorgegebene Rahmenbedingungen. Diese quasi-selbstständigen, aber nicht souveränen Fürsten- und Herzogtümer erkannten den Kaiser als zumindest ideelles Reichsoberhaupt an und waren den Reichsgesetzen, der Reichsgerichtsbarkeit und den Beschlüssen des Reichstages unterworfen, gleichzeitig aber auch durch Königswahl, Wahlkapitulation, Reichstage und andere ständische Vertretungen an der Reichspolitik beteiligt und konnten diese für sich beeinflussen.

Im Gegensatz zu anderen Ländern waren die Bewohner nicht direkt dem Kaiser untertan. Jedes Reichsmitglied, also jedes Territorium, das reichsunmittelbar war, hatte seinen eigenen Landesherrn, im Falle der Reichsstädte den Magistrat.

Voltaire beschrieb die Diskrepanz zwischen den Namen des Reiches und seiner ethnisch-politischen Realität in seiner späten Phase (seit der Frühen Neuzeit) mit dem Satz: Dieser Korpus, der sich immer noch Heiliges Römisches Reich nennt, ist in keiner Weise heilig, noch römisch, noch ein Reich.[3] Es wurde nicht von einem geistlichen Herrscher regiert, sondern von einem weltlichen, seine Bevölkerung war nicht römisch, sondern überwiegend germanisch, es war kein Zentral- oder Nationalstaat, sondern ein Personenverbandsstaat ähnlich einem Staatenbund oder einer Konföderation und daher in seiner Außenpolitik nicht kolonialistisch oder imperialistisch.

Der Name des Reiches

Durch den Namen wurde der Anspruch auf die Nachfolge des antiken Römischen Reiches und damit gleichsam auf eine Universalherrschaft erhoben. Gleichzeitig fürchtete man das Eintreffen der Prophezeiungen des Propheten Daniel, der vorhergesagt hatte, dass es vier Weltreiche geben und danach der Antichrist auf die Erde kommen würde (Vier-Reiche-Lehre) – die Apokalypse sollte beginnen. Da in der Vier-Reiche-Lehre das (antike) Römische Imperium als viertes Reich gezählt wurde, durfte es nicht untergehen. Die Erhöhung durch den Zusatz „Heilig“ betonte das Gottesgnadentum des Kaisertums und legitimierte die Herrschaft.

Mit der Krönung des Frankenkönigs Karl des Großen zum Kaiser durch Papst Leo III. im Jahr 800 stellte dieser sein Reich in die Nachfolge des antiken römischen Imperiums, die so

genannte *Translatio Imperii*, obwohl geschichtlich und dem Selbstverständnis nach das christlich-orthodoxe byzantinische Reich aus dem alten römischen Reich entstanden war; nach Ansicht der Byzantiner war das neue westliche „Römische Reich“ ein selbsternanntes und illegitimes.

Das Reich trug zum Zeitpunkt seiner Entstehung Mitte des 10. Jahrhunderts noch nicht das Prädikat heilig. Der erste Kaiser Otto I. und seine Nachfolger sahen sich selbst und wurden als Stellvertreter Gottes auf Erden und damit als erste Beschützer der Kirche angesehen. Es bestand also keine Notwendigkeit, die Heiligkeit des Reiches besonders hervorzuheben. Das Reich hieß weiterhin *Regnum Francorum orientalium* oder kurz *Regnum Francorum*.

In den Kaisertitulaturen der Ottonen tauchen die später auf das gesamte Reich übertragenen Namensbestandteile aber schon auf. So findet sich in den Urkunden Ottos II. aus dem Jahre 982, die während seines Italienfeldzuges entstanden, die Titulatur *Romanorum imperator augustus*, „Kaiser der Römer“. Und Otto III. erhöhte sich in seiner Titulatur über alle geistlichen und weltlichen Mächte, indem er sich, analog zum Papst und sich damit über diesen erhebend, demutsvoll „Knecht Jesu Christi“ und später sogar „Knecht der Apostel“ nannte.

Diese sakrale Ausstrahlung des Kaisertums wurde vom Papsttum im Investiturstreit von 1075 bis 1122 massiv angegriffen und letztlich weitgehend zerstört. Als die Päpste in der Zeit danach versuchten, das Imperium dem Sacerdotium unterzuordnen, entstand in der Kanzlei Friedrichs I. der Begriff des *sacrum imperium*, durch den die Unabhängigkeit des Imperiums vom Papsttum betont und heilsgeschichtlich begründet wurde. Erstmals ist er für das Jahr 1157 bezeugt.[4] Vielleicht handelte es sich hierbei um eine bewusste Wiederaufnahme spätantiker römischer Traditionen. Dies ist in der Forschung jedoch umstritten, da es sich auch um einen speziell „staufischen“ Begriff handeln könnte, zumal in der Antike nicht das Römerreich selbst als *sacrum* galt, sondern nur die Person des Kaisers.

Im so genannten Interregnum von 1250 bis 1273, als es keinem der drei gewählten Könige gelang, sich gegen die anderen durchzusetzen, verband sich der Anspruch, der Nachfolger des Römischen Reiches zu sein, mit dem Prädikat heilig zur Bezeichnung *Sacrum Romanum Imperium* (deutsch Heiliges Römisches Reich). Die lateinische Wendung *Sacrum Imperium Romanum* ist erstmals 1254 belegt, in deutschsprachigen Urkunden trat sie rund hundert Jahre später seit der Zeit Kaiser Karls IV. auf. Ausgerechnet während der kaiserlosen Zeit Mitte des 13. Jahrhunderts wurde der universale Machtanspruch also umso tönender angemeldet – wenn sich freilich auch in der nachfolgenden Zeit daran wenig änderte.

Der Zusatz *Nationis Germanicæ* erschien erst im Spätmittelalter um 1450, da sich das Reich im Wesentlichen auf das Gebiet des deutschen Sprachraumes erstreckte. 1486 wurde diese Titulatur im Landfriedensgesetz Kaiser Friedrichs III. verwendet. Erstmals offiziell verwendet wurde dieser Zusatz im Jahre 1512 in der Präambel des Abschieds des Reichstages in Köln. Kaiser Maximilian I. hatte die Reichsstände unter anderem zwecks Erhaltung [...] des Heiligen Römischen Reiches Teutscher Nation geladen. Geprägt wurde der Zusatz in Frontstellung gegen französische Ansprüche, gegen Ende des 16. Jahrhunderts verschwand die Formulierung wieder aus dem öffentlichen Gebrauch.[5]

Allerdings bedeutete das lateinische Wort *natio* bis ins 18. Jahrhundert nicht „Volk“, sondern bezeichnete den „Ort der Geburt“ (im Gegensatz zu *gens* = Sippe, Stamm, Volk). Die Formulierung *nationis Germanicæ* schließt also an die Vorstellung von der *translatio imperii* an.

Bis 1806 war Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation die offizielle Bezeichnung des Reiches, die oft als SRI für *Sacrum Romanum Imperium* auf lateinisch oder H. Röm. Reich o. Ä.[6] auf Deutsch abgekürzt wurde.

Die beiden letzten großen Rechtsakte das Reich betreffend, der Reichsdeputationshauptschluss von 1803 und die Auflösungserklärung Kaiser Franz II., verwenden jedoch dann den Begriff deutsches Reich.

Geschichte

Entstehung des Reiches

Das Fränkische Reich hatte nach dem Tode Karls des Großen im Jahre 814 mehrfach Teilungen und Wiedervereinigungen der Reichsteile unter seinen Kindern und Enkeln durchlaufen. Solche Teilungen unter den Söhnen eines Herrschers waren nach fränkischem Recht normal und bedeuteten nicht, dass die Einheit des Reiches aufhörte zu existieren, da eine gemeinsame Politik der Reichsteile und eine künftige Wiedervereinigung weiterhin möglich war. Starb einer der Erben kinderlos, so fiel dessen Reichsteil einem seiner Brüder zu.

Solch eine Teilung wurde auch im Vertrag von Verdun 843 unter den Enkeln Karls beschlossen. Das Reich wurde aufgeteilt zwischen Karl dem Kahlen, der den westlichen Teil, mit einer gallo-romanischen Stammbevölkerung, bis etwa zur Maas erhielt, Ludwig dem Deutschen – er erhielt den östlichen, germanisch geprägten Reichsteil – und Lothar I., der neben der

Kaiserwürde den eher fränkisch geprägten mittleren Streifen sowie Italien von der Nordsee bis etwa Rom erhielt.

Auch wenn hier, von den Beteiligten nicht beabsichtigt, die zukünftige Landkarte Europas erkennbar ist, kam es im Laufe der nächsten fünfzig Jahre zu weiteren, meist kriegerischen Wiedervereinigungen und Teilungen zwischen den Teilreichen. Erst als Karl der Dicke 887 wegen seines Versagens beim Abwehrkampf gegen die plündernden und raubenden Normannen abgesetzt wurde, wurde kein neues Oberhaupt aller Reichsteile mehr bestimmt, sondern die verbliebenen Teilreiche wählten sich eigene Könige. Diese gehörten teilweise nicht mehr der Dynastie der Karolinger an. Dies war ein deutliches Zeichen für das Auseinanderdriften der Reichsteile und das auf dem Tiefpunkt angekommene Ansehen der Karolingerdynastie, da diese das Reich in Folge der Thronstreitigkeiten in Bürgerkriege stürzte und nicht in der Lage war, das Gesamtreich gegen äußere Bedrohungen zu schützen. Infolge der nun fehlenden dynastischen Klammer zerfiel das Reich in zahlreiche kleine Grafschaften, Herzogtümer und andere regionale Herrschaften, die meist nur noch formal die regionalen Könige als Oberhoheit anerkannten.

Besonders deutlich zerfiel 888 der mittlere Reichsteil in mehrere unabhängige Kleinkönigreiche wie Hoch- und Niederburgund, Italien (während Lothringen als Unterkönigreich dem Ostreich angegliedert wurde), deren Könige sich mit der Unterstützung lokaler Adliger gegen karolingische Prätendenten durchgesetzt hatten. Im östlichen Reich wählten die lokalen Adligen auf Stammesebene Herzöge, und nach dem Tode des letzten Karolingers auf dem ostfränkischen Thron, Ludwigs des Kindes, hätte das Ostreich ebenfalls in Kleinreiche zerfallen können, wenn dieser Prozess nicht durch die gemeinsame Wahl Konrads I. zum Ostfränkischen König aufgehalten worden wäre. Konrad gehörte zwar nicht der Dynastie der Karolinger an, war aber ein Franke aus dem Geschlecht der Konradiner. Im Jahre 919 wurde mit dem Sachsenherzog Heinrich I. in Fritzlar jedoch erstmals ein Nicht-Franke zum ostfränkischen König gewählt. Seit diesem Zeitpunkt trug nicht mehr eine einzige Dynastie das Reich, sondern die regionalen Großen, Adligen und Herzöge entschieden über den Herrscher.

Im Jahre 921 erkannte der westfränkische Herrscher im Vertrag von Bonn Heinrich I. als gleichberechtigt an, er durfte den Titel rex francorum orientalium, König der östlichen Franken, führen. Die Entwicklung des Reiches als eines auf Dauer eigenständigen und überlebensfähigen Staatswesens war damit im Wesentlichen abgeschlossen.

Trotz der Ablösung vom Gesamtreich und der Vereinigung der germanischen Völkerschaften, die im Gegensatz zum gewöhnlichen Volk Westfrankens kein romanisiertes Latein, sondern theodiscus oder diutisk (von diot volksmäßig, volkssprachig) sprachen, war dieses Reich kein früher deutscher Nationalstaat. Genauso wenig war es bereits das spätere Heilige Römische Reich.

Das steigende Selbstbewusstsein des neuen ostfränkischen Königsgeschlechtes zeigte sich bereits in der Thronbesteigung Ottos I., des Sohnes Heinrichs, der auf dem vermeintlichen Thron Karls des Großen in Aachen gekrönt wurde. Hier zeigte sich der zunehmend sakrale Charakter seiner Herrschaft dadurch, dass er sich salben ließ und der Kirche seinen Schutz gelobte. Nach einigen Kämpfen gegen Verwandte und lothringische Herzöge gelang ihm mit dem Sieg über die Ungarn 955 auf dem Lechfeld bei Augsburg die Bestätigung und Festigung seiner Herrschaft. Noch auf dem Schlachtfeld soll ihn das Heer der Legende nach als Imperator begrüßt haben.

Dieser Sieg über die Ungarn veranlasste Papst Johannes XII., Otto nach Rom zu rufen und ihm die Kaiserkrone anzubieten, damit dieser als Beschützer der Kirche auftrete. Johannes stand zu diesem Zeitpunkt unter der Bedrohung regionaler italienischer Könige und erhoffte sich von Otto Hilfe gegen diese. Aber der Hilferuf des Papstes bekundet auch, dass die ehemaligen Barbaren sich zu den Trägern der römischen Kultur gewandelt hatten und dass das östliche regnum als legitimer Nachfolger des Kaisertums Karls des Großen angesehen wurde. Otto folgte dem Ruf, auch wenn es wohl Irritation unter einigen Beratern des Königs gab, und zog nach Rom. Er wollte der Beschützer der Kirche sein.

Als „Gründungsdatum“ des Heiligen Römischen Reiches wird von Historikern meist das Datum der Kaiserkrönung Ottos I. am 2. Februar 962 angegeben, auch wenn Otto kein neues Reich gründen wollte oder gegründet hat und das Reich auch erst einige Jahrhunderte später diesen Namen trug. Spätestens hier ist der Prozess der Trennung, einerseits des ostfränkischen Reiches und des Mittelreiches sowie andererseits des westfränkischen Reiches, abgeschlossen. Als zwei eigenständige Reiche gehen diese aus dem fränkischen Gesamtreich hervor. Das Heilige Römische Reich hatte seine weltliche und sakrale Legitimation als neues Imperium Romanum durch die Kaiserkrönung erhalten.

Mittelalter

Das Reich unter den Ottonen

Das Reich war zu dieser Zeit ein im Vergleich zum Spät- und Hochmittelalter ständisch und gesellschaftlich noch wenig ausdifferenziertes Gebilde. Es wurde sichtbar im

Heeresaufgebot, in den lokalen Gerichtsversammlungen und in den Grafschaften, den bereits von den Franken installierten lokalen Verwaltungseinheiten. Oberster Repräsentant der politischen Ordnung des Reiches, zuständig für den Schutz des Reiches und den Frieden im Inneren, war der König. Als politische Untereinheiten dienten die Herzogtümer.

Obwohl in der frühkarolingischen Zeit um 750 die fränkischen Amtsherzöge für die durch die Franken unterworfenen oder durch deren territorialen Zusammenfassung erst entstandenen Völker abgesetzt worden waren, entstanden im ostfränkischen Reich, begünstigt durch die äußere Bedrohung und das erhalten gebliebene Stammesrecht, zwischen 880 und 925 fünf neue Herzogtümer: das der Sachsen, der Baiern, der Alemannen, der Franken und das nach der Reichsteilung neu entstandene Herzogtum Lothringen, zu dem auch die Friesen gehörten. Doch schon im 10. Jahrhundert ergaben sich gravierende Änderungen der Struktur der Herzogtümer: Lothringen wurde 959 in Nieder- und Oberlothringen aufgeteilt und Kärnten wurde 976 ein eigenständiges Herzogtum.

Da das Reich als Instrument der selbstbewussten Herzogtümer entstanden war, wurde es nicht mehr zwischen den Söhnen des Herrschers aufgeteilt und blieb zudem eine Wahlmonarchie. Die Nichtaufteilung des „Erbes“ zwischen den Söhnen des Königs widersprach zwar dem überkommenen fränkischen Recht. Andererseits beherrschte Heinrich I. die Stammesherzöge nur als Lehnsherr, er hätte also an seine Söhne nur Sachsen oder eine Lehensoberhoheit über die Herzöge verteilen können. Dementsprechend legte Heinrich I. 929 in seiner Hausordnung fest, dass nur ein Sohn auf dem Thron nachfolgen solle. Schon hier werden der das Reich bis zum Ende der Salier-Dynastie prägende Erbgedanke und das Prinzip der Wahlmonarchie miteinander verbunden.

Otto I. gelang es infolge mehrerer Feldzüge nach Italien, den nördlichen Teil der Halbinsel zu erobern und das Königreich der Langobarden beziehungsweise Italiener ins Reich einzubinden. Eine vollständige Integration Reichsitaliens gelang allerdings nie wirklich.

Unter Otto II. lösten sich auch die letzten verbliebenen Verbindungen zum westfränkisch-französischen Reich, die in Form von Verwandtschaftsbeziehungen noch bestanden, als er seinen Vetter Karl zum Herzog von Niederlotharingen machte. Karl war ein Nachkomme aus dem Geschlecht der Karolinger und gleichzeitig der jüngere Bruder des westfränkischen Königs Lothar. Es wurde aber nicht – wie später in der Forschung behauptet – ein „treuloser Franzose“ ein Lehnsmann eines „deutschen“ Königs. Solche Denkkategorien waren zu jener Zeit noch unbekannt, zumal die führende fränkisch-germanische Schicht des westfränkischen Reiches noch einige Zeit nach der Teilung weiterhin ihren altdeutschen Dialekt sprach. Vielmehr spielte Otto den einen Vetter gegen den anderen aus, um für sich einen Vorteil zu erlangen, indem er einen Keil in die karolingische Familie trieb. Die Reaktion Lothars war heftig, und beide Seiten luden den Streit emotional auf. Die Folgen dieses endgültigen Bruches zwischen den Nachfolgern des Fränkischen Reiches zeigten sich aber erst später. Das französische Königtum wurde auf Grund des sich herausbildenden französischen Selbstbewusstseins aber nunmehr als unabhängig vom Kaiser angesehen.

Die unter den ersten drei Ottonen begonnene Einbindung der Kirche in das weltliche Herrschaftssystem des Reiches, später von Historikern als „Ottonisch-salisches Reichskirchensystem“ bezeichnet, fand unter Heinrich II. ihren Höhepunkt. Das Reichskirchensystem bildete bis zum Ende des Reiches eines der prägenden Elemente seiner Verfassung. Heinrich verlangte von den Klerikern unbedingten Gehorsam und die unverzügliche Umsetzung seines Willens. Er vollendete die Königshoheit über die Reichskirche und wurde zum „Priesterkönig“ wie kaum ein zweiter Herrscher des Reiches. Doch er regierte nicht nur die Kirche, er regierte das Reich auch durch die Kirche, indem er wichtige Ämter – wie etwa das des Kanzlers – mit Bischöfen besetzte. Weltliche und kirchliche Angelegenheiten wurden im Grunde genommen nicht unterschieden und gleichermaßen auf Synoden verhandelt. Dies resultierte aber nicht nur aus dem Bestreben, dem aus fränkisch-germanischer Tradition herrührenden Drang der Herzogtümer nach größerer Selbstständigkeit ein königstreues Gegengewicht entgegenzusetzen. Vielmehr sah Heinrich das Reich als „Haus Gottes“ an, das er als Verwalter Gottes zu betreuen hatte. Spätestens jetzt war das Reich „heilig“.

Hochmittelalter

Als dritter wichtiger Reichsteil kam unter Konrad II. das Königreich Burgund zum Reich, auch wenn diese Entwicklung schon unter Heinrich II. begonnen hatte. König Rudolf III. besaß keine Nachkommen und benannte deshalb seinen Neffen Heinrich zu seinem Nachfolger und stellte sich unter den Schutz des Reiches. Im Jahre 1018 übergab er sogar seine Krone und das Zepter an Heinrich.

Die Herrschaft Konrads war weiterhin durch die sich entwickelnde Vorstellung gekennzeichnet, dass das Reich und dessen Herrschaft unabhängig vom Herrscher existiert und Rechtskraft entwickelt. Belegt ist dies durch die bekannte „Schiffsmetapher“ Konrads (siehe entsprechenden Abschnitt im Artikel über Konrad II.) und durch seinen Anspruch auf Burgund – denn eigentlich sollte ja Heinrich Burgund erben und nicht das Reich. Unter Konrad begann auch die Herausbildung der Ministerialen als eigener Stand des unteren Adels, indem er an die unfreien Dienstmannen des Königs Lehen vergab. Wichtig für die Entwicklung des Rechtes im Reich waren seine Versuche, die so genannten Gottesurteile als

Rechtsmittel durch die Anwendung römischen Rechtes, dem diese Urteile unbekannt waren, im nördlichen Reichsteil zurückzudrängen.

Konrad setzte zwar die Reichskirchenpolitik seines Vorgängers fort, allerdings nicht mit dessen Vehemenz. Er beurteilte die Kirche eher danach, was diese für das Reich tun konnte. In der Mehrzahl berief er Bischöfe und Äbte mit großer Intelligenz und Spiritualität. Der Papst spielte allerdings auch bei seinen Berufungen keine große Rolle. Insgesamt erscheint seine Herrschaft als große „Erfolgsgeschichte“, was wohl auch daran liegt, dass er in einer Zeit herrschte, in der allgemein eine Art Aufbruchsstimmung herrschte, die Ende des 11. Jahrhunderts in die Cluniazensische Reform mündete.

Heinrich III. übernahm 1039 von seinem Vater Konrad ein gefestigtes Reich und musste sich im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern seine Macht nicht erst erkämpfen. Heinrich legte trotz kriegerischer Aktionen in Polen und Ungarn sehr großen Wert auf die Friedenswahrung innerhalb des Reiches. Diese Idee eines allgemeinen Friedens, eines Gottesfriedens, entstand in Südfrankreich und hatte sich seit Mitte des 11. Jahrhunderts über das ganze christliche Abendland verbreitet. Damit sollten das Fehdewesen und die Blutrache eingedämmt werden, die immer mehr zu einer Belastung für das Funktionieren des Reiches geworden waren. Initiator dieser Bewegung war das cluniazensische Mönchtum. Wenigstens an den höchsten christlichen Feiertagen und an den Tagen, die durch die Passion Christi geheiligt waren, also von Mittwochabend bis Montagmorgen, sollten die Waffen schweigen und der „Gottesfrieden“ herrschen.

Heinrich III. musste für die Zustimmung der Großen des Reiches bei der Wahl seines Sohnes, des späteren Heinrich IV., zum König im Jahre 1053 eine bis dahin völlig unbekannte Bedingung akzeptieren. Die Unterordnung unter den neuen König sollte nur gelten, wenn sich Heinrich IV. als rechter Herrscher erweise. Auch wenn die Macht der Kaiser über die Kirche mit Heinrich III. auf einem ihrer Höhepunkte war – er war es gewesen, der über die Besetzung des heiligen Throns in Rom bestimmte –, so wird die Bilanz seiner Herrschaft meist negativ gesehen. So emanzipierte sich Ungarn vom Reich, das vorher noch Reichslehen war, und mehrere Verschwörungen gegen den Kaiser zeigten den Unwillen der Großen des Reiches, sich einem starken Königtum unterzuordnen.

Durch den frühen Tod Heinrichs III. gelangte sein erst sechsjähriger Sohn Heinrich IV. auf den Thron. Für ihn übernahm seine Mutter Agnes die Vormundschaft bis zu seinem 15. Lebensjahr 1065. Es kam hierdurch zu einem schleichenden Macht- und Bedeutungsverlust des Königtums. In Rom interessierte die Meinung des künftigen Kaisers schon bei der nächsten Papstwahl niemanden mehr. Der Annalist des Klosters Niederaltaich fasste die Situation folgendermaßen zusammen:

[...] die bei Hofe Anwesenden aber sorgten jeder für sich selbst, so viel sie nur konnten, und niemand unterwies den König darin, was gut und gerecht sei, so daß im Königreich vieles in Unordnung geriet[8]

Entscheidend für die zukünftige Stellung der Reichskirche wurde der so genannte Investiturstreit. Für die römisch-deutschen Herrscher war es selbstverständlich, dass sie die vakanten Bischofssitze im Reich neu besetzten. Durch die Schwäche des Königtums während der Regentschaft von Heinrichs Mutter hatten der Papst, aber auch geistliche und weltliche Fürsten versucht, sich königliche Besitzungen und Rechte anzueignen. Die späteren Versuche, der Königsmacht wieder Geltung zu verschaffen, trafen natürlich auf wenig Gegenliebe. Als Heinrich im Juni 1075 versuchte, seinen Kandidaten für den Mailänder Bischofssitz durchzusetzen, reagierte Papst Gregor VII. sofort. Im Dezember 1075 bannte Gregor König Heinrich und entband damit alle Untertanen von ihrem Treueid. Die Fürsten des Reiches forderten von Heinrich, dass er bis Februar 1077 den Bann lösen lassen sollte, ansonsten würde er von ihnen nicht mehr anerkannt. Im anderen Falle würde der Papst eingeladen, den Streit zu entscheiden. Heinrich IV. musste sich beugen und demütigte sich im legendären Gang nach Canossa. Die Machtpositionen hatten sich in ihr Gegenteil verkehrt; 1046 hatte Heinrich III. noch über drei Päpste gerichtet, nun sollte ein Papst über den König richten.

Der Sohn Heinrichs IV. empörte sich mit Hilfe des Papstes gegen seinen Vater und erzwang 1105 dessen Abdankung. Der neue König Heinrich V. wurde allerdings erst nach dem Tod Heinrichs IV. allgemein anerkannt. Als er sich dieser Anerkennung gewiss war, stellte er sich gegen den Papst und setzte die antipäpstliche Reichspolitik seines Vaters fort. Er führte zunächst den Investiturstreit seines Vaters gegen Rom weiter und erreichte 1122 im Wormser Konkordat einen Ausgleich mit dem amtierenden Papst Kalixt II. Heinrich V., der zuvor wie selbstverständlich die Bischöfe im Reich mit Ring und Stab investiert hatte, akzeptierte den Anspruch der Kirche auf das Recht zur Investitur.

Die gefundene Lösung war einfach und radikal. Um die von den Kirchenreformern geforderte Trennung der geistlichen Aufgaben der Bischöfe von den bisher wahrgenommenen weltlichen Aufgaben zu gewährleisten, sollten die Bischöfe ihre in den letzten Jahrhunderten vom Kaiser beziehungsweise König erhaltenen Rechte und Privilegien zurückgeben. Einerseits entfielen damit die Pflichten der Bischöfe gegenüber dem Reich, andererseits auch das Recht des Königs, bei der Einsetzung der Bischöfe Einfluss nehmen zu können. Da die Bischöfe aber nicht auf ihre weltlichen Regalien verzichten wollten, zwang Heinrich den Papst einer Kompromisslösung zuzustimmen. Die Wahl der deutschen Bischöfe und Äbte sollte zwar in Gegenwart kaiserlicher Abgeordneter verhandelt, der Gewählte aber mit den Regalien, die mit seinem geistlichen Amt verbunden waren, vom Kaiser erst nach der Wahl durch

das Zepter belehnt werden. Der Bestand der Reichskirche war damit gesichert, der Einfluss des Kaisers auf diese aber stark geschwächt worden.

Nach dem Tod Heinrichs V. 1125 wurde Lothar III. zum König gewählt, wobei sich gegen die Wahl starker Widerstand formierte. Die Staufer, die Heinrich V. beigestanden waren, hatten sich berechnete Hoffnungen auf die Königswürde gemacht. Bis 1135 dauerte der Widerstand der Staufer gegen Lothar und die diesen unterstützenden Welfen an. Die Rivalität zwischen Stauern und Welfen wurde weiter geschürt, als 1138 der Staufer Konrad zum König erhoben wurde. Konrads Wunsch, die Kaiserkrone zu erwerben, sollte sich jedoch nicht erfüllen. Auch seine Teilnahme am Zweiten Kreuzzug hatte keinen Erfolg, er musste noch in Kleinasien umkehren. Dafür gelang ihm ein gegen die Normannen gerichtetes Bündnis mit dem byzantinischen Kaiser Manuel I. Komnenos.

1152 wurde nach dem Tod Konrads dessen Neffe Friedrich, der Herzog von Schwaben, zum König gewählt. Friedrich, genannt „Barbarossa“, betrieb eine zielstrebige Politik, die auf die Rückgewinnung kaiserlicher Rechte in Italien gerichtet war (siehe *honor imperii*), deretwegen Friedrich insgesamt sechs Italienzüge unternahm. 1155 wurde er zum Kaiser gekrönt, doch kam es aufgrund eines nicht erfolgten, aber vertraglich zugesicherten Feldzugs gegen das Normannenreich in Unteritalien zu Spannungen mit dem Papsttum, ebenso verschlechterten sich die Beziehungen zu Byzanz. Auch die oberitalienischen Stadtstaaten, besonders das reiche und mächtige Mailand, leisteten Friedrichs Versuchen Widerstand, die Reichsverwaltung in Italien zu stärken (siehe Reichstag von Roncaglia). Es kam schließlich zur Bildung des sogenannten Lombardenbundes, der sich militärisch gegen den Staufer durchaus behaupten konnte. Gleichzeitig war es zu einer umstrittenen Papstwahl gekommen, wobei der mit der Mehrheit der Stimmen gewählte Papst Alexander III. von Friedrich zunächst nicht anerkannt wurde. Erst nachdem abzusehen war, dass eine militärische Lösung keine Aussicht auf Erfolg hatte (1167 hatte im kaiserlichen Heer vor Rom eine Seuche gewütet, 1176 Niederlage in der Schlacht von Legnano), kam es endlich im Frieden von Venedig 1177 zu einer Einigung zwischen Kaiser und Papst. Auch die oberitalienischen Städte und der Kaiser verständigten sich, wobei Friedrich jedoch längst nicht alle seine Ziele verwirklichen konnte.

Im Reich hatte sich der Kaiser mit seinem Cousin Heinrich überworfen, dem mächtigen Herzog von Sachsen und Bayern aus dem Hause der Welfen, nachdem beide sich Jahre zuvor gemeinsam verständigt hatten. Als Heinrich nun jedoch seine Teilnahme an einem Italienzug an Bedingungen knüpfte, nahm Friedrich dies zum Vorwand, um Heinrich zu entmachten. 1180 wurde Heinrich der Prozess gemacht und das Herzogtum Sachsen zerschlagen sowie Bayern verkleinert, wovon jedoch weniger der Kaiser als vielmehr die Territorialherren im Reich profitierten.

Der Kaiser verstarb im Juni 1190 in Kleinasien während eines Kreuzzugs. Seine Nachfolge trat sein zweitältester Sohn Heinrich VI. an. Dieser war schon 1186 von seinem Vater zum Caesar erhoben worden und galt seitdem als designierter Nachfolger Friedrichs. 1191, im Jahr seiner Kaiserkrönung, versuchte Heinrich, das Normannenkönigreich in Unteritalien und Sizilien in Besitz zu nehmen. Da er mit einer Normannenprinzessin verheiratet war und das dort herrschende Haus Hauteville in der Hauptlinie ausgestorben war, konnte er auch Ansprüche geltend machen, die militärisch zunächst aber nicht durchsetzbar waren. Erst 1194 gelang die Eroberung Unteritaliens, wo Heinrich mit teils äußerster Brutalität gegen oppositionelle Kräfte vorging. In Deutschland hatte Heinrich gegen den Widerstand der Welfen zu kämpfen – 1196 scheiterte sein Erbreichsplan. Dafür betrieb er eine ehrgeizige und recht erfolgreiche „Mittelmeerpolitik“, deren Ziel vielleicht die Eroberung des Heiligen Landes oder womöglich sogar eine Offensive gegen Byzanz war.

Nach dem frühen Tod Heinrichs VI. 1197 scheiterte der letzte Versuch, im Reich eine starke Zentralgewalt zu schaffen. Nach der Doppelwahl von 1198, bei der Philipp von Schwaben im März in Mühlhausen/Thüringen und Otto IV. im Juni in Köln gewählt wurden, standen sich zwei Könige im Reich gegenüber. Der Sohn Heinrichs, Friedrich II., war zwar schon 1196 im Alter von zwei Jahren zum König gewählt worden, seine Ansprüche wurden aber beiseite gewischt. Dennoch ist diese Wahl bemerkenswert. Der Streit um den Thron fiel mit einer Phase beschleunigter Verschriftlichung und Verrechtlichung zusammen, so dass neben die kriegerischen Auseinandersetzungen eine juristische Komponente trat. Man erhob Präzedenzfälle zu Beispielen der eigenen Rechtmäßigkeit und passte hergebrachte Traditionen der Situation entsprechend an. Viele Argumente und Grundsätze, die für die folgenden Königswahlen gelten sollten, wurden in jener Zeit formuliert. Diese Entwicklung gipfelte Mitte des 14. Jahrhunderts nach den Erfahrungen des Interregnums in den Festlegungen der Goldenen Bulle. Philipp hatte sich schon weitgehend durchgesetzt, als er im Juni 1208 ermordet wurde.

Dass sich Friedrich II., der 1212 nach Deutschland gereist war, um dort seine Rechte durchzusetzen, auch nach seiner Anerkennung nur wenige Jahre seines Lebens und damit seiner Regierungszeit im deutschen Reich aufhielt, gab den Fürsten wieder mehr Handlungsspielräume. Friedrich verbriefte den weltlichen Fürsten im Statutum in favorem principum und den geistlichen in der *Confoederatio cum principibus ecclesiasticis* weitgehende Rechte, um sich von ihnen die Zustimmung zur Wahl und Anerkennung seines Sohnes Heinrich als römisch-deutscher König zu sichern. Diese Privilegien bildeten für die Fürsten die rechtliche Grundlage, auf der sie ihre Macht zu geschlossenen, eigenständigen Landesherrschaften ausbauen konnten; sie waren der Beginn der spätmittelalterlichen Staatswerdung auf der Ebene der Territorien im Reich.

In Italien war der hochgebildete Friedrich II., der die Verwaltung des Königreichs Sizilien nach byzantinischem Vorbild immer stärker zentralisierte, über Jahre in einen Konflikt mit dem Papsttum und den oberitalienischen Städten verwickelt, wobei Friedrich gar als Anti-Christ verunglimpft wurde. Am Ende schien Friedrich militärisch die Oberhand gewonnen zu haben, da verstarb der Kaiser, der vom Papst 1245 für abgesetzt erklärt worden war, am 13. Dezember 1250.

Spätmittelalter

Im Spätmittelalter verfiel im Zuge des Untergangs der Stauer und des darauffolgenden Interregnums bis in die Zeit Rudolfs von Habsburg die allerdings traditionell nur schwach ausgeprägte Zentralgewalt, während die Macht der Kurfürsten weiter zunahm. Die französische Expansion im westlichen Grenzgebiet des Imperiums hatte zur Folge, dass die Einflussmöglichkeiten des Königtums im ehemaligen Königreich Burgund immer weiter abnahm; eine ähnliche, aber weniger stark ausgeprägte Tendenz zeichnete sich in Reichsitalien (also im Wesentlichen in der Lombardei und der Toskana) ab. Erst mit dem Italienzug Heinrichs VII. (1310–1313) kam es zu einer zaghaften Wiederbelebung der kaiserlichen Italienpolitik; Heinrich war nach Friedrich II. auch der erste römisch-deutsche König, der auch die Kaiserkrone erlangen konnte. Die Italienpolitik der spätmittelalterlichen Herrscher verlief aber in wesentlich engeren Grenzen als die ihrer hochmittelalterlichen Vorgänger.

Dabei gerieten die Könige erneut in Konflikt mit den Päpsten, die seit 1309 in Avignon residierten (siehe Avignonesisches Papsttum). In diesen Auseinandersetzungen, die besonders in der Zeit Ludwigs des Bayern an Intensität zunahm, spielte vor allem die Frage des päpstlichen Approbationsanspruches eine große Rolle. Es kam diesbezüglich auch zu polittheoretischen Debatten (vgl. Wilhelm von Ockham und Marsilius von Padua) und schließlich zu einer verstärkten Emanzipation der Kurfürsten beziehungsweise des Königs vom Papsttum, was schließlich 1338 im Kurverein von Rhense seinen Ausdruck fand.

Die spätmittelalterlichen Könige konzentrierten sich wesentlich stärker auf den deutschen Reichsteil, wobei sie sich gleichzeitig stärker als zuvor auf ihre jeweilige Hausmacht stützten. Kaiser Karl IV. kann dafür als ein Musterbeispiel angeführt werden. Karl IV. gelang auch ein weitgehender Ausgleich mit dem Papsttum – er schuf mit der Goldenen Bulle von 1356 eines der wichtigsten „Reichsgrundgesetze“, in dem die Rechte der Kurfürsten endgültig festgelegt wurden und die maßgeblich die künftige Politik des Reiches mitbestimmten.

Die Goldene Bulle blieb bis zur Auflösung des Reiches in Kraft. In Karls Regierungszeit fiel auch der Ausbruch des so genannten Schwarzen Todes – der Pest –, die zu einer schweren Krisenstimmung beitrug und in deren Verlauf es zu einem deutlichen Rückgang der Bevölkerung sowie zu Judenpogromen kam. Gleichzeitig stellte diese Zeit aber auch die Blütezeit der Hanse dar, die zu einer Großmacht im nordeuropäischen Raum wurde.

Mit dem Tod Karls 1378 ging die von ihm begründete Machtstellung der Luxemburger im Reich bald verloren, da der von ihm geschaffene Hausmachtskomplex rasch zerfiel. Sein Sohn Wenzel wurde wegen seiner offensichtlichen Unfähigkeit gar von einer Gruppe von Kurfürsten am 20. August 1400 abgesetzt. Statt seiner wurde der Pfalzgraf bei Rhein, Ruprecht, zum neuen König gewählt. Seine Machtbasis und Ressourcen waren jedoch zu gering, um eine wirkungsvolle Regierungstätigkeit entfalten zu können, zumal die Luxemburger sich mit dem Verlust der Königswürde nicht abfanden. Nach Ruprechts Tod 1410 gelangte schließlich mit Sigismund der letzte Luxemburger auf den Thron.

Hinzu traten kirchenpolitische Probleme wie das Abendländische Schisma, das erst unter Sigismund unter Rückgriff auf den Konziliarismus beseitigt werden konnte. Mit dem Tod Sigismunds 1437 erlosch das Haus Luxemburg in direkter Linie. Die Königswürde ging nun auf die Habsburger über, die sie fast durchgehend bis zum Ende des Reiches behaupten konnten.

Frühe Neuzeit

Reichsreform

Von Historikern wird das frühneuzeitliche Kaisertum des Reiches als Neuanfang und Neuaufbau angesehen und keinesfalls als Widerschein der staufischen hochmittelalterlichen Herrschaft. Denn der Widerspruch zwischen der beanspruchten Heiligkeit, dem globalen Machtanspruch des Reiches und den realen Möglichkeiten des Kaisertums war in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts zu deutlich geworden. Dies löste eine publizistisch unterstützte Reichsverfassungsbewegung aus, die zwar die alten „heiligen Zustände“ wieder aufleben lassen sollte, letztendlich aber zu durchgreifenden Innovationen führte.

Unter den Habsburgern Friedrich III., Maximilian I. und Karl V. kam das Kaisertum nach seinem Niedergang wieder zu Anerkennung, das Amt des Kaisers wurde fest mit der neu

geschaffenen Reichsorganisation verbunden. Der Reformbewegung entsprechend initiierte Maximilian 1495 eine umfassende Reichsreform, die einen Ewigen Landfrieden, eines der wichtigsten Vorhaben der Reformbefürworter, und eine reichsweite Steuer, den Gemeinen Pfennig, vorsah. Zwar gelang es nicht vollständig, diese Reformen umzusetzen, denn von den Institutionen, die aus ihr hervorgingen, hatten nur die neugebildeten Reichskreise und das Reichskammergericht Bestand. Dennoch war die Reform die Grundlage für das neuzeitliche Reich. Es erhielt mit ihr ein wesentlich präziseres Regelsystem und ein institutionelles Gerüst. Das nunmehr festgelegte Zusammenspiel zwischen Kaiser und Reichsständen sollte prägend für die Zukunft werden. Der Reichstag bildete sich ebenfalls zu jener Zeit heraus und war bis zu seinem Ende das zentrale politische Forum des Reiches.

Reformation und Religionsfrieden

Die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts war auf der einen Seite geprägt durch eine weitere Verrechtlichung und damit eine weitere Verdichtung des Reiches, so beispielsweise durch Erlasse von Reichspolizeiordnungen 1530 und 1548 und der Constitutio Criminalis Carolina im Jahre 1532. Auf der anderen Seite wirkte die in dieser Zeit durch die Reformation entstandene Glaubensspaltung desintegrierend. Dass sich einzelne Regionen und Territorien von der alten römischen Kirche abwandten, stellte das Reich, nicht zuletzt wegen seines Heiligkeitsanspruches, vor eine Zerreißprobe.

Bot das Wormser Edikt von 1521, in dem die Reichsacht über Martin Luther verhängt wurde, noch keinerlei Spielräume für eine reformationsfreundliche Politik, auch wenn es nicht im ganzen Reich beachtet wurde, so wichen schon die Entscheidungen der nächsten Reichstage davon ab. Die meist ungenauen und zweideutigen Kompromissformeln der Reichstage waren Anlass für neuen juristischen Streit. So erklärte beispielsweise der Nürnberger Reichstag von 1524, alle sollten das Wormser Edikt, so viel inen möglich sei, befolgen. Eine endgültige Friedenslösung konnte allerdings nicht gefunden werden, man hangelte sich von einem meist zeitlich befristeten Kompromiss zum nächsten.

Setzen demnach, ordnen, wöllen und gebieten. daß hinfüro niemand, was Würden, Stands oder Wesen der sey, um keinerley Ursachen willen, wie die Namen, haben möchten, auch in was gesuchtem Schein das geschehe, den andern bevehden, bekriegen, berauben, fahen, überziehen, belägern, auch darzu für sich selbs oder jemand, andern von seinetwegen nit dienen, noch einig Schloß, Städt, Marckt, Befestigung, Dörffer, Höffe und Weyler absteigen oder ohn des andern Willen mit gewaltiger That freventlich einnehmen oder gefährlich mit Brand oder in andere Wege beschädigen

§14 (Landfriedensformel) des Augsburger Reichs- und Religionsfriedens

Befriedigend war diese Situation für keine der beiden Seiten. Die evangelische Seite besaß keine Rechtssicherheit und lebte mehrere Jahrzehnte in der Angst vor einem Religionskrieg. Die katholische Seite, insbesondere Kaiser Karl V., wollte eine dauerhafte Glaubensspaltung des Reiches nicht hinnehmen. Karl V., der anfangs den Fall Luther nicht richtig ernst nahm und seine Tragweite nicht erkannte, wollte diese Situation nicht akzeptieren, da er sich, wie die mittelalterlichen Herrscher, als Wahrer der einen wahren Kirche ansah. Das universale Kaisertum brauchte die universale Kirche.

Nach langem Zögern verhängte Karl im Sommer 1546 über die Anführer des evangelischen Schmalkaldischen Bundes die Reichsacht und leitete die militärische Reichsexekution ein. Diese Auseinandersetzung ging als Schmalkaldischer Krieg von 1547/48 in die Geschichte ein. Nach dem Sieg des Kaisers mussten die protestantischen Fürsten auf dem Geharnischten Augsburger Reichstag von 1548 das so genannte Augsburger Interim annehmen, das ihnen immerhin den Laienkelch und die Priesterehe zugestand. Dieser für die protestantischen Reichsstände recht glimpfliche Ausgang des Krieges war dem Umstand geschuldet, dass Karl neben religionspolitischen Zielen auch verfassungspolitische verfolgte, die zu einem Aushebeln der ständischen Verfassung und einer Quasi-Zentralregierung des Kaisers geführt hätten. Diese zusätzlichen Ziele brachten ihm den Widerstand der katholischen Reichsstände ein, so dass keine für ihn befriedigende Lösung der Religionsfrage möglich wurde.

Die religiösen Auseinandersetzungen im Reich waren in die Konzeption Karls V. eines umfassenden habsburgischen Reiches eingebunden, einer monarchia universalis, die Spanien, die österreichischen Erblande und das Heilige Römische Reich umfassen sollte. Es gelang ihm aber weder, das Kaisertum erblich zu machen, noch die Kaiserkrone zwischen der österreichischen und spanischen Linie der Habsburger hin- und herwechseln zu lassen.

Der Fürstenkrieg des sächsischen Kurfürsten Moritz von Sachsen gegen Karl V. und der daraus resultierende Passauer Vertrag von 1552 zwischen den Kriegsfürsten und dem späteren Kaiser Ferdinand I. waren erste Schritte hin zu einem dauerhaften Religionsfrieden im Reich, was 1555 zum Augsburger Reichs- und Religionsfrieden führte.

Der Frieden von Augsburg war aber nicht nur als Religionsfrieden wichtig, er besaß auch eine bedeutsame verfassungspolitische Rolle, indem durch die Schaffung der

Reichsexekutionsordnung wichtige verfassungspolitische Weichenstellungen getroffen wurden. Diese Schritte waren durch den im fränkischen Raum von 1552 bis 1554 tobenden Zweiten Markgrafenkrieg des Kulmbacher Markgrafen Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Kulmbach notwendig geworden. Albrecht erpresste Geld und sogar Gebiete von verschiedenen fränkischen Reichsgebieten. Kaiser Karl V. verurteilte dies nicht, er nahm Albrecht sogar in seine Dienste und legitimierte damit den Bruch des Ewigen Landfriedens. Da sich die betroffenen Territorien weigerten, den vom Kaiser bestätigten Raub ihrer Gebiete hinzunehmen, verwüstete Albrecht deren Land. Im nördlichen Reich formierten sich derweilen Truppen unter Moritz von Sachsen, um Albrecht zu bekämpfen. Ein Reichsfürst und später König Ferdinand, nicht der Kaiser hatten militärische Gegenmaßnahmen gegen den Friedensbrecher eingeleitet. Am 9. Juli 1553 kam es zur blutigsten Schlacht der Reformationszeit im Reich, der Schlacht bei Sievershausen, bei der Moritz von Sachsen starb.

Die auf dem Reichstag zu Augsburg 1555 beschlossene Reichsexekutionsordnung beinhaltete die verfassungsmäßige Schwächung der kaiserlichen Gewalt, die Verankerung des reichsständischen Prinzips und die volle Föderalisierung des Reiches. Die Reichskreise und lokalen Reichsstände erhielten neben ihren bisherigen Aufgaben auch die Zuständigkeit für die Durchsetzung der Urteile und die Besetzung der Beisitzer des Reichskammergerichtes. Außerdem erhielten sie neben dem Münzwesen weitere wichtige, bisher kaiserliche Aufgaben. Da sich der Kaiser als unfähig und zu schwach erwiesen hatte, eine seiner wichtigsten Aufgaben, die Friedenswahrung, wahrzunehmen, wurde dessen Rolle nunmehr durch die in den Reichskreisen verbundenen Reichsstände ausgefüllt.

Ebenso wichtig wie die Exekutionsordnung war der am 25. September 1555 verkündete Religionsfrieden, mit dem die Idee eines konfessionell einheitlichen Reiches aufgegeben wurde. Die Landesherren erhielten das Recht, die Konfession ihrer Untertanen zu bestimmen, prägnant zusammengefasst in der Formel wessen Herrschaft, dessen Religion. In protestantischen Gebieten ging die geistliche Gerichtsbarkeit auf die Landesherren über, wodurch diese zu einer Art geistlichen Oberhauptes ihres Territoriums wurden. Weiterhin wurde festgelegt, dass geistliche Reichsstände, also Erzbischöfe, Bischöfe und Reichsprälaten, katholisch bleiben mussten. Diese und einige weitere Festlegungen führten zwar zu einer friedlichen Lösung des Religionsproblems, manifestierten aber auch die zunehmende Spaltung des Reiches und führten mittelfristig zu einer Blockade der Reichsinstitutionen.

Nach dem Reichstag von Augsburg trat Kaiser Karl V. von seinem Amt zurück und übergab die Macht an seinen Bruder, den römisch-deutschen König Ferdinand I. Karls Politik innerhalb und außerhalb des Reiches war endgültig gescheitert. Ferdinand beschränkte die Herrschaft des Kaisers wieder auf Deutschland, und es gelang ihm, die Reichsstände wieder in eine engere Verbindung mit dem Kaisertum zu bringen und dieses damit wieder zu stärken. Deshalb wird Ferdinand vielfach als der Gründer des neuzeitlichen deutschen Kaisertums bezeichnet.

Konfessionalisierung und Dreißigjähriger Krieg

Bis Anfang der 1580er Jahre gab es im Reich eine Phase ohne größere kriegerische Auseinandersetzungen. Der Religionsfrieden wirkte befriedend und auch die Reichsinstitutionen wie Reichskreise und Reichskammergericht entwickelten sich zu wirksamen und anerkannten Instrumenten der Friedenssicherung. In dieser Zeit vollzog sich aber die sogenannte Konfessionalisierung, das heißt die Verfestigung und Abgrenzung der drei Konfessionen Protestantismus, Calvinismus und Katholizismus zueinander. Die damit einhergehende Herausbildung frühmoderner Staatsformen in den Territorien brachte dem Reich Verfassungsprobleme. Die Spannungen nahmen derart zu, dass das Reich und seine Institutionen ihre über den Konfessionen stehende Schlichterfunktion nicht mehr wahrnehmen konnten und Ende des 16. Jahrhunderts faktisch blockiert waren. Bereits ab 1588 war das Reichskammergericht nicht mehr handlungsfähig.

Da die protestantischen Stände am Beginn des 17. Jahrhunderts auch den ausschließlich durch den katholischen Kaiser besetzten Reichshofrat nicht mehr anerkannten, eskalierte die Situation weiter. Gleichzeitig spalteten sich das Kurfürstenkolleg und die Reichskreise in konfessionelle Gruppierungen. Ein Reichsdeputationstag im Jahr 1601 scheiterte an den Gegensätzen zwischen den Parteien und 1608 wurde ein Reichstag in Regensburg ohne Reichsabschied beendet, da die kalvinistische Kurpfalz, deren Bekenntnis vom Kaiser nicht anerkannt wurde, und andere protestantische Stände diesen verlassen hatten.

Da das Reichssystem weitestgehend blockiert und der Friedensschutz vermeintlich nicht mehr gegeben war, gründeten sechs protestantische Fürsten am 14. Mai 1608 die Protestantische Union. Weitere Fürsten und Reichsstädte schlossen sich später der Union an, der jedoch Kursachsen und die norddeutschen Fürsten fernblieben. Als Reaktion auf die Union gründeten katholische Fürsten und Städte am 10. Juli 1609 die katholische Liga. Die Liga wollte das bisherige Reichssystem aufrechterhalten und das Übergewicht des Katholizismus im Reich bewahren. Das Reich und seine Institutionen waren damit endgültig blockiert und handlungsunfähig geworden.

Der Prager Fenstersturz war dann der Auslöser für den großen Krieg, in dem der Kaiser anfangs große militärische Erfolge erzielte und auch versuchte, diese reichspolitisch für seine

Machtstellung gegenüber den Reichsständen auszunutzen. So ächtete Kaiser Ferdinand II. im Jahre 1621 aus eigenem Machtanspruch den pfälzischen Kurfürsten und böhmischen König Friedrich V. und übertrug die Kurwürde auf Maximilian I. von Bayern. Ferdinand war zuvor von allen, auch den protestantischen, Kurfürsten am 19. August 1619 trotz des beginnenden Krieges zum Kaiser gewählt worden.

Der Erlass des Restitutionsediktes am 6. März 1629 war der letzte bedeutende Gesetzesakt eines Kaisers im Reich und entsprang genauso wie die Ächtung Friedrichs V. dem kaiserlichen Machtanspruch. Dieses Edikt verlangte die Umsetzung des Augsburger Reichsfriedens nach katholischer Interpretation. Dementsprechend waren alle seit dem Passauer Vertrag durch die protestantischen Landesherren säkularisierten Erz- und Hochstifte und Bistümer an die Katholiken zurückzugeben. Dies hätte neben der Rekatholisierung großer protestantischer Gebiete eine wesentliche Stärkung der kaiserlichen Machtposition bedeutet, da bisher religionspolitische Fragen vom Kaiser gemeinsam mit den Reichsständen und Kurfürsten entschieden worden waren. Dagegen bildete sich eine konfessionsübergreifende Koalition der Kurfürsten. Sie wollten nicht hinnehmen, dass der Kaiser ohne ihre Zustimmung solch ein einschneidendes Edikt erließ.

Die Kurfürsten zwangen den Kaiser auf dem Regensburger Kurfürstentag 1630 unter der Führung des neuen katholischen Kurfürsten Maximilian I. den kaiserlichen Generalissimus Wallenstein zu entlassen und einer Überprüfung des Ediktes zuzustimmen. Ebenfalls im Jahre 1630 trat Schweden auf Seiten der protestantischen Reichsstände in den Krieg ein. Nachdem die kaiserlichen Truppen Schweden einige Jahre unterlegen gewesen waren, gelang es dem Kaiser durch den Sieg in der Schlacht bei Nördlingen im Jahre 1634 nochmals die Oberhand zu gewinnen. Im darauffolgenden Prager Frieden zwischen dem Kaiser und Kursachsen von 1635 musste Ferdinand zwar das Restitutionsedikt für vierzig Jahre, vom Stand des Jahres 1627 ausgehend, aussetzen. Aber das Reichsoberhaupt ging aus diesem Frieden gestärkt hervor, da bis auf den Kurverein alle reichsständischen Allianzen für aufgelöst erklärt wurden und dem Kaiser der Oberbefehl über die Reichsarmee zugebilligt wurde. Diese Stärkung des Kaisers nahmen aber auch die Protestanten hin. Das religionspolitische Problem des Restitutionsediktes war faktisch um 40 Jahre vertagt worden, da sich der Kaiser und die meisten Reichsstände darin einig waren, dass die politische Einigung des Reiches, die Säuberung des Reichsgebietes von fremden Mächten und die Beendigung des Krieges am vordringlichsten seien.

Nach dem offenen Kriegseintritt Frankreichs, der erfolgte, um eine starke kaiserlich-habsburgische Macht in Deutschland zu verhindern, verschoben sich die Gewichte wieder zu Ungunsten des Kaisers. Spätestens hier war aus dem ursprünglichen teutschen Konfessionskrieg innerhalb des Reiches ein europäischer Hegemonialkampf geworden. Der Krieg ging also weiter, da die konfessions- und verfassungspolitischen Probleme, die zumindest provisorisch im Prager Frieden geklärt worden waren, für die sich auf Reichsgebiet befindlichen Mächte Schweden und Frankreich nebenrangig waren. Außerdem wies der Frieden von Prag wie bereits angedeutet schwere Mängel auf, so dass auch die reichsinternen Auseinandersetzungen weitergingen.

Ab 1641 begannen einzelne Reichsstände Separatfrieden zu schließen, da sich in dem Gestrüpp aus konfessioneller Solidarität, traditioneller Bündnispolitik und aktueller Kriegslage kaum mehr eine breit angelegte Gegenwehr des Reiches organisieren ließ. Den Anfang machte im Mai 1641 als erster größerer Reichsstand der Kurfürst von Brandenburg. Dieser schloss Frieden mit Schweden und entließ seine Armee, was nach den Bestimmungen des Prager Friedens nicht möglich war, da diese nominell zur Reichsarmee gehörte. Andere Reichsstände folgten; so schloss 1645 Kursachsen Frieden mit Schweden und 1647 Kurmainz mit Frankreich.

Gegen den Willen des Kaisers, seit dem Jahre 1637 Ferdinand III., der ursprünglich das Reich bei den sich nun anbahnenden Friedensgesprächen in Münster und Osnabrück entsprechend dem Frieden von Prag allein vertreten wollte, wurden die Reichsstände, die von Frankreich unterstützt auf ihre Libertät pochten, zu den Unterredungen zugelassen. Dieser als Admissionsfrage bezeichnete Streit hebelte das System des Prager Friedens mit der starken Stellung des Kaisers endgültig aus. Ferdinand wollte ursprünglich in den westfälischen Verhandlungen nur die europäischen Fragen klären und Frieden mit Frankreich und Schweden schließen und die deutschen Verfassungsprobleme auf einem anschließenden Reichstag behandeln, auf dem er als glorioser Friedensbringer hätte auftreten können. Auf diesem Reichstag wiederum hätten die fremden Mächte nichts zu suchen gehabt.

Westfälischer Frieden

Es möge ein christlicher allgemeiner und immerwährender Friede herrschen [...] und es soll dieser aufrichtig und ernstlich eingehalten und beachtet werden, auf daß jeder Teil Nutzen, Ehre und Vorteil des anderen fördere und daß sowohl auf Seiten des gesamten Römischen Reiches mit dem Königreich Schweden als auch auf Seiten des Königreichs Schweden mit dem Römischen Reiche treue Nachbarschaft, wahrer Friede und echte Freundschaft neu erwachsen und erblühen möge.

Erster Artikel des Vertrages von Osnabrück

Der Kaiser, Schweden und Frankreich verständigten sich 1641 in Hamburg auf Friedensverhandlungen, währenddessen die Kampfhandlungen weitergingen. Die Verhandlungen begannen 1642/43 parallel in Osnabrück zwischen dem Kaiser, den evangelischen Reichsständen und Schweden und in Münster zwischen dem Kaiser, den katholischen Reichsständen und Frankreich. Dass der Kaiser das Reich nicht allein repräsentierte, war eine symbolisch wichtige Niederlage. Die aus dem Frieden von Prag gestärkt hervorgegangene kaiserliche Macht stand wieder zur Disposition. Die Reichsstände gleich welcher Konfession hielten die Prager Ordnung für so gefährlich, dass sie ihre Rechte besser gewahrt sahen, wenn sie nicht allein dem Kaiser gegenüber saßen, sondern die Verhandlungen über die Reichsverfassung unter den Augen des Auslands stattfanden. Dies kam aber auch Frankreich sehr entgegen, das die Macht der Habsburger unbedingt einschränken wollte und sich deshalb für die Beteiligung der Reichsstände stark machte.

Beide Verhandlungsstädte und die Verbindungswege zwischen ihnen waren vorab für entmilitarisiert erklärt worden (was aber nur für Osnabrück vollzogen wurde) und alle Gesandtschaften erhielten freies Geleit. Zur Vermittlung reisten Delegationen der Republik Venedig, des Papstes und aus Dänemark an und Vertreter weiterer europäischer Mächte strömten nach Westfalen. Am Ende waren alle europäischen Mächte, bis auf das Osmanische Reich, Russland und England, an den Verhandlungen beteiligt. Die Verhandlungen in Osnabrück wurden neben den Verhandlungen zwischen dem Reich und Schweden faktisch zu einem Verfassungskonvent, auf dem die verfassungs- und religionspolitischen Probleme behandelt wurden. In Münster verhandelte man über die europäischen Rahmenbedingungen und die lehnsrechtlichen Veränderungen in Bezug auf die Niederlande und die Schweiz. Weiterhin wurde hier der Friede von Münster zwischen Spanien und der Republik der Niederlande ausgehandelt.

Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts wurde der Westfälische Frieden als zerstörerisch für das Reich angesehen. Hartung begründete dies mit dem Argument, der Friedensschluss habe dem Kaiser jegliche Handhabe und den Reichsständen fast unbegrenzte Handlungsfreiheit gewährt, das Reich sei durch diesen „zersplittert“, „zerbröckelt“ – es handle sich mithin um ein „nationales Unglück“. [9] Nur die religionspolitische Frage sei gelöst worden, das Reich aber in eine Erstarrung verfallen, die letztendlich zu dessen Zerfall geführt habe.

In der Zeit direkt nach dem Westfälischen Frieden und auch noch während des 18. Jahrhunderts wurde der Friedensschluss hingegen ganz anders gesehen. Er wurde mit großer Freude begrüßt und galt als neues Grundgesetz, das überall da gelte, wo der Kaiser mit seinen Vorrechten und als Symbol der Einheit des Reiches anerkannt werde. Der Frieden stellte durch seine Bestimmungen die Territorialherrschaften und die verschiedenen Konfessionen auf eine einheitliche rechtliche Basis und schrieb die nach der Verfassungskrise Anfang des 16. Jahrhunderts geschaffenen und bewährten Mechanismen fest und verwarf diejenigen des Prager Friedens. Georg Schmidt schreibt zusammenfassend:

Der Frieden hat weder die staatliche Zersplitterung noch den fürstlichen Absolutismus hervorgebracht. [...] Der Friede betonte die ständische Freiheit, machte aus den Ständen aber keine souveränen Staaten. [10]

Allen Reichsständen wurden zwar die vollen landeshoheitlichen Rechte zugesprochen und das im Prager Frieden annullierte Bündnisrecht wieder zuerkannt. Damit war aber nicht die volle Souveränität der Territorien gemeint, was sich auch daran erkennen lässt, dass dieses Recht im Vertragstext inmitten anderer schon länger ausgeübter Rechte aufgeführt wird. Das Bündnisrecht – auch dies widerspricht einer vollen Souveränität der Territorien des Reiches – durfte sich nicht gegen Kaiser und Reich, den Landfrieden oder gegen diesen Vertrag richten und war nach Meinung zeitgenössischer Rechtsgelehrter sowieso ein althergebrachtes Gewohnheitsrecht (siehe hierzu auch den Abschnitt Herkommen und Gewohnheitsrecht) der Reichsstände, das im Vertrag nur schriftlich fixiert wurde.

Im religionspolitischen Teil entzogen sich die Reichsstände praktisch selbst die Befugnis die Konfession ihrer Untertanen zu bestimmen. Zwar wurde der Augsburger Religionsfrieden als Ganzes bestätigt und für unantastbar erklärt, die strittigen Fragen wurden aber neu geregelt und Rechtsverhältnisse auf den Stand des 1. Januar 1624 fixiert beziehungsweise auf den Stand an diesem Stichtag zurückgesetzt. Alle Reichsstände mussten so beispielsweise die beiden anderen Konfessionen dulden, falls diese bereits 1624 auf ihrem Territorium existierten. Jeglicher Besitz musste an den damaligen Besitzer zurückgegeben werden und alle späteren anderslautenden Bestimmungen des Kaisers, der Reichsstände oder der Besatzungsmächte wurden für null und nichtig erklärt.

Der zweite Religionsfrieden hat sicherlich keinerlei Fortschritte für den Toleranzgedanken oder für die individuellen Religionsrechte oder sogar die Menschenrechte gebracht. Das war aber auch nicht dessen Ziel. Er sollte durch die weitere Verrechtlichung friedensstiftend wirken. Frieden und nicht Toleranz oder Säkularisierung war das Ziel. Dass dies trotz aller Rückschläge und gelegentlicher Todesopfer bei späteren religiösen Auseinandersetzungen gelang, ist offensichtlich.

Die Verträge von Westfalen haben dem Reich nach dreißig Jahren den langersehnten Frieden gebracht. Das Reich verlor einige Gebiete an Frankreich und entließ faktisch die Niederlande und die Alte Eidgenossenschaft aus dem Reichsverband. Ansonsten änderte sich im Reich nicht viel, das Machtsystem zwischen Kaiser und Reichsständen wurde neu austariert, ohne die Gewichte im Vergleich zur Situation vor dem Krieg stark zu verschieben und die Reichspolitik wurde nicht entkonfessionalisiert, sondern nur der Umgang der

Konfessionen neu geregelt. Weder wurde

[der] Reichsverband zur Erstarrung verdammt noch gesprengt – das sind lange Zeit inbrünstig gehegte Forschungsmythen. Nüchtern betrachtet, verliert der Westfälische Frieden, dieses angebliche nationale Unglück, viel von seinem Schrecken, aber auch viel von seinem vermeintlich epochalen Charakter. Dass er Reichsidee und Kaisertum zerstört habe, das ist das krassste aller kursierenden Fehltrübe über den Westfälischen Frieden[11]

Die Ergebnisse der Friedensverhandlungen zeigen, wie sinnlos dieser Krieg war. Cicely Veronica Wedgwood:

Nachdem so viele Menschenleben für einen so geringen Zweck vergeudet worden waren, hätten die Menschen begreifen müssen, wie durchaus vergeblich es ist, Glaubensmeinungen dem Urteil durch das Schwert zu überlassen. [...]

Der Krieg löste keine Schwierigkeit. Seine unmittelbaren und mittelbaren Wirkungen waren entweder negativ oder verheerend. Sittlich umstürzlerisch, wirtschaftlich zerstörend, sozial herabsetzend, verworren in seinen Ursachen, schwankend in seinem Verlauf und geringfügig in seinem Erfolg, ist dieser Krieg in der europäischen Geschichte das hervorragende Beispiel eines sinnlosen Konflikts.[12]

Das Reich bis Mitte des 18. Jahrhunderts

Nach dem Westfälischen Frieden drängte eine Gruppe von Fürsten, zusammengeschlossen im Fürstenverein, auf radikale Reformen im Reich, die insbesondere die Vorherrschaft der Kurfürsten beschränken und das Königswahlprivileg auch auf andere Reichsfürsten ausdehnen sollten. Auf dem Reichstag von 1653/54, der nach den Bestimmungen des Friedens viel früher hätte stattfinden sollen, konnte sich diese Minderheit aber nicht durchsetzen. Im Reichsabschied dieses Reichstages, genannt der Jüngste – dieser Reichstag war der letzte vor der Permanenz des Gremiums – wurde beschlossen, dass die Untertanen ihren Herren Steuern zahlen müssten, damit diese Truppen unterhalten könnten. Dies führte oft zur Bildung stehender Heere in verschiedenen größeren Territorien. Diese wurden als Armierte Reichsstände bezeichnet.

Auch zerfiel das Reich nicht, da zu viele Stände ein Interesse an einem Reich hatten, das ihren Schutz gewährleisten konnte. Diese Gruppe umfasste besonders die kleineren Stände, die praktisch nie zu einem eigenen Staat werden konnten. Auch die aggressive Politik Frankreichs an der Westgrenze des Reiches und die Türkengefahr im Osten machten nahezu allen Ständen die Notwendigkeit eines hinlänglich geschlossenen Reichsverbandes und einer handlungsfähigen Reichsspitze deutlich.

Seit 1658 herrschte Kaiser Leopold I., dessen Wirken erst seit den 1990er Jahren genauer untersucht wird, im Reich. Sein Wirken wird als klug und weitsichtig beschrieben und gemessen an der Ausgangslage nach dem Krieg und dem Tiefpunkt des kaiserlichen Ansehens war es auch außerordentlich erfolgreich. Leopold gelang es durch die Kombination verschiedener Herrschaftsinstrumente die kleineren und – und das ist das Bemerkenswerte – die größeren Reichsstände wieder an die Reichsverfassung und an das Kaisertum zu binden. Hervorzuheben sind hier insbesondere seine Heiratspolitik, das Mittel der Standeserhöhungen und die Verleihung allerlei wohlklingender Titel. Dennoch verstärkten sich die zentrifugalen Kräfte des Reiches. Hierbei sticht insbesondere die Verleihung der neunten Kurwürde an Ernst August von Hannover 1692 hervor. Ebenso in diese Kategorie fällt das Zugeständnis an den brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III., sich 1701 für das nicht zum Reich gehörende Herzogtum Preußen zum König in Preußen krönen zu dürfen.

Nach 1648 wurde die Position der Reichskreise weiter gestärkt und ihnen eine entscheidende Rolle in der Reichskriegsverfassung zugesprochen. So beschloss der Reichstag 1681 auf Grund der Bedrohung des Reiches durch die Türken eine neue Reichskriegsverfassung, in der die Truppenstärke der Reichsarmee auf 40.000 Mann festgelegt wurde. Für die Aufstellung der Truppen sollten die Reichskreise zuständig sein. Der Immerwährende Reichstag bot dem Kaiser die Möglichkeit die kleineren Reichsstände an sich zu binden und für die eigene Politik zu gewinnen. Auch durch die verbesserten Möglichkeiten der Schlichtung gelang es dem Kaiser seinen Einfluss auf das Reich wieder zu vergrößern.

Dass sich Leopold I. der Reunionspolitik des französischen Königs Ludwigs XIV. entgegenstemmte und versuchte, die Reichskreise und -stände zum Widerstand gegen die französischen Annexionen von Reichsgebieten zu bewegen, zeigt, dass die Reichspolitik noch nicht wie unter seinen Nachfolgern im 18. Jahrhundert zum reinen Anhängsel der habsburgischen Großmachtspolitik geworden war. Auch gelang in dieser Zeit das Zurückdrängen der Großmacht Schweden aus den nördlichen Gebieten des Reiches im Schwedisch-Brandenburgischen Krieg und im Großen Nordischen Krieg.

Der Dualismus zwischen Preußen und Österreich

Ab 1740 begannen die beiden größten Territorialkomplexe des Reiches, die habsburgischen Erblande und Brandenburg-Preußen, immer mehr aus dem Reichsverband herauszuwachsen. Das Haus Österreich konnte nach dem Sieg über die Türken im Großen Türkenkrieg nach 1683 große Gebiete außerhalb des Reiches erwerben, wodurch sich automatisch der Schwerpunkt der habsburgischen Politik nach Südosten verschob. Dies wurde besonders unter den Nachfolgern Kaiser Leopolds I. deutlich. Ähnlich verhielt es sich mit Brandenburg-Preußen, auch hier befand sich ein Teil des Territoriums außerhalb des Reiches. Zur zunehmenden Rivalität, die das Reichsgefüge stark beanspruchte, traten jedoch noch Änderungen im Denken der Zeit hinzu.

War es bis zum Dreißigjährigen Krieg für das Ansehen eines Herrschers sehr wichtig, welche Titel er besaß und an welcher Position in der Hierarchie des Reiches und des europäischen Adels er stand, so traten nun andere Faktoren wie die Größe des Territoriums sowie die wirtschaftliche und militärische Macht stärker in den Vordergrund. Es setzte sich die Ansicht durch, dass nur die Macht, die aus diesen quantifizierbaren Angaben resultierte, tatsächlich zähle. Dies ist nach Ansicht von Historikern eine Spätfolge des großen Krieges, in dem altherwürdige Titel, Ansprüche und Rechtspositionen insbesondere der kleineren Reichsstände fast keine Rolle mehr spielten und fingierten oder tatsächlichen Sachzwängen des Krieges untergeordnet wurden.

Diese Denkkategorien waren jedoch nicht mit dem bisherigen System des Reiches vereinbar, das dem Reich und allen seinen Mitgliedern einen rechtlichen Schutz des Status quo gewährleistete und sie vor dem Übermut der Macht schützen sollte. Dieser Konflikt zeigt sich unter anderem in der Arbeit des Reichstages. Seine Zusammensetzung unterschied zwar zwischen Kurfürsten und Fürsten, Hocharistokratie und städtischen Magistraten, katholisch und protestantisch, aber beispielsweise nicht zwischen Ständen, die ein stehendes Heer unterhielten, und denen, die schutzlos waren. Diese Diskrepanz zwischen tatsächlicher Macht und althergebrachter Hierarchie führte zum Verlangen der großen, mächtigen Stände nach einer Lockerung des Reichsverbandes.

Hinzu kam das Denken der Aufklärung, das den konservativen bewahrenden Charakter, die Komplexität, ja sogar die Idee des Reiches an sich hinterfragte und als „unnatürlich“ darstellte. Die Idee der Gleichheit der Menschen war nicht in Übereinstimmung zu bringen mit der Reichsidee, das Vorhandene zu bewahren und jedem Stand seinen zugewiesenen Platz im Gefüge des Reiches zu sichern.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass Brandenburg-Preußen und Österreich nicht mehr in den Reichsverband passten, nicht nur auf Grund der schieren Größe, sondern auch wegen der inneren Verfasstheit der beiden zu Staaten gewordenen Territorien. Beide hatten die ursprünglich auch in ihrem Inneren dezentral und ständisch geprägten Länder reformiert und den Einfluss der Landstände gebrochen. Nur so waren die verschiedenen ererbten und eroberten jeweiligen Länder sinnvoll zu verwalten und zu bewahren sowie ein stehendes Heer zu finanzieren. Den kleineren Territorien war dieser Reformweg verschlossen. Ein Landesherr, der Reformen dieses Ausmaßes unternommen hätte, wäre unweigerlich mit den Reichsgerichten in Konflikt geraten, da diese den Landständen beigestanden hätten, gegen deren Privilegien ein Landesherr hätte verstoßen müssen. Der Kaiser in seiner Rolle als österreichischer Landesherr hatte den von ihm besetzten Reichshofrat natürlich nicht so zu fürchten wie andere Landesherrn und in Berlin scherte man sich um die Reichsinstitutionen sowieso kaum. Eine Exekution der Urteile wäre faktisch nicht möglich gewesen. Auch diese andere innere Verfasstheit der beiden großen Mächte trug zur Entfremdung vom Reich bei.

Aus der als Dualismus zwischen Preußen und Österreich bezeichneten Rivalität erwachsen im 18. Jahrhundert mehrere Kriege. Die zwei Schlesischen Kriege gewann Preußen und erhielt Schlesien, während der Österreichische Erbfolgekrieg zu Gunsten Österreichs endete. Während des Erbfolgekrieges kam mit Karl VII. ein Wittelsbacher auf den Thron, konnte sich aber ohne die Ressourcen einer Großmacht nicht durchsetzen, so dass nach seinem Tod 1745 mit Franz I. Stephan von Lothringen, dem Ehemann Maria Theresias, wieder ein Habsburger(-Lothringer) gewählt wurde.

Diese Auseinandersetzungen waren für das Reich verheerend. Preußen wollte das Reich nicht stärken, sondern für seine Zwecke gebrauchen. Auch die Habsburger, die durch das Bündnis vieler Reichsstände mit Preußen und die Wahl eines Nicht-Habsburgers auf den Kaiserthron verstimmt waren, setzten nun viel eindeutiger als bislang auf eine Politik, die sich allein auf Österreich und dessen Macht bezog. Der Kaisertitel wurde fast nur noch wegen dessen Klang und des höheren Rangs gegenüber allen europäischen Herrschern erstrebt. Die Reichsinstitutionen waren zu Nebenschauplätzen der Machtpolitik verkommen und die Verfassung des Reiches hatte mit der Wirklichkeit nicht mehr viel zu tun. Preußen versuchte durch Instrumentalisierung des Reichstages den Kaiser und Österreich zu treffen. Insbesondere Kaiser Joseph II. zog sich fast gänzlich aus der Reichspolitik zurück. Joseph II. hatte anfangs noch versucht eine Reform der Reichsinstitutionen, besonders des Reichskammergerichtes, durchzuführen, scheiterte aber am Widerstand der Reichsstände, die sich aus dem Reichsverband lösen und sich deshalb vom Gericht nicht mehr in ihre „inneren“ Angelegenheiten hereinreden lassen wollten. Joseph gab frustriert auf.

Aber auch sonst agierte Joseph II. unglücklich und unsensibel. Die österreichzentrierte Politik Josephs II. während des Bayerischen Erbfolgekrieges 1778/79 und die vom Ausland

vermittelte Friedenslösung von Teschen waren ein Desaster für das Kaisertum. Als die bayerische Linie der Wittelsbacher im Jahre 1777 ausstarb, erschien dies Joseph als willkommene Möglichkeit, Bayern den habsburgischen Landen einzuverleiben. Deshalb erhob Österreich juristisch fragwürdige Ansprüche auf das Erbe. Unter massivem Druck aus Wien willigte der Erbe aus der pfälzischen Linie der Wittelsbacher, Kurfürst Karl Theodor, in einen Vertrag ein, der Teile Bayerns abtrat. Karl Theodor, der ohnehin nur widerwillig das Erbe angenommen hatte, wurde suggeriert, dass später ein Tausch mit den Österreichischen Niederlanden, die in etwa das Gebiet des heutigen Belgiens umfassten, zu Stande käme. Joseph II. besetzte aber stattdessen die bayerischen Gebiete, um vollendete Tatsachen zu schaffen, und vergriff sich somit als Kaiser an einem Reichsterritorium.

Diese Vorgänge erlaubten es Friedrich II., sich zum Beschützer des Reiches und der kleinen Reichsstände und damit quasi zum „Gegenkaiser“ aufzuschwingen. Preußische und kursächsische Truppen marschierten in Böhmen ein. Im von Russland regelrecht erzwungenen Frieden von Teschen vom 13. Mai 1779 erhielt Österreich zwar das Innviertel zugesprochen. Der Kaiser stand dennoch als Verlierer da. Zum zweiten Mal nach 1648 musste ein innerdeutsches Problem mit Hilfe ausländischer Mächte geregelt werden. Nicht der Kaiser, sondern Russland brachte dem Reich Frieden. Russland wurde neben seiner Rolle als Garantmacht des Teschener Friedens auch eine Garantmacht des Westfälischen Friedens und damit einer der „Hüter“ der Reichsverfassung. Das Kaisertum hatte sich selbst demontiert und der preußische König Friedrich stand als Beschützer des Reiches da. Aber nicht Schutz und Konsolidierung des Reiches waren Friedrichs Ziel gewesen, sondern eine weitere Schwächung der Position des Kaisers im Reich und damit des ganzen Reichsverbandes an sich. Dieses Ziel hatte er erreicht.

Das Konzept eines Dritten Deutschlands hingegen, geboren aus der Befürchtung der kleineren und mittleren Reichsstände zur reinen Verfügungsmasse der Großen zu verkommen, um mit einer Stimme zu sprechen und damit Reformen durchzusetzen, scheiterte am den Vorurteilen und Gegensätzen zwischen den protestantischen und dem katholischen Reichsfürsten, sowie den Eigeninteressen der Kurfürsten und der großen Reichsstädte. Eigentliche Träger des Reichsgedankens waren zuletzt praktisch nur noch die Freien Reichsstädte, die Reichsritterschaften und zu einem gewissen Teil die geistlichen Territorien, wobei auch die Letzteren vielfach durch Angehörige von Reichsfürstendynastien regiert wurden und deren Interessen vertraten (z. B. das im Spanischen Erbfolgekrieg unter einem wittelsbacherischen Erzbischof stehende Kurköln). Auch der Kaiser agierte eher wie ein Territorialherr, der auf die Ausweitung seines unmittelbaren Herrschaftsterritoriums zielte und weniger auf die Wahrung eines „Reichsinteresses“. Von vielen Zeitgenossen im Zeitalter der Aufklärung wurde das Reich daher als ein Anachronismus empfunden. Voltaire sprach spöttisch von dem „Reich, das weder römisch noch heilig“ sei.

Das Ende des Reiches

Koalitionskriege gegen Napoléon und Reichsdeputationshauptschluss

Gegen die revolutionären Truppen Frankreichs fanden beide deutschen Großmächte im Ersten Koalitionskrieg zu einem Zweckbündnis. Dieses als Pillnitzer Beistandspakt bezeichnete Bündnis vom Februar 1792 hatte freilich nicht den Schutz von Reichsrechten zum Ziel, sondern man hatte die Eindämmung der Revolution zum Ziel, vor allem deswegen, weil man deren Übergreifen auf das Reichsgebiet fürchtete. Die Chance, die anderen Reichsstände hinter sich zu bringen, verspielte Kaiser Franz II., der am 5. Juli 1792 in ungewohnter Eile und Einmütigkeit zum Kaiser gewählt wurde, durch den Umstand, dass er das österreichische Staatsgebiet unbedingt vergrößern wollte, notfalls auf Kosten anderer Reichsmitglieder. Und auch Preußen wollte sich für seine Kriegskosten durch die Einverleibung geistlicher Reichsgebiete schadlos halten. Dementsprechend gelang es nicht, eine geschlossene Front gegen die französischen Revolutionstruppen aufzubauen und größere militärische Erfolge zu erringen.

Aus Enttäuschung über ausbleibende Erfolge und um sich besser um den Widerstand gegen die erneute Teilung Polens kümmern zu können, schloss Preußen 1795 einen Separatfrieden, den Frieden von Basel, mit Frankreich. 1796 schlossen Baden und Württemberg ebenfalls Frieden mit Frankreich. In beiden Vereinbarungen wurden die jeweiligen linksrheinischen Besitzungen an Frankreich abgetreten. Die Besitzer aber sollten auf Kosten rechtsrheinischer geistlicher Gebiete „entschädigt“ werden, diese sollten also säkularisiert werden. Weitere Reichsstände verhandelten über einen Waffenstillstand oder Neutralität.

Im Jahre 1797 schloss auch Österreich Frieden und unterschrieb den Frieden von Campo Formio, in dem es verschiedene Besitzungen innerhalb und außerhalb des Reiches abtrat, so insbesondere die österreichischen Niederlande und das Herzogtum Toskana. Als Ausgleich sollte Österreich ebenfalls auf Kosten von zu säkularisierenden geistlichen Gebieten oder anderen Reichsteilen entschädigt werden. Beide Großen des Reiches hielten sich also an anderen kleineren Reichsgliedern schadlos und räumten Frankreich sogar ein Mitspracherecht bei der zukünftigen Gestaltung des Reiches ein. Insbesondere der Kaiser, zwar als König von Ungarn und Böhmen handelnd, aber trotzdem als Kaiser zur Bewahrung der Integrität des Reiches und seiner Mitglieder verpflichtet, hatte zugelassen, dass für die „Entschädigung“ einiger weniger andere Reichsstände geschädigt wurden, und das Kaisertum damit irreparabel

demontiert.

Die Reichsdeputation von 1797/98 willigte im März 1798 gezwungenermaßen auf dem Friedenskongress von Rastatt in die Abtretung der linksrheinischen Gebiete und die Säkularisation, mit Ausnahme der drei geistlichen Kurfürstentümer, ein. Der Zweite Koalitionskrieg beendete aber das Geschachere und Gefeiße um die Gebiete, die man zu erhalten hoffte. Der Krieg wurde 1801 durch den Frieden von Lunéville beendet, in dem Franz II. nun auch als Reichsoberhaupt der Abtretung der linksrheinischen Gebiete zustimmte. In diesem Frieden traf man aber keine genauen Festlegungen für die anstehenden „Entschädigungen“. Der anschließend einberufene Reichstag stimmte dem Frieden zu.

Die Friedensvereinbarungen von Basel mit Preußen, Campo Formio mit Österreich und Lunéville mit dem Reich verlangten „Entschädigungen“, über die nur ein Reichsgesetz entscheiden konnte. Deshalb wurde eine Reichsdeputation einberufen, die diesen Entschädigungsplan ausarbeiten sollte. Letztendlich nahm die Deputation aber den französisch-russischen Entschädigungsplan vom 3. Juni 1802 mit geringen Änderungen an. Am 24. März 1803 akzeptierte der Reichstag den Reichsdeputationshauptschluss endgültig.

Als Entschädigungsmasse für die größeren Reichsstände wurden fast alle Reichsstädte, die kleineren weltlichen Territorien und fast alle geistlichen Hoch- und Erzstifte auserkoren. Die Zusammensetzung des Reiches veränderte sich schlagartig, die zuvor mehrheitlich katholische Fürstenbank des Reichstages war nunmehr protestantisch geprägt. Zwei von drei geistlichen Kurfürstentümern hatten aufgehört zu existieren, auch der Kurfürst von Mainz verlor sein Hochstift, erhielt aber als neues Kurfürstentum Aschaffenburg-Regensburg. Neben diesem gab es nur noch zwei geistliche Reichsfürsten, den Großprior des Malteserordens und den Hoch- und Deutschmeister des Deutschen Ordens. Insgesamt kostete der Reichsdeputationshauptschluss 110 Territorien die Existenz und rund drei Millionen Menschen wurden einer neuen Obrigkeit unterstellt.

Diese territoriale Neuordnung des Reiches beeinflusste die politische Landschaft Mitteleuropas weit über die drei Jahre seiner Gültigkeit hinaus. Er führte nach dem Normaljahr 1624 des Westfälischen Friedens ein neues Normaljahr, das Jahr 1803, für die konfessionellen und vermögensrechtlichen Verhältnisse in Deutschland ein und schuf aus einer Vielzahl kleiner und kleinster Gebiete eine überschaubare Anzahl von Mittelstaaten.

Offiziell wurde zum Zwecke der „Entschädigung“ „säkularisiert“ und „mediatisiert“. Dies kann man getrost als Euphemismus für diesen Vorgang bezeichnen, da einige wenige viel mehr erhielten als sie tatsächlich verloren hatten. Der badische Markgraf erhielt beispielsweise mehr als neunmal so viele Untertanen, wie er linksrheinisch abtreten musste. Grund hierfür ist, dass Frankreich sich eine Reihe von Satellitenstaaten schuf, die groß genug waren, um dem Kaiser Schwierigkeiten zu machen, aber zu klein, um die Position Frankreichs zu gefährden.

Weiterhin hatte die Reichskirche aufgehört zu existieren, diese Besonderheit des Reiches, der Teil der Reichsfürsten, der das Reich zu dem machte, was es war. Sie war so fest verankert im System des Reiches, dass sie sogar schon vor dem Ende des Reiches unterging. Die antiklerikalen Positionen Frankreichs hatten ihr Übriges getan, zumal man damit den Kaiser einer seiner wichtigsten Machtpositionen berauben konnte. Aber auch der aufklärerische Zeitgeist und der absolutistische Allzuständigkeitsanspruch trugen dazu bei, dass die Reichskirche obsolet geworden war und selbst katholische Reichsfürsten Begehrlichkeiten entwickelten. Die katholischen Fürsten wurmte sowieso schon länger, dass die protestantischen Fürsten ihre jeweiligen Kirchen als Machtmittel gebrauchten.

Dass im Herbst 1803 auch die Reichsritterschaften im sogenannten Rittersturm von den umschließenden oder angrenzenden Territorien okkupiert wurden, zeigt, wie viel die Gesetze des Reiches noch galten.

Niederlegung der Reichskrone

Am 18. Mai 1804 wurde Napoleon durch eine vom Senat beschlossene Verfassungsänderung zum erblichen Kaiser der Franzosen bestimmt. Mit dieser Erhöhung wollte er einerseits seine Macht festigen, andererseits seine Größe noch deutlicher sichtbar machen. Vor allem wollte er das Erbe Karls des Großen antreten und somit seinem erblichen Kaisertum eine in der Tradition des Mittelalters stehende Legitimation verschaffen. Zu diesem Zweck reiste Napoléon im September 1804 nach Aachen und besuchte den Dom und das Grab Karls des Großen.

Napoléons Tun wurde in Wien, der Residenz des Kaisers des Reiches, genau registriert. In den auf die Annahme des Kaisertitels folgenden diplomatischen Gesprächen zwischen Frankreich und Österreich forderte Napoleon am 7. August 1804 in einer geheimen Note die Anerkennung seines Kaisertums, im Gegenzug werde Franz II. als Empereur héréditaire d'Autriche, als Erbkaiser Österreichs anerkannt. Wenige Tage später wurde aus der Forderung faktisch ein Ultimatum. Dies bedeutete entweder Krieg oder Anerkennung des französischen Kaisertums. Franz lenkte ein und nahm am 11. August 1804 als Konsequenz dieses Schrittes zusätzlich zu seinem Titel als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches „für

Uns und Unsere Nachfolger [...] den Titel und die Würde eines erblichen Kaisers von Österreich“ an. Dies geschah offensichtlich, um die Ranggleichheit mit Napoléon zu wahren. Hierzu schien der Titel des Kaisers des Heiligen Römischen Reiches allein nicht mehr geeignet, auch wenn dies wohl ein Bruch des Reichsrechts war, da er weder die Kurfürsten über diesen Schritt informierte noch den Reichstag um Zustimmung bat.

Dieser Schritt war auch vom Rechtsbruch abgesehen umstritten und wurde als übereilt angesehen, wie ein Brief von Friedrich Gentz, einem bekannten österreichischen Publizisten, an seinen Freund Fürst von Metternich deutlich macht:

Bleibt die deutsche Kaiserkrone im österreichischen Hause – und welche Unmaßen von Unpolitik schon jetzt, wo noch keine dringende Gefahr vorhanden, öffentlich zu erkennen zu geben, daß man das Gegenteil befürchtet! – so ist jene Kaiserwürde ganz unnütz.[13]

Napoleon ließ sich jedoch nicht mehr aufhalten. Im Dritten Koalitionskrieg marschierte seine Armee, die durch bayerische, württembergische und badische Truppen verstärkt wurde, auf Wien zu und am 2. Dezember 1805 siegten die napoleonischen Truppen in der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz über Russen und Österreicher. Der darauffolgende Frieden von Preßburg, der Franz II. und dem russischen Zaren Alexander I. von Napoleon diktiert wurde, dürfte das Ende des Reiches endgültig besiegelt haben, da Napoleon durchsetzte, dass Bayern, Württemberg und Baden mit voller Souveränität ausgestattet wurden und somit mit Preußen und Österreich gleichgestellt wurden. Diese Länder befanden sich nun faktisch außerhalb der Reichsverfassung

Dies unterstreicht eine Äußerung Napoleons gegenüber seinem Außenminister Talleyrand:

Es wird keinen Reichstag mehr geben; denn Regensburg soll Bayern gehören; es wird auch kein Deutsches Reich mehr geben.[14]

Letzter Anstoß für die Niederlegung der Krone war jedoch, dass der ehemalige Kurfürst von Mainz und, nach Auflösung des Erzbistums Mainz, neue Erzbischof von Regensburg, Karl Theodor von Dalberg, 1806 den Großalmosenier des französischen Kaiserreiches, Joseph Kardinal Fesch, zu seinem Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge ernannte. Brisant war dabei, dass Dalberg Erzkanzler des Reiches und damit Haupt der Reichskanzlei, Aufseher des Reichsgerichtes und Hüter des Reichsarchivs war. Der zu seinem Nachfolger ernannte Kardinal war zudem nicht nur Franzose und sprach kein Wort deutsch – er war auch der Onkel Napoléons. Wäre also der Kurfürst gestorben oder hätte sonst irgendwie seine Ämter abgegeben, so wäre der Onkel des französischen Kaisers Erzkanzler des Reiches geworden. Am 28. Mai 1806 wurde der Reichstag davon in Kenntnis gesetzt.

Der österreichische Außenminister Johann Philipp von Stadion erkannte die möglichen Folgen: entweder die Auflösung des Reiches oder eine Umgestaltung des Reiches unter französischer Herrschaft. Daraufhin entschloss sich Franz am 18. Juni zu einem Protest, der wirkungslos blieb, zumal sich die Ereignisse überschlugen:

Am 12. Juli 1806 gründeten Kurmainz, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau, Kleve-Berg und weitere Fürstentümer mit Unterzeichnung der Rheinbundakte in Paris den Rheinbund, als dessen Protektor Napoleon fungierte, und erklärten am 1. August den Austritt aus dem Reich.

Bereits im Januar hatte der schwedische König die Teilnahme der vorpommerschen Gesandten an den Reichstagssitzungen suspendiert und erklärte als Reaktion auf die Unterzeichnung der Rheinbundakte am 28. Juli, dass in den zum Reich gehörenden Ländern unter schwedischer Herrschaft die Reichsverfassung aufgehoben und die Landstände und Landräte aufgelöst seien. Er führte stattdessen die schwedische Verfassung in Schwedisch-Pommern ein. Damit beendete er auch in diesem Teil des Reiches das Reichsregime. Das Reich hatte faktisch aufgehört zu existieren, denn von ihm blieb nur noch ein Torso übrig.

Die Entscheidung, ob der Kaiser die Reichskrone niederlegen sollte, wurde durch ein Ultimatum an den österreichischen Gesandten in Paris, General Vincent, praktisch vorweggenommen. Sollte Kaiser Franz bis zum 10. August nicht abdanken, dann würden französische Truppen Österreich angreifen, so wurde diesem am 22. Juli mitgeteilt.

In Wien waren jedoch schon seit mehreren Wochen Johann Aloys Josef Freiherr von Hügel und Graf von Stadion mit der Erstellung von Gutachten über die Bewahrung der Kaiserwürde des Reiches befasst. Ihre nüchterne und rationale Analyse kam zu dem Schluss, dass Frankreich versuchen werde, die Reichsverfassung aufzulösen und das Reich in einen von Frankreich beeinflussten föderativen Staat umzuwandeln. Sie folgerten, dass die Bewahrung der Reichsoberhauptlichen Würde unvermeidlich zu Schwierigkeiten mit Frankreich führen würde und deshalb der Verzicht auf die Reichskrone unumgänglich sei.

Der genaue Zeitpunkt dieses Schrittes sollte nach den politischen Umständen bestimmt werden, um möglichst vorteilhaft für Österreich zu sein. Am 17. Juni 1806 wurde dem Kaiser das Gutachten vorgelegt. Den Ausschlag für eine Entscheidung des Kaisers gab jedoch wohl das erwähnte Ultimatum Napoleons. Am 30. Juli entschied sich Franz, auf die Krone zu

verzichten; am 1. August erschien der französische Gesandte La Rochefoucauld in der österreichischen Staatskanzlei. Erst nachdem der französische Gesandte nach heftigen Auseinandersetzungen mit Graf von Stadion formell bestätigte, dass sich Napoléon niemals die Reichskrone aufsetzen werde und die Unabhängigkeit Österreichs respektiere, willigte der österreichische Außenminister in die Abdankung ein, die am 6. August verkündet wurde.

In der Abdankung heißt es, dass der Kaiser sich nicht mehr in Lage sieht seine Pflichten als Reichsoberhaupt zu erfüllen, und dementsprechend erklärte er:

[...], daß Wir das Band, welches Uns bis jetzt an den Staatskörper des deutschen Reichs gebunden hat, als gelöst ansehen, daß Wir das reichsoberhauptliche Amt und Würde durch die Vereinigung der conföderirten rheinischen Stände als erloschen und Uns dadurch von allen übernommenen Pflichten gegen das deutsche Reich losgezählt betrachten, und die von wegen desselben bis jetzt getragene Kaiserkrone und geführte kaiserliche Regierung, wie hiermit geschieht, niederlegen.[15]

Und der Kaiser überschritt ein letztes Mal seine Kompetenzen als Reichsoberhaupt. Franz legte nicht nur die Krone nieder, sondern er löste das Reich als Ganzes auf, hierzu wäre aber die Zustimmung des Reichstages nötig gewesen, denn er verkündete auch:

Wir entbinden zugleich Churfürsten, Fürsten und Stände und alle Reichsangehörigen, insonderheit auch die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte und die übrige Reichsdienerschaft, von ihren Pflichten, womit sie an Uns, als das gesetzliche Oberhaupt des Reichs, durch die Constitution gebunden waren.[15]

Er löste auch die zu seinem eigenen Herrschaftsbereich gehörenden Länder des Reiches aus diesem heraus und unterstellte sie allein dem österreichischen Kaisertum.

Auch wenn die Auflösung des Reiches wohl juristisch nicht haltbar war, fehlte es am politischen Willen und auch an der Macht, das Reich zu bewahren.

Wiener Kongress und Deutscher Bund

Nach dem Wiener Kongress im Jahre 1815 schlossen sich die deutschen Einzelstaaten zum Deutschen Bund zusammen. Zuvor, im November 1814, richteten jedoch 29 Souveräne kleiner und mittlerer Staaten folgenden Wunsch an den Kongress:

die Wiedereinführung der Kaiserwürde in Deutschland bei dem Komitee, welches sich mit der Entwerfung des Planes zu einem Bundesstaat beschäftigt, in Vorschlag zu bringen.[16]

Grundlage dieser Petition dürfte kaum patriotischer Eifer gewesen sein. Eher kann davon ausgegangen werden, dass diese die Dominanz der durch Napoléon zu voller Souveränität und Königstiteln gelangten Fürsten, beispielsweise der Könige von Württemberg, Bayern und Sachsen, fürchteten.

Aber auch darüber hinaus wurde die Frage, ob ein neuer Kaiser gekürt werden solle, diskutiert. So existierte u. a. der Vorschlag, dass die Kaiserwürde zwischen den mächtigsten Fürsten im südlichen Deutschland und dem mächtigsten Fürsten in Norddeutschland alternieren solle. Im Allgemeinen wurde jedoch von den Befürwortern des Kaisertums eine erneute Übernahme der Kaiserwürde durch Österreich, also durch Franz I., favorisiert.

Da aber auf Grund der geringen Macht der Befürworter der Wiederherstellung, der kleinen und mittleren deutschen Fürsten, nicht zu erwarten war, dass der Kaiser in Zukunft die Rechte erhalte, die diesen zu einem tatsächlichen Reichsoberhaupt machen würden, lehnte Franz die angebotene Kaiserwürde ab. Dementsprechend betrachteten Franz I. und sein Kanzler Metternich diese in der bisherigen Ausgestaltung nur als eine Bürde. Auf der anderen Seite wollte Österreich aber den Kaisertitel für Preußen oder einen anderen starken Fürsten nicht zulassen.

Der Wiener Kongress ging auseinander, ohne das Kaisertum erneuert zu haben. Daraufhin wurde am 8. Juni 1815 der Deutsche Bund als lockere Verbindung der deutschen Staaten gegründet. Österreich führte den Deutschen Bund bis 1866 als Präsidialmacht.

Verfassung des Reiches

Der Begriff der Verfassung des Heiligen Römischen Reiches ist nicht im heutigen staatsrechtlichen Sinne als einer festgeschriebenen formell-rechtlichen Gesamturkunde zu verstehen. Sie bestand vielmehr im Wesentlichen aus vielen durch lange Überlieferung und Ausübung gefestigten und praktizierten Rechtsnormen, die erst seit dem Spätmittelalter und verstärkt seit der Frühen Neuzeit durch schriftlich fixierte Grundgesetze ergänzt wurden.

Die Verfassung des Reiches, wie sie seit dem 17. Jahrhundert im Rahmen der (später so genannten) Reichspublizistik durch Staatsrechtler erörtert und definiert wurde, bestand also aus einem Konglomerat geschriebener und ungeschriebener Rechtsgrundsätze über Idee, Form, Aufbau, Zuständigkeiten und Handeln des Reiches und seiner Glieder. Da sich der stark föderative Charakter des Reiches verbunden mit einer Wahlmonarchie kaum in ein Schema pressen lässt, formulierte bereits der Staatsrechtler Johann Jakob Moser ausweichend über den Charakter der Reichsverfassung:

Teutschland wird auf teutsch regiert, und zwar so, daß sich kein Schulwort oder wenige Worte oder die Regierungsart anderer Staaten dazu schicken, unsere Regierungsart begreiflich zu machen[17]

Die Tatsache der föderalistischen Ordnung mit vielen Einzelregelungen wurde schon von Zeitgenossen wie Samuel Pufendorf kritisch untersucht, der 1667 in seinem unter dem Pseudonym Severinus von Monzambano veröffentlichten Werk *De statu imperii Germanici* das Reich als *systema monstrosum* und unglückliches „Mittelding“ zwischen Monarchie und Staatenbund charakterisierte. Zu seiner berühmt-berüchtigten Einschätzung der Reichsverfassung als „irregulär“ und „monströs“ gelangte er auf Grund der Erkenntnis, dass das Reich in seiner Form weder einer der aristotelischen Staatsformen zugeordnet werden kann noch den Begrifflichkeiten der Souveränitätstheorie gerecht wird.

Trotzdem war das Reich ein Staat mit einem Oberhaupt, dem Kaiser, und seinen Mitgliedern, den Reichsständen. Wie beschrieben war der ungewöhnliche Charakter des Reiches und seiner Verfassung den Staatsrechtlern des Reiches bewusst, weshalb versucht wurde dessen Charakter in der Theorie der „dualen“ Souveränität darzustellen. Nach dieser Theorie wurde das Reich von zwei Majestäten regiert. Auf der einen Seite war die *Majestas realis*, die von den Reichsständen ausgeübt wurde, und auf der anderen Seite die *Majestas personalis*, die des Erwählten Kaisers. Dieser verfassungstheoretisch erfasste Dualismus spiegelte sich auch in der häufig anzutreffenden Formulierung Kaiser und Reich wider. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern war dessen Oberhaupt eben nicht das Reich.

Gut 100 Jahre nach Pufendorf verteidigte Karl Theodor von Dalberg, der Erzbischof von Mainz, die Ordnung des Reiches mit den Worten:

... ein dauerhaftes gothisches Gebäude, das eben nicht nach allen Regeln der Baukunst errichtet ist, in dem man aber sicher wohnt.[18]

Grundgesetze

Die niedergeschriebenen Gesetze und Texte, die zur Reichsverfassung gezählt wurden, entstanden in verschiedenen Jahrhunderten und ihre Anerkennung als zur Verfassung gehörig war nicht einheitlich. Dennoch lassen sich einige dieser allgemein akzeptierten Grundgesetze benennen.

Die erste quasi-verfassungsrechtliche Regelung lässt sich im Wormser Konkordat von 1122 finden, mit dem der Investiturstreit endgültig beendet wurde. Die Festschreibung des zeitlichen Vorrangs der Einsetzung des Bischofs in das weltliche Amt durch den Kaiser vor der Einsetzung in das geistliche Amt durch den Papst eröffnete der weltlichen Macht eine gewisse Unabhängigkeit von der geistlichen Macht und ist damit ein erster Mosaikstein im Rahmen der jahrhundertlang andauernden Emanzipation des Staates, der hier jedoch noch kaum so genannt werden kann, von der Kirche.

Reichsintern entstand der erste verfassungsrechtliche Meilenstein gut 100 Jahre später. Die ursprünglich autonomen Stammesfürstentümer hatten sich im 12. Jahrhundert zu abhängigen Reichsfürstentümern gewandelt. Friedrich II. musste auf dem Reichstag in Worms 1231 im Statut zugunsten der Fürsten Münze, Zoll, Markt und Geleit sowie das Recht zum Burgen- und Städtebau an die Reichsfürsten abtreten. Darüber hinaus erkannte Friedrich II. auf selbigem Reichstag auch das Gesetzgebungsrecht der Fürsten an.

Als neben dem „Statut zugunsten der Fürsten“ wichtigste Verfassungsregelung ist sicherlich die Goldene Bulle von 1356 zu nennen, die die Grundsätze der Königswahl erstmals verbindlich regelte und damit Doppelwahlen, wie bereits mehrfach geschehen, vermied. Daneben wurden aber noch die Gruppe der Fürsten zur Wahl des Königs festgelegt und die Kurfürstentümer für unteilbar erklärt, um ein Anwachsen der Zahl der Kurfürsten zu vermeiden. Außerdem schloss sie päpstliche Rechte bei der Wahl aus und beschränkte das Fehderecht.

Als drittes Grundgesetz gelten die Deutschen Konkordate von 1447 zwischen Papst Nikolaus V. und Kaiser Friedrich III., in denen die päpstlichen Rechte und die Freiheiten der Kirche und der Bischöfe im Reich geregelt wurden. Dies betraf unter anderem die Wahl der Bischöfe, Äbte und Pröpste und deren Bestätigung durch den Papst, aber auch die Vergabe von kirchlichen Würden und die Eigentumsfragen nach dem Tod eines kirchlichen Würdenträgers. Die Konkordate bildeten eine wichtige Grundlage für die Rolle und Struktur der Kirche als

Reichskirche in den nächsten Jahrhunderten.

Der vierte dieser wichtigen Rechtsgrundsätze ist der Ewige Reichsfrieden, der am 7. August 1495 auf dem Reichstag zu Worms verkündet wurde und mit der Schaffung des Reichskammergerichts gesichert werden sollte. Damit wurde das bis dahin allgemein übliche adlige Recht auf Fehde verboten und versucht das Gewaltmonopol des Staates durchzusetzen. Bewaffnete Auseinandersetzungen und Selbsthilfe des Adels wurden für rechtswidrig erklärt. Vielmehr sollten nun die Gerichte der Territorien beziehungsweise des Reiches, wenn es Reichsstände betraf, die Streitigkeiten regeln und entscheiden. Der Bruch des Landfriedens sollte hart bestraft werden. So waren für die Brechung des Landfriedens die Reichsacht oder hohe Geldstrafen ausgesetzt.

Die Wormser Reichsmatrikel von 1521 kann als fünftes dieser „Reichsgrundgesetze“ betrachtet werden. In diesem wurden alle Reichsstände mit der Anzahl der für das Reichsheer zu stellenden Truppen und der Summe, die für den Unterhalt des Heeres gezahlt werden musste, erfasst. Trotz Anpassungen an die aktuellen Verhältnisse und kleinerer Änderungen war es die Grundlage der Reichsheeresverfassung.

Hinzu kommen eine Anzahl weiterer Gesetze und Ordnungen, wie der Augsburger Religionsfrieden vom 25. September 1555 mit der Reichsexekutionsordnung und die Ordnung des Reichshofrates sowie die jeweilige Wahlkapitulation, die in ihrer Gesamtheit die Verfassung des Reiches seit dem Beginn der Frühen Neuzeit prägten.

Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges wurden die Bestimmungen des Westfälischen Friedens nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden 1649 zum Ewigen Grundgesetz des Reiches erklärt. Neben den territorialen Veränderungen wurde in diesem Vertrag den Reichsterritorien endgültig die Landeshoheit zuerkannt und neben den Katholiken und Protestanten, die bereits im Augsburger Frieden als voll berechnete Konfessionen anerkannt wurden, den Calvinisten (Reformierten) ebenfalls dieser Status gewährt. Weiterhin wurden Bestimmungen über den Religionsfrieden und die konfessionell paritätische Besetzung von Reichsinstitutionen vereinbart.

Damit war die Herausbildung der Reichsverfassung im Wesentlichen abgeschlossen. Von den Staatsrechtsgelehrten wurden aber auch die verschiedenen Reichsfriedensverträge zur Verfassung des Reiches hinzugerechnet. Beispiele hierfür sind der Frieden von Nimwegen 1678/79 und der Frieden von Rijswijk 1697, in denen die Grenzen einiger Reichsteile geändert wurden. Hinzugerechnet wurden aber auch die verschiedenen Reichsabschiede, insbesondere der Jüngste Reichsabschied von 1654 und die Regelung über den Immerwährenden Reichstag von 1663.

Von heutigen Historikern wird gelegentlich der Reichsdeputationshauptschluss als letztes Grundgesetz des Reiches bezeichnet, da mit diesem eine vollkommen neue Grundlage der Reichsverfassung geschaffen wurde. Diese Zuordnung des Hauptschlusses wird aber nicht einheitlich verwendet, da dieser häufig als der Anfang vom Ende des Reiches angesehen wird, was eine Einordnung als Reichsgrundgesetz nicht rechtfertigt. Trotzdem so Anton Schindling in seiner Analyse der Entwicklungspotentiale des Hauptschlusses, solle die historische Analyse ihn als Chance eines neuen Reichsgrundgesetz für ein erneuertes Reich ernst nehmen.[19]

Herkommen und Gewohnheitsrecht

Der Staatsrechtler des 18. Jahrhunderts Beck definierte die auch in anderen Ländern üblichen und anerkannten Gewohnheitsrechte folgendermaßen:

Reichs-Observanz oder Herkommen nennt man diejenigen Rechte, welche nicht durch ausdrückliche Gesetze oder Verträge, sondern durch die Gewohnheit und den hergebrachten eingeführt worden sind, worauf sich aber doch die Reichsgesetze und Verträge selbst zum öfteren berufen.[20]

Einerseits handelt es sich um Rechte und Gewohnheiten, die niemals schriftlich festgehalten wurden, und auf der anderen Seite um Rechte und Gewohnheiten, die zu einer Änderung von niedergeschriebenen Gesetzen und Verträgen führten. So wurde die Goldene Bulle beispielsweise dahingehend geändert, dass die Krönung des Königs ab 1562 immer in Frankfurt durchgeführt wurde und nicht wie festgelegt in Aachen. Damit solches Handeln zum Gewohnheitsrecht wurde, musste dieses immer wiederkehrend und vor allem unwidersprochen durchgeführt werden. So waren beispielsweise die Säkularisationen der norddeutschen Bistümer durch die protestantisch gewordenen Landesfürsten in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts niemals gültiges Recht, da diesen mehrfach vom Kaiser widersprochen wurde. Aber auch durch Nichtanwendung von Regeln konnte Festgeschriebenes abgeschafft werden.

Von den Staatsrechtlern der damaligen Zeit wurde zwischen Herkommen, das die Staatsgeschäfte selbst betraf, dem „Reichsherkommen“, und dem Herkommen, wie man diese durchzuführen hatte, unterschieden. Zur ersten Gruppe gehörte die Vereinbarung, dass seit der Neuzeit nur ein Deutscher zum König gewählt werden konnte und dass der König seit 1519 eine Wahlkapitulation mit den Kurfürsten aushandeln musste. Aus altem Gewohnheitsrecht durften sich die vornehmsten Reichsstände mit dem Titelzusatz „von Gottes Gnaden“

versehen. Ebenso wurden deshalb die geistlichen Reichsstände als höher angesehen als ein weltlicher Reichsstand gleichen Ranges.

Zur zweiten Gruppe der Gewohnheitsrechte gehörte unter anderem die Einteilung der Reichsstände in drei Kollegien mit unterschiedlichen Rechten, die Durchführung des Reichstages und die Amtsführung der Erzämter.

Kaiser

Die mittelalterlichen Herrscher des Reiches sahen sich – in Anknüpfung an die spätantike Kaiseridee und die Idee der *Renovatio imperii*, der Wiederherstellung des römischen Reichs unter Karl dem Großen – in direkter Nachfolge der römischen Cäsaren und der karolingischen Kaiser. Sie propagierten den Gedanken der *Translatio imperii*, nach dem die höchste weltliche Macht, das Imperium, von den Römern auf die Deutschen übergegangen sei. Aus diesem Grunde verband sich mit der Wahl zum römisch-deutschen König auch der Anspruch des Königs, durch den Papst in Rom zum Kaiser gekrönt zu werden. Für die reichsrechtliche Stellung des Reichsoberhauptes war dies insofern von Belang, als er damit auch zum Oberhaupt der mit dem Reich verbundenen Gebiete, Reichsitaliens und des Königreichs Burgund, wurde.

Die Wahl zum König erfolgte zunächst – theoretisch – durch alle Freien des Reiches, dann durch alle Reichsfürsten, schließlich nur noch durch die wichtigsten Fürsten des Reiches, praktisch diejenigen, die als Rivale auftreten oder (Erzbischöfe) in anderer Weise dem König das Regieren unmöglich machen konnten. Der genaue Personenkreis war jedoch umstritten und mehrmals kam es zu Doppelwahlen, da sich die Fürsten nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten. Erst die Goldene Bulle legte 1356 den Kreis der Wahlberechtigten und das Mehrheitsprinzip verbindlich fest.

Seit Maximilian I. (1508) nannte sich der neu gewählte König „Erwählter Römischer Kaiser“, auf eine Krönung durch den Papst wurde fortan mit Ausnahme Karls V. verzichtet.

Umgangssprachlich und in der älteren Literatur wird die Bezeichnung deutscher Kaiser für die „Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ verwendet. Im 18. Jahrhundert wurden diese Bezeichnungen auch in offizielle Dokumente übernommen. Die neuere historische Literatur bezeichnet die Kaiser des Heiligen Römischen Reiches hingegen als Römisch-deutsche Kaiser, um sie von den römischen Kaisern der Antike einerseits und von den Deutschen Kaisern des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu unterscheiden.

Verfassungsrechtliche Rolle des Kaisers

Der Kaiser war das Reichsoberhaupt und oberster Lehnsherr. Wenn in frühneuzeitlichen Akten vom Kaiser die Rede ist, ist immer das Reichsoberhaupt gemeint. Ein eventuell zu Lebzeiten des Kaisers gewählter „Römischer König“ bezeichnete nur den Nachfolger und zukünftigen Kaiser. Solange der Kaiser noch lebte, konnte der König keine eigenen Rechte in Bezug auf das Reich aus seinem Titel ableiten. Gelegentlich wurden dem König, wie es Karl V. im Falle seiner Abwesenheit aus dem Reich bei seinem Bruder und römischen König Ferdinand I. tat, die Statthalterschaft und damit zumindest beschränkte Regierungsrechte übertragen. Der König übernahm nach dem Tode des Kaisers oder, wie im Falle Karls V., der Niederlegung der Krone ohne weitere Formalien die Herrschaft im Reich.

Der Titel des Kaisers impliziert spätestens seit der Frühen Neuzeit mehr Machtfülle, als tatsächlich in dessen Händen lag, und ist mit dem der antiken römischen Cäsaren und auch den mittelalterlichen Kaisern nicht vergleichbar. Er konnte tatsächlich nur im Zusammenwirken mit den Reichsständen, darunter insbesondere den Kurfürsten, politisch wirksam werden.

Rechtsgelehrte des 18. Jahrhunderts teilten die Befugnisse des Kaisers oft in drei Gruppen ein. Die erste Gruppe umfasste die sogenannten Komitialrechte (lateinisch *iura comitalia*), zu denen der Reichstag seine Zustimmung geben musste. Zu diesen Rechten gehörten alle wesentlichen Regierungshandlungen wie Reichssteuern, Reichsgesetze sowie Kriegserklärungen und Friedensschlüsse, die das ganze Reich betrafen.

Die zweite Gruppe umfasste die *iura caesarea reservata limitata*, die begrenzten kaiserlichen Reservatrechte, für deren Ausübung die Kurfürsten zustimmen mussten oder zumindest deren Billigung eingeholt werden musste. Zu diesen Rechten gehörte die Einberufung des Reichstags und die Erteilung von Münz- und Zollrechten.

Die dritte Gruppe umfasste die als *iura reservata illimitata* oder kurz *iura reservata* bezeichneten Rechte, die der Kaiser ohne Zustimmung der Kurfürsten im gesamten Reich ausüben konnte und deren Wahrnehmung nur an die Grenzen des geltenden Verfassungsrechts, wie der Wahlkapitulationen und der Rechte der Reichsstände, geknüpft war. Die wichtigsten dieser Rechte waren das Recht, Hofräte zu ernennen, dem Reichstag eine Tagesordnung vorzulegen, Standeserhöhungen vorzunehmen. Daneben gab es einige weitere Rechte, die für die Reichspolitik weniger wichtig waren, wie beispielsweise das Recht akademische Grade zu verleihen und uneheliche Kinder zu legitimieren.

Die Zusammensetzung der kaiserlichen Rechte veränderte sich im Laufe der Frühen Neuzeit immer mehr in Richtung der zustimmungspflichtigen Rechte. So war das Recht die Reichsacht zu verhängen ursprünglich ein Reservatrecht, war am Ende aber der Zustimmung des Reichstages unterworfen, wurde also zu einem Komitialrecht.

Reichsstände

Als Reichsstände bezeichnet man diejenigen reichsunmittelbaren Personen oder Korporationen, die Sitz und Stimme im Reichstag hatten. Sie waren keinem Landesherrn untertan und entrichteten ihre Steuern an das Reich. Zu Beginn der Frühen Neuzeit hatte sich der Umfang der Reichsstandschaft endgültig herausgebildet.

Neben den Unterschieden der Reichsstände entsprechend ihrem Range unterscheidet man außerdem zwischen geistlichen und weltlichen Reichsständen. Diese Unterscheidung ist insofern wichtig, als im Heiligen Römischen Reich geistliche Würdenträger, wie Erzbischöfe und Bischöfe, auch Landesherrn sein konnten. Neben der Diözese, in der der Bischof das Oberhaupt der Kirche bildete, regierte er oft auch über einen Teil des Diözesangebietes und war in diesem gleichzeitig der Landesherr. Dieses Gebiet wurde als Hochstift, bei Erzbischöfen als Erzstift, bezeichnet. Hier erließ er Verordnungen, zog Steuern ein, vergab Privilegien wie ein weltlicher Landesherr auch. Um diese Doppelrolle als geistliches und weltliches Oberhaupt zu verdeutlichen, wird solch ein Bischof auch als Fürstbischof bezeichnet. Erst diese weltliche Rolle der Fürstbischöfe begründete deren Zugehörigkeit zu den Reichsständen.

Kurfürsten

Die Kurfürsten waren eine durch das Recht der Wahl des römisch-deutschen Königs hervorgehobene Gruppe von Reichsfürsten. Sie galten als die „Säulen des Reiches“. Das Kurfürstenkolleg vertrat gegenüber dem Kaiser das Reich und handelte als des Reiches Stimme. Das Kurkolleg war das *cardo imperii*, das Scharnier zwischen Kaiser und Reichsverband. Die weltlichen Kurfürsten hatten die Reichsämtner inne, die sie während der Krönungsfeierlichkeiten eines neuen Königs beziehungsweise Kaisers ausübten.

Das Kurkollegium bildete sich im Spätmittelalter heraus und wurde durch die Goldene Bulle im Jahre 1356 auf sieben Fürsten festgeschrieben. Es gab die drei geistlichen Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier und die vier weltlichen Kurfürsten, den König von Böhmen, den Markgraf von Brandenburg, den Pfalzgraf bei Rhein und den Herzog von Sachsen.

Kaiser Ferdinand II. übertrug 1632 die pfälzische Kur auf das Herzogtum Bayern. Im Westfälischen Frieden wurde die pfälzische Kur als achte erneut eingerichtet und 1692 erhielt das Herzogtum Braunschweig-Lüneburg eine neunte Kur, die aber erst 1708 durch den Reichstag bestätigt wurde.

Der König von Böhmen spielte eine besondere Rolle, da er sich seit den Hussitenkriegen nur noch an den Königswahlen, aber nicht mehr an den anderen Tätigkeiten des Kurkollegs beteiligte. Erst seit der „Readmission“ von 1708 änderte sich dies wieder.

Durch ihr exklusives Wahlrecht, die von ihnen allein ausgehandelte Wahlkapitulation des Kaisers und durch die von ihnen ausgeübte und verteidigte Vorrangstellung gegenüber den anderen Reichsfürsten bestimmten die Kurfürsten die Reichspolitik besonders bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges entscheidend mit. Sie trugen bis in die 1630er Jahre Verantwortung für das Reich als Ganzes. Ab da wurde der exklusive Führungsanspruch durch die anderen Reichsstände bestritten und bekämpft. Seit den 1680er Jahren gelang es, den Reichstag als Ganzes aufzuwerten, so dass der Einfluss des Kurfürstenkollegs zwar stark zurückging, aber trotzdem das erste und wichtigste Gremium des Reichstages blieb.

Reichsfürsten

Der Stand der Reichsfürsten hatte sich im Hochmittelalter herausgebildet und umfasste alle die Fürsten, die ihr Lehen nur und unmittelbar vom König bzw. Kaiser erhalten hatten. Es bestand also eine lehnsrechtliche Reichsunmittelbarkeit. Hinzu kamen aber auch Fürsten, die durch Standeserhebungen oder schlicht durch Gewohnheitsrecht zu den Reichsfürsten gezählt wurden. Zu den Reichsfürsten zählten Adlige, die über unterschiedlich große Territorien herrschten und unterschiedliche Titel trugen. Die Reichsfürsten gliederten sich genauso wie die Kurfürsten in eine weltliche und eine geistliche Gruppe.

Nach der Reichsmatrikel von 1521 zählten zu den geistlichen Reichsfürsten die vier Erzbischöfe von Magdeburg, Salzburg, Besançon und Bremen und 46 Bischöfe. Diese Zahl verringerte sich bis 1792 auf die beiden Erzbischöfe von Salzburg und Besançon und 22 Bischöfe.

Entgegen der Anzahl der geistlichen Reichsfürsten, die sich bis zum Ende des Reiches um ein Drittel reduzierte, erhöhte sich die Anzahl der weltlichen Reichsfürsten auf mehr als das

Doppelte. Die Wormser Reichsmatrikel von 1521 zählte noch 24 weltliche Reichsfürsten. Ende des 18. Jahrhunderts werden hingegen 61 Reichsfürsten aufgeführt.

Auf dem Augsburger Reichstag von 1582 wurde die Erhöhung der Anzahl der Reichsfürsten durch dynastische Zufälle eingeschränkt. Die Reichsstandschaft wurde an das Territorium des Fürsten gebunden. Erlösch eine Dynastie, übernahm der neue Territorialherr die Reichsstandschaft; im Falle von Erbteilungen übernahmen sie die Erben gemeinsam.

Die Reichsfürsten bildeten auf dem Reichstag den Reichsfürstenrat, auch Fürstenbank genannt. Diese war entsprechend der Zusammensetzung der Fürstenschaft in eine geistliche und eine weltliche Bank geteilt. Durch die Bindung des Reichsfürstenstandes an die Herrschaft über ein Territorium war die Anzahl der Stimmen nach der Reichsmatrikel bestimmt und bildete die Grundlage für die Stimmberechtigung im Reichstag. War ein weltlicher oder geistlicher Fürst Herr über mehrere Reichsterritorien, so verfügte er auch über die dementsprechende Anzahl von Stimmen.

Die größeren der Fürsten waren an Macht und Größe der regierten Territorien zumindest den geistlichen Kurfürsten überlegen und forderten deshalb seit dem zweiten Drittel des 17. Jahrhunderts eine politische und zeremonielle Gleichstellung der Reichsfürsten mit den Kurfürsten.

Reichsprälaten

Neben den zu den Reichsfürsten gehörenden Erzbischöfen und Bischöfen bildeten die Vorsteher der reichsunmittelbaren Klöster und Kapitel einen eigenen Stand innerhalb des Reiches. Der Stand der Reichsprälaten bestand somit aus den Reichsäbten, Reichspröpsten und Reichsäbtissinnen. Die Reichsmatrikel von 1521 erfasste 83 Reichsprälaten, deren Anzahl sich bis 1792 durch Mediatisierungen, Säkularisationen, Abtretungen an andere europäische Staaten und Erhebungen in den Fürstenstand auf 40 verringerte. Auch der Austritt der Schweizer Eidgenossenschaft trug zur Verringerung der Zahl der Reichsprälaten bei, da unter anderem St. Gallen, Schaffhausen und Einsiedeln und damit deren Klöster nicht mehr zum Reich gehörten. Die Gebiete der Reichsprälaten waren oft sehr klein – manchmal umfassten sie nur wenige Gebäude – und konnten sich nur mit Mühe dem Zugriff der umliegenden Territorien entziehen, was auch nicht immer auf Dauer gelang.

Die meisten Reichsprälaturen lagen im Südwesten des Reiches. Durch die geografische Nähe zueinander entwickelte sich ein Zusammenhalt, der sich in der Gründung des Schwäbischen Reichsprälatenkollegiums 1575 abbildete und in der Folge noch stärker wurde. Dieses Kollegium bildete auf den Reichstagen eine geschlossene Gruppe und besaß eine Kuriatsstimme, die einer Stimme eines Reichsfürsten gleichgestellt war. Alle anderen Reichsprälaten bildeten das Rheinische Reichsprälatenkollegium, das auch eine eigene Stimme besaß, aber aufgrund der größeren geografischen Verteilung seiner Mitglieder nie den Einfluss des schwäbischen Kollegiums erreichte.

Reichsgrafen

Diese Gruppe war die zahlenmäßig größte unter den Reichsständen und vereinigte diejenigen Adligen, denen es nicht gelungen war ihren Besitz in ein Königslehen umzuwandeln, da die Grafen ursprünglich nur Verwalter von Reichseigentum bzw. Stellvertreter des Königs in bestimmten Gebieten waren. Trotzdem verfolgten die Grafen wie die größeren Fürsten das Ziel, ihren Besitz in einen Territorialstaat umzuwandeln. Faktisch waren sie schon seit dem Hochmittelalter Landesherren und wurden auch gelegentlich in den Reichsfürstenstand erhoben, wie man an dem Beispiel der größten Grafschaft Württemberg sieht, die 1495 zum Herzogtum erhoben wurde.

Die zahlreichen, zumeist kleinen reichsunmittelbaren Gebiete der Reichsgrafen – die Reichsmatrikel von 1521 zählt 143 Grafen auf – trugen sehr stark zum Eindruck der Zersplitterung des Reichsgebietes bei. In der Liste von 1792 tauchen immerhin noch fast 100 Reichsgrafen auf, was trotz zahlreicher Mediatisierungen und dem Erlöschen von Adelsgeschlechtern auf den Umstand zurückzuführen ist, dass im Laufe der Frühen Neuzeit zahlreiche Personen in den Reichsgrafenstand erhoben wurden, die aber nicht mehr über reichsunmittelbares Gebiet verfügten

Reichsstädte

Die Reichsstädte bildeten eine politische und rechtliche Ausnahme, da sich in diesem Fall die Reichsstandschaft nicht auf eine Einzelperson bezog, sondern auf die Stadt als Ganzes, die vom Rat vertreten wurde. Von den anderen Städten des Reiches hoben sie sich ab, dass sie nur den Kaiser als Herrn hatten. Rechtlich waren sie den anderen Reichsterritorien gleichgestellt. Allerdings besaßen nicht alle reichsunmittelbaren Städte Sitz und Stimme im Reichstag und damit die Reichsstandschaft. Von den 1521 in der Reichsmatrikel erwähnten 86 Reichsstädten konnten sich nur drei Viertel die Mitgliedschaft im Reichstag sichern. Bei den anderen war die Reichsstandschaft umstritten beziehungsweise niemals gegeben. So

konnte Hamburg beispielsweise seinen Sitz im Reichstag erst 1770 einnehmen, da Dänemark die gesamte Frühe Neuzeit über diesen Status bestritten hatte und dieser erst 1768 im Vertrag von Gottorp endgültig festgestellt wurde.

Die Wurzeln der frühneuzeitlichen Reichsstädte lagen einerseits in den mittelalterlichen Stadtgründungen der römisch-deutschen Könige und Kaiser, die dann als des Reichs Städte angesehen wurden und nur dem Kaiser untertan waren. Auf der anderen Seite gab es Städte, die sich im Spätmittelalter, verstärkt seit dem Investiturstreit, aus der Herrschaft eines meist geistlichen Stadtherren befreien konnten. Diese als „Freie Städte“ bezeichneten Städte hatten im Gegensatz zu den Reichsstädten keine Steuern und Heeresleistungen an den Kaiser zu entrichten.

Seit 1489 bildeten die Reichsstädte und die Freien Städte das Reichsstädtekollegium und wurden unter dem Begriff „Freie- und Reichsstädte“ zusammengefasst. Im Sprachgebrauch verschmolz diese Formel im Laufe der Zeit zur „Freien Reichsstadt“.

Bis zum Jahre 1792 nahm die Zahl der Reichsstädte auf 51 ab. Nach dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 blieben als Reichsstädte sogar nur noch die Städte Hamburg, Lübeck, Bremen, Frankfurt, Augsburg und Nürnberg übrig. Die Rolle und Bedeutung der Städte nahm seit dem Mittelalter ebenfalls immer mehr ab, da viele nur sehr klein waren und sich häufig dem Druck der umliegenden Territorien nur schwer widersetzen konnten.

Bei den Beratungen des Reichstages wurde die Meinung der Reichsstädte meist nur pro forma zur Kenntnis genommen, nachdem sich die Kurfürsten und die Reichsfürsten geeinigt hatten.

Weitere reichsunmittelbare Stände

Reichsritter

Der reichsunmittelbare Stand der Reichsritter gehörte nicht den Reichsständen an und fand auch keine Beachtung in der Reichsmatrikel von 1521. Die Reichsritter gehörten dem niederen Adel an und waren zu Beginn der Frühen Neuzeit als eigener Stand erkennbar. Zwar gelang ihnen nicht wie den Reichsgrafen die volle Anerkennung, jedoch konnten sie sich dem Zugriff der diversen Territorialfürsten widersetzen und ihre Reichsunmittelbarkeit bewahren.

Sie genossen den besonderen Schutz des Kaisers, blieben aber vom Reichstag ausgeschlossen und wurden auch nicht in die Reichskreisverfassung einbezogen. Ab dem Spätmittelalter schlossen sich die Reichsritter in Ritterbünden zusammen, die es ihnen erlaubten, ihre Rechte und Privilegien zu bewahren und ihre Pflichten gegenüber dem Kaiser zu erfüllen.

Deshalb organisierte sich die Reichsritterschaft ab der Mitte des 16. Jahrhunderts in insgesamt 15 Ritterorten, die wiederum, bis auf eine Ausnahme in drei Ritterkreisen zusammengefasst wurden. Die Ritterorte wurden seit dem 17. Jahrhundert nach dem Vorbild der Schweizer Eidgenossenschaft „Kantone“ genannt.

Seit 1577 fanden zwar als „Generalkorrespondenztage“ bezeichnete Zusammenkünfte der Reichsritterschaft statt, jedoch blieben die Kreise und besonders die Kantone auf Grund der starken territorialen Verankerung der Ritter wesentlich wichtiger.

Die Reichsritter wurden sehr häufig durch den Kaiser zu Kriegsdiensten herangezogen und gewannen dadurch einen sehr großen Einfluss im Militär und der Verwaltung des Reiches, aber auch auf die Territorialfürsten.

Reichsdörfer

Die Reichsdörfer wurden im Westfälischen Frieden von 1648 neben den anderen Reichsständen und der Reichsritterschaft anerkannt. Diese Überbleibsel der im 15. Jahrhundert aufgelösten Reichsvogteien waren zahlenmäßig gering und bestanden aus auf ehemaligen Krongütern gelegenen Gemeinden, Reichsflecken oder waren sogenannte Freie Leute. Sie besaßen die Selbstverwaltung und hatten die niedere, teilweise sogar die hohe Gerichtsbarkeit und unterstanden nur dem Kaiser.

Von den ursprünglich 120 urkundlich bekannten Reichsdörfern existierten im Jahre 1803 nur noch fünf, die im Rahmen des Reichsdeputationshauptschlusses mediatisiert, also benachbarten großen Fürstentümern zugeschlagen wurden.

Institutionen des Reiches

Reichstag

Der Reichstag war das bedeutendste und dauerhafteste Ergebnis der Reichsreformen des späten 15. und frühen 16. Jahrhunderts. Er entwickelte sich seit der Zeit Maximilians I. zur obersten Rechts- und Verfassungsinstitution, ohne dass es einen formellen Einsetzungsakt oder eine gesetzliche Grundlage gab. Im Kampf um eine stärker zentralistische oder stärker föderalistische Prägung des Reiches zwischen dem Kaiser und den Reichsfürsten entwickelte er sich zu einem der Garanten für den Erhalt des Reiches.

Bis 1653/54 trat der Reichstag in verschiedenen Reichsstädten zusammen und bestand seit 1663 als Immerwährender Reichstag in Regensburg. Der Reichstag durfte nur vom Kaiser einberufen werden, der aber seit dem Jahre 1519 verpflichtet war vor Versendung der „Ausschreiben“ genannten Einladungsschreiben die Kurfürsten um Zustimmung zu bitten. Der Kaiser hatte ebenfalls das Recht die Tagesordnung festzulegen, wobei er aber nur einen geringen Einfluss auf die tatsächlich diskutierten Themen hatte. Die Leitung des Reichstages hatte der Kurfürst von Mainz inne.

Der Reichstag konnte einige Wochen bis mehrere Monate dauern. Die Beschlüsse des Reichstages wurden in einem beurkundeten Dokument niedergelegt, dem Reichsabschied. Der letzte dieser Reichsabschiede war der Jüngste Reichsabschied (recessus imperii novissimus) aus dem Jahre 1653/54.

Die Permanenz des Immerwährenden Reichstags nach 1663 wurde nie formell beschlossen, sondern entwickelte sich aus den Umständen der Beratungen. Der Immerwährende Reichstag entwickelte sich aufgrund seiner Permanenz recht schnell zu einem reinen Gesandtenkongress, auf dem die Reichsstände nur sehr selten erschienen.

Da der Immerwährende Reichstag seit 1663 nicht formell beendet wurde, wurden seine Beschlüsse in Form sogenannter Reichsschlüsse niedergelegt. Die Ratifizierung dieser Beschlüsse wurde meist durch den Vertreter des Kaisers beim Reichstag, den Prinzipalkommissar, in Form eines „Kaiserlichen Commissions-Decrets“ durchgeführt.

Die Entscheidungen wurden in einem langwierigen und komplizierten Entscheidungs- und Beratungsverfahren getroffen. Wenn durch Mehrheits- oder einstimmigen Beschluss Entscheidungen in den jeweiligen Ständeräten getroffen waren, wurden die Beratungsergebnisse ausgetauscht und versucht dem Kaiser einen gemeinsamen Beschluss der Reichsstände vorzulegen. Auf Grund der immer schwerer werdenden Entscheidungsprozesse wurde auch versucht die Entscheidung mittels verschiedener Ausschüsse zu erleichtern.

Nach der Reformation und dem Dreißigjährigen Krieg bildeten sich in Folge der Glaubensspaltung im Jahre 1653 das Corpus Evangelicorum und später das Corpus Catholicorum. Diese versammelten die Reichsstände der beiden Konfessionen und berieten getrennt die Reichsangelegenheiten. Der Westfälische Frieden bestimmte nämlich, dass in Religionsangelegenheiten nicht mehr das Mehrheitsprinzip, sondern das Konsensprinzip gelten sollte.

Reichskreise

Die Reichskreise entstanden in Folge der Reichsreform am Ende des 15. Jahrhunderts beziehungsweise zu Beginn des 16. Jahrhunderts und der Verkündung des Ewigen Landfriedens in Worms im Jahre 1495. Sie dienten hauptsächlich der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Landfriedens durch den geographischen Zusammenhang seiner Mitglieder. Ausbrechende Konflikte sollten bereits auf dieser Ebene gelöst und über Störer des Landfriedens gerichtet werden. Außerdem verkündeten die Kreise die Reichsgesetze und setzten sie notfalls auch durch.

Die ersten sechs Reichskreise wurden auf dem Reichstag von Augsburg 1500 im Zusammenhang mit der Bildung des Reichsregiments eingerichtet. Sie wurden lediglich mit Nummern bezeichnet und setzten sich aus Reichsständen aller Gruppen, mit Ausnahme der Kurfürsten, zusammen.

Mit der Schaffung vier weiterer Reichskreise im Jahre 1512 wurden nun auch die österreichischen Erbländer und die Kurfürstentümer mit in die Kreisverfassung eingebunden. Außerhalb der Kreiseinteilung blieben bis zum Ende des Reiches das Kurfürstentum und Königreich Böhmen mit den zugehörigen Gebieten Schlesien, Lausitz und Mähren. Ebenso nicht eingebunden wurden die Schweizerische Eidgenossenschaft, die Reichsritterschaft, die Lehngebiete in Reichsitalien und einige Reichsgrafschaften und -herrschaften, wie beispielsweise Jever.

Reichskammergericht

Das Reichskammergericht wurde im Zuge der Reichsreform und der Errichtung des Ewigen Landfriedens im Jahre 1495 unter dem römisch-deutschen König Maximilian I. errichtet und hatte bis zum Ende des Reiches 1806 Bestand. Es war neben dem Reichshofrat das oberste Gericht des Reiches und hatte die Aufgabe ein geregeltes Streitverfahren an die Stelle von Fehden, Gewalt und Krieg zu setzen. Es ermöglichte als Appellationsgericht auch Prozesse von Untertanen gegen ihren jeweiligen Landesherrn.

Nach seiner Gründung am 31. Oktober 1495 hatte das Gericht seinen Sitz in Frankfurt am Main. Nach Zwischenstationen in Worms, Augsburg, Nürnberg, Regensburg, Speyer und Esslingen war es ab 1527 in Speyer und nach dessen Zerstörung infolge des Pfälzischen Erbfolgekrieges von 1689 bis 1806 in Wetzlar ansässig.

Nach den Beschlüssen des Reichstages von Konstanz im Jahre 1507 entsandten die Kurfürsten je einen von den insgesamt 16 Assessoren, also den Beisitzern des Gerichtes. Der römisch-deutsche König benannte für Burgund und Böhmen je zwei und jeder der im Jahre 1500 gebildeten Reichskreise durfte einen Beisitzer zum Reichskammergericht entsenden. Außerdem wurden die letzten beiden Sitze auf Vorschlag der Reichskreise durch den Reichstag gewählt, so dass die Assessoren des Reichskammergerichts zur Hälfte aus Vertretern der Reichskreise bestanden.

Auch als im Jahre 1555 die Anzahl der Beisitzer auf 24 erhöht wurde, blieb die Rolle der Reichskreise entsprechend ihrer Wichtigkeit für den Landfrieden erhalten. Seitdem durfte jeder Reichskreis einen ausgebildeten Juristen und einen Vertreter der Reichsritterschaft entsenden, also jetzt zwei Vertreter. Auch nach dem Westfälischen Frieden, in dem die Anzahl auf 50 erhöht wurde, und dem Jüngsten Reichsabschied wurde die Hälfte der Assessoren mit Vertretern der Reichskreise besetzt.

Durch die Einrichtung des Gerichtes wurde die oberste Richterfunktion des Königs und Kaisers aufgehoben und dem Einfluss der Reichsstände zugänglich. Dies war bei dem seit Anfang des 15. Jahrhunderts bestehenden königlichen Kammergericht nicht der Fall gewesen. Die erste Reichskammergerichtsordnung vom 7. August 1495 begründete Unser [also des Königs] und des Hailigen Reichs Cammergericht. Vom selben Tag datieren auch die Urkunden zum Ewigen Landfrieden, Handhabung Friedens und Recht und die Ordnung des Gemeinen Pfennigs, die alle zusammen den Erfolg der Reichsstände gegenüber dem Kaiser zeigen, was sich auch bei den Regelungen für das Gericht bezüglich Tagungsort, eine von der Residenz des Kaisers weit entfernte Reichsstadt, Finanzierung und personeller Zusammensetzung zeigte.

Die Partizipation der Stände an der Einrichtung und Organisation des Gerichtes hatte aber zur Folge, dass diese sich an der Finanzierung beteiligen mussten, da dessen Gebühren und sonstige Einnahmen dafür nicht ausreichten. Wie wichtig aber das Gericht den Ständen war, zeigt die Tatsache, dass mit dem Kammerzieler die einzige ständige Reichssteuer durch diese bewilligt wurde, nachdem der Gemeine Pfennig als allgemeine Reichssteuer 1507 im Reichsabschied von Konstanz scheiterte. Trotz festgelegter Höhe und Zahlungsstermine kam es aber immer wieder durch Zahlungsverzug beziehungsweise -verweigerung zu finanziellen Schwierigkeiten und auch noch im 18. Jahrhundert zu dadurch verursachten langen Unterbrechungen in der Arbeit des Gerichtes.

Reichshofrat

Der Reichshofrat war neben dem Reichskammergericht die oberste gerichtliche Instanz. Seine Mitglieder wurden allein vom Kaiser ernannt und standen diesem, zusätzlich zu den gerichtlichen Aufgaben, auch als Beratungsgremium und Regierungsbehörde zur Verfügung. Neben den Rechtsgebieten, die auch durch das Reichskammergericht behandelt werden konnten, gab es einige Streitfälle, die nur vor dem Reichshofrat verhandelt werden konnten. So war der Reichshofrat ausschließlich zuständig für alle Fälle, die Reichslehnsachen, inklusive Reichsitalien, und die kaiserlichen Reservatrechte betrafen.

Da sich der Reichshofrat im Gegensatz zum Reichskammergericht nicht streng an die damalige Gerichtsordnung halten musste und sehr oft auch davon abwich, waren Verfahren vor dem Reichshofrat im Allgemeinen zügiger und unbürokratischer. Außerdem beauftragte der Reichshofrat häufig örtliche, nicht am Konflikt beteiligte Reichsstände mit der Bildung einer „Kommission“, die die Vorgänge vor Ort untersuchen sollte.

Auf der anderen Seite überlegten sich protestantische Kläger oft, ob sie tatsächlich vor einem Gericht des Kaisers, der stets katholisch war und auch bis in 18. Jahrhundert nur Katholiken in den Reichshofrat berief, klagen wollten.

Reichsgebiet und Bevölkerung

Gebiet des Reiches

Zum Zeitpunkt der Entstehung des Reiches umfasste das Reichsgebiet etwa 470.000 Quadratkilometer und wurde nach groben Schätzungen um das Jahr 1000 von zehn und mehr Einwohnern pro Quadratkilometer bewohnt. Dabei ist das in der Antike zum Römischen Reich gehörende Gebiet im Westen dichter besiedelt als die Gebiete im Osten.

Bereits um die Mitte des 11. Jahrhunderts umfasste das Reich etwa 800.000 bis 900.000 Quadratkilometer und wurde von ungefähr acht bis zehn Millionen Menschen bewohnt. Über das gesamte Hochmittelalter wuchs die Bevölkerung auf schließlich geschätzte 12 bis 14 Millionen Ende des 13. Jahrhunderts an; im Zuge der Pestwellen und der Flucht vieler Juden nach Polen im 14. Jahrhundert kam es jedoch zu einem deutlichen Bevölkerungsrückgang. Es bestand seit 1032 aus dem Regnum Francorum (Ostfrankenreich), später auch Regnum Teutonicorum genannt, dem Regnum Langobardorum oder Regnum Italicum im heutigen Nord- und Mittelitalien und dem Königreich Burgund.

Der Prozess der Nationalstaatsbildung und dessen Institutionalisierung in den anderen europäischen Ländern wie Frankreich und England im Spätmittelalter und der beginnenden Neuzeit umfasste auch die Notwendigkeit, klar umrissene Außengrenzen zu besitzen, innerhalb derer der Staat präsent war. Im Mittelalter handelte es sich trotz der auf modernen Karten vermeintlich erkennbaren präzise definierten Grenzen um mehr oder minder breite Grenzsäume mit Überlappungen und verdünnter Herrschaftspräsenz der einzelnen Reiche. Seit dem 16. Jahrhundert kann man für die Reichsterritorien und die anderen europäischen Staaten im Prinzip eine fest umrissene Staatsfläche erkennen.

Das Heilige Römische Reich umfasste hingegen die ganze Frühe Neuzeit hindurch Gebiete mit einer engen Bindung an das Reich, Zonen mit verdünnter Präsenz des Reiches und Randbereiche, die sich gar nicht am politischen System des Reiches beteiligten, obwohl sie im Allgemeinen zum Reich gerechnet wurden. Die Reichszugehörigkeit definierte sich vielmehr aus der aus dem Mittelalter stammenden lehnsrechtlichen Bindung an den König bzw. Kaiser und den daraus folgenden rechtlichen Konsequenzen. Die Mitgliedschaft zum Lehnsverband und der Umfang der lehnsrechtlichen Bindung an den Herrscher waren selten eindeutig.

Ziemlich klar fassbar sind die Grenzen des Reiches im Norden auf Grund der Meeresküsten und entlang der Eider, die die Herzogtümer Holstein, das zum Reich gehörte, und Schleswig, das ein Lehen Dänemarks war, voneinander trennte. Im Südosten, wo die österreichischen Erblande der Habsburger mit Österreich unter der Enns, der Steiermark, Krain, Tirol und dem Hochstift Trient die Grenzen des Reiches markierten, sind die Grenzen auch klar erkennbar. Im Nordosten gehörten Pommern und Brandenburg zum Reich. Das Gebiet des Deutschen Ordens wird hingegen von den meisten heutigen Historikern nicht als zum Reich gehörig betrachtet, obwohl es deutsch geprägt war und schon 1226 vor seiner Gründung in der Goldbulle von Rimini als kaiserliches Lehen betrachtet wurde, das er mit Privilegien ausstattet, was natürlich sinnlos gewesen wäre, wenn er das Gebiet nicht als zum Reich zugehörig betrachtet hätte. Auch erklärte der Augsburger Reichstag von 1530 Livland zum Mitglied des Reiches und die Umwandlung des Ordensgebietes Preußen in ein polnisches Lehensherzogtum wurde vom Reichstag lange nicht akzeptiert.

Das Königreich Böhmen wird im Allgemeinen auf Karten als zum Reich zugehörig dargestellt. Dies ist insofern richtig, als Böhmen kaiserliches Lehnsgebiet war und der böhmische König, den es aber erst seit der Stauferzeit gab, den Kurfürsten angehörte. In der überwiegend tschechisch sprechenden Bevölkerung Böhmens war das Zugehörigkeitsgefühl zum Reich jedoch nicht stark ausgeprägt.

Im Westen und Südwesten des Reiches lassen sich kaum unstrittige Grenzen angeben. Sehr gut ist dies am Beispiel der Niederlande zu erkennen. Die habsburgischen Niederlande, die etwa das Gebiet des heutigen Belgien und der Niederlande umfassten, wurden durch den Burgundischen Vertrag von 1548 zu einem Gebiet mit verringerter Reichspräsenz gemacht, beispielsweise aus der Gerichtshoheit des Reiches entlassen, was aber keine endgültige Entlassung aus dem Reichsverband bedeutete. Nach dem Dreißigjährigen Krieg 1648 sahen sich die 13 nördlichen niederländischen Provinzen endgültig als nicht mehr zum Reich zugehörig und niemand widersprach.

Von Frankreich mehr oder minder allmählich aus dem Reichsverband gelöst wurden im 16. Jahrhundert die Hochstifte Metz, Toul und Verdun und im späten 17. Jahrhundert und frühen 18. Jahrhundert durch die „Reunionspolitik“ in Lothringen eigentlich reichsständische Gebiete. Dazu gehörte die Annexion der Reichsstadt Straßburg 1681. Das bereits aufgestellte Heer mit 40.000 Mann zur Befreiung der Stadt konnte nicht mehr eingreifen, da Truppen zur Türkenabwehr vor Wien gebraucht wurden.

Die Schweizer Eidgenossenschaft gehörte de jure seit 1648 nicht mehr zum Reich, aber bereits seit dem Frieden zu Basel 1499 hat die Eidgenossenschaft fast nicht mehr an der Reichspolitik teilgenommen. Trotzdem lässt sich die früher vertretene These nicht halten, der Frieden zu Basel habe de facto ein Ausscheiden der Eidgenossenschaft aus dem Reich

bedeutet, denn die eidgenössischen Orte verstanden sich weiterhin als ein Teil des Reichs.[21] Das südlich der Schweiz gelegene Savoyen gehörte juristisch gesehen sogar bis 1801 zum Reich, seine Zugehörigkeit zum Reich war aber schon längst gelockert.

Über die Gebiete Reichsitaliens, also das Großherzogtum Toskana, die Herzogtümer Mailand, Mantua, Modena, Parma und Mirandola, beanspruchte der Kaiser die Lehnshoheit, als deutsch empfanden sich diese Gebiete ebenso wenig, wie sie an der Reichspolitik teilnahmen. Sie nahmen nicht die Rechte eines Reichsmitgliedes in Anspruch, genauso unterwarfen sie sich aber auch nicht der Pflicht die entsprechenden Lasten zu tragen. Im Allgemeinen wurden solche als reichsfern bezeichneten Gebiete nicht als zum Reich gehörig anerkannt.

Bevölkerung

Das Reich wurde bewohnt von einer ethnisch vielfältigen Bevölkerung. Es umschloss neben deutschsprachigen Gebieten auch Bevölkerungsgruppen anderer Sprachen. Im Reich lebten nicht nur Deutsche mit ihren verschiedenartigen nieder-, mittel- und oberdeutschen Dialekten, sondern es wurde auch bevölkert von Menschen mit slawischen Sprachen und den Sprachen, aus denen sich das moderne Französisch und Italienisch entwickelte.

Und auch die Deutschen Sprachgebiete unterschieden sich aufgrund unterschiedlicher historischer Voraussetzungen erheblich: Nach der Zeit der Völkerwanderungen waren die östlichen Bereiche des später (im ausgehenden Mittelalter) deutschsprachigen Teils des Reichs hauptsächlich slawisch besiedelt, die westlichen überwiegend germanisch.

Im germanisch dominierten westlichen Bereich gab es vor allem im Süden auch noch keltische Einflüsse sowie Einflüsse des antiken Römischen Reiches. Diese Einflüssen waren regional sehr unterschiedlich. Im Laufe der Zeit mischten sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Besonders vielfältig war die ethnische Mischung im Bereich, der einst zum Gebiet des antiken Römischen Reiches gehörte (südwestlich des Limes), trotz Völkerwanderung waren hier teilweise ethnische Einflüsse aus unterschiedlichen Regionen des Römischen Reiches vorhanden.

Die östlichen Bereiche des deutschen Sprachraums wurden erst nach und nach Teil des Reiches, manche auch nie (z. B. Ostpreußen). Diese ehemals nahezu rein baltisch besiedelten Bereiche wurden in Folge der Ostsiedlung durch Siedler aus den westlichen Bereichen in unterschiedlichem Ausmaß germanisiert. In den meisten Bereichen vermischten sich baltische, slawische und germanische Bevölkerungsteile im Laufe der Jahrhunderte.

Über die Jahrhunderte veränderte sich die Bevölkerungsmischung im Heiligen Römischen Reich nahezu kontinuierlich z. B. durch Zu- und Abwanderung aus dem / ins Ausland und durch Wanderungsbewegungen innerhalb der Reichsgrenzen. Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurde teils eine gezielte Migrationspolitik betrieben, z. B. in Preußen, die zu erheblicher Zuwanderung in die betreffenden Gebiete führte.

Detaillierteres über die Bevölkerungsentwicklung im Heiligen Römischen Reich, siehe auch unter Ursprünge der Deutschen Bevölkerung und Deutsche im Mittelalter und in der frühen Neuzeit

Literatur

Gesamtdarstellungen

- Klaus Herbers, Helmut Neuhaus: Das Heilige Römische Reich – Schauplätze einer tausendjährigen Geschichte (843–1806). Böhlau-Verlag, Köln-Weimar 2005, ISBN 3-412-23405-2.
- Julia Haas: Die Reichstheorie in Pufendorfs „Severinus de Monzambano“: Monstrositätsthese und Reichsdebatte im Spiegel der politisch-juristischen Literatur von 1667 bis heute. Duncker & Humblot, Berlin 2006, ISBN 978-3-428-12315-5.
- Matthias Puhle/ Claus-Peter Hasse (Hrsg.): Heiliges Römische Reich Deutscher Nation 962–1806. Ausstellungskatalog. Band 1: Katalog. Band 2: Essays. Dresden 2006, ISBN 3-937602-68-2. (Gesamtausgabe)
- Katalog und Essayband im Schubert, ISBN 3-937602-59-3 (Katalog – Museumsausgabe).
- ISBN 3-937602-60-7 (Essays – Museumsausgabe).
- Christian Raap: Zur rechtlichen Struktur des Heiligen Römischen Reiches. In: Horst Fischer, Ulrike Froissart, Wolff Heintschel von Heinegg, Christian Raap (Hrsg.):

Krisensicherung und Humanitärer Schutz – Crisis Management and Humanitarian Protection: Festschrift für Dieter Fleck, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2004, S. 477–487, ISBN 3-8305-0568-X.

- Gerhard Hartmann: Die Kaiser des Heiligen Römischen Reiches. Marix-Verlag, Wiesbaden 2008, ISBN 3-86539-938-X.

Mittelalter

- Heinz Angermeier: Reichsreform 1410–1555. München 1984, ISBN 3-406-30278-5.
- Johannes Fried: Der Weg in die Geschichte. Die Ursprünge Deutschlands bis 1024. Berlin 1998 (zuerst 1994), ISBN 3-548-26517-0.
- Karl-Friedrich Krieger: König, Reich und Reichsreform im Spätmittelalter (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Band 14). München 2005, ISBN 3-486-57670-4.
- Malte Prietzel: Das Heilige Römische Reich im Spätmittelalter. Darmstadt 2004, ISBN 3-534-15131-3.
- Ernst Schubert: König und Reich. Studien zur spätmittelalterlichen deutschen Verfassungsgeschichte (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 63). Göttingen 1979. (wichtiges Standardwerk)
- Hans K. Schulze: Grundstrukturen der Verfassung im Mittelalter, Bd. 3. Stuttgart u. a. 1998, ISBN 3-17-013053-6. (gutes Überblickswerk)
- Bernd Schneidmüller, Stefan Weinfurter (Hrsg.): Die Deutschen Herrscher des Mittelalters. München 2003, ISBN 3-406-50958-4.
- Bernd Schneidmüller, Stefan Weinfurter (Hrsg.): Heilig – Römisch – Deutsch. Das Reich im mittelalterlichen Europa. Internationale Tagung zur 29. Ausstellung des Europarates und Landesausstellung Sachsen-Anhalt. Dresden 2006.
- Bernd Schneidmüller: Die Kaiser des Mittelalters. Von Karl dem Grossen bis Maximilian I. C. H. Beck, München 2006, ISBN 3-406-53598-4.
- Stefan Weinfurter: Das Reich im Mittelalter. C.H. Beck, München 2008.

Frühe Neuzeit

- Karl Otmar von Aretin: Das Alte Reich 1648–1806, 4 Bde. Stuttgart 1993–2000, ISBN 3-608-91043-3.
- Peter Claus Hartmann: Das Heilige Römische Reich deutscher Nation in der Neuzeit 1486–1806. Stuttgart 2005, ISBN 3-15-017045-1. (sehr informativer Kurzüberblick über das Reich und seine Institutionen)
- Axel Gotthard: Das Alte Reich 1495–1806. Darmstadt 2003, ISBN 3-534-15118-6.
- Edgar Liebmann: Das Alte Reich und der napoleonische Rheinbund. In: Peter Brandt, Martin Kirsch, Arthur Schlegelmilch (Hrsg.): Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel. Bd. 1: Um 1800., Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2006, S. 640-683, ISBN 978-3-8012-4140-7.
- Helmut Neuhaus: Das Reich in der frühen Neuzeit. Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Band 42. München 2003, ISBN 3-486-56729-2. (enzyklopädischer Teil und zusätzlich ausführlicher Überblick über die aktuelle Forschung)
- Georg Schmidt: Geschichte des Alten Reiches. Staat und Nation in der Frühen Neuzeit 1495–1806. München 1999, ISBN 3-406-45335-X.
- Anton Schindling, Walter Ziegler (Hrsg.): Die Kaiser der Neuzeit 1519–1806. München 1990, ISBN 3-406-34395-3.
- Barbara Stollberg-Rilinger: Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Vom Ende des Mittelalters bis 1806. C. H. Beck, 4., durchgesehene Auflage München 2009, ISBN 978-3-406-53599-4.

Anmerkungen

1. ↑ Vgl. Dietmar Willoweit: Deutsche Verfassungsgeschichte. Vom Frankenreich bis zur Wiedervereinigung Deutschlands, 6. Aufl., München 2009, § 13 IV, § 15 I 2, § 21 I 2 und § 22 II 2.
2. ↑ Vgl. Dietmar Willoweit: Deutsche Verfassungsgeschichte. Vom Frankenreich bis zur Wiedervereinigung Deutschlands, 6. Aufl., München 2009, § 22 I.
3. ↑ Ernst Hinrichs, Roland Krebs, Ute van Runset (Hrsg.): „Pardon, mon cher Voltaire ...“ Drei Essays zu Voltaire in Deutschland. (= Kleine Schriften zur Aufklärung. Band 5)

Wallstein Verlag, Wolfenbüttel 1996, ISBN 3-89244-084-0, S. 57.

4. ↑ Vgl. Peter Moraw, Heiliges Reich. In: Lexikon des Mittelalters. Bd. 4, Sp. 2025–2028.
5. ↑ Vgl. Friedrich Heer, Der Kampf um die österreichische Identität. 3. Auflage, Wien 2001, ISBN 3-205-99333-0, S. 27f
6. ↑ man findet in den Quellen viele weitere Kurzbezeichnungen, wie H. Reich, Heyl. Röm. Reich oder einfach nur Reich, die moderne Abkürzung HRR ist jedoch nicht anzutreffen
7. ↑ eine genaue Beschreibung des Siegels befindet sich auf Wikisource in Die Siegel der Deutschen Kaiser und Könige, Siegel Ottos I., Nr. 5
8. ↑ zitiert nach Matthias Becher in Die Deutschen Herrscher des Mittelalters. S. 156
9. ↑ Fritz Hartung zitiert nach Gotthard, S. 96f
10. ↑ Schmidt, S. 181
11. ↑ Gotthard, S. 107
12. ↑ Cicely Veronica Wedgwood: Der 30-jährige Krieg. 8. Auflage. München 1995, ISBN 3-471-79210-4, S. 457
13. ↑ zitiert nach Ernst Kubin: Die Reichskleinodien. Ihr tausendjähriger Weg. Wien und München 1991, ISBN 3-85002-304-4, S. 129
14. ↑ zitiert nach Kubin, S. 131
15. ↑ a b Erklärung des Kaisers Franz II. über die Niederlegung der deutschen Kaiserkrone, in: Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Reichsverfassung in Mittelalter und Neuzeit, bearbeitet von Karl Zeumer, S. 538–539, hier S. 538. (Volltext im Wikisource-Projekt)
16. ↑ zitiert nach Kubin, S. 156
17. ↑ zitiert nach Hartmann S. 39
18. ↑ zitiert nach Uwe Wesel, Geschichte des Rechts. Von den Frühformen bis zur Gegenwart, München 2001
19. ↑ War das Scheitern des Alten Reiches unausweichlich? In: Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation 962–1806. Ausstellungskatalog. Band 2, S. 315
20. ↑ zitiert nach Hartmann S. 46
21. ↑ Vgl. Eintrag Basel, Frieden von (1499) im historischen Lexikon der Schweiz

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Sønderjylland

Sønderjylland oder Südjütland ist die dänische Bezeichnung für das ehemalige Herzogtum Schleswig, wie sie im Hochmittelalter und wieder seit dem 19. Jahrhundert verwendet wurde.

Geschichte

Jütland war im Frühmittelalter in einen nördlichen (nördlich der Königsau) und südlichen Landesteil (südlich der Königsau) eingeteilt, die beide eigene Landstinge besaßen. Südjütland

bestand aus den drei Syssele Barved, Ellum und Idstedt, seine Thingstätte befand sich in Urnehoved bei Bjolderup.

Parallel zur Bezeichnung Südjütland kam bereits im 10. Jahrhundert die Version Schleswig auf, die sich beispielsweise in der Namensgebung der zwischen Schlei und Eider gelegenen Mark Schleswig findet, die von 934 bis 1025 Teil des Stammesherzogtums Sachsen war und von 962 bis 1025 unter den Kaisern Otto I., Otto II., Otto III., Heinrich II. und Konrad II. die nördliche Grenzmark des Heiligen Römischen Reiches bildete.[1] Im 12. Jahrhundert nahm der letzte Jarl Knud Lavard den Titel Herzog (dux Jucie) an.[2]

Bis 1500 wurden die Begriffe Schleswig und Südjütland rund 500 Jahre synonym auf deutsch und dänisch gebraucht, doch wurde das Herzogtum bereits seit der Herrschaft der Schauenburger Herzöge Ende des 14. Jahrhunderts überwiegend nach seiner Residenzstadt Schleswig[3] und seit 1500 schließlich nur noch als Schleswig oder Slesvig[4] bezeichnet.

Im Zuge des aufkommenden Nationalismus im 19. Jahrhundert wurde der Begriff Südjütland von dänischer Seite wieder verwendet.

Schleswig bzw. Sønderjylland wurde 1920 nach zwei getrennten Volksabstimmungen in das dänische Nord- und das deutsche Südschleswig geteilt: der Süden bildet als Landesteil Schleswig heute mit Holstein das Bundesland Schleswig-Holstein, Nordschleswig bildete bis 2006 das Sønderjyllands Amt und ging 2007 in der neuen Region Süddänemark auf.

1997 wurde die Europaregion Sønderjylland/Schleswig gegründet, in der auf deutscher Seite die kreisfreie Stadt Flensburg und die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland und auf dänischer Seite die Kommunen Apenrade, Sonderburg, Tønder und Haderslev der Region Syddanmark vertreten sind.

Heute verwenden sowohl die deutsche als auch die dänische Seite weiterhin parallel jeweils die Begriffe Schleswig bzw. Sønderjylland, meinen in der Regel jedoch lediglich nur einen Teil des ehemaligen Herzogtums. Als Schleswig wird der heute deutsche, südliche Teil des Herzogtums, als Sønderjylland wird das ehemalige Amt, also der nördliche, heute dänische Teil des Herzogtums bezeichnet, obgleich beide Begriffe im Prinzip denselben geographischen Raum abdecken.

Quellen

- ↑ Zeitleiste Schlesiws
- ↑ Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte, Herzog
- ↑ Carsten Porskrog Rasmussen: De slesvigske hertuger, Aabenraa 2005, Seite 13
- ↑ Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte - Sønderjylland

Literatur

- Robert Bohn: Geschichte Schleswig-Holsteins, Verlag C.H. Beck, München 2006, ISBN 978-3-406-50891-2
- Brandt, Otto und Klüver, Wilhelm: Geschichte Schleswig-Holsteins – Ein Grundriss, 8. Auflage, Kiel 1981

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Herzogtum Holstein

Das Herzogtum Holstein entstand 1474 aus der norddeutschen Grafschaft Holstein, als der dänische König Christian I., der in Personalunion auch Herzog von Schleswig und Graf von Holstein war, beim Römischen Kaiser Friedrich III. die Erhebung Holsteins zum unmittelbaren Reichslehen erreichte und selbst mit dem neu entstandenen Herzogtum belehnt wurde.

Geschichtlicher Überblick

15. bis 17. Jahrhundert

Christian I. hatte schon 1460 im Vertrag von Ripen den Grundsatz der Untrennbarkeit von Schleswig und Holstein anerkennen müssen, und so bildete sich die geschichtliche Einheit der beiden Territorien heraus, die schon zuvor in vielerlei Hinsicht verbunden gewesen waren. Dennoch blieb die Eidergrenze von Bedeutung, da Schleswig weiterhin ein dänisches Lehen war, Holstein dagegen nach wie vor ein deutsches und somit Bestandteil des Heiligen Römischen Reiches blieb.

Nach einer ähnlichen Erbteilung zwischen 1490 und 1524 wurden im Jahre 1544 die Herzogtümer Schleswig und Holstein von Christian III. in drei Anteile geteilt, die sich wie ein Flickenteppich über die beiden Territorien verteilten: in einen königlichen dänischen Anteil und in je einen herzoglichen Anteil für seine beiden Halbbrüder, die die Nebenlinien Schleswig-Holstein-Hadersleben und Schleswig-Holstein-Gottorf begründeten.

Mit der Erhebung Holsteins zum Herzogtum war auch der Anspruch verbunden, die Bauernrepublik Dithmarschen als Teil des Territoriums zu betrachten, die endgültige Unterwerfung des Gebietes gelang aber erst 1559. Bereits 1580 starb die Linie Hadersleben aus, ihre Gebiete wurden auf die beiden anderen Linien aufgeteilt.

18. bis 19. Jahrhundert

Im Vorfeld des Großen Nordischen Krieges entfremdeten sich die königliche Linie und die herzogliche Linie Gottorf voneinander, so dass 1713 Dänemark den herzoglichen Anteil Schlesiws besetzte und von da an Schleswig wieder vereinigt in königlich dänischer Hand war, während die Linie Gottorf auf ihre Besitzungen in Holstein beschränkt wurde. Durch eine Personalunion des Gottorfer Herzog-, mit dem russischen Zarentitel begann die sogenannte Großfürstliche Zeit.

Im Zuge des Gebietstausches im Vertrag von Zarskoje Selo 1773 erhielt der dänische König auch die bis dahin nicht von ihm kontrollierten Anteile des Herzogtums Holstein. Zwischen 1806 und 1815 gehörte Holstein staatsrechtlich zu Dänemark, danach auch zum Deutschen Bund. Als Volksvertretung waren ab 1831 Provinzialstände mit Sitz in Itzehoe eingerichtet.

Mit der Besetzung der beiden Herzogtümer durch Truppen des Deutschen Bundes 1864 im deutsch-dänischen Krieg gingen diese für Dänemark verloren. Nach dem Deutschen Krieg 1866 wurden sie 1867 als Provinz Schleswig-Holstein in den preußischen Staat eingegliedert.

Gegenwart

Heute ist das Gebiet des früheren Herzogtums ein Teil des Bundeslandes Schleswig-Holstein, zum heutigen Landesteil Holstein gehören noch zusätzlich Gebiete der ehemals eigenständigen Freien Stadt Lübeck, des Fürstentums Lübeck und des Herzogtums Lauenburg. Die bis dahin holsteinische Stadt Altona und andere kleinere Gemeinden gehören seit dem Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 (das zugleich Lübeck Holstein zuschlug) zur Hansestadt Hamburg.

Literatur

- Robert Bohn: Geschichte Schleswig-Holsteins, München 2006 (Verlag C.H. Beck) ISBN 978-3406508912

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Vertrag von Ripen

Der Vertrag von Ripen (historisch korrekt die Handfeste, dem dänischen "håndfæstning" entlehnt, oder Wahlkapitulation, früher fälschlich und emotionalisierend als Privileg bezeichnet) von 1460 regelte u. a. die Herrschaft über das Herzogtum Schleswig und die Grafschaft Holstein.

Die Erbfolge in Holstein

Nachdem Adolf VIII., als Graf von Holstein und Herzog von Schleswig, am 4. Dezember 1459 kinderlos verstarb, war die Nachfolge bezüglich Holsteins nicht geregelt. Da das Herzogtum Schleswig ein dänisches Lehen war, fiel es automatisch an den dänischen König – zu dieser Zeit Christian I. – zurück. Die Grafschaft Holstein hingegen war ein deutsches Lehen, so dass es die Aufgabe des deutschen Königs – zu dieser Zeit Kaiser Friedrich III. – gewesen wäre, einen neuen Grafen einzusetzen. Friedrich III. hielt sich aber hier völlig heraus.

Das Interesse der schleswig-holsteinischen Ritterschaft

Die in beiden Landen ansässige und eng miteinander verbundene Ritterschaft übernahm nun die Initiative. Sie war an einer dauerhaften Regelung interessiert und wollte neue Konflikte vermeiden. Die letzte schauenburgische Linie Holstein-Pinneberg war von der Erbfolge in Schleswig ausgeschlossen (Schleswig wäre als dänisches Lehen wieder an Dänemark gefallen) und kam daher aus Sicht der Ritterschaft nicht in Frage. König Christian I. von Dänemark als Oldenburger und Neffe des Verstorbenen schien für die Ritterschaft und Prälaten für beide Länder der richtige Kandidat zu sein. Längst hatte sich der Adel beider Lande vereinigt und war auch in Dänemark mit großen Gütern vertreten. Die Verbindung Schleswigs, Holsteins und Dänemarks unter einem Herrscher war zudem gut geeignet, um ein Wiederaufflammen des Konflikts verschiedener Mächte zwischen Ost- und Nordsee zu verhindern. Christian berief 1460 eine Versammlung in Ripen ein, auf der er am 2. März entgegen dem Salischen Recht zum Herrscher beider Gebiete gewählt wurde. Am 5. März wurde daraufhin der Wahlvertrag (Handfeste) von Ripen aufgesetzt, in dem etliche Gesetze und Verordnungen festgeschrieben wurden. In der wohl bekanntesten, aus dem Kontext herausgerissenen Passage heißt es über die Ritterschaft in Schleswig und Holstein: "dat se bliven ewich tosamende ungedelt" (dass sie ewig ungeteilt zusammenbleiben).

Den Ständen ging es um stabile Verhältnisse. Der Vertrag von Ripen setzte nicht nur einen dauerhaften Schlusspunkt unter die Konflikte zwischen dänischem Königshaus und holsteinischen Grafen. Vor allem ging es ihnen darum, Erbteilungen der Landesherrschaft zu verhindern, wie sie in Deutschland üblich waren und zur Entstehung zahlloser kleiner Fürstentümer geführt hatten. Dieser Wunsch erfüllte sich hingegen nur teilweise, denn die Ständemacht unterlag schon bald der aufstrebenden Fürstenmacht. Bereits 1490 kam es zur ersten Aufteilung Schleswigs und des 1474 ebenfalls zum Herzogtum erhobenen Holstein. Diese Teilung zwischen Christians Söhnen König Hans und Herzog Friedrich wurde mit der Thronbesteigung des letzteren zwar wieder hinfällig, und auch die Teilung zwischen diesem und dessen Sohn Christian 1523 hatte nur bis zum nächsten Thronwechsel Bestand. Hingegen hatte die Landesteilung zwischen Christian III. und seinen Halbbrüdern Johann dem Älteren und Adolf I. 1544[1] langfristige Konsequenzen, ebenso die Teilungen von 1564 und 1581. Die Besitzungen des Adels und der Geistlichkeit blieben immerhin von den Teilungen ausgenommen und wurden von den Landesherren formell gemeinsam regiert.

Die Position der Hansestädte Lübeck und Hamburg

Die norddeutschen Städte der Hanse hatten an diesem Ergebnis aus handelspolitischen Gründen kein Interesse und versuchten, diese Lösung schon im Vorfeld diplomatisch zu unterlaufen. Sie wurden jedoch nicht gehört. Nach dem Vertragsschluss unterblieb eine weitere Opposition, da die Städte mit König Christian zunächst im Einvernehmen erträgliche Geschäfte machen konnten und sie wegen seiner schwachen Finanzlage und Abhängigkeit davon ausgingen, dass er die eingeräumten Privilegien nicht in Frage stellen würde.

Im Zeitalter der Nationalstaaten

Erst im 19. Jahrhundert erhielt der Ripener Vertrag neue Bedeutung, als der Historiker und Sekretär der schleswig-holsteinischen Ritterschaft Friedrich Christoph Dahlmann ihn zu einer Art Grundgesetz nicht nur für die Stände, sondern für die Herzogtümer als Ganzes erklärte. Angesichts des aufkeimenden nationalen Gegensatzes zwischen Deutsch und Dänisch entfaltete der bis dahin fast vergessene Vertrag ungeahnte Sprengkraft, da die Ritterschaft und bald auch weite Teile der ursprünglich liberalen schleswig-holsteinischen Bewegung ihn

als "historisch verbrieftes Recht" ansahen. Die Erbansprüche des Herzogs Christian August von Augustenburg verstärkten dies zusätzlich. Das politische Schlagwort "Up ewig ungedeelt" (auf ewig ungeteilt) kehrte 1841 in einem Gedicht des schleswig-holsteinisch gesinnten Apenrader Arztes August Wilhelm Neuber zurück und instrumentalisierte den Ripener Vertrag somit zusätzlich im Sinne der Loslösung Schleswigs und Holsteins von Dänemark.

Doch auch auf dänischer Seite entwickelte sich eine Bewegung, bei der die Forderungen nach politischer Liberalisierung bald vor der nationalen Thematik in den Hintergrund gerieten. Die Eiderdänen beriefen sich auf die ursprüngliche Zugehörigkeit und bestehende Lehensverbindung Schleswigs zu Dänemark und forderten das gesamte Herzogtum Schleswig als Teil eines künftigen dänischen Nationalstaats. Beide Seiten ignorierten damit die Realitäten in dem sprachlich und kulturell gemischten Land. 1848 führten die Spannungen schließlich zum Bürgerkrieg, 1864 zum Ende des Gesamtstaats unter der dänischen Krone.

Obwohl der Vertrag von Ripen schon wenige Jahrzehnte nach seiner Abfassung immer mehr ausgehöhlt und durch neue Ordnungen ersetzt wurde, konnte er im 19. Jahrhundert zu einem Mythos werden. Dieser Mythos vom Ripener Vertrag als einem "schleswig-holsteinischen Grundgesetz" hielt sich in Schleswig-Holstein noch bis weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus. Erst seit relativ kurzer Zeit wird der Vertrag wieder nüchterner als eine wichtige historische Übereinkunft beurteilt. Nicht die Unteilbarkeit Schleswigs und Holsteins wird als wichtigster Aspekt angesehen, sondern die Schaffung einer gemeinsamen Landesherrschaft.

Literatur

- Kai Fuhrmann: Die Ritterschaft als politische Korporation in den Herzogtümern Schleswig und Holstein von 1460 bis 1721. Hrsg. von der Fortwährenden Deputation der Schleswig-Holsteinischen Prälaten und Ritterschaft. Ludwig, Kiel 2002, ISBN 3-933598-39-7, (Geschichte der schleswig-holsteinischen Ritterschaft 2), (Eine Überblicksdarstellung).
- Carsten Jahnke: "dat se bliven ewich tosamende ungedelt". Neue Überlegungen zu einem alten Schlagwort. In: ZSHG 128 (2003), S. 45-59.
- Ulrich Lange (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 2. Auflage. Wachholtz, Neumünster 2003, ISBN 978-3-529-02440-5.
- Thomas Riis: Up ewig ungedeelt. Ein Schlagwort und sein Hintergrund. In: Thomas Stamm-Kuhlmann (Hrsg.): Geschichtsbilder. Festschrift für Michael Salewski zum 65. Geburtstag. Steiner, Stuttgart 2003, ISBN 3-515-08252-2, S. 158-167, (Historische Mitteilungen Beiheft 47).
- Henning von Rumohr (Hrsg.): Dat se bliven tosamende ewich ungedelt. Festschrift der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft zur 500. Wiederkehr des Tages von Ripen am 5. März 1960. Wachholtz, Neumünster 1960.

Quellen und Anmerkungen

1. ↑ Christian III. wurde Herzog des königlichen Anteils, Adolf von Schleswig-Holstein-Gottorf und Johann von Schleswig-Holstein-Hadersleben.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Lüneburg

Die Hanse- und Universitätsstadt Lüneburg (plattdeutsch Lümborg) ist eine Mittelstadt in Niedersachsen mit etwa 73.000 Einwohnern (Agglomeration rund 108.000 Einwohner[2]) Sie

liegt etwa 50 Kilometer südöstlich von Hamburg und gehört zur Metropolregion Hamburg. Die Stadt befindet sich am Rande der nach ihr benannten Lüneburger Heide an der Ilmenau. Sie hat den Status einer Großen selbständigen Stadt, ist Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises und nordostniedersächsisches Oberzentrum.

Geografie

Geografische Lage

Lüneburg liegt am Unterlauf der Ilmenau, etwa 30 km vor ihrem Zusammenfluss mit der Elbe. Südlich erstreckt sich die Lüneburger Heide, eine etwa 7400 km² große Fläche, die durch den Einschlag großer Mengen von Holz, durch Waldbrände und Beweidung entstand. Die vielfach zitierte Aussage, die Heide sei durch Holzeinschlag für den Betrieb der Saline Lüneburg entstanden, ist historisch nicht gesichert. Wahrscheinlicher ist der Beginn menschlicher Einflussnahme in der Bronzezeit. Die Lüneburger Altstadt liegt zudem über einem Salzstock, der den Reichtum der Stadt begründete und dessen Kappe aus Gips, der Kalkberg, zugleich einen hervorragenden Bauplatz für die Fluchtburg darstellte, welche Lüneburg ihren Namen gab.

Stadtgliederung

Vergangenheit

Die Formel „Mons, Pons, Fons“ („Berg, Brücke, Quelle“) charakterisiert die Entwicklung der Stadt seit dem 8. Jahrhundert durch das Zusammenwachsen von zunächst drei, später vier, Siedlungsplätzen. Dies waren die Fluchtburg auf dem – damals noch wesentlich höheren – Kalkberg mitsamt der angrenzenden Niederlassung (Marktviertel), das Dorf Modestorpe zwischen der Brücke über die Ilmenau und dem großen Platz Am Sande (Sandviertel) sowie die Saline mit der abgeschlossenen Siedlung der dort beschäftigten Arbeitskräfte (Sülzviertel). Erst im 13. Jahrhundert bildete sich zwischen Marktplatz und Ilmenau die Hafensiedlung (Wasserviertel). Die daraus entstandene Form der Stadt blieb bis zur Ausweitung der Stadtfläche im späten 19. Jahrhundert bestehen und ist noch heute deutlich. Lüneburgs sechs historische Stadttore waren das Altenbrücker Tor, das Bardowicker Tor, das Rote Tor, das Sülztor, das Lüner Tor und das Neue Tor.

Stadtteile

Stadtteile: Altstadt, Bockelsberg, Ebensberg, Goseburg-Zeltberg, Häcklingen, Kaltenmoor (größter Stadtteil mit rund 9.000 Einwohnern), Kreideberg, Lüne-Moorfeld, Mittelfeld, Neu Hagen, Ochtmissen, Oedeme, Rettmer, Rotes Feld, Schützenplatz, Weststadt und Wilschenbruch. Jüttkenmoor, Klosterkamp, Bülow's Kamp, In den Kämpfen, Krähornsberg, Schäferfeld, Volgershall und Zeltberg sind Bezeichnungen für einzelne Baugebiete innerhalb eines Stadtteils.

Das Senkungsgebiet

Eine Besonderheit stellt das historische Viertel zwischen der Lüneburger Saline (heute Deutsches Salzmuseum) und dem Kalkberg dar. Die Häuser jenes Bereiches stehen über dem Salzstock, der durch die Saline abgebaut wurde und der bis knapp unter die Erdoberfläche reicht. Durch den vermehrten Salzabtrag durch verbesserte technische Geräte, etwa ab 1830, begann sich die Oberfläche um mehrere Meter abzusenken. Es entstand das so genannte Senkungsgebiet. Die dortigen Häuser und eine Kirche (die Lambertikirche) verloren dadurch ihre Stabilität und mussten abgerissen werden. Die Senkung und die Unrentabilität des Salzabbaus waren Gründe für die Schließung der Saline 1980. Heute werden nur noch geringe Mengen Sole für den Kurbetrieb in der Salztherme Lüneburg (SaLü) gefördert. Die Saline beherbergt heute einen Supermarkt und das Deutsche Salzmuseum.

An etwa 240 Messpunkten werden die Senkungen seit 1946 in einem zweijährigen Turnus überwacht. Die Senkungen sind noch nicht komplett zum Stillstand gekommen, das Gelände wurde neu bebaut und einige historische Gebäude, die gerettet werden konnten, sind inzwischen restauriert. Die Absenkungen sind bis auf den heutigen Tag gut zu erkennen. Besucher, die vom Sande bis zum Ende der Grapengießerstraße gehen, können dort die Ausmaße der Absenkungen deutlich erahnen. Die vor ihnen liegende Mulde bildete früher eine Ebene mit der Grapengießerstraße. Diese Mulde zieht sich bis zum Lambertiplatz hin.

In der Frommestraße sind weitere Zeugnisse der abbaubedingten Erdbewegungen sichtbar: Das Tor zur Unterwelt. Zwei gusseiserne Torflügel, die sich übereinander geschoben haben.

An der Michaeliskirche sind ebenfalls Folgen der Senkung zu erkennen, und zwar an den schiefen Säulen und dem Westflügel im Kirchenschiff. Auch sind aktuelle Absenkbewegungen in der Straße Ochtmisser Kirchsteig zu beobachten.

Geschichte

Vorgeschichte

Die ersten Zeugnisse menschlicher Anwesenheit im Raum Lüneburg datieren in die Zeit der Neandertaler. Es handelt sich um 56 Faustkeile, gefunden zu Beginn der 1990er Jahre beim Bau der Autobahn zwischen Ochtmissen und Bardowick. Sie sind etwa 150.000 Jahre alt. Bei dem Ochtmisser Fundplatz handelt sich vermutlich um ein neandertalzeitliches Jagdlager, wo die frühen Menschen ihre Jagdbeute zerteilten. Von einer durchgehenden Besiedlung des späteren Stadtgebietes jedoch konnte damals noch keine Rede sein; jahrtausendelange Kaltzeiten verhinderten dies.

Das erste archäologische Zeugnis einer sesshaften Bauernkultur wurde nicht weit von dem eingangs genannten Fundplatz entfernt in der Ilmenau zwischen Lüne und Bardowick entdeckt. Es handelt sich um eine Axt, die aufgrund ihrer Form als „Schuhleistenkeil“ bezeichnet wird. Sie datiert in das 6. vorchristliche Jahrtausend und gelangte bereits im 19. Jahrhundert in die Lüneburger Museumssammlung.

Seit der Bronzezeit trägt der Lüneburger Zeltberg eine ganze Reihe der vor- und frühgeschichtlichen Bestattungsplätze, welche die im Gebiet der heutigen Stadt Lüneburg ansässigen Menschen anlegten. Einer der ältesten Funde von dort ist ein sogenanntes „Aunjetitzer Randleistenbeil“. Es stammt aus der Zeit um 1900 v. Chr. Auch aus dem Stadtgebiet selbst stammen eine Reihe eisenzeitlicher Urnenfunde, die bereits im 18. Jahrhundert erwähnt werden. Diese Funde jedoch sind – ebenso wie jene vom Lüneburger Kalkberg – in die Privatsammlungen einiger Gelehrter des 18. Jahrhunderts gelangt und – bis auf wenige Ausnahmen – mit ihnen untergegangen.

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang sind die langobardischen Urnengräberfelder vom Lüneburger Zeltberg und Oedeme aus den ersten Jahrhunderten n. Chr. Auch im frühen Mittelalter existieren eine Reihe von Fundplätzen auf dem Gebiet der späteren Stadt, so beispielsweise auf dem Gebiet der alten Ortschaft Modestorpe unweit der Johanniskirche, dem Lambertiplatz nahe der Saline und im ehemaligen Wasserviertel.

Der vom griechischen Geografen Claudius Ptolemäus etwa 150 n. Chr. aufgeführte Ort Leufana könnte mit Lüneburg identisch sein.

Entwicklung vom Dorf zur Handelsstadt

Die erste urkundliche Erwähnung Lüneburgs im Mittelalter findet sich in einer Urkunde vom 13. August 956, in der König Otto I. „den Zoll zu Lüneburg an das zu Ehren des heiligen Michaels errichtete Kloster“^[3] schenkt (teloneum ad Luniburg ad monasterium sancti Michahelis sub honore constructum). Eine ältere Erwähnung des Ortes in den fränkischen Reichsannalen (zum Jahre 795: ... ad fluvium Albim pervenit ad locum, qui dicitur Hliuni) wird auf einen der drei Kerne Lüneburgs bezogen; vermutlich auf die spätere, ab 951 als Sitz der Billunger belegte Burg auf dem Kalkberg. Der elbgermanische Name Hliuni entspricht dabei dem langobardischen Wort für „Zufluchtsort“.

Durch archäologische Funde ist sicher, dass die Umgebung Lüneburgs zu dieser Zeit bereits besiedelt war (im Museum für das Fürstentum Lüneburg kann man zum Beispiel eine ganze Reihe qualitätvoller Exponate bewundern, die hier gefunden wurden) und die Saline zu diesem Zeitpunkt bereits ihren Betrieb aufgenommen hatte.

Der Sage nach wurde das Salz vor mehr als 1000 Jahren von einem Jäger entdeckt, der eine weiße Wildsau geschossen hatte. Salzkristalle im Fell des toten Tieres sollen ihn auf die Saline aufmerksam gemacht haben.^[4]

Trotz der Saline war Lüneburg ursprünglich dem nur wenige Kilometer nördlich gelegenen Bardowick untergeordnet. Bardowick war älter und ein bedeutender Handelsplatz mit den Slawen. Bardowicks Reichtum – es hatte sieben Kirchen – rührte natürlich daher, dass keine weiteren Handelszentren geduldet wurden. Erst nachdem Bardowick sich nicht Heinrich dem Löwen unterordnen wollte, wurde es deswegen 1189 von ihm zerstört. Daraufhin bekam Lüneburg das Stadtrecht und entwickelte sich nun an Bardowicks Stelle zum zentralen Handelsplatz der Gegend.

Der polabische Name für Lüneburg ist Glain (geschrieben als Chlein oder Glein in älteren deutschen Quellen), wahrscheinlich hergeleitet von glaino (slawisch: glina) „Lehm“.

In lateinischen Texten taucht Lüneburg nicht nur als latinisiertes Lunaburgum, sondern auch als Selenopolis auf.

Hansezeit

Durch seine lange Monopolstellung als Salzlieferant im norddeutschen Raum, die erst spät durch Salzimporte aus Frankreich geschwächt wurde, war Lüneburg sehr früh Mitglied der Hanse geworden, die sich 1158 in Lübeck zunächst als Bund einzelner Kaufleute, 1356 (auf dem ersten allgemeinen Hansetag) als Bund von Handelsstädten zusammenfand. Das Lüneburger Salz war notwendig, um die in der Ostsee und vor Norwegen gefangenen Heringe einzupökeln und so konserviert als Fastenspeise im Binnenland anzubieten.

Eine große Rolle spielte der Heringsmarkt der Schonischen Messe. So wurde Lüneburg zusammen mit Bergen (Norwegen) und Visby (den Fischlieferanten) sowie Lübeck (dem zentralen Handelspunkt zwischen Ostsee und Binnenland) rasch zu einer der wichtigsten und reichsten Städte der Hanse. Das Salz wurde im Mittelalter zunächst auf dem Landwege über die Alte Salzstraße nach Lübeck befördert. Mit Eröffnung des Stecknitzkanals im Jahr 1398 setzte sich der Transport auf dem Wasserweg in die Lübecker Salzspeicher durch.

Um 1235 entstand das Herzogtum Braunschweig-Lüneburg, das wiederholt in verschiedene Linien geteilt und wieder zusammengeführt wurde. Die so immer wieder entstehenden Teilstaaten, die staatsrechtlich im Rang von Fürstentümern standen, erhielten ihre Namen in der Regel nach ihrer jeweiligen Residenz. So entstand zwischen 1267 und 1269 erstmals ein Fürstentum Lüneburg mit Lüneburg als Residenzstadt. Im Zuge des Lüneburger Erbfolgekriegs warfen 1371 aufständische Bürger die Fürsten aus der Stadt und zerstörten die landesherrliche Burg auf dem Kalkberg sowie das nahegelegene Kloster. Die dadurch und mit dem Landfrieden von 1392 erkämpften Rechte einer freien Reichsstadt konnten bis 1637 verteidigt werden. Das Geld blieb nun in der Stadt, die reichen Häuser und Kirchen entstanden.

Im Jahr 1392 wurde Lüneburg das Stapelrecht verliehen. Es zwang reisende Kaufleute, mit ihren Fuhrwerken Lüneburg aufzusuchen und ihre Waren dort zu „stapeln“, d. h. zum Verkauf anzubieten. Damit die Kaufleute Lüneburg nicht umfahren konnten, wurde um 1397 westlich der Stadt eine unpassierbare Landwehr angelegt, die Errichtung einer östlich gelegenen Landwehr erfolgte um 1479.

Eine Krise bedeutete der Lüneburger Prälatenkrieg von 1446 bis 1462, der erst aufgrund der Intervention des dänischen Königs Christian I., des Bischofs von Schwerin sowie des Lübecker Bischofs Arnold Westphal beigelegt werden konnte.

1454 wurde im Forderungskatalog der Sechziger mehr Einfluss der Bürger im öffentlichen Leben eingefordert.

Seit Ende 2007 trägt Lüneburg wieder offiziell den Titel Hansestadt.

Neuzeit bis zum Ende des zweiten Weltkriegs

Mit dem Niedergang der Hanse – und dem Ausbleiben der Heringe um 1560 vor Falsterbo in Schonen – brachen die großen Kunden für das Salz der Stadt weg; die Stadt verarmte rasch. Dadurch konnten kaum noch neue Häuser gebaut werden, wodurch das historische Stadtbild fast unverändert bis in die heutige Zeit erhalten blieb.

In den Jahrhunderten nach dem Niedergang der Hanse verfiel Lüneburg in einen Dornröschenschlaf.

Im Jahre 1810 wurde Lüneburg von Frankreich annektiert. Als im März 1813 nach der Niederlage der Franzosen in Russland eine allgemeine Volkserhebung in Norddeutschland ausbrach, verjagten die Lüneburger die französischen Beamten aus ihrer Stadt. Die Folge war das Gefecht bei Lüneburg am 2. April 1813.

Heinrich Heine, dessen Eltern von 1822 bis 1826 im heutigen Heinrich-Heine-Haus in Lüneburg lebten, nannte es seine „Residenz der Langeweile“. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Lüneburg zur Garnisonsstadt, was es bis in die 1990er Jahre blieb.

1945 tauchte Lüneburg wieder in den Geschichtsbüchern auf, als südlich der Stadt auf dem Timeloberg (bei dem Dorf Wendisch Evern) eine Kapitulationserklärung unterschrieben wurde, die den Zweiten Weltkrieg in Nordwestdeutschland beendete. Die Stelle liegt heute unzugänglich für die Öffentlichkeit in einem militärischen Sperrgebiet; nur ein kleiner Gedenkstein an einem nahen Feldweg weist auf diesen Vorgang hin. Am 23. Mai 1945 nahm sich Reichsführer-SS Heinrich Himmler in Lüneburg in britischer Gefangenschaft das Leben, indem er eine Zyankali-Kapsel zerbiss.

Nachkriegszeit

Noch vor dem Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher begann in Lüneburg am 17. September 1945 der erste Kriegsverbrecher-Prozess, der so genannte Bergen-Belsen-Prozess, bei dem 45 Menschen angeklagt werden.

Der Verfall der Bausubstanz nach Ende des Zweiten Weltkriegs führte zu verschiedenen Überlegungen, wie die Wohnqualität zu verbessern sei. Ein ernsthaft diskutierter Vorschlag war, die gesamte Altstadt abzureißen und durch moderne Bauten zu ersetzen. Durch den folgenden Bürgerprotest wurde Lüneburg einer der Kristallisationspunkte für einen neuen Gedanken: den Denkmalschutz. Seit den frühen 1970er Jahren wurde die Stadt systematisch restauriert. Besondere Verdienste erwarb sich dabei bereits Ende der 1960er Jahre Curt Pomp: Gegen zahlreiche Widerstände aus Politik und Verwaltung setzte er sich in dem von ihm gegründeten Arbeitskreis Lüneburger Altstadt für die Erhaltung historischer Bausubstanz ein. Sein Engagement wurde belohnt mit dem Deutschen Preis für Denkmalschutz und dem Bundesverdienstkreuz. Heute ist die Lüneburger Altstadt aufgrund dieser Restaurierungen, 1300 Backsteinhäuser sind denkmalgeschützt, eine Touristenattraktion; wichtige Teile der Wirtschaft sind auf Tourismus ausgerichtet.

Im Rahmen der Wehrreform wurden seit 1990 zwei der drei Bundeswehr-Kasernen der Stadt geschlossen und die verbliebene verkleinert. Zusätzlich wurde die Bundesgrenzschutz-Kaserne aufgelöst, die teilweise heute von der Landesbereitschaftspolizei Niedersachsen (4. Einsatzhundertschaft) genutzt wird. Die Universität Lüneburg siedelte auf das Gelände der ehemaligen Scharnhorstkaserne um. Die Universität Lüneburg entwickelte sich aus den in den 1980er Jahren neu angelegten wirtschafts- und kulturwissenschaftlichen Fachbereichen und dem 1989 erfolgten Zusammenschluss mit der Pädagogischen Hochschule (PH). Seit ihrem Umzug auf das ehemalige Kasernengelände zog die Universität immer mehr Studenten an. Der Ausbau der Universität ist ein wichtiger Beitrag zur Umstrukturierung der Stadt zu einem Dienstleistungszentrum. Auf dem Gelände der ehemaligen Bundesgrenzschutzkaserne entsteht heute der Lünepark mit neuen Gewerbeflächen für Existenzgründer. Die Wirtschaftsförderung und viele Firmen aus dem IT-Bereich haben sich dort bereits angesiedelt. In der Nähe wurde im Mai 2006 die Johannes-Westphal-Brücke für den Verkehr geöffnet. Diese verbindet den neu geschaffenen Lünepark mit dem jenseits der Ilmenau liegenden Stadtteil Goseburg. Seit dem 5. Oktober 2007 darf sich Lüneburg Hansestadt nennen, neben Stade als einzige Stadt in Niedersachsen.

Eingemeindungen

- 1943: Hagen und Lüne
- 1974: Häcklingen, Ochtmissen, Oedeme und Rettmer sowie Gebietsteile Alt-Hagen, Ebensberg und Pfliegerdorf/Gut Wienebüttel

Einwohnerentwicklung

Lüneburg hatte bereits im Spätmittelalter und zu Beginn der Neuzeit etwa 14.000 Einwohner und gehörte damit zu den damaligen Großstädten. Die Einwohnerzahl sank mit dem wirtschaftlichen Niedergang bis 1757 auf 9.400, stieg dann bis 1813 auf 10.400. Mit dem Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert beschleunigte sich das Bevölkerungswachstum. Lebten 1855 erst 13.000 Menschen in der Stadt, so waren es 1939 bereits 35.000. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg brachten die vielen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten der Stadt innerhalb weniger Monate einen Zuwachs um 18.000 Personen auf 53.000 Einwohner im Dezember 1945. Im Jahre 2003 überschritt die Bevölkerungszahl der Stadt die Grenze von 70.000. Die Stadt Lüneburg sowie ihr Landkreis und der benachbarte Landkreis Harburg gehören zu den wenigen Gebieten in Deutschland, die sich durch ein starkes Bevölkerungswachstum auszeichnen. Gründe dafür sind unter anderem das Wachstum an und Bevölkerungsverschiebungen zu den Randgebieten der Hamburger Stadtregion. Das Niedersächsische Landesamt für Statistik hat der Stadt Lüneburg bis zum Jahre 2021 eine Einwohnerzahl von 89.484 vorausgesagt. Realistischer sind aber wohl Schätzungen, nach denen Lüneburg bis zu diesem Zeitpunkt auf rund 75.000 bis 79.000 Einwohner anwachsen wird.

Am 31. Dezember 2009 betrug die Amtliche Einwohnerzahl für Lüneburg nach Fortschreibung des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik 72.800 (nur Hauptwohnsitze und nach Abgleich mit den anderen Landesämtern) – historischer Höchststand. Weiterhin hat Lüneburg besonders enge Beziehungen zu den unmittelbar benachbarten und mit der Kernstadt im Zusammenwachsen begriffenen Gemeinden, mit denen es eine Agglomeration bildet. Die Stadt hat mit den Orten Adendorf, Bardowick, Deutsch Evern und Reppenstedt sowie Vögelsen und Wendisch Evern eine Einwohnerzahl von etwa 103.000 und wäre damit auf dem Weg wieder eine Großstadt, jetzt im modernen Sinne, zu werden. Momentan ist Lüneburg die elftgrößte Stadt in Niedersachsen.

Die folgende Übersicht zeigt die Einwohnerzahlen nach dem jeweiligen Gebietsstand. Bis 1813 handelt es sich meist um Schätzungen, danach um Volkszählungsergebnisse (*) oder

amtliche Fortschreibungen des Statistischen Landesamtes. Die Angaben beziehen sich ab 1871 auf die „Ortsanwesende Bevölkerung“, ab 1925 auf die Wohnbevölkerung und seit 1987 auf die „Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung“.[5] Vor 1871 wurde die Einwohnerzahl nach uneinheitlichen Erhebungsverfahren ermittelt.

Jahr	Einwohner
•	
• 1530	14.000
• 1699	11.000
• 1757	9.426
• 1813	10.400
• 3. Dezember 1855*	13.352
• 3. Dezember 1861*	14.400
• 3. Dezember 1864*	15.700
• 3. Dezember 1867*	15.900
• 1. Dezember 1871*	16.284
• 1. Dezember 1875*	17.500
• 1. Dezember 1880*	19.100
• 1. Dezember 1885*	19.336
• 1. Dezember 1890*	20.665
• 2. Dezember 1895*	22.309
• 1. Dezember 1900*	24.693
• 1. Dezember 1905*	26.571
• 1. Dezember 1910*	27.790
• 1. Dezember 1916*	23.799
• 5. Dezember 1917*	23.282
• 8. Oktober 1919*	27.579
• 16. Juni 1925*	28.923
• 16. Juni 1933*	31.171
• 17. Mai 1939*	35.239
• 31. Dezember 1945	53.095
• 29. Oktober 1946*	49.169
• 13. September 1950*	58.139
• 25. September 1956*	56.845
• 6. Juni 1961*	59.563
• 31. Dezember 1965	60.269

- 27. Mai 1970* 59.516
- 31. Dezember 1975 64.586
- 31. Dezember 1980 62.225
- 31. Dezember 1985 59.645
- 25. Mai 1987* 59.543
- 31. Dezember 1990 64.857
- 31. Dezember 1991 65.586
- 31. Dezember 1992 66.054
- 31. Dezember 1993 65.525
- 31. Dezember 1994 65.926
- 31. Dezember 1997 67.372
- 31. Dezember 1998 67.920
- 31. Dezember 1999 68.554
- 31. Dezember 2000 69.413
- 31. Dezember 2001 70.395
- 31. Dezember 2002 70.503
- 31. Dezember 2003 69.718
- 31. Dezember 2004 70.128
- 31. Dezember 2005 70.667
- 31. Dezember 2006 70.931
- 31. Dezember 2007 71.119
- 31. Dezember 2008 72.492
- 31. Dezember 2009 72.800
- März 2010 72.877

*Volkszählungsergebnis

Politik

Die Stadt Lüneburg gehört zum Landtagswahlkreis 49 Lüneburg und zum Bundestagswahlkreis 38 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg.[6][7]

Oberbürgermeister

Vor dem Zweiten Weltkrieg war der Oberbürgermeister der hauptamtliche Chef der Stadtverwaltung. Mit Einführung der Norddeutschen Ratsverfassung durch die britische Besatzungsmacht trat eine Trennung der Stadtspitze ein: Der ehrenamtliche Oberbürgermeister und zugleich Vorsitzende der Stadtvertretung war der politische Repräsentant der Stadt, der wie alle Mitglieder der Stadtvertretung von der Bevölkerung gewählt wurde, während die Verwaltung vom hauptamtlichen Oberstadtdirektor, der von der Stadtvertretung gewählt wurde, geleitet wurde. Durch die Reform der Kommunalverfassung sind seit 1996 beide Aufgaben (wieder) im Amt des hauptamtlichen Oberbürgermeisters, der nun von der

Bevölkerung direkt gewählt wird, vereint. Neben dem Oberbürgermeister gibt es zwei weitere (vom Stadtrat gewählte) Bürgermeister, die den Oberbürgermeister in seinen protokollarischen Aufgaben unterstützen und vertreten.

- 1945–1946: Werner Bockelmann, SPD
- 1946–1949: Ernst Braune, SPD
- 1949–1951: Paul Müller, DP
- 1951–1952: Erich Dieckmann, DP
- 1952–1954: Peter Gravenhorst, DP
- 1954–1955: Reinhold Kreitmeyer, FDP
- 1955–1958: Peter Gravenhorst, DP
- 1958–1961: Wilhelm Hilmer, SPD
- 1961–1964: Erich Drenckhahn, CDU
- 1964–1978: Alfred Trebchen, SPD
- 1978–1981: Heinz Schlawatzky, SPD
- 1981–1987: Horst Nickel, CDU
- 1987–1991: Jens Schreiber, CDU
- seit 1991: Ulrich Mädge, SPD

Derzeitige Bürgermeister sind: Eduard Kolle (SPD) und Gerhard Scharf (CDU).

Städtepartnerschaften

Lüneburg pflegt trotz seiner mittleren Größe zahlreiche Partnerschaften mit anderen Städten. Im Juni 2000 trafen sich Delegierte aller Partnerstädte in Lüneburg und Umgebung und feierten das größte Partnerschaftstreffen der Nachkriegszeit in dieser Region.

- Scunthorpe, Vereinigtes Königreich, seit 1960
- Naruto, Japan, seit 1974
- Clamart, Frankreich, seit 1975
- Ivrea, Italien, seit 1988
- Viborg, Dänemark, seit 1992
- Tartu, Estland, seit 1993

Zusätzlich bestehen noch diverse innerdeutsche Partnerschaften, so zum Beispiel mit Kulmbach und Köthen.

Kultur und Sehenswürdigkeiten

Theater

Das Theater Lüneburg ist eines der kleinsten Drei-Sparten-Theater Deutschlands. Es werden nicht nur Theaterstücke aller Stilrichtungen aufgeführt, sondern auch Opern, Operetten, Musicals sowie Ballett. Trotz begrenzter finanzieller Mittel kann es sich gegen die zahlreichen Häuser des nahegelegenen Hamburg behaupten. Daneben verfügt Lüneburg über eine große Anzahl von Amateur Bühnen, die ebenfalls regelmäßig Aufführungen produzieren. Eine solche Vielfalt im Amateurtheaterbereich gibt es sonst nur in weitaus größeren Städten wie Hamburg oder Hannover.

Eine kleine Auswahl (sortiert nach Gründungsjahr):

- Niederdeutsche Bühne Sülzmeister
- Kleines Keller Theater e. V.
- Amateurtheater Rampenlicht e. V.
- Theater Spotlight
- theater im e.novum: ein kleines Privattheater, in dem verschiedene Ensembles von Laienkünstlern spielen

Darüber hinaus gibt es in vielen umliegenden Gemeinden Amateurtheater, wie das Puschentheater in Melbeck, den Plattsnack Widsbold in Marxen am Berge und das Kleine Salzhäuser Theater (KleiST) in Salzhausen.

Museen

Die historische Stadt ist zwar schon per se eine Art Freilichtmuseum („Rothenburg des Nordens“), doch sie wird zusätzlich durch einige Museen belebt. Die wichtigsten Museen sind das Deutsche Salzmuseum in den Gebäuden der ehemaligen Saline, in dem die Bedeutung von Salz im Mittelalter und die Salzgewinnung anschaulich vor Augen geführt wird, und das Museum für das Fürstentum Lüneburg, in dem die Stadtgeschichte und die Geschichte der Umgebung dargestellt werden. Ebenfalls erwähnenswert sind das Ostpreußische Landesmuseum, das in direkter Nachbarschaft befindliche Norddeutsche Brauereimuseum mit wertvoller Trinkgefäßgalerie (aus 1200 Jahren) und das Kronen-Brauhaus zu Lüneburg von 1485, sowie das Naturmuseum am Rande des Senkungsgebietes.

Bauwerke

Lüneburg gehört zu den wenigen Städten Norddeutschlands, die ihren historischen Kern unzerstört durch den Zweiten Weltkrieg retten konnten. Allerdings haben die Vernachlässigungen der Bausubstanz bis in die 1960er Jahre hinein und die Schäden im Senkungsgebiet zu Lücken im historischen Stadtbild geführt. Zusätzlich sorgten in den 1950er und 1960er Jahren der Abriss maroder Gebäude und der Bau von Kaufhäusern mit (damals) moderner Prägung für Brüche in der Optik so mancher Straßenzüge. Seit Anfang der 70er Jahre wird Lüneburg aber sorgsam und liebevoll restauriert. Dadurch kam es inzwischen zu Entdeckungen von zuvor verborgenen Deckengemälden, mittelalterlichen Töpferstuben und vieler historischer Sickergruben, durch die ein wesentlich besseres Bild vom Leben im Mittelalter entstanden ist.

Im Lüneburger Stadtteil Kaltenmoor steht das älteste ökumenische Gemeindezentrum (evangelische und katholische Kirche unter einem Dach): St. Stephanus. Besonders hervorzuhebende Gebäude sind die drei verbliebenen Stadtkirchen St. Johannis am Sande (vollendet 1370), die Kirche St. Michaelis, in der Johann Sebastian Bach von 1700 bis 1702 Chorknabe war, und die fast modern wirkende Stadtkirche St. Nikolai, die ab 1407 erbaut wurde. Die Lambertikirche musste bereits 1861 wegen Baufälligkeit abgerissen werden: sie stand im Senkungsgebiet.

Ebenso interessant sind das Glockenhaus (altes Zeughaus) am Glockenhof, die Alte Raths-Apotheke von 1598 in der Großen Bäckerstraße und das historische Rathaus mit seiner berühmten Gerichtslaube. Den vor dem Rathaus stehende Lunabrunnen ziert eine bronzene Statue der Mondgöttin mit Pfeil und Bogen; das Original von 1532 wurde 1970 gestohlen und eingeschmolzen; die heutige Büste ist eine Nachbildung von 1972. Ebenfalls am Markt befindet sich das ehemalige Lüneburger Schloss der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg, das seit 1925 das Landgericht beherbergt.

Im Bereich des alten Hafens steht noch die Barockfassade des Alten Kaufhauses, das in seinen übrigen Teilen aber abgebrannt ist und durch einen Neubau (sinnigerweise für die Feuerwehr) ersetzt werden musste, und der Alte Kran, einer bis heute funktionsfähigen mittelalterlichen Holzkonstruktion, in deren Inneren zwei große Laufräder das Heben und Senken des Kranseils ermöglichen. Die Feuerwehr wurde im Herbst 2007 in neue Gebäude am Rand der Innenstadt verlegt, und in das Alte Kaufhaus ist jetzt ein Hotel eingezogen.

Am Südrand der Innenstadt befindet sich der heute als Aussichtsturm dienende Wasserturm.

Vor den Toren der alten Stadt findet sich zudem das Kloster Lüne, ein ehemaliges Benediktinerinnen-Kloster. Es wurde ab 1172 erbaut und ist gut restauriert.

Etwa zwei Kilometer westlich von Lüneburg, in den Ortschaften Reppenstedt und Vögelsen gelegen, befindet sich ein gut erhaltener Abschnitt des Bodendenkmals Lüneburger Landwehr, der auch bewandert werden kann.

Regelmäßige Veranstaltungen

- April: „Lüneburg blüht auf“ und Frühjahrsmarkt auf den Sülzwiesen
- Juni: Stadtfest
- Juni: Lunatic Festival: gemeinnütziges Musikfestival auf dem Universitätsgelände
- Juli: Frommestraßenfest
- August: Heideblütenfest (in Amelinghausen)
- September: Oktoberfest auf den Sülzwiesen.
- Anfang Oktober: Sülzfeiertage
- Adventszeit: „Historischer Weihnachtsmarkt“ rund um die Michaeliskirche und Weihnachtsmarkt mit Märchenmeile und Giebelleuchten auf dem Marktplatz vor dem Rathaus, in der Grapengießerstraße und Am Sande.

Sport

- BBCUP Lüneburg: Basketballturnier für Damen- und Herrenmannschaften ab Regionalliga im August
- MTV Treubund Lüneburg v. 1848 ist mit 6000 Mitgliedern der größte Sportverein der Region
- FC Hansa Lüneburg, ein durch Zusammenschluss der Fußballsparten des Lüneburger SK und Lüneburger SV entstandener Verein.
- Handballverein Lüneburg: 2008 gegründet zählt er 350 Mitglieder. Die erste Mannschaft der Herren spielt in der Landesliga, die der Damen in der Oberliga.

Kulinarische Spezialitäten

Lüneburg hatte einst über 80 Brauereien. Die Lüneburger Kronen-Brauerei von 1485 in der Heiligengeiststraße braute in Norddeutschland sehr bekannte Biere wie das Lüneburger Kronen-Pilsener und das Moravia Pilsener. Diese Biere werden heute von der Holsten-Brauerei AG in Hamburg gebraut, allerdings sind die Original-Hefestämme bei der Übernahme der Kronen-Brauerei vernichtet worden. Lediglich das ursprüngliche Lüneburger Pilsener gibt es nach wie vor, wobei auch dieses inzwischen von der Holsten-Brauerei AG in Hamburg hergestellt und nur noch im Fass verkauft wird. Heute gibt es nur noch zwei kleinere Gasthausbrauereien in Lüneburg. In der Gasthausbrauerei Nolte etwas außerhalb des Zentrums in der Dahlenburger Landstraße und im Brau- und Tafelhaus Mälzer in der Heiligengeiststraße lebt die Tradition Lüneburger Brauereien weiter.

Lüneburg ist für weitere besondere Leckereien bekannt: zum einen den Heidschnuckenbraten, zum anderen für den Stint, einen kleinen Fisch, der im Frühjahr Saison hat. Eine weitere kulinarische Rarität ist eine regional abweichende, dänisch beeinflusste Variante des Labskaus (Skipperlabskovs, umgangssprachlich auch Gammel danske kaus).

Wirtschaft und Infrastruktur

Lüneburg hat sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr zu einem Anlaufpunkt für Touristen aus aller Welt hin entwickelt. Dennoch spielen das mittelständische produzierende Gewerbe und Kleinbetriebe immer noch eine starke Rolle im Lüneburger Wirtschaftsgeschehen. Veränderungen und Impulse ergeben sich auch aus der Universität Lüneburg, welche mit Ihren Studierenden zur Vitalisierung der Region beiträgt.

Ansässige, wichtige Unternehmen

Industrie und Handwerk

Viele kleine und mittelständische Unternehmen sind in Lüneburg angesiedelt. Erwähnenswert sind unter anderen: Im Textilbereich der Modehersteller Roy Robson (der Strickwarenhersteller Lucia, einst größter Arbeitgeber der Stadt, meldete 2008 Insolvenz an), im Lebensmittelbereich die Firmen DeVauGe Gesundheitskostwerk als einer der größten deutschen Hersteller von vegetarischen Lebensmitteln und die Molkerei, welche heute Teil der Hochwald Nahrungsmittel-Werke ist und Produkte (Joghurt) der Marke Lünebest herstellt. Im Industriebereich sind die größten ansässigen Firmen der PKW-Innenausstatter Johnson Controls, H. B. Fuller, die Impreglon AG und der Anbieter von Industrie-Elektronik die Sieb & Meyer AG. Ebenfalls in Lüneburg beheimatet ist mit der 1614 gegründeten von Stern'schen Druckerei die älteste noch in Familienbesitz befindliche Druckerei der Welt.

Tourismus, neue Technologien und Dienstleistung

Für den Bereich Tourismus ist besonders der von der Stadtgärtnerei gestalteten Kurpark mit einem Gradierwerk, Teichen, vielen Blumenrabatten und Kräutergarten zu nennen, welcher direkt neben dem Kurzentrum gelegen ist. Das Kurzentrum umfasst Meerwasserwellenbad, Salztherme, Wellness- und Saunawelt usw. (SaLü), zudem gibt es einen Soletherapiebereich mit Anwendungen für Haut- und Atemwegsbeschwerden. Lüneburg ist kein Kurort wie das benachbarte Bad Bevensen, verfügt aber über besondere Heilmittel, wie zum Beispiel die Lüneburger Sole (etwa 26 % Salzgehalt), mit der besonders Psoriasis-erkrankte Linderung erfahren. Darüber hinaus ist hier seit 1978 die Hauptverwaltung der Tagungshotelgruppe Seminaris angesiedelt. Im Bereich Technologien und Dienstleistungen ist das Innovations- und Gründungszentrum e-novum zu nennen, welche sich mit der Förderung von jungen Unternehmen befasst. Die Werum Software & Systems AG ist das größte Unternehmen Lüneburgs aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie. Außerdem sind in Lüneburg die Volksbank Lüneburger Heide und die Sparkasse Lüneburg ansässig.

Medien

Am 18. Juli 2007 wandelte der Norddeutsche Rundfunk NDR sein langjähriges Korrespondenten-Büro auf dem Meere hinter dem Rathaus in ein Studio um. Mehrmals täglich werden aus dem Lüneburger Studio regionale Informationen für Heide und Wendland, den Süden Hamburgs und die Niederelbe im Programm von NDR 1 Niedersachsen gesendet. Außerdem beliefert die Redaktion weitere NDR-Sender und die gesamte ARD, bei Groß-Ereignissen wie Elbe-Hochwasser oder Castor-Transporten. Mit Radio ZuSa gibt es auch einen lokalen Radiosender, dessen Sendungen in Lüneburg und in Uelzen produziert und gesendet werden.

Im Jahr 2006 richtete die Filmproduktionsgesellschaft Studio Hamburg Traumfabrik Niedersachsen GmbH in der ehemaligen Europazentrale von Konica Minolta im Industriegebiet Hafen ihren Firmensitz und zwei Produktionsstudios ein. Seit dem 28. August 2006 wird hier die Telenovela Rote Rosen für Das Erste produziert. Lüneburg ist außerdem Sitz der Gesellschaft für visuelle Kommunikation, der größten Kommunikationsagentur in Niedersachsen. Arbeitsschwerpunkt des Unternehmens ist das Handels- und Vertriebsmarketing. Die Landeszeitung für die Lüneburger Heide ist die lokale Tageszeitung für den Landkreis Lüneburg und angrenzende Gebiete. Die „Lüneburger Rundschau“ erscheint zudem als tägliche Lokalausgabe des „Hamburger Abendblatts“.

Verkehr

Eisenbahn

Stadt und Landkreis Lüneburg sind seit Dezember 2004 Teil des Hamburger Verkehrsverbundes. Durch seine Nähe zu Hamburg und seine verkehrsgünstige Lage ist Lüneburg leicht erreichbar. Der Lüneburger Bahnhof liegt an der Hauptstrecke Hamburg-Hannover und wird sowohl von Zügen der Deutschen Bahn AG als auch der Metronom Eisenbahngesellschaft angefahren. Die Fahrtzeit zum Hamburger Hauptbahnhof beträgt etwa 30 Minuten. Neben Regionalzügen halten in Lüneburg auch Intercity-Züge und einzelne ICE auf der Fahrt von Hamburg in Richtung Süden. Nach Nordosten zweigt die Verbindung über Lauenburg/Elbe nach Lübeck ab. Über eine Stichbahn wird der Dannenberger Raum versorgt; diese Linie, die Wendlandbahn, ist durch die auf ihr stattfindenden Atommüll-Transporte nach Gorleben bekannt geworden. Von Lüneburg aus betreibt die OHE mehrere Bahnstrecken im Güter- und Ausflugsverkehr.

Straßenanbindung

Die längste Straße Lüneburgs (Dahlenburger Landstraße) führt am Bahnhof Lüneburg vorbei. Zudem verfügt Lüneburg über einen Autobahnanschluss der A 250. Diese Autobahn soll in den nächsten Jahren in Richtung Süden bis Wolfsburg und Braunschweig, als A 39, verlängert werden. Lüneburg ist über die B 4, die B 209 und die B 216 an das Bundesstraßennetz

angebunden.

Busverkehr

Der Stadtverkehr wird von Bussen der KVG Lüneburg bedient. Auf den meisten Linien besteht ein 20- oder 30-Minuten-Takt. Am dichtesten ist der Verkehr zwischen Innenstadt und Kaltenmoor. Es gibt sechs Durchmesser- und sechs Radiallinien, die sämtlich über Am Sande und Bahnhof/ZOB führen. Innerstädtisch endet der Busverkehr zwischen 19:45 und 20:30 Uhr, der letzte Überlandbus (5200) verlässt die Haltestelle Bahnhof/ZOB um 20:37 Uhr (Stand Fahrplan 2009); anschließend steht das ASM (Anrufsammelmobil) bereit. Sonn- und Feiertags wird nur nachmittags gefahren. Der Stadtteil Wilschenbruch und der alte Kern des Stadtteils Hagen sind nicht an das Verkehrsnetz der KVG angebunden; ansonsten ist die Raumschließung hoch. Einzelne Linien führen über die Stadtgrenze hinaus (Mechtersen, Bardowick, Adendorf, Reppenstedt). Bis zum Anschluss an den HVV führte die KVG ein- bis zweistellige Liniennummern für den innerstädtischen und dreistellige oder komplett unterschiedliche (1935 für die heutige 5304) für den Überlandverkehr; mit dem Anschluss wurden die alten Nummern zum großen Teil beibehalten und mit einem Präfix versehen. Seit dem tragen Stadtbuslinien die Nummern 5001–5015 bzw. die Überlandlinien 5xxx. Im Überlandverkehr ist Lüneburg Ausgangspunkt zahlreicher Linien, die teilweise im 1-Stunden-Takt fahren; nach Bleckede (5100) fährt werktags nachmittags gar alle 30 Minuten ein Gelenkbus. Die längste Regionallinie (5304) führt nach Lüchow.

Nachdem sich Pläne zum Bau einer Straßenbahn zerschlagen hatten, beauftragten die neuen Machthaber 1933 eine Privatfirma mit der Einrichtung eines Stadtbusverkehrs. Die erste Linie führte von Hagen zum Kurpark. Unter der Ägide der Firma Röhlberger entwickelte sich daraus nach dem Krieg ein verzweigtes Busnetz, das 1982 von der KVG übernommen wurde.

Schiffsverkehr

Durch einen Hafen am Elbe-Seitenkanal ist Lüneburg von der Elbe und dem Mittellandkanal aus erreichbar. Im 17 ha großen Hafenkerngebiet werden jährlich 200.000 Tonnen Massengüter umgeschlagen.[8]

Luftverkehr

Am östlichen Stadtrand befindet sich der Flugplatz Lüneburg.

Öffentliche Einrichtungen

Lüneburg ist Sitz des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts, eines Landgerichts, sowie des erstinstanzlichen Amtsgerichts, der Regierungsvertretung Lüneburg als Nachfolgerin der zum 1. Januar 2005 aufgelösten Bezirksregierung, der Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg, der Handwerkskammer Lüneburg sowie der Polizeidirektion Lüneburg und der Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen. Die alte Garnisonstadt (berühmt bis 1914 war das Dragoner-Regiment Nr. 16 in der Lünener Kaserne, heute ein lebendiger Gewerbepark) ist bis heute auch ein wichtiger Standort der Bundeswehr, auch wenn die Zahl der hier stationierten Soldaten seit den 1990er Jahren von etwa 5.000 auf heute rund 1.900 Soldaten abgenommen hat. In die einstige Scharnhorst-Kaserne ist die Universität Lüneburg gezogen, was als besonders gelungenes und fast einzigartiges Konversionsprojekt gilt. In einem Teil der Schlieffen-Kaserne sitzen heute Behörden wie das Verwaltungsgericht, das Arbeitsgericht, der Zoll, die Steuerfahndung, das Katasteramt. Die Theodor-Körner-Kaserne wird weiterhin von der Bundeswehr genutzt und beherbergt das Aufklärungslehrbataillon 3 (bis Juni 2007: Panzeraufklärungslehrbataillon 3), Teile des Logistikbataillon 3, Sanitätszentrum Lüneburg, Fahrschulkompanie und einige Kleindienststellen.

Sozialeinrichtungen

In Lüneburg besteht das Städtische Klinikum Lüneburg. Dieses Krankenhaus nimmt am Elbe-Heide-Krankenhausverbund teil, der mehrere Kliniken im südlichen Hamburger Umland umfasst. Die Lebenshilfe Lüneburg-Harburg betreut und fördert Menschen mit Behinderungen in dieser Region.

Bildung

Die erste Schule in Lüneburg war die im 14. Jahrhundert gegründete Michaelisschule. Heute befinden sich in Lüneburg vier Gymnasien. Neben der Herderschule, der Wilhelm-Raabe-Schule und dem Gymnasium Oedeme befindet sich darunter mit dem 1406 gegründeten Johanneum Lüneburg auch eine der traditionsreichsten Schulen Deutschlands. Außer den Grund-, Haupt- und Realschulen sind besonders wichtig geworden die drei Berufsbildenden Schulen am Schwalbenberg. Einen wichtigen Platz im Bildungsangebot nimmt auch die Volkshochschule (Haagestraße 4) ein. Außerdem gibt es eine Rudolf-Steiner-Schule und eine Montessori-Grundschule.

Die 1989 gegründete Universität Lüneburg (vormals Pädagogische Hochschule), die ihren Sitz in den Gebäuden einer der aufgelösten Kasernen hat, sowie das Zentrum der Fachhochschule Nordostniedersachsen (mit Studienstandorten in Lüneburg, Suderburg und ehemals Buxtehude) sind Hilfen bei der Umstrukturierung der Stadt von einer Garnisonsstadt zu einem Dienstleistungszentrum.

Seit dem 1. Januar 2003 ist die Universität eine Stiftung des Öffentlichen Rechts. Am 1. Januar 2005 wurden Universität und Fachhochschule unter dem Dach der Stiftung Universität Lüneburg fusioniert. Mit der Neuorientierung der Universität Lüneburg wurde diese am 21. März 2007 in Leuphana Universität Lüneburg umbenannt.

Kultur

Die Lüneburger Band Top for Tea hat mit dem Lüneburg-Lied Die schönste Stadt der Welt ... ein Liebeslied an diese Stadt geschrieben.

Persönlichkeiten

Ehrenbürger

Hinweis: die Archive der Stadt verzeichnen erst ab 1800 die Aufnahme von Ehrenbürgern.[9]

- 1832: Georg Theodor Meyer (1797–1870) Rechtsanwalt, liberaler Abgeordneter und Minister, Senator
- 1832: Johann Rudolf Christiani (1761–1841), Superintendent und Begründer der ersten Volksschule in Lüneburg (1816)
- 1832: Ernst Langrehr (1802–63) Jurist und Dichter („Isidor Bürger“)
- 1900: Geh. Justizrat Carl Gravenhorst (1837–1913; für 25 Jahre ehrenamtlicher Tätigkeit im Bürgervorsteherkollegium)
- 1906: Senator Johannes Reichenbach (1836–1921; für ehrenamtliche Tätigkeit im Bürgervorsteherkollegium und als Senator)
- 1918/1921: Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (1847–1934; für seine Verdienste im Ersten Weltkrieg)
- 1937: Gauleiter Otto Telschow (Aberkennung der Ehrenbürgerschaft durch den Rat der Stadt Lüneburg am 19. April 2007)[10]
- 1956: Mr. William A. Watt, Thomasville/USA (für die Unterstützung Lüneburgs nach dem Zweiten Weltkrieg)
- 1984: Johannes Eisenbeiss/Hamburg (für die Förderung der Wirtschaft Lüneburgs und Mäzenatentum)
- 1984: Oberbürgermeister Mitsuji Tani, Naruto/Japan (für die Völkerverständigung)
- 1986: Bürgermeister Jean Fonteneau, Clamart/Frankreich (für die Völkerverständigung)
- 1998: Unternehmer-Ehepaar Lucia (1919–2008) und Johannes (1918–2004) Pfohe, Lüneburg (für Mäzenatentum)
- 1998: Helga Schuchardt (* 1939) Ing., Ex-Ministerin (für die Bemühungen um die Gründung der Universität)

Söhne und Töchter der Stadt

- Johann Bacmeister der Jüngere (1624–1686) Professor für Medizin und Mathematik sowie Leibarzt
- Lucas Bacmeister der Ältere (1530–1608), Theologe und Kirchenliedkomponist
- Ina Barfuss (* 1949), Künstlerin
- Nikolaus Bardewik (1506–1560), Lübecker Bürgermeister
- Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Johanniter, Politiker, Mitbegründer des Deutschen Nationalvereins, Vorsitzender der Nationalliberalen im Reichstag

- Wilhelm Bornemann (1858–1946), evangelischer Theologe und Kirchenlieddichter
- Marco Börries (* 1968), Gründer von Star Division und Erfinder von Star Office
- Jan Böttcher (* 1973), Schriftsteller und Musiker
- Heinrich Brömse (1440–1502), Lübecker Bürgermeister
- Franz Joachim Burmeister (1633–1672), Theologe und Dichter
- Henning J. Claassen (* 1944), Gründer und Vorstandsvorsitzender der Impreglon AG
- Andreas Crappius (1542–1623), Kirchenliedkomponist
- Lutke von Dassel (1474–1537), Lüneburger Bürgermeister
- Georg von Dassel (1629–1687), Lüneburger Bürgermeister
- Johann Georg Ebeling (1637–1676), Johanniter, Kirchenlieder-Komponist („Die güldne Sonne voll Freud und Wonne“, Text von Paul Gerhardt)
- Ulrich Fischer (* 1949), Theologe und Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Baden
- Detlev Ganten (* 1941), Mediziner, Mitglied des Nationalen Ethikrates, seit 2004 Vorstandsvorsitzender der Charité Berlin
- Hans Görge (1859–1946), Elektrotechniker, Hochschullehrer in Dresden
- Carl Gravenhorst (1837–1913), geheimer Justizrat und Rechtsanwalt, geb. in Carrenzien/Krs. Bleckede – Amt Neuhaus, Johanniter, 1900 Ehrenbürger von Lüneburg; 46 Jahre im Bürgervorsteher-Kollegium, davon 38 Jahre als ‚Wortführer‘
- Dirk Hansen (* 1942), ehemaliger Bundestagsabgeordneter (FDP) und Vizepräsident der Bundeszentrale für politische Bildung
- Manfred Harder (* 1947), DFB-Bundesligaschiedsrichter, 54 Bundesliga-, 44 Zweitligaspiele
- Ingeborg Harms (* 1956), Journalistin, Literaturwissenschaftlerin und Schriftstellerin
- Fritz Heinemann (1889–1970) Johanniter, Philosoph (Frankfurt), nach Emigration 1937 in Oxford
- Christian Hoburg (1607–1675), Theologe und Mystiker
- Gustav von Hoppenstedt (1847–1918), deutscher General (Feldartillerie)
- Hermann Jacobsohn (1879–1933), Johanniter, Sprachwissenschaftler (Universität Marburg)
- Matthias Leja (* 1962), Schauspieler
- Niklas Luhmann (1927–1998), Johanniter, Soziologe (Universität Bielefeld), Begründer der soziologischen Systemtheorie („Theorie der Gesellschaft“)
- Friedrich von Mansberg (* 1969), Dramaturg und Sänger (Tenor)
- G. Theodor Meyer (1797–1870), Johanniter, Jurist, Abgeordneter in der Paulskirche 1848, 1850/51 Kultusminister im Kgr. Hannover
- Heinz Friedrich Meyer (1933–2004), Handweber und Dozent
- Jan-Philipp Müller (* 1975), Journalist und Fernsehmoderator
- Georg Heinrich Nieper (1748–1841), Jurist und Vizepräsident der Provinzialregierung im Königreich Hannover.
- Patricia Pantel (* 1971), Moderatorin Radio: FRITZ, You FM ehm. hr-XXL (HR); Fernsehen: Loveparade, Kanzlerbungalow (WDR), Channel 4 (GB) usw.
- Hilke Petersen (* 1967), Journalistin und Fernsehmoderatorin
- Bahne Rabe (1963–2001), Rudersportler und Goldmedaillengewinner bei den Olympischen Spielen 1988
- Mirko Reisser (DAIM) (* 1971), Graffitikünstler
- Georg Dietrich August Ritter (1826–1908), Mathematiker und Astrophysiker
- Tex Rubinowitz (* 1961), Cartoonist, Reisejournalist, Verleger
- Johann Abraham Peter Schulz (1747–1800), Johanniter, Komponist und Dirigent (Der Mond ist aufgegangen, Ihr Kinderlein kommet)
- Tanja Schumann (* 1962), Schauspielerin
- Annegret Soltau (* 1946), Künstlerin

- Johanna Stegen (1793–1842), deutsche Patriotin („Heldenmädchen von Lüneburg“)
- Johann Caspar von Völcker (1655–1730), Ingenieur, Architekt, Braunschweiger Festungsbaudirektor und Generalmajor
- Otto Volger (1822–1897), Geologe, Mineraloge
- Wilhelm Volger (1794–1879), Rektor des Johanneums, Archivar, Bibliothekar und Historiker
- Heinrich Schlange-Schöninghen (* 1960), Deutscher Althistoriker, Professur in Saarbrücken (Saarland)
- Ziggy X, deutscher Techno-DJ

Weitere Persönlichkeiten

- Johann Sebastian Bach (1700–1702), Schüler an St. Michaelis
- Georg Böhm (1661–1733), Kantor an St. Johannis
- Willer Crowell († 1401), Vorsteher der Lüneburger Kanzlei
- Werner Hoppenstedt (1883–1971), Direktor des kulturwissenschaftlichen Institutes der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
- Johann Christopher Jauch (1669–1725), Superintendent zu Lüneburg, Autor
- Karl Reinhold Mai (* 1951), Bankmanager und Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Lüneburg
- Bernhard Riemann (1826–1866), Mathematiker (Riemannsches Integral)
- Ralf Sievers (* 1961), Fußballprofi, 232 Bundesligaspiele
- Christoph Steiner (* 1952), Chefredakteur der in Lüneburg erscheinenden Landeszeitung für die Lüneburger Heide (LZ)
- Joachim Vogelsänger (* 1958), Kantor und Kirchenmusikdirektor an St. Johannis

Sonstiges

Das Lüneburger Ratssilber ist der größte erhaltene Silberschatz einer deutschen Stadt. Alle seine Stücke entstammen der Zeit zwischen 1443 und 1620. Die Originale des Ratssilbers sind nicht in Lüneburg zu sehen, sondern im Kunstgewerbemuseum Berlin (im Kulturforum am Potsdamer Platz) verwahrt; im Lüneburger Rathaus aber sind originalgetreue Galvanoplastiken zu bewundern.

Mit einer Gaststättenkonzession (Restaurants, Cafés, Kneipen, Bistros, Dönerbuden usw.) pro zirka 200 Einwohner reklamiert Lüneburg (wie einige andere Städte in Deutschland) für sich die größte Kneipendichte Deutschlands und nach Madrid die zweitgrößte Europas.[11] Viele der etwa 350 Gaststättenbetriebe liegen in der Altstadt um den Stintmarkt, den Markt, die Heiligengeiststraße, die Schröderstraße und den Platz Am Sande herum und sind meist in die historischen Gebäude eingefügt.

Das Aufklärungslehrbataillon 3 erhielt am 30. September 2008 als Ehrung der Stadt den Beinamen „Lüneburg“. Dies ist eine besondere Auszeichnung für das Bataillon, da Beinamen normalerweise erst ab der Brigadeebene verliehen werden.

Literatur

- Wilhelm Reinecke: Geschichte der Stadt Lüneburg. 2 Bde. Lüneburg 21977 (1933).
- Otto und Theodor Benecke (Hrsg.): Lüneburger Heimatbuch. 2. Auflage. 2 Bände. Carl Schünemann, Bremen 1925–1927.
- Heinz Stoob, Wilfried Ehbrecht, Jürgen Lafrenz, Peter Johannek (Hrsg.); Uta Reinhardt (Autor): Deutscher Städteatlas. Band 5 (V), Teilband 3. Acta Collegii Historiae Urbanae Societatis Historicorum Internationalis – Serie C. Im Auftrag des Kuratoriums für vergleichende Städtegeschichte e. V. und mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Stadtmappe Lüneburg, Dortmund-Altenbeken 1994, ISBN 3-89115-044-X.
- Friedrich Freudenthal: Erinnerungen eines hannoverschen Infanteristen von Lüneburg nach Langensalza 1866. Band 10: Schlacht bei Langensalza 1866. Verlag Rockstuhl, Bad Langensalza 2002, ISBN 3-934748-78-3.

- Thomas Kirschbaum: Lüneburg – Leben in einer spätmittelalterlichen Großstadt. Wernigerode 2000, ISBN 3-928977-83-0.
- Joachim Matthaei: Lüneburg (Deutsche Lande – Deutsche Kunst). 3., veränderte Auflage. München/Berlin 1978.
- Elmar Peter: Lüneburg – Geschichte einer 1000-jährigen Stadt 956–1956. 2. Auflage. Museumsverein für das Fürstentum Lüneburg (Hrsg.), Lüneburg 1999, ISBN 3-922616-15-1. 596 Seiten.
- Uta Reinhardt, Wilhelm Reinecke, Gustav Luntowski: Die Straßennamen Lüneburgs. 5. Auflage. De Sulte 15, Edition Ruprecht, Göttingen 2007, ISBN 978-3-7675-7078-8.
- Julius Wolff: Der Sulfmeister. Krimi im mittelalterlichen Lüneburg. 1956, ISBN B0000BPSIL. 552 Seiten.

Fußnoten und Einzelnachweise

1. ↑ Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen - Bevölkerungsfortschreibung (Hilfe dazu)
2. ↑ Citypopulation: Deutsche Agglomerationen mit mehr als 50.000 Einwohnern.
3. ↑ Vgl.: Monumenta Germaniae Historica D O1, 183
4. ↑ Susanne Stäblein: Die Lüneburger Saline und ihre Bedeutung für das mittelalterliche Lüneburg und den Ostseeraum. In: Akademische Schriftenreihe, Bd. V126497, 2009. ISBN 978-3-640-33112-3
5. ↑ Einwohnerentwicklung Bürgeramt Lüneburg
6. ↑ Landtagswahlkreise ab 16. Wahlperiode. Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Niedersächsischen Landtag. Anlage zu § 10 Abs. 1 NLWG, S. 4. (PDF; 87 KB)
7. ↑ Beschreibung der Wahlkreise. Anlage zu § 2 Abs. 2 Bundeswahlgesetz. In: Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes. Anlage zu Artikel 1. Bonn 18. März 2008, S. 325. (PDF; 200 KB)
8. ↑ Binnenhafen Lüneburg, Metropolregion Hamburg
9. ↑ Ehrenbürger der Hansestadt Lüneburg (seit 1832), Hansestadt Lüneburg
10. ↑ Ehrenbürgerschaft: Rat distanziert sich einstimmig, Pressearchiv, Hansestadt Lüneburg, 21. April 2007
11. ↑ Presseservice, Hansestadt Lüneburg

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Fürstentum Lüneburg

Das Fürstentum Lüneburg (später auch Fürstentum Celle genannt) war in den Jahren 1269 bis 1705 ein reichsunmittelbares Territorium im Heiligen Römischen Reich auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Niedersachsen. 1269 aus der Teilung des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg hervorgegangen, verlor es 1705 mit dem Anschluss an das Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg seine Selbstständigkeit, seine Stimme im Reichsfürstenrat wurde weiter als "Braunschweig-Celle" geführt.

Territorium

Als das Fürstentum Lüneburg durch die Teilung von 1269 entstand, bestand der Besitz der Lüneburger Fürsten in einer Vielzahl an Herrschaftsrechten im Lüneburger Land, ohne dass

von einer territorialen Geschlossenheit die Rede sein konnte, da zahlreiche Rechte im Besitz anderer reichsunmittelbarer Adelige waren. Erst durch den Erwerb zahlreicher Grafschaften und Gerechtigkeiten im 13. und 14. Jahrhundert gelang die Herausbildung eines geschlossenen Herrschaftsbereiches. Nach der Teilung der Fürstentümer Braunschweig-Wolfenbüttel und Lüneburg zwischen Bernhard und Heinrich im Jahre 1409 war die territoriale Entwicklung des Landes weitgehend abgeschlossen.[1] Das Fürstentum Lüneburg umfasste zu dieser Zeit den Großteil der Lüneburger Heide und des Wendlandes und maß ca. 11.000 km². [1]

Geschichte

Entstehung

Entstanden ist das Fürstentum Lüneburg durch die Teilung des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg, welches im Jahre 1235 aus den Eigengütern der Welfen in Sachsen gebildet und als Reichslehen an Otto das Kind, einen Enkel Heinrichs des Löwen, gegeben wurde. Namen gebend waren die beiden größten Städte des Territoriums, Braunschweig und Lüneburg. Nach dem Tode Ottos teilten seine beiden Söhne Albrecht und Johann in den Jahren 1267 bzw. 1269 das Herzogtum in die Teilfürstentümer Braunschweig, welches Albrecht, und Lüneburg, welches Johann übernahm. Zusammen bildeten beide Fürstentümer weiterhin das Herzogtum Braunschweig-Lüneburg, welches reichsrechtlich ungeteilt blieb, was unter anderem dadurch deutlich wird, dass alle Fürsten der verschiedenen Linien den Titel des Herzogs von Braunschweig-Lüneburg führten. Zudem blieben die beiden Hauptstädte, Braunschweig bis 1671 und Lüneburg bis 1512, gemeinsamer Besitz des welfischen Gesamthauses.

Altes Haus Lüneburg

Als Johann 1277 starb, wurde eine Vormundschaftsregierung für den noch unmündigen Sohn Johanns, Otto der Strenge, eingesetzt, ehe dieser 1282 selber die Regierung übernahm. In zahlreichen Fehden setzte Otto seinen Herrschaftsanspruch gegen den niederen Adel durch und erreichte so eine Konsolidierung der Herzogsgewalt nach innen. Er setzte die seit Otto dem Kind betriebene planmäßige Erwerbspolitik im Lüneburger Fürstentum fort und erreichte durch den Erwerb zahlreicher Herrschaften und Gerechtigkeiten, so unter anderem von Bleckede und Hitzacker, der Grafschaft Dannenberg und der Grafschaft Wölpe, eine Arrondierung des Lüneburger Allodialbesitzes.[2]

Herzog Otto folgten seine Söhne Otto III. von Lüneburg und Wilhelm von Lüneburg. Die von dem Vater 1318 erlassene Bestimmung, wonach das Fürstentum nach seinem Tode unter Otto III. und seinem Bruder Wilhelm II. zu teilen wäre, wurde von den Brüdern ignoriert und sie traten 1330 gemeinsam die Regierung im ungeteilten Land an. Schwerpunkt ihrer Herrschaft in den ersten Jahren war die weitere territoriale Konsolidierung des Fürstentums. So gelang es ihnen durch den Erwerb des Dorfes Fallersleben, der Grafschaft Papenteich und Wettmarshagens, ihren Besitz im Raum Gifhorn deutlich zu erhöhen. Ein weiterer Schwerpunkt war die politische Unterstützung der wirtschaftlich aufstrebenden Städte. So profitierte insbesondere der Lüneburger Handel von der Schiffbarmachung der Ilmenau zwischen Lüneburg und Uelzen sowie von Wirtschaftsverträgen zwischen den Lüneburger Fürsten und den Herzögen von Sachsen-Lauenburg. Die beiden Brüder regierten bis zum Tode Ottos III. im Jahre 1352 gemeinsam, anschließend führte Wilhelm die Regentschaft bis zu seinem Tode im Jahre 1369.

Lüneburger Erbfolgekrieg

Nachdem Wilhelm II. von Lüneburg 1369 ohne männliche Nachkommen starb, erlosch das ältere Haus Lüneburg. Entsprechend den welfischen Hausgesetzen und dem Wunsch Wilhelms wäre Herzog Magnus II. Torquatus von Braunschweig erbberechtigt gewesen. Kaiser Karl IV. betrachtete das Reichslehen jedoch als ans Reich zurückgefallen und belehnte Albrecht von Sachsen-Wittenberg und dessen Onkel Wenzel mit dem Fürstentum, wodurch der Lüneburger Erbfolgekrieg ausgelöst wurde.

Die Stadt Lüneburg unterstützte die Wittenberger, nutzte die Gelegenheit, sich dem unmittelbaren Zugriff des Herzogs zu entziehen, und zerstörte am 1. Februar 1371 die herzogliche Burg auf dem Kalkberg, wodurch dieser gezwungen wurde, seine Residenz nach Celle zu verlegen. Ein Versuch am 21. Oktober 1371, dem Ursulatag, Lüneburg militärisch niederzuwerfen und sich der alten herzoglichen Rechte zu versichern, schlug fehl.[3] In den militärischen Auseinandersetzungen in den folgenden Jahren konnten weder die Braunschweiger noch die Wittenberger ihre Ansprüche durchsetzen, und erst der Frieden von Hannover 1373 beendete, zumindest vorerst, den Krieg. Entsprechend den dort getroffenen Vereinbarungen sollten die Welfen und die Wittenberger sich in der Regentschaft abwechseln. Dieser Vertrag wurde noch zusätzlich durch die Heirat der beiden ältesten Söhne des bereits 1373 verstorbenen Magnus Torquatus, Friedrich und Bernhard I., mit den beiden Töchtern Wenzels sowie die Heirat von Magnus' Witwe mit Albrecht von Sachsen-Wittenberg abgesichert. Der jüngere Bruder von Friedrich und Bernhard, Heinrich der Milde, lehnte die Vereinbarungen jedoch ab und führte den Krieg weiter. Erst nach der Schlacht von Winsen

im Jahre 1388, bei dem Wenzel sein Leben ließ, verzichteten die Wittenberger auf ihre Ansprüche, und das Fürstentum war endgültig den Welfen gesichert.

Lüneburger Sate und Satekrieg

Der Erbfolgekrieg hatte im Fürstentum zu einer großen Machtfülle der Landstände geführt. Um sich die Unterstützung der Städte und des niederen Adels zu sichern, waren sowohl die Welfen als auch die Askanier gezwungen, den Landständen umfassende Privilegien zuzusichern und ihnen zahlreiche Gerechtigkeiten und Burgen zu verpfänden.[4] Die Celler Herzöge Bernhard und Heinrich waren zwar siegreich aus dem Konflikt hervorgegangen, standen dadurch aber vor massiven finanziellen Problemen.[4] Als sie mit einer neuerlichen Finanzbitte an die Stadt Lüneburg herantraten, kam es im September 1392 als Gegenleistung für einen Kredit in Höhe von 50.000 Mark löt zum Abschluss eines umfangreichen Vertragswerkes, der sog. Lüneburger Sate, in dem den Ständen zahlreiche Privilegien bestätigt wurden und die Herzöge sich der Gerichtsbarkeit eines von den Ständen gebildeten Gremiums unterwarfen.

Die folgenden Jahre waren von neuerlichen Spannungen zwischen den Landesherrn und den Landesständen und dem Versuch der Herzöge, die Stellung der Lüneburger Sate zu schwächen, geprägt.[5] 1396 kam es zum endgültigen Bruch. Nachdem er sich durch den Abschluss eines Schutz- und Verbrüderungsvertrages der Hilfe Schwedens und Mecklenburgs versichert hatte, nahm Herzog Heinrich, dem sich bald darauf auch sein Bruder Bernhard anschloss, Besitz von der Stadt Uelzen und zwang diese ihren Austritt aus der Sate zu erklären und einen Huldigungseid den Lüneburger Herzögen gegenüber zu leisten. Im Zuge der sich nun zwischen den Herzögen und der Stadt Lüneburg entwickelnden Auseinandersetzungen kam es im ganzen lüneburgischen Land zu zahlreichen Schlachten. Durch Unterstützung der Hansestädte Hamburg und Lübeck gelang es Lüneburg, eine militärische Überlegenheit zu erringen, sodass die Celler Herzöge der Gegenpartei Friedensverhandlungen anboten. Im Oktober 1397 kam es zu einer vertraglichen Einigung zwischen den Konfliktparteien, eine Restituierung der Lüneburger Sate, wie sie von der Stadt Lüneburg angestrebt worden war, erfolgte jedoch nicht.[6]

Mittleres Haus Lüneburg

Der gemeinsamen Regentschaft der Brüder Bernhard und Heinrich in den Jahren 1388 bis 1409 folgte eine erneute Teilung, bei der Heinrich Lüneburg und Bernhard Braunschweig erhielt. Nach Herzog Heinrichs Tod im Jahre 1416 folgten ihm seine beiden Söhne Wilhelm und Heinrich. Ihre Herrschaft war in erster Linie von den finanziellen Belastungen geprägt, unter denen das Land nach dem Lüneburger Erbfolgekrieg immer noch litt.

1428 kam es zwischen ihnen und ihrem in Braunschweig regierenden Onkel Bernhard zu einer erneuten Aufteilung der welfischen Güter. Die Brüder Wilhelm und Heinrich erhielten das um das Land zwischen Deister und Leine, das spätere Fürstentum Calenberg, erweiterte Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel; ihr Onkel Bernhard erhielt das Fürstentum Lüneburg und wurde damit zum Begründer des mittleren Hauses Lüneburg.

Nach Herzog Bernhards Tod im Jahre 1434 übernahm sein ältester Sohn Otto die Regentschaft. Ihm folgte 1446 sein Bruder Friedrich der Fromme, der jedoch bereits 1457 zugunsten seiner Söhne Bernhard und Otto abdankte, um in das Franziskanerkloster Celle einzutreten. Nachdem die beiden Brüder bereits 1464 bzw. 1471 starben, verließ Friedrich der Fromme das Kloster wieder, um die Regentschaft für seinen erst 3-jährigen Enkel Heinrich den Mittleren, dem Sohn des Otto von Lüneburg und der Anna von Nassau, zu übernehmen.

Als Friedrich 1478 starb, übernahm Anna von Nassau die Regentschaft für ihren Sohn, bis dieser 1486 selbst die Regierung in Celle übernahm und seine Mutter sich auf ihren Witwensitz Schloss Lüchow zurückzog. Aufgrund seiner Rolle in der Hildesheimer Stiftsfehde und der damit verbundenen politischen Gegnerschaft zu Kaiser Karl V. war Heinrich gezwungen, 1520 zugunsten seiner Söhne Otto und Ernst dem Bekenner abzudanken. Nachdem Otto 1527 aus der Regierung ausschied und mit dem Amt Harburg abgefunden wurde und auch der seit 1536 mitregierende jüngste Bruder Franz sich 1539 mit dem Amt Gifhorn abfinden ließ, regierte Ernst der Bekenner alleine.

Ernst der Bekenner und Einführung der Reformation

Ein Schwerpunkt seiner Regierung war die Sanierung des völlig überschuldeten Fürstentums. So waren bei seiner Amtsübernahme, mit Ausnahme der Schlossvogtei, alle Ämter verpfändet, und seine Bestrebungen zielten vor allem auf deren Wiedereinlösung ab. Die dafür benötigten Steuererhöhungen führten zu schweren Auseinandersetzungen mit den Ständen. Es gelang Herzog Ernst jedoch, sich durchzusetzen und so den zwingend gewordenen Schuldenabbau einzuleiten. Ein zweiter Schwerpunkt in seinem Wirken war die Einführung der Reformation. Ernst der Bekenner war selbst Student in Wittenberg gewesen und dort in Kontakt mit Luthers Lehrern gekommen. Bald nach Übernahme der Regierung begann er mit der Reformierung der Kirche des Fürstentums im lutherischen Sinne. Im Jahre 1527 gab es einen Landtagsabschied, auf dem sich auch der sich bis dahin ablehnend verhaltende Adel für den

neuen Glauben aussprach. 1530 gehörte Ernst zu den Unterzeichnern des Augsburger Bekenntnisses und brachte aus Augsburg den Reformator Urbanus Rhegius mit, der in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich für die Umsetzung der Reformation verantwortlich war.

Da bei Herzog Ernsts Tod seine Söhne noch minderjährig waren und die beiden Onkel, Otto und Franz, die Übernahme der Vormundschaft ablehnten, bestimmte der Kaiser den Kölner Erzbischof sowie den Grafen von Schaumburg zu Vormündern. Der älteste Sohn Franz Otto übernahm 1555 die Regierung, dankte aber bereits 1559 zugunsten seiner Brüder Heinrich und Wilhelm ab.

Nach dem Rückzug Heinrichs 10 Jahre später regierte Wilhelm bis zu seinem Tode 1592 formell zwar alleine, aber aufgrund seiner schweren psychischen Probleme nahm er nur noch sehr eingeschränkt am politischen Leben teil und verbrachte die letzten Jahre in geistiger Umnachtung. Seine Herrschaft war ebenso wie die seines Vaters von einer zwingend gewordenen Entschuldungspolitik bestimmt. Insbesondere die Aussöhnung mit der Stadt Lüneburg 1562 und die damit verbundene Übernahme eines Teils der Schulden der Fürstentums und der Reichssteuern durch die Stadt Lüneburg bedeuteten eine Entspannung der desolaten Haushaltslage. Darüber hinaus sind neben der 1564 erlassenen Kirchenordnung, die die Reformation im Lüneburger Land praktisch zum Abschluss brachte, vor allem die im selben Jahr erlassene Hofgerichtsordnung und die Polizeiordnung als wichtige Reformen zu nennen.

In Anbetracht der Schwierigkeiten immer neuer Teilungen schlossen die Söhne Wilhelms einen Vertrag, wonach sie nacheinander die Regentschaft ausüben, sich aber nur einer standesgemäß vermählen und damit die herzogliche Erblinie fortsetzen solle. Das Los fiel auf den zweitjüngsten, Georg von Calenberg.

Neues Haus Lüneburg

Nach dem Tode seines Onkels Friedrich von Lüneburg erbte Georgs ältester Sohn Christian Ludwig 1648 Lüneburg und wurde somit zum Begründer des neuen Hauses Lüneburg. Ihm folgte 1665 sein Bruder Johann, der 1665 nach dem Ableben Christians staatsstreichartig die Regierung übernahm, trotz der Ansprüche seines in Calenberg residierenden Bruders Georg Wilhelm, der älter und somit vor ihm erberechtigt gewesen wäre. Georg Wilhelm gelang es, sich durchzusetzen und die Regierung zu erlangen, musste allerdings an seinen Bruder, der nun das Fürstentum Calenberg übernahm, das erst 1617 ans Haus Lüneburg gelangte Fürstentum Grubenhagen abtreten.[7]

Dem oft als „Heideherzog“ titulierten Georg Wilhelm gelang es, den Hof zu einer letzten Blüte zu führen. So fielen unter anderem der Bau des noch heute betriebenen Barocktheaters, die Anlage des französischen Gartens sowie die Gestaltung der Schlossfassade in seiner heutigen, barocken, Form in seine Zeit. Nach seinem Tode im Jahr 1705 erbte der mit seiner später als „Prinzessin von Ahlden“ bekannt gewordenen Tochter Sophie Dorothea verheiratete Georg von Hannover das Land Lüneburg, welches damit mit dem Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg vereinigt wurde und seine Selbstständigkeit verlor.

Welfische Nebenlinien

Im 16. Jahrhundert entstanden mehrere welfische Nebenlinien, die eigene Herrschaftsterritorien erhielten:

Harburg

Nach einer nicht-standesgemäßen Eheschließung mit der Hofdame Meta von Campe verzichtete Herzog Otto 1527 auf die Beteiligung an der Regierung des Fürstentums und wurde mit dem Amt Harburg als eigenem Herrschaftsbereich abgefunden. Harburg blieb Bestandteil des Fürstentums, für Grenz- und Hoheitsfragen war weiterhin die herzogliche Kanzlei in Celle zuständig, der ritterschaftliche Adel im Amt Harburg nahm weiterhin an der lüneburgischen Ständeversammlung teil und wurde vom Celler Herzog belehnt. Als Otto 1549 starb, sollte das Amt Harburg vertragsgemäß an die Celler Herzöge zurückgehen, es gelang jedoch dem Sohn Ottos, Otto dem II., 1560 eine Neuregelung des Abfindungsvertrages von 1527 zu erreichen. Harburg wurde als erblicher Besitz festgeschrieben und der Herrschaftsbereich um den Amtsbezirk Moisburg erweitert. Als die harburgische Linie 1642 ausstarb, fiel die Herrschaft zurück ans herzogliche Haus in Celle.[8]

Gifhorn

Persönliche Auseinandersetzungen zwischen den Brüdern Ernst und Franz führten 1539 zur Entstehung der Herrschaft Gifhorn, dem sog. Herzogtum Gifhorn. Für den Verzicht auf seine Beteiligung an der Regierung im Fürstentum erhielt Franz als Abfindung Schloss Gifhorn sowie die Ämter Fallersleben, Gifhorn und Isenhagen. Obwohl Franz versuchte die volle

Souveränität seines Herrschaftsbereiches durchzusetzen, verblieben wesentliche Hoheitsrechte beim herzoglichen Haus in Celle. So war Celle weiterhin für außenpolitische Belange zuständig, zudem blieb der Gifhorner Adel Teil des Lüneburger Landstandes. Als Herzog Franz 1559 kinderlos starb, fiel die Herrschaft Gifhorn an Celle zurück.[8]

Dannenberg

Als Herzog Heinrich entgegen einer Absprache mit seinem Bruder Wilhelm 1569 Ursula von Sachsen-Lauenburg heiratete, musste er auf eine weitere Regierungsbeteiligung im Fürstentum verzichten und wurde stattdessen mit dem Amt Dannenberg und dem Klosteramt Scharnebeck abgefunden. Die Herrschaft Dannenberg blieb Teil des Fürstentums Lüneburg, wesentliche Hoheitsrechte, wie z.B. die Außenpolitik oder die Steuerpolitik, blieben bei der Regierung in Celle. 1592 wurde die Herrschaft nach dem Tode Herzog Wilhelms um die Ämter Hitzacker, Lüchow und Warpke erweitert, Forderungen nach einer Übertragung von Hoheitsrechten konnte Heinrich jedoch nicht durchsetzen. Nachdem das Fürstentum Grubenhagen 1617 an Celle gefallen war, erhielt die Dannenberger Linie das Amt Wustrow als Entschädigung. 1671 fiel die Herrschaft Dannenberg an die welfische Linie in Celle zurück.[8]

Politik und Verwaltung

Die Zentralverwaltung des Fürstentums

Im 13. Jahrhundert finden sich neben den herzoglichen Beratern, die zu dieser Zeit aus edelfreien Vasallen bestehen, noch die im 12. Jahrhundert entstandenen Hofämter des Truchseß, des Schenk, des Kämmerers und des Marschalls. Die Ämter waren im erblichen Besitz einzelner adeliger Familien. So stellte die Familie v. Grote den Truchsess, die Familie v. Meding den Marschall, der Schenk und der Kämmerer entstammte zunächst der Familie vom Berge, nach deren Aussterben stellten die von dem Knesebeck den Kämmerer und die v. Behr den Schenken. Die genannten Ämter werden urkundlich bis ins 14. Jahrhundert genannt, hatten ihren politischen Einfluss jedoch um die Wende zum 14. Jahrhundert bereits weitgehend verloren. Zu dieser Zeit bildete sich ein fürstliches Ratsgremium heraus, welches sich primär aus Mitgliedern des lüneburgischen Ministerialenadels zusammensetzte. Die personelle Zusammensetzung war zu dieser Zeit nicht konstant, sondern hing vom jeweiligen Aufenthaltsort des Herzogs ab. Erst mit der Herausbildung Celles als Residenzstadt Mitte des 15. Jahrhunderts bildeten sich klare Ratskonturen heraus und es gehörten einzelne Räte über einen längeren Zeitraum zum Beraterkreis des Herzogs.[9][10]

An der Spitze der herzoglichen Kanzlei, der obersten Behörde, in der Urkunden ausgestellt wurden, stand der Kanzleivorsteher. Ihm unterstanden die Schreiber, die zumeist dem lüneburgischem Klerus entstammten.

Im 16. Jahrhundert traten neben die adeligen Räte, die von dieser Zeit an als Landräte bezeichnet wurden, gelehrte, oft landesfremde, Räte. An der Spitze der Kanzlei stand mit dem Kanzler ebenfalls ein Gelehrter. Die Kanzlei diente seit dieser Zeit nicht mehr nur als Schreibstube, sondern war zudem Beratungsort der Räte und Sitz des Kanzleigerichtes.[10]

Die Finanzverwaltung oblag seit 1536 der Rentkammer, an deren Spitze der Rentmeister stand.

Nach dem Tode Ernst des Bekenners 1546 wurde für seine unmündigen Söhne eine Vormundschaftsregierung gebildet. Geleitet wurde die Regierung vom so genannten Statthalter, der die Aufsicht über die Hof- und Amtsverwaltung innehatte. Weiterhin gehörten der Celler Vogt, der Kanzler und der Vizekanzler der Regierung an. Diese Institution blieb auch nach der Regierungsübernahme durch die Söhne Ernsts als oberste Landesbehörde bestehen.

1593 entstand nach Erlass einer neuen Kanzlei- und Regierungsordnung der Kammerrat, dem nun lediglich noch der Statthalter, der Celler Vogt und der Kanzler angehörten. Ihm oblagen die zentralen politischen Entscheidungen, insbesondere in finanziellen Fragen und dem Bereich der Außenpolitik, während die Aufgaben der Kanzlei auf die reine Verwaltungstätigkeit beschränkt wurden.

1618 wurden nach Erlass einer neuen Regimentsordnung mehrere Ratsstuben eingerichtet, die nun jeweils nur für bestimmte Bereiche zuständig waren. Für kirchliche Fragen war das Konsistorium zuständig, dem Kriegsrat oblag das Militärwesen, die Finanzverwaltung dem Haushaltsrat. An die Stelle des alten Kammerrates trat nun der Geheime Rat, der primär für Fragen der Außenpolitik zuständig war.[10]

Ämter, Vogteien und Gogerichte als Träger der Lokalverwaltung

Im 13. und 14. Jahrhundert dienten Gogerichte der lokalen Verwaltung des Landes. Neben der Rechtsprechung waren sie unter anderem für das Aufgebot der folgepflichtigen Hintersassen, Verteidigungsorganisation bis hin zur Sorge für die Landwehren zuständig.[11]

Beginnend im 13. Jahrhundert entstanden im Fürstentum Lüneburg, teilweise parallel zu den bestehenden Gogerichten, teilweise gründeten sie sich auf diese, Vogteien als Träger der Lokalverwaltung, über den genauen Entstehungsprozess liegen jedoch nur geringe Kenntnisse vor.[12] Seit dem 16. Jahrhundert setzte sich die Bezeichnung Amt durch, die Unterbezirke der Ämter wurden seit dieser Zeit als Vogteien bezeichnet.[13] Der Ämterbildungsprozess war im 16. Jahrhundert mit der Entstehung der Klosterämter nach der Reformation in ihren Grundzügen abgeschlossen.[11]

An der Spitze der Ämter stand ein Amtmann, der vom Herzog eingesetzt wurden. Dem Amt zugehörig war der so genannte Amtshof, der ursprünglich vom Amtmann selber verwaltet, seit dem 17. Jahrhundert jedoch meist verpachtet wurde. Unterstellt waren die Ämter der herzoglichen Finanzverwaltung, der Rentkammer, in Celle.

Die Ämter nahmen die herzoglichen Herrschaftsrechte wahr und waren an der Erhebung landesherrlicher Steuern beteiligt. Insbesondere waren sie erstinstanzlicher Gerichtsstandort für alle Zivilstreitigkeiten und niederen Strafsgerichtsfälle. Zudem waren sie Verwaltungsmittelpunkt für den herzoglichen Grundbesitz, d. h., sie erhoben die dem Herzog zustehenden grundherrschaftlichen Abgaben.[13]

Sonderfälle stellten die so genannten geschlossenen adeligen Gerichte in Gartow und in Wathlingen dar. Hier waren die ansässigen Familien v. Bernstorff bzw. v. Lüneburg im Besitz nicht nur der niederen und höheren Gerichtsbarkeit, sondern hatten auch die herzoglichen Verwaltungsaufgaben inne. Die Städte Celle, Harburg, Lüchow, Dannenberg, Hitzacker und Soltau waren eigenständige Verwaltungskörper und ebenfalls nicht in das Ämterssystem eingebunden. Neben einer eigenen Verwaltung besaßen sie die Niedergerichtsbarkeit, lediglich für die Hochgerichtsbarkeit war das Kanzleigericht in Celle zuständig. Lüneburg erreichte eine noch weitergehende Unabhängigkeit und besaß neben der Nieder- auch die Hochgerichtsbarkeit.[14]

Gerichtswesen

Im 13. und 14. Jahrhundert waren Gogerichte zuständig für die Rechtsprechung. Die Go-Richter wurden im lüneburgischen größtenteils von der Gerichtsgemeinde frei gewählt, teilweise bestand jedoch ein Einsetzungsrecht des niederen Adels oder des Herzogs.[11]

Die Gerichtskompetenzen gingen seit der Herausbildung der Ämter auf diese über. Für den Großteil der Einwohner des Fürstentums waren seitdem in zivilrechtlichen Fragen in erster Instanz die Ämter zuständig, in höheren Strafsgerichtsprozessen wurde die Untersuchung von den Ämtern geleitet und das Urteil, nach Fällung durch das Kanzleigericht in Celle, von diesen umgesetzt.[13] Für die Einwohner der Städte, die über die niedere. bzw. höhere Gerichtsbarkeit verfügten, waren die städtischen Gerichte zuständig, für die Einwohner der geschlossenen adeligen Gerichte in Wathlingen und Gartow die jeweiligen Gutsherren.[13] Für den Adel sowie die meisten höheren Beamten war grundsätzlich das Kanzleigericht erste Instanz in allen Zivil- und Strafsrechtsfällen.

Als Berufungsgerichte dienten das Kanzleigericht und, seit 1536, das ständisch besetzte Hofgericht in Celle. Eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten existierte nicht, die Wahl des Gerichts war dem Kläger überlassen. In letzter Instanz bestand die Möglichkeit, das Reichskammergericht in Wetzlar anzurufen.[10]

Im Fürstentum Lüneburg existierten neben den Gerichten auf Ämterebene und dem Kanzleigericht zahlreiche adelige Patrimonialgerichte, deren Zuständigkeiten sich jedoch auf einzelne Einwohner und einzelne Bereiche der Gerichtsbarkeit beschränkten. So gab es die Binnen-, Pfahl-, Zaun-, Dorf-, Straßen- und Feldgerichte.[14]

Für alle zivilen und strafrechtlichen Rechtsstreitigkeiten, die in Zusammenhang mit der Forstnutzung standen, waren die Holzungsgerichte zuständig, die ein- bis zweimal jährlich tagten und deren Grenzen unabhängig von den Ämtern waren. Seit dem 16. Jahrhundert verloren diese Gerichte an Einfluss, Forststreitigkeiten wurden seitdem auch von anderen Gerichten entschieden.[15]

Seit 1562 existierte als oberstes geistliches Gericht das Konsistorium in Celle. Es war für alle für Ehesachen, Prozesse zwischen Kirchen und Prozesse zwischen Laien und Geistlichen zuständig.[10]

Landschaft des Fürstentums Lüneburg

Im 17. Jahrhundert entstand als institutionelle Vertretung der Landstände des Fürstentums Lüneburg die Lüneburger Landschaft. Neben der Mitwirkung an der Gesetzgebung und Steuerbewilligung hatte sie ein Präsentationsrecht für verschiedene Verwaltungsstellen und war dadurch in die Verwaltung des Fürstentums eingebunden.[16]

Militärwesen

Bis ins 16. Jahrhundert bestand das militärische Aufgebot aus der Lehnsmiliz, also der zum militärischen Dienst verpflichteten Ritterschaft, und dem Heerbann, d. h. Teilen der Landbevölkerung. Die Dienstpflicht der Lehnsmiliz resultierte auf den lehnrechtlichen Bindungen den Celler Herzögen gegenüber, die des Heerbann aus der Verpflichtung ihrem Grundherrn gegenüber.[17]

Seit dem Aufkommen der Feuerwaffen im 15. Jahrhundert wurden zunehmend Söldnerheere eingesetzt, die jeweils für einzelne Kriege verpflichtet und anschließend wieder aus dem Dienst entlassen wurden. Ergänzen sie anfangs lediglich die Ritterheere, ersetzten sie diese aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit im 17. Jahrhundert größtenteils.[17]

Stehende Truppen existierten bis ins 17. Jahrhundert nur in sehr geringem Umfang. Lediglich die herzoglichen Leibwachen und Soldaten zur Sicherung der Celler Residenz standen permanent im Dienst der Herzöge.[17]

In den ersten Jahren des Dreißigjährigen Krieges bestanden die Truppen noch aus Söldnerherren, bis 1631 unter dem Calenberger Herzog Georg Truppen für das welfische Gesamthaus Braunschweig-Lüneburg aufgestellt wurden, die erstmals als stehendes Heer dauerhaft im Dienst der Herzöge blieben. Nach dem Ende des gemeinschaftlichen Heeres des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg im Jahr 1644 kamen ein Teil der Regimenter an das Fürstentum Lüneburg und bildeten das lüneburgische Heer.[18]

1650 wurde die Truppenstärke auf Verlangen der Landstände zunächst reduziert, bereits 1651 und 1665 nach dem Regierungsantritt Georg Wilhelms wieder deutlich ausgebaut. Eingesetzt wurden die Truppen in dieser Zeit vor allem in mehreren europäischen Kriegen, unter anderem in Venedig, in Spanien und in den Niederlanden, in den das Fürstentum Lüneburg zwar nicht selbst involviert war, die Celler Herzöge die Truppen aber gegen Bezahlung in den Dienst auswärtiger Kriegsmächte stellten.[18]

Nach dem Anfall des Fürstentums Lüneburg an das Kurfürstentum Hannover wurde die lüneburgische Armee mit der hannoverschen Armee vereinigt.

Wirtschafts- und Sozialgeschichte

In der Landwirtschaft kamen dem Roggen, der auf den sandigen Böden der Lüneburger Geestlandschaft die besten Ergebnisse einbrachte, sowie dem Buchweizen, ein Knöterichgewächs, große Bedeutung zu.

Neben dem Ackerbau spielte zum einen die Imkerei und zum anderen die Heidschnuckenztucht eine wichtige Rolle, sowohl als Fleisch- und Wolllieferant, aber vor allem zur Erzeugung von Dünger, der auf den wenig fruchtbaren Böden im Lüneburger Land dringend benötigt wurde.

Neben den Vollerwerbslandwirten gab es jedoch eine große Zahl Kleinbauern und besitzloser Landarbeiter, die zum einen auf die landwirtschaftliche Tagelöhnerie sowie – da es in dieser nur begrenzte Erwerbsmöglichkeiten gab – auf die Ausübung eines Handwerkes, zumeist der Tuchweberei, angewiesen waren. Daneben spielte für die unteren bäuerlichen Schichten auch die so genannte „Hollandgängerei“ eine große Rolle, d. h., die Menschen verließen ihre Heimat, um sich in Holland ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

In den Städten gab es die dort ansässigen Handwerksbetriebe. Darüber hinaus spielte insbesondere in der Stadt Lüneburg die Salzgewinnung eine große Rolle, durch die Lüneburg im ausgehenden Spätmittelalter zu großem Reichtum und politischem Einfluss gelangte.

Einzelnachweise

- ↑ a b Schmidt-Salzen, Wolf-Nikolaus, Handbuch der niedersächsischen Landtags- und Ständegeschichte, Band 1: 1500-1806, hg. v. Brage bei der Wieden, Hannover 2004, S. 135.

2. ↑ Schubert, Ernst (Hg.), in: Geschichte Niedersachsens, Band 2, in: Niedersachsen - Politische Landeskunde, hg. von der Landeszentrale für Politische Bildung, S. 728 ff.
3. ↑ Peter, Elmar, Lüneburg – Geschichte einer 1000jährigen Stadt, S. 153 ff.
4. ↑ a b Reinbold, Michael, Die Lüneburger Sate, Hildesheim 1987, S. 15 ff.
5. ↑ Reinbold, Die Lüneburger Sate, S. 144 ff.
6. ↑ Reinbold, Die Lüneburger Sate, S. 182 ff.
7. ↑ Heuvel, Gert van den, in: Geschichte Niedersachsens, Band 3, S. 156 ff.
8. ↑ a b c Boetticher, Manfred von, in: Geschichte Niedersachsens, Band 3, S. 72 ff.
9. ↑ Schubert, Ernst, Geschichte Niedersachsens, Band 2, S. 656 ff.
10. ↑ a b c d e Franz, Günther, Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirkes Lüneburg, Bremen 1955, S. 13 ff.
11. ↑ a b c Schubert, Ernst, in: Geschichte Niedersachsens, Band 2, S. 593 ff.
12. ↑ Krieg, Martin, Die Entstehung und Entwicklung der Amtsbezirke im ehemaligen Fürstentum Lüneburg, Göttingen 1922, S. 91 ff.
13. ↑ a b c d Krieg, Die Entstehung und Entwicklung der Amtsbezirke im ehemaligen Fürstentum Lüneburg, S. 103 ff.
14. ↑ a b Krieg, Die Entstehung und Entwicklung der Amtsbezirke im ehemaligen Fürstentum Lüneburg, S. 108 ff.
15. ↑ Franz, Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirkes Lüneburg, S. 35 ff.
16. ↑ Franz, Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirkes Lüneburg.
17. ↑ a b c Sichert, Louis v., Geschichte der königlich-hannoverschen Armee, Hannover 1866, S. 1 ff.
18. ↑ a b Sichert, Geschichte der königlich-hannoverschen Armee, S. 119 ff.

Literatur

- Matthias Blazek: Hexenprozesse – Galgenberge – Hinrichtungen – Kriminaljustiz im Fürstentum Lüneburg und im Königreich Hannover. ibidem, Stuttgart 2006, ISBN 3-89821-587-3
- Matthias Blazek: Das Löschwesen im Bereich des ehemaligen Fürstentums Lüneburg von den Anfängen bis 1900. Adelheidsdorf 2006, ISBN 978-3-00-019837-3
- Wilhelm Havemann: Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg, 3 Bde., Nachdruck. Hirschheydt, Hannover 1974/75, ISBN 3-7777-0843-7 (Originalausgabe: Verlag der Dietrich'schen Buchhandlung, Göttingen 1853–1857)
- Hans Patze (Hg.): Geschichte Niedersachsens, 7 Bde. Hahnsche Buchhandlung, Hannover 1977- (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, 36) (Übersicht des Verlags)
- Gudrun Pischke: Die Landesteilungen der Welfen im Mittelalter. Lax, Hildesheim 1987, ISBN 3-7848-3654-2
- Michael Reinbold: Die Lüneburger Sate. Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte Niedersachsens im späten Mittelalter. Lax, Hildesheim 1987, ISBN 3-7848-3656-9
- Wolf-Nikolaus Schmidt-Salzen: Die Landstände im Fürstentum Lüneburg zwischen 1430 und 1546. Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2001, ISBN 3-89534-394-3

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Lüneburger Erbfolgekrieg

Der Lüneburger Erbfolgekrieg war ein 1370 ausgebrochener Konflikt, der mit Unterbrechungen 18 Jahre andauerte. Dabei ging es um die Nachfolge im Fürstentum Lüneburg. Durch eine schwere Erkrankung 1388, möglicherweise eine Vergiftung, konnte ein Kontrahent den Krieg nicht mehr fortsetzen, und die Kriegshandlungen wurden eingestellt.

Hintergrund

Nachdem Wilhelm II. von Lüneburg 1369 ohne männliche Nachkommen starb, erlosch das ältere Haus Lüneburg. Entsprechend den Welfischen Hausgesetzen und dem Wunsch Wilhelms nach wäre Herzog Magnus II. Torquatus von Braunschweig erberechtigt gewesen. Kaiser Karl IV. betrachtete das Reichslehen jedoch als ans Reich zurückgefallen und belehnte Wilhelms Enkel Albrecht von Sachsen-Wittenberg und dessen Onkel Wenzel mit dem Fürstentum, wodurch der Lüneburger Erbfolgekrieg ausgelöst wurde.

Erster Waffengang

Da Magnus II. von Braunschweig sich mit friedlichen Mitteln nicht den Anspruch auf das welfische Herzogtum Lüneburg verschaffen konnte, griff er zu den Waffen und fiel mit 700 Rittern und Knappen in Lüneburg ein. Im nun begonnenen Kampf, den Herzog Magnus II. Torquatus von Braunschweig vor allem mit dem askanischen Herzog Albrecht von Sachsen-Wittenberg führte (der Lüneburg erhalten sollte), gingen die Städte Lüneburg, Harburg, Winsen an der Luhe, Uelzen und Hannover zu Albrecht über. Danach verlagerte sich das Kampfgeschehen in die Nähe der Wolfsburg. Bereits 1371/72 hatte der Braunschweiger Herzog die Burg Neuhaus als Gegenburg errichten lassen. Am 24. Juni 1372 kam es zwischen den Parteien zu einer Feldschlacht beim Dorf Heßlingen, die unentschieden ausging. 1906 wurde im Dorf ein Massengrab mit 72 Gefallenen entdeckt. 1373 wurde Herzog Magnus in einer Schlacht bei Leveste am Deister am 25. Juli 1373 getötet.

Vergleich

Nach dem Tode von Magnus II. kam es zwischen Kurfürst Wenzel und seinem Neffen Albrecht auf der einen Seite und der Witwe des Magnus II. und ihren Söhnen auf der anderen Seite zum Vergleich. Man einigte sich, dass das Land ungeteilt zunächst den beiden Askaniern aus Wittenberg gehören und nach ihrem Tode auf die Söhne des gefallenen Herzogs Magnus II. übergehen sollte. Und so sollte es auch nach dem Tode der Welfen weitergehen, nämlich dass dann wieder die Askanier zur Regierung dort kämen. Damit dieses Unterfangen auch verwandtschaftlich getragen werden konnte, heiratete 1374 Albrecht von Sachsen-Lüneburg die Witwe von Magnus II. Katharina und wählte Celle zu seinem Wohnsitz, den er 1378 zur Residenz machte. Die beiden noch unmündigen Söhne heirateten 1386 ebenfalls. Herzog Friedrich von Braunschweig-Lüneburg ehelichte die Herzogin Anna von Sachsen-Wittenberg, eine Tochter des Kurfürsten Wenzel I. Herzog Bernhard von Braunschweig-Lüneburg vermählte sich mit Herzogin Margarete von Sachsen, ebenfalls eine Tochter von Wenzel.

Fortsetzung und Ende der Kriegshandlungen

Doch im Lande loderte es immer wieder auf, brennend und mordend zogen die Friedensbrecher durch das Herzogtum. So kam es 1385 zu einer Belagerung der Burg Ricklingen, wo sich die Raubritter von Mandelsloh aufhielten. Als eine Steinschleuder einen schweren Brocken auf die Truppe Herzog Albrechts warf, wurde dieser davon getroffen, was seinen Tod am 28. Juni 1385 zur Folge hatte.

Nun übernahmen die Söhne von Magnus die Regierung von Lüneburg. Kurfürst Wenzel, der ja den Titel nach kaiserlichem Recht trug, beteiligte seinen Schwiegersohn Bernhard an den anfallenden Entscheidungen. Doch dessen Bruder Heinrich war mit dieser Regelung nicht einverstanden, und nach vergeblichen Einigungsversuchen flackerte der Kampf im Frühjahr 1388 erneut auf. Kurfürst Wenzel musste allein in Abwesenheit Bernhards ein Heer zusammenstellen, wobei er von der Stadt Lüneburg unterstützt wurde. Von Winsen an der Aller aus wollte er Celle, das von Heinrich und seiner Mutter gehalten wurde, angreifen. Bei diesen Vorbereitungen erkrankte Kurfürst Wenzel schwer. Die Legende weiß zu berichten, dass er vermutlich vergiftet wurde.[1] Auch er konnte den Kampf nicht fortsetzen, sodass schließlich Heinrich am 28. Mai 1388 den Sieg errang.

Literatur

- Wilhelm Havemann: Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg. 3 Bände. Nachdruck. Hirschheydt, Hannover 1974/75, ISBN 3-7777-0843-7 (Originalausgabe: Verlag der Dietrich'schen Buchhandlung, Göttingen 1853-1857)
- Joachim Lehrmann: Raubritter zwischen Heide, Harz und Weser. Lehrte 2007. ISBN 978-3-9803642-6-3
- Hans Patze (Hrsg.): Geschichte Niedersachsens. 7 Bände. Verlag Hahnsche Buchhandlung, Hannover 1977- (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen)

Einzelnachweise

1. ↑ Wenzel erkrankte während der Belagerung Celles und starb Ostern 1388 in Hannover. (Böttcher, Dirk; Mlynek, Klaus; Röhrbein, Waldemar; Thielen, Hugo, Hannoversches Biographisches Lexikon: von den Anfängen bis in die Gegenwart, Schlütersche, Hannover 2002, ISBN 3-87706-706-9, S. 384.)

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u-m-d-h-T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Lüneburger Sate

Die Lüneburger Sate (Sate, niederdeutsch für Vertrag) war ein Herrschaftsvertrag zwischen den Landesherren und den Landesständen des Fürstentums Lüneburg.

Durch ihn wurde eine Rechtsgemeinschaft begründet, deren Aufgabe die Sicherung der Rechte ihrer Mitglieder war. Zu diesem Zweck wurde eine Gerichtsinstanz, das so genannte Satekollegium, eingerichtet. Die Mitgliedschaft der Landesherren in dieser Rechtsgemeinschaft erfolgte als Gegenleistung für die Gewährung eines Kredites in Höhe von 50.000 Mark löt in Pfandbriefen und war an die Dauer des Kredites gebunden, sodass die Lüneburger Sate einen Pfandvertrag darstellt. Neben dem eigentlichen Satebrief umfasste das Vertragswerk drei weitere Briefe, in denen auf die Rechte der einzelnen Stände detailliert eingegangen wird. In Kraft getreten ist die Lüneburger Sate im Jahr 1392, de facto geendet hat sie nach dem Satekrieg im Jahr 1396, formell aufgelöst wurde sie im Jahre 1519.

Vorgeschichte

Nachdem Wilhelm II. von Lüneburg 1369 ohne männliche Nachkommen starb, erlosch das ältere Haus Lüneburg. Entsprechend den welfischen Hausgesetzen wäre Herzog Magnus II. Torquatus von Braunschweig erberechtigt gewesen. Kaiser Karl IV. betrachtete das Reichslehen jedoch als ans Reich zurückgefallen und belehnte Albrecht von Sachsen-Wittenberg und dessen Onkel Wenzel mit dem Fürstentum, wodurch der Lüneburger Erbfolgekrieg ausgelöst wurde. Erst nach der Schlacht von Winsen im Jahre 1388, bei dem Wenzel sein Leben ließ, verzichteten die Wittenberger auf ihre Ansprüche, und das Fürstentum war endgültig den Welfen gesichert.[1]

Der Lüneburger Erbfolgekrieg hatte im Fürstentum zu einer großen Machtfülle der Landsstände geführt. Um sich die Unterstützung der Städte und des niederen Adels zu sichern, waren sowohl die Welfen als auch die Askanier gezwungen, den Landständen umfassende Privilegien zuzusichern und ihnen zahlreiche Gerechtigkeiten und Burgen zu verpfänden.[2] Die Celler Herzöge waren zwar siegreich aus dem Konflikt hervorgegangen, standen dadurch aber vor massiven finanziellen Problemen.[2] Als die Herzöge mit einer neuerlichen Finanzbitte

an die Stadt Lüneburg herantraten[3], kam es im September 1392 als Gegenleistung für einen Kredit in Höhe von 50.000 Mark löt zum Abschluss eines umfangreichen Vertragswerkes, in dem den Ständen zahlreiche Privilegien bestätigt wurden und die Herzöge sich der Gerichtsbarkeit eines von den Ständen gebildeten Gremiums unterwarfen.

Das Vertragswerk

Grundlagenbriefe

Zum Inhalt dieser drei Grundlagenbriefe siehe die Hauptartikel Prälatenbrief, Gemeindebrief und Städtebrief.

Die drei Grundlagenbriefe bestanden aus dem Prälatenbrief, der sich an die Geistlichkeit des Landes, dem Städtebrief, der sich an die Städte im Fürstentum Lüneburg sowie dem Gemeindebrief, der sich an alle Untertanen der Celler Herzöge, insbesondere an den niederen Adel, richtete. In ihnen wurden den drei Ständen umfassende Privilegien zugesichert und auf die Rechte und Pflichten der Landesherrn eingegangen. Die drei Privilegienbriefe bildeten eine der Rechtsgrundlagen für die Gerichtsurteile des Satekollegiums. Sie behielten ihre Rechtsgültigkeit unabhängig vom Fortbestand der Lüneburger Sate und blieben teilweise bis ins 18. Jahrhundert Grundlage zahlreicher Gerichtsentscheidungen.[4]

Der Satebrief

Der Satebrief gliederte sich in 43 Artikel[5] und war an die privilegierten Einwohner des Fürstentums Lüneburg, d.h. die Geistlichkeit, die Ritterschaft und die städtischen Bürger, gerichtet.[6] Es handelte sich bei ihm um einen Pfandbrief, der in den die Landesfürsten betreffenden Artikeln bei Rückzahlung eines Darlehens in Höhe von 50.000 m löt unwirksam geworden wäre.

Im einleitenden ersten Artikel wurde ein ethisch-moralisches Grundgerüst als Ideenträger der Sate[6] konstruiert. So bekundeten die Herzöge ihren Willen, die Eintracht und den Frieden im Fürstentum fördern und ein gegenseitiges Vertrauen zwischen Landesherrschaft und Einwohnerschaft anstreben zu wollen[6]. Die Artikel 2 bis Artikel 41 behandelten die Ziele und den Charakter der Sate und die Schaffung einer Gerichtsinstanz, auf deren personelle Besetzung, Kompetenzen und Verfahrensregeln detailliert eingegangen wurde.[6] Abschließend wurde in den Artikeln 42 und 43 noch einmal der Wille der Herzöge betont, ihre Verpflichtungen zu erfüllen; ferner wurden Zeugen und Datum der Vereinbarung genannt.

Charakterisierung der Sate

Die Sate stellte einen Zusammenschluss der Landesfürsten, der Lüneburger Ritterschaft und des Städtebürgertums zu einer Rechtsgemeinschaft dar.[6] Beitrittsberechtigt war jeder Geistliche, Ritterbürtige und städtische Bürger des Fürstentums Lüneburg, beitriftspflichtig waren die Landesherrn, alle Inhaber erbeigener und landesherrlicher Burgen, sowie jeder, der von der Sate explizit zum Beitritt aufgefordert wurde. Die Beitrittspflicht der Landesherrn war an das Darlehen in Höhe von 50.000 Mark löt gebunden, bei Rückzahlung des Darlehens erlöschte diese. Die Rechte der Satemitglieder bestanden primär im Schutz ihrer Privilegien, d.h. der verbrieften und gewohnheitsmäßigen Rechte, durch die Sategemeinschaft, die Pflichten darin, die Rechtsgemeinschaft bei ihren Aufgaben zu unterstützen.[6]

Satekollegium

Das Satekollegium stellte eine Gerichtsinstanz dar, deren Aufgabe es war, Verstöße gegen die Rechte der Satemitglieder festzustellen und diese zu ahnden. Zu diesem Zweck sollten jedes Jahr zwei allgemeine Satetage, sowie zwei regionale Satetage in Lüneburg und in Hannover stattfinden.

Das Satekollegium setzte sich aus insgesamt 16 Mitgliedern, davon acht Vertreter der Ritterschaft und acht Vertreter der Städte Lüneburg (vier Mitglieder), Uelzen (zwei Mitglieder) und Hannover (zwei Mitglieder) zusammen. Die Wahlen zum Kollegium sollten alle zwei Jahre stattfinden, wahlberechtigt waren alle Ratsherren und die Mitglieder der lüneburgischen Ritterschaft.[6]

Zuständig war das Satekollegium für alle auf dem Territorium des Fürstentums Lüneburg begangenen Verstöße gegen die Rechte und Privilegien ihrer Mitglieder. Ausdrücklich ausgenommen hiervon waren einfache Schuldforderungen sowie Gesetzesverstöße, die in den Kompetenzbereich bestehender Erb- und Gogerichte sowie der städtischen und geistlichen Gerichten fielen.[6]

Klagen konnten grundsätzlich von jedem Satemitglied eingereicht werden. Wurden die Klagen zugelassen, wurden sie an das herzogliche Hofgericht weitergeleitet. Nur wenn es dort innerhalb einer Frist von vier Wochen zu keiner Entscheidung kam, wurde das Satekollegium mit der Urteilsfindung betraut.

Grundlagen für die Urteilsfindung waren neben den in den drei Grundlagenbriefen fixierten Privilegien unter anderem der Sachsenspiegel und der Schwabenspiegel. Wurde ein Urteil gefällt[7], blieben dem Verurteilten vier Wochen zur Erfüllung des Urteils, andernfalls verfiel er der Acht.

Richtete sich die Klage gegen die Landesherrn, bedurfte es der Zustimmung von vier Sateleuten, damit es zur Klageerhebung kam. Anschließend wurde den Herzögen eine Sühneaufforderung zugestellt, für deren Erfüllung ihnen 14 Tage verblieben. Geschah dies nicht, wurde vom Satekollegium ein Urteil gefällt. Sollten die Herzöge diesem Urteil innerhalb von acht Wochen nicht nachkommen, drohte ihnen die so genannte Gesamtexekution, d.h. der Verlust aller materieller Güter und Aufkündigung der Gehorsamspflicht aller Untertanen.

Sobald die Herzöge dem Urteilsspruch nachkamen oder den gewährten Kredit über 50.000 Mark löt zurückbezahlten (und damit nicht mehr der Jurisdiktion der Sate unterlagen), erhielten sie ihren Besitz zurück und die Gehorsamspflicht der Untertanen trat wieder in Kraft.[6]

Finanzen

Im Satebrief war ursprünglich festgeschrieben, die durch die Sate entstehenden Kosten durch eine Umlage auf alle Satemitglieder zu finanzieren. In einer auf dem ersten allgemeinen Satetag getroffenen Zusatzvereinbarung wurde dies jedoch dahingehend geändert, dass nur noch die städtischen Kommunen für die Finanzierung zuständig seien.[8]

Die Lüneburger Sate in den Jahren 1392 bis 1396

Bereits im September 1392 kam es zu den ersten Wahlen zum Satekollegium.[9] Zeitgleich erließen die Celler Herzöge sogenannte Geheißbriefe, in denen die Ritterschaft und die Bürger der Städte aufgefordert wurden, der Sate beizutreten. Während die Städte dieser Aufforderung geschlossen nachkamen, erklärte lediglich ein Teil der Burgeninhaber ihren Beitritt. Vier Burgeninhaber widersetzten sich der Aufforderung von Anfang an, weitere Burgeninhaber, die in den Jahren 1393 bis 1396 in den Besitz landesherrlicher oder erbeigener Burgen kamen und den Statuten der Sate nach beitriftspflichtig gewesen wären, traten dem Vertrag ebenfalls nicht bei. Zusätzlich ließen die Celler Herzöge, im Gegensatz zu den Bestimmungen der Grundlagenbriefe, zwei weitere Burgen bauen, deren Besitzer ebenfalls nicht der Sate beitraten.[9]

Im März 1393 kam es zum ersten allgemeinen Satetag in Lüneburg, auf dem 16 Klagen behandelt wurden. Zusätzlich wurden zahlreiche Ergänzungen zum Satebrief beschlossen; so wurde die Verteilung der durch die Sate entstehenden Kosten neu geregelt und Regelungen zum Gerichtssiegel der Sate getroffen.[8]

In den folgenden Jahren bis 1396 wurden vor dem Satekollegium insgesamt 67 Klagen erhoben. Urteilssprüche sind lediglich acht überliefert, allerdings bestand grundsätzlich die Möglichkeit einer mündlichen Urteilsverkündung, so dass keine gesicherten Erkenntnisse über die tatsächliche Anzahl an Rechtssprüchen durch das Kollegium vorliegen.[9]

Als Kläger traten sowohl Mitglieder der Ritterschaft als auch des städtischen Bürgertums in Erscheinung, in einigen Fällen erhoben auch die Celler Herzöge Klage vor dem Satekollegium.[9] Gegenstand der Klagen waren in erster Linie Beschwerden über die Anmaßung fremder Hoheits- und Nutzungsrechte[9], daneben wurden mehrere Klagen aufgrund Raub und Diebstahl[9] erhoben.

Auf Betreiben Lüneburgs bestätigte König Wenzel die Lüneburger Sate im September 1393 und bezeichnete sie als Vertragwerk von hohem friedensstiftendem Wert. Im darauf folgenden Monat erging zudem ein Urteil des königlichen Hofgerichtes, welches die Rechtsgültigkeit der Sate ebenfalls bestätigte.[10]

Die Celler Herzöge versuchten in den folgenden Jahren wiederholt die Stellung der Sate zu schwächen. Bereits im Frühjahr 1393 strengten sie einen Prozess gegen die Stadt Lüneburg an, in dem es um die der Sate zugrunde liegende Pfandverschreibung in Höhe von 50.000 m löt ging. Eine Schiedskommission entschied den Fall zugunsten der Celler Herzöge, allerdings hatte das Urteil zunächst keine grundsätzliche Bedeutung für den Fortbestand der Sate.[9]

Seit 1393 wurden von der Sate mehrere Bündnisverträge mit auswärtigen Territorialherren abgeschlossen, die die Sicherheit und das Fortbestehen der Sate garantieren sollten. Die Herzöge sahen hierin einen Verstoß gegen den Satebrief, in dem es hieß, dass aus der Sate dem Fürstentum kein Schaden erwachsen dürfe.[9]

Einen weiteren Konfliktpunkt stellte die Finanzierung der durch das Bündnis entstehenden Kosten dar. Als kostenintensiv erwies sich vor allem die Bereitstellung von Reitern zum

Schutz der Sateleute.[3] Geplant war ursprünglich eine dem Bund zur Verfügung stehende Sollstärke von 140 Mann, 1394 unterhielt er jedoch bereits 322 Männer unter Waffen.[9] Um diese zusätzlichen Lasten zu finanzieren, wurde 1394 eine neue Steuer erlassen, die zu neuerlichen Auseinandersetzungen mit den Celler Herzogen führten. Diese sprachen der Sategemeinschaft das Recht zu einer solchen Maßnahme ab und verhängten für ihre Untertanen ein Zahlungsverbot.[9]

Der Satekrieg

1396 kam es zum endgültigen Bruch. Nachdem er sich durch den Abschluss eines Schutz- und Verbrüderungsvertrages der Hilfe Schwedens und Mecklenburgs versichert hatte, nahm Herzog Heinrich, dem sich bald darauf auch sein Bruder Bernhard anschloss, Besitz von der Stadt Uelzen und zwang diese ihren Austritt aus der Sate zu erklären und einen Huldigungseid den Lüneburger Herzögen gegenüber zu leisten.[11] Dem folgte der Versuch Lüneburg von sämtlichen Handelswegen abzuschneiden und mittels einer totalen Wirtschaftsblockade in die Knie zu zwingen.[12] So wurden Sperren in der Illmenau errichtet, lüneburgische Schiffe beschlagnahmt und versenkt und Lüneburger Handelsreisende gezielt geplündert. Im März 1396 kam es zu ersten Verhandlungen zwischen Vertreter der Stadt Lüneburg und den Herzögen, welche jedoch ergebnislos abgebrochen wurde.

Zeitgleich mit den Auseinandersetzungen der Herzöge mit Lüneburg erging eine Aufforderung an alle Satemitglieder dieser abzuschwören, andernfalls wurde der Verlust von Leib und Leben angedroht[13]. Dieser Aufforderung folgten zwar nur einige Städte im wendländischen und sowie vereinzelt Ritter, trotzdem war den Herzögen damit eine Spaltung der Landstände[14] gelungen. Bei einer Unterhandlung im April 1396 erstach Herzog Heinrich den Harburger Voigt Dietrich v. Mandelsloh nach dessen Weigerung seinen Sateaustritt zu erklären. Lüneburg schloss daraufhin ein Sonderabkommen mit Hannover und bekam auf einem Hansetag in Wismar die militärische Unterstützung der Hansestädte Hamburg und Lübeck zugesichert.

Im Mai 1396 entwickelten sich aus dem schwellenden Konflikt offene militärische Auseinandersetzungen. Im Zuge der Auseinandersetzungen kam es im ganzen lüneburgischen Land zu zahlreichen Schlachten.[11] So gelang dem von den Hansestädten gestellten Truppenkontingent die Einnahme der herzoglichen Festung in Harburg, die Lüneburger Truppen befreiten das immer noch von herzoglichen Truppen besetzte Uelzen und Hannover schleifte eine in unmittelbarer Nähe der Stadt Hannover befindliche Festung der Welfen.

Als sich eine militärische Überlegenheit ihrer Gegner abzeichnete, boten die Celler Herzöge der Gegenpartei Friedensverhandlungen an. Am 19. August trat ein auf drei Wochen befristeter Waffenstillstand in Kraft, dem kurz darauf am 29. August ein auf zunächst drei Jahre befristetes Friedensabkommen folgte. Eine Schiedskommission wurde eingerichtet [15], die die Vorkommnisse untersuchen und einen Friedensvertrag aushandeln sollte.

Anfang Oktober kam es zu einer ersten Tagfahrt, auf der beide Parteien ihre Klageschriften vorlegten. Beide Seiten bezichtigten sich schwerster Verstöße gegen geltendes Recht und versuchten Schadensansprüche für erlittene Schäden geltend zu machen.[16] Im Juni 1397 kam es zu ersten Ergebnissen, als zwischen den Herzögen und den Städten Hamburg und Lübeck ein Verzicht auf gegenseitige Forderungen vereinbart wurde. Zudem wurde mit der Stadt Hannover vereinbart, die Streitigkeiten einem Schiedsgericht unter der Leitung des Bischofs von Minden zu übertragen.[16]

Ende Oktober kam es auf einer dritten Tagfahrt auch zu einer vertraglichen Einigung zwischen der Stadt Lüneburg und den Celler Herzögen. Beide Seiten erklärten darin ihren Verzicht auf Ansprüche an die Gegenseite, zudem wurden die Festen Harburg, Bleckede und Lüdershausen gegen eine Zahlung von 19.200 Mark löt für einen Zeitraum von zehn Jahren den Städten Lüneburg, Lübeck, Hannover und Hamburg überlassen.[16] Die Lüneburger Sate selbst fand in dem Vertrag keine Erwähnung, Lüneburgs Forderungen nach einer Restituierung waren damit gescheitert.[16]

Die Lüneburger Sate nach dem Satekrieg bis zur formellen Aufhebung 1519

Auch wenn es nicht zu einer vertraglichen Restitution der Lüneburger Sate kam, hielt insbesondere Lüneburg den Anspruch auf die fortbestehende Gültigkeit der Satebriefe zunächst aufrecht. 1398 widerrief Uelzen seinen 1396 erzwungenen Austritt, blieb damit aber das einzige abgefallene Satemitglied, welches der Sate wieder beitrug.[16] In den folgenden Jahren kam es zu mehreren Bündnissen zwischen den Städten Lüneburg, Hannover und Uelzen, die sich in ihren Bündnisverträgen explizit auf die Lüneburger Sate bezogen, wodurch ein Bekenntnis der Vertragspartner zum Fortbestand der Sate zum Ausdruck gebracht werden sollte.[16]

Das Satekollegium existierte nach 1396 zunächst weiter, Tätigkeiten sind allerdings seit dieser Zeit nicht mehr nachzuweisen. 1398 schied das letzte Mitglied der lüneburgischen Ritterschaft aus dem Kollegium aus, seitdem bestand es nur noch aus den Verordneten der Städte Lüneburg, Hannover und Uelzen. In Lüneburg fanden auch in den folgenden

Jahrzehnten Wahlen zum Satekollegium statt, die letzte ist für das Jahr 1423 belegt.[16]

Auch wenn die Lüneburger Sate politisch bedeutungslos geworden war, hielt Lüneburg seinen Anspruch auf die fortbestehende Gültigkeit der Sateverträge weiterhin aufrecht. So musste bis ins 16. Jahrhundert jeder neue Bürger der Stadt einen Huldigungseid auf die Sate ablegen.[16][17] Erst 1519 fand die Lüneburger Sate auch formell ein Ende. In einem Friedensvertrag wurden Lüneburg neuerlich die bestehenden Privilegien zugesichert, im Gegenzug erklärte Lüneburg sein Einverständnis zur endgültigen Aufhebung der Sate. Auf einem eigens einberufenen allgemeinen Landtag im September 1519 wurde von den drei Ständen die Aufhebung der Sate beschlossen, am 26. September 1519 erfolgte dann die landesherrliche Auflösung der Lüneburger Sate.[16]

Literatur

- Michael Reinbold: Die Lüneburger Sate. Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte Niedersachsens im späten Mittelalter. Lax, Hildesheim 1987. ISBN 3-7848-3656-9
- Wilhelm Havemann: Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg, Band 2, Nachdruck. Hirschheydt, Hannover 1974/75, ISBN 3-7777-0843-7 (Originalausgabe: Verlag der Dietrich'schen Buchhandlung, Göttingen 1853–1857)
- Ernst Schubert (Hrsg.): Politik, Verfassung, Wirtschaft vom 9. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert ISBN 3-7752-5900-7
- Klaus Friedland: Die Sate der braunschweigisch-lüneburgischen Landsstände von 1392 (Blätter für deutsche Landesgeschichte, Band 91, 1954)

Einzelnachweise

- ↑ Ernst Schubert: Politik, Verfassung, Wirtschaft vom 9. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert, S. 755 ff.
- ↑ a b Michael Reinbold: Die Lüneburger Sate. Lax, Hildesheim 1987, S. 15.
- ↑ a b Ernst Schubert: Politik, Verfassung, Wirtschaft vom 9. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert, S. 771 ff.
- ↑ Michael Reinbold: Die Lüneburger Sate. Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte Niedersachsens im späten Mittelalter. Lax, Hildesheim 1987, S. 224. ISBN 3-7848-3656-9.
- ↑ Die Zählung der Artikel basiert auf der Transskription von Heinrich Sudendorf (Urkundenbuch zur Geschichte der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg, Band 7, Hannover 1859-1880), im Originalbrief ist keine Zählung enthalten.
- ↑ a b c d e f g h i Michael Reinbold: Die Lüneburger Sate. Hildesheim 1987, S. 78 ff.
- ↑ Die Urteile wurden entweder schriftlich zugestellt oder an einem Gerichtstag mündlich verkündet.
- ↑ a b Michael Reinbold: Die Lüneburger Sate. Hildesheim 1987, S. 100.
- ↑ a b c d e f g h i j Michael Reinbold: Die Lüneburger Sate Hildesheim 1987, S. 144 ff.
- ↑ Elmar Peter: Lüneburg - Geschichte einer tausendjährigen Stadt. S. 161.
- ↑ a b Ernst Schubert: Politik, Verfassung, Wirtschaft vom 9. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert, S. 777 ff.
- ↑ Michael Reinbold: Die Lüneburger Sate. Hildesheim 1987.
- ↑ Wilhelm Reinicke (Hrsg.): Lüneburger Chroniken Stuttgart 1931, S. 102.
- ↑ Wilhelm Havenmann: Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg, Göttingen 1853, Band 2, S. 548.
- ↑ Die Schiedkommission war mit jeweils vier auswärtigen Interessenvertretern beider Parteien besetzt.
- ↑ a b c d e f g h i Michael Reinbold: Die Lüneburger Sate Hildesheim 1987, S. 182 ff.
- ↑ Für die Städte Hannover und Uelzen sind entsprechende Huldigungseide nicht nachzuweisen.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Bornholm

Bornholm ist zusammen mit sechs unbewohnten kleinen Nebeninseln (insgesamt 11 Hektar) die östlichste Insel und Gemeinde Dänemarks. Die Ostseeinsel liegt zwischen dem schwedischen Schonen und der polnischen Woiwodschaft Westpommern, etwa 150 Kilometer südöstlich von Kopenhagen und 80 Kilometer nordöstlich von Rügen. Die Südküste Schwedens ist etwa 40 Kilometer entfernt. Die Insel hat 42.154 Bewohner (1. Januar 2010[2])

Die nahegelegenen Inseln Christiansø und Frederiksø gehören zu keiner Kommune, sondern werden als einzige Gebiete Dänemarks direkt vom Verteidigungsministerium verwaltet.[3]

Geographie

Die Insel Bornholm ist 588 km² groß[4]. Sie ist in Nordwest-Südost-Richtung 40 Kilometer lang. Die größte Breite in Südwest-Nordost-Richtung beträgt 30 Kilometer. Die Insel bildet mit der Ostsee eine 158 Kilometer lange Küste. Die Oberflächenform der Insel entspricht einem leicht gewellten Hügelland, das allseits zu seiner höchsten Höhe im Inselinneren, dem 162 Meter hohen Rytterknægten, ansteigt. Der höchste Wasserfall Dänemarks ist der 22 Meter hohe Døndalfald im Nordosten Bornholms.

Die Landschaftsformen wurden weitgehend im Quartär während der vergangenen Kaltzeiten durch den Einfluss der Gletschereismassen gebildet. Das Vorrücken der Gletscher nach Süden führte zu einem starken Gesteinsabtrag und zur Herausbildung der heutigen Wellenform der Insel.

An das Vorhandensein von Gletschern erinnern noch die teilweise zentimetertiefen Kritzungen im Gestein, die durch Gesteinsmaterial entstanden, das von den Gletschern mitgeführt wurde. Einzelne Blöcke, die der Gletscher nach dem Abschmelzen hinterließ, sogenannte Findlinge, sind ebenfalls an vielen Stellen der Insel zu finden. Manche wackeln auf ihrer Unterlage und werden daher Rokkesten (deutsch: „Wackelstein“) genannt.

Durch den stärkeren Abtrag an Gesteinsklüften, Gesteinswechsellinien und Verwerfungen entstanden zahlreiche Schluchten, die meist in Südwest-Nordost-Richtung verlaufen. Prägnante Beispiele für Schluchten sind das Ekkodalen unterhalb des Rytterknægten, das Kløvedal nördlich der Almindingen und das Dovredal südwestlich Paradisbakkerne. Die Schluchten Bornholms wurden nach dem Gletscherrückzug durch Schmelzwasser erweitert.

Gesteinsbedingt ist die Küste Bornholms meist Steil- und Felsküste. Die Felsen brechen oft senkrecht ins Meer ab. Die Helligdommsklippen bei Tejn erreichen bis zu 22 Meter Höhe. Über 20 Meter hoch sind auch die Granitklippen von Jons Kapel bei Vang. Ausgedehnte, flach ins Meer auslaufende helle Sandstrände befinden sich nur an der Südostecke bei Dueodde.

Geologie

Der Gesteinsaufbau Bornholms wird im Gegensatz zum gesamten Rest Dänemarks überwiegend von präkambrischen Grundgesteinen geprägt. Diese bilden eine geologische Einheit mit Südschweden.

Der oberflächennahe geologische Untergrund des Zentrums und des Nordens der Insel wird von präkambrischen Gneisen und Graniten gebildet. Bei den Graniten sind Hammergranit, der den Hammeren im Norden und Bereiche des Inselinneren westlich von Vestermarie bildet, Vanggranit in einem Gürtel südlich des Hammeren, Svanekegranit an der Nordostspitze sowie Paradisbakkegranit am Paradisbakkerne im Osten der Insel zu unterscheiden. Kleine Areale im Süden der Insel werden auch vom dunklen Rønnegranit eingenommen. Das geschätzte Alter wird mit 1,4 Milliarden Jahren angegeben. Die meisten dieser Gesteine sind als Leitgeschiebe auch in Norddeutschland und Nordpolen sehr häufig zu finden. Der größte Findling Norddeutschlands, der Buskam auf Rügen, besteht aus Hammergranit.

Die Gesteine im Süden Bornholms sind Verwitterungsreste und Sedimentgesteine jüngerer Datums. Der Südosten wird von paläozoischen Schieferen gebildet. Dabei handelt es sich um marine Sedimentgesteine aus dem Kambrium, Ordovizium und Silur. Deren Alter liegt somit zwischen 540 und 430 Millionen Jahren. Mesozoische Lehme und Sandsteine bilden den Übergang zum Grundgestein bei Nexø und Åkirkeby bzw. den gesamten Südwesten der Insel bei Rønne. Sie entstammen überwiegend der Jura- und Kreidezeit vor 190 bis 70 Millionen

Jahren. Großflächige quartäre Ablagerungen treten vor allem in Form von Sanddünen im Südosten Bornholms bei Dueodde auf. Kalkstein ist auf Bornholm selten und tritt kleinflächig in Form des Arnagerkalks aus der Oberen Kreidezeit im Süden der Insel auf.

Fossile Reste der Lebewelt des zur Zeit des Kambrium und Ordovizium bestehenden Meeres finden sich zahlreich in den Schiefen im Inselfüden. Verbreitet treten Graptolithen und Trilobiten auf. Im Jahre 2006 wurden an der Westküste zwischen Hasle und Rønne die 170 Millionen Jahre alten Spuren von zwei Dinosaurierarten gefunden.[5] Bereits 2002 fanden Forscher den 135 Millionen Jahre alten Zahn eines Velociraptor[5].

Vegetation und Flora

Potentielle natürliche Vegetation des größten Teils der Insel Bornholm sind Rotbuchenwälder bodensaurer Standorte (Luzulo-Fageten). Insbesondere auf Felsen in Südhänglage sind Buchen und Traubeneichen-Trockenwälder bodensaurer Standorte zu erwarten. An steilen Nordhängen und in Schluchten mit luftfeuchtem Klima treten von Natur aus Schluchtwälder aus Bergahorn, Bergulme und Gemeiner Esche auf. Nadelholz ist von Natur aus außerhalb der Kiefernwälder auf den Dünenstränden bei Dueodde nicht zu erwarten.

Durch die intensive Landnutzung wurde die natürliche Vegetation stark verdrängt. Naturnahe Wälder sind bis auf wenige Reste von Bornholm verschwunden. Intensiv genutztes Ackerland bildet seit Jahrhunderten einen Ring um das Inselinnere. Dort, auf der ehemaligen Allmende (Almindingen), wurde früher das Vieh gehütet. Durch die Waldweide wurde der Wald immer weiter zurück gedrängt. Ebenso durch die Ausbeutung des Waldes für den Schiffbau. Dennoch ist der Almindingen noch immer das zweitgrößte zusammenhängende Waldgebiet Dänemarks. Die entstandenen Heideflächen wurden erst später, nach Entstehen einer geordneten Forstwirtschaft, mit nicht standortgerechten und meist fremdländischen, aber schnellwüchsigen Nadelhölzern wieder aufgeforstet. Daraus sind die Plantagen, die Forste der Insel, hervorgegangen. Nur kleine Heideflächen, natürliche Niedermoore und Moorseen (beispielsweise Bastemose und Olene) sind im Almindingen übrig geblieben. Ein großes zusammenhängendes Küstenheidegebiet ist der Hammeren im Norden.

Gemeinden und Verwaltung

Das Amt Bornholm (Bornholms amtskommune/amt) wurde Ende 2002 abgeschafft. Das Amt und die früheren fünf Kommunen wurden in eine Einheit, Bornholms Regionskommune, zusammengelegt, und diese Kommune hatte zwischen dem 1. Januar 2003 und dem 1. Januar 2007 den Status einer kreisfreien Gemeinde und stand somit auf einer Stufe mit Kopenhagen und Frederiksberg. Die früher selbständigen Kommunen Aakirkeby, Allinge-Gudhjem, Hasle, Neksø und Rønne sind Teilgemeinden von Bornholm geworden. Diese Gebietsreform war Ergebnis einer Volksabstimmung vom 29. Mai 2001. Verwaltungssitz ist nach wie vor Rønne. Seit 2007 gehört Bornholm wie Kopenhagen und Frederiksberg zur Region Hovedstaden und hat seinen Amtstatus verloren.

Ortschaften in der Kommune

Auf dem Bornholm liegen die folgenden Ortschaften mit über 200 Einwohnern (byer nach Definition der dänischen Statistikbehörde), bei einer eingetragenen Einwohnerzahl von Null hatte der Ort in der Vergangenheit mehr als 200 Einwohner:

• Ortschaft	Einwohner[1]
•	
• Aakirkeby	2.090
• Allinge-Sandvig	1.759
• Årsdale	469
• Balka	265
• Gudhjem	754
• Hasle	1.741
• Klemensker	686

- Listed 237
- Lobbæk 380
- Muleby 546
- Nexø 3.732
- Nyker 742
- Nylars 231
- Østerlars 281
- Østermarie 496
- Pedersker 250
- Rønne 13.924
- Snogebæk 746
- Svaneke 1.120
- Tejn 1.047
- Vestermarie 273

Bevölkerungsentwicklung

- 1850: 27.927
- 1901: 40.889
- 1950: 48.134
- 1970: 47.239
- 1971: 47.241
- 1972: 47.033
- 1973: 46.964
- 1974: 47.035
- 1975: 47.017
- 1976: 47.126
- 1977: 47.207
- 1978: 47.342
- 1979: 47.605
- 1980: 47.780
- 1981: 47.499
- 1982: 47.357
- 1983: 47.313

- 1984: 47.243
- 1985: 47.164
- 1986: 47.039
- 1987: 46.839
- 1988: 46.642
- 1989: 46.105
- 1990: 45.900
- 1991: 45.690
- 1992: 45.541
- 1993: 45.224
- 1994: 45.067
- 1995: 44.936
- 1996: 45.196
- 1997: 45.018
- 1998: 44.786
- 1999: 44.529
- 2000: 44.337
- 2001: 44.126
- 2002: 44.197
- 2003: 43.956
- 2004: 43.673
- 2005: 43.347
- 2006: 43.245
- 2007: 43.040
- 2008: 42.817
- 2009: 42.563 [6]
- 2010: 42.154

Geschichte

Vor- und Frühgeschichte

Bornholm wurde landschaftlich von der Eiszeit geprägt. In der Gletscherschmelzphase bildete sich östlich Rønnes ein großes Flussdelta. Durch Aufschwemmen erheblicher Sandmengen entstand eine größere Ebene. Auf Bornholm breitete sich nach dem Abschmelzen der letzten Gletscher zunächst Tundra aus, auf der Rentiere lebten. Erste Jägergruppen erreichten ungefähr 8000 v. Chr. die heutige Insel. Die Wohnplätze der Jäger- und Fischergruppen fand man am Hammer im Norden, in Melsted bei Gudhjem und in Grisby südlich von Svaneke an

der Ostküste der Insel. Aus dem Inselinnern kennt man Wohnplätze an den Flüssen Baga (Baggeå) und Blykobbeå. Aus dem Moor von Vallensgard, das damals noch ein See war, konnte man Jagdgerät und Fische aus Wildknochen bergen. Sogar eine Flöte aus Knochen, Dänemarks ältestes Musikinstrument, fand man in dieser Gegend. Das Rengeweih von Klemensker ist im Museum in Rønne zu besichtigen.

Das Klima erwärmte sich weiter. Nun kamen Elche, Kronhirsche und Wildschweine ins Land. Etwa ab 7500 v. Chr. (im Präboreal) konnten Kiefer, Birke und Hasel Einzug halten. Fischer holten aus 40 Meter Tiefe Kiefernstubben aus der Ostsee, die als Beweis für die Landverbindung mit Rügen angesehen werden. Diese riss vermutlich vor 7000 Jahren ab. Mit dem Rückzug der Gletscher war das Land angestiegen. Gleichzeitig stieg auch der Meeresspiegel, dieser aber schneller als das Land, so dass etwa 5000 v. Chr. große Teile des alten Landes mit Wasser bedeckt waren und die heutige Insel entstand. Laubwälder hauptsächlich aus Linden und Eichen breiteten sich aus. Die Auerochsen wurden selten, während Hirsche und Wildschweine sich auf die veränderten Klimabedingungen umstellen konnten. Der letzte Kronhirsch wurde 1770 auf Bornholm geschossen. Die Jäger lebten jetzt in Küstennähe an Bodden und Buchten, im Landesinnern in Waldnähe, an Bächen und Flüssen und bedeckten Sumpflandschaften.

Dann erreichten Ackerbauern die Insel. Vor etwa 6000 Jahren begann man die Wälder zu roden, Äcker zu bestellen und sesshaft zu werden. Aus der Zeit stammen die Hünengräber (14 Ganggräber[7] und elf Dolmen), von denen keines/einer weiter als 2,5 Kilometer vom Meer entfernt ist. Spuren, die die Bronzezeit (1700–500 v. Chr.) hinterließ, sind Felsritzungen und zahlreiche Röser sowie Bautasteine, Runensteine, Steinkisten, Steinkreise und Schiffssetzungen (Egeby, Stammershalle, Trodeskoven und der Galgebakken östlich Vester Marie). Diese Denkmale sind auf Bornholm in einer Vielzahl anzutreffen, die sämtliche vergleichbar großen Regionen in Dänemark bei weitem übertrifft. Bornholm ist nach fast 20 Jahren Forschung des „Stenalderprojekts“, mit dem auch die Siedlungsgeschehen im Neolithikum untersucht wird, ein sehr gut untersuchtes und beschriebenes Gebiet in Mitteleuropa.

Funde von Luxusgegenständen zeugen von intensiven Handelskontakten in der Eisen- und Wikingerzeit (ca. 500 v. Chr. bis 800 n. Chr.). Es muss eine ausgeprägte soziale Hierarchie gegeben haben, wahrscheinlich sogar ähnlich wie in Gudme auf Fünen einen lokalen Herrscher. Die Landwirtschaft entwickelte sich mit den noch heute anzutreffenden Nutztieren und Strukturen weiter.

Der Name Bornholm leitet sich vom altnorwegischen Burgundarholmr („Insel der Burgunden“) ab. Die Insel galt in der Antike als Urheimat des ostgermanischen Stammes der Burgunden (oder als Zwischenstation auf deren Abwanderung von Skandinavien ins Weichselgebiet). Die burgundische Tradition einer skandinavischen Herkunft wird gestützt durch Ortsnamen und archäologische Zeugnisse: Etwa um 300 verschwand der größte Teil der Bevölkerung von der Insel. Die meisten Gräberfelder wurden nicht mehr weiter benutzt, auf den verbliebenen nur wenige Bestattungen vorgenommen.

Mittelalter

Die ersten schriftlichen Quellen um 890 berichten von Bornholm als Königreich, das allerdings schon um 961/985 vom dänischen König Harald Blauzahn erobert wurde. Zahlreiche Runensteine markieren den Beginn der Schrift auf der Insel. Von der Gamleborg („alten Burg“) aus wurde Bornholm verwaltet, allerdings wurde die Insel schon bald zum Spielball zwischen Staat und Kirche, da der König Svend Grathe 1149 große Teile der Insel dem Erzbischof von Lund vermachte. Der dänische Staat verwaltete seinen Inselteil danach von der Lilleborg (Kleinen Burg) aus, die Kirche ihre von der um 1250 errichteten Hammershus. Streitigkeiten zwischen beiden führten 1259 zur Gefangennahme des klerikalen Inselverwalters und im Gegenzug zur Zerstörung der Lilleborg. Die Anfeindungen gingen mit einer Übereinkunft 1362 zu Ende, 1522 endete die kirchliche Herrschaft endgültig.

Frühe Neuzeit

1525 verpfändete der König die Insel an die Hansestadt Lübeck, um Schulden zu begleichen. Die Bornholmer Bevölkerung hatte unter Steuern, Abgaben und Zwangsarbeit schwer zu leiden. 1535 scheiterte ein Aufstand, die Insel kam wieder als Lehen zu Dänemark und wurde von einem Lübecker Beamten als Vogt und dänischem Lehnsmann verwaltet. Die Verpfändung Bornholms an Lübeck endete 1576. Insgesamt regierten während dieser 50 Jahre nacheinander sechs Lübecker Vögte die Insel, wovon der erste, Bernt Knop, in seiner Amtszeit von 1525-43 die zerstörte Festung Hammershus ausbaute und Schweder Ketting in seiner Amtszeit von 1556-72 während des Dreikronenkrieges den wichtigen Lübecker Flottenstützpunkt in der Ostsee gegen die Schweden erfolgreich zu sichern wusste.[8] Zwischen 1643 und 1658 wurde die Insel im Krieg mehrmals von den Schweden besetzt. Die Bevölkerung setzte der schwedischen Herrschaft 1658 jedoch selbst ein Ende. Unter Führung von Jens Koefoed befreite sich die Insel selbst. Bornholm kam, mit zahlreichen Privilegien ausgestattet, endgültig zu Dänemark.

Für Bornholm begann eine lange Friedensperiode. Die Festung Hammershus wurde unwichtig und schließlich geschleift, dafür wurden im späten 17. Jahrhundert auf den Erbseninseln (Ertholmene) Festungsanlagen errichtet. Ihren einzigen Einsatz hatten sie beim Bombardement durch die Briten in den Koalitionskriegen 1808. Sie werden allerdings auch heute noch militärisch genutzt, sind zwar frei zugänglich, stehen aber unter Verwaltung des Verteidigungsministeriums.

Die Wirtschaft der Insel blühte auf, die noch heute typischen Zweige Keramikindustrie, Fischerei und Räucherei entstanden. Landschaftlich erhielt die Insel durch die Anlage des Waldes Almindingen durch den Forstmeister Hans Rømer 1805 ihr heutiges Aussehen.

Zweiter Weltkrieg

Am 10. April 1940 wurde Bornholm wie ganz Dänemark von deutschen Truppen besetzt. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs war Bornholm Umschlagplatz für Flüchtlinge, die von Kopenhagen auf die Insel geschleust wurden, hier von Widerständlern und Bauern versteckt wurden und wenig später ins neutrale Schweden gelangten. Auf umgekehrtem Wege wurden Waffen an die Widerstandsbewegung nach Kopenhagen geschmuggelt.

Als die dänische Regierung 1943 Streik- und Versammlungsverbote der Besatzungsmacht ablehnte und das Kabinett daraufhin aufgelöst wurde, eskalierte die Lage auch auf Bornholm. Etwa 500 Juden gelang am 11. Oktober 1943 unter Mithilfe des deutschen Gesandten Georg Ferdinand Duckwitz von Bornholm aus die Flucht, bevor wenige Monate später die Gestapo nach Bornholm kam. Bis zum Kriegsende kam es daraufhin zu Repressalien gegen die Bornholmer Bevölkerung und Verhaftungen von Fluchthelfern sowie Bauern, die Widerständler oder Juden auf ihren Höfen versteckt hatten.

Nach der Kapitulation der deutschen Truppen in Nordwestdeutschland und Dänemark am 4. Mai 1945 erhielt der Bornholmer Wehrmachtskommandant, Kapitän zur See Gerhard von Kamptz, am 6. Mai eine Kapitulationsaufforderung vom Befehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in Vorpommern. Kamptz wies die Aufforderung zurück, da die Kapitulation seiner Auffassung nach nur gegenüber den Westmächten galt, und ließ am 7. Mai (dem Tag der deutschen Gesamtkapitulation) auf sowjetische Aufklärungsflugzeuge schießen. Daraufhin wurden die Städte Rønne und Nexø von der sowjetischen Luftwaffe mehrfach bombardiert und zum größten Teil zerstört, zehn Zivilisten kamen ums Leben.

Nachdem zwischenzeitlich die Nachricht von der Gesamtkapitulation auf Bornholm eingetroffen war, ordnete General der Artillerie Rolf Wuthmann, der am 6. Mai mit den Resten des IX. Armeekorps aus Ostpreußen auf die Insel evakuiert worden war, die Einstellung des Widerstandes an und übergab Bornholm am 9. Mai einem sowjetischen Vorauskommando in Stärke von 110 Mann. Die erheblichen Sachschäden wurden in den Folgejahren auch mit schwedischer Hilfe beseitigt. Im April 1946 zogen die sowjetischen Truppen ab.

Archäologie

Auf Bornholm bei Allinge-Sandvig befindet sich Dänemarks größtes Gebiet von Felsritzungen.

Bei Ausgrabungen Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts wurden - vor allem in Sorte Mulde - weit mehr als 2300 winzige Goldblechfiguren gefunden, die wegen ihrer figürlichen Darstellungen als guldgubber bezeichnet werden, was in etwa „Goldgreise“ bedeutet.

Wirtschaft

Fischerei und bäuerliche Landwirtschaft prägten lange Zeit die Wirtschaft Bornholms. Ihre militärische Bedeutung erlangte die Insel ab dem Mittelalter. Als Flottenstützpunkt wurde Bornholm ab dem 17. Jahrhundert ausgebaut. Im 19. Jahrhundert kam der Bergbau hinzu. Die Grundgesteine Granit und Gneis wurden in mehreren Steinbrüchen als Bausteine, Straßenschotter, für Bord- und Pflastersteine und später für Grabsteine abgebaut. Aus den Juralehmen bei Rønne wurde Bornholmer Steinzeug produziert sowie Ziegelsteine. Im Zweiten Weltkrieg wurde unter Tage sogar die Jurakohle gewonnen. Jura- und Kreidesande wurden für Bauzwecke verwendet. Der Abbau der Sande wurde jedoch am 1. Juli 1988 auf Grund ihrer Bedeutung für die Trinkwasserversorgung verboten.

Tourismus

Aufgrund seiner Randlage entwickelte sich Bornholm in den Nachkriegsjahren nur langsam. Ein Aufschwung für die damals knapp 50.000 Inselbewohner setzte mit dem Tourismus ein. Die Natur der Insel und ihre Strände lockten Besucher ebenso an wie das besondere Klima und die vielen Vorzeitdenkmäler (dän. Fortidsminder). Die Insel bietet viele

Betätigungsmöglichkeiten. Die Naturphänomene sind durch Wander- und Radwege erschlossen. Badetourismus ist an mehreren Stränden möglich. Der weiße Sand, das klare Wasser der Ostsee und das ausgeprägte solare Klima reihen den ausgedehnten Strand von Dueodde in die besten Ostseestrände ein. Golf spielen, Reiten, Radfahren und andere sportliche Betätigungen sind möglich. Kunst- und Kulturtourismus sind möglich, wichtige Faktoren dafür sind Bornholms Kunstmuseum sowie das naturwissenschaftliche Museum Natur Bornholm. Anziehungspunkte sind die pittoresken Alt- und Hafenstädte, die berühmten Rundkirchen und die Ruine Hammershus, die älteste Burgruine Nordeuropas. Kunsthandwerkliche Produkte werden auf der Insel selbst gefertigt, wie etwa Glasbläsereien und Bornholmer Steinzeug, und gerne als hochwertiges Mitbringsel gekauft. Kulinarische Anziehungspunkte sind die Fischräuchereien mit ihrem vielfältigem einheimischem Speisenangebot. Die Hafenstadt Rønne ist auch Einfallstor für Tagestouristen, die in der großen Altstadt flanieren und oft Rundtouren durch die Insel buchen. Das Beherbergungsangebot reicht von Jugendherbergen in den Hauptorten bis hin zu Fünf-Sterne-Hotels in Rønne, im südlichen Balka und im nordöstlichen Sandvig. Ferienhauszentren, aber auch Sitz mehrerer Strand-/Küstenhotels sind Dueodde, Balka, Sømarken und Allige-Sandvig.

Museen und Sehenswürdigkeiten

Bornholmer Kunstmuseum

Das 1993 erbaute und 2003 modernisierte Bornholmer Kunstmuseum ist architektonisch wie inhaltlich reizvoll. Angelehnt an die Bauhaus-Architektur fügt sich das mit einem Leuchtturm ähnelnden Turm ausgestattete Gebäude harmonisch in die Küstenlandschaft bei Helligdomsklipperne rund sechs Kilometer westnordwestlich von Gudhjem ein. Die Dauerausstellung umfasst Ölgemälde dänischer und vor allem Bornholmer Künstler des 19. Jahrhunderts bis zu Skulpturen der Gegenwartskunst; auch dänische Designstudien (z. B. Georg Jensen) befinden sich in der Dauerausstellung. Die Wechsausstellung bietet Künstlern der Gegenwart eine großzügige Ausstellungsfläche, die durch die bodentiefen Fenster mit Blick auf die Ostsee eine durch Naturlicht begünstigte Betrachtung der Objekte ermöglicht. Im hinteren Teil des Gebäudes gelangt man durch die Gegenwartsausstellung (z. B. Glaskunst aus Gudhjem) über einen 30 Meter langen Steg zu einer Aussichtsplattform. Ein besonderes Merkmal des Museums ist ein Rinnsal, das direkt durch das Gebäude geleitet wird.

Rundkirchen

Eine Besonderheit der Insel sind die vier Rundkirchen.

Verkehr

Bornholm besitzt ein gut ausgebautes Straßennetz.

Fährverbindungen

Es gibt eine Schnellfährverbindung der Reederei Bornholmstrafikken nach Ystad in Schweden (Fahrtdauer rund 75 Minuten), wo Anschluss an einen InterCity oder den Bornholmerbus Nr. 866 über die Öresundbrücke nach Kopenhagen besteht. Ferner bestehen Fährverbindungen mit Mukran auf Rügen (rund 3½ Stunden), Køge auf Seeland (rund 6½ Stunden), Swinemünde (Świnoujście, Polen) und Kolberg (Kołobrzeg, Polen). Bornholms Hauptfährhafen ist der Hauptort Rønne. Von den Hafenstädten Gudhjem und Allinge-Sandvig besteht eine saisonale Fährbootverbindung zu den Erbseninseln (Ertholmene), die außerdem täglich vom Postboot angesteuert werden.

In den Sommermonaten fährt eine Personenfähre von Allinge nach Simrishamn (Schweden).

Anmerkung der u~m~d~h~T: Stand 2010

Flugverkehr

Der Regionalflughafen Bornholm befindet sich südlich des Hauptortes Rønne; ein weiterer Flugplatz bei dem Ort Rø im mittleren Nordosten der Insel musste 2003 einem Golfplatz weichen.

Bahnverkehr

Bis 1968 gab es Eisenbahnverkehr durch die Gesellschaft Die Bornholmer Eisenbahnen, die sowohl Personen- als auch Gütertransport auf mehreren Meterspurstrecken durchführte.

Öffentlicher Nahverkehr

Busse des Unternehmens BAT verbinden regelmäßig alle größeren Ortschaften. Die Busse nehmen auch Fahrräder mit. [9]

Radwegenetz

Bornholm überzieht ein dichtes, gut beschildertes Radwegenetz von über 230 Kilometern Länge, das z.T. auf den stillgelegten ehemaligen Bahntrassen angelegt wurde.

Persönlichkeiten

- Hans Henny Jahnn – lebte hier 1934-1950
- Martin Andersen Nexö (* 1869 Kopenhagen; † 1954 Dresden) - lebte und arbeitete hier von 1887 bis 1894

Sonstiges

- Das Maskottchen der Insel Bornholm ist der 1943 von Ludvig Mahler geschaffene kleine Troll Krølle-Bølle.
- Die Bornholmer Hafenstadt Gudhjem liegt exakt auf dem 15. Längengrad, nach dem die Mitteleuropäische Zeit (MEZ) berechnet wird. Daher wird diese Zeit in Dänemark auch Gudhjem-Zeit genannt. Im Süden der Insel, etwas östlich von Slusegård, schneidet der 15. Längengrad zudem den 55. Breitengrad. Dieser 'Knudepunt' ist als Meridianstein durch eine Granitplatte markiert.
- Die durch Coxsackieviren B verursachte Infektionskrankheit Morbus Bornholm wurde nach der Insel benannt, nachdem die Krankheit dort erstmalig dokumentiert wurde.
- Im Herbst 2000 entdeckte eine 18-jährige Teilnehmerin eines Geologiekurses bei Robbedale den Zahn eines Raubdinosauriers, der 2003 als *Dromaeosauroides bornholmensis* erstbeschrieben wurde. Dies ist der erste Überrest eines Dinosauriers, der jemals in Dänemark gefunden wurde.
- Der dänische Abenteuerfilm für Kinder Der verlorene Schatz der Tempelritter spielt auf Bornholm.

Literatur

- Jørgen Butzbach: 1700 Millionen Jahre Bornholm. William Dams Boghandel A/S, Rønne, 2000, ISBN 87-87021-78-1.
- Peter Gravesen: Bornholm (erschieden in der Reihe Geologisk set) - 208 S., zahlr. Abb. und Karten, Geografforlaget, Brenderup (DK) 1996.
- Jørn Lund (Red.): Den Store Danske Encyklopædi Danmarks Nationalleksikon, København 1994, ISBN 87-7789-045-0.
- Birger Nerman: Det svenska rikets uppkomst. Stockholm 1925.
- Martin Andersen Nexö: Pelle der Erorberer. Ein neues Leben. Würzburg, Arena, 2002, ISBN 3-401-05469-4. (Autobiographischer Roman über die Kindheit des Autors auf der Insel.)
- Hilthart Pedersen: Die jüngere Steinzeit auf Bornholm. Grin, München 2008, ISBN 978-3-638-94559-2.
- Bent Rying: Bornholm. Gestalt, Geschichte, Kultur. Wachholtz, Neumünster 1981, ISBN 3-529-06172-7.
- Bornholms Velkomstcenter und Bornholms Amt : Bornholm. Radwandern durch Natur und Kultur. 3. Auflage. Rønne 1996, ISBN 87-88440-12-5.

Einzelnachweise

1. ↑ a b www.xxx → Befolkning og valg → Folketal → Tabelle BEF44 (Folketal pr. 1. januar fordelt på byer)
2. ↑ Statistikbanken -> Befolkning og valg -> BEF4: Folketal pr. 1. januar fordelt på øer (dänisch)
3. ↑ Statistisches Jahrbuch für Dänemark 2009, Kapitel: Geographie

4. ↑ [www.xxx](#)
5. ↑ [a b Bornholm - Student findet Dinosaurier-Fussabdruecke](#)
6. ↑ [www.xxx](#) → [Befolkning og valg](#) → [Folketal](#) → [Tabelle BEF4: Folketal pr. 1. januar fordelt på øer](#), abgerufen am 4. Oktober 2009
7. ↑ [Hilthart Pedersen: Die jüngere Steinzeit auf Bornholm](#). Grin, München 2008, ISBN 978-3-638-94559-2.
8. ↑ [Antjekathrin Graßmann: Lübeckische Geschichte](#). 2. Auflage. Lübeck 1989, ISBN 3-7950-3203-2, S. 376 ff.
9. ↑ <http://www.xxx/brk/site.aspx?p=11232>

xxx – Entsprechend unserer Statuten werden uns unbekannt Webadressen nicht veröffentlicht. Für eine weiterführende Recherche gehen Sie bitte auf die entsprechende Wikipedia-seite. Mehr Informationen lesen Sie auf unserer Impressum-seite. Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipedia-seite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

London

des Vereinigten Königreiches. Die Stadt liegt an der Themse in Südostengland auf der Insel Großbritannien. Das heutige Verwaltungsgebiet mit den Stadtbezirken entstand am 1. April 1965 mit der Gründung von Greater London (Groß-London). In dem Verwaltungsgebiet Greater London leben 7.556.900 Menschen (2007)[2], davon 2.972.900 in den 13 Stadtbezirken von Inner London. London ist damit die bevölkerungsreichste Stadt der Europäischen Union. Die Agglomeration hat 8.278.251 Einwohner (2001). In der Metropolitan Area lebten im Jahre 2001 etwa 14 Millionen Menschen.

London ist eines der wichtigsten Kultur-, Finanz- und Handelszentren der Welt (Weltstadt). In der Stadt befinden sich zahlreiche Universitäten, Hochschulen, Theater und Museen. Das Stadtgebiet von Greater London, das in Inner und Outer London unterteilt ist, gliedert sich in insgesamt 33 Stadtbezirke („London boroughs“), darunter die City of London und die City of Westminster.

Geographie

Geographische Lage

London erstreckt sich etwa 45 Kilometer entlang der schiffbaren Themse und liegt durchschnittlich 15 Meter über dem Meeresspiegel. London entstand aus einer Siedlung am Nordufer, der heutigen City of London. Die London Bridge war bis 1739 die einzige Brücke über den Fluss.

Aus diesem Grund befindet sich der größere Teil der Stadt nördlich des Flusses. Mit dem Bau weiterer Brücken im 18. Jahrhundert und dem Bau der Eisenbahnen im 19. Jahrhundert begann sich die Stadt in alle Richtungen auszudehnen. Die Landschaft ist flach bis leicht wellig, wodurch das ungehinderte Wachstum begünstigt wurde.

Die Themse war in früheren Zeiten wesentlich breiter und seichter als heute. Sie wird heute fast gänzlich durch Dämme begrenzt und die meisten Zuflüsse fließen unterirdisch. Die

Gezeiten der Nordsee machen sich in London noch deutlich bemerkbar, die Stadt ist deshalb durch Überschwemmungen und Sturmfluten gefährdet. Bei Woolwich – östlich von Greenwich gelegen – wurde in den 1970er-Jahren der Thames Barrier gebaut, um diese Gefahr einzudämmen.

Die geografischen Koordinaten des Stadtzentrums in der Nähe des Trafalgar Square sind $51^{\circ} 30'$ nördlicher Breite und $0^{\circ} 8'$ westlicher Länge. Durch das königliche Observatorium, das Royal Greenwich Observatory in Greenwich, wurde der Nullmeridian gelegt. Er ist Ausgangspunkt der Längengrade und damit der Zeitzonen.

Geologie

Südostengland mit der Hauptstadt London, der am meisten begünstigte Teil der Hauptinsel, unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von den anderen Landesteilen. Die geologische Struktur wird durch die mesozonischen Sedimente bestimmt, die eine großzügig gegliederte Schichtstufenlandschaft entstehen ließen. Ihre Höhen ragen nirgends hoch auf, so dass der gesamte Raum die klimatischen Vorteile des Südostens genießt. Denn die Niederschläge sind geringer, und trotz größerer winterlicher Kälte ist der wärmere Sommer dem Ackerbau günstig, zumal da die meisten Gesteine und die darüberliegenden glazialen Ablagerungen wesentlich bessere Böden ergeben als in den Gebirgsländern.

Wenn trotzdem im Laufe der letzten Jahrhunderte der Ackerbau immer wieder Rückschläge zeigte, so sind diese in der ökonomischen Struktur Großbritanniens, keineswegs in der Natur des Landes begründet. In dem kontinentnahen Südosten hat von jeher das Schwergewicht des Inselreiches gelegen. Hier fassten die vom Festland kommenden Eroberer – Römer, Sachsen, Normannen – zuerst Fuß. Auch als mit der Entdeckung Amerikas und der Entwicklung der Überseeschifffahrt die Außenseiten der Insel infolge ihrer günstigeren Lage stärker belebt wurden, konnte sich das alte Kulturzentrum behaupten. London blieb das Tor der Inselwelt.

Stadtgliederung

London gliedert sich in 33 Stadtbezirke (London Boroughs) und die City of London.

1. City of London
2. City of Westminster
3. Kensington and Chelsea
4. Hammersmith and Fulham
5. Wandsworth
6. Lambeth
7. Southwark
8. Tower Hamlets
9. Hackney
10. Islington
11. Camden
12. Brent
13. Ealing
14. Hounslow
15. Richmond
16. Kingston
17. Merton
18. Sutton
19. Croydon
20. Bromley
21. Lewisham

22. Greenwich
23. Bexley
24. Havering
25. Barking and Dagenham
26. Redbridge
27. Newham
28. Waltham Forest
29. Haringey
30. Enfield
31. Barnet
32. Harrow
33. Hillingdon

Klima

London befindet sich in der gemäßigten Klimazone. Die Sommer sind warm, aber selten heiß; die Winter sind zwar kühl, doch sinkt die Temperatur selten unter den Gefrierpunkt. Der wärmste Monat ist Juli mit 16,3 Grad Celsius im Durchschnitt, der kälteste Januar mit 3,9 Grad Celsius im Mittel. Die höchste jemals in London gemessene Temperatur war 37,9 Grad Celsius, gemessen während der Hitzewelle 2003. Die große überbaute Fläche hält die Wärme zurück und schafft dadurch ein Mikroklima. Manchmal ist es in der Stadt bis zu fünf Grad wärmer als in der umliegenden Landschaft.

Die durchschnittliche Jahrestemperatur beträgt 9,7 Grad Celsius und die mittlere jährliche Niederschlagsmenge 611 Millimeter. In den Monaten Oktober, November und Dezember gibt es den meisten Niederschlag mit durchschnittlich 57 Millimeter und der wenigste im Februar mit 36 Millimeter im Durchschnitt. Schnee fällt eher selten, höchstens einige Zentimeter pro Jahr. Ereignisse wie die Schneekatastrophe von 1978 sind eine Seltenheit. Anfang Februar 2009 gab es das schlimmste Schneechaos seit 18 Jahren als über 15 Zentimeter Neuschnee fielen. Keine Seltenheit sind dagegen Inversionswetterlagen. Eine davon führte 1952 zu einer großen Smog-Katastrophe.

Geschichte

Antike

Die Existenz einer vorrömischen Siedlung der Kelten im Bereich der City of London konnte nicht nachgewiesen werden. Wahrscheinlich im Jahr 47 n. Chr. gründeten die Römer die Stadt Londinium. Im Jahr 60 oder 61 n. Chr. zerstörten die Icener, angeführt von Königin Boudicca, die Siedlung. Londinium wurde wieder aufgebaut und löste zu Beginn des 2. Jahrhunderts Camulodunum (Colchester) als Hauptstadt Britanniens ab. Ab 197 n. Chr. war Londinium Hauptstadt der Provinz Britannia superior, ab etwa 300 n. Chr. der Provinz Maxima Caesariensis. Rund um die Stadt wurden Wallanlagen errichtet.

Im Jahr 410 n. Chr. zogen die Römer ihre Legionen zurück und die Bevölkerung war den Raubzügen germanischer Stämme zunehmend schutzlos ausgeliefert. Nach der Eroberung Englands durch die Angeln und Sachsen verfiel Londinium bis Ende des 5. Jahrhunderts zu einer unbewohnten Ansammlung von Ruinen.

Mittelalter

Die Angelsachsen mieden zunächst die unmittelbare Umgebung der zerstörten Stadt. Im späteren 7. Jahrhundert gründeten sie westlich davon die Siedlung Lundenwic, die zunächst zum Königreich Mercia, später zum Königreich Essex gehörte. Unter der Führung von Alfred dem Großen, dem König von Wessex, eroberten die Angelsachsen im Jahr 878 die Gegend an der Themsemündung von den Dänen zurück. In den folgenden Jahren wurde das Gebiet innerhalb der römischen Stadtmauer wieder besiedelt. Die neu entstandene Stadt hieß Lundenburgh.

1066 eroberten die Normannen England und London löste Winchester als Hauptstadt ab. Der neue Herrscher Wilhelm I. bestätigte die besonderen Rechte Londons. Richard Löwenherz ernannte 1189 den ersten Lord Mayor (Bürgermeister), der dann ab 1215 von den immer mächtiger werdenden Kaufmannsgilden selbst gewählt wurde. 1209 wurde die erste aus Stein errichtete London Bridge fertiggestellt, die bis 1750 die einzige Brücke im heutigen Stadtzentrum war. Mehrere Male musste London Plünderungen durch aufständische Bauernheere erdulden, so z.B. 1381 während der Peasants' Revolt und 1450 während der Jack-Cade-Rebellion.

Im Rosenkrieg, der 1485 mit der Krönung von Henry Tudor als Heinrich VII. zu Ende ging, hielt die Stadt zur Partei der Yorks. Die Reformation brach die Macht der Kirche, die bis dahin rund die Hälfte des Bodens besaß; die Neuverteilung kirchlicher Güter ab 1535 leitete eine Ära des wirtschaftlichen Wachstums ein und London stieg zu einer führenden Handelsstadt auf.

Frühe Neuzeit

London musste in seiner wechselvollen Geschichte einige Rückschläge hinnehmen. Nachdem im 16. Jahrhundert die Gründung der ersten großen Handelskompanien und der Royal Exchange den wirtschaftlichen Aufstieg vorantrieben hatten, wurde die Stadt 1664 und 1665 von der „Großen Pest“ heimgesucht, die über 70.000 Menschenleben forderte. Im September 1666 verwüstete der „Große Brand von London“ große Teile der Stadt. Etwa 13.000 Häuser und 89 Kirchen fielen den Flammen zum Opfer.

Die Stadt wurde nach dem verheerenden Brand neu aufgebaut. Pläne für eine grundlegende Neugestaltung scheiterten jedoch an den zu hohen Kosten, weshalb die neuen Häuser im Wesentlichen entlang der alten verwinkelten Straßen errichtet wurden. Verantwortlich für den Wiederaufbau war der Architekt Christopher Wren. Fast alle adeligen Bewohner zogen endgültig aus der alten Innenstadt weg und ließen sich im aufstrebenden West End neue repräsentative Wohnhäuser bauen. Ins Eastend abgedrängt wurden die ärmsten Bevölkerungsschichten, die im expandierenden Hafen ihr Auskommen finden mussten. Ende des 17. Jahrhunderts stieg London zum bedeutendsten Finanzzentrum der Welt auf.

Während des 18. Jahrhunderts wuchs London über die historischen Grenzen hinaus. Neue Brücken über die Themse ermöglichten die Ausbreitung der Stadt nach Süden. Im Juni 1780 war London Schauplatz der Gordon Riots, als sich fanatische Protestanten gegen die Gleichberechtigung der Katholiken zur Wehr setzten.

Moderne

Im Laufe des 19. Jahrhunderts vervielfachte sich die Bevölkerungszahl, der Bau zahlreicher Vorortseisenbahnen und U-Bahnen ermöglichte eine rasche Ausbreitung des überbauten Gebiets. London errang während des viktorianischen Zeitalters große Bedeutung als Hauptstadt des Britischen Weltreichs. 1851 war London laut Volkszählung mit 2.651.939 Einwohnern die größte Stadt Europas und das Zentrum der industrialisierten Welt. Hier fand im gleichen Jahr mit der „Great Exhibition“ die erste Weltausstellung statt.

Der ausufernde Ballungsraum war in zahlreiche Kirchgemeinden und Gerichtsbezirke zersplittert. Als erster Zweckverband wurde 1829 die Metropolitan Police gegründet, die in der Folge in der ganzen Metropole die zuvor auf privater Basis betriebene Verbrechensbekämpfung übernahm. 1855 folgte mit dem Metropolitan Board of Works eine Vereinheitlichung im Bereich des Bauwesens. Das unter der Leitung von Joseph Bazalgette gebaute Londoner Abwassersystem gilt als größtes Bauprojekt des gesamten 19. Jahrhunderts. 1889 wurde mit der County of London erstmals überhaupt eine einheitliche Verwaltungsregion für den gesamten Ballungsraum geschaffen.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war geprägt von einer Ausdehnung des überbauten Gebiets in einem vorher nie gekannten Ausmaß. Die neuen Vororte lagen fast gänzlich außerhalb der County of London; in ganz Middlesex, im Westen von Essex, im Norden von Surrey, im Nordwesten von Kent und im Süden von Hertfordshire.

Während des Zweiten Weltkriegs, vor allem 1940/41, erlitt London insbesondere in den östlichen Industriegebieten durch Angriffe der deutschen Luftwaffe schwere Zerstörungen. Diese Bombardements gingen mit dem Namen „The Blitz“ in die Geschichte der Stadt ein. Eine zweite Angriffswelle folgte 1944/45 mit den V1- und V2-Raketen. Knapp 30.000 Einwohner starben, Hunderttausende wurden obdachlos.

Nach Kriegsende sank die Einwohnerzahl beträchtlich, da viele Londoner sich in neuen Satellitenstädten niederließen. 1965 wurde die Verwaltungsregion Greater London geschaffen, die auch die im 20. Jahrhundert entstandenen Vororte umfasst. Währenddessen büßte London seine Rolle als bedeutender Hafen ein, die Anlagen in den Docklands zerfielen. 1981 begann ein umfangreiches Stadtentwicklungsprogramm, Zehntausende von Arbeitsplätzen der Dienstleistungsbranchen wurden von der City of London auf die Isle of Dogs verlagert oder neu geschaffen. In der Canary Wharf entstand ein ausgedehnter Hochhauskomplex. Durch diese Aufwertung Londons steigt die Einwohnerzahl wieder an, seit dem Tiefpunkt in den 1980er-

Jahren um eine Million. Trotzdem hat London heute noch eine Million Einwohner weniger als am historischen Höchststand, der 1939 mit etwa 8,6 Millionen erreicht wurde.

Bevölkerung

Religionen

Die Volkszählung 2001 ergab folgende Religionsverteilung:[6]

- 58,2 Prozent Christen
- 8,5 Prozent Muslime
- 4,1 Prozent Hindus
- 2,1 Prozent Juden
- 1,5 Prozent Sikhs
- 0,8 Prozent Buddhisten
- 0,5 Prozent andere

15,8 Prozent der Londoner gehören keiner Religion an. Keine Angaben machten 8,7 Prozent der Bevölkerung.

Die Mehrheit der Christen gehört der Anglikanischen Kirche an. Hauptkirche und Sitz des Bischofs ist die Saint Paul's Cathedral. Die katholische Hauptkirche von Wales und England ist die Westminster Cathedral. Seit das englische Königshaus den protestantischen Glauben (Anglikanische Kirche) angenommen hatte, gab es viele Jahrhunderte keine katholischen Gotteshäuser in London. Erst im 19. Jahrhundert etablierten sich wieder katholische Gemeinden. Weitere christliche Religionsgemeinschaften sind die United Reformed Church, die Heilsarmee, die Quäker und die Orthodoxe Kirche.

Die Stadt ist das Zentrum des Islam in Großbritannien. Etwa 38 Prozent der 1,589 Millionen britischen Muslime lebten laut Volkszählung 2001 in London. Siedlungszentren sind überwiegend die Stadtbezirke Tower Hamlets und Newham[7]. Die Bait ul-Futuh ist die größte Moschee der Hauptstadt.

Von den 558.000 britischen Hindus lebten 2001 circa 52 Prozent in London. Siedlungszentren sind vor allem die Bezirke Brent und Harrow sowie der Stadtteil Southall im Bezirk Ealing im Westen Londons[7]. Der Neasden Temple war bis zur Eröffnung des Shri Venkateswara (Balaji) Temple in Tividale (West Midlands) im August 2006 der größte Hindu-Tempel außerhalb Indiens. [8]

Etwa 56 Prozent der 267.000 britischen Juden lebten 2001 in der Hauptstadt. Siedlungszentren sind Stamford Hill im Bezirk Hackney und Golders Green im Bezirk Barnet. [7]

Einwohnerentwicklung

Schon 140 n. Chr. lebten in London 30.000 Menschen, 1300 waren es bereits 100.000 und 1801 überschritt die Einwohnerzahl der Stadt die Grenze von einer Million. London war von 1825 bis 1925 die bevölkerungsreichste Stadt der Welt, bis sie von New York überholt wurde. Bei der Volkszählung im Jahre 2001 wurden 7.172.091 Einwohner gezählt[6].

London ist traditionellerweise ein Anziehungspunkt für verschiedene Kulturen und Religionen. Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts hauptsächlich Iren, Polen, Italiener und osteuropäische Juden nach London kamen, sind seit circa 1950 vor allem Menschen aus ehemaligen britischen Kolonien, beispielsweise Indien, Pakistan, Sri Lanka und Bangladesch, eingewandert.

Bei der Volkszählung 2001 stammten 6,1 Prozent der Bevölkerung vom indischen Subkontinent, 5,3 Prozent aus Schwarzafrika und 4,8 Prozent aus der Karibik, 1,1 Prozent waren chinesischer Abstammung. Insgesamt wurden 72,9 Prozent der Bevölkerung Londons in Großbritannien geboren, 5,3 Prozent in weiteren Ländern der Europäischen Union (EU) und 21,8 Prozent außerhalb der EU[6].

Die Agglomeration von London dehnt sich über das eigentliche Stadtgebiet von Greater London hinaus und zählt 8.278.251 Einwohner (2001)[3]. Dies sind mehr als in Schottland und

Wales zusammen. London ist damit eine der größten Agglomerationen Europas.

Die folgende Übersicht zeigt die Einwohnerzahlen nach dem jeweiligen Gebietsstand. Bis 1750 handelt es sich um Schätzungen, von 1801 bis 2001 um Volkszählungsergebnisse und 2006 um eine Berechnung.

Jahr	Einwohner
•	
• 50	7.500
• 140	30.000
• 200	50.000
• 300	15.000
• 400	4.500
• 500	500
• 700	5.000
• 900	5.000
• 1000	10.000
• 1100	15.000
• 1180	40.000
• 1300	100.000
• 1350	50.000
• 1500	125.000
• 1600	200.000
• 1650	375.000
• 1700	575.000
• 1750	675.000
• 10. März 1801	1.096.784
• 27. Mai 1811	1.303.564
• 28. Mai 1821	1.573.210
• 30. Mai 1831	1.878.229
• 6. Juni 1841	2.207.653
• 30. März 1851	2.651.939
• 7. April 1861	3.188.485
• 2. April 1871	3.840.595
• 3. April 1881	4.713.441
• 5. April 1891	5.571.968

- 31. März 1901 6.506.889
- 2. April 1911 7.160.441
- 19. Juni 1921 7.386.755
- 26. April 1931 8.110.358
- 29. September 1939 8.615.050
- 8. April 1951 8.196.807
- 23. April 1961 7.992.443
- 25. April 1971 7.368.693
- 5. April 1981 6.608.598
- 21. April 1991 6.679.699
- 29. April 2001 7.172.091
- Juli 2006 7.512.400

Entwicklung der Wohnsituation

Die ethnische und soziale Segregation (Entmischung) der Bevölkerung ist in der britischen Hauptstadt weniger ausgeprägt als etwa in New York. Rund 20 Prozent der Einwohner stammen aus Asien, Afrika und der Karibik. Wohngebiete der Bengalen befinden sich beispielsweise in Tower Hamlets (Inner London) und der Inder in Brent und Ealing (Outer London). In den östlichen Bezirken Londons sind Arbeitslosigkeit, Armut, Überbelegung der Wohnungen und Verfall der Bausubstanz erheblich höher als in den westlichen Bezirken.

Die Wohn- und Gewerbegebiete aus dem 19. Jahrhundert haben eine relativ hohe Wohndichte und einen überproportionalen Anteil von Einwanderern sowie Menschen mit niedrigem Einkommen. Gering verdichtete Wohnformen, vor allem von Eigentümern bewohnte Einzel- und Doppelhäuser, sind hier das dominierende Siedlungsbild.

Der frühere Gegensatz in den Wohn- und Lebensbedingungen der Bevölkerung britischer Nationalität und der Einwanderer mit hohem und niederem Einkommen zwischen den Stadtteilen Westend und Eastend wird von entgegengesetzten Entwicklungstendenzen überlagert. Es kommt zu einer Zunahme ethnischer, sozialer und kultureller Differenzierung und Ghettobildung. Immer mehr Haushalte mit hohem Einkommen bleiben in London oder ziehen in die Stadt und verdrängen die ärmeren Haushalte und Mieter. Ursache ist die Anfang der 1980er-Jahre begonnene nationale und lokale Stadtentwicklungspolitik, deren wichtigstes Ziel es war, die Bedeutung der Hauptstadt als Handels- und Finanzzentrum zu stärken und für internationale Firmen attraktiv zu machen.

Politik

Stadtregierung

Im Jahre 1965 wurde die Verwaltungsregion Greater London, ein Zusammenschluss der alten County of London mit Middlesex sowie Teilen der Grafschaften Essex, Hertfordshire, Kent und Surrey, gegründet. Greater London ist unterteilt in 32 London Boroughs und die City of London. Die Boroughs sind für die lokale Selbstverwaltung und den Betrieb der meisten öffentlichen Einrichtungen auf ihrem Gebiet zuständig. Die City of London wird historisch bedingt von der City of London Corporation verwaltet.

Die Greater London Authority (GLA) koordiniert die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Boroughs, ist für die strategische Planung zuständig und betreibt öffentliche Einrichtungen, die in der ganzen Stadt tätig sind; dazu gehören die Feuerwehr, die Polizei und der öffentliche Verkehr. Die GLA besteht aus dem Mayor of London (Oberbürgermeister) und der London Assembly (Stadtparlament mit 25 Sitzen), die beide ihren Sitz in der City Hall haben. Der aktuelle Mayor of London ist Boris Johnson (Conservative Party). Sein Vorgänger war Ken Livingstone. Dieser trat im Jahre 2000 gegen den offiziellen Labour-Kandidaten an, wurde nach einem Nominierungsdebakel aus der Partei ausgeschlossen, 2004 unter Kritik wieder aufgenommen und haushoch für eine zweite Amtszeit bestätigt, ehe er letztlich bei der Wahl 2008 Johnson unterlag. Der Lord Mayor of London, der Bürgermeister

der City of London, übt lediglich zeremonielle Funktionen aus.

Frühere Verwaltungsbehörden waren die Metropolitan Board of Works (MBW) von 1855 bis 1889, der London County Council (LCC von 1889 bis 1965 und der Greater London Council (GLC) von 1965 bis 1986. Der GLC wurde von Premierministerin Margaret Thatcher nach politischen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und dem GLC-Vorsitzenden Ken Livingstone aufgelöst. 14 Jahre besaß London keine übergeordnete Verwaltung; die meisten Aufgaben wurden an die Boroughs übertragen, einzelne direkt an die Zentralregierung. Diese Maßnahme führte zu großen Koordinationsproblemen. Auch nach der Einsetzung der GLA im Jahr 2000 besitzen die Boroughs eine größere Autonomie als noch zu Zeiten der GLC.

Die Polizeibehörde der 32 London Boroughs ist der Metropolitan Police Service, besser bekannt unter dem Namen Metropolitan Police oder kurz als „the Met“. Die City of London besitzt eine eigene Polizeibehörde, die City of London Police.

Städtepartnerschaften

London unterhält mit folgenden Städten Partnerschaften.

- Algier, Algerien
- Berlin, Deutschland (seit 2000)
- Moskau, Russland (seit 2002)
- New York, Vereinigte Staaten (seit 2001)
- Paris, Frankreich (seit 2001)
- Präfektur Tokio, Japan (seit 2006)
- Peking, Volksrepublik China (seit 2006)
- Karatschi, Pakistan (seit 2005)
- Zagreb, Kroatien (seit 2009)

Kultur und Sehenswürdigkeiten

Theater

London bietet eine breite Palette an kulturellen Veranstaltungen. Im Londoner Westend sind mehr als ein Dutzend Theater zu Hause. Gespielt wird alles von der Klassik bis zur Moderne. Dort wurden unter anderem Andrew Lloyd Webbers weltberühmte Musicals Cats und Das Phantom der Oper uraufgeführt.

Das Royal National Theatre der National Theatre Company in South Bank und das Barbican Centre der Royal Shakespeare Company gehören zu den vielen Zentren des professionellen Theaterschauspiels. Das Royal Court Theatre, eine der traditionsreichsten Bühnen in London, ist im Februar 2000 nach vier Jahren Umbauzeit wieder eröffnet worden.

Das Royal Opera House in Covent Garden ist das bedeutendste britische Opernhaus. Es ist die Heimat der Royal Opera und des Royal Ballet. Das erste Theatergebäude an dieser Stelle, das damalige Theatre Royal (siehe Patent Theatre) wurde von Edward Shepherd entworfen. Es wurde am 7. Dezember 1732 mit einer Aufführung von William Congreves The way of the world eröffnet. Obwohl schon ab 1735 auch Opern, zum Beispiel von Händel, aufgeführt wurden, blieb das Haus doch hauptsächlich ein Schauspielhaus.

Das Theatre Royal Drury Lane ist ein Theater im Londoner West End. Seit Mitte der 1980er-Jahre war es die Heimat großer Musicalproduktionen wie 42nd Street, Miss Saigon und My Fair Lady. Das London Palladium ist das wohl berühmteste Londoner Theater. In den 1950er-Jahren wurde die in Großbritannien populäre Variété-Aufführung „Sunday Night at the London Palladium“ live im Fernsehen ausgestrahlt.

Das Theatre Royal Haymarket (Haymarket Theatre) ist ein Theater am Londoner Haymarket. Es wurde 1720 von John Potter als Little Theatre gegründet – in Anspielung auf das größere King's Theatre (heute Her Majesty's Theatre), das sich ebenfalls am Haymarket befand. Das Her Majesty's Theatre wird hauptsächlich für Musicalaufführungen genutzt. Seit dem 9.

Oktober 1986 wird täglich Das Phantom der Oper aufgeführt.

Das Globe Theatre am Südufer der Themse ist eine Rekonstruktion des Freiluftschauspielhauses, das 1599 entworfen wurde. Für dieses Theater schrieb William Shakespeare viele seiner größten Stücke. Die Spielzeit läuft von Mai bis September mit Produktionen von Shakespeare, seinen Zeitgenossen und von modernen Autoren. Ein weiteres bekanntes Theater ist das Coliseum Theatre, in dem die English National Opera Company untergebracht ist.

Das London Dungeon ist kein Theater im klassischen Sinne. Das Gruselkabinett unter dem Bahnhof London Bridge im historischen Stadtteil Southwark präsentiert seinen Besuchern bekannte Ereignisse der Stadtgeschichte aus den vergangenen 2000 Jahren. Schauspieler führen durch die unterirdischen Gewölbe und lassen unter anderem die Große Pest von London, den Großen Brand von London, Jack the Ripper und Sweeney Todd wieder zum Leben erwachen.

Musik

London beheimatet fünf professionelle Symphonieorchester. Diese sind das London Symphony Orchestra, das London Philharmonic Orchestra, das Royal Philharmonic Orchestra, die Philharmonia und das BBC Symphony Orchestra. Der Höhepunkt eines jeden Jahres ist die von der BBC weltweit übertragene "Last Night of the Proms" aus der Royal Albert Hall.

Konzerthäuser sind die Barbican Hall, die Royal Festival Hall und die Saint John's Church in Westminster. Der beliebteste Konzertsaal ist die Wigmore Hall hinter der Oxford Street. Im Juni 2002 sind nach umfangreichen Renovierungsarbeiten Teile des 1988 im heutigen Finanzviertel entdeckten römischen Amphitheaters der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

Am Trafalgar Square steht die Kirche St. Martin-in-the-Fields. Sie wurde in den Jahren 1721 bis 1726 nach den Plänen des Architekten James Gibbs gebaut. In der Kirche finden häufig Konzerte statt; zu den dort auftretenden Orchestern zählen unter anderem die Academy of St. Martin in the Fields und New Trinity Baroque aus den USA. In der Krypta wurde ein Café eingerichtet, in dem manchmal Jazz-Gruppen auftreten. Die Pfarrei beherbergt auch einen der berühmtesten Kirchenchöre der Welt.

In der City of Westminster befinden sich die Abbey Road Studios. Das Gebäude in der gleichnamigen Straße wurde 1929 von EMI gekauft, die Studios am 12. November 1931 eröffnet. In der Eröffnungszeremonie dirigierte Sir Edward Elgar das London Symphony Orchestra in Studio 1 und die historische Aufzeichnung von Land of Hope and Glory entstand. Die Beatles widmeten dem Musikaufnahmestudio das Album „Abbey Road“ (1969).

Pink Floyd, die in den 1970er-Jahren ihre Alben in den Studios einspielte, galt bald als „Hausband“ des Studios. Auch „The Dark Side of the Moon“ entstand hier. Seit den 1980er-Jahren wird das Studio 1 auch als Aufnahmestudio für orchestrale Filmmusiken benutzt. Der erste Film, der hier seine musikalische Untermalung erhielt, war Jäger des verlorenen Schatzes mit der Musik von John Williams. Auch die Musik für Der Herr der Ringe und die Harry-Potter-Filme wurden hier eingespielt.

The O2 ist ein Unterhaltungskomplex, welcher früher unter dem Namen Millennium Dome bekannt war. Zahlreiche bekannte internationale Künstler hatten in der O2 Arena, die eigentliche Konzerthalle, Auftritte, z.B. Britney Spears, Justin Timberlake und die Spice Girls.

Museen

Zu den größten und bekanntesten Museen weltweit zählt das Britische Museum in Bloomsbury. In ihm befinden sich über sechs Millionen Ausstellungsstücke. Berühmt ist auch der Reading Room, ein kreisrunder Lesesaal, in dem schon Mahatma Gandhi und Karl Marx studierten. Rechtzeitig zum Millennium ist der Queen Elizabeth II Great Court (Architekt: Norman Foster) fertiggestellt worden. Es ist der größte überdachte Innenhof Europas.

Das Victoria and Albert Museum im Stadtteil South Kensington verfügt über eine Sammlung von Kunstschätzen aus aller Welt, darunter Skulpturen, Kleidung und Kostüme, kostbare Porzellan- und Glasgefäße, Möbelstücke und Musikinstrumente. Nahe befinden sich das Science Museum (Wissenschaftsmuseum) und das Natural History Museum (Naturhistorisches Museum).

Im Science Museum werden in den verschiedenen, auf insgesamt fünf Ebenen angeordneten Galerien Ausstellungen zu den Themen Astronomie, Meteorologie, Biochemie, Elektronik, Navigation, Luftfahrt und Fotografie gezeigt. Zu den Klassikern unter den Ausstellungsstücken zählen Teleskope von Galileo Galilei und ein Mikroskop von George Adams, die erste Dampflokomotive Puffing Billy, das erste Telefon von Alexander Graham Bell, ein Rolls-Royce aus dem Jahre 1909, ein Flugapparat von Otto Lilienthal sowie die Kommandokapsel des

Raumschiffs Apollo 10.

Das Natural History Museum beinhaltet etwa 40 Millionen verschiedene Objekte, darunter zahlreiche Dinosaurierskelette, Fossilien (unter Ihnen ein Archaeopteryx), Ausstellungsstücke aus der Flora und Fauna, etwa das 30 Meter lange Skelett eines Blauwals oder das Modell des um 1690 ausgestorbenen Dodo-Vogels.

Die National Gallery am Trafalgar Square besitzt eine vielfältige Gemäldesammlung, die von den frühen Anfängen in Italien bis hin zu Werken von Cézanne und Seurat reicht. Neben an ist die National Portrait Gallery, in der über 9.000 Porträts ausgestellt sind. Im Jahre 1897 ist die Tate Gallery auf der Uferstraße zwischen Chelsea und Westminster eröffnet worden. Sie umfasst die größte Sammlung britischer Gemälde vom 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Gegenüber der Saint Paul's Cathedral ist im Juni 2000 die Tate Modern, ein Ableger der Tate Gallery, eröffnet worden.

Das Imperial War Museum (Reichskriegsmuseum) ist eines der bedeutendsten Kriegsmuseen weltweit. Es zeigt in erster Linie Exponate aus den beiden Weltkriegen, wie Kanonen und Fahrzeuge. Eine von vier Etagen beschäftigt sich ausführlich mit dem Dritten Reich. Kleinere Abteilungen gelten einigen anderen Kriegen des 20. Jahrhunderts wie beispielsweise dem Vietnamkrieg und dem Falklandkrieg. Außerdem gibt es zusätzlich Wechselausstellungen.

Madame Tussauds Wachsfigurenkabinett ist eine der größten Attraktionen der Hauptstadt. Ausgestellt werden lebensnah nachempfundene Wachsfiguren von historischen Gestalten und Personen der aktuellen Zeitgeschichte, wie Sportler, Filmstars, Modeschöpfer und Modells. Einen Platz in der Ausstellung von Madame Tussaud zu erhalten, zählt heute zu den größten Ehren, die einem Menschen zuteil werden kann. Die Gründerin des 1835 eröffneten Museums war Marie Tussaud (1761–1850).

Direkt in der City liegt das Museum of London, dessen Ausstellungen die Entwicklung Londons von seinen Anfängen bis zum heutigen Tag zeigt. Weitere bekannte Museen und Ausstellungen sind die Cabinet War Rooms, das London Transport Museum, Somerset House und das Sherlock Holmes Museum in der Baker Street 221B.

Seit 2001 ist der Eintritt in sämtliche staatlichen Museen und Galerien kostenlos. Von der obigen Liste ist Madame Tussauds ausgenommen, da es sich um eine private Ausstellung handelt. Auch in den Cabinet War Rooms wird Eintritt verlangt. Den CWR ist das Churchill-Museum angeschlossen, für dessen Besuch kein separater Eintritt verlangt wird.

Bauwerke

Straßen und Plätze

Der Trafalgar Square ist ein großer Platz im Zentrum der britischen Hauptstadt, als deren eigentliches Zentrum er vielen gilt. Er ist der größte Platz Londons und seit dem Mittelalter ein zentraler Treffpunkt. 2003 wurde er nach einem größeren Umbau wiedereröffnet. In der Mitte des Platzes steht ein Denkmal, das die Londoner als Dank für Admiral Nelsons Sieg der Briten über die Franzosen in der Schlacht von Trafalgar setzten. Die 1842 erbaute Nelson Column (deutsch: Nelsonsäule) mit dem Admiral auf der Spitze ist mit 55 Metern so hoch wie Nelsons Flaggschiff HMS Victory vom Kiel bis zur Mastspitze.

Etwa zwei Drittel der Strecke von Trafalgar Square bis Parliament Square heißt Whitehall, das restliche Drittel heißt Parliament Street. Der Kenotaph, das wichtigste Kriegsdenkmal in Großbritannien, befindet sich in der Mitte der Straße und ist der Ort der jährlichen Gedenkfeiern am Remembrance Day. Der zentrale Teil der Straße wird von militärischen Gebäuden beherrscht, darunter das britische Verteidigungsministerium (englisch Ministry of Defence) und die früheren Hauptquartiere der British Army (heute Horse Guards) und der Marine (englisch Royal Navy oder Admiralty).

Die Downing Street ist die berühmte Straße im Stadtzentrum, auf der sich seit mehr als zweihundert Jahren die offiziellen Amts- und Wohnsitze von zwei der wichtigsten britischen Regierungsmitgliedern befinden – des Premierministers des Vereinigten Königreichs und des Schatzkanzlers. Die berühmteste Hausnummer in der Downing Street ist die Nr. 10. Hier befindet sich der offizielle Amts- und Wohnsitz des ersten Lords des Schatzamtes und somit des Premierministers, da beide Ämter von ein und derselben Person bekleidet werden. Die Downing Street ist eine Seitenstraße der Whitehall im Zentrum von London, nur wenige Schritte vom Parlamentsgebäude entfernt und läuft in Richtung des Buckingham Palace.

Die Straße Piccadilly befindet sich in der Innenstadt und gehört zu den bekanntesten Straßen der Stadt. Sie erstreckt sich vom Piccadilly Circus im Nordosten bis Hyde Park Corner im Südwesten. Sehenswert ist das vor allem auf Lebensmittel spezialisierte Geschäft Fortnum & Mason aus dem Jahre 1707, das Hotel Ritz mit seiner neoklassizistischen Architektur von 1906 und die Royal Academy of Arts aus dem Jahre 1868 im Burlington House. Der Piccadilly Circus ist vor allem durch seinen Eros-Brunnen und die riesige Leuchtreklamewand an

einem gewundenen Eckhaus bekannt. Der Platz wurde 1819 erbaut um Regent Street mit der Einkaufsstrasse Piccadilly zu verbinden. Aufgrund seiner zentralen Lage im Herzen des West Ends, seiner Nähe zu großen Einkaufs- und Vergnügungsmöglichkeiten, und den großen Verkehrsadern die sich hier kreuzen ist er ein sehr stark besuchter Treffpunkt.

Weltliche Bauwerke

Tower of London

Am nördlichen Ufer der Themse befindet sich der Tower von London, ein im Mittelalter errichteter Komplex aus mehreren befestigten Gebäuden entlang des Flusses, der als Festung, Waffenkammer (stronghouse), königlicher Palast und Gefängnis, insbesondere für Gefangene der Oberklasse, diente. Außerdem waren dort die Münze, das Staatsarchiv, ein Waffenarsenal und ein Observatorium untergebracht.

Bis zu Jakob I. wohnten alle englischen Könige und Königinnen zeitweise dort. Es war üblich, dass der Monarch vor dem Tag seiner Krönung im Tower übernachtete und dann in feierlichem Zug durch die Stadt nach Westminster ritt. Heute werden im Tower die britischen Kronjuwelen aufbewahrt, ferner eine reichhaltige Waffensammlung.

1078 ordnete Wilhelm der Eroberer an, den White Tower hier zu bauen. Er sollte die Normannen vor den Menschen der City of London aber auch London überhaupt schützen. In den folgenden Jahrhunderten wurde die Festung ständig erweitert. Sie wird von einem breiten Wassergraben umgeben. Ein Außenwall schützt die inneren Gebäude. In der Mitte des Geländes steht der mächtige „Weiße Turm“. Von weitem wirkt er quadratisch, aber drei der Ecken bilden keine rechten Winkel und alle vier Seiten sind verschieden lang. Die UNESCO hat das Bauwerk 1988 zum Weltkulturerbe der Menschheit erklärt.

Tower Bridge

Die Tower Bridge ist eine Straßenbrücke über den Fluss Themse. Sie verbindet die City of London auf der Nordseite mit dem Stadtteil Southwark im Stadtbezirk London Borough of Southwark auf der Südseite. Es handelt sich hierbei um eine im neugotischen Stil errichtete Klappbrücke und um die am östlichsten gelegene Themsebrücke; darüber führt die Hauptstraße A100.

Am Nordufer befinden sich der Tower of London (nach dem die Brücke benannt ist) und die St Katharine Docks, am Südufer die City Hall. Die Brücke ist im Besitz von Bridge House Estates, einer Wohlfahrtsorganisation der City of London Corporation, die auch für den Unterhalt zuständig ist. Gelegentlich wird die Tower Bridge fälschlicherweise London Bridge genannt, diese jedoch ist die nächste Brücke stromaufwärts.

Die Tower Bridge ist 244 Meter lang, die Höhe der beiden Brückentürme beträgt 65 Meter. Die Fahrbahn zwischen den 61 Meter voneinander entfernten Türmen liegt neun Meter über dem Fluss, die Fußgängerbrücke 43 Meter. Die beiden Basküle können bis zu einem Winkel von 83 Grad hochgeklappt werden, um größeren Schiffen die Durchfahrt zu ermöglichen. Fertiggestellt wurde die Tower Bridge im Jahre 1894.

Palace of Westminster

Bekanntester Turm in London ist der 98 Meter hohe Glockenturm, in dem sich Big Ben befindet, die mit 13 Tonnen schwerste der fünf Glocken, welche den bekannten Westminsterschlag spielen. Er ist ein Teil des Palace of Westminster, ein monumentales, im neugotischen Stil errichtetes Gebäude, in dem das aus dem House of Commons und dem House of Lords bestehende britische Parlament tagt. Der Palast befindet sich in der City of Westminster am Parliament Square, in unmittelbarer Nähe zu Whitehall. Er wurde von der UNESCO 1987 zum Weltkulturerbe erklärt.

Der älteste erhaltene Teil des Palastes ist die Westminster Hall aus dem Jahr 1097. Ursprünglich diente er als Residenz der englischen Könige, doch seit 1529 hat kein Monarch mehr hier gelebt. Vom ursprünglichen Gebäude ist nur wenig erhalten geblieben, da es im Jahr 1834 bei einem verheerenden Großbrand fast vollständig zerstört wurde. Der für den Wiederaufbau verantwortliche Architekt war Charles Barry.

Die wichtigsten Räume des Palastes sind die Ratssäle des House of Commons und des House of Lords. Daneben gibt es rund 1.100 weitere Räume, darunter Sitzungszimmer, Bibliotheken, Lobbys, Speisesäle, Bars und Sporthallen. Der Begriff Westminster ist im britischen Sprachgebrauch oft gleichbedeutend für den Parlamentsbetrieb, ist also ein Metonym

für Parlament.

Buckingham Palace

Der Buckingham Palace im Stadtbezirk City of Westminster ist die offizielle Residenz des britischen Monarchen in London. Neben seiner Funktion als Wohnung von Königin Elisabeth II. dient er auch als Austragungsort für offizielle Anlässe des Staates. So werden in ihm ausländische Staatsoberhäupter bei ihrem Besuch in Großbritannien empfangen. Daneben ist er ein wichtiger Anziehungspunkt für Touristen. Die ursprüngliche georgianische Inneneinrichtung beinhaltete auf Vorschlag von Sir Charles Long die großzügige Verwendung von Marmormalerei („Scagliola“) in leuchtenden Farben sowie blaue und rosafarbene Lapislazuli.

Unter König Eduard VII. fand eine großangelegte Neuausstattung im Stil der Belle Époque statt. Dabei wurde ein Farbschema aus einer Kombination von Cremetönen und Gold verwendet. Viele der kleineren Empfangsräume sind im chinesischen Regency-Architekturstil gehalten. Sie wurden mit Möbelstücken und Dekorationen ausgestattet, die nach dem Tod König Georgs IV. aus dem Royal Pavilion in Brighton sowie aus Carlton House herbeigeschafft wurden.

St. James's Palace

Der St. James's Palace befindet sich in der City of Westminster. Das Gebäude war bis 1837 die offizielle Londoner Residenz des jeweiligen britischen Monarchen. Er ist heute noch der offizielle Verwaltungssitz des königlichen Hofes. Hier werden die Botschafter Großbritanniens akkreditiert. Auch die Proklamation eines neuen Monarchen findet hier statt. Das Gebäude wurde in der Zeit von 1532 bis 1540 durch Heinrich VIII. errichtet.

Heute wird der Palast vom Prince of Wales und anderen Verwandten der Königin bewohnt. Der frühere Sitz der britischen Königinmutter, Clarence House, liegt innerhalb der Palastmauern. Das Anwesen wird nur durch den St. James's Park vom Buckingham Palace getrennt. Ein interessantes Schauspiel ist die Wachablösung am Palast. In den Sommermonaten April bis Juli findet diese täglich, ansonsten alle zwei Tage statt.

Hampton Court Palace

Hampton Court Palace ist ein Schloss im Stadtbezirk Richmond upon Thames, unmittelbar neben dem Bushy Park. Gebäude und Parkanlagen wurden unter den verschiedenen Bewohnern verändert und erweitert, sodass heute Architekturelemente des Tudorstils und des englischen Barock erhalten sind. Das Schloss war Wohnsitz zahlreicher britischer Könige und Königinnen.

Seit der Regierungszeit Georg III. bewohnen britische Monarchen andere Londoner Schlösser und Königin Viktoria öffnete 1838 den Palast für die Öffentlichkeit. Teilbereiche des Palastes wurden an verdiente Veteranen vermietet, und 1986 brach in solch einer Wohnung ein Feuer aus, das den Palast teilweise zerstörte. Die Wiederaufbaumaßnahmen dauerten bis 1995 an.

Kensington Palace

Der Kensington Palace liegt im Stadtbezirk Kensington and Chelsea. Das von Sir Christopher Wren umgestaltete Schloss war früher ein privater Landbesitz und wurde im Jahre 1689 von Mary II. und Wilhelm III. ausgebaut, um im Winter nicht die Feuchtigkeit der Whitehall ertragen zu müssen. In den nächsten 70 Jahren wurde der Palast immer wichtiger für das gesellschaftliche und politische Leben des Landes.

In der Lebenszeit von George I. und George II. wurde das Anwesen verschwenderisch mit Prunkgemächern ausgestattet und erhielt eine herausragende Möbel- und Gemäldesammlung. Besonders bekannt sind vor allem die aufwendigen Deckenverzierungen von William Kent. Nachdem George II. im Jahre 1760 plötzlich starb, verlor das Gebäude immer mehr an Bedeutung. Bis heute lebte nie wieder ein regierender Monarch hier. Allerdings werden Teile des Palastes von Mitgliedern der Königsfamilie bewohnt.

Wolkenkratzer

Östlich des Stadtzentrums findet man beidseits der Themse die Docklands, zu denen auch Canary Wharf mit dem One Canada Square gehört. Mit einer Höhe von 236 Metern und 50

Stockwerken ist es das höchste bewohnbare Gebäude in Großbritannien (der Fernsehturm Emley Moor, das höchste freistehende Bauwerk Großbritanniens, bei Huddersfield ist 330 Meter hoch).

Der im Jahr 1991 vollendete Wolkenkratzer wurde nach Kanada benannt, weil er von der kanadischen Firma Olympia and York gebaut worden war. Architekt war César Pelli. Es gibt keine Aussichtsplattform und die oberen Stockwerke des Gebäudes sind für Touristen allgemein nicht zugänglich, allerdings befindet sich im Untergeschoss ein Einkaufszentrum.

Das Gebäude wird flankiert von zwei weiteren Wolkenkratzern, die zehn Jahre später entstanden sind und beide 200 Meter hoch sind: HSBC Tower (8 Canada Square) und Citigroup Centre (25 Canada Square). Weitere Wolkenkratzer befinden sich im Zentrum Londons, darunter der Tower 42 und 30 St Mary Axe (siehe auch Liste der höchsten Bauwerke in London).

Seit der Jahrtausendwende erlebt London im Bereich der Wolkenkratzer einen Bauboom, der sich unter anderem in der 306 Meter hohen Shard London Bridge, dem 288 Meter hohen Bishopsgate Tower und rund dreißig weiteren Wolkenkratzern mit einer Höhe von mehr als 150 Metern zeigt. Der Shard London Bridge wird bei seiner Fertigstellung im Jahre 2010 nach dem 354 Meter hohen Moskauer Hochhaus Federazija das zweithöchste Gebäude Europas sein.

London Eye

Am Südufer der Themse, nahe der Westminster Bridge, steht das Riesenrad London Eye. Die Anlage, die mit einer Höhe von 135,36 Metern bis Anfang 2006 das höchste Riesenrad der Welt war, sollte bereits zum Jahreswechsel 2000 fertiggestellt werden. Aufgrund von Sicherheitsmängeln ist die Konstruktion aber erst einige Wochen später in Betrieb genommen worden.

Das London Eye besitzt 32 fast vollständig aus Glas geformte Kapseln, in denen jeweils bis zu 25 Personen Platz finden. Das Rad dreht sich mit einer Geschwindigkeit von 0,26 m/s und braucht für eine Umdrehung 30 Minuten. Sind die Sichtverhältnisse optimal, kann man vom Riesenrad aus bis zu 40 Kilometer weit sehen, unter anderem bis zum etwas außerhalb gelegenen Schloss Windsor. Drehachse und Stützen des Riesenrads wurden von der tschechischen Maschinenbaufirma Škoda geliefert.

Battersea Power Station

Die Battersea Power Station ist ein Kohlekraftwerk im Stadtteil Wandsworth, das von 1933 bis 1983 in Betrieb war. Das markante und zugleich umstrittene Wahrzeichen Londons ist eines der größten Ziegelgebäude Europas, und befindet sich am Südufer der Themse, in der Nähe der Grosvenor Bridge.

Die Battersea Power Station ist auf Musikalben zahlreicher britischer Pop- und Rockbands abgebildet. Am bekanntesten ist die Abbildung auf dem Cover des 1977 erschienenen Albums *Animals* von Pink Floyd, das das Elektrizitätswerk mit einem großen Plastikschwein zwischen den Kaminen schwebend zeigt. Weitere Beispiele sind das Album *Quadrophenia* von The Who (1973), *Adventures Beyond The Ultraworld* von The Orb, *Live Frogs: Set 2* von Les Claypool's Frog Brigade (eine Coverversion von *Animals*) und *Power Ballads* von London Electricity.

Thames Barrier

Die Thames Barrier auf der Themse im Stadtteil Woolwich ist das größte bewegliche Flutschutzwehr der Welt. Die Planungen für das Bauwerk begannen nach einer schweren Sturmflut im Jahre 1953, bei der 307 Menschen ums Leben kamen. 1974 wurde mit dem Bau begonnen. Die Einweihung erfolgte am 8. Mai 1984 durch Königin Elizabeth II..

Das Sperrwerk besteht aus zehn schwenkbaren Toren. Um den Schiffsverkehr nicht zu behindern, sind sie im offenen Zustand auf den Boden der Themse abgesenkt. Schiffe mit bis zu 16 Metern Tiefgang können dann problemlos das Sperrwerk passieren. Die vier mittleren Tore, durch die der Schiffsverkehr läuft, sind je 60 Meter breit, 10,5 Meter hoch und wiegen je 1.500 Tonnen. Das gesamte Bauwerk hat eine Länge von 523 Metern. Droht eine Sturmflut, können die Tore innerhalb von 15 Minuten geschlossen werden.

Sakrale Bauwerke

Saint Paul's Cathedral

In der City of London, etwa 300 Meter nördlich der Themse, steht die Saint Paul's Cathedral, die Hauptkirche der Anglikanischen Kirche in London. Die Schnitzarbeiten des Chorgestühls stammen von Grinling Gibbons, die Schmiedeeisernen Chorschranken von Jean Tijou. Erst 1890 wurden die Glasmosaiken an der Decke über dem Chor von William Richmond fertiggestellt. Der Hochaltar, nach Plänen Wrens gebaut, ist das Werk von Dykes Bower und Godfrey Allan, die ihn 1958 vollendeten.

Die Kathedrale hat eine kreuzförmige Grundfläche, die in Ost-West Richtung ausgerichtet ist. In der Mitte dieses Kreuzes befindet sich eine Kuppel, auf der sich eine 750 Tonnen schwere Laterne befindet, die in 111 Meter Höhe endet. Um diese gewaltige Last abzuleiten, befindet sich zwischen der äußeren und der inneren Kuppel ein konischer Steinaufbau, der auf den massigen Vierungspfeilern ruht.

An der Kuppelbasis in etwa 30 Meter Höhe befindet sich in der Kirche ein ringförmiger Umgang mit einem Durchmesser von 34 Meter, die sogenannte Whispering Gallery, die Flüstergalerie. Der Schall wird hier durch die gebogenen Wände immer wieder zurück in das Innere des Rings reflektiert, sodass ein geflüstertes Wort auf die andere Seite der Kuppel getragen werden kann. Sie ist 365 Fuß hoch, einen Fuß für jeden Tag im Jahr.

Steigt man bis zur Spitze hinauf, so gelangt man auf die Golden Gallery, mit der Möglichkeit einer Aussicht über London. Unter der Kirche befindet sich eine weitläufige Krypta, in der zahlreiche bedeutende Persönlichkeiten der britischen Geschichte beigesetzt sind.

St. Margaret's Church

Die St. Margaret's Church ist eine anglikanische Kirche. Sie befindet sich im Stadtteil City of Westminster am Parliament Square, unmittelbar neben der Westminster Abbey und gegenüber dem Palace of Westminster. Es ist die Pfarreikirche des britischen Parlaments.

Sehenswert ist das östliche Fenster mit flämischer Glasmalerei aus dem Jahr 1509, angefertigt in Erinnerung an die Verlobung von Arthur Tudor, dem älteren Bruder von Heinrich VIII. mit Katharina von Aragón. Andere Glasfenster erinnern an William Caxton, den ersten englischen Buchdrucker, Sir Walter Raleigh, der hier 1618 begraben wurde, und an den Poeten John Milton, ein Mitglied der Kirchgemeinde.

Zu den Personen, die in der Kirche ihre letzte Ruhestätte fanden, gehört der böhmische Kupferstecher Wenzel Hollar. Zahlreiche Berühmtheiten wurden in St. Margaret's getraut, darunter Samuel Pepys und seine Frau sowie Winston Churchill und Clementine Hozier. Die Kirche wurde 1987 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt.

Westminster Abbey

Westminster Abbey ist eine Kirche im Stadtteil City of Westminster. Traditionell werden hier die Könige von England gekrönt und beigesetzt. Die Stiftskirche des Kollegiatstifts St. Peter, Westminster gehört zur Kirche von England, ist aber aufgrund ihrer Funktion keiner Diözese zugehörig, sondern Eigenkirche (royal peculiar) der britischen Monarchie.

Der Haupteingang befindet sich an der Westseite. Das Portal wird von Darstellungen der vier christlichen Tugenden Wahrheit, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit, Friede sowie von Märtyrern des 20. Jahrhunderts gerahmt. Im Mittelschiff liegt das Grab des Unbekannten Soldaten. In Erde von den belgischen Schlachtfeldern ruht dort ein unbekannter Soldat des Ersten Weltkriegs „inmitten der Könige, weil er seinem Gott und Vaterland gut diente“, wie eine Inschrift auf schwarzem Marmor verkündet. Den Gefallenen beider Weltkriege wird auch in der St.-Georgs-Kapelle gedacht.

Im linken (nördlichen) Querschiff sind zahlreiche berühmte britische Staatsmänner bestattet, unter anderem der ältere Pitt, Palmerstone, Disraeli und Gladstone. Vom nördlichen Teil des Querschiffs betritt man die hinter dem Hochaltar gelegene „Kapelle Eduards des Bekenner“. In der Mitte ist der Sarg des 1066 gestorbenen Königs. Dahinter steht der Krönungsstuhl, in dem sich bis 1996 der Stein von Scone befand. Auf diesem Stein wurden jahrhundertlang die schottischen Könige gekrönt, bis ihn Eduard I. im Jahr 1297 den Schotten abnahm.

An Weihnachten 1950 wurde der Stein gestohlen und erst nach langem Suchen wiedergefunden. 1996 wurde er offiziell an Schottland zurückgegeben und befindet sich seitdem im Schloss von Edinburgh. Der Stein gilt als ein Symbol für die Einheit der Königreiche England und Schottland. In dieser Kapelle befinden sich die Särgen von Heinrich III., Eduard I., Eduard III., Richard II. und Heinrich V.. Die UNESCO erklärte die Kirche 1987 zum Weltkulturerbe.

Westminster Cathedral

Die Westminster Cathedral ist die katholische Hauptkirche von Wales und England. Sie befindet sich in der City of Westminster. Erzbischof Wiseman (1802–1865) begann mit den Spendensammlungen für die neue Kathedrale. Er war der erste römisch-katholische Kardinal und Erzbischof in England nach der Reformation. Doch erst im Jahre 1895 konnte mit dem Bau begonnen werden. Eröffnet wurde die Kathedrale im Jahre 1903.

Man entschied sich beim Bau für den byzantinischen Stil. Von außen besticht das Gebäude durch die aufwendig gestaltete Backsteinfassade, die hohe Kuppel und nicht zuletzt durch den für diese Breiten völlig untypischen freistehenden Glockenturm. Im Inneren überrascht sie durch die Raumwirkung und vor allem durch die Mosaiken an Decken und Wänden, die ständig vervollständigt werden. In der Holy Souls Chapel im Seitenschiff wurden mehr als 100 verschiedene Marmorarten verarbeitet.

Neasden Temple

Der Neasden Temple (Shri Swaminarayan Mandir) im Stadtbezirk Brent ist nach dem Tempel in Tividale (West Midlands) der größte Hindu-Tempel außerhalb Indiens. Errichtet wurde er in den 1990er-Jahren von einer hinduistischen Sekte, der Swaminarayan-Mission aus Ahmedabad (Indien). Die Kuppeln und Türmchen bestehen aus Carrara-Marmor und bulgarischem Kalkstein; innen sind die Altäre mit Blumenschmuck hinduistischer Götter (Murtis) ausgestattet. Jeder der 26.300 bearbeiteten Steine besitzt ein anderes Motiv.

Innerhalb von drei Jahren wurde das Bauwerk zusammengefügt und am 20. August 1995 eröffnet. In der Konstruktion ist auf Eisenträger verzichtet worden, da Stahl nach hinduistischem Verständnis Magnetwellen abstrahle, die die Meditationsruhe stören. Der Tempel beherbergt die ständige Ausstellung „Understanding Hinduism“ (Verständnis des Hinduismus) und ein Kulturzentrum.

Parks

London besitzt eine große Anzahl von luxuriösen Grünanlagen. Über 200 Parkanlagen breiten sich auf rund 220 Quadratkilometern aus. Die Royal Parks waren einst den englischen beziehungsweise britischen Monarchen vorbehalten und wurden zu Beginn des 19. Jahrhunderts in öffentlich zugängliche Parkanlagen umgewandelt.

Greenwich Park ist einer der königlichen Parks in London. Er liegt im Stadtbezirk Greenwich im Südosten von London. 1997 wurden der Greenwich Park und die dazugehörigen Gebäude von der UNESCO zum Weltkulturerbe der Menschheit erklärt. Am Nordrand des 73 Hektar großen Parks befinden sich das National Maritime Museum und das Queen's House, ein ehemaliger königlicher Palast. Auf einem Hügel in der Mitte des Parks befindet sich das Royal Greenwich Observatory. Der kleine Platz vor dem Observatorium wird durch eine Statue von General James Wolfe geschmückt.

Bekannte „Royal Parks“ sind der Hyde Park mit der Marble Arch und der Speakers' Corner, der an die Kensington Gardens angrenzt, ist früher als die „Lunge Londons“ bezeichnet worden. Von eleganten Wohngebäuden umgeben, die für den Prinzregenten entworfen wurden, ist der Regent's Park im Norden des West End. Dieser Park umfasst gleichzeitig auch den zoologischen Garten (London Zoo). Mitten im Stadtzentrum befinden sich der Green Park und der St. James's Park.

Die Royal Botanic Gardens (Kew Gardens) sind eine ausgedehnte Parkanlage mit bedeutenden Gewächshäusern; sie sind zwischen Richmond upon Thames und Kew im Südwesten Londons gelegen. Sie zählen zu den ältesten botanischen Gärten der Welt. Es sind dort Pflanzen und Gewächse zu sehen, die nirgends sonst in Europa oder gar auf der nördlichen Halbkugel zugänglich wären. Neben den weltbekannten viktorianischen Gewächshäusern finden sich in Kew Gardens auch großflächige Parkanlagen mit sehr alten Rhododendrongewächsen. Am 3. Juli 2003 wurden die Royal Botanic Gardens von der UNESCO in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen.

Richmond Park ist mit einer Fläche von zehn Quadratkilometern der größte der königlichen Parks. Er liegt in den Stadtbezirken Richmond upon Thames und Kingston upon Thames im Südwesten von London. Ursprünglich war Richmond Park das Hirschjagdgebiet von König Edward I., heute ist er der größte ummauerte Park Europas in einem städtischen Gebiet. Hauptattraktionen sind eine Herde mit 650 Wapitis und Damhirschen, die freien Auslauf haben, sowie die Isabella Plantation, ein Gebiet mit zahlreichen seltenen Pflanzenarten.

Im Januar 2001 ist der Thames Barrier Park fertiggestellt worden; die Anlage entstand bei den Stauwerken der Themse (Thames Barrier) auf alten Dockanlagen. In den äußeren Stadtbezirken von London befinden sich noch einige weitere ausgedehnte Grünflächen, wie Bushy Park und Hampstead Heath.

Sport

In London gibt es 13 professionelle Fußballclubs; die meisten sind nach dem Stadtteil benannt, in dem sie ihre Heimspiele austragen. In der Premier League sind folgende Mannschaften vertreten: Arsenal, Chelsea, Fulham, Tottenham Hotspur und West Ham United. In der Football League Championship, der zweithöchsten Spielklasse, spielen Crystal Palace, Millwall und Queens Park Rangers.

In Wembley, einem Teil des Stadtbezirks Brent, befand sich das legendäre Wembley-Stadion. Dort fanden die Endspiele der Fußball-Weltmeisterschaft 1966 und der Fußball-Europameisterschaft 1996 statt. Es wurde mit der offiziellen Eröffnung im Jahr 2007 durch einen Neubau ersetzt. Das Stadion ist jährlich Austragungsort des Finales im FA Cup, dem größten rundenbasierten Pokalwettbewerb im englischen Fußball. Die Rugby League veranstaltet seit 1929 ihr Challenge Cup Finale im Stadion. Außer für besondere Ereignisse war Wembley auch für regelmäßige Veranstaltungen Austragungsort, wie zum Beispiel Windhundrennen oder Motorradrennen. Auch die Wrestling-Liga WWF (heute WWE) veranstaltete 1992 den Summerslam-Event im Wembley-Stadion.

Eine Attraktion ist das Boat Race zwischen den beiden renommiertesten englischen Universitäten, Oxford und Cambridge. Das berühmte Ruderrennen ihrer beiden Achter findet jährlich im März oder April auf der Themse statt.

Sehr beliebt in London ist Cricket. Die Mannschaft des Middlesex County Cricket Club spielt in Lord's, dem berühmtesten Cricketstadion der Welt, welches dem Marylebone Cricket Club gehört, die Mannschaft des Surrey County Cricket Club im Stadion The Oval.

In Wimbledon findet jeweils im Juni das wichtigste der Grand-Slam-Tennisturniere statt. Im Twickenham Stadium finden nationale und internationale Rugby-Spiele statt. Im April wird jeweils der London-Marathon durchgeführt, einer der beliebtesten Marathonläufe der Welt überhaupt.

Der Start der Tour de France 2007 fand im Juli in London statt.

Mit der Vergabe der Olympischen Sommerspiele 2012 an die britische Hauptstadt ist London die erste Stadt, welche zum dritten Mal – nach 1908 und 1948 – Austragungsort der Spiele sein wird.

Regelmäßige Veranstaltungen

Am 1. Januar findet die Neujahrsparade vom Parliament Square bis zum Berkeley Square statt. Das chinesische Neujahrsfest in Chinatown im Stadtteil Soho findet am zweiten Neumond nach der Wintersonnenwende, also zwischen dem 21. Januar und 21. Februar statt. Da der chinesische Kalender im Gegensatz zum gregorianischen Kalender astronomisch definiert ist, fällt das chinesische Neujahr jedes Jahr auf einen anderen Tag.

Mit einer Kranzniederlegung vor dem Banqueting House und einer Prozession ab St. James's Palace wird Ende Januar an die Hinrichtung König Karls I. am 30. Januar 1649 erinnert (Commemoration of King Charles I.).

Die Wachablösung (Changing of the Guard) der Queen's Guard am Buckingham Palace gehört zu den ältesten und bekanntesten Zeremonien und findet an fast allen Tagen des Jahres statt. Die Ablösung wird durch Militärkapellen begleitet, die traditionelle Märsche, Stücke beliebter Theatershows des West End und bekannter Popsongs spielen.

Bei der rund 700 Jahre alten Schlüsselzeremonie (Ceremony of the Keys) werden die Haupttore des Tower of London jeden Abend vom Hauptwärter des Towers (Chief Yeoman Warder), eskortiert von Gardisten, verschlossen.

Salutschüsse werden am 6. Februar (Tag der Thronbesteigung), am 21. April (Geburtstag der Königin), am 2. Juni (Tag der Krönung) und am 10. Juni (Geburtstag des Duke of Edinburgh) abgefeuert. Fallen die Termine auf einen Sonntag, werden die Salutschüsse am folgenden Tag abgefeuert. Um 12 Uhr werden 41 Schüsse von der King's Troop der Royal Horse Artillery im Hyde Park abgegeben und um 13 Uhr feuert die Ehrenartilleriekompanie (Honourable Artillery Company) 62 Schüsse beim Tower of London ab. Salutschüsse werden auch bei der Fahnenparade und der Parlamentseröffnung abgegeben.

Die Shakespeare's Birthday Celebrations finden anlässlich von Shakespeares Geburtstag am 23. April jedes Jahr an dem Sonnabend, der am nächsten am 23. April liegt, im Shakespeare's Globe Theatre statt. Ein klassisches Musikfestival ist das Hampton Court Palace Music Festival Anfang bis Mitte Juni im Hampton Court Palace. Das City of London Festival wird mit Musik, Theater und Tanz von Ende Juni bis Mitte Juli an verschiedenen Orten veranstaltet. Promenadenkonzerte (The BBC Proms) gibt es von Juli bis September in der

Royal Albert Hall.

Der Notting Hill Carnival, Europas größter Straßenkarneval mit karibischem Flair, findet Ende August in Notting Hill statt. Im September gibt es beim Thames Festival Kunst, Sport und zahlreiche Veranstaltungen auf dem Fluss zwischen der Waterloo- und der Blackfriars-Brücke. Jährlich am ersten Sonntag im Oktober findet in der Kirche St. Martin-in-the-Fields der Erntedankgottesdienst (Pearly Harvest Festival Service) der Londoner Markthändler (Cockney Pearly Kings and Queens) statt.

Die Trafalgar Day Parade anlässlich Admiral Horatio Nelsons Sieg in der Seeschlacht von Trafalgar kann man sich am 21. Oktober auf dem Trafalgar Square ansehen. Die Bonfire Night ist ein Feuerwerk zum Gedenken an die Aufdeckung der Schießpulververschwörung (Gunpowder Plot) gegen das englische Parlament und die Verhaftung ihres Anführers Guy Fawkes am 5. November 1605. Sie findet Sonnabendnacht um den 5. November in fast allen Teilen Londons statt.

Einkaufen

In der britischen Hauptstadt gibt es mehr als 30.000 Geschäfte. Eine Besonderheit der Stadt ist, dass sich in einigen Vierteln bestimmte Branchen konzentrieren. So befinden sich in der Kings Road zahlreiche Modegeschäfte, in der Old und New Bond Street viele Designerläden und Galerien. Saville Row und Jermyn Street sind für seine Maßschneidereien bekannt, Oxford und Regent Street für seine Bekleidungsgeschäfte und großen Kaufhäuser wie beispielsweise Hamleys aber auch Selfridges.

In der Tottenham Court Road konzentrieren sich überwiegend Elektronik- und Computergeschäfte. Die Charing Cross Road ist bekannt für ihre Buchläden. Waterstones, einer der größten Buchläden der Welt, befindet sich am Piccadilly Circus. Zahlreiche Kleidungs- und Schuhgeschäfte sind in der Neal Street zu finden. Covent Garden beheimatet viele Spezialgeschäfte, Cafés und Stände, an denen Kunsthandwerk verkauft wird.

Große Einkaufspassagen sind der Leadenhall Market, die Burlington Arcade und die Piccadilly Arcade. Harrods ist eines der bekanntesten Kaufhäuser der Stadt. Das Gebäude befindet sich an der Brompton Road im Stadtbezirk Knightsbridge im Südwesten der Innenstadt. Berühmt ist die im Erdgeschoss liegende Lebensmittelabteilung, mit ihren sogenannten „Food Halls“ und deren unterschiedlichen Ausstattungen im Jugendstil. Sehenswert ist die Beleuchtung der Fassade, die aus rund 100.000 Glühlampen besteht. Am 30. Oktober 2008 eröffnete Europas größtes innerstädtisches Einkaufszentrum Westfield im Stadtteil Shepherd's Bush. [9]

Beim Besuch der Märkte Londons kann man die örtliche Kultur kennenlernen. Erwähnenswert sind der Wochenendmarkt in der Chalk Farm Road bei Camden Lock und der Antiquitäten- und Flohmarkt in der Portobello Road. Die Sonntagsmärkte in der Petticoat Lane und Brick Lane im Stadtteil Eastend bieten fast alles vom Obst und Gemüse bis zu Antiquitäten und Schmuck. Ein Blumenmarkt ist in der Columbia Road zu finden, Märkte für Antiquitäten und Kunsthandwerk befinden sich in Spitalfields und in der Camden Passage in Islington. Der Brixton Market an der Electric Avenue bietet eine große Auswahl an karibischem Essen.

Wirtschaft

In London haben die produzierenden Industriezweige seit vielen Jahren an Bedeutung verloren. Gegenwärtig sind lediglich noch zehn Prozent der Arbeitnehmer in diesem Sektor beschäftigt. Die Druck- und Verlagsindustrie schreibt noch die besten Umsatzzahlen. Sie stellt ein Viertel der oben genannten Arbeitsplätze und hat einen Anteil von einem Drittel an der gesamten Produktion in London.

Die High-Tech-Industrie, die auf elektronische und pharmazeutische Erzeugnisse spezialisiert ist, arbeitet erfolgreich mit hohen Umsätzen. Viele der Industriebetriebe, die sich überwiegend in den äußeren Stadtbezirken befinden, tendieren dazu, sich völlig aus London zurückzuziehen. Im Sektor der Leichtindustrie sind Bekleidungswerke und Brauereien vertreten.

Über den Hafen von London werden im Gegensatz zu früher nur noch zehn Prozent des Binnen- und Außenhandels Großbritanniens abgewickelt. Seit 1971 ist die wirtschaftliche Wachstumsrate der Stadt mit 1,4 Prozent geringer als die des gesamten Landes in einer Höhe von 1,9 Prozent. Trotzdem weist London eine positive Handelsbilanz auf, was überwiegend auf den Dienstleistungssektor – insbesondere die Bereiche Finanzdienstleistungen und Tourismus – zurückzuführen ist. Jährlich besuchen etwa 27 Millionen Touristen die Stadt[10].

Die Hauptstadt besaß 2004 einen Anteil von 19 Prozent am nationalen Bruttoinlandsprodukt (BIP)[11]. Der Anteil der Metropolregion am britischen BIP lag 1999 bei 30 Prozent[12]. Mehr als die Hälfte der 100 größten Konzerne des Landes und über 100 der 500 größten Unternehmen in Europa haben ihren Hauptsitz in London. Die Stadt ist zudem weiterhin der

größte der drei globalen Finanzplätze.

Die Internationale Börse des Vereinigten Königreichs und der Republik Irland befindet sich in der City of London. Die Aufhebung der Regulierungen, bekannt unter dem Begriff Big Bang, ermöglichte 1986 den Einstieg in die moderne Welt des elektronischen Finanzwesens. Die Warenbörse London Metal Exchange ist die bedeutendste der Welt, die Wertpapierbörse London Stock Exchange belegt weltweit den dritten Platz hinter der New York Stock Exchange und der Tokioter Börse. Der London Bullion Market ist der wichtigste außerbörsliche Handelsplatz für Gold und Silber. Hier wird seit 1919 der Weltmarktpreis für Gold festgestellt. Die ICE Futures (früher „International Petroleum Exchange“, IPE) ist Handelsplattform für die in Europa führende Ölsorte Brent. Sie ist die größte Terminbörse für Optionen und Futures auf Erdöl, Erdgas und Elektrizität in Europa.

Einige der wichtigsten Banken des Landes, wie beispielsweise die Bank of England, Barclays, die Barings Bank und HSBC, haben ihren Sitz in der Hauptstadt. Mehrere Hundert internationale Banken besitzen Filialen in London. Ein anderer Dienstleistungsbereich sind die Versicherungen, denen die Stadt seit über 300 Jahren ihren Wohlstand verdankt. Lloyd's of London ist die bekannteste Institution, nicht als Versicherungsgesellschaft im eigentlichen Sinn, sondern als eine Börse für Versicherungsverträge. Es ist eine Gemeinschaft von Versicherern, die fast jede Art von Versicherungen auf dem internationalen Markt übernimmt.

Eine Besonderheit der Londoner Stromversorgung stellte der Einsatz der HGÜ Kingsnorth, der bis heute einzigen innerstädtischen Anlage zur Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung dar. Diese 1975 in Betrieb genommene Anlage muss sich offenbar nicht sehr bewährt haben und wurde inzwischen stillgelegt. Für die Wasserversorgung der Stadt ist das privatisierte Unternehmen Thames Water zuständig. London verfügt über ein rund 150 Jahre altes Wasserleitungsnetz, in welches von jeher nur spärlich investiert wurde. Rund 30 Prozent des Leitungswassers versickern täglich im Londoner Untergrund.

Medien

Rundfunk und Fernsehen

London ist Hauptsitz bedeutender Rundfunk- und Fernsehnetzwerke (BBC, ITV, Channel 4, Five und BSkyB). Im Bush House zwischen Aldwych und Strand sind der BBC World Service und die Abteilung Neue Medien des BBCi beheimatet.

Die BBC wurde am 18. Oktober 1922 in London als unabhängiger Radiosender gegründet. Die erste Ausstrahlung eines Programms fand am 14. November 1922 aus einem Londoner Studio statt. Die BBC betreibt mehrere Rundfunk- und Fernsehsender.

Printmedien

Alle wichtigen Tages- und Wochenzeitungen des Landes haben ihren Sitz in London.

Die Boulevardzeitungen The Sun, Daily Express, Daily Mail (konservativ) und The Daily Mirror (Labour nahestehend) und ihre sonntäglich erscheinenden Schwesterzeitungen sind überwiegend die größten Zeitungen der Stadt und erreichen teilweise Auflagen in Millionenhöhe.

Der Daily Telegraph ist eine 1855 gegründete konservative Tageszeitung. Die Auflage beträgt 905.000 Exemplare (Stand 2005). Die Zeitung fällt häufig durch eine äußerst EU-kritische Berichterstattung auf. Schwesterzeitung ist das Wochenblatt The Sunday Telegraph. Ein weiterer Titel der Gruppe ist das Magazin The Spectator.

The Times ist eine konservative Tageszeitung mit einer Auflage von 693.000 Exemplaren. Außerhalb Großbritanniens wird sie manchmal als The London Times oder The Times of London bezeichnet, um sie von vielen anderen Zeitungen mit dem Namen Times zu unterscheiden. The Times wurde im Jahre 1785 als The Daily Universal Register gegründet.

The Guardian ist eine 1821 gegründete Tageszeitung mit einer Auflage von 380.000 Exemplaren. Sie wird zusammen mit dem Daily Telegraph und The Times zu den seriösen und angesehenen Zeitungen in Großbritannien gezählt – den „Quality Papers“ –, in Abgrenzung zu den Boulevardblättern, den „Tabloids“. Ihre politische Gesamtausrichtung lässt sich als linksliberal beschreiben. Mit dem Observer erscheint im gleichen Verlagshaus auch eine bedeutende Sonntagszeitung, die die Ausrichtung ihrer Schwesterzeitung teilt.

The Independent ist eine der vier großen seriösen Tageszeitungen Großbritanniens. Die Sonntagsausgabe erscheint unter dem Namen The Independent on Sunday. Er ist ebenso wie The

Guardian eher dem linken Meinungsspektrum zuzuordnen. The Independent wurde 1986 gegründet und hat eine Auflage von 260.000 Exemplaren.

Die Financial Times ist eine der wichtigsten Wirtschaftszeitungen der Welt, von der auch eine deutsche Ausgabe erscheint.

Nachrichtenagenturen

Mit Reuters hat eine der weltweit größten Nachrichtenagenturen ihren Sitz in der Hauptstadt. Das Unternehmen wurde von Paul Julius Reuter zunächst 1850 in Aachen gegründet, dort übermittelte er per Brieftauben Aktiendaten zwischen Aachen und Brüssel. Als zwischen den beiden Städten eine Telegrafenerbindung eingerichtet wurde, stellte Reuters den „Flug-Dienst“ ein. Nach seiner Emigration nach London gründete er erneut ein Unternehmen um über das Seekabel zwischen Dover und Calais Börsenkurse nach Paris zu übermitteln. Heute erwirtschaftet das Unternehmen 90 Prozent seines Umsatzes mit Börsen- und Wirtschaftsinformationen.

Verkehrswesen

London ist Dreh- und Angelpunkt des Straßen-, Schienen- und Luftverkehrs im Vereinigten Königreich. Das Verkehrswesen fällt in die direkte Zuständigkeit des Mayor of London, des Oberbürgermeisters, der die betrieblichen Belange an die Verkehrsgesellschaft Transport for London (TfL) delegiert. TfL übt die Kontrolle über den größten Teil des öffentlichen Personennahverkehrs aus. Dazu gehören U-Bahn, Busse, Straßenbahnen und Stadtbahnen, nicht jedoch der Eisenbahnvorortsverkehr und der Flugverkehr. Darüber hinaus reglementiert TfL das Taxiwesen und ist für den Unterhalt der wichtigsten Hauptstraßen verantwortlich.

Schienerverkehr

Herzstück des öffentlichen Personennahverkehrs ist die London Underground, die älteste und größte U-Bahn der Welt, deren erstes Teilstück im Jahr 1863 eröffnet wurde. Die U-Bahn wird jährlich von beinahe einer Milliarde Fahrgästen genutzt. Sie erschließt die Innenstadt und die meisten Vororte nördlich der Themse. Der Süden der Stadt wird hingegen hauptsächlich von einem engmaschigen Netz von Vorortseisenbahnlinien erschlossen.

Die fahrerlose Stadtbahn Docklands Light Railway erschließt das ehemalige Hafengelände der Docklands im Osten der Stadt und hat maßgeblich zur Regenerierung dieses Stadtteils beigetragen. Im südlichen Stadtteil Croydon fährt die Straßenbahn Tramlink.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen durchqueren Vororts- und Intercity-Schnellzüge nicht das Stadtgebiet, sondern verkehren zu und ab 14 Hauptbahnhöfen, die rund um die Innenstadt verteilt sind. Die Eurostar-Züge verbinden London durch den Eurotunnel mit Paris und Brüssel.

Straßenverkehr

Während im Stadtzentrum die meisten Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgen, wird der Verkehr in den äußeren Stadtteilen vom Auto dominiert. Die innere Ringstraße um das Stadtzentrum, die A406 (North Circular Road) und die A205 (South Circular) in den Vororten sowie die Autobahn M25 um das gesamte Ballungsgebiet herum verbinden zahlreiche radiale und vielbefahrene Ausfallstraßen miteinander. Autobahnen führen hingegen nur in Ausnahmefällen bis in die inneren Stadtteile.

Im Jahr 2003 wurde eine Innenstadtmaut mit dem Namen London Congestion Charge eingeführt, um das Verkehrsaufkommen in der von engen und oft verstopften Straßen in der Innenstadt zu reduzieren. Von einigen Ausnahmen abgesehen, müssen pro Tag acht Pfund Maut entrichtet werden, um in einer ausgedehnten Zone fahren zu dürfen.

Das Netz der Londoner Busse erschließt sämtliche Stadtteile mit einem dichten Liniennetz. Täglich werden auf über 700 Linien rund sechs Millionen Fahrgäste befördert, etwa doppelt so viel wie auf der London Underground. Die roten Doppeldeckerbusse sind ebenso ein international bekanntes Symbol der Stadt wie die schwarzen Taxis.

Luftverkehr

London stellt mit Heathrow den meist frequentierten Flughafen Europas. Zusammen mit den weiteren vier Flughäfen Gatwick, Luton, Stansted und City Airport bildet die Metropole ein wichtiges Zentrum des internationalen Luftverkehrs. Im Jahr 2006 wurden insgesamt 137 Millionen Passagiere auf Londoner Flughäfen abgefertigt. Heathrow und City Airport befinden

sich innerhalb der Grenzen von Greater London, die übrigen außerhalb. Gatwick, Heathrow und Stansted werden durch Airport-Express-Züge sowie Reisebusse verschiedener Anbieter mit der Innenstadt verbunden. Außerdem besitzt Heathrow als einziger der Londoner Flughäfen einen U-Bahn-Anschluss. Der City Airport ist auch über die Docklands Light Railway angebunden.

Daneben existieren in und um London mehrere Flugplätze für privaten und kommerziellen Luftverkehr. Dies sind Northolt Aerodrome, Biggin Hill Airport, Southend Airport und Farnborough Airport.

Übersicht:

- London Heathrow Airport (IATA-Code: LHR, ICAO-Code: EGLL), am westlichen Stadtrand von London, nach dem Passagieraufkommen der größte Flughafen Europas und hinter Atlanta und Chicago der drittgrößte weltweit
- Flughafen London-Gatwick (IATA-Code: LGW, ICAO-Code: EGKK), rund 40 km südlich von London, der zweitgrößte Flughafen Londons und Großbritanniens
- Flughafen London-Stansted (IATA-Code: STN, ICAO-Code: EGSS), etwa 55 km nordöstlich von London in der Grafschaft Essex
- Flughafen London City (IATA-Code: LCY, ICAO-Code: EGLC), östlich der Londoner City in den Docklands im London Borough of Newham
- Flughafen London-Luton (IATA-Code: LTN, ICAO-Code: EGGW), etwa 50 km nordwestlich von London in der Stadt Luton
- Flughafen London Biggin Hill (IATA-Code: BQH, ICAO-Code: EGKB), etwa 18 Kilometer südöstlich von London, Basis für Privat- und Kleinflugzeuge
- Flughafen London Oxford (IATA-Code: OXF, ICAO-Code: EGTK) etwa 100 km nordwestlich von London

Bildung

Universitäten

Die Universitäten und Hochschulen in London können auf eine lange Geschichte zurückblicken. London ist auch die Stadt mit den meisten Studenten. Die Universitäten Londons können in zwei Gruppen eingeteilt werden.

Die föderal organisierte University of London ist mit über 100.000 Studenten eine der größten Universitäten Europas. Sie besteht aus über 50 Colleges und Instituten, die über einen hohen Grad an Autonomie verfügen. Die größten und prestigeträchtigsten Colleges sind University College London, King's College, Queen Mary und die London School of Economics and Political Science. Kleinere Schulen und Institute sind auf bestimmte Wissensgebiete spezialisiert, wie die School of Oriental and African Studies, das Institute of Education und das Birkbeck College.

Daneben existieren weitere Universitäten, die nicht der University of London angeschlossen sind, wie das Imperial College und die City University, im historischen Stadtzentrum. Einige Universitäten waren früher Technische Hochschulen, bis sie 1992 durch eine Gesetzesänderung den Status einer Universität erhielten, so etwa die University of East London, während andere lange vor der der Gründung der University of London entstanden waren. Zu diesen zählen die Middlesex University im Norden Londons, die Brunel University im Westen London und die London South Bank University.

Kunstschulen

London ist das britische Zentrum der künstlerischen Ausbildung. Die vier Konservatorien sind das Royal College of Music, die Royal Academy of Music, das Trinity College of Music und die Guildhall School of Music and Drama. Auf die Schauspielerei spezialisiert sind die Royal Academy of Dramatic Art (RADA), und die Central School of Speech and Drama.

Mit Kunst befassen sich das Central Saint Martins College of Art and Design, das Chelsea College of Art and Design und die Camberwell School of Art (alle Bestandteil der University of the Arts London), daneben auch das Goldsmiths College und die Slade School of Fine Art (beide Bestandteil der University of London) sowie das Royal College of Art und die Wimbledon School of Art. Die ehemalige Hornsey School of Art ist heute ein Teil der Middlesex University.

Medizin und Forschung

Es gibt zahlreiche medizinische Fakultäten in London. Einige bestehen schon seit Jahrhunderten, darunter Queen Mary's School of Medicine and Dentistry, Guy's Hospital und St Thomas' Hospital. Das Imperial College ist ein führendes Zentrum der wissenschaftlichen Forschung und ist von der Reputation her mit dem Massachusetts Institute of Technology zu vergleichen. Ebenfalls von Bedeutung ist die Royal Institution.

Literatur

- Survey of London. 34 Bände, 1894–2000. Digitalisat
- Peter Ackroyd: London. Die Biographie. Deutsch von Holger Fließbach. Knaus, München 2002, ISBN 3-8135-0290-2. (Originaltitel: London. The Biography. Random House, London 2000, ISBN 0-09-942258-1.)
- Stephen Inwood: A History Of London. Papermac, London 2000, ISBN 0-333-67154-6.
- Ingrid Nowel: London. Biographie einer Weltstadt. Architektur und Kunst, Geschichte und Literatur. DuMont-Reiseverlag, Ostfildern 2005, ISBN 3-7701-4382-5.

Einzelnachweise

1. ↑ Focus on London 2007 - Chapter 2: Education and training. S. 4, abgerufen am 29. April 2010 (Englisch).
2. ↑ a b Table 8 Mid-2007 Population Estimates: Selected age groups for local authorities in the United Kingdom; estimated resident population.. Abgerufen am 29. April 2010 (Datei „Table_8_Local_Authority_selected_age_groups_2007.xls“ innerhalb des ZIP-Archives).
3. ↑ a b Usual resident population: Census 2001, Key Statistics for urban areas. Abgerufen am 29. April 2010 (Englisch).
4. ↑ World Weather Information Service. Abgerufen am 29. April 2010 (Englisch).
5. ↑ Largest Mosque in western Europe. Abgerufen am 29. April 2010 (Englisch).
6. ↑ a b c Office for National Statistics – Census 2001: Profiles London. Abgerufen am 29. April 2010 (Englisch).
7. ↑ a b c Office for National Statistics – Geographic Distribution: Minority religions mainly in London. Abgerufen am 29. April 2010 (Englisch).
8. ↑ Opening for biggest Hindu temple. 23. August 2006, abgerufen am 29. April 2010 (Englisch).
9. ↑ About Westfield London Shopping Centre. Abgerufen am 29. April 2010 (Englisch).
10. ↑ Visit London – London 101: One Hundred and One Amazing Facts About London. Abgerufen am 29. April 2010 (Englisch).
11. ↑ Oxford Economic Forecasting – London's Place in the UK Economy 2005-06. November 2005, S. 6, abgerufen am 29. April 2010 (Englisch).
12. ↑ IAURIF – The Economic Positioning of Metropolitan Areas in North Western Europe. Abgerufen am 29. April 2010 (Seit dem 29. April 2010 nicht mehr erreichbar).

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Geschichte Londons

Die Geschichte Londons reicht 2.000 Jahre zurück. Zwar konnte die Existenz einer keltischen Siedlung nicht nachgewiesen werden, aber um das Jahr 50 n. Chr. gründeten die Römer die Stadt Londinium. Nach dem Ende des Römischen Reiches wurde die Stadt während der Eroberung Großbritanniens durch die Angelsachsen zerstört. Ende des 9. Jahrhunderts wurde London neu gegründet.

Nach der normannischen Eroberung im Jahr 1066 wurde London anstelle von Winchester Hauptstadt des Königreichs England. Im Mittelalter musste die Stadt mehrere Male Plünderungen durch aufständische Bauernheere erdulden. Durch die Reformation wurde die Macht der Kirche gebrochen, die bis dahin rund die Hälfte des Bodens besaß; die Neuverteilung kirchlicher Güter leitete eine Ära des wirtschaftlichen Wachstums ein und London stieg zu einer führenden Handelsstadt auf.

Mit der Großen Pest und dem Großen Brand prägten zwei unmittelbar aufeinander folgende Katastrophen die Jahre 1665 und 1666. Doch die Stadt erholte sich rasch von diesen Rückschlägen und nahm parallel zum größer werdenden Einfluss Englands weiter an Bedeutung zu. Im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelte sich London zur größten Stadt der Welt und zur Hauptstadt des weltumspannenden Britischen Empires; innerhalb weniger Jahrzehnte vervielfachte sich die Bevölkerung.

Der Ausbau der Verkehrsverbindungen führte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer fast ungebremsten Ausdehnung des bebauten Gebiets und London wuchs weit über seine historischen Grenzen hinaus. Während des Zweiten Weltkriegs wurden weite Teile der Stadt durch deutsche Luftangriffe zerstört. Nach Kriegsende sank die Einwohnerzahl beträchtlich, da viele Londoner sich in neuen Satellitenstädten niederließen. 1965 wurde die Verwaltungsregion Greater London geschaffen, die den gesamten Ballungsraum umfasst. Im brachliegenden Hafengebiet der Docklands begann in den 1980er Jahren ein umfangreiches Stadtentwicklungsprogramm, viele neue Hochhäuser und Wolkenkratzer entstanden.

Gründungslegenden und Vorgeschichte

Laut der *Historia Regum Britanniae*, der mittelalterlichen Mythologie von Geoffrey of Monmouth, wurde London durch den Trojaner Brutus gegründet, nachdem er die Riesen Gog und Magog besiegt hatte. Angeblich hieß die Stadt zuerst Troia Nova, woraus später Trinovantum wurde (die Trinovanten waren ein keltischer Stamm, der in der Gegend siedelte). Monmouth erzählte von zahlreichen sagenhaften Königen und schmückte sein Werk mit frei erfundenen Geschichten über das prähistorische London. So soll König Lud die Stadt in CaerLudein umbenannt haben, woraus sich später London ableitete. Angeblich wurde Lud unter dem Ludgate begraben, dem westlichen Stadttor Londons.

Trotz umfangreicher Ausgrabungen haben Archäologen bis heute keinerlei Spuren einer prähistorischen britannischen Siedlung entdeckt. Es gibt zwar einige verstreute Funde von landwirtschaftlichen Geräten und Gräbern sowie Spuren einer Besiedlung, die jedoch nicht von größerer Bedeutung sind. Heute gilt es als unwahrscheinlich, dass in vorrömischer Zeit eine Stadt existierte. Ausgrabungen der Abteilung für urbane Archäologie des Museum of London seit den 1970er Jahren konnten die Existenz einer bedeutenden Siedlung vor dem Jahr 50 n. Chr. nicht nachweisen. Der Fund weiterer Siedlungsspuren ist jedoch nicht ausgeschlossen, da selbst die römische Stadt nur zu einem Teil erforscht worden ist.

Aufschlussreiche Funde wie der Battersea-Schild in der Themse bei Chelsea deuten darauf hin, dass die Umgebung der späteren Stadt eine gewisse Bedeutung hatte. Es wurden Überreste von Dörfern bei Egham und Brentford und die Ruinen einer Hillforts in Uppall entdeckt, jedoch keine Stadt auf dem Gebiet der heutigen City of London. Mehrere Holzpfähle, die 1999 in der Themse gegenüber dem Gebäude des Secret Intelligence Service gefunden wurden, deuten auf die Existenz einer Brücke oder eines Bootsstegs vor rund 3500 Jahren hin.

Römer

Die Römer eroberten im Jahr 43 n. Chr., während der Regierungszeit von Kaiser Claudius, England. Archäologen gehen heute davon aus, dass Londinium ein paar Jahre nach der Invasion als zivile Siedlung entstanden ist. Entlang der einstigen, in Ost-West-Richtung verlaufenden römischen Hauptstraße wurde beim Neubau des Hauses No 1 Poultry eine hölzerne Abwasserleitung entdeckt.[1] Die dendrochronologische Untersuchung ergab, dass sie aus dem Jahr 47 n. Chr. stammt; dies gilt als wahrscheinlichstes Gründungsjahr der Stadt.

Man nimmt an, dass der Ortsname vorrömischen Ursprungs ist, auch wenn über die genaue Bedeutung Unklarheit herrscht. Der Linguist Richard Coates geht davon aus, dass der Ortsname vom vorkeltischen (ureuropäischen) Wort Plowonida abgeleitet wurde, was ungefähr „Siedlung am breiten Fluss“ bedeutet.[2] Eine andere Theorie lautet, dass der Ortsname keltischen Ursprungs ist und sich auf einen früher existierenden Bauernhof bezieht. Die Silbe Lond bedeutet „wild“ im Sinne von „überwachsen“ oder „bewaldet“. Inschriften und Wandzeichnungen lassen darauf schließen, dass Latein die Amtssprache war. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Einheimischen einen britannischen Dialekt sprachen. Die

Stadt war etwa eine Meile lang und knapp eine halbe Meile breit.

Im Jahr 60 oder 61 wurde Londinium durch den von Königin Boudicca angeführten Stamm der Icener überfallen. Eine bei Ausgrabungen entdeckte Schicht roter Asche lässt darauf schließen, dass die Stadt in Brand gesteckt und zerstört wurde. Nach der blutigen Niederschlagung des Boudicca-Aufstands wurde Londinium in kurzer Zeit wieder aufgebaut und wuchs in den folgenden Jahrzehnten beständig an. Londinium ersetzte Camulodunum (Colchester) als Hauptstadt der Provinz Britannien und um das Jahr 120 wurde mit rund 60.000 Einwohnern der Bevölkerungshöchststand erreicht. Seine Blütezeit hatte Londinium um die Mitte des 2. Jahrhunderts. In der Stadt standen die größte Basilika nördlich der Alpen, ein Regierungspalast, Thermen sowie eine große Festung für die städtische Garnison. Es gab auch mehrere Tempel; die 1954 entdeckten Überreste eines Mithras-Tempels in der Straße Walbrook gelten als bedeutendster archäologischer Fund der Römerzeit. Vom London Stone aus sollen die Entfernungen zu anderen römischen Städten gemessen worden sein.

Londinium blieb nicht lange Hauptstadt von ganz Britannien. Diese römische Provinz wurde im Jahr 197 in die Provinzen Britannia superior (Oberbritannien) und Britannia inferior (Niederbritannien) mit der Hauptstadt Eboracum (York) geteilt. Etwa um diese Zeit entstand der London Wall, eine Befestigungsanlage an der nördlichen, flussabgewandten Seite. Die Mauer definierte während Jahrhunderten die Ausdehnung der Stadt, einzelne Überreste sind erhalten geblieben.

Bedingt durch politische Instabilität und andauernde Wirtschaftskrisen begann im 3. Jahrhundert ein schleichender Niedergang. Um das Jahr 300 änderte sich die Provinzeinteilung Britanniens erneut; Londinium war nun die Hauptstadt der Provinz Maxima Caesariensis. Ende des 4. Jahrhunderts war London eine noch relativ wohlhabende Stadt mit einer gesunkenen Bevölkerungszahl und einer zusätzlichen Mauer auf der flusszugewandten Seite. Die Römer erklärten im Jahr 410 offiziell das Ende der Besetzung und zogen ihre Legionen zurück. Die Bewohner Britanniens waren nun sich selbst überlassen. Bis Mitte des 5. Jahrhunderts konnte eine kleine Anzahl wohlhabender Familien den römischen Lebensstil noch aufrechterhalten.

Nach dem Ende des Römischen Reiches war die keltoromanische Bevölkerung Britanniens den Raubzügen germanischer Stämme zunehmend schutzlos ausgeliefert. Laut Beda Venerabilis handelte es sich dabei um die Angeln, Sachsen, Jüten und Friesen. Es gibt kaum Hinweise darauf, was in dieser Zeit geschah. Londinium war möglicherweise Sitz einer nachrömischen Verwaltung. Die Angelsächsische Chronik berichtet, die Britannier seien nach Londinium geflohen, nachdem sie in der Schlacht von Creganford (möglicherweise Crayford, ca. 457 n. Chr.) von den Jüten besiegt wurden. Ende des 5. Jahrhunderts war die Stadt eine unbewohnte Ansammlung von Ruinen.[3]

Angelsachsen

Während mehrerer Jahrzehnte blieb die strategisch günstige Position an der Themse von den Angelsachsen ungenutzt. Die unmittelbare Umgebung der zerstörten Stadt Londinium wurde vorerst nicht besiedelt. Im Hinterland beidseits des Flusses entstanden jedoch einzelne kleine Dörfer. Mitte des 6. Jahrhunderts wurde die Gegend in das Königreich Essex integriert, das später auch ganz Middlesex und möglicherweise Surrey umfasste. 604 konvertierte König Saebert von Essex zum Christentum und im selben Jahr ließ sich Mellitus, der erste historisch nachweisbare Bischof, in London nieder. Er legte den Grundstein der späteren Saint Paul's Cathedral; diese soll der Legende nach über den Ruinen des Diana-Tempels entstanden sein (auch wenn Christopher Wren beim Neubau keinen Hinweis darauf fand).

Im späteren 7. Jahrhundert wurde das angelsächsische Dorf Lundenwic („Siedlung London“) gegründet, rund eine Meile westlich von Londinium, das die Angelsachsen Lundenburgh („Festung London“) nannten. Das Dorf lag unweit des heutigen Bahnhofs Charing Cross. Die Mündung des Flusses Fleet diente wahrscheinlich als Hafen für Handelsschiffe und Fischerboote. Ausgrabungen in jüngster Zeit haben ergeben, dass beim Covent Garden bereits zu Beginn des 7. Jahrhunderts ein weiteres Dorf existierte. Lundenwic kam um 730 unter die Kontrolle des Königreichs Mercia, das sich auf Kosten des Königreichs Essex ausgedehnt hatte. Im Jahr 825 übernahm das Königreich Wessex die Herrschaft.

Angriffe der Wikinger wurden ab etwa 830 immer häufiger. Dokumentiert sind Raubzüge in den Jahren 842 und 851. Im Jahr 865 folgte die Invasion von East Anglia und 871 hatten die Wikinger London erreicht; es ist jedoch nicht bekannt, was damals genau geschah. 878 konnte jedoch Wessex unter König Alfred dem Großen die von Guthrum angeführten Wikinger besiegen und zum Friedensschluss zwingen. Während der zehn darauf folgenden Jahre wurde das Gebiet innerhalb der römischen Stadtmauer wieder besiedelt. Die neu entstandene Stadt hieß Lundenburgh, Stadtmauer und Verteidigungsgraben wurden wieder instandgestellt. Als der Besiedlungsschwerpunkt sich wieder an den ursprünglichen Standort verlagerte, erhielt das ältere Dorf Lundenwic den Namen Ealdwic („alte Siedlung“); daraus entwickelte sich mit der Zeit die Bezeichnung Aldwych.

Alfred der Große ernannte 886 seinen Schwiegersohn, Herzog Æthelred von Mercia, zum Gouverneur. Um die Brücke zu kontrollieren, die damals neu errichtet wurde, ließ er am Südufer die befestigte Siedlung Suthringa Gewarc („Verteidigungsbauwerk der Männer von Surrey“) errichten, das heutige Southwark. Im selben Jahr erhielt die am Nordufer gelegene

spätere City of London das Recht zur Selbstverwaltung. Nach Æthelreds Tod im Jahr 911 gelangte London unter direkte Herrschaft der englischen Könige. Im frühen 10. Jahrhundert hatte sich London zu einem bedeutenden Handelszentrum entwickelt. Auch wenn Winchester damals die Hauptstadt des Königreichs England war, so nahm die politische Bedeutung Londons stetig zu. Æthelstan hielt zahlreiche Versammlungen des Witan in London ab, erließ hier Gesetze und gewährte der Stadt das Recht, eigene Münzen zu prägen. König Æthelred bevorzugte London als Hauptwohnsitz.

Während Æthelreds Herrschaft begannen die von Sven Gabelbart angeführten Wikinger wieder Raubzüge durchzuführen. Im Jahr 994 widerstand London erfolgreich einem Angriff, doch es folgten zahlreiche Raubzüge in der Umgebung der Stadt. 1013 wurde London belagert und Æthelred floh in die Normandie. Drei Jahre später gelang es Svens Sohn, Knut dem Großen, die Stadt zu erobern. 1042 übernahmen die Angelsachsen wieder die Herrschaft, als Knuts Stiefsohn, Eduard der Bekenner, den Thron bestieg. Nach dessen Tod war die Thronfolge ungeklärt. Sein Cousin, Herzog Wilhelm der Normandie, erhob Anspruch auf die englische Königswürde. Der Witan ernannte jedoch Eduards Schwager Harold Godwinson zum König, der daraufhin in der Westminster Abbey gekrönt wurde. Als Reaktion darauf entsandte Wilhelm seine Armee, um England zu erobern.

Mittelalter

Die normannische Eroberung Englands im Jahr 1066 bedeutete das endgültige Ende der angelsächsischen Herrschaft. Harold Godwinsons Armee, durch die Schlacht von Stamford Bridge gegen die Wikinger erheblich geschwächt, unterlag in der Schlacht bei Hastings; der König starb auf dem Schlachtfeld. Wilhelm ließ Southwark niederbrennen, verschonte aber die Stadt. Stattdessen sammelte er seine Truppen im nordwestlich gelegenen Berkhamstead und wartete, bis die Räte der Stadt ihn als König anerkannten. Am Weihnachtstag 1066 wurde er in der Westminster Abbey gekrönt.

Der neue König (nun „der Eroberer“ genannt) ließ an der Themse drei Festungen errichten (Tower of London, Baynard's Castle und Montfitchet Castle), um die Stadt vor weiteren Angriffen der Wikinger zu schützen und um mögliche Aufstände der Einheimischen zu verhindern. 1067 verlieh er der Stadt ein formelles Stadtrecht und bestätigte die während der Herrschaft der Angelsachsen erworbenen Privilegien. Sein Sohn Wilhelm Rufus ordnete 1097 den Bau der „Westminster Hall“ an. Diese Halle im flussaufwärts gelegenen Westminster wurde zur Hauptresidenz des Königs und ist der älteste Teil des Palace of Westminster.

1189 ernannte König Richard Löwenherz den ersten Lord Mayor (Bürgermeister) der Stadt. 1176 hatte der Neubau der London Bridge begonnen, der sich bis 1209 hinzog. Diese Brücke hatte während mehr als 600 Jahren Bestand und war bis 1750 die einzige über die Themse im heutigen Stadtzentrum. Die nächste flussaufwärts gelegene Brücke war erst diejenige in Kingston upon Thames. Ein von William Fitz Osbern angeführter Bauernaufstand wurde 1196 rasch niedergeschlagen. 1212 oder 1213 brach auf der London Bridge ein verheerender Brand aus, dabei soll es mehr als 3000 Tote gegeben haben (diese von zeitgenössischen Chronisten angegebene Zahl gilt heute als stark übertrieben).

Im Mai 1216 war London während des Ersten Kriegs der Barone zum letzten Mal überhaupt von Truppen aus Kontinentaleuropa besetzt. Der französische König Ludwig VIII. hatte sich in diesem Konflikt auf die Seite der englischen Adligen gestellt, die gegen Johann Ohneland rebellierten. Er nahm London ein und ließ sich in der Saint Paul's Cathedral zum neuen Herrscher Englands ausrufen. Doch nach Johanns Tod im Oktober 1216 verlor Ludwig die Unterstützung des englischen Adels und musste knapp ein Jahr später im Frieden von Lambeth seinen Herrschaftsanspruch auf England aufgeben.

Handel und Gewerbe erlebten während des Mittelalters einen Aufschwung und als Folge davon stieg auch die Einwohnerzahl rasch an. Um 1100 lebten rund 15.000 Menschen in der Stadt, zweihundert Jahre später waren es bereits 80.000. Der Handel stand unter dem Einfluss mehrerer Gilden, die faktisch die Stadt kontrollierten und seit 1215 auch den Lord Mayor aus ihren Reihen wählten. Das mittelalterliche London bestand aus engen, gewundenen Gassen und die meisten Häuser waren aus leicht brennbarem Material wie Holz und Stroh erbaut. Die hygienischen Verhältnisse waren schlecht: Der „Schwarze Tod“, der London im November 1348 erreichte, forderte rund 30.000 Todesopfer. Bis 1666 folgten fünfzehn weitere Pestepidemien.

Während der Peasants' Revolt im Jahr 1381 besetzten aufständische Truppen unter Wat Tyler für kurze Zeit die Stadt. Eine Gruppe von Bauern stürmte den Tower of London und exekutierte den Lordkanzler, Erzbischof Simon Sudbury sowie den Schatzkanzler. Währenddessen wurde die Stadt geplündert und zahlreiche Gebäude in Brand gesteckt, darunter der berühmte Savoy Palace. Außerhalb der Stadt kam es zu Verhandlungen mit König Richard II.. Tyler äußerte abfällige Bemerkungen, woraufhin Lord Mayor William Walworth sein Schwert zog und ihn schwer verletzte. Ein Knappe des Königs tötete den Rebellenführer und die Aufständischen zogen sich zurück.

Im Sommer 1450 war London erneut Ziel eines Bauernaufstands, diesmal angeführt von Jack Cade. Rund 20.000 Rebellen aus Kent versammelten sich südöstlich der Stadt und zogen

am 3. Juli über die Brücke. Der Schatzkanzler und weitere Vertraute von König Heinrich VI. wurden gefangengenommen und geköpft. Die Aufständischen plünderten die Stadt und zogen sich vor Einbruch der Dunkelheit wieder über den Fluss zurück. Als sie am darauf folgenden Tag wieder in die Stadt eindringen wollten, wurden sie auf der Brücke von den städtischen Milizen aufgehalten und nach mehrstündiger Schlacht vertrieben.

Richard Plantagenet, der 3. Herzog von York, ließ 1455 Truppen in Richtung London marschieren, wurde aber bei St Albans gestoppt; dies war der Beginn der Rosenkriege zwischen dem Haus Lancaster und dem Haus York. Sein Verbündeter Richard Neville nahm London im Juli 1460 kampflos ein und der Herzog von York erhob erstmals öffentlich den Anspruch auf die Königswürde. Doch bereits Ende Dezember 1460 fiel er in der Schlacht von Wakefield. Stattdessen bestieg sein Sohn Eduard IV. den Thron.

Mit der Schlacht von Bosworth Field und der Thronbesteigung Heinrichs VII. endeten 1485 die Rosenkriege. Der neue Herrscher dehnte die Macht der Krone aus und führte die königliche Tradition fort, bei der City of London Kredite für Kriege gegen Frankreich aufzunehmen. Er bezahlte seine Schulden fristgerecht zurück, was für die damalige Zeit äußerst ungewöhnlich war. Im Allgemeinen kümmerte er sich aber wenig um den Ausbau der städtischen Infrastruktur. Die vergleichsweise stabile Herrschaft des Hauses Tudor führte jedoch zu einer Belebung des Handels und zu einem verstärkten Wachstum der Stadt.

Der Hochstapler Perkin Warbeck gab 1497 vor, der jüngere Bruder von Eduard V. zu sein. Mit ihm verbündete aufständische Truppen, hauptsächlich aus Cornwall, versammelten sich bei Lewisham mit der Absicht, den König zu stürzen. Die Stadtbewohner gerieten zuerst in Panik, doch dann konnte die Verteidigung organisiert werden. Die Rebellen flüchteten nach der verlorenen Schlacht von Deptford Bridge.

16. Jahrhundert

Die Reformation verlief in London relativ unblutig, da die meisten Angehörigen der oberen sozialen Schichten bereitwillig zum Protestantismus wechselten. Vor 1535 war fast die Hälfte der Fläche Londons im Besitz von Klöstern und anderen geistlichen Institutionen gewesen. Die von Heinrich VIII. angeordnete Aufhebung der Klöster hatte zur Folge, dass bis 1538 beinahe alle kirchlichen Immobilien und Ländereien enteignet wurden. Diese fielen in den Besitz der Krone, der Stadt oder an Adlige, die in der Gunst des Königs standen. Heinrich VIII. ließ beispielsweise ein Leprakrankenhaus abreißen und stattdessen den St. James's Palace errichten. Er enteignete auch den York Palace, die Residenz von Erzbischof Thomas Wolsey; durch Umgestaltung und mehrere Erweiterungen entstand daraus der Palace of Whitehall, die neue königliche Hauptresidenz. Der Hyde Park und der St. James's Park, zuvor im Besitz der Westminster Abbey, waren nun königliche Jagdgebiete.

Nach dem Tod Eduards VI. im Jahr 1553 wurde Lady Jane Grey im Tower of London als neue Königin empfangen. Doch der Lord Mayor und die Ratsherren änderten nach wenigen Tagen ihre Meinung und schlugen sich auf die Seite von Maria Tudor. Marias Entschluss, den spanischen König Philipp II. zu heiraten, hatte im Januar 1554 einen Aufstand zur Folge, der von Thomas Wyatt angeführt wurde. Seine Truppen zogen von Kent aus in Richtung London, konnten aber die London Bridge nicht passieren, da diese von königstreuen Truppen gehalten wurde. Sie überquerten den Fluss bei Kingston upon Thames und wandten sich wieder nach Osten der Stadt zu. Wyatts Hoffnung auf einen Aufstand in der City of London erfüllte sich nicht und er ergab sich.

Während der Herrschaft von Elisabeth I. stieg Londons Bedeutung unter den europäischen Handelszentren markant an. Die zahlreichen Gewerbebetriebe blühten, insbesondere die Webereien. Die Handelsbeziehungen wurden über Westeuropa hinaus nach Russland, in die Levante und nach Amerika ausgedehnt. In diese Periode des Merkantilismus und des Monopolhandels fiel die Gründung der Moskauer Kompanie (1555), der Royal Exchange (1566) und der Britischen Ostindien-Kompanie (1600). Hingegen büßte die Hanse 1598 ihre Privilegien ein. Nach der Zerstörung von Antwerpen durch die Spanier im Jahr 1572 stieg London zum wichtigsten Nordseehafen auf. Zählte London im Jahr 1530 noch rund 50.000 Einwohner, so waren es 1605 bereits 225.000.[4]

Das späte 16. Jahrhundert war eine Blütezeit der Kultur, als William Shakespeare und viele andere Künstler in London lebten und wirkten. Die Stadtbehörden behinderten jedoch die Entwicklung der Theater. Ihrer Meinung nach zogen öffentliche Veranstaltungen Menschenmassen an, die leicht außer Kontrolle geraten konnten; auch übten die gegen weltliche Vergnügungen jeglicher Art eingestellten Puritaner einen gewissen Einfluss aus. Die Theater entstanden aus diesen Gründen außerhalb des Einflussbereichs der Stadtbehörden, hauptsächlich in Southwark. Das bekannteste Theater jener Zeit war Shakespeares Globe Theatre.

17. Jahrhundert

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts war zwischen der City of London und der City of Westminster nur ein schmaler Landstreifen entlang des Nordufers der Themse überbaut. Die Umgebung unmittelbar nördlich und östlich der City of London betrachtete man noch nicht als geeignet, um besiedelt werden zu können, da das Gelände teilweise sumpfig war und dort Krankheiten ausbrechen konnten. Im Norden lagen die Moorfields, die damals entwässert und anschließend während mehr als eineinhalb Jahrhunderten landwirtschaftlich genutzt wurden. Nördlich an die Moorfields grenzten die Finsbury Fields, ein beliebter Übungsplatz für Bogenschützen. Mile End im Osten war eine große Allmende, auf der oft Manöver stattfanden. Die Vorbereitungen für die Krönungsfeierlichkeiten von James I. im Jahr 1603 wurden von einer Pestepidemie unterbrochen, die rund 30.000 Tote forderte. Die Lord Mayor's Show wurde einige Jahre ausgesetzt und erst ab 1609 auf Wunsch des Königs wieder durchgeführt.

Beliebtester Versammlungsort der Londoner war damals das Hauptschiff der teilweise zerfallene Saint Paul's Cathedral. In den Seitenschiffen gingen Händler ihren Geschäften nach, bezahlt wurde am Taufstein. An den Säulen trafen Rechtsanwälte ihre Klienten und Arbeitslose hielten dort nach einer Beschäftigung Ausschau. Der Kirchhof war das Zentrum des Buchhandels und die nahe gelegene Fleet Street war ein Vergnügungsviertel. Die Theater gewannen weiter an Popularität, vor allem Blackfriars etablierte sich als neues Theaterviertel. Während der Herrschaft von Karl I. zogen zahlreiche Vertreter des Landadels mit ihren Familien in die Stadt und ließen sich in repräsentativen Wohnhäusern im West End nieder. So konnten sie am sozialen Geschehen am Königshof teilhaben.

Im Januar 1642 ordnete Karl I. die Verhaftung mehrerer oppositioneller Parlamentsabgeordneter an, die jedoch fliehen konnten und in der City of London Zuflucht fanden. Im August 1642 begann der englische Bürgerkrieg und die Stadt stellte sich auf die Seite des Parlaments. Im November siegten die königlichen Truppen in der Schlacht von Brentford, nur wenige Kilometer westlich von London. London stellte rasch eine eigene Armee auf und die Königstreuen zogen sich zurück. Anschließend wurde ein ausgedehntes System von Befestigungsanlagen errichtet, das nicht nur die City of London schützte, sondern auch Westminster und Southwark. Im weiteren Verlauf des Krieges blieb London von Kampfhandlungen unbehelligt und die finanzielle Unterstützung, die die Stadt dem Parlamentsheer zukommen ließ, trug wesentlich zu dessen Sieg bei. Nach einem Hochverratsprozess wurde Karl I. am 30. Januar 1649 vor dem Banqueting House in Whitehall enthauptet.

In den Jahren der englischen Republik, in denen Oliver Cromwell das Land als Lordprotektor regierte, kamen große Teile des kulturellen Lebens in London weitgehend zum Erliegen. So schlossen die siegreichen Puritaner alle Theater der Stadt. Das barocke Lebensgefühl hielt erst mit der Stuart-Restauration unter König Karl II. seinen Einzug. Eine einzigartige Chronik dieser Zeit schuf der Londoner Marinebeamte Samuel Pepys mit seinem geheimen Tagebuch, in dem er auch die beiden großen Katastrophen beschrieb, die in den 1660er Jahren über London hereinbrachen: die Pest und die große Feuersbrunst.

Die Große Pest von London in den Jahren 1665 und 1666 war die letzte und zugleich eine der folgenschwersten Pestepidemien Großbritanniens. Rund 70.000 Einwohner Londons starben, was etwa einen Fünftel der Bevölkerung entsprach. Unmittelbar auf die Pestepidemie folgte eine weitere Katastrophe: Vom 2. bis 5. September 1666 zerstörte der Große Brand von London rund vier Fünftel der Stadt, darunter die meisten mittelalterlichen Bauten. 100.000 Einwohner wurden obdachlos, nach offiziellen Angaben sollen aber nur neun Personen in den Flammen ums Leben gekommen sein. Eine Inschrift am Brand-Monument, die auf die angebliche Schuld der Katholiken an dem Feuer und auf eine Verschwörung des Papstes hinwies, wurde erst 1831 entfernt.

Nur wenige Tage nach dem Brand wurden König Karl II. drei verschiedene Pläne für den Wiederaufbau der Stadt präsentiert. Die Pläne von Christopher Wren, John Evelyn und Robert Hooke ähnelten sich in den Grundzügen und sahen breite Boulevards und Plätze im italienischen Stil vor. Doch schon Mitte September waren sich König, Parlament und die Corporation of London einig, dass ein Plan, der auf bestehende Grundbesitzverhältnisse keine Rücksicht nahm, zu teuer und daher undurchführbar war. Die neuen Häuser wurden entlang der bestehenden und leicht verbreiterten Straßen errichtet, als Baumaterialien waren aber nur noch Steine und Ziegel erlaubt.

Fast alle adeligen Bewohner zogen endgültig aus der Stadt weg und ließen im aufstrebenden West End neue repräsentative Wohnhäuser bauen, beispielsweise am Piccadilly. Dadurch wurde die endgültige Trennung zwischen den Händlern der City of London und dem Adel sowie dem Königshof in Westminster vollzogen. Christopher Wren konnte seinen Wiederaufbauplan zwar nicht umsetzen, doch erhielt er den Auftrag, die zerstörten Kirchen wiederaufzubauen und die Saint Paul's Cathedral durch einen Neubau zu ersetzen. Die ärmeren Bevölkerungsschichten ließen sich im Eastend, der Gegend unmittelbar östlich der Stadtmauern, nieder und verdienten ihren Lebensunterhalt in den stark expandierenden Docks und den dort zahlreich entstehenden verarbeitenden Betrieben.

Während der Kleinen Eiszeit bildete sich auf der Themse in besonders kalten Wintern eine dicke Eisschicht. Der längste „Frostjahrmarkt“ auf dem zugefrorenen Fluss fand im Winter 1683/84 statt und dauerte über sechs Wochen. Nach dem Edikt von Fontainebleau im Jahr 1685 flohen viele französische Hugenotten nach London und trugen mit ihren Fähigkeiten zum

Wirtschaftswachstum bei. Ende des 17. Jahrhunderts stieg London auf Kosten von Amsterdam zum bedeutendsten Finanzzentrum der Welt auf. Lloyd's of London wurde 1688 gegründet, die Bank of England 1694. Um 1700 gingen 80 % der englischen Importe über den Hafen von London, ebenso 69 % der Exporte und 86 % der Re-Exporte.

Der neue, aus den Niederlanden stammende König Wilhelm III. mochte London nicht; der Rauch der vielen Kamine löste bei ihm Asthma aus. Nach dem ersten Brand im Palace of Whitehall im Jahr 1691 (der Palast brannte 1698 vollständig nieder) erwarb er das in der Nähe des damals unbedeutenden Dorfes Kensington gelegene Nottingham House und ließ es zum Kensington Palace ausbauen.

18. Jahrhundert

1702 erschien in London die erste Tageszeitung Englands; die Redaktion des Daily Courant befand sich im Obergeschoss eines Pubs in der Fleet Street. In den darauf folgenden Jahren wurden in dieser Straße immer mehr Zeitungen vertrieben und bald war die Fleet Street das Zentrum der britischen Presse. Diese Zeitungen und Zeitschriften wurden vom aufstrebenden Bürgertum in den zahlreichen neu entstehenden Kaffeehäusern gelesen, wo auch politische Fragen debattiert wurden.

Mit dem Act of Union wurden 1707 die Königreiche England und Schottland vereinigt, London wurde dadurch zur Hauptstadt des Königreichs Großbritannien. Im darauf folgenden Jahr vollendete Christopher Wren sein bedeutendstes Bauwerk, die neue Saint Paul's Cathedral, die zu einem Symbol der aufstrebenden Stadt wurde und als eines der herausragendsten Beispiele barocker Architektur gilt.

Während Jahrhunderten war die London Bridge die einzige Brücke über die Themse gewesen, wodurch sich die Ausdehnung der Stadt in Richtung Süden in engen Grenzen hielt. Erst die Eröffnung der Westminster Bridge und der Blackfriars Bridge ermöglichte die flächendeckende Erschließung des Gebiets südlich des Flusses. Im Westen entstanden für die reichen Einwohner neue Stadtviertel wie Mayfair. Die ärmeren Bevölkerungsschichten hingegen wurden mehr und mehr ins East End verdrängt, wo sich ausgedehnte Slums bildeten. Die Verbrechensrate stieg so stark an, dass der Richter John Fielding 1750 die erste Polizeitruppe aufstellte, die Bow Street Runners. Öffentliche Hinrichtungen hatten oft einen Volksfestcharakter; bis 1783 fanden diese in Tyburn statt, einem kleinen Dorf wenige Kilometer westlich der Stadt, danach bis 1868 im Hof des Newgate-Gefängnisses.

Der Arzt Hans Sloane vermachte 1753 seine große Sammlung von Kunstgegenständen aus aller Welt dem Staat. Das Parlament beschloss, die Sammlung zu erhalten und dafür ein Museum einzurichten; 1759 wurde das British Museum eröffnet, das als ältestes noch bestehendes Museum der Welt gilt. Zwischen 1760 und 1766 erfolgte die Schleifung der letzten verbliebenen Stadttore und Abschnitte der Stadtmauer. König Georg III. erwarb 1762 das Buckingham House, das rund 60 Jahre später zum Buckingham Palace ausgebaut wurde.

Im Juni 1780 erschütterten die „Gordon Riots“ die Stadt. Radikale Protestanten unter Führung von Lord Gordon wollten die Umsetzung eines Gesetzes verhindern, das die Katholikenemanzipation zum Ziel hatte. Ein aufgewiegelter Mob zog durch die Stadt, verwüstete katholische Kirchen und steckte die Häuser von Katholiken in Brand. Erst nach zwei Wochen gelang es der Armee, die Unruhen unter Kontrolle zu bringen. 285 Menschen kamen ums Leben und mehr als 100 Häuser wurden zerstört.

Ebenfalls 1780 lebte im Tower of London der einzige amerikanische Gefangene. Henry Laurens, ehemaliger Vorsitzender des zweiten Kontinentalkongresses, hatte in den Niederlanden erfolgreich um Unterstützung im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg geworben und war auf dem Heimweg von der Royal Navy festgesetzt worden. Im Dezember 1781 wurde er im Austausch gegen Charles Cornwallis freigelassen.

19. Jahrhundert

Im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelte sich London zur größten Stadt der Welt und zur Hauptstadt des weltumspannenden Britischen Empires. Die Bevölkerungszahl stieg von einer Million im Jahr 1800 auf 6,7 Millionen hundert Jahre später an. Während dieser Zeitspanne entwickelte sich London im Bereich der Politik, des Finanzwesens und des Handels zu einer Art „Welthauptstadt“. Diese Dominanz blieb während Jahrzehnten praktisch unangefochten und wurde erst gegen Ende des Jahrhunderts mit der wachsenden Bedeutung von Paris und New York in Frage gestellt.

Mit der Ausdehnung der britischen Besitzungen in aller Welt stieg auch der Wohlstand Londons an. Auf der anderen Seite war die Stadt auch von extremer Armut geprägt. Millionen von Menschen mussten in den überbevölkerten und unhygienischen Slums ihr Dasein fristen. Der Schriftsteller Charles Dickens beschrieb diese Zustände in Romanen wie Oliver Twist. 1829 erhielt London mit der von Premierminister Robert Peel eingesetzten Metropolitan Police eine zentral geführte Polizeibehörde, die mit Ausnahme der City of London im gesamten

Ballungsraum für die Verbrechensbekämpfung zuständig war. Es handelte sich dabei um den ersten Zweckverband im damals in viele kleine Gemeinden zersplitterten Ballungsraum. Nach Robert Peel bezeichnet man die Polizisten bis heute als „bobbies“ oder „peelers“.

Mit der Eisenbahn änderte sich im 19. Jahrhundert die Stadtstruktur Londons grundlegend. Ein dichtes Netz von Eisenbahnlinien ermöglichte die Bildung von Vororten in den benachbarten Grafschaften, von wo aus die Angehörigen der Mittel- und Oberschicht zu ihren Arbeitsplätzen im Stadtzentrum pendelten. Das überbaute Gebiet erstreckte sich nun auf einst ländlich geprägte Gegenden wie Greenwich, Islington, Paddington, Belgravia, Holborn, Finsbury, Shoreditch, Southwark and Lambeth. Mit der ungebremsten Ausdehnung der Stadt ging auch eine verstärkte Segregation einher; die Wohlhabenden zogen praktisch ausnahmslos in die Vorstädte und überließen die inneren Viertel rund um das Stadtzentrum den Armen.

Die erste Eisenbahnlinie Londons war diejenige vom Bahnhof London Bridge nach Greenwich, die 1836 eröffnet wurde. Bald darauf folgten weitere Hauptbahnhöfe, die London mit allen Teilen Großbritanniens verbanden: Euston (1837), Paddington (1838), Fenchurch Street (1841), Waterloo (1848), King's Cross (1850), Victoria (1858), St Pancras (1863), Broad Street (1865) und Liverpool Street (1874). Die erste Straßenbahn verkehrte 1861. Zwei Jahre darauf folgte die Metropolitan Railway, die erste U-Bahn der Welt. 1890 wurde die erste elektrisch betriebene U-Bahn eröffnet, die City and South London Railway. Beide Bahnen sind heute Teil der London Underground.

Das noch aus dem Mittelalter stammende unübersichtliche System der lokalen Verwaltung erwies sich für die Bedürfnisse einer Millionenmetropole zunehmend als antiquiert und konnte nicht mehr mit der Entwicklung Schritt halten. 1855 wurde deshalb der Zweckverband Metropolitan Board of Works (MBW) gegründet, der wenigstens im Bereich des Bauwesens eine gewisse Zentralisierung mit sich brachte. Auf den MBW folgte 1889 die County of London mit einer zentralen Verwaltung für den gesamten Ballungsraum. 1899 wurde diese Verwaltungsgrafschaft weiter in 28 Metropolitan Boroughs unterteilt.

Das ungebremste Bevölkerungswachstum führte ab etwa 1850 zu starker Umweltbelastung. Das Abwasser wurde direkt in die Themse geleitet. Da das Trinkwasser hauptsächlich aus dem Fluss stammte, brachen regelmäßig Choleraepidemien aus, allein im Jahr 1854 starben daran über 10.000 Menschen. Nach dem „Großen Gestank“ im Sommer 1858, als der Fluss buchstäblich zum Himmel stank, beauftragte das Parlament den MBW, ein umfassendes unterirdisches Kanalisationssystem zu planen und zu bauen. Zum Oberingenieur für das größte Bauprojekt des gesamten 19. Jahrhunderts wurde Joseph Bazalgette ernannt. Unter seiner Leitung entstanden 135 Kilometer Hauptabwassersammler und 1750 Kilometer Abwasserkanäle. Nach der Vollendung des Abwassersystems, das heute noch in Betrieb ist, hatten alle Bewohner Londons sauberes Trinkwasser und die Sterberate sank rapide.

Als Hauptstadt eines Weltreiches wirkte London wie ein Magnet auf Einwanderer aus den Kolonien und den ärmeren Teilen Europas. Hunderttausende von Iren zogen in die Stadt, viele von ihnen während der großen irischen Hungersnot. Zeitweise waren über 20 % der Bevölkerung Londons Iren. Die Juden profitierten von den Vorzügen der liberalen Gesellschaft und dem Wegfall von Handelsbeschränkungen. Auch kleinere Gruppen von Chinesen und Indern wählten London als neue Heimat.

Viele der Gebäude, die heute das Stadtbild Londons prägen, wurden während des 19. Jahrhunderts errichtet. Dazu gehören der Trafalgar Square, der Neubau des durch einen Brand zerstörten Palace of Westminster, die Royal Albert Hall, das Victoria and Albert Museum, zahlreiche Institute der Universität London, die National Gallery und die Tower Bridge.

Drei Ereignisse stehen sinnbildlich für das London der viktorianischen Zeit. 1851 fand im Hyde Park auf Initiative von Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha, dem Ehemann von Königin Victoria, die „Great Exhibition“ statt, die erste Weltausstellung überhaupt. Weltruhm erlangte dabei die gläserne Ausstellungshalle, der Crystal Palace. Während Jahrzehnten sorgten die nächtlichen Attacken von „Spring Heeled Jack“ für Schlagzeilen. Ebenfalls zur Legende wurde die Mordserie von „Jack the Ripper“ im Jahr 1888.

20. Jahrhundert

Bis 1945

Die Bevölkerungszahl Londons stieg zu Beginn des 20. Jahrhunderts weiterhin an, wenn auch weitaus weniger stark als in den vorangegangenen Jahrzehnten. Die Verkehrsinfrastruktur wurde weiter ausgebaut; so elektrifizierte man den größten Teil des Eisenbahn- und des U-Bahn-Netzes, es entstanden zahlreiche neue Straßenbahnlinien und 1902 verkehrte der erste motorisierte Omnibus. 1908 fanden parallel zur Franco-British Exhibition die IV. Olympischen Spiele statt.

London war weiterhin das Ziel politischer Flüchtlinge. Diese ließen sich meist im armen East End nieder, wo sie relativ leicht untertauchen konnten. Nicht immer griffen sie bei der

Finanzierung ihrer politischen Aktivitäten zu friedlichen Mitteln. Das bekannteste Beispiel ist eine Gruppe baltischer Anarchisten. Nach einer Reihe von brutal ausgeführten Raubüberfällen und Morden kam es im Januar 1911 zur Belagerung der Sidney Street, die mit dem Tod der Anarchisten in einem brennenden Haus endete. Einer der Augenzeugen war der damalige Innenminister Winston Churchill, der im Parlament wegen der leichtsinnigen Gefährdung seines Lebens scharf kritisiert wurde.

London musste im Ersten Weltkrieg erstmals Bombardierungen aus der Luft durch die Luftwaffe hinnehmen, ausgeführt von Luftschiffen und Gotha-Doppeldeckerflugzeugen. Die britische Öffentlichkeit nannte die Luftschiffe „Babykiller“; die Zerstörungen waren aber nicht im Geringsten mit jenen ein Vierteljahrhundert später vergleichbar. Die Bomben töteten etwa 700 Menschen, alleine beim Abwurf einer 1000-Pfund-Bombe auf den Bahnhof Liverpool Street im Mai 1917 kamen 162 Menschen ums Leben.

Die Zwischenkriegszeit war geprägt von der Ausdehnung des überbauten Gebiets in einem vorher nie gekannten Ausmaß. Die geringe Bebauungsdichte in den neu entstehenden Vororten mit Einzel- und vor allem Doppelhäusern vermittelte den Londonern das Gefühl, dass sie „auf dem Land“ lebten. Diese Entwicklung wurde insbesondere von der Metropolitan Railway mit der Metro-land-Werbekampagne gefördert, doch auch die steigende Zahl von Automobilen trug dazu bei. Die neuen Vororte lagen fast gänzlich außerhalb der County of London; in ganz Middlesex, im Westen von Essex, im Norden von Surrey, im Nordwesten von Kent und im Süden von Hertfordshire.

Während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre war auch London von hoher Arbeitslosigkeit betroffen. Im East End fanden extreme Parteien auf der linken als auch auf der rechten Seite großen Zulauf. Die Communist Party of Great Britain gewann einen Sitz im Unterhaus und auch die British Union of Fascists hatte viele Anhänger. Die Auseinandersetzungen zwischen extremer Linke und extremer Rechte gipfelten 1936 in der „Schlacht in der Cable Street“. Viele Juden flohen aus dem von den Nazis beherrschten Deutschen Reich und ließen sich hauptsächlich im West End nieder. Am 29. September 1939 erreichte die Einwohnerzahl ihren absoluten Höchstwert: 8.615.050 lebten auf dem heutigen Stadtgebiet.

Während des Zweiten Weltkriegs wurde London, wie zahlreiche andere britische Städte auch, von Bombern der deutschen Luftwaffe angegriffen. Vor allem der Osten der Stadt war von „The Blitz“ betroffen. Vor Beginn dieser Angriffe waren Hunderttausende von Kindern aufs Land evakuiert worden, Zivilisten suchten Schutz in tief liegenden U-Bahn-Stationen. Vom 7. September 1940 an wurde London während 76 aufeinanderfolgenden Nächten bombardiert. Die Angriffe wurden bis zum 10. Mai 1941 fortgeführt, flauten dann aber merklich ab. Eine zweite Angriffswelle folgte von Juni 1944 bis April 1945 mit den ferngesteuerten Raketen des Typs V1 und V2. Bis Ende des Krieges starben knapp 30.000 Einwohner, über 50.000 wurden schwer verletzt. Zehntausende Häuser (vor allem in den Docklands) waren zerstört worden und Hunderttausende Einwohner obdachlos geworden.

Nachkriegszeit

Nur gerade drei Jahre nach Ende des Krieges – die Stadt hatte die Folgen noch kaum überwunden – fanden die XIV. Olympischen Sommerspiele statt; Hauptveranstaltungsort war das Wembley-Stadion. Der Hauptflughafen Croydon Airport wurde geschlossen und durch den neuen Flughafen London-Heathrow ersetzt. Der Wiederaufbau ging in den ersten Jahren nur langsam voran. Das 1951 durchgeführte Festival of Britain war so etwas wie ein Wendepunkt und wurde als Signal für eine bessere Zukunft verstanden.

Seit dem frühen 19. Jahrhundert verwendeten die Einwohner Londons Kohle, um ihre Wohnungen zu heizen, was eine starke Rauchentwicklung mit sich brachte. Durch die häufigen Inversionswetterlagen senkte sich der Rauch im Winter wie eine Decke über die Stadt und verband sich mit dem Nebel. Der Begriff Smog entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Im Dezember 1952 war der Smog derart dicht, dass in nur fünf Tagen über 4.000 Menschen an Lungenkrankheiten starben (weitere 8.000 an den Spätfolgen). Als Reaktion auf diese Smog-Katastrophe wurde der „Clean Air Act“ (Gesetz für saubere Luft) erlassen, ein Bündel von Maßnahmen, um die Luftqualität in der Metropole nachhaltig zu verbessern. Seither gibt es diese Art von Wintersmog in London kaum mehr.

In den ersten Nachkriegsjahren war die Wohnungsnot ein ernsthaftes Problem, da während des Krieges viele Wohnhäuser zerstört worden waren. Die Behörden reagierten mit dem Bau von Wohnblocks. Da man auch die Beschränkung der Höhe von Bürohochhäusern aufhob, änderte sich das Stadtbild Londons grundlegend. Mit verschiedenen Anreizen wurden die Stadtbewohner dazu ermuntert, sich in Satellitenstädten wie z. B. Harlow, Crawley, Stevenage oder Milton Keynes niederzulassen. Die Einwohnerzahl Londons sank unter 7 Millionen. Mit rigiden Planungsvorschriften wurde die weitere Zersiedelung eingeschränkt. Neue Siedlungen dürfen seither nur noch jenseits des Green Belt errichtet werden, einem etwa 5 bis 10 km breiten Grüngürtel rund um das überbaute Stadtgebiet, oder wenn bereits bestehende urbane Flächen neu genutzt werden. 1965 wurde die County of London aufgelöst. An ihre Stelle trat die weitaus größere Verwaltungsregion Greater London.

Seit den 1950er Jahren wurde London zur neuen Heimat einer großen Zahl von Einwanderern, hauptsächlich aus unabhängig gewordenen Commonwealth-Staaten wie Jamaika, Indien und Pakistan. London wurde zu einer der ethnisch vielfältigsten Städte Europas. Vor allem die schwarzen Einwanderer waren aber von Rassismus betroffen und standen in der

Sozialstruktur meist an unterster Stelle. Die Spannungen entluden sich 1981 in den Brixton-Unruhen. Von den frühen 1970er Jahren bis Mitte der 1990er Jahre war London als Folge des Nordirlandkonflikts wiederholt Ziel terroristischer Anschläge der IRA.

In den Nachkriegsjahrzehnten büßte London seine traditionelle Rolle als bedeutender Hafen ein, da die alten Anlagen in den Docklands für die großen Containerschiffe nicht geeignet waren und auch nicht ausgebaut werden konnten. Neue Hafenanlagen entstanden weiter östlich in Felixstowe und Tilbury. 1981 begann ein umfangreiches Stadtentwicklungsprogramm, Zehntausende von Arbeitsplätzen der Dienstleistungsbranche wurden von der City of London auf die Isle of Dogs verlagert oder neu geschaffen. In der Canary Wharf entstand ein ausgedehnter Hochhauskomplex, der 1991 erbaute Wolkenkratzer One Canada Square ist das höchste Gebäude Großbritanniens. Seit 1984 schützt die Thames Barrier in Woolwich die Stadt vor Springfluten der Nordsee. Im östlichen Teil der Docklands wurde 1987 der Flughafen London City eröffnet. Mitte der 1980er Jahre begann die Einwohnerzahl wieder anzusteigen.

Die immer heftigeren Auseinandersetzungen zwischen dem von Ken Livingstone angeführten Greater London Council (GLC) und der Regierung von Premierministerin Margaret Thatcher führten 1986 zur Auflösung des GLC. Dessen Kompetenzen wurden zum größten Teil an die Stadtbezirke und teilweise an die Zentralregierung übertragen. London war somit die weltweit einzige Metropole ohne zentrale Verwaltung. Diese aus rein politischen Gründen angeordnete Maßnahme erwies sich als äußerst kurzfristig und führte zu erheblichen Koordinationsproblemen. Als Ersatz für den aufgelösten GLC schuf die Regierung von Tony Blair im Jahr 2000 die Greater London Authority. Ken Livingstone wurde der erste direkt gewählte Oberbürgermeister für ganz London (Mayor of London). Bei den Wahlen 2008 wurde er durch Boris Johnson von der Conservative Party abgelöst.

21. Jahrhunderten

Um die überhandnehmenden Verkehrsstaus im Stadtzentrum einzudämmen und den vermehrten Gebrauch öffentlicher Verkehrsmittel zu fördern, setzte Ken Livingstone im Jahr 2003 die Einführung der Innenstadtmaut London Congestion Charge gegen erbitterten Widerstand von Anwohnern und Geschäftsinhabern durch. Seitdem haben sich die Verkehrsprobleme ebenso beruhigt wie die anfänglichen Empörungen und Schlagzeilen über die Neuerung. Der 2004 veröffentlichte London Plan schätzt, dass die Einwohnerzahl bis 2016 auf 8,1 Millionen ansteigen wird.

Seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 galt London, vor allem wegen des Einsatzes britischer Truppen im Irak, als Ziel möglicher Anschläge islamistischer Terroristen. Am 7. Juli 2005 kam es zu vier Bombenanschlägen mit 56 Todesopfern und mehr als 700 Verletzten. Nur einen Tag zuvor war die Stadt als Austragungsort der Olympischen Sommerspiele 2012 gewählt worden.

In den folgenden Jahren wurden mindestens zwei weitere Terrorakte verhindert. Am 10. August 2006 hatte die britische Polizei mit Unterstützung des britischen Inlandsgeheimdienst MI5 mehrere Terroranschläge auf Flugzeuge vereitelt. Im Rahmen der Antiterroraktion wurde der Flughafen Heathrow teilweise geschlossen und mehrere Tatverdächtige hauptsächlich in London festgenommen.

Am 29. Juni 2007 wurden zwei Autobomben im Londoner Stadtgebiet entdeckt und rechtzeitig entschärft. Die erste Autobombe wurde in der Nacht am Haymarket in der Nähe des Piccadilly Circus gefunden, ein zweites Fahrzeug wurde am Nachmittag ebenfalls in der City of Westminster entdeckt. Als einen Tag später ein weiterer Anschlag auf den Flughafen Glasgow versucht wurde, wurde die Terrorwarnstufe auf die höchste Stufe, „Critical“, gesetzt.

Quellen

1. ↑ Ausgrabungsbericht von English Heritage
2. ↑ Richard Coates: A New Explanation of the Name of London, in Transactions of the Philological Society, November 1998, S. 203
3. ↑ Roman London - a brief history Website des Museum of London
4. ↑ Nikolaus Pevsner: London I: The Cities of London and Westminster, S. 48

Literatur

- Peter Ackroyd: London. The biography. Chatto & Windus, London 2000, ISBN 1-85619-716-6
- Arthur H. Beavan: Imperial London. Dent, London / Dutton, New York 1901 (Digitalisat, PDF)
- Erich Germer: London. Geschichte und kulturgeschichtliche Stätten der britischen Hauptstadt. Neukastel-Verlag, Leinsweiler 1993, ISBN 3-927443-01-8
- Martin Weinbaum: Verfassungs-Geschichte Londons 1066-1268. (= Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Beihefte; Heft 15). Kohlhammer, Stuttgart 1929
- London. Geschichte einer Weltstadt 1558-1945. (= Geo Epoche; Nr. 18). Gruner und Jahr, Hamburg 2005

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Flensburg

Flensburg (dänisch und niederdeutsch: Flensborg) ist eine kreisfreie Stadt im Norden Schleswig-Holsteins. Nach Kiel und Lübeck ist Flensburg die drittgrößte Stadt des Bundeslandes und die größte im Landesteil Schleswig. Flensburg ist die nördlichste kreisfreie Stadt Deutschlands und die nördliche Grenze der Halbinsel Angeln.

Nahegelegene Großstädte sind Kiel (86 km südöstlich), Odense in Dänemark (etwa 90 km nordöstlich) und Hamburg 158 km südlich.

Geographie

Flensburg befindet sich im äußersten Norden des Bundeslandes Schleswig-Holstein direkt an der deutsch-dänischen Grenze. Nach Westerland auf Sylt und der Flensburger Nachbarstadt Glücksburg ist sie die drittnördlichste Stadt in Deutschland. Flensburg liegt im inneren Winkel der Flensburger Förde, einer Ausbuchtung der Ostsee, teils in einem Tal, teils auf umliegenden Höhen wie dem Friesischen Berg und dem Marienberg. Das Ostufer Flensburgs wird bereits zur Halbinsel Angeln gerechnet.

Die Stadt liegt etwa 20 m ü. NN. Die sich in einem Tal befindende Altstadt liegt bei 12 m und der höchste Punkt der Stadt bei 63,7 m ü. NN. Die Stadtgrenze ist 32,0 km lang. Die größte Ausdehnung des Stadtgebiets beträgt von Norden nach Süden 7,6 km und von Osten nach Westen 9,6 km.

Nachbargemeinden

Folgende Gemeinden des Kreises Schleswig-Flensburg und der Region Syddanmark grenzen an die Stadt Flensburg (sie werden nach dem Uhrzeigersinn beginnend im Nordosten genannt):

Glücksburg (Amtsfreie Stadt), Wees (Amt Langballig), Maasbüll, Hürup, Tastrup und Freienwill (alle Amt Hürup), Handewitt (Amtsfreie Gemeinde), Harrislee (Amtsfreie Gemeinde) und Kommune Aabenraa (dt. Apenrade) auf dänischer Seite der Flensburger Förde.

Stadtteile

Die Stadt Flensburg teilt sich in 13 Stadtteile, die sich wiederum in insgesamt 38 statistische Bezirke gliedern.

Die Stadtteile sind Altstadt, Neustadt (dän. Nystaden), Nordstadt (mit Klues), Westliche Höhe (mit Duburg), Friesischer Berg (Friserbjerg), Weiche (Sporskifte), Südstadt, Sandberg (mit Adelbylund), Jürgensby (Jørgensby), Fruerlund, Mürwik (Mørvig), Engelsby und Tarup (mit Sünderup). Die Grenzen der Stadtteile und Stadtbezirke entsprechen dabei nur selten den Grenzen der früheren Landgemeinden bzw. den historischen Kirchspielgrenzen auf dem alten Stadtfeld.

Geschichte

Name

Die Herkunft des erstmals 1248 erwähnten Stadtnamens Flensburg konnte noch nicht geklärt werden. Der Name könnte sich von einer Burg, einem Ritter Fleno oder der Flensau ableiten. Eine neue Theorie besagt, dass sich der Name von einer kleinen Turmfestung ableite, deren Fundamente in der Nähe der Marienkirche gefunden wurden und die auf einer kleinen Insel lag.[2]

Anfänge

Spätestens am Ende des 12. Jahrhunderts entstanden am inneren Teil der Flensburger Förde Siedlungen um die späteren Kirchen Sankt Johannis, Sankt Nikolai, Sankt Marien und Sankt Gertrud. Die erstgenannte und wohl älteste Siedlung war Teil der Husbyharde in Angeln. Die übrigens befanden sich westlich der Förde und des hier einmündenden Scherrebecks in der Wiesharde. Sie waren dänische Handels- und Fischersiedlungen. Historiker nehmen an, dass es mehrere Gründe für die Wahl dieses Standortes gab:

- Sicherer Hafen mit Schutz vor heftigen Winden (Flensburger Förde)
- Handelsstraße in Jütland (Ochsenweg)
- Handelsstraße zwischen Nordfriesland und Angeln (Angelbowege)
- große Vorkommen von Heringen.

Nach der Vernichtung der wendischen Land- und Seeherrschaft durch die Dänen unter Waldemar I. und die Sachsen unter Heinrich dem Löwen erlangten die kleinen Handelsniederlassungen größere Bedeutung und wuchsen immer mehr zusammen. Zu dieser Zeit existierte bereits die Knudsgilde, die schon damals mit Vorrechten ausgestattet war und in der Folge auf das Stadtregiment Einfluss ausüben konnte.

Nachdem Flensburg in den Kämpfen 1248 zwischen dem dänischen König Erik Plovpenning und seinem Bruder und Nachfolger Abel zerstört wurde, förderte letzter den Wiederaufbau. 1284 wurde dem neuen Ort das Stadtrecht, dessen Inhalt auf einen sehr regen Handelsverkehr schließen lässt, vom dänischen König Erik Glipping verliehen und von Herzog Waldemar IV. von Schleswig bestätigt. Flensburg wurde rasch die bedeutendste Stadt des Herzogtum Schleswigs. Das Herzogtum Schleswig war ein dänisches Lehen mit dem dänischen König als Lehnsherr und gehörte im Gegensatz zum südlich angrenzenden Holstein nicht zum Heiligen Römischen Reich. Wie andere schleswigsche Städte war Flensburg auch nicht Mitglied der Hanse. Dennoch bestanden enge Handelskontakte zu deutschen und europäischen Hansestädten. Ein bedeutendes Handelsgut jener Zeit waren in Salz eingelegte Heringe. Sie wurden in viele europäische Länder verschickt. Die bestimmende Macht in Flensburg war noch bis in die Reformation die Knudsgilde, die aus wohlhabenden Kaufleuten bestand.

Vermutlich 1263 oder früher wurde das Minoritenkloster erbaut.

Die Handelsstadt im Mittelalter und in der frühen Neuzeit

Ab 1409 begannen die Auseinandersetzungen zwischen Holsteinern und Dänen um die Vormacht in Schleswig (siehe auch Südjütland). 1411 erreichte Königin Margarethe I. im Vertrag von Kolding die Abtretung großer Teile des Herzogtums Schleswig an Dänemark. Im selben Jahr wurde die Duburg auf dem Marienberg errichtet.

Am 28. Oktober 1412 starb Margarethe I. an Bord eines Schiffes im Hafen von Flensburg an der Pest. Die Pest und andere infektiöse Krankheiten waren für mittelalterliche Städte ein großes Problem. In gewissen Abständen rafften Pocken, die vom Rattenfloh (*Xenopsylla cheopis*) verursachte Beulenpest, die Rote Ruhr oder andere Seuchen große Teile der Flensburger Bevölkerung dahin. Leprakranke wurden im St.-Jürgen-Hospital (vor 1290 errichtet) isoliert, das vor den Toren der Stadt (heute: St.-Jürgen-Kirche) lag. Um 1500 wurde die Syphilis eingeschleppt. Das kirchliche Hospital Zum Heiligen Geist (heute: Heiliggeistkirche) steht in der Großen Straße (heute Flensburger Fußgängerzone).

Der Alltag der Flensburger war hart, die Verkehrswege waren schlecht. Die Hauptstraßen waren nicht gepflastert und unbeleuchtet. Teilweise waren die Bürger verpflichtet, die mit Viehdung durchtränkten Wege mit Holzstegen passierbar zu machen. Fenster hatten nur wenige Patrizierhäuser. Jeder Bürgerhaushalt hielt Vieh im Haus und Hof. Bürger hatten zudem eigene Kuh- und Schweinehirten, die das Vieh tagsüber außerhalb der Stadt hüteten.

1485 kam es zu einem Großbrand in Flensburg. Auch von Sturmfluten blieb Flensburg nicht verschont. Am Kompagnietor lassen sich heute noch die Wasserstände früherer Sturmfluten ablesen.

Ab 1526 fasste, verbreitet auf den Handelswegen, die lutherische Lehre in Flensburg Fuß. Damals predigte der Husumer Reformator Hermann Tast in der Stadt. Unterstützt vom jungen Herzog Christian trieb der ehemalige Dominikanermönch Gerd Slewert die Reformation voran. In der Folge öffnete sich Flensburg immer mehr der deutschen Kultur und Sprache, während das Umland dänisch geprägt blieb.

Nach dem Niedergang der Hanse im 16. Jahrhundert galt Flensburg als eine der bedeutendsten Handelsstädte im skandinavischen Raum. Selbst bis ans Mittelmeer, bis nach Grönland und in die Karibik reichten die Aktivitäten Flensburger Kaufleute. Die wichtigsten Handelswaren waren neben den Heringen zunächst Zucker und Tran, der auf der so genannten Grönlandfahrt durch Walfang gewonnen wurde. Erst der Dreißigjährige Krieg beendete die Blütezeit. Der Einfall der Kaiserlichen unter Wallenstein 1627 und 1628, wie auch die dänisch-schwedischen Kriege 1643–1645 und 1657–1660 schlugen dem Wohlstand der Stadt erhebliche Wunden.

Wiederaufschwung im 18./19. Jahrhundert

Im 18. Jahrhundert erlebte Flensburg dank des Rumhandels eine zweite Blüte. Der Rohrzucker wurde aus Dänisch-Westindien importiert und in Flensburg raffiniert. Es ist zu vermuten, dass dieser Handel ein Dreieckshandel war. Erst im 19. Jahrhundert, im Zuge der Industrialisierung, konnten sich die Flensburger Zuckerraffinerien nicht mehr gegen die Konkurrenz der benachbarten Metropolen Kopenhagen und Hamburg behaupten.

Der in Flensburg verschnittene Rum war dann ein Ausweichgeschäft im Westindienhandel, von wo er eingeführt und als Rum-Verschnitt in ganz Europa vertrieben wurde. Nach dem Deutsch-Dänischen Krieg 1864 wurde das Zuckerrohr statt aus Dänisch-Westindien aus dem damals britischen Jamaika bezogen. Von einst weit über 20 Rumhäusern (unter anderem Hansen, Pott, Sonnberg, Asmussen und Detleffsen), die die Stadt geprägt haben, besteht heute noch das Rumhaus A. H. Johannsen in der Marienburg.

Zwischen 1460 und 1864 war Flensburg neben Kopenhagen der zweitgrößte Hafen im Dänischen Gesamtstaat und außerhalb des Königreiches Dänemark sogar der größte. Nach dem Deutsch-Dänischen Krieg (1864) kam die Stadt zu Preußen und deutsche Sprache und Kultur, die bereits seit der Reformation zunehmend Fuß im Flensburger Bürgertum gefasst hatten, prägten nun immer stärker das Leben der Stadt. Dennoch zählt sich bis heute eine große Minderheit der Flensburger zur dänischen Volksgruppe.

20. Jahrhundert

Am 1. April 1889 wurde Flensburg ein eigenständiger Stadtkreis (kreisfreie Stadt) innerhalb der Provinz Schleswig-Holstein, blieb aber Sitz des Landkreises Flensburg. 1920 wurde nach Beschluss des Völkerbundes über den Grenzverlauf in Schleswig (Südjütland) abgestimmt. In Nordschleswig stimmte die Landbevölkerung für Dänemark, während die zahlenmäßig unterlegene Bevölkerung der Städte für Deutschland stimmte. Das gemeindeweise abstimmende Südschleswig mitsamt Flensburg votierte mit großer Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland. Infolge der von Dänemark definierten Zuschnitte der Abstimmungszonen und Abstimmungsmodalitäten fielen jedoch große Teile des Umlandes, insbesondere der Landkreise Flensburg, der Kollunder Wald und Tondern an Dänemark; Flensburg wurde Grenzstadt.

Die Stadt Flensburg erhielt von der deutschen Reichsregierung als Dank für das pro-deutsche Stimmverhalten das Deutsche Haus. Borgerforeningen und Flensborghus entwickelten sich zu Zentren der dänischen Flensburger.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurde die Stadtverwaltung auch in Flensburg gleichgeschaltet und mit Wilhelm Sievers ein langjähriges NSDAP-Mitglied zum Oberbürgermeister ernannt. Dieser wurde nach einer parteiinternen Intrige Ende 1935 durch Ernst Kracht ersetzt. Im Zuge der Aufrüstung wuchs Flensburgs Bedeutung als Marinestützpunkt und Heeresgarnison. Während des Zweiten Weltkriegs erlitt die Stadt dennoch nur punktuell Kriegsschäden durch Bombenabwürfe. Am 19. Mai 1943 starben allerdings über 20 Kinder eines dänischen Kindergartens, als der Luftschutzkeller an der nahe von Werft und Kraftwerk gelegenen Batteriestraße einen Volltreffer erhielt. Kurz nach dem

Krieg forderte die Explosion eines Munitionslagers zahlreiche Opfer.

1945 war Flensburg für einige Wochen Sitz der letzten Reichsregierung unter Admiral Karl Dönitz, die nach dem Suizid Adolf Hitlers am 30. April 1945 und der Eroberung von Berlin Quartier in der Marineschule Mürwik nahm. Dort wurden ihre Mitglieder am 23. Mai 1945 von britischen Truppen abgesetzt und verhaftet.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 gehörte Flensburg zur Britischen Besatzungszone. Die britische Militärverwaltung richtete in Flensburg zwei DP-Lager ein zur Unterbringung so genannter Displaced Persons. Die Mehrzahl von ihnen waren ehemalige Zwangsarbeiter aus Polen, der Ukraine, dem Baltikum und Jugoslawien.

In der Zeit nach dem Krieg gelangten viele Vertriebene in die Stadt, so dass die Einwohnerzahl 100.000 überschritt und Flensburg für einige Jahre Großstadt war. Wie im übrigen Landesteil Schleswig entwickelte sich nach 1945 auch in Flensburg eine relativ starke prodänische Bewegung, die an die Ideen der Eiderdänen anknüpfte. Ziel vieler Anhänger war der Anschluss der Stadt an Dänemark. Flensburg hatte so noch einige Jahre nach 1945 Bürgermeister aus der dänischen Minderheit.

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland profitierte Flensburg zunehmend von der Ansiedlung militärischer Einrichtungen, die auch die wirtschaftlichen Nachteile der Randlage der Stadt kompensieren sollten. Seit der deutschen Wiedervereinigung nahm die Zahl der Soldaten jedoch wieder um über 8.000 ab, da Militäreinrichtungen abgebaut oder in die östlichen Bundesländer verlagert wurden. Insbesondere die größeren schwimmenden Einheiten wurden zusammen mit den landgestützten Versorgungseinrichtungen nach Mecklenburg-Vorpommern verlegt. So entfiel auch der zeitaufwändige Marsch der Flotteneinheiten durch die Flensburger Förde in ihre Einsatzgebiete in der Ostsee. Heute werden die ehemaligen Hafenanlagen der Bundesmarine durch Sportboote zivil genutzt (Marina Sonwik).

Eine große Rolle spielt bis heute der deutsch-dänische Grenzhandel. Einige dänische Unternehmen wie Danfoss siedelten sich aus steuerlichen Gründen direkt südlich der Grenze in Flensburg und seinen Nachbargemeinden an.

1970 wurde der Kreis Flensburg um die Gemeinden des Amtes Medelby im Kreis Südtondern erweitert und 1974 mit dem Kreis Schleswig zum neuen Kreis Schleswig-Flensburg vereinigt, dessen Kreissitz die Stadt Schleswig wurde. Damit verlor Flensburg seine Funktion als Kreisstadt, blieb selbst aber eine kreisfreie Stadt.

21. Jahrhundert

Heute ist Flensburg die größte Stadt im Landesteil Schleswig und Zentrum des deutsch-dänischen Grenzlandes. Die Stadt ist Universitäts- und Fachhochschulsitz und bis heute geprägt von Marine, Grenzhandel sowie ihrer Geschichte als Rumstadt. Aufgrund der schlechten Finanzlage der Stadt beschloss der Rat im Jahr 2006 den Verkauf des Kollunder Waldes an eine Privatperson.

Eingemeindungen

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts umfasste das Stadtgebiet von Flensburg eine Fläche von insgesamt 2639 Hektar. Ab 1874 wurden folgende Gemeinden bzw. Gemarkungen in die Stadt Flensburg eingegliedert:

Jahr	Orte	Zuwachs in ha
•		
• 23. Februar 1874	Süder- und Norder-St. Jürgen	36
• 27. Juni 1875	Fischerhof	3
• 27. Juli 1875	Duburg	10,5
• 27. Juli 1875	Hohlwege	5,5
• 1. Dezember 1900	Jürgensgaard	205
• 1. April 1909	Klues	19

• 1. April 1910	Twedt, Twedterholz/Fruerlund und Engelsby	1458
• 1916	Teil des Kluesrieser Forstes (incl. Wasserfläche)	146,5
• 26. April 1970	Adelbylund	132
• 10. Februar 1971	Ausgemeindung des Strandes von Wassersleben	-147,5
• März 1974	Sünderup und Tarup	?

Einwohnerentwicklung

Mit Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert setzte in Flensburg ein starkes Bevölkerungswachstum ein. Lebten in der Stadt 1835 etwa 12.000 Menschen, so waren es 1900 bereits rund 50.000. Im Jahre 1945 überschritt die Einwohnerzahl der Stadt Flensburg die Grenze von 100.000, wodurch sie zur Großstadt wurde. 1949 erreichte die Bevölkerungszahl der Stadt mit 108.585 (mit Flüchtlingen) ihren historischen Höchststand. 1952 sank die Zahl wieder unter die Grenze von 100.000 und ist seitdem weiter gefallen. Am 31. Dezember 2005 betrug die „Amtliche Einwohnerzahl“ nach Fortschreibung des Statistischen Landesamtes Hamburg und Schleswig-Holstein 86.080 Einwohner. Der Großraum Flensburg, bestehend aus der Stadt und den sie umgebenden Ortschaften, zählt rund 131.000 Einwohner.

Politik

Politische Gremien

An der Spitze der Stadt Flensburg stand seit Jahrhunderten der Rat, mit zwei Bürgermeistern, je einer für die Nordstadt (Sankt Marien) und einer für die Südstadt (Sankt Nikolai und Sankt Johannis). Die Mitglieder des Rates und die Bürgermeister wurden vom Rat selbst bestimmt. Schieden Ratsmitglieder aus, wurden von den verbliebenen Ratsherren Nachfolger bestimmt, wobei jede der beiden Stadthälften gleich viele Mitglieder im Rat hatte. Die Ratsherren trugen meist den Titel „Senator“.

Der Rat bestand in Flensburg bis 1742, dann wurde der „Bürgermeister des Nordens“ zum „Dirigierenden Bürgermeister“ vom Landesherrn, also dem König von Dänemark ernannt. Aus diesem „Dirigierenden Bürgermeister“ wurde später der „Erste Bürgermeister“. Der „Zweite Bürgermeister“ trug lediglich den Titel „Bürgermeister“. Nach dem Übergang der Stadt an Preußen wurden ab 1870 die Bürgermeister von den Bürgern der Stadt gewählt, wobei der Erste Bürgermeister meist den Titel „Oberbürgermeister“ erhielt. Während der Zeit des Nationalsozialismus erfolgte die Ernennung des Stadtoberhauptes direkt durch die NSDAP.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde nach britischem Vorbild eine zweiteilige Verwaltungsspitze eingeführt. An der Spitze der Stadt stand zunächst als Vorsitzender des Rates und des Magistrats der vom Rat gewählte Oberbürgermeister. Daneben gab es als Leiter der Verwaltung einen „Oberstadtdirektor“. 1950 trat die neue schleswig-holsteinische Gemeindeordnung in Kraft. Danach wurde der Titel „Oberbürgermeister“ (wieder) auf den Leiter der Verwaltung übertragen. Er wurde zunächst weiterhin vom Rat gewählt. Der Vorsitzende des Rates trägt seither den Titel „Stadtpräsident“. Dieser wird ebenfalls nach jeder Kommunalwahl vom Rat gewählt. Seit 1999 wird der Oberbürgermeister jedoch wieder von der Bevölkerung direkt gewählt.

Oberbürgermeister

Der erste direkt gewählte Oberbürgermeister Hermann Stell verstarb am 4. Mai 2004 in Hamburg während eines Handballspiels an den Folgen eines Schlaganfalls. Zu seinem Nachfolger wurde mit 59 % der Stimmen am 14. November 2004 der parteilose, von der CDU vorgeschlagene Klaus Tscheuschner gewählt. Dieser führt eine Sparpolitik, Infrastrukturpolitik mit dem Abschluss der Osttangente und Entbürokratisierungspolitik durch. Stadtpräsident ist seit der Kommunalwahl 2008 Dr. Christian Dewanger (WiF).

Stadtrat

Im Flensburger Rat sitzen heute Fraktionen der W.i.F. (Wir in Flensburg Wählergemeinschaft), des SSW, der CDU, der SPD, der Linken, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, die durch

Abspaltung von der Wi.F. entstandene AKOPOL-Fraktion („Arbeitskreis Kommunalpolitik in Flensburg“) sowie ein fraktionsloser Ratsherr.

Knapp ein Jahr nach der Kommunalwahl kam es zu einem Zerwürfnis in der Wählergemeinschaft WiF. Der Ratsherr Hans Andersen trat aus der WiF aus und ist seitdem als fraktionsloser Ratsherr in der Ratsversammlung vertreten. Die WiF war in Folge der Trennung von Hans Andersen nicht mehr allein stärkste Fraktion im Flensburger Rathaus; CDU, SSW und WiF hatten jeweils 9 Mandate. Zwei Jahre nach der Kommunalwahl traten zwei weitere Ratsmitglieder aus der WiF-Fraktion aus und gründeten die AKOPOL-Fraktion. Alle drei Ratsmitglieder, die die WiF-Fraktion verlor, hatten das Mandat über die Wahlliste erlangt.

Rathaus

Ehemals befand sich das Rathaus in der Nähe des jetzigen Stadttheaters in der Rathausstraße. Später wurde das ehemalige Ständehaus am Holm als Rathaus genutzt. Beide Häuser stehen heute nicht mehr, letzteres wich in den 1960er Jahren einem größeren Kaufhausbau.

Wappen

Blasonierung: „In Gold über blauem Wellenschildfuß ein sechseckiger roter Turm mit blauem Spitzdach, aus dem übereinander zwei herschauende, rot gezungte blaue Löwen hervorbrechen; oben ein roter Schild mit silbernem Nesselblatt.“[3]

Die beiden Schleswigschen Löwen symbolisieren Schleswig. Das Nesselblatt steht für Holstein und wurde erstmals während der Pfandherrschaft der Schauenburger Grafen über Schleswig im 15. Jahrhundert eingeführt, doch erst in der Kaiserzeit wieder als fester Bestandteil des Wappens übernommen. Der Turm weist auf die alten Stadtrechte Flensburgs und auf die frühere Burg hin, die der Stadt ihren Namen gab. Die Wellen deuten auf die Lage der Stadt an der Flensburger Förde hin.

Das Wappen wurde durch König Wilhelm II. von Preußen im Jahre 1901 verliehen und in einer überarbeiteten Form am 19. Januar 1937 durch den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein neu genehmigt.

Flagge

Blasonierung: „Auf blauem Flaggentuch das Stadtwappen, etwas zur Stange hin verschoben.“[3]

Städtepartnerschaften

Flensburg unterhält Städtepartnerschaften mit Carlisle in England (Vereinigtes Königreich) (seit 1961), mit Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern (seit 1987) und mit Słupsk, dt. Stolp, in Polen (seit 1988).

Wirtschaft und Infrastruktur

Wirtschaft

Die Wirtschaft profitiert sehr vom Grenzhandel, Waren- und Dienstleistungsexport, der mit ihrem dänischen Nachbarn besteht. Dies führt zu stabilen Ergebnissen in diesem Bereich, so dass sich die Stadt auch 2006 den Titel „Exportmeister Schleswig-Holsteins“ sichern konnte. Das Technologiezentrum in Flensburg-Rude trägt seinen Teil dazu bei, indem es studierten Jungunternehmern Räumlichkeiten und Labors zur Entwicklung von Innovationen bereitstellt. Der Betreiber, die Wireg GmbH, übernimmt sämtliche Buchhaltungs- und Verwaltungsaufgaben der Jungfirmen. Bei Erfolg verlassen solche Unternehmen das Technologiezentrum und lassen sich in der Nähe nieder.

Verkehr

Vom südlich der Altstadt liegenden Hauptbahnhof bestehen Eurocity-Verbindungen nach Prag und Århus (Dänemark) sowie Intercity-Verbindungen nach Düsseldorf und Hamburg. Eine ICE-Verbindung führt von Århus über Flensburg nach Hamburg.

Regionalzüge fahren nach Kiel, Neumünster und Padborg. Ein RegionalExpress mit der Bezeichnung Schleswig-Holstein Express fährt nach Hamburg Hauptbahnhof. Ein weiterer Bahnhof befindet sich in Flensburg-Weiche. Als Ersatz für die früheren Bahnstrecken nach Niebüll und nach Husum und die früheren Strecken der Flensburger Kreisbahn nach Kappeln und Satrup fahren Schnellbusse.

Der Nahverkehr wird nach Stilllegung der letzten Linie der ehemaligen „Städtischen Straßenbahn Flensburg“ (elektrisch ab 1907, zuvor seit 1881 private Pferdebahn) am 2. Juni 1973 mit Bussen der Gesellschaften Aktiv Bus GmbH (früher Stadtwerke Flensburg), der AFAG und anderer Verkehrsgesellschaften wie der Autokraft realisiert. Sie sind in der Verkehrsgemeinschaft Flensburg zusammengeschlossen.

Eine Fähre verbindet Flensburg über die Förde mit dem dänischen Kollund. Die Fördeschiffahrt hat jedoch stark an Bedeutung verloren, da die früher durchgeführten Butterfahrten mit ihren preisgünstigen Einkaufsmöglichkeiten an Bord der Schiffe aufgrund von EU-Beschlüssen entfallen sind. Eine weitere regelmäßige Schiffsverbindung besteht in den Sommermonaten nach Glücksburg.

Im Westen von Flensburg befindet sich die Bundesautobahn 7, die in Dänemark als Europastraße 45 weitergeführt wird. Ferner führen die Bundesstraßen 199 und 200 durch das Stadtgebiet. An die Abfahrt Flensburg-Ost der B 200 schließt die nach langer und zeitweise heftig umstrittener Planung 2006 eingeweihte Osttangente an, die bei Engelsby in die Nordstraße (B 199) übergeht.

Im Westen der Stadt liegt der Flugplatz Flensburg-Schäferhaus.

Ansässige Unternehmen

- A.H. Johannsen (Flensburgs letztes und ältestes Rumhaus)
- Beate Uhse (Erotikversand)
- Flensburger Brauerei (Flensburger Bier)
- Flensburger Schiffbau-Gesellschaft (Werft)
- Orion (Erotikversand)
- Versatel (Telekommunikation)
- Lufthansa Systems (IT-Dienstleistung)
- Krones AG, Werk Flensburg (Maschinenbau für die Getränkeindustrie)
- Robbe & Berking (Silbermanufaktur von 1874)
- Mitsubishi HiTec Paper Flensburg GmbH (seit 1996 wird am gleichem Standort produziert, heute besonders Thermopapier)
- Stadtwerke Flensburg GmbH, Energieversorger für Strom und Fernwärme
- Nord-Ostsee Sparkasse, Regionales Kreditinstitut (Vormals Flensburger Sparkasse)
- Queisser Pharma

Medien

In Flensburg erscheinen mit dem Flensburger Tageblatt und der Flensborg Avis zwei Tageszeitungen. Die Flensborg Avis erscheint zweisprachig, in deutscher und dänischer Sprache. Daneben gibt es Anzeigenblätter wie MoinMoin und Wochenschau.

Der Norddeutsche Rundfunk betreibt in der Nähe des Deutschen Hauses ein Studio für Hörfunk und Fernsehen. Mit dem Offenen Kanal Flensburg gibt es in der Stadt auch ein Bürgerfernsehen.

Von 1990 bis 1996 sendete Förde Fetz Radio jeden Freitag Abend ein Programm mit Rockmusik und Szeneberichten aus Flensburg. Ausgestrahlt wurde es über ein Lokalradio im dänischen Gravenstein. Über dieselbe Station sendete von 1993 bis 1996 Radio Flensburg etwa drei Stunden am Tag. Ziel war, ein Stadtradio zu etablieren. Das Projekt musste jedoch

aufgrund finanzieller Probleme des dänischen Senders wieder eingestellt werden. Seit dem 1. Oktober 2006 sendet Radio Flensburg als Internetradio.

Sendemasten

Auf dem Fuchsberg in Flensburg-Engelsby betreibt der NDR eine Sendeanlage für UKW, TV und Mittelwelle. Als Antennenträger kommt ein 215 Meter hoher abgespannter, geerdeter Stahlfachwerkmast zum Einsatz, an dem eine Reusenantenne für Mittelwelle montiert ist. Dieser Sender ist Nachfolger des Senders Flensburg, über den am 8. Mai 1945 die Meldung von der deutschen Kapitulation verbreitet wurde. Von diesem Sender werden die Programme des Norddeutschen Rundfunks und von Danmarks Radio ausgestrahlt.

Öffentliche Einrichtungen

Weithin bekannt ist das Verkehrszentralregister, die sogenannte Flensburger Verkehrsünderdatei, die vom Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg geführt wird. Des Weiteren haben folgende Einrichtungen und Körperschaften des öffentlichen Rechts ihren Sitz in Flensburg:

- IHK Flensburg
- Handwerkskammer Flensburg
- Landgericht Flensburg
- Amtsgericht Flensburg
- Arbeitsgericht Flensburg

Bildung

- Universität Flensburg mit rund 4.000 Studenten; gegründet 1946 als Pädagogische Hochschule, wurde sie 1994 zur Universität erhoben. Im Gegensatz zur Universität Kiel handelt es sich bei der Flensburger Universität aber nicht um eine Volluniversität - Theologie, Medizin, Jura etc. können hier nicht studiert werden. Die Hochschule besitzt allerdings das Promotionsrecht.
- Fachhochschule Flensburg mit mehr als 3.500 Studenten; 1886 entstand eine Königliche Seedampf-Maschinen-Schule, aus welcher sich eine Schiffingenieurschule entwickelte. Aus dieser wiederum ging die Fachhochschule für Technik hervor, die 1973 in die Fachhochschule Flensburg umgewandelt wurde, nachdem auch der Fachbereich Wirtschaft gegründet worden war.
- Die Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein mit ihrem Hauptsitz in Kiel unterhält einen Standort in Flensburg in den Pekohöfen. Hier wird neben vielen beruflichen Weiterbildungen auch die theoretische Ausbildung der Flensburger Studenten der Berufsakademie durchgeführt.
- Marineschule Mürwik hier wird der Offiziersnachwuchs der Deutschen Marine ausgebildet
- Volkshochschule Flensburg bietet wie in anderen Städten ein breites Spektrum an Kursen innerhalb der Erwachsenenbildung an.
- Voksenundervisning (zu deutsch Erwachsenenbildung) ist das Bildungsangebot der dänischen Volksgruppe. Die Voksenundervisning wird vom dänischen Schulverein für Südschleswig getragen.

Schulen in Flensburg

Daneben gibt es in Flensburg das komplette Angebot an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen wie die Beruflichen Schulen des Kreises Schleswig-Flensburg. Darunter befinden sich auch mehrere dänische Schulen.

Gymnasien

- Abendgymnasium Flensburg (Unterabteilung des Fördergymnasiums Flensburg)
- Altes Gymnasium, humanistisches Gymnasium, 1914 erbaut, das älteste Gymnasium Flensburgs, 1566 vom König Frederik II als Gymnasium trilingue (Latein, Griechisch,

Hebräisch) gegründet

- Auguste-Viktoria-Schule, benannt nach der letzten deutschen Kaiserin Auguste Viktoria
- Duborg Skolen, dänisches Gymnasium
- Fördegymnasium in Mürwik
- Goethe-Schule, Gymnasium in Jürgensby
- Kurt-Tucholsky-Schule, Gesamtschule
- Fridtjof-Nansen-Schule, Integrierte Gesamtschule (Ganztagsschule) in Mürwik

Gemeinschaftsschulen

- Jens Jessen-Skolen, Mürwik
- Gustav Johannsen-Skolen
- Cornelius Hansen-Skolen, Flensburg Nord
- Comenius-Schule, Flensburg Nord
- Kurt-Tucholsky-Schule, Engelsby

Realschulen

- Käte-Lassen-Schule Flensburg
- Gemeinschaftsschule Flensburg-West

Berufsbildende Schulen

- Handelslehranstalt (Flensburg) (Kaufmännische Berufsbildende Schule)
- Hannah-Arendt Schule (Flensburg) (Berufsbildende Schule mit dem Schwerpunkt Gesundheit und Soziales)
- Eckener-Schule (Flensburg) (Berufsfachschule Technik)

Private und andere Schulen

- UNESCO - Schule Flensburg-Weiche (Regionalschule)
- Ostsee Schule (vergleichbar mit Bodenseeschule)
- Waldorf-Schule Flensburg

Gesundheitswesen

Flensburg ist Sitz mehrerer Krankenhäuser wie des Diakonissenkrankenhauses Flensburg und des Malteser Krankenhauses Sankt Franziskus. Den dänischen Flensburgern steht der Dänische Gesundheitsdienst für Südschleswig zur Verfügung.

Kultur und Sehenswürdigkeiten

Theater

- Schleswig-Holsteinisches Landestheater und Sinfonieorchester (im Stadttheater)

- Niederdeutsche Bühne der Stadt Flensburg
- Det lille Teater, dänisches Theater
- Theaterwerkstatt Pilkentafel
- Orpheus-Theater

Archive und Bibliotheken

Flensburg ist Sitz mehrerer Bibliotheken und Archive.

- Stadtarchiv, sehr umfangreiche Sammlungen, im Rathaus
- Dänische Zentralbibliothek für Südschleswig mit Archiv der dänischen Volksgruppe und schleswigscher Buchsammlung
- Stadtbibliothek Flensburg
- Landeszentralbibliothek und Zentrale Hochschulbibliothek

Museen

- Museumsberg - Museum für schleswigsche Kunst- und Kulturgeschichte
- Schifffahrtsmuseum - Museum für Schifffahrt und Schiffbau
- Rummuseum - Geschichte der Rumstadt Flensburg (im Schifffahrtsmuseum)
- Naturwissenschaftliches Museum - Tier- und Pflanzenwelt des nördlichen Schleswig-Holsteins
- Museumshafen Flensburg - 1979 gegründeter Verein zur Wiederherstellung und Infahrthaltung traditioneller Segelschiffe und anderer historischer Wasserfahrzeuge
- Museumswerft Flensburg - Segelschiffbau wie im letzten Jahrhundert und „Werft für Kinder“
- Salondampfer Alexandra - Verein zur Infahrthaltung und Betrieb des letzten seegehenden deutschen Salondampfers von 1908
- Klassische Yachten Flensburg (KYF) - 2006 gegründeter Verein zur Präsentation klassischer Yachten als schwimmende und in Fahrt befindliche Anschauungsobjekte für die Öffentlichkeit
- Fischereimuseum - Initiative des Fischereivereins am alten Fischereihafen
- Phänomenta - Natur und Technik erleben und begreifen
- Gerichtshistorische Sammlung - im Landgericht Flensburg
- Bergmühle - Verein zur Erhaltung der historischen Windmühle von 1792
- Johannesburger Heimatstube - Dokumente, Bilder und Schriften aus Ostpreußen
- Wehrgeschichtliche Ausbildungszentrum der Marineschule Mürwik

Bauwerke

Flensburg verfügt über eine gut erhaltene Altstadt mit zahlreichen Sehenswürdigkeiten früherer Jahrhunderte. Charakteristisch ist die Lage parallel zum Wasser. Drei der vier Altstadtkerne erstrecken sich entlang dieser Nord-Süd-Achse an der Förde. Der Bauboom der Kaiserzeit führte zwar zu einer teilweisen Verbauung der Altstadt, aber ohne deren Struktur zu zerstören, und führte bemerkenswerte Stadterweiterungen mit sich. Im Zweiten Weltkrieg fast unzerstört geblieben, setzte sich in Flensburg wie andernorts nach dem Zweiten Weltkrieg eine Baupolitik durch, die sich von den altstädtischen Strukturen lösen und die Innenstadt im Stil der Zeit neu gestalten und mit überdimensionierten Verkehrsbauten überziehen wollte. Dies konnte zwar wegen Geldmangels verhindert werden, doch führte die Planungsunsicherheit zum Verfall insbesondere der nördlichen und der östlichen Altstadt. Zahlreiche Altbauten verschwanden und wurden durch unangepasste Neubauten ersetzt. Dieser Trend wurde erst gegen Ende der 1970er Jahre gestoppt. Trotz erheblicher Verluste bietet Flensburg immer noch das Bild einer weitgehend geschlossen erhaltenen Altstadt im Tal, an die sich die Erweiterungen der Gründerzeit auf den Anhöhen gut anfügen.

- Johanniskirche, älteste Kirche der Stadt, 12. Jahrhundert
- Marienkirche, hochgotisch, barock umgestaltet, Turm von 1885, wertvolle Ausstattung
- Nikolaikirche, gotische Hauptkirche, berühmter Orgelprospekt von Hinrich Ringerink
- Heiliggeistkirche, ehemals Kapelle des Hospitals zum Heiligen Geist
- Franziskanerkloster, Reste von 1263
- Nordertor, Wahrzeichen der Stadt
- Kompagnietor, erbaut 1602, Schifferkompagnie und Hafentor
- Alt-Flensburger Haus, Elternhaus der Brüder Eckener, Norderstraße 8
- Flensborghus, ein ehemaliges Waisenhaus, heute dänisches Kulturzentrum, Norderstraße 76
- Zahlreiche Kaufmannshöfe, vom alten Hauptstraßenzug Holm-Große Straße-Norderstraße abgehend, die größte architektonische Besonderheit der Stadt
- Südermarkt mit dem ältesten Haus der Stadt
- Nordermarkt mit dem Schragen und Neptunbrunnen
- Rote Straße mit Handwerkerhöfen
- Jürgenstraße mit dem Gängeviertel, frühere Vorstadt
- Oluf-Samson-Gang, Gasse mit kleinen Fachwerkhäusern, das historische „Rotlichtviertel“ Flensburgs
- Speicherlinie
- Schiffbrücke
- geringe Reste der Stadtmauern, an der Nikolaikirche und am Franziskanerkloster
- Bergmühle und Johannismühle
- Deutsches Haus, Versamlungs- und Veranstaltungshalle im Zentrum
- Hauptbahnhof, 1929 fertig gestellt
- Rathaus, siebzehnstöckiger Kubus von 1964, 1997 totalrenoviert
- Westindienspeicher
- Zuckerspeicher

Verlorene Bauten

- Gertrudenkirche, Kirche der Ramsharde, nach Reformation eingegangen, Friedhof bis 1822 erhalten
- Jürgen-Hospital, nach Reformation aufgegeben, heute steht dort die neue St. Jürgen-Kirche
- Duburg, Stadtburg aus dem 15. Jahrhundert
- Altes Rathaus, 15. Jahrhundert, Rathausstraße, 1883 abgerissen
- Ständehaus, Rathaus und Appellationsgericht, 1850–64 politisches Zentrum des Herzogtums Schleswig, 1964 einem Kaufhausneubau gewichen
- Speicher Johannisstraße 78, 1945 durch Bombe zerstört
- Tore und Stadtbefestigungen wie das Rote Tor oder das Friesische Tor
- Idstedt-Löwe, Denkmal auf dem Alten Friedhof, 1862 enthüllt, 1866 nach Berlin abtransportiert, seit 1945 in Kopenhagen, in Berlin-Heckeshorn steht ein Kopie von 1869 (siehe Flensburger Löwe).
- Bismarck-Brunnen, Südermarkt (1906)
- Indigohof, Angelburger Straße heute C&A, abgebrochen in den 1970er Jahren

- Kattsund, Bebauung östlich und südlich der Nikolaikirche, abgebrochen um 1905
- Englischer Bahnhof und Preußischer Staatsbahnhof, heute: ZOB
- Flensburger Hafensbahn

Sonstige Sehenswürdigkeiten

- Flensburger Förde
- Alter Friedhof, Parkanlage mit bemerkenswerten Grabdenkmälern des 19. Jahrhunderts
- Christiansenspark, Überrest eines großen Landschaftsparks
- Volkspark im Osten der Stadt
- Marienhölzung (dänisch: Frueskov) im Westen der Stadt
- Klueser Wald mit Verlauf nach Wassersleben
- Hafenspitze
- Rummelgang, Grüne Oase mit Fördeblick

Regelmäßige Veranstaltungen

- März : Flensburg unplugged (jährlich)
- April/Mai: Folk Baltica (jährlich)
- Mai/Juni: Rumregatta (jährlich)
- Mai/Juni: Dänisches Jahrestreffen (Årsmøde) (jährlich)
- Juni: Rote-Straße-Fest (jährlich)
- Juli: Dampf-Rundum (alle zwei Jahre)
- Juli/August: Flensburger Hofkultur (jährliches Sommerkulturprogramm)
- August: Flensburg Nautics (seit 2004 alle zwei Jahre)
- August: Drachenbootcup Flensburg (jährlich)
- Oktober: Flensburger Kurzfilmtage (jährlich)
- Oktober: Apfelfahrt des Museumshafen (jährlich)
- Dezember: Weihnachtsmarkt (jährlich)
- Duburg-Flohmarkt

Religion

Evangelisch-Lutherische Kirchen

Flensburgs Evangelisch-Lutherische Gemeinden sind Teil der Nordelbischen Landeskirche oder der Dänischen Kirche in Südschleswig. Zudem besteht eine kleine Gemeinde der altkonfessionellen Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche.

Die Stadt und das Umland war traditionell Teil des bereits im Jahr 948 gegründeten Bistum Schleswig. 1526 wurde mit der ersten lutherischen Predigt in Sankt Nikolai die Reformation eingeführt. 1540 entstand in den Herzogtümern schließlich die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schleswig-Holstein, die sich im Jahre 1977 mit den Landeskirchen in Lübeck und Hamburg zur Nordelbischen Kirche vereinigte. Die Gemeinden des Kirchenkreis FLensburg fusionierte mit dem Kirchenkreisen Angeln und Schleswig zum 01.05.2009 in den neuen

Kirchenkreis Schleswig-Flensburg[4]und gehören zum Sprengel Schleswig und Holstein. Zum Kirchenkreis Flensburg gehören jetzt 24 Kirchengemeinden aus der Stadt und dem Kreis Schleswig Flensburg. Flensburg ist zugleich Sitz des Kirchenkreises SL-FL.[5]

Ev. Luth. Kirchengemeinden in Flensburg

- Adelby
- Engelsby
- Fruelund
- Mürwik
- Paulus
- St. Gertrud
- St. Johannis
- St. Johannis
- St. Marien
- St. Michael
- St. Nikolai
- St. Petri
- Weiche

Parallel zur deutschen Landeskirche entstand 1920 die Dänische Kirche in Südschleswig, die die kirchliche Arbeit innerhalb der dänischen Minderheit bündelte. Deren Hauptkirche ist die Heiliggeistkirche in der Altstadt. Die übrigen Kirchen der Altstadt (Sankt Nikolai, Sankt Marien und Sankt Johannes) gehören der Nordelbischen Kirche an.

Römisch-Katholische Kirche

Im 19. Jahrhundert siedelten wieder Katholiken in der Stadt. Im Jahre 1899 wurde die katholische Pfarrkirche St. Marien erbaut. Nachdem das Bistum Schleswig bereits seit der Reformation nicht mehr existierte, gehörten die katholischen Gemeinden Flensburgs zum Apostolischen Vikariat der Nordischen Missionen. 1930 wurde das Gebiet Schleswig-Holsteins auf Grund des Preußischen Konkordates von 1929 dem Bistum Osnabrück eingegliedert. Aus den nördlichen Gebieten dieses Bistums entstand 1993 das neue Erzbistum Hamburg. Innerhalb des Erzbistums Hamburg gehören zum Dekanat Flensburg die 5 Pfarrgemeinden [6]

- St. Marien Schmerzhaftes Mutter (Flensburg)
- St. Ansgaard (Flensburg)
- St. Martin (Tarp)
- St. Anna (Harrislee)
- St. Laurentius (Glücksburg)

Evangelische Freikirchen

Neben den genannten Kirchen bestehen in Flensburg auch Gemeinden evangelischer Freikirchen. Diese sind:

- Baptisten, Mitglied im Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden
- Methodisten, Mitglied der Evangelisch-methodistische Kirche
- Siebenten-Tags-Adventisten

- Die Freie Christengemeinde Flensburg, Mitglied im Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP)
- Arche - Evangelische Freikirche in Flensburg-Weiche, Mitglied im Mülheimer Verband

Sonstige Kirchen

- Neuapostolische Kirche, seit 1899 und zur Zeit mit zwei Gemeinden im Stadtgebiet vertreten
- Die Christengemeinschaft
- Urchristliche Gemeinde

Weitere Religionen

Seit einigen Jahren besteht wieder auch eine kleine jüdische Gemeinde in der Stadt. Die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage ist mit einer Gemeinde in der Stadt vertreten. Die Zeugen Jehovas sind mit zwei Gemeinden vertreten. In Flensburg gibt es eine islamische Gemeinde, die über eine eigene Moschee verfügt.

Sport

Bekannteste Sportmannschaft der Stadt ist der deutsche Meister der Handball-Bundesliga der Herren von 2004 und mehrfache deutsche und europäische Pokalsieger, die SG Flensburg-Handewitt, die 1990 vom TSB Flensburg und dem Handewitter SV gegründet wurde.

Größter Sportverein ist der Turn- und Sport-Bund (TSB), der 1973 aus der Vereinigung des Flensburger Turnerbundes und des ATSV Vorwärts Flensburg hervorgegangen ist.

Der größte dänische Sportverein der Stadt ist Dansk Gymnastik Forening Flensburg (DGF).

Weitere Sportvereine sind:

- Flensburg 08 (vor allem Fußball)
- ETSV Weiche
- Polizei SV Flensburg
- LK-Weiche
- DJK Flensburg
- Sportverein Adelby
- RRC Flying Saucers
- VfB Nordmark
- IF Stjernen
- Roter Stern Flensburg
- Dance Connection Flensburg e.V.
- Tokai Sports (Aikido, Iaido, Capoeira)
- TC Mürwik (Tennis)
- Flensburg Yacht Klub, Bootshaus und Steganlagen in Mürwik-Fahrensodde
- Flensburger Schachklub von 1876
- Flensburger Segel-Club (FSC), Bootshaus und Steganlagen in Glücksburg
- Segler Vereinigung Flensburg (SVF), Bootshaus und Steganlagen in Mürwik-Fahrensodde

- Flensburger Reitclub Engelsby/Twedt e. V.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl kleinerer Vereine, die sich auf einzelne Sportarten spezialisiert haben. Dazu zählte auch Dansk Bokseklub (DBK) Sparta, der in den 1980/90er Jahren lange Zeit in der Bundesliga kämpfte.

So gehörte der Tischtennisverein TTC Ramsharde 1972 zu den Gründungsmitgliedern der zweiteiligen Damen-Bundesliga. 1974 wurde diese Mannschaft deutscher Pokalsieger in der Besetzung Kirsten Krüger, Monika Kneip und Magrit Trupkovic. Im gleichen Jahr wechselte die gesamte Mannschaft zum Verein TSV Nord Harrislee; danach verlor der Verein an Bedeutung.[7] [8] Ferner werden einige Randsportarten in Flensburg betrieben, so z. B.: Radball, Stockschießen, Baseball, American Football, Eishockey oder Rhönradfahren.

Sprachen

In Flensburg werden verschiedene Sprachen und Dialekte gesprochen. Neben hochsprachlichem Deutsch (Standarddeutsch) sind dies der heimische niederdeutsche Dialekt des Niedersächsischen (Plattdeutsch), Dänisch und Sønderjysk (Plattdänisch). Nur wenige der aus Nordfriesland zugewanderten Friesen sprechen heute noch ihr Nordfriesisch. Die weit verbreitete Begrüßungsanrede Moin Moin wird der friesischen Sprache zugerechnet.

Eine Besonderheit ist das Flensburger Petuh (auch Petu). Petuh verbindet Elemente von hochsprachlichem Deutsch, Niederdeutsch und Dänisch. Diese Mundart wird nur noch von wenigen Flensburgern gesprochen.

Persönlichkeiten

Ehrenbürger

Die Stadt Flensburg hat folgenden Personen das Ehrenbürgerrecht verliehen (chronologisch nach Zeitpunkt der Verleihung):

- 1851: Friedrich Ferdinand Tillisch, Minister für das Herzogtum Schleswig
- 1857: Christian Rönnekamp, Kaufmann und Reeder
- 1867: Edwin von Manteuffel, Gouverneur des preußischen Königs
- 1872: Karl von Wrangel, General, der "Trommler von Kolding", Denkmal von Adolf Brütt (1903)[9]
- 1895: Otto Fürst von Bismarck, Reichskanzler
- 1911: Friedrich Wilhelm Selck, Kommerzienrat
- 1917: Heinrich Schuldt, Stadtrat
- 1924: Dr. Hugo Eckener, Luftfahrtpionier
- 1930: Dr. Hermann Bendix Todsén, Oberbürgermeister
- 1937: Friedrich Andersen, Theologe und nationalsozialistischer Kommunalpolitiker
- 1999: Beate Uhse, Pilotin und Unternehmerin

Söhne und Töchter der Stadt

- Lütke Namens (1497–1574), der letzte Flensburger Franziskanermönch und Kritiker der Reformation
- Johan Lorentz (um 1610–1689), dänischer Komponist
- Johan Niclas Cahman (um 1675–1737), schwedischer Orgelbauer
- Hans Matthison-Hansen (1807–1890), dänischer Komponist und Organist
- Georg Waitz (1813–1886), Historiker

- Emil von Wolff (1818–1896), Agrikulturchemiker
- Andreas Heinrich Voigt (1860–1940), Wirtschaftswissenschaftler
- Hans Christiansen (1866–1945), Kunsthandwerker und Jugendstil-Begründer
- Elvira Madigan (1867–1889), dänische Zirkusartistin und tragisch Liebende
- Hugo Eckener (1868–1954), Pionier der deutschen Zeppelin-Luftfahrt
- Berta Katharina (Käte) Lassen (1880–1956), Malerin
- Emmy Hennings (1885–1948), Schriftstellerin und Dadaistin
- Hans Asmussen (1898–1968), Theologe und Mitglied der Bekennenden Kirche, Mitbegründer der EKD
- Wilhelm Nicolaisen (1901–1973), Agrarwissenschaftler
- Erna Raupach-Petersen (1904–1997), Volksschauspielerin (Ohnsorg-Theater)
- Gerty Molzen (1906–1990), Schauspielerin und Kabarettistin
- Walter Suck (1912–1983), Gewerkschafter und Politiker
- Jens Exler (1914–1987), Autor (niederdeutscher Lustspiele und Amateurtheater-Schauspieler)
- Herbert Nonnens (1914–1993), Politiker (SPD)
- Rolf Boysen (* 1920), Schauspieler
- Renate Delfs (* 1925), Schauspielerin
- Hans Hansen (1926–2007), Präsident und Ehrenpräsident des Deutschen Sportbundes
- Ulrich Beier (1928–1981), Bildhauer
- Dieter Thomas Heck (* 1937), Fernsehmoderator und Sänger
- Gerhard Beier, Dr. phil. habil. (1937-2000), Historiker, Schriftsteller, Gründungsmitglied der LIT Frankfurt
- Uwe Kliche (* 1938), Gewichtheber
- Manfred Jurgensen (* 1940), Germanist und Schriftsteller
- Kay Nehm (* 1941), Jurist und Generalbundesanwalt a. D.
- Jutta Lampe (* 1943), Schauspielerin
- Margrit Schlankardt (* 1943), Politikerin
- Günther Brassel (* 1945), Zahnmediziner und Admiralarzt der Bundeswehr
- Gyde Köster (* 1945), Politikerin (SPD)
- Marion Maerz (* 1946), Schlagersängerin
- Dieter Köster (* 1947), Film- und Fernsehregisseur, Autor, Kameramann, Cutter
- Bärbel Höhn (* 1952), Politikerin
- Norbert Loh (* 1952), Journalist und Buchautor
- Jan Schindelmeiser (* 1963), Fußballmanager
- Mark Eins (* 1956), Musiker, Schauspieler und Maler
- Frank-Peter Hansen (* 1956), Schriftsteller
- Peter Thomsen (* 1961), Vielseitigkeitsreiter
- Heiko Nickel (* 1962), Fußballprofi
- Peter Lund (* 1965), Theaterautor und -regisseur
- Anne Nissen (* 1966), bildende Künstlerin

- Jörg Asmussen (* 1966), Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
- Pierre Ibisch (* 1967), Biologe und Hochschullehrer
- Alexander Rossa (* 1967), Buchautor
- Dorothea Röschmann (* 1967), Opernsängerin
- Jan Holpert (* 1968), Handballtorwart
- Wolfgang Schwenke (* 1968), Handballspieler
- Sünje Lewejohann (* 1972), Schriftstellerin
- Jan Christophersen (* 1974), Schriftsteller
- Annette Maye (* 1974), Musikerin
- Boris Benecke (* 1976), Koch
- Sascha Görres (* 1980), Fußballspieler in den United Soccer Leagues
- Heiko Petersen (* 1980), Fußballspieler
- Kim Frank (* 1982), Schauspieler und Sänger
- Ole Lagerpusch (* 1982), Theaterschauspieler
- Gunnar Astrup (* 1982), Musiker
- Daniel Budiman (* 1983), Moderator

Persönlichkeiten, die in Flensburg gewirkt haben

- Theodor Mommsen (1817–1903), erster Nobelpreisträger für Literatur (1902)
- Emil Nolde (1867-1956), Maler und Bildhauer
- Erwin Lingk (1920–1979), Politiker (SPD)
- Matthias Janz (* 1947), Leiter des Flensburger Bachchors
- Werner Heyde alias Fritz Sawade, Obergutachter der Euthanasie-Aktion-T4
- Rötger Feldmann (* 1950) alias Brösel, deutscher Comiczeichner (Werner)
- Gert Postel (* 1958), Hochstapler „Dr. Dr. Bartholdy“
- Kim Schmidt (* 1965), Comiczeichner
- Ansgar Hüning (* 1966), Sänger (Bariton)
- Dieter Pust (* 1938), Autor und Stadthistoriker
- Nasrin Siege (* 1950), Kinderbuchautorin, aufgewachsen in Flensburg und Hamburg

Literatur

- Flensburg – Geschichte einer Grenzstadt, Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte (Hrsg.), Flensburg 1966.
- Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte Band I Nordostdeutschland – Im Auftrag der Konferenz der landesgeschichtlichen Kommissionen Deutschlands mit der Unterstützung des Deutschen Gemeindetages, hrsg. von Erich Keyser, Stuttgart 1939.
- Gert Uwe Detlefsen: Flensburg in alten Ansichten. Zaltbommel 1984, ISBN 90-288-2718-8
- Dieter Pust: Flensburg – eine Stadt vor 100 Jahren. Weiland, Lübeck 1999, ISBN 3-87890-088-0
- Uwe Carstens: Strohsack und Kekssuppe. Flüchtlinge und Vertriebene in Flensburg, in: „Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg“, hrsg.

Einzelnachweise

[6]

1. ↑ Statistikamt Nord: Bevölkerung der Gemeinden in Schleswig-Holstein am 31. Dezember 2008 (PDF-Datei; 539 kB) (Hilfe dazu)
2. ↑ Flensburgs Anfänge(abgerufen am 3.9.2010)
3. ↑ a b Kommunale Wappenrolle Schleswig-Holstein
4. ↑ http://xxx
5. ↑ Kirchen in Flensburg (abgerufen am 10.9.2010)
6. ↑ a b Kath. Pfarramt, St. Marien - Schmerzhaftes Mutter, abgerufen am 7. September 2010
7. ↑ Zeitschrift DTS, 1978/11 S.14
8. ↑ 75 Jahre Deutscher Tischtennis-Bund – Ein Spiel fürs Leben, ISBN 3-00-005890-7, S.152
9. ↑ http://www.xxx

xxx – Entsprechend unserer Statuten werden uns unbekannte Webadressen nicht veröffentlicht. Für eine weiterführende Recherche gehen Sie bitte auf die entsprechende Wikipediaseite. Mehr Informationen lesen Sie auf unserer Impressumseite. Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

Rügen

Rügen ist die größte deutsche Insel. Sie liegt vor der pommerschen Ostseeküste und gehört zu Mecklenburg-Vorpommern. Das „Tor“ zur Insel Rügen ist die Hansestadt Stralsund. Die Insel, durch Rügendamm und Rügenbrücke über den zwei Kilometer breiten Strelasund mit dem Festland verbunden, hat eine maximale Länge von 52 km (von Süd nach Nord), eine maximale Breite von 41 km im Süden und eine Fläche von 926 km². Die Küste ist durch zahlreiche Meeresbuchten (Bodden oder Wicken) sowie vorspringende Halbinseln und Landzungen stark zergliedert.

Die Insel Rügen bildet zusammen mit der Insel Hiddensee und einigen kleineren Inseln den Landkreis Rügen mit der Kreisstadt Bergen auf Rügen. Weitere Städte sind Sassnitz, Putbus und Garz/Rügen. Hinzu kommen die Ostseebäder Binz, Sellin, Göhren, Baabe und Thiessow. Rügen wird wegen seiner vielfältigen Landschaft und der langen, feinsandigen Badestrände von vielen Urlaubern besucht.

Geologie

Rügen gehörte zusammen mit der dänischen Insel Møn auf der Rügen gegenüberliegenden Seite der Ostsee einst zu einem größeren Plateau aus Kreidekalk, das durch tektonische Bewegungen an die Erdoberfläche gedrückt worden war. Der weitaus größte Teil dieser Landmasse ist durch Erosion und Verwerfungen wieder verschwunden, übrig blieben die beiden

Inseln mit ihren charakteristischen Kreidefelsen.

Geografie

Der Nordteil des Greifswalder Boddens, der Rügische Bodden, ist eine große Bucht im Süden Rügens. Der Küste vorgelagert ist hier die Insel Vilm. Am Westende der Bucht erstreckt sich die Halbinsel Zudar mit dem südlichsten Punkt Rügens (Palmer Ort); am Ostende ragt die wiederum stark gegliederte Halbinsel Mönchgut in das Meer. Diese Halbinsel endet im Osten am Kap Nordperd bei Göhren und im Süden am Kap Südperd bei Thiessow. Im Westen der Halbinsel Mönchgut teilt eine 5 km lange schmale Landzunge, das Reddevitzer Höft die beiden Buchten Having und Hagensche Wiek.

Der Nordosten der Insel Rügen wird von der Halbinsel Jasmund gebildet, die mit der Kerninsel „Mutland“ durch die Nehrung Schmale Heide zwischen Binz-Prora und Sassnitz-Mukran und einen Bahn- und Straßendamm bei Lietzow verbunden ist. Die Schmale Heide trennt die Außenbucht der Prorer Wiek vom Kleinen Jasmunder Bodden. Auf der Halbinsel Jasmund befinden sich mit dem Piekberg (161 m ü. NN) die höchste Erhebung und mit dem Königsstuhl, einem 118 Meter hohen Kreidefelsen der Stubbenkammer, das markanteste Wahrzeichen der Insel Rügen. Eine weitere Nehrung, die Schaabe, verbindet Jasmund mit der Halbinsel Wittow im Norden Rügens. Die Schaabe trennt wiederum die Außenbucht der Tromper Wiek vom Großen Jasmunder Bodden. Die Halbinsel Wittow und die westlich anschließende lange und schmale Halbinsel Bug wird vom Hauptteil Rügens durch den Rassower Strom, den Breetzer Bodden und den Breeger Bodden abgetrennt. Die Halbinsel Wittow schließt nach Norden mit dem Kap Arkona ab. Knapp einen Kilometer nordwestlich befindet sich auf 54° 41' n. Br. der nördlichste Punkt Mecklenburg-Vorpommerns. Vor diesem Kliff (Gellort) liegt der Siebenschneiderstein – der viertgrößte Findling Rügens – am Ufer.

Die Nordwest- und Westseite der Insel Rügen ist ebenfalls stark gegliedert, aber etwas flacher. Ihr vorgelagert sind die Inseln Hiddensee und Ummanz sowie die kleineren Inseln Öhe, Liebitz und Heuwiese. Durch Sandabtragung und Sandanlagerung der Ostsee müssen die Fahrrinnen nördlich und südlich der Insel Hiddensee ständig ausgebaggert werden, anderenfalls würde Hiddensee mit Rügen binnen weniger Jahre „zusammenwachsen“.

Die Mitte Rügens ist nur wenig hügelig, das Gebiet wird vornehmlich von der Landwirtschaft geprägt. Östlich der Stadt Bergen auf Rügen werden 90 m ü. NN erreicht (Rugard mit Aussichtsturm) und im südöstlichen Hügelland der Granitz 107 m ü. NN. Der Boden auf Rügen ist sehr fruchtbar und ergiebig, besonders auf Wittow, der Kornkammer der Insel. Daneben gibt es größere Kohlanbaugebiete. Rügen ist mit vielen Findlingen übersät, von denen die 22 größten zu den gesetzlich geschützten Geotopen zählen (siehe auch: Findlinge um und auf Rügen).

Geschichte

Funde in den Bodden weisen auf eine Besiedelung seit der Steinzeit hin. Auf ganz Rügen findet man viele Steindenkmäler, wie Großsteingräber und Opfersteine, die bis in die heutige Zeit erhalten geblieben sind. Für die Zeit um Christi Geburt zählt man die Bewohner Rügens zum ostgermanischen Stamm der Rugier, die in etwa die Region des späteren Vorpommerns besiedelten und der Insel den Namen gaben. In der Zeit der Völkerwanderung zogen viele Rugier südwärts und gründeten ein Reich in Pannonien.

Ab dem 7. Jahrhundert errichteten die westslawischen Ranen (Rujanen) auf Rügen und der umliegenden Küste zwischen Recknitz und Ryck ein Reich, welches die Geschichte sowohl des Ostseeraumes als auch des umgebenden obodritischen (im Westen) und liutizischen (im Süden) Festlandes für die nächsten Jahrhunderte entscheidend mitbestimmte. Die Grundlage der starken militärischen Stellung bildeten die ranische Flotte und die günstige geographische Lage. Dänemark, das zu dieser Zeit zwar in Britannien und Skandinavien sehr erfolgreich war, konnte bis ins 12. Jahrhundert hinein seinen ranischen Konkurrenten im Ostseeraum weder wirksam beikommen noch seine Küste vor ranischen Heerzügen schützen. Im Dreieck Barth-Jasmund-Gristow wurden zahlreiche Burgen und Tempel errichtet. Bedeutung weit über die Grenzen des Ranenreiches hinaus erlangte die dem Gott Svantovit geweihte Tempelburg Arkona, die nach dem Fall Rethras zum Hauptheiligtum aller heidnischen Nordwestslawen wurde. Weltliches Zentrum des Ranenreiches war Charenza (evtl. identisch mit dem heutigen Garzer oder Venzer Burgwall); Haupthandelsplatz war Ralswiek am südlichsten Punkt des Großen Jasmunder Boddens.

Der dänische König Waldemar I. und sein Heerführer und Berater Bischof Absalon von Roskilde zerstörten 1168 den Svantovit-Tempel im Burgwall am Kap Arkona und beendeten damit sowohl die territoriale als auch die religiöse Eigenständigkeit der Ranen. Der Ranenfürst Jaromar I. († 1218) wurde Vasall des dänischen Königs, die Inselbewohner christianisiert. 1184 versuchten die Pommern, welche ihren Herrschaftsbereich zuvor bis in das Land Gützkow und nach Demmin ausgedehnt hatten und somit zu direkten Nachbarn des nun dänischen Fürstentums Rügen geworden waren, im Auftrag ihres Lehnsherrens, des römisch-deutschen Kaisers, Rügen für das Reich zu nehmen, wurden aber im Greifswalder Bodden vernichtend

geschlagen.

Unter dänischer Herrschaft veränderte das Fürstentum Rügen sein Gesicht. Dänische Klöster wurden gegründet (z. B. Bergen 1193 und Hilda, heute Eldena, 1199). Deutsche Kolonisten wurden in das Land geholt und stellten bald den größten und kulturell prägenden Bevölkerungsteil. Das slawisch-kulturelle Element verschwand, auch mangels eigener slawisch-kirchlicher Strukturen, sodass die Rünen in der Folgezeit im heute deutschgeprägten Volk der Rügener aufgingen. Neben der Ansiedlung des Landes, dem Kloster- und Kirchenbau, wurden auch Städte neu gegründet. 1234 gründet der Rügenfürst Wizlaw I. die Stadt Stralsund und gewährte 1241 Greifswald das Marktrecht. Die Macht der Städte wuchs schnell und zwang die Rügenfürsten zu Zugeständnissen – so wurde etwa die Barther Fürstenburg geschleift und Schadegast, der fürstliche „Zwilling“ des bürgerlichen Stralsund, zugunsten der Letzteren geräumt.

1304 verwüstete ein als „Allerheiligenflut 1304“ bekanntes Sturmhochwasser die Insel und überspülte die Landzunge zwischen Mönchgut und Ruden.

Nach dem Tod des letzten Slawenfürsten Wizlaw III. 1325 kam das Land infolge der 1321 geschlossenen Erbverbrüderung an Pommern-Wolgast und war eine Zeit lang das Besitztum einer abgezweigten Linie (Barth), bis es 1478 mit Pommern vereinigt wurde. Mit diesem Land kam es dann 1648 durch den Westfälischen Frieden an Schweden (siehe Schwedisch-Pommern). In den Jahren 1678 und 1715 wurde Rügen vom Kurfürsten von Brandenburg Friedrich Wilhelm bzw. von Friedrich Wilhelm I., König in Preußen, jeweils kurzzeitig den Schweden entrissen. So landete und eroberte ein brandenburgisch-preußisches und dänisches Heer die Insel bei der Invasion Rügens 1678. Nach dem Frieden von Saint-Germain im Jahr 1679 ging die Insel vom dänischen wieder in schwedischen Besitz über. Zur Zeit der Napoleonischen Kriege wurde Rügen von 1807–1813 von den Franzosen besetzt gehalten. Im Frieden von Kiel von 1814 ging es zunächst von Schweden an Dänemark und fiel dann durch den Wiener Kongress 1815 mit Neuvorpommern an Preußen. Seit 1818 gehörte die Insel zum Regierungsbezirk Stralsund und damit zur preußischen Provinz Pommern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam Rügen zum Land Mecklenburg und zur DDR. Nach 1952 wurde die Insel Teil des Bezirkes Rostock.

Die Insel war Fokus der berüchtigten Aktion Rose der DDR-Regierung zur Verstaatlichung von Hotels, Taxi- und Dienstleistungsunternehmen am 10. Februar 1953. Anlass soll ein Besuch von Walter Ulbricht auf der Insel Rügen gewesen sein, bei welchem er sich über die vielen noch existierenden privaten Hotels und Pensionen geärgert hatte. Viele der Hotelinhaber wurden unter dem Vorwand der Wirtschaftskriminalität oder Agententätigkeit für den Westen in Schnellverfahren verurteilt, daraufhin enteignet und ins Zuchthaus gesteckt. Viele der Besitzer und Kleinunternehmer wurden anschließend im Zuchthaus Bützow-Dreibergen inhaftiert. Die enteigneten Hotels und Pensionen sollten offiziell dem FDGB überschrieben werden. Tatsächlich wurden zunächst Unterkünfte für die Kasernierte Volkspolizei (KVP) geschaffen. Durch die Enteignung der Hotelbetriebe brach der Fremdenverkehr auf Rügen 1953 fast völlig zusammen. Nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 wurde die Entwicklung wegen der ungeklärten Eigentumsverhältnisse lange verzögert.

Rügen wurde im Jahr 1990 wieder Bestandteil des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und gehört zusammen mit den Inseln Hiddensee und Ummanz zum gleichnamigen Landkreis Rügen.

Tourismus

Rügen ist eine der touristischen Hochburgen Deutschlands. Die Insel verzeichnet etwa ein Viertel aller Übernachtungen in Mecklenburg-Vorpommern. Die meisten Gäste besuchen Rügen zwischen April und Oktober; die Hauptsaison liegt zwischen Juni und August, aber auch die ruhige Atmosphäre des Winters zieht Urlauber an. Die wichtigsten Ferienorte für den Bade- und Kurtourismus sind Binz, Sellin und Göhren, sowie Sassnitz als staatlich anerkannter Erholungsort. Aber auch Rügens einzigartige Natur- und Kulturlandschaft zieht Touristen an, die die Insel mit dem Fahrrad, zu Fuß oder mit dem Segelboot erkunden. Neben den klassischen Sehenswürdigkeiten wie Kap Arkona, den Kreidefelsen, Seebad Prora, Jagdschloss Granitz oder den klassizistischen Bauwerken von Putbus erfreuen sich seit einigen Jahren die Störtebeker-Festspiele von Ralswiek großer Beliebtheit.

Auf der Halbinsel Jasmund befindet sich der Nationalpark Jasmund, der den Buchenwald der Stubnitz samt den berühmten Rügener Kreidefelsen umfasst. Direkt am Königsstuhl befindet sich das Nationalpark-Zentrum Königsstuhl, das in einer Ausstellung mit Multivisionskino Informationen über den Nationalpark bietet.

Die Kreide ist ein wichtiges Tourismus- und Exportgut für Rügen. Im Wellness-Bereich gehen etwa 70 % der Arrangements auf Angebote mit Kreide zurück. Außerdem findet Kreide in zahlreichen exportierten Wellness-Produkten Anwendung. Wegen der großen wirtschaftlichen Bedeutung wird sie als das Weiße Gold von Rügen bezeichnet.[1]

Teile der Küsten im Westen Rügens sowie die anliegenden Bodden gehören zum Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft, dessen Schwerpunkt die Halbinseln Darß und Zingst sowie die Insel Hiddensee bilden.

Auf Rügen beginnt auch die insgesamt 2.500 Kilometer lange Deutsche Alleenstraße.

Verkehr

Straße

Der Individualverkehr vom Festland auf die Insel Rügen wurde bis Oktober 2007 hauptsächlich über den zweispurigen Rügendamm abgewickelt, der zwischen Stralsund und Altefähr über den Strelasund führt.

Für eine zweite Strelasundquerung wurde am 31. August 2004 der Grundstein gelegt. Diese parallel zum Rügendamm verlaufende Brücke hat eine Länge von rund 4,1 Kilometer und eine Durchfahrthöhe für die Schifffahrt von 42 m und wurde am 20. Oktober 2007 eröffnet. Um die Stadt Stralsund zu entlasten, wurde in den letzten Jahren eine Umgehungsstraße aus südwestlicher Richtung gebaut. Die Bundesstraße 96 zwischen Stralsund und Greifswald ist außerdem über einen Zubringer mit der Bundesautobahn 20 verbunden. Die B 96 führt von Stralsund über Bergen bis nach Sassnitz. Hier ist eine neue Streckenführung mit Ortsumgehungen geplant (B 96 Neu).

Autofrei hingegen sind zum Schutz der Landschaft die wichtigsten Touristenattraktionen Kap Arkona, der Königsstuhl und das Jagdschloss Granitz, aber auch die zum Landkreis Rügen gehörende Insel Hiddensee. Alle diese Ziele können mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder Fahrzeugen ohne Verbrennungsmotor erreicht werden.

Busverkehr

Der Busverkehr auf Rügen wird von der Rügener Personennahverkehrs GmbH betrieben. Seit 1996 wurde er kontinuierlich ausgebaut, es wurde ein integraler Taktfahrplan für ihn entwickelt. Alle wichtigen Städte und Gemeinden der Insel sind inzwischen mindestens zweistündlich untereinander verbunden, in der Hauptsaison teilweise wesentlich häufiger. Während des ganzen Jahres verkehren die Busse inzwischen mindestens stündlich auf den Strecken Königsstuhl–Sassnitz–Binz–Göhren–Klein Zicker, Sassnitz–Binz–Bergen, Schaprode–Bergen–Klein Zicker, Bergen/Sassnitz–Altenkirchen–Wiek–Dranske und Altenkirchen–Putgarten bei Kap Arkona. Darüber hinaus ist der Busverkehr insbesondere in Bergen, aber auch an anderen Stationen, gut mit dem Bahnverkehr verknüpft.

Fahrrad

Rügen besitzt ein ausgeschildertes Radwegenetz. Der Ausbauzustand und die Beschilderung dieses Radwegenetzes ist in seinen einzelnen Abschnitten sehr unterschiedlich. Er reicht von sehr gut im Bereich der Ostseebäder bis mangelhaft im Bereich zwischen Garz und Zudar. Es gibt einen Fahrradrundweg um die ganze Insel. Während der Saison besteht auf einigen Strecken die Möglichkeit, Fahrräder in den Bussen mitzunehmen. In den Eisenbahnen ist dies grundsätzlich möglich.

Bahn

Das Eisenbahnstreckennetz besteht aus den elektrifizierten Normalspurstrecken der Deutschen Bahn AG Stralsund–(Rügendamm)–Bergen–Sassnitz (Kursbuchstrecke (KBS) 195), Lietzow–Binz (KBS 197), der nicht elektrifizierten Strecken Bergen–Putbus–Lauterbach Mole der PRESS (KBS 198), sowie den Schmalspurstrecken (750 mm) der Rügenschon Bäderbahn (Rasender Roland): Lauterbach Mole–Putbus–Binz–Sellin–Göhren (KBS 199).

Neben Regionalzügen gibt es von Binz über Bergen und Stralsund auch InterCity-Verbindungen nach Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main und ins Ruhrgebiet. Die Nachtzugverbindungen nach München, Basel und ins Ruhrgebiet wurden mit dem Fahrplanwechsel am 9. Dezember 2007 trotz massiver Proteste der ansässigen Hotellerie eingestellt.

Schiff

Zwischen der Halbinsel Zudar auf Rügen und Stahlbrode auf dem Festland auf halbem Wege zwischen Stralsund und Greifswald verkehren zwei Autofähren der Weißen Flotte im halbstündlichen Wechsel.

Von Rügens Kernland („Mutland“) nach Wittow verkehrt die Wittower Fähre, eine Autofähre der Weißen Flotte.

Vom Fährhafen Sassnitz in Mukran gehen Fährverbindungen auf die dänische Insel Bornholm, ins schwedische Trelleborg, ins Baltikum nach Klaipėda und nach Sankt Petersburg ab.

Die ebenfalls zum Landkreis Rügen gehörende Insel Hiddensee ist vom Fährhafen Schaprode aus im Linienverkehr mit Rügen verbunden, der zunehmend in den integralen Taktfahrplan auf der Insel Rügen eingebunden wird. Des Weiteren verkehren Schiffe im Linienverkehr von Stralsund sowie von Wiek und Breege aus nach Hiddensee. Im Ausflugsverkehr gibt es Schiffsverbindungen von Lauterbach nach Gager sowie zwischen Sassnitz, Binz, Sellin und Göhren, hinzu kommen Rundfahrten vor allem von Sassnitz aber auch von Lohme zum Königsstuhl. Ausflugsdampfer verkehren auch zwischen den Seebädern und Peenemünde auf Usedom; dort besteht Anschluss an die Usedomer Bäderbahn (UBB).

Luftverkehr

Der Flugplatz Rügen liegt etwa 8 km von Bergen entfernt. Nach der Wende wurden auf dem ehemaligen Agrarflugplatz erstmals Rundflüge über die Insel angeboten. Im Mai 1993 wurde die erste Start- und Landebahn mit Asphaltdecke eingeweiht. Seitdem werden auch Charter-Flüge nach Berlin, Hamburg und in andere europäische Städte angeboten.

Persönlichkeiten

Bedeutende Rügäner:

- Ernst Moritz Arndt (1769–1860), deutscher Schriftsteller und Abgeordneter
- Wilhelm Malte I. Fürst zu Putbus (1783–1854), unter seiner Herrschaft umfangreiche Bautätigkeit (Klassizismus)
- Theodor Billroth (1829–1894), einer der bedeutendsten Chirurgen des 19. Jahrhunderts
- Berthold Delbrück (1842–1922), deutscher Sprachwissenschaftler
- Franziska Tiburtius (1843–1927), deutsche Ärztin und Kämpferin für das Frauenstudium
- Hans Langsdorff (1894–1939), deutscher Marineoffizier und Kapitän zur See
- Matthäus von Normann (Daten unbekannt), deutscher Jurist, von 1554 bis 1569 Landvogt auf Rügen, Verfasser des Wendisch-Rügianischen Landgebrauchs

Personen mit Bezug zur Insel:

- Gebhard Leberecht von Blücher Fürst von Wahlstatt (1742–1819), preußischer Generalfeldmarschall, verlebte seine Jugend auf Gut Venz
- Caspar David Friedrich (1774–1850), Maler, weilte zu Besuchen von Verwandten mehrfach auf Rügen und ließ sich vor allem vom Kreidefelsen inspirieren
- Ludwig Gotthard Kosegarten (1758–1818), Theologe, Pastor, Professor und Dichter, berühmter Pastor der Pfarrkirche Altenkirchen auf Rügen
- Maximilian Kaller (1880–1947), Bischof von Ermland in Ostpreußen, trat seine erste Pfarrstelle als Missionspfarrer der St. Bonifatius-Kirchengemeinde auf Rügen an
- Hans-Jürgen Meyer war Oberleutnant der deutschen Wehrmacht und mit der Verteidigung der Insel Rügen beauftragt. In der Nacht des 4. Mai 1945 traf er sich mit dem General der Sowjetarmee Nikolai Grigorjewitsch Ljaschtschenko in Stralsund und verhandelte mit ihm die kampflose Übergabe der Insel Rügen an die Rote Armee; die Kapitulation fand am 4. Mai 1945 um 8 Uhr statt.

Einzelnachweise

- ↑ Netzeitung: Was das „Weiße Gold von Rügen“ alles kann. 19. August 2006

Literatur

- Insula Rugia e. V.: Rügen-Jahrbuch
- Johannes Janssonius: Insel Rügen - 1647, Historische Landkarte: Rugia Insula Ac Ducatus accuratissime descripta ab E. Lubino. Ioannis Ianßonius Excudit, Verlag Rockstuhl, Bad Langensalza, Reprint 1647/2003, ISBN 3-932554-90-6
- Hanswilhelm Haefs: Ortsnamen und Ortsgeschichten auf Rügen mitsamt Hiddensee und Mönchgut. Norderstedt 2005. ISBN 3-8330-0845-8
- Bernward Wember Große Steine auf Rügen: Steinmythos und Megalithkultur. Eine Schatzkammer der Steinzeit. Reprint-Verlag Rügen 2007, ISBN 978-3-939915-00-3

antiquarisch:

- Boll, Die Insel Rügen (Schwerin 1858)
- Baier, Die Insel Rügen nach ihrer archäologischen Bedeutung (Stralsund 1886)
- Reisehandbücher von Edwin Müller (12. Aufl., Berl. 1884), Dunker (Bergen 1887), Gust. Müller (Greifswald 1887):
- Karte von G. Müller (1:75.000, Greifswald 1887)
- Fabricius, Urkunden zur Geschichte des Fürstentums Rügen (Stralsund und Berlin 1841 bis 1869, 4 Bde.)
- Barthold, Geschichte von Rügen und Pommern (Hamburg 1839–45, 5 Bde.)
- Fock, Rügenschpommersche Geschichten (Leipzig 1861–72, 6 Bde.).

Der obige Ergänzungsartikel wurde aus der Freien Enzyklopädie Wikipedia übernommen und entsprechend der geltenden GNU-Lizenz veröffentlicht. Eine möglicherweise aktuellere Version finden Sie auf den Seiten der Wikipedia. Eine Liste der Autoren finden Sie auf der entsprechenden Wikipediaseite unter dem Punkt "Versionen/Autoren". Weitergehende Informationen und Hinweise finden Sie auf unserer [Impressumseite](#). Anmerkung der u~m~d~h~T: Wir machen darauf aufmerksam, daß politische Passagen im Zuge unserer Statuten stark gekürzt, bzw. nicht übernommen wurden.

 *universos mercatores de hansa Theutonicorum* ©